Princeton University Library
2101 073841056

von Sybel

Die Begründung des Deutschen Reiches

Verlag von R. Oldenbourg, München u. Berlin

1580
·184
·892
V. 6

Library of

Princeton University.

EUROPEAN BOOKS

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google
Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.

Sechster Band.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Die Begründung
des
Deutschen Reiches
durch
Wilhelm I.

Von

Heinrich von Sybel

Dritte Auflage der Volksausgabe

Sechster Band

Wir dürfen uns nicht täuschen: die Entwicklung Deutschlands auf dem Wege der Einigung schreitet langsam vorwärts.
Chlodwig Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst
19. Januar 1867

München und Berlin 1913
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

1580.
184.
892
V.6

Alle Rechte vorbehalten

Papier von Bohnenberger & Cie., Niefern

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Vorrede der 1. bis 4. Auflage.

Die beiden hier vorliegenden Bände enthalten die Darstellung der Ereignisse vom Ende des österreichischen bis zum Beginne des französischen Kriegs. Ich habe der Erzählung folgende Erläuterungen voraus zu schicken.

Einige Monate nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck wurde mir die Erlaubniß, die Acten des Auswärtigen Amts für mein Werk weiter zu benutzen, entzogen.

Im ersten Augenblick schien mir danach die Fortsetzung und Vollendung der Arbeit unmöglich geworden zu sein. Indessen gab mir eine nähere Erwägung doch den Muth zu einem Versuche, ob nicht trotz des Ausfalls jener wichtigen Materialien bis zu einem gewissen Grade eine authentische Kenntniß der Geschichte von 1866 bis 1870 zu erlangen wäre.

Immerhin war nach der Natur des Gegenstandes für das Studium dieser Friedenszeit die Benutzung jener Acten nicht ganz so unerläßlich, wie für die vorausgegangenen Kampf- und Kriegsjahre; auch bot die gedruckte Litteratur des In- und Auslandes eine umfangreiche Menge urkundlichen, zu großem Theile bisher wenig beachteten Materials. Für mich aber war die Hauptsache: ich hatte die zu erzählenden Ereignisse selbst erlebt, und zwar in so günstigen Verhältnissen während und nach denselben gelebt, daß eine große Zahl

MAY 25 1920 435158

Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY

hervorragender Theilnehmer an den mächtigen historischen Actionen, Preußen und Nichtpreußen, mit einer Bereitwilligkeit, die mich zu dem höchsten Danke verpflichtet, mir vom Beginn meiner Forschung an über jeden entscheidenden Moment Auskunft ertheilte, um so bereitwilliger, darf ich wohl sagen, je weiter der Kreis ihrer eigenen Erinnerungen war. Auch von schriftlichen Quellen bedeutenden Inhalts durfte ich Kenntniß nehmen, gleichzeitigen Tagebüchern, interessanten Correspondenzen Verstorbener, ungedruckten oder noch nicht publicirter Selbstbiographien. Die mir verschlossenen Acten hätten mir vielleicht hier und da reichere Einzelheiten geliefert: für die zuverlässige Auffassnng des wesentlichen Fortgangs der Ereignisse waren sie mir ersetzt.

Auf solche Weise ausgestattet, konnte ich also diesem Buche ein gewisses Recht zum Dasein zutrauen. Hätte ich noch Bedenken gehabt, so würde mich schließlich eine sehr einfache Thatsache entschieden haben: dem Verleger des Buchs, meinem langjährigen verehrten Freunde, hatte ich 1881 ohne nähere Bestimmungen eine Geschichte Preußens 1850 bis 1870 versprochen, und er bestand auf seinem Vertrag. Er begehrte die Erfüllung meiner contractmäßigen Pflicht, mit oder ohne Staatsacten. Ein gesetzliches Mittel, mich diesem juristischen Zwange zu entziehen, hatte ich nicht, und so ging ich an das Werk.

Es ist Sache des competenten Publicums, zu entscheiden, ob der Verleger weise gehandelt hat.

November 1894.

Heinrich von Sybel.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Vorrede der 5. Auflage.

Seit dem Erscheinen des sechsten und siebenten Bandes im November v. J. sind mir zahlreiche weitere Mittheilungen über die darin erzählten Ereignisse zugekommen, theils Berichtigungen, theils Ergänzungen meines bisherigen Materials. Es ist angemessen erschienen, sie sämmtlich in einem Anhange zu dem vorliegenden Bande zu vereinigen; ich bespreche ihre Ergebnisse dort um so lieber, als sich mir damit zugleich die Gelegenheit bietet, mich mit einigen geehrten Recensenten über einige Hauptfragen auseinander zu setzen.

Den Besitzern der frühern Auflage ist durch den Verleger die Möglichkeit geboten, diesen Anhang in einem Sonderabdruck zu erwerben.

Berlin, Ende Mai 1895.

Heinrich von Sybel.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Inhalt des sechsten Bandes.

Seite

Vorwort V

Einundzwanzigstes Buch. Norddeutscher Bund . . . 1

Erstes Capitel. Vorbereitung des Reichstags . . . 3

Unsichere Lage Europas S. 5. Günstige Stimmung in Kurhessen und Nassau S. 7. Abwendung von Preußen in Schleswig-Holstein und Frankfurt S. 9. Parteien in Hannover S. 11. Öffentliche Demonstrationen S. 13. Preußische Verfügungen über Heerwesen und Niederlassungsfreiheit S. 15. Bismarck's Rückkehr nach Berlin S. 17. Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes S. 19. Eindruck auf die Vertreter der verbündeten Regierungen S. 21. Abänderungsanträge S. 23. Beschlagnahme der Thurn- und Taxis'schen Post S. 25. Benedetti's erneuerte Anträge S. 27. Bismarck's dilatorische Verhandlung S. 29. Ungeduld in Paris S. 31. Abbruch der Allianzverhandlung S. 33. Französische und preußische Thronrede S. 35.

Zweites Capitel. Die ersten Wochen des Reichstags . 36

Eröffnung des Reichstags S. 37. Allgemeine Vorberathung der Verfassung S. 39. Twesten begehrt volles Budgetrecht des Reichstags S. 41. Waldeck verwirft den ganzen Verfassungsentwurf S. 43. Miquel's Rede über die Mainlinie S. 45. Bismarck's Entgegnung S. 47. Gedanke eines Übergangsstadiums S. 49. Ultramontane Opposition S. 51. Vincke gegen jede fremde Einmischung S. 53. Verhandlungen in Paris. Thiers. Ollivier S. 55. Rouher. Jules Favre S. 57.

Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY

Seite

Reichstagsdebatte über Luxemburg und die Südstaaten S. 59. Competenz der Bundesgesetzgebung S. 61. Debatten über Verantwortlichkeit der Minister S. 63. Änderung der Haltung der Nationalliberalen S. 65. Debatte über das allgemeine Wahlrecht S. 67. Die Mehrheit läßt es sich widerstrebend gefallen S. 69. Diäten der Reichstags-Mitglieder S. 71.

Drittes Capitel. Luxemburg 72

Frankreich erklärt sein Luxemburger Programm S. 73. Preußens Rechtstitel auf die Besatzung in Luxemburg S. 75. Bismarck's kategorische Erklärung S. 77. Letzte Unterhandlung über die Abtretung Luxemburgs S. 79. Bismarck und Benedetti S. 81. Interpellation Bennigsen S. 83. Bismarck's Antwort S. 85. Holland weigert die Abtretung S. 87. Stimmungen in Deutschland S. 89. Frankreich verzichtet auf Luxemburg S. 91. Verhandlung zwischen Bayern, Österreich und Preußen S. 93. Wachsende Kriegsgefahr. Die welfische Legion S. 95.

Viertes Capitel. Abschluß der norddeutschen Bundesverfassung 96

Parteien im Streit über Kriegswesen und Bundesfinanzen S. 99. Neue Stellung der Parteien S. 101. Die Fortschrittspartei S. 103. Forckenbeck's Antrag S. 105. Die Conservativen. Moltke S. 107. Bundesfinanzen. Anträge Miquel und Wagener S. 109. Sieg der Nationalliberalen S. 111. Forderung und Ablehnung eines Bundesgerichts S. 113. Verhältniß zu den süddeutschen Staaten S. 115. Die Regierungen erlangen die Streichung der Diäten S. 117. Antrag Ujest-Bennigsen. Abschluß S. 119. Verkündung der Verfassung S. 121.

Fünftes Capitel. Verhältniß zum Auslande 122

Vorbereitung der Londoner Conferenz S. 123. Eröffnung der Conferenz S. 125. Collectiv-Garantie der Neutralität Luxemburgs S. 127. Die welfische Legion S. 129. Französische Mißstimmung gegen Bismarck S. 131. Artikel vier des Prager Friedens S. 133. Mordversuch auf den Kaiser von Rußland S. 137. Artikel fünf des Prager Friedens

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Seite

S. 139. Preußen lehnt Frankreichs Einmischung ab S. 141. Marquis Moustier giebt nach S. 143. Franz Joseph und Napoleon in Salzburg S. 145. Friedliche Erklärungen auf allen Seiten S. 147.

Zweiundzwanzigstes Buch. Reform des Zollvereins 149

Erstes Capitel. Die neuen Zollvereinsverträge . . . 151

Fürst Hohenlohe Ministerpräsident in Bayern S. 153. Süddeutsche Militärconferenz S. 155. Hessisch-preußische Militär-Convention S. 157. Die Militärfrage in Württemberg S. 159. Militärische Einrichtungen nach preußischem System S. 161. Hohenlohe's Antrag auf Reform des Zollvereins S. 163. Rascher Abschluß Bismarck's mit Baden, Württemberg, Hessen S. 165. Verständigung mit Bayern. Vertrag vom 8. Juli S. 167. Streit über das Activ-Vermögen der annectirten Staaten S. 169. Forderung des Beiraths provinzialer Vertrauensmänner S. 171. Beruhigendes Eingreifen des Königs S. 173.

Zweites Capitel. Ratification der Zollvereinsverträge 175

Eröffnung des Reichstags. Adreßdebatte S. 177. Verständigung über den Etat für 1868 S. 179. Salzvertrag und Salzsteuer S. 181. Postwesen. Gesetz über Kriegsdienstpflicht S. 183. Gesetz über Freizügigkeit S. 185. Aufhebung der Zinsbeschränkung S. 187. Antrag auf Coalitionsfreiheit der Arbeiter S. 189. Schicksal des Antrages im Haus und Bundesrath S. 191. Stellung Badens und Württembergs zum norddeutschen Bunde S. 193. Moritz Mohl gegen Preußen S. 195. Verhandlungen des Reichstags über den Zollverein S. 197. Die Zollverträge in den bayerischen Kammern S. 199. Schlußberathung im norddeutschen Reichstag S. 201. Minister Varnbüler über das Wehrbündniß mit Preußen S. 203. Ergebniß S. 205.

Drittes Capitel. Preußische innere Politik. Anfang 1868 206

Charakter der deutschen Parlamente S. 207. Bedeutende Talente in den Versammlungen S. 209. Abfindungsvertrag mit König Georg V. S. 211. Opposition der liberalen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Seite

Parteien S. 213. Feindschaft der Conservativen gegen Bismarck S. 215. Die Nationalliberalen für die Regierung S. 217. Beschlagnahme des welfischen und kurhessischen Hauptvermögens S. 219. Auflösung der welfischen Legion S. 221. Die Processe über parlamentarische Redefreiheit S. 223. Anträge im Landtag S. 225. Wahlen zum Zollparlament in Süddeutschland S. 227. Ergebniß der Wahlen S. 229.

Viertes Capitel. Italienische und spanische Wirren . 230

Die römische Frage S. 231. Napoleon und Victor Emanuel S. 233. Ricasoli's Fall S. 235. Garibaldi's Freischaarenzug gegen Rom S. 237. Mentana. Napoleon's Congreßvorschlag S. 239. Alle Großmächte sind dem Congreß abgeneigt S. 241. Rouher's Erklärung S. 243. Italien bietet Frankreich sein Bündniß an S. 245. Französische Heeresreform S. 247. Napoleon und Spanien S. 249. Spanische Revolution S. 251.

Fünftes Capitel. Deutsche und orientalische Frage . . 252

Napoleon betreibt in Rumänien die Wahl des Prinzen Karl von Hohenzollern S. 253. Stellung des preußischen Königs zu den Fürsten von Hohenzollern S. 255. Bismarck und Prinz Karl von Hohenzollern S. 257. Prinz Karl tritt die Regierung Rumäniens an S. 259. Die rumänische Armee. Eroberungspläne S. 261. Verdacht gegen Preußen und Rußland S. 263. Sendung Suckow's nach Berlin S. 265. Militärische Abreden zwischen Preußen und den Südstaaten S. 267. Verhandlungen Österreichs in Paris über Schritte gegen Preußen S. 269. Napoleon will keinen Antrag auf Abrüstung stellen S. 271. Aufregung der Magyaren gegen Rumänien S. 273. Bismarck bewirkt die Lösung der orientalischen Krisis S. 275.

Neue Mittheilungen und Erläuterungen 277

Digitized by Google

Original from PRINCETON UNIVERSITY

Einundzwanzigstes Buch.

Norddeutscher Bund.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

1. Capitel.

Vorbereitung des Reichstags.

Unſer vorausgehender Band ſchloß mit den Worten: im Herbſte 1866 war das deutſche Reich gegründet.

In der That, der Boden war geebnet und ein mächtiges Fundament gelegt. Jetzt galt es, auf dieſem Grunde das Haus in ſtattlicher Wohnlichkeit und ſtolzer Höhe aufzurichten, und damit trat eine Fülle neuer Aufgaben an das Licht, deren Löſung ganz andere Mittel als die ſiegreichen Kämpfe der letzten Jahre erforderte. Seit 1863 war das Leben der preußiſchen Staatsgewalt in der vordringenden Kraft zuerſt der Diplomatie, dann des Heeres aufgegangen, während die innere Politik während des Verfaſſungsſtreits in völligem Stillſtand lag. Mit dem Abſchluſſe des Krieges kehrte ſich dies Verhältniß um. Die innern Fragen erfüllten ſofort den ganzen Umfang der politiſchen Bühne; die Geſtaltung Preußens in Folge ſeiner großen Annexionen, die Regelung ſeines Verhältniſſes zu den norddeutſchen Bundesgenoſſen, die Pflege ſeiner Beziehungen zu dem deutſchen Süden, das Alles nahm gleichzeitig und vielfach ſich bedingend die Arbeit der preußiſchen Staatsmänner in Anſpruch. Ihr großer Lenker beſchränkte ſeine diplomatiſche Thätigkeit auf die Sicherung des zu bebauenden Bodens; von weitausgreifendem Fortſchritt war zur Zeit keine Rede; Preußens auswärtige Politik hatte damals keinen andern Inhalt als eine beobachtende, feſt bewehrte Defenſive.

Allerdings war die europäiſche Lage danach angethan, Preußen zu planmäßiger Vorſicht und entſchloſſener Feſtigkeit

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

zu mahnen. Wenn man die Stimmungen und Strebungen der übrigen Großmächte überblickte, so erschienen ebenso viele bedrohliche wie erfreuliche Symptome. Österreich, durch seine innern Wirren noch mehr als durch die Folgen seiner Niederlage geschwächt, war für mehr als Ein Jahr ungefährlich, es verstand sich aber von selbst, daß einstweilen auf eine freundliche Gesinnung der Hofburg nicht zu rechnen war, zumal seit Kaiser Franz Joseph die Leitung seiner Regierung dem alten Gegner Preußens, dem Herrn von Beust, übertragen hatte. Anders zeigte sich das Verhältniß zwischen Berlin und Petersburg. Wir sahn, wie unangenehm dem Kaiser Alexander der Sturz der drei deutschen Dynastien gewesen; es lag auf der Hand, daß die energische Zusammenfassung Deutschlands der russischen Politik nicht bequem erscheinen konnte: trotzdem aber überwog doch die traditionelle Freundschaft der beiden Monarchen noch immer diese Schwierigkeiten um so mehr, als das nächste Ziel der russischen Diplomatie, die Zerreißung der Friedensclauseln von 1856, in Paris, Wien und London heftigeren Widerspruch als bei Preußen finden mußte. Man hatte hier also gute Freundschaft, ob aber eintretenden Falls auch wirksame Unterstützung, wer konnte es wissen? Völlig frei von einer solchen Ungewißheit war das Verhältniß zu England. Dort hatte nach manchen Schwankungen die öffentliche Meinung den preußischen Siegen und der deutschen Erhebung laut und rückhaltlos zugejubelt, was in Berlin natürlich angenehm empfunden wurde: freilich aber stand zugleich die Thatsache fest, daß bei neuen Kämpfen auf dem Continent England keiner der streitenden Parteien helfen, allen seine Neutralität zusichern würde. Die politischen Traditionen Pitt's und Palmerston's waren erloschen, anstatt der aristokratischen herrschten jetzt bürgerliche Tendenzen. England war stark zur See und im Welthandel, vervielfältigte hier seinen Reichthum und wünschte darin durch keine Theilnahme an politischen Händeln gestört zu werden, es wäre denn, wie es Lord Stanley sagte, daß jemand seine Hand nach Belgien oder Constantinopel ausstreckte. Endlich Italien, Preußens Kampfgenosse im letzten Kriege. Ohne Zweifel man wußte hier sehr bestimmt, wer der italienischen Einheit Venetien mißgönnt, wer es ihm verschafft hatte. Aber im Völkerrechte pflegt eine Dankespflicht, als eine Beeinträchtigung des nationalen Stolzes, eher zu einem stillen Grolle als zu echter Freundschaft zu führen, und hier trat der Umstand

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

hinzu, daß mit Venetien der Kreis der italienischen Wünsche keineswegs geschlossen, und das Land für die Erfüllung seines höchsten Begehrens, der Hauptstadt Rom, wesentlich an das Wohlwollen Frankreichs gewiesen war. Es mußte demnach als wahrscheinlich gelten, daß trotz der Waffengemeinschaft von 1866 Italien in ein französisches Bündniß gegen Deutschland eintreten würde, wenn es dafür die Erlaubniß zur Aneignung Roms erlangen könnte.

So erblicken wir aller Orten getheilte Gefühle, hin und her schwankende Verstimmtheit, wenig zuverlässiges Wohlwollen. Offenbar hing Preußens demnächstige Stellung in Europa von der Frage ab, ob mit Napoleon ein Einvernehmen zu erreichen, auf welche Weise also die im August von ihm begonnene Verhandlung zu gutem Ausgang zu führen sei. Man wußte sehr wohl, wie in Paris die verschiedenen Parteien um den Einfluß auf den unentschlossenen Kaiser stritten, wie freilich die Rüstung der Armee noch im Rückstand, andrerseits aber das nationale Selbstgefühl durch Preußens Erfolge in hohem Maaße verletzt war. Niemand konnte die Bürgschaft gegen einen plötzlichen Ausbruch übernehmen. Zu brennend peinigte dort die Vorstellung, daß Frankreich nicht mehr allein nach eignem Ermessen die Geschicke Europas lenke, sondern einen ebenbürtigen Nachbar an seiner Grenze zu ertragen habe. So kochte der Verdruß in vielen tausend Herzen schon jetzt gegenüber dem durch den Main begrenzten Nordbund. Was würde erst geschehn, wenn der Drang der deutschen Nation zu vollständiger Einheit durch alle Schranken hindurchrisse, und Nord und Süd sich zu einem geschlossenen Reiche vereinigten?

Indessen lag damals, im Spätherbst 1866, der Eintritt solcher Ereignisse noch in unbestimmbarer Ferne. Wir haben uns die Kammerverhandlungen der vier Südstaaten über die Friedensverträge und die dabei erscheinende Haltung ihrer Regierungen vergegenwärtigt. Wenn damals unter dem frischen Eindruck der preußischen Triumphe der nationale Gedanke überwog, so drängten sich mit dem Wiederbeginn der Friedenszeit und der alten Lebensgewohnheiten auch die alten Stimmungen, die Neigung zur particularen Eigenart und die Abwendung von Preußen, wieder an das Tageslicht. Von Neuem klagten die bayerischen Ultramontanen über die Ausstoßung Österreichs und die damit vollzogene Zerreißung des deutschen Vaterlandes. Von Neuem er-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

tönten in Schwaben alle demokratiſchen Schlagworte von 1849: man feierte das Verfaſſungswerk der Paulskirche mit ſeinen köſtlichen Grundrechten, forderte aber mit gleichem Nachdruck die föderative Selbſtändigkeit aller einzelnen Stämme und Staaten. Man brandmarkte die preußiſche Tyrannei, welche das heilige Selbſtbeſtimmungsrecht des Volkes in Schleswig-Holſtein und Hannover zertreten habe; energiſch wies man den preußiſchen Militarismus zurück und beantragte zum Schutz von Recht und Freiheit ein Wehrſyſtem nach Schweizer Muſter mit kürzeſter Dienſtzeit und geringſten Koſten. Ob der im Prager Frieden vorgeſehene Südbund zu errichten ſei, darüber gingen die Anſichten weit auseinander, um ſo einiger war man in der Ablehnung des Nordbundes, von deſſen künftigen Freiheitsrechten ſich niemand etwas verſprechen wollte.

Immerhin iſt hier das Geſtändniß nicht zurückzuhalten, daß dieſe feindliche Stimmung nicht bloß aus radikalen oder klerikalen Geſinnungen entſprang. Ganz abgeſehen von Politik und Kirche erſchien den Bayern und Schwaben damals der Preuße, und vollends der Berliner, als der Typus alles Preußenthums, durchaus abſtoßend im Verkehr. Wie heute den Deutſchen in Europa, ſo erging es damals den Preußen in Deutſchland; in Reſpect hatte man ſich geſetzt, aber die Keime der Neigung entwickelten ſich verzweifelt langſam. Die wenigſten Bayern hatten damals eine nähere Kenntniß von norddeutſchen Zuſtänden; was ſie bei jeder perſönlichen Berührung verletzte, waren die von den ihrigen abweichenden geſellſchaftlichen Manieren, in denen ſie ein für alle Mal den Ausdruck eines unerträglichen Hochmuths zu erblicken glaubten. Das ſtramme, kurz angebundene Weſen der preußiſchen Beamten und Officiere contraſtirte zu ſcharf mit der im Süden gewohnten bedächtigen und bequemen Art; dem von Natur und nicht ſelten aus Berechnung ſchweigſamen Bajuvaren mißfiel die fortdauernde Geſprächigkeit des Berliners, der, gewandt in der Rede und lebhaft im Ausdruck, überall raſch fertig und nicht immer gründlich im Urtheil war. Der Berliner Brauch, alle Schöpfungen der Stadt und des Staats jeden Tag kritiſch oder witzig zu vernichten, war dem Süden fremd: um ſo mehr erregte die naive Selbſtgefälligkeit, womit mancher norddeutſche Touriſt draußen die Überlegenheit jeder preußiſchen Einrichtung über die ſüddeutſche weniger behauptete als vorausſetzte, den Ärger des Münchener oder Stuttgarter Gaſtfreundes. Kein

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Theil konnte es dem andern recht machen, und Spott und Tadel flogen hinüber und herüber. Kladderadatsch beschäftigte sich gerne mit dickleibigen bayerischen Stabsofficieren, in den Fliegenden Blättern präsentirten sich dagegen starkgeschnürte preußische Gardelieutenants. Der Preuße sah in dem colossalen Bierverbrauch Bayerns ein Symptom innerer Rohheit; der Münchener höhnte über den Abendtrunk der Tasse Thee im Norden, dieses weibischen Geschlamps, beide ohne zu ahnen, daß Beides gleich sehr klimatischen Grund hatte und dennoch Beides schon im nächsten Menschenalter das ganze geeinte Deutschland überfluthen würde.

Das Alles scheinen nichtige Dinge. Aber sie betrafen die Gewohnheit des täglichen Daseins, die Abwendung von allem Neuen und Fremden, und damit die Macht des particularen Beharrens auch auf dem politischen Gebiet.

Preußen erfuhr es nicht bloß in den süddeutschen Staaten, sondern auch in den annectirten Landschaften des Nordens. Wir folgen hier nicht der geographischen Lage, sondern der Abstufung der Stimmungen.

Glimpflich genug verliefen sich die Dinge in Nassau und Kurhessen. In beiden kleinen Staaten hatte eine halb polizeiliche halb pfäffische Willkürherrschaft so schwer auf der Bevölkerung gelastet, daß ein Ereigniß, welches deren Träger mit einem Schlage entfernte und eine für den Augenblick dictatorische aber einsichtige und wohlwollende Verwaltung an die Stelle setzte, von der großen Mehrheit mit Freude begrüßt wurde. Wohl blieb in Kurhessen auch nach der Beseitigung des Kurfürsten die Erinnerung an die tausendjährige Eigenart des ruhmreichen chattischen Stammes lebendig, und auch die leitenden Männer der preußischen Partei, am Eifrigsten der alte constitutionelle Vorkämpfer, Friedrich Oetker, wünschten lebhaft die Bewahrung einer gewissen provinzialen Selbstverwaltung und Volksvertretung, des kurhessischen Staatsschatzes, und der unbeschränkten Competenz der Gerichte. Die Verhandlungen darüber zogen sich lange und nicht ohne heftige Erregung hin. Grundsätzliche Widerspenstigkeit zeigte sich jedoch in Kurhessen nur in dem Kreise der einst von Hassenpflug und Vilmar organisirten Partei, deren geringe Stärke wir früher kennen gelernt haben. Als thätige Genossen hatte sie jetzt noch eine Anzahl eifriger Pfarrer, deren fanatische Rechtgläubigkeit trotz ihres zur Schau getragenen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Preußenhasses den preußischen Cultusminister Herrn von Mühler mit einer geduldigen Sympathie erfüllte.

Der Kurfürst hatte gleich nach der Annexion, um sich mit dem Könige über die Erhaltung seines Privatvermögens zu verständigen, seine bisherigen Unterthanen ihres Eides entbunden und sich aus Stettin auf seine böhmischen Güter zurückgezogen. Bald nachher behauptete man in der Umgebung des Königs von Hannover, daß der Kurfürst Agenten unterhalte, welche die Soldaten zur Meuterei gegen die neue Herrschaft verleiten sollten: wenn es, was nicht glaublich scheint, geschehn ist, so hat es schlechterdings keine Wirkung gehabt.

In Schleswig-Holstein dauerte der Zustand fort, wie wir ihn beim Anfange des Krieges kennen gelernt haben. Das Land lag äußerlich in tiefer Ruhe, als wenn es seit Jahrhunderten zur preußischen Krone gehört hätte. Etwa ein Drittel der Einwohner kam der Verbindung mit Preußen entweder freudig oder doch nicht widerwillig entgegen; die große Mehrheit aber hielt mit der dem Volksstamme eigenthümlichen Zähigkeit an ihren Gefühlen für Augustenburg in schweigendem Grolle fest, auch nachdem der Erbprinz durch eine Proklamation vom 2. Januar 1867 seine Getreuen von allen ihm dargebrachten Gelöbnissen freigesprochen hatte. Diese Stimmung war namentlich unter den Beamten so verbreitet, daß der Oberpräsident, wie einst General Manteuffel, sich veranlaßt fand, zu seinen nächsten Berathern Männer zu berufen, welche einst unter der dänischen Herrschaft einflußreiche Ämter bekleidet hatten, jetzt aber bereitwillig sich allen Anforderungen des preußischen Dienstes unterzogen. Andrerseits erhob sich lauter Widerstand in den Grenzbezirken Nordschleswigs. Sie hatten gegenüber den Eiderdänen treu und fest zu Schleswig-Holstein gehalten, so lange die Herzogthümer mit Dänemark verbunden blieben: seit dem Wiener Vertrage aber richteten sie ihre Blicke sehnsüchtig nach Kopenhagen und begehrten jetzt mit wachsender Ungeduld die Ausführung jenes Artikels des Prager Friedens, kraft dessen ihre eigne Abstimmung über ihre politische Zukunft entscheiden sollte. Hier war denn freilich erst eine wahrscheinlich recht weitschichtige Verhandlung zwischen den Höfen von Berlin und Kopenhagen erforderlich über die Abgrenzung des der Abstimmung zu unterziehenden Bezirks, über die Regelung des Stimmrechts und der Gruppirung der Stim-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

menden, endlich über die Garantien für die bei der Abstimmung sich ergebende Minorität.

Geradezu eine stille Wuth aber kochte unter den obern Einwohnerclassen in der alten Reichs- und Bundesstadt am Main. Die Frankfurter waren immer gut österreichisch gewesen, hatten die hochnasigen Preußen niemals leiden mögen; jetzt sollte diese Stätte der alten Kaiserwahlen, diese Haupt- und Residenzstadt des durchlauchtigsten deutschen Bundes, in die Stellung einer gemeinen preußischen Landstadt heruntergerissen werden, fast auf gleicher Linie mit den bisher unterthänigen Landgemeinden. Es war empörend. Bisher hatte man im alten, durch 1848 nicht allzusehr gestörten Brauche fortgelebt; das städtische Regiment war in guter Ordnung und auf das Gedeihen der Bürgerschaft bedacht; der ganze Zustand wurde durch eine Kette mannichfaltiger Privilegien geschirmt, hinter welcher sich die Bevorrechteten unter wechselseitiger Nachsicht sehr wohl aufgehoben fühlten. Und nun erhob sich gegenüber diesem abgeschlossenen Kreise ruhiges Behagens das Schreckbild preußischer Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, allgemeiner Wehrpflicht; es war, als sollten drei Sturmfluthen auf einmal einen wohlgehegten Gartengrund überschwemmen. Der Zorn war gewaltig bei Senatoren und Bürgern, dabei aber auch das Gefühl der völligen Ohnmacht um so entschiedener, als die niederen Classen, Beisassen, Gesellen, Bauern, wenngleich nicht preußisch, doch auch nicht altfrankfurtisch gesinnt waren. So sah man in düsterer Hoffnungslosigkeit der Zukunft entgegen.

Nicht so unthätig meinten in dem größten der annectirten Länder, in Hannover, die unzufriedenen Elemente den neuen Zustand zu ertragen. Es lag in der Natur der Dinge, daß, je bedeutender der alte Staat gewesen, desto stärker sich auch das Bewußtsein der politischen Eigenartigkeit in den Gemüthern geltend machte. Für die Annexion hätte außer Ostfriesland, wo man des Wohlstandes unter Friedrich dem Großen und der durch Georg V. erlittenen Mißhandlungen gedachte, nur eine verschwindende Minderheit freiwillig gestimmt. Trotzdem aber nahm ein ansehnlicher Theil der Bevölkerung, welcher noch beim Ausbruch des Krieges den König dringend zum Anschluß an Preußen und den neuen deutschen Bund unter Beschränkung seiner Kronrechte aufgefordert hatte, die vollendete Thatsache nicht bloß resignirt, sondern freudig hin, als Grundlage für die heran-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

reifende deutsche Einheit, und bestrebte sich zugleich wie in Kurhessen, von dem heimischen Staatswesen jede den Verhältnissen nützliche Einrichtung fortan als provinziale Besonderheit zu bewahren. Am 1. Oktober hat eine zahlreiche Notabeln-Versammlung das preußische Ministerium, bei der Ordnung der dortigen Verhältnisse außer den Beamten auch eine Anzahl von Vertrauensmännern zu hören; sie erklärte, daß die Verblendung der frühern Regierung die Annexion unvermeidlich gemacht habe, und trug dann eine Reihe von Wünschen für die Zukunft des Landes vor, Erhaltung der Städte- und Landgemeinde-Ordnung, der bäuerlichen Gesetzgebung, der Ämterverfassung, Einrichtung einer Provinzialvertretung für die Regelung provinzialer Verhältnisse mit einer Dotation aus dem bisherigen Staatsvermögen. Es war die Partei des Nationalvereins, die sich in diesem Sinne des Entgegenkommens für die Landesinteressen bemühte, an ihrer Spitze die alten Führer Rudolf von Bennigsen und Johannes Miquel, welchen beiden Männern sich fortan in dem neuen Zustande ein ihrer Bedeutung entsprechender Wirkungskreis eröffnete. Bennigsen hatte sich bereits als Parteihaupt und parlamentarischer Führer von seltener Begabung erwiesen, charakterfest und überzeugungstreu, scheinbar stets der fügsame Diener des Gesammtwillens der Genossen, aber im entscheidenden Augenblicke sicher, sie mit starker Hand auf der geraden Bahn zum erwählten Ziele zu erhalten, als Redner mit der vollen Herrschaft über Inhalt und Form ausgerüstet, sparsam in der Verwendung seiner Kraft, in der Krisis jedes Kampfes aber durch Gedankenfülle, ruhige Klarheit und wuchtige Energie allen Widersachern gewachsen. Miquel, etwas jünger als der Gefährte, war gründlich gebildet als Jurist, Historiker und Nationalökonom, einige Jahre hindurch ein gesuchter Sachwalter, vor Allem aber ein Kenner communaler und agrarischer Verhältnisse wie wenige Andere in Deutschland, überhaupt Verwaltungsbeamter von praktischem Blick, genialer Organisationskraft, niemals versagender Klugheit: kein Wunder, daß er bei solchen Fähigkeiten auch als Volksvertreter und schlagfertiger Redner vom ersten Tage an eine hervorragende Stellung behauptete.

Allein wie groß auch der Werth und das Gewicht dieser Männer und ihrer Freunde war, ungefähr die Hälfte der hannoverschen Bevölkerung vermochten sie einstweilen nicht auf ihre Wege herüber zu ziehen. Die mannichfachsten Ursachen wirkten

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

hier zusammen. Jene Abneigung gegen das preußische, oder wie man auch hier kurzweg sagte, das Berliner Wesen war bei den Niedersachsen wie bei den Süddeutschen weit verbreitet. Andrerseits fiel der particulare Sinn zusammen mit der Loyalität gegen den König, dessen tragisches Geschick die Erinnerung an seine Wort- und Rechtsbrüche in tiefem Mitleid ausgelöscht hatte: unzählige Male wurde die Rede von dem tausendjährigen Verwachsensein des Landes mit dem hohen Welfenhause wiederholt, obgleich die geschichtliche Thatsache niemand unbekannt sein konnte, daß Georg V. gar kein Welfe, sondern der Nachkomme eines italienischen Fürsten, des Markgrafen Azzo von Este, war, und daß dessen Geschlecht erst im 12. Jahrhundert herrschende Macht in Niedersachsen gewonnen hatte. Gewerbliche, locale und Standesinteressen kamen dazu. Die Ritterschaften hatten zwar schon längst nicht mehr den Besitz der Regierungsgewalt wie in alten Zeiten gehabt, wohl aber im Vereine mit einer Anzahl patricischer Bürgerfamilien sich des größten Theils der Genüsse erfreut, die aus dieser Quelle zu schöpfen waren, der zahlreichen höheren Ämter am Hofe, in der Verwaltung, der Armee, den Gesandtschaften, sonstiger königlicher Gnadenerweisungen aller Art, einer bedeutenden, oft bestimmenden Wirksamkeit in der Gesetzgebung: das Alles wurde, wenn nicht vernichtet, so doch auf ein Zehntel beschränkt, wenn Hannover zur Provinz eines zehnfach größern Staates wurde. Dieselbe Sorge bedrängte die bisherige Residenzstadt, welche mit der Beseitigung des Hofes sofortige Verödung und Verarmung aller Gewerbe im Anzug zu sehen glaubte. Den zünftigen Handwerkern graute es vor der preußischen Gewerbefreiheit, den wohlhabenden Bauern vor der allgemeinen Dienstpflicht, aller Welt vor den höhern preußischen Steuern. Endlich trug hier auch die Mehrheit der Geistlichkeit beider Confessionen laut ihre Opposition gegen Preußen zur Schau, die Einen nach dem üblichen ultramontanen Eifer, die Andern in dem Fanatismus lutherischer Rechtgläubigkeit gegenüber der, wie sie sagten, bekenntnißlosen preußischen Union.

Indessen würde dies Alles zu keiner Störung der öffentlichen Ordnung geführt haben, wären hier nicht zwei besondere Umstände hinzu getreten, die Aufrufe des vertriebenen Königs und die Stimmung der nach Langensalza aufgelösten hannoverschen Regimenter. Zwar die höhern Officiere hatten zum größten Theil das kriegerische Verfahren ihres Königs für aussichtslos

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und folglich für sinnlos gehalten, und die Mehrheit der Übrigen hatte geringe Neigung, ihr Lebensschicksal weiter an eine verlorene Sache zu knüpfen: immer aber blieb eine ansehnliche Gruppe nach ihrer Auffassung von Ehrenpflicht und Patriotismus fest in dem Entschlusse, bei ihrem Könige auszuharren und dessen Sache unter allen Umständen und mit allen Mitteln gegen den fremden Unterdrücker zu verfechten. Für die Erreichung dieses Vorsatzes fanden sie bereitwilliges Material bei den in die Heimath entlassenen Soldaten und den von diesen beeinflußten bäuerlichen Kreisen. Die wackern Kriegsleute waren erfüllt von dem stolzen Bewußtsein, die sonst überall siegreichen Preußen geschlagen zu haben, und so konnte nur ein schwarzer Verrath die Ursache der gleich darauf erfolgten Waffenstreckung gewesen sein. Sie knirschten vor Wuth bei diesen Erinnerungen und verbreiteten ihre Anschauung bei Vettern, Freunden und Nachbarn. Mit heimlichem Jubel schlugen sie ein, wenn einer ihrer frühern Officiere in ihre Mitte trat, ihnen die baldige Rückkehr des Königs und eine allgemeine Erhebung des Landes in Aussicht stellte, und dann sie zu diesem Zweck für einen geheimen Verein in Pflicht nahm. Solche Vereine bildeten sich rasch an zahlreichen Punkten des Landes; vornehme Edelleute stellten Geldmittel zur Verfügung und brachten Verstärkung aus den bürgerlichen Ständen herbei. Allmählich traten die Vereine in größere Verbände unter gemeinsamer Leitung zusammen, so daß die Organisation endlich den größten Theil des Königreichs umfaßte. Diese eifrigen Royalisten machten sich hier zu Nutze, was von den Einrichtungen der polnischen Nationalcomités von 1863 oder der Carbonari von 1820 bekannt geworden war, die strenge Disciplin der Mitglieder, die Allmacht der stets unbekannten Obern, die Spione im feindlichen Lager. Es gelang ihnen bald, da die preußische Verwaltung fast alle Civilbehörden gegen Gelöbniß des Gehorsams in ihrem Personal ungeändert gelassen hatte, an verschiedenen Stellen, namentlich unter den Polizei- und den Eisenbahnbeamten eifrige Genossen ihres Bundes zu werben, welche sie von allen gegen sie verfügten Maaßregeln rechtzeitig unterrichteten und damit zu deren Vereitlung in den Stand setzten. Die Aufgabe des Verbandes lautete bestimmt und einfach auf die Bereitstellung einer hannoverschen Legion, sobald die Zeit zum Losschlagen gekommen wäre. Vorsteher und Mitglieder hielten sich, um dieses höchste Ziel ungestört

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zu erreichen, von allen sonstigen Demonstrationen streng entfernt.

Übrigens war dafür, daß auch dergleichen nicht fehle, von anderer Seite her gesorgt. In der Residenz erschienen die patriotischen Damen in weiß-gelber, wie die Polinnen 1863 in schwarzer Toilette; am Morgen fand man oft die Bürgersteige auf den Straßen mit weiß-gelbem Sande bestreut. Den preußischen Soldaten rief das Volk „Bismarck" oder „Kukuk" nach (der Adler auf dem Helme wurde verspottet) und oft genug war Schlägerei und Tumult davon die Folge. Nach Herrnhausen und später zur Marienburg, wo auf Befehl ihres Gemahls die Königin Wohnsitz genommen, bildete sich eine Art von Wallfahrts-Cultus aus; lange Reihen beiderlei Geschlechts zogen dorthin, um ihre Hingebung oder kleine Geschenke der Majestät zu Füßen zu legen. Eine Adresse mit vielen tausend Unterschriften wurde zum Geburtstag des Kronprinzen nach Wien überbracht. Als König Georg dem preußischen Annexionsgesetze mit einer Rechtsverwahrung in Gestalt eines Manifestes antwortete, welches mit Glück den Stil päpstlicher Verfluchungsbullen nachahmte, brachten es die Getreuen zu Stande, daß an Einem Tage die Abdrücke der Urkunde in allen Städten und Dörfern des Landes placardirt oder in die Häuser getragen wurden. Damit endlich diesem Treiben auch ein politisches Parteiprogramm nicht fehle, unterzeichneten 110 Mitglieder der Ritterschaften am 7. November einen Beschluß, worin sie ihren tiefen Schmerz über die Annexion aussprachen, die bisherige Staatsverfassung für fortdauernd rechtskräftig und jede Änderung derselben ohne Zustimmung der Ständeversammlung und der Provinziallandschaften für null und nichtig erklärten.

All diese Agitation vollzog sich mit heiterer Unbefangenheit und stets wachsendem Umfang während des ganzen Oktober und November, da die preußische Regierung einstweilen sich jedes nachdrücklichen Einschreitens enthielt und erst lange Zeit nach dem Erscheinen jener schmähenden Proclamation ihre Hand auf die dem König Georg gehörigen Schlösser und Domänen legte: König Wilhelm hatte in seiner milden Weise einigen vornehmen Gegnern der Annexion gesagt, er ehre ihre Treue für ihr angestammtes Fürstenhaus, und in diesem Sinne auch den Generalgouverneur, General von Voigts-Rhetz, zu möglichst schonendem Verfahren gegen die Unzufriedenen angewiesen. So wurde nach

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der Beendigung des Kriegsſtandes durch das Annexionsgeſetz auch der Preſſe die in Preußen verfaſſungsmäßige Freiheit ungeſtört gelaſſen, worauf dann ſofort eine Anzahl welfiſch geſinnter Blätter die giftigſten Schmähungen gegen Preußen weithin im Lande verbreiteten. Die Localbehörden rührten ſich nicht; die Straßentumulte nahmen zu; in mehreren Städten wurde die Inſultirung preußiſcher Soldaten zum täglichen Sport des Pöbels, wie ernſt auch mehrere national geſinnte Notable von ſolchem Unfug abriethen.

Die Regierung that indeſſen wichtige Schritte in der innern Organiſation der neuen Provinzen. Die erſten Maaßregeln betrafen das Heerweſen, die Bildung von drei Armeecorps (Schleswig-Holſtein, Hannover, Heſſen-Naſſau), die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht, die Einführung der preußiſchen Militär-Straf- und Disciplinargeſetze, den Übertritt der bisherigen Officiere und Mannſchaften in preußiſche Regimenter. Das Letztere machte nur in Hannover Schwierigkeit, da König Georg in dem Wunſche, ſein Militär zu weiterem Kampfe gegen Preußen verfügbar zu behalten, ſich weigerte, Officiere und Mannſchaften von ihrem Fahneneide loszuſprechen, ſo daß die Verhandlungen darüber erſt gegen Weihnachten zum Abſchluß kamen, und er ſich endlich dahin bequemte, einem Jeden, der es wünſchte, den Abſchied zu bewilligen. Der Erfolg brachte ihm dann eine ſo bittere Enttäuſchung, daß ſie ihn für eine Weile auf das Krankenlager warf: 425 Officiere traten gleich nachher in das preußiſche Heer ein, 83 nahmen Dienſt bei verſchiedenen Kleinſtaaten, 70 ſchworen dem Könige Wilhelm, um eine preußiſche Penſion zu empfangen, und nur 81 hielten ſich von jeder Beziehung mit Preußen fern, um nach wie vor für die Herſtellung des Welfenreichs zu wirken.

Eine weitere tiefgreifende Maaßregel zur Verſchmelzung der neuen mit den alten Provinzen erfolgte durch einen preußiſchen Miniſterialerlaß vom 20. November 1866: da die geſonderte ſtaatliche Exiſtenz der neuen Landestheile aufgehört habe, und damit die rechtliche Wirkſamkeit der bisher dort beſtehenden Verfaſſungen erloſchen ſei, ſo ſeien auch die beſondern Geſetze über Staatsangehörigkeit in Wegfall gekommen, und demnach alle Beſtimmungen über die Befugniß der eignen Angehörigen zu Niederlaſſung und Gewerbetriebe ohne Weiteres auch auf die Angehörigen jedes andern preußiſchen Gebietes anzuwenden. Es

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

war noch nicht die volle Freizügigkeit, aber ein starker Schritt in der Richtung darauf, für die Zukunft eine Vorbereitung zur allseitigen Mischung der Bevölkerung, für den Augenblick aber gerade deshalb bei einem großen Theile der Einwohner in Frankfurt und in Hannover eine Quelle geschärftes Unmuths. Man wollte eben für sich bleiben und nicht allerlei zusammengelaufenes Volk in Stadt und Land sich eindrängen sehn.

So wechselte in dem Bilde der neuen Provinzen Erfreuliches und Widerwärtiges für die preußische Regierung in der mannichfaltigsten Weise. Wohl fühlte man sich stark genug, die verschiedenen Elemente zusammen zu halten, aber von einem Beginne des Zusammenwachsens hatten die sechs Monate der Herrschaft nur spärliche Spuren gebracht. Die Freunde Preußens verhielten sich ruhig, die Gegner lärmten in allen Gassen, daß das Getöse durch ganz Europa erscholl und namentlich in Paris und Wien schadenfrohe Zweifel an der Solidität der jungen preußischen Größe hervorrief. Stand doch auch im preußischen Altlande nicht Alles so, wie die Regierung es wünschen mußte. Was die Parteien des Landtags betrifft, der am 12. November seine Sitzungen wieder eröffnete, so hatte sich innerhalb der alten Majorität der Bruch zwischen den nationalen und den radicalen Elementen unwiderruflich vollzogen und am 27. September zu der öffentlichen Constituirung der nationalliberalen Partei geführt, mit dem Programm, die deutsche Politik der Regierung auch mit schweren Opfern zu unterstützen, im Innern aber die liberalen Grundsätze mit unbedingtem Nachdruck durchzuführen. Daß im Ganzen und Großen auch hier eine neue Zeit angebrochen war, zeigte sich, als die Regierung eine Vorlage einbrachte, welche die Bewilligung von $1^1/_2$ Millionen zur Vertheilung an die im letzten Kriege wirksamsten Generale als Nationaldank begehrte. Die Commission, die den Antrag berieth, fügte darauf einstimmig den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck hinzu, und als die Fortschrittspartei dagegen die Forderung erhob, Bismarck und Roon, die alten Feinde des Verfassungsrechts, von der Dotation auszuschließen, nahm das Haus ohne weitere Debatte den Commissionsantrag mit 219 gegen 81 Stimmen an. Im Einzelnen aber nahmen die Reibungen kein Ende. Vielfach empfanden die Minister des Innern, des Cultus und vor Allem der willkürlich durchfahrende Justizminister Graf Lippe die Abneigung der Liberalen, und wenn sie bei dem Armeebudget die

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

geforderten Summen bewilligten, so hielten sie doch gemeinsam mit der Linken die in der Conflictszeit erhobene Forderung, daß die Friedensstärke und folglich die Cadreszahl des Heeres nicht durch königliche Verordnung, sondern durch ein mit dem Landtage vereinbartes Gesetz festzustellen sei, mit großer Mehrheit aufrecht. Es war deutlich, daß es nur Ein Mittel gab, bei all diesem Auseinandergehn der Richtungen wieder einen sichern Vereinigungspunkt der Geister zu schaffen: dies hieß Fortschreiten auf der nationalen Bahn, zunächst also Beschleunigung der Verfassung des norddeutschen Bundes. So erging am 21. November die Einladung an die verbündeten Regierungen, am 15. December ihre Bevollmächtigten zur Berathung des dem Reichstage vorzulegenden Verfassungsentwurfs nach Berlin zu senden.

Eine solche Fülle verschiedenartiger Aufgaben empfing den Grafen Bismarck, als er am 1. December 1866 von Putbus nach Berlin zurückkam. Ruhe, Landleben, Seeluft hatten seine Nerven, wenn nicht hergestellt, so doch erfrischt, und mit gewohnter Raschheit und Sicherheit begann er auf allen Seiten einzugreifen. Wollen wir den Standpunkt bezeichnen, welcher damals all seinem Thun Maaß und Richtung gab, so reicht dafür ein einziges Wort aus: Friede. Drei Jahre lang hatte er die Auffassung vertreten, daß ein Krieg mit Österreich unvermeidlich und deshalb so rasch und so kräftig wie möglich zu führen sei. Jetzt war sein ganzes Streben von dem Gedanken beherrscht, die mächtige Schöpfung durch innere, dem Zweck entsprechende, hoffentlich ungestörte Arbeit auszubauen und zu consolidiren. Dazu gehörte nicht bloß, jeden Zusammenstoß mit auswärtigen Gegnern zu vermeiden, sondern auch in Preußen und dem norddeutschen Bunde selbst die nationale Gesinnung zu steigern, die particularen Gefühle, so weit es anging, zu schonen, zugleich aber jede Spur einer offenen Auflehnung, wo es nöthig wäre, mit eisernem Griffe niederzuwerfen.

Über die auswärtige Politik, die ihn sofort mit drängenden Sorgen in Anspruch nahm, berichten wir weiter unten in besonderem Zusammenhang. Das Verhältniß zu den süddeutschen Staaten ruhte einstweilen; vor der Feststellung der norddeutschen Bundesverfassung fehlte jede Grundlage für eine nähere Verhandlung zwischen Berlin und München oder Berlin und Stuttgart. Was sodann die annectirten Provinzen betraf, so hatte Bismarck anfangs den Gedanken gehabt, die jetzt preußischen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Lande zwischen Elbe und Mosel unter Austilgung der bisherigen Staatsgrenzen in vier große Provinzen, Rheinfranken, Thüringen, Westfalen, Niedersachsen, nach den altgeschichtlichen Stämmen einzuordnen. Dafür hätte offenbar die gründliche Verwischung der welfischen, hessischen und nassauer Erinnerungen gesprochen: hatte doch die 1790 in Frankreich vollzogene Bildung der neuen Departements binnen einem Menschenalter jeden Gedanken an die alten Landschaften ausgelöscht. Jedoch mußte zunächst einleuchten, in wie hohem Maaße bei einer solchen Umwälzung von Grund aus die Schwierigkeiten der neuen Verwaltung wachsen würden; zur Lösung dieser Aufgabe, fand Bismarck selbst, hätte eine größere Zahl geistreicher und willensstarker Beamten gehört, als ihm zu Gebote stand. Dann aber erklärten ihm die Führer gerade der preußischen Parteien in den annectirten Ländern ihren und ihrer Landsleute dringenden Wunsch, daß ihre alten Staaten zwar zu preußischen Provinzen gemacht, aber um des Himmels willen nicht zerrissen werden möchten. Das Volk hänge an den altgewohnten Zuständen, und bei der Abschneidung der politischen Vergangenheit würde eine Menge lebendiger Interessen auf das Schwerste betroffen, und eine tiefe Entrüstung in allen Herzen entflammt werden. Die Thatsache ist charakteristisch für die wahre Quelle des deutschen Particularismus. Hundert Mal hat man auf dieser Seite den Ruf erhoben, daß die Eigenartigkeit der deutschen Stämme respectirt werden müsse: hier aber sehn wir, daß eine politische Gliederung nach den alten Stämmen energisch verworfen wurde, weil sie den Grenzen der bisher bestehenden Staaten widersprach. Die Rechtsgemeinschaft des Staates überwiegt durchaus die Eigenart des Bluts; die Deutschen sind Particularisten geworden, nicht weil Franken oder Sachsen aus etwas anderem Stoffe gebildet waren, als Schwaben oder Bayern, sondern weil jeder ihrer Fürsten sein Territorium allmählich zu einem gesonderten Staate gebildet und der höhern Staatsgewalt des Reiches entzogen hatte. Nach der Herstellung des Reiches wird trotz aller Verschiedenheit der Stämme die Existenz des deutschen Staates auch der deutschen Gesinnung die Kraft zur normalen Einschränkung des Sondergeists verleihen.

Bismarck verzichtete also auf seinen idealen Plan, nach seinem steten Gedanken, von allen widerstrebenden Elementen nicht mehr zu fordern, als zur Erhaltung der Einheit schlechterdings unerläßlich wäre. Unerläßlich aber war zunächst in

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Hannover ein scharfes Vorgehn gegen die tumultuarische welfische Agitation. Zwei Tage nach seiner Ankunft erstattete er darüber dem Könige Bericht, und gleich am 3. December erging eine königliche Weisung an den Generalgouverneur, jeden Beamten, auf dessen rückhaltlose Mitwirkung er nicht glaube rechnen zu können, vom Amte zu suspendiren, und über die Frage seiner Dienstentlassung an das Ministerium zu berichten; hannoversche Militärpersonen, die sich an Agitationen gegen die Regierung betheiligen, seien nach Minden abzuführen und dort kriegsrechtlich gegen sie zu verfahren; wer sich Beleidigungen preußischer Militärpersonen erlaube, sei ebenfalls nach Minden zu bringen und dort bis auf Weiteres festzuhalten. Dies hatte zur Folge, daß sofort alle Beamte, welche die Resolution der Ritter vom 7. November unterzeichnet hatten, darunter eine Reihe der vornehmsten Edelleute des Landes, suspendirt, und eine Anzahl von Personen aller Stände, Grafen, Bankiers, Officiere, Bauern und Dienstknechte wegen verschiedener Bethätigung welfischer Gesinnung in der Festung Minden eingesperrt wurden. Der Schlag hatte wenigstens die Wirkung, daß der Straßenlärm völlig aufhörte und die öffentliche Ordnung nicht weiter gestört wurde.

Als damit Ruhe im Lande geworden, schritt Bismarck ohne Zögern zu der Behandlung der eigentlichen Lebensfrage der deutschen Politik, der Ausarbeitung des Entwurfs für die künftige Verfassung des norddeutschen Bundes. Denn nur durch wenige Tage war man noch von dem den verbündeten Regierungen zu diesem Zwecke gesetzten Termine getrennt, und auch hier war noch recht viel, oder eigentlich Alles zu schaffen. Allerdings fand Bismarck zwei fertige Entwürfe vor, den einen von Max Duncker, den andern von Savigny verfaßt, allein keiner von beiden entsprach seinen Intentionen auch nur insoweit, um ihn zur Grundlage weiterer Erörterung zu nehmen. Er schob sie vollständig auf die Seite, angeblich weil sie zu tief in die Selbstständigkeit der Einzelstaaten einschnitten[1]). Dann, im Nachmittage des 13. December, dictirte er aus dem Kopfe seinem vertrauten vortragenden Rathe Lothar Bucher die eigentlich constituirenden Artikel der Verfassung, über den Bundesrath (wie

[1]) So berichtet es Benedetti. Die Entwürfe sind bisher auf das Strengste geheim gehalten worden. Im Übrigen vgl. Köppen, Fürst Bismarck S. 385.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

er den alten Bundestag umtaufte), das Bundespräsidium und den Reichstag, und gab für die übrigen Abschnitte die bestimmenden Gesichtspunkte. Bucher, und wenn ich nicht irre Delbrück, arbeiteten darauf das Ganze aus; am Morgen des 14. war der Entwurf fertig, wurde am Nachmittag von dem unter dem Vorsitz des Königs versammelten Ministerrathe genehmigt und war damit zur Vorlage an die Conferenz der verbündeten Regierungen bereit.

Am folgenden Tage, 15. December, waren die Bevollmächtigten pünktlich erschienen. Bismarck eröffnete die Sitzung mit einer Rede, worin er die beiden Hauptmängel des alten Bundes, die fehlende Sicherheit nach Außen und die Unfähigkeit zur Hebung der innern Wohlfahrt durch gemeinnützige Einrichtungen, betonte und zugleich den Verfassungsentwurf vorlegte, welcher diesen Mängeln abhelfen sollte. „Die unbedingte Selbstständigkeit der dynastischen Gebiete", sagte er, „war der wesentliche Grund der politischen Unmacht unserer großen Nation, weil ihr die wirksamen Organe zur Herstellung einheitlicher Entschließungen fehlten; die gegenseitige Abgeschlossenheit aller Bruchtheile bildete ein wirksames Hinderniß der Pflege derjenigen Interessen, welche nur in größern nationalen Kreisen ihre legislative Förderung finden können." „Die preußische Regierung", fuhr er fort, „hat sich in dem vorliegenden Entwurfe auf die Berücksichtigung der allseitig anerkannten Bedürfnisse beschränkt, ohne über dieselben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Staaten eingreifen zu lassen. Nichts destoweniger verkennt sie nicht, daß die Durchführung der hier unerläßlichen Änderungen gewohnter Zustände den einzelnen Regierungen schwierige Aufgaben stellt, und daß die Opfer für die Herstellung allseitig gleicher Rechte und Pflichten von den bisher leichter Belasteten schwer werden empfunden werden. Sie zweifelt aber nicht, daß der einmüthige Wille ihrer Verbündeten, getragen von dem Verlangen des deutschen Volks, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen dauernd verbürgt zu sehen, alle Hindernisse überwinden werde."

Auf solche Mittheilungen und Mahnungen waren die Hörer gefaßt gewesen. Aber als sie dann den Verfassungsentwurf lasen und wieder lasen, war doch die Überraschung groß. In ihrem Bundesvertrag vom 18. August war ihnen in Aussicht gestellt „eine Verfassung auf der Basis der Grundzüge vom

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

10. Juni". Nun, auf dieſer Baſis war der Entwurf allerdings aufgebaut: ſie aber hatten bisher völlig andere Vorſtellungen von dem zu errichtenden Bauwerk gehabt, ſo zu ſagen einen hinreichenden Um- und Ausbau des niedrigen Frankfurter Bundespalaſtes; und ſtatt deſſen ſahn ſie jetzt eine in überraſchender Weiſe aufgethürmte Pyramide mit hoher und ſtarker Spitze vor ſich. Wohl erſchien auch hier der Bundestag, oder nach ſeinem neuen Namen der Bundesrath, als der vornehmſte Träger der geſetzgebenden wie der regierenden Gewalt, ja die Competenz der erſtern war in Betreff der ſo oft geforderten „gemeinnützigen Einrichtungen" bedeutend erweitert. Von der Errichtung eines Kaiſerthums mit verantwortlichen Miniſtern über den ſouveränen Fürſten war keine Rede; ſie Alle ſtanden in gleichem Range neben einander; jener hochgeſchätzte Schmuck ihrer Kronen, das Geſandtſchaftsrecht, wurde gar nicht berührt. Auch die Befugniſſe des Reichstages waren nicht ſo weit bemeſſen, um dem monarchiſchen Princip im Bunde Gefahr zu drohn. Aber da gab es in dem Bundesrathe ein Mitglied, welches nicht wie einſt in Frankfurt 4 Stimmen unter 70, oder eine unter 17, ſondern 17 unter 43 führte, und mit Heranziehung einiger Zwergſtaaten nach ſeinem Willen über die Beſchlüſſe der Mehrheit verfügte. Dann fand ſich vor ein Bundespräſidium, welches nicht bloß wie im alten Bundestag die formelle Leitung der Verhandlung führen, ſondern die völkerrechtliche Vertretung des Bundes nach Außen, volles Geſandtſchaftsrecht, das Recht über Krieg und Frieden, das Recht des Vertragsſchluſſes, die Überwachung der Ausführung der Bundesbeſchlüſſe, die Ernennung aller Bundesbeamten, in dringenden Fällen das Recht der Execution gegen widerſpenſtige Bundesglieder beſitzen ſollte. In andern Artikeln erſchien ein Bundesfeldherr mit dem Oberbefehl in Krieg und Frieden über das einheitliche Bundesheer, zu dem alle Contingente der Bundesglieder zuſammen zu ſchmelzen wären, ein Heer, deſſen Stärke und Geldbedarf, deſſen Geſetze, Reglements und Verwaltung genau nach preußiſchem Muſter die Verfaſſung ſelbſt vorſchrieb. Sodann verfügte ein weiterer Abſchnitt, daß die norddeutſche Kriegsflotte unter preußiſchem Oberbefehl und unter preußiſcher Verwaltung ſtehn würde. Und wie man weiß, dieſes Mitglied mit 17 Stimmen, dies Präſidium, dieſer Bundesfeldherr und Flottenchef, es war Alles dieſelbe Perſönlichkeit, derſelbe König von Preußen, welcher durch die Vereinigung dieſer

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

mannichfaltigen Befugniſſe die Geſchicke Norddeutſchlands nach ſeinem Ermeſſen leiten, und durch ſeine Souveränität die kommende deutſche Einheit verkörpern ſollte.

Nach Preußens gewaltigen Triumphen und überwiegender Macht (25 Millionen Einwohner unter den 30 des Bundes) war freilich eine ſtarke Führerſtellung ſeines Königs ganz natürlich. Dennoch aber waren die anweſenden Miniſter der verbündeten Staaten tief betroffen. Allerdings ſollten für alle jene dem Präſidium überwieſenen Verwaltungszweige dauernde Ausſchüſſe des Bundesraths eingeſetzt, und dieſem alſo ein bleibender Einfluß auf die Executivgewalt geſichert werden. Allein wie gering blieb dieſer neben der präſidialen Machtfülle bemeſſen! Namentlich die Rechte des Bundesfeldherrn ließen von der Militärhoheit der Fürſten gar zu wenig übrig, während ſie, die bisher ihre Kriegsmacht nach dem alten Bundesſchlendrian auf wohlfeilem Fuße gehalten, jetzt ihren Unterthanen durch Einführung des preußiſchen Heerſyſtems erdrückende Laſten, wie ſie meinten, auferlegen ſollten. Dazu kamen dann die in der Verfaſſung der Bundesgeſetzgebung überwieſenen gemeinnützigen Einrichtungen, deren Geſtaltung weitere Eingriffe in die ſonſt den Einzelſtaaten vorbehaltenen Verwaltungsgebiete vorausſehn ließ. Gleich an der Spitze ſtand die Erklärung eines gemeinſamen Indigenats für alle Bundesangehörige, ein Grundſatz, der überall die beſtehenden Gemeindeordnungen und die damit zuſammenhängenden Vorſchriften mit ſchwerer Umwälzung bedrohte. Vorbehalten für die künftige Bundesthätigkeit waren Geſetze über Freizügigkeit und Gewerbebetrieb, über geiſtiges Eigenthum und Patente, über Flußſchifffahrt und Eiſenbahnen, über Papiergeld und Bankweſen, über Civilproceß und Concursverfahren. Genug, die Grenze zwiſchen der Competenz der Bundesgewalt und der des Einzelſtaats wurde nicht nach den Miniſterialreſſorts gezogen (etwa für jene Auswärtiges, Handel, Krieg und Marine, für dieſe Inneres, Juſtiz, Cultus, Unterricht), ſondern wo ſich in irgend einem Reſſort ein gemeinſames deutſches Intereſſe zeigte, würde die Bundesgewalt in irgend einer Weiſe, geſetzgeberiſch, verwaltend, beaufſichtigend, eingreifen, dafür aber auch, wo dies nicht der Fall wäre, der Thätigkeit des Einzelſtaats freie Hand laſſen. So würde die Armee nach Bundesgeſetz organiſirt, die Ernennung der Officiere aber verbliebe zum größten Theil den Landesfürſten. Die Koſten des Heerweſens ſetzte der Etat

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

des Bundes fest, die Art der Aufbringung derselben aber würde den Regierungen der Einzelstaaten überlassen bleiben. In der Diplomatie wäre neben der Thätigkeit der großen norddeutschen Botschafter jedem Einzelstaat eine besondere Vertretung für die speciellen Interessen seiner Einwohner freigestellt. Jeder Einzelstaat möchte seine Eisenbahnen bauen und verwalten nach seiner Weise, nur behielte sich der Bund eine gewisse Aufsicht und das Recht vor, im Interesse der Landesvertheidigung selbst einen Bahnbau zu veranlassen.

Offenbar hatte bei dem ganzen Entwurf ein großer Sinn für das praktische Bedürfniß, ohne Rücksicht auf Theorie und Doctrin gewirkt; es sei unmöglich, klagte später ein berühmter Professor des Staatsrechts, anzugeben, in welches der von der Wissenschaft festgesetzten Fächer der Verfassungsarten dies Erzeugniß gehöre. Um so gewisser war es, daß durch ein solches System alle bestehenden Verhältnisse berührt und vielfach in Frage gestellt wurden.

So erhoben sich in der Versammlung Bedenken von allen Seiten, und bald lag eine lange Reihe von Änderungsvorschlägen der preußischen Regierung vor. Es wäre heute eine zwecklose Mühe, sie im Einzelnen durchzugehen; es genügt, die Richtungen zu bezeichnen, in denen sie sich bewegten. Oldenburg und Coburg hätten eine von Grund aus verschiedene Verfassung gewünscht. Oldenburg beklagte die Abwesenheit eines aus den Fürsten gebildeten Oberhauses; dann hätte man zu Gunsten des Bundespräsidiums die Rechte des Bundesraths beschränken, und jenem die Bundesregierung durch ein verantwortliches Bundesministerium übertragen können; zur Sicherung der Einzelstaaten wäre ein Bundesgericht einzusetzen, zur Stärkung des parlamentarischen Einflusses an die Stelle eines festen Pauschquantums für die Militär-Ausgaben die Vereinbarung eines Etats mit dem Reichstag anzuordnen. Coburg war ebenfalls für die Errichtung eines mit dem Reichstag gleichberechtigten Fürstenhauses und hätte die Abgrenzung der Competenz zwischen Reichsgewalt und Einzelstaaten nach den Geschäften der einzelnen Ministerien gewünscht; daß den Einzelstaaten gewisse Befugnisse im Auswärtigen, im Heerwesen u. s. w. gewahrt blieben, däuchte ihm nicht ein Vortheil, sondern eine drückende Last, während umgekehrt die Befugnisse des Bundes in der innern Verwaltung alle Selbständigkeit der Einzelstaaten zu untergraben schienen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Ähnliche Betrachtungen machten dem Weimar'schen Minister Watzdorff das Herz schwer. Ich hatte geglaubt, sagte er später, nach den großen Kriegserfolgen hätte sich etwas Besseres schaffen lassen. Doch, setzte er dann hinzu, bei näherer Untersuchung habe ich mich schließlich überzeugt, daß das Verhältniß zwischen Bundesgewalt und Einzelstaat in angemessener Weise geregelt ist. Eine ganze Reihe besonderer Anträge hatte dann Darmstadt in Folge seiner unnatürlichen Lage, nach der es zur Hälfte Bundesland, zur Hälfte Ausland war, vorzulegen. Die übrigen Kleinstaaten richteten, so weit die Protokolle es erkennen lassen, ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Fragen des Heimathsrechts und, was damit zusammenhing, auf die Beschränkung des Rechtes, Reichssteuern aufzulegen, auf die Verminderung der furchtbaren Militärlast, auf die Bindung gewisser Entschließungen des Bundespräsidiums an die Zustimmung des Bundesraths. Wie natürlich, gingen im Einzelnen ihre Begehren vielfach aus einander und gegen einander. Stoff zu endlosen Verhandlungen wäre reichlich vorhanden gewesen.

Indessen ermöglichte die damalige Lage der Dinge der preußischen Regierung ein summarisches und durchgreifendes Verfahren. Was einst Österreich 1851 in Dresden und 1863 in Frankfurt fruchtlos versichert hatte: es muß etwas zu Stande kommen — das lebte 1867 in Aller Herzen. Als die Berathung über die eingebrachten Anträge am 18. Januar durch Herrn von Savigny eröffnet und am 28. fortgesetzt wurde, erklärte der preußische Bevollmächtigte, daß seine Regierung von den begehrten Abänderungen der Vorlage achtzehn genehmige, alle übrigen jedoch ablehne. In einer dritten Sitzung am 2. Februar wurden dann die bis dahin vorbehaltenen Artikel über Kriegswesen, Marine und Posten besprochen, und hier jede wesentliche Änderung von Preußen verbeten. Die übrigen Regierungen gaben darauf den Inhalt mancher Amendements als Wünsche und Erwartungen zu Protokoll, genehmigten aber den so festgestellten Text des Entwurfs als gemeinsame Vorlage für den Reichstag.

In denselben Wochen wurde dem Abschluß eine andere Verhandlung entgegengeführt, nicht von so umfassender Bedeutung wie der Verfassungsentwurf, immer aber auf einem höchst wichtigen Gebiete eine stärkende Grundlage für das künftige Bundesleben: die Abtretung der fürstlich Thurn und Taxis'schen Posten

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

an Preußen, welches damit die Möglichkeit gewann, das gesammte Postwesen im Umfange des Bundesgebiets der Bundesgewalt zu übertragen.

Noch während des Kriegs, im Juli 1866, hatte der damalige Referent für die Postangelegenheiten im preußischen Handelsministerium, Geheimrath von Stephan (der spätere Generalpostmeister), einer der genialsten und thatkräftigsten Männer unserer Zeit, ein sofortiges factisches Vorgehn gegen Thurn und Taxis, die Beschlagnahme seines gesammten Postwesens und die Einsetzung einer provisorischen Verwaltung desselben vorgeschlagen und durchgesetzt, als den einzigen Weg, um in kürzester Frist zu einem rechtsgültigen Übergang desselben an Preußen und vollständiger Verschmelzung mit dem preußischen zu gelangen. Stephan selbst wurde darauf zur Vollziehung der Maaßregel nach Frankfurt gesandt. Er löste dort die Taxis'sche Generaldirection auf, setzte sich an deren Stelle, ließ die übrigen Beamten gegen Gelobung unbedingten Gehorsams in ihrer Thätigkeit und brachte sehr bald die bisherige, durch den Krieg überall unterbrochene Verwaltung wieder in den gewohnten regelmäßigen Gang. Der Fürst von Thurn und Taxis war in Folge der großen Kriegsereignisse überzeugt, daß in Deutschland die Zeiten des Bundestags, der österreichischen Suprematie und Alles, was damit zusammenhing, folglich auch seiner kaiserlichen Lehnspost, vorüber waren, und da Preußen sich bereit erklärte, für seinen Verzicht ihn durch eine Capitalzahlung zu entschädigen, sandte er bereits im September 1866 einen seiner tüchtigsten Postbeamten, Freiherrn von Gröben, nach Frankfurt, um mit Stephan die Höhe der Ablösungssumme festzustellen. Dieses Geschäft wäre leicht gewesen, wenn es sich lediglich um die Capitalisirung der letzten Jahreseinnahmen hätte handeln können, da Bücher, Registraturen und Cassen der bisherigen Verwaltung sich in bester Ordnung befanden. Allein Stephan stellte den Grundsatz auf, daß nicht für die Einnahmen des alten Zustandes, sondern für die der neuen Zeit, angenommen, daß die Lehnspost bestehn bliebe, Entschädigung zu leisten sei: und so berechtigt dieser Satz auch war, schwierig und verwickelt zeigte sich die praktische Durchführung desselben. Das kaiserliche Lehn, welches vor mehreren Jahrhunderten dem Fürsten die Post im ganzen Reiche überwiesen hatte, war im Laufe der Zeiten durch die wachsende Selbständigkeit der Einzelstaaten vielfach durchbrochen worden.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Die größern Staaten hatten für ihre Gebiete eigne Poſten eingerichtet, die übrigen die Rechtsverhältniſſe der Taxis'ſchen in der mannichfaltigſten Weiſe beſchränkt oder geändert, z. B. die fürſtlichen Poſtbeamten der Dienſtpragmatik ihrer eignen Behörden unterworfen, die nun nach beliebter deutſcher Art in jedem Territorium abweichend von der des Nachbarſtaats war. Stephan zollte der Klugheit und der Arbeitskraft der Taxis'ſchen Direction, welche unter ſo ſchwierigen Verhältniſſen ihr Inſtitut doch immer in einem ganz ehrenwerthen Beſtande erhalten hatte, rückhaltloſe Anerkennung: immer aber hatten die üblen Folgen eines ſolchen Verhältniſſes nicht ausbleiben können. Der Fürſt hatte auf ſeinem Reinertrag beſtanden; mehr und mehr war alſo in der Verwaltung der volkswirthſchaftliche Geſichtspunkt gegen den fiscaliſchen in den Hintergrund getreten, ſo daß eine Menge auch nothwendiger Aufgaben zum Schaden des Ganzen unterlaſſen oder hinausgeſchoben wurden. Den Bedürfniſſen des wachſenden Verkehrs genügten weder die Poſtgebäude ſelbſt auf den wichtigſten Stationen, noch die meiſt beſcheidenen Gehälter im Vergleich zu den ebenmäßig wachſenden Anſtrengungen der Beamten. Stephan berechnete die dringend hienach erforderlichen Ausgaben auf mehrere Millionen, woraus dann eine entſprechende Verminderung der Ablöſungsſumme ſich ergab. Genug, am 7. Januar 1867 konnte Stephan den mit Gröben vereinbarten Vertragsentwurf dem preußiſchen Staatsminiſterium vorlegen. Dieſes hatte übrigens ſchon früher nach Stephan's Berichten auf Grund eines im Finanzminiſterium durch Geh. Rath von Hoffmann ausgearbeiteten Gutachtens das Entſchädigungskapital auf drei Millionen Thaler feſtgeſtellt und beharrte bei dieſem Betrage, auch als der Fürſt von Taxis durch perſönliches Erſcheinen in Berlin eine Erhöhung der Summe zu erwirken ſuchte, vom Könige aber nicht empfangen wurde. Darauf bequemte man ſich Taxis'ſcher Seite zur Annahme des preußiſchen Angebots, und der endgültige Vertrag, auf Überlaſſung der Taxis'ſchen Poſtgerechtſame, vom 1. Juli 1867 ab, an die Krone Preußen gelangte am 28. Januar zum Abſchluß.

Gleich an dieſer Stelle mag vorweg genommen werden, daß Stephan unterdeſſen die Umgeſtaltung des geſammten Taxis'ſchen Poſtweſens nach den Grundſätzen der preußiſchen Organiſation bereits ſo weit vorbereitet hatte, daß ſie noch im Laufe des Jahres zur Verwirklichung gelangte. Ebenſo raſch erwirkte er

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

bei den zehn Regierungen, in deren Staaten die Taxis'sche Post noch bestanden hatte, die Zustimmung zu dem Abtretungsvertrage, welche dann ohne Schwierigkeit auch von dem preußischen Landtage ertheilt wurde. Die preußische Regierung konnte ihren Verbündeten erklären, daß in dem ganzen Umfange des Bundes die Postverwaltung vom 1. Januar 1868 ab in die Hand der Bundesregierung übergehen würde.

So war im Innern alles wohl geordnet und für die parlamentarische Behandlung vorbereitet, als mit dem 12. Februar 1867 der mit allseitiger Spannung erwartete Tag der Reichstagswahlen nach dem allgemeinen, gleichen, directen Wahlgesetz von 1848 erschien.

Das nach lebhaften Wahlkämpfen gewonnene Ergebniß stimmte im Wesentlichen mit jenem der letzten preußischen Landtagswahlen, unter einer leichten Verschiebung zu Gunsten der Regierung und ihres nationalen Werkes überein. Unbedingt für sie zu stimmen, zeigten sich 59 Altconservative, 36 Freiconservative, sowie die Gruppe der 27 sogenannten Altliberalen geneigt. Unbedingt in oppositioneller Haltung erschien eine bunte Reihe höchst verschiedenartiger Elemente, die auf 19 Mitglieder heruntergekommene Fortschrittspartei, dann eine „freie Vereinigung" von 14 Köpfen, ferner eine „bundesstaatlich constitutionelle Vereinigung" von Ultramontanen und strammen Particularisten aus Hannover und Holstein, im Ganzen 18 Personen, neben ihnen als einziger Socialdemokrat, August Bebel, endlich zwölf Polen und zwei Dänen. Höchst erfreulich für die preußische Regierung waren die Wahlen in Hessen und Nassau ganz überwiegend im nationalen Sinne ausgefallen; ja selbst in Hannover hatten zu großer Überraschung nach allen welfischen Demonstrationen nur 129000 Wähler particularistisch, 144000 national gestimmt.

Unter diesen Umständen lag die Entscheidung überall in der Hand der auch in Altpreußen herangewachsenen und durch große Contingente der verbündeten Länder bis auf 79 Mitglieder verstärkten nationalliberalen Partei. Sie war entschlossen, das Verfassungswerk zu sicherem Abschluß hindurch zu führen, den Verfassungsentwurf der Regierungen zunächst als Grundlage der Berathungen anzunehmen, mit dem Vorbehalte jedoch, die parlamentarischen und Freiheitsrechte, die sie in dem Entwurfe keineswegs in ausreichendem Maaße anerkannt fand, überall nach liberalen Grundsätzen auch gegen Bismarck's Widerspruch fest-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zuſtellen. So war eine erfolgreiche, aber auch eine bewegte Seſſion zu erwarten.

Immer aber waren mit allen dieſen innern Momenten, Stimmung der annectirten Provinzen, Beſtrebungen des preußiſchen Landtags, Entwurf der Bundesverfaſſung und Ergebniß der Reichstagswahlen, die Vorausſetzungen noch nicht vollſtändig aufgezählt, unter deren Einwirkung das wieder geborene Deutſchland ſeine erſten Schritte hinaus in das Leben thun ſollte.

Denn der Tag von Königgrätz hatte zugleich die deutſche Frage gelöst und eine europäiſche Frage geſchaffen. Der öſterreichiſch-preußiſche Dualismus war beſeitigt; dafür kündigte ſich mit drohendem Grollen eine neue franzöſiſch-deutſche Rivalität an. Während Savigny mit den deutſchen Fürſten die Verfaſſung des Nordbundes berieth, nahm Graf Benedetti die Aufmerkſamkeit Bismarck's äußerſt dringlich in Anſpruch. Frankreich bot Freundſchaft und Bündniß, wenn ihm Preußen einen anſehnlichen Landgewinn verſchaffen wollte; würde es nicht geſchehn, ſo würde die gereizte öffentliche Meinung den friedfertigen Kaiſer unaufhaltſam zum Bruche zwingen. Wir erinnern uns, daß im Auguſt 1866 bei der erſten Anmeldung dieſer Dinge Bismarck in die Erörterung der einzelnen franzöſiſchen Forderungen eingetreten war, jede Abtretung deutſchen Landes nachdrücklich abgelehnt, ſonſt aber dem Könige volle Freiheit der Entſchließung vorbehalten hatte. Jetzt alſo ſtellte Benedetti die Frage nach der königlichen Entſcheidung über den Entwurf, wie er ihn im Verlauf der Auguſtgeſpräche niedergeſchrieben hatte. Es würde hienach Frankreich den neuen Zuſtand Norddeutſchlands anerkennen und ſich einer föderalen Vereinigung des Nordbundes mit den ſüddeutſchen Staaten nicht widerſetzen. Preußen aber ſollte der franzöſiſchen Regierung die Erwerbung Luxemburgs erleichtern, deshalb mit dem König der Niederlande eine Unterhandlung eröffnen und ihm für die Abtretung eine angemeſſene Entſchädigung anbieten, wobei Frankreich, wenn eine Geldzahlung nöthig werden ſollte, dieſelbe leiſten würde. Ferner ſollte Preußen, wenn Frankreich durch die Umſtände bewogen würde, Belgien zu beſetzen oder zu erobern, ihm dabei mit allen ſeinen Streitkräften gegen jeden Widerſacher Beiſtand leiſten. Um die Ausführung dieſer Beſtimmungen zu ſichern, würden beide Mächte eine Offenſiv- und Defenſiv-Allianz ſchließen, für alle Fälle, in

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

denen ihre Staaten, deren Integrität sie sich gegenseitig verbürgen, von einem Angriff bedroht werden sollten.

Es war, wie man sieht, zugleich ein Angebot und ein Begehren der umfassendsten Art. Die beiden Mächte, die seit den Tagen des ersten Napoleon sich argwöhnisch und eifersüchtig gegenüber gestanden, würden jetzt in enger Vereinigung und überwältigender Kraft die Leitung eines neugestalteten Europa übernehmen. Wir haben uns im Anfang dieses Capitels die Unsicherheit der damaligen Weltlage vergegenwärtigt: eine französische Allianz, wenn sie ehrlich gemeint sein konnte, hätte die europäische Stellung des norddeutschen Bundes für den Augenblick gestärkt, und einen solchen Vorschlag kurzweg zurückzustoßen, erschien Bismarck, auch nach der Beendigung des deutschen Kriegs, nicht nützlich. Aber was konnte man von einer Verhandlung darüber hoffen? und wenn ein Abschluß gelänge, wie groß wäre die Aussicht auf sichere Dauer der neuen Freundschaft? In Paris herrschte die Gesinnung, die in dem mächtigen Wachsthum Preußens unter allen Umständen eine Verletzung der nationalen Ehre und der Machtstellung Frankreichs in Europa sah. Deshalb hatte Bismarck schon seit dem dänischen Kriege keinen Zweifel darüber gehabt, daß die hier begonnene deutsche Entwicklung nicht ohne einen Kampf mit Frankreich zum Schlusse geführt werden könnte. Er hatte bei seiner ersten Anregung der Erwerbung Schleswig-Holsteins, December 1863, es ausgesprochen, man werde sie, ebenso wie jene Schlesiens, mit großen Kriegen vertheidigen müssen. Und nun vollends nach der Umgestaltung Deutschlands im Jahre 1866 hielt er den Losbruch eines französischen Angriffs nur noch für eine Frage der Zeit, wobei er es allerdings als seine Aufgabe erkannte, den Beginn des Conflicts nach Möglichkeit hinauszuschieben, und Frankreich durch scheinbares Eingehn auf seine Wünsche hinzuhalten. Denn jeder Zeitgewinn stärkte die deutsche Macht durch die Einführung des preußischen Heersystems in den verbündeten Staaten, und verminderte die Gefahr einer österreichisch-französischen Coalition, die man bei der damals noch frischen Verstimmung Österreichs nicht außer Rechnung lassen durfte. Zu diesen militärischen Gründen für eine hinhaltende Behandlung der französischen Anträge kamen aber allgemeine Erwägungen, welche trotz der deutlich angeschauten Kriegsgefahr doch noch einen letzten Rest der Hoffnung auf bleibende Erhaltung des Friedens bei jenem Ver-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

fahren bekundeten. Wer könnte, hörte man Bismarck während des weitern Verlaufes oft erörtern, wer könnte läugnen, daß mit jedem gewonnenen Friedensjahre auch die Wahrscheinlichkeit weiterer Verlängerung der Eintracht steige, daß die gereizten Gemüther sich allmählich beruhigen, die auf den Frieden angewiesenen materiellen Interessen entscheidenden Einfluß erlangen könnten? Indem er weiter in die Zukunft blickte, hielt er es bei der hohen Erregung der nationalen Leidenschaft und den gewaltigen Kriegermassen auf beiden Seiten für zweifellos, daß ein hier losbrechender Kampf nicht wie zur Zeit Ludwig's XIV. sich lange Jahre hin und her über die Grenze schieben würde: nein, er würde vom ersten Tage an den tödtlichen Stoß auf das Herz des Gegners zu führen suchen, und wie dann auch der Ausgang fiele, der Besiegte würde mit Haß und Verzweiflung den Gedanken der Rache festhalten, und damit auf mehr als ein Menschenalter hinaus den Frieden Europas gefährden.

In Paris galt die Einverleibung Luxemburgs als Compensation für Preußens bisherigen Gewinn, die preußische Allianz zur Eroberung Belgiens als Preis für Preußens künftige Leitung des deutschen Südens. An beiden Punkten hatte Bismarck schon bei den Gesprächen im August 1866 seine Bedenken erhoben. Er bemerkte dem Grafen Benedetti, der Abschluß einer Offensivallianz würde in ganz Europa den Argwohn gegen eine große Friedensstörung erwecken. Was Luxemburg betreffe, so sei er bereit, dem Könige den Abzug der vertragsmäßig preußischen Besatzung aus der ehemaligen Bundesfestung zu empfehlen, wenn ein festes Freundschaftsverhältniß mit Frankreich zu Stande komme. Unter keinen Umständen aber könne Preußen, wie der Pariser Entwurf es begehre, die Initiative im Haag für die Abtretung des Landes an Frankreich ergreifen, und vollends nicht dem König von Holland zur Entschädigung für Luxemburg ein anderes deutsches Land abtreten[1]). Preußen habe nicht weniger als Frankreich auf eine erregte öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen; durch das vorgeschlagene Verfahren würde seine nationale Stellung in ganz Deutschland compromittirt

[1]) Rothan (nach Benedetti's Berichten) affaire de Luxembourg p. 29 ff.: Auch Bismarck erwähnt die Landabtretung an Holland nach den in Cercey weggenommenen französischen Acten, Preußischer Staatsanzeiger October 1871.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

werden. Ihr wollt Luxemburg einverleiben, ſagte er, ſo iſt es Euere Sache, Euch zuerſt zu compromittiren, und wir ſehen dann, was wir thun können. Ihr habt gute Freunde unter den Luxemburger Notabeln; bewirkt durch ſie dort eine Agitation für den Abzug unſerer Beſatzung, eröffnet dann ohne unſer Vorwiſſen eine geheime Unterhandlung im Haag, und wenn Ihr darüber eine vollendete Thatſache vorlegen könnt, ſo würde vielleicht die Anerkennung derſelben in Deutſchland durchgehn. Mit einem Worte, eine poſitive Unterſtützung dieſer Sache iſt für uns unmöglich; das Einzige, was wir vermögen, iſt Geſchehnlaſſen, und darüber werde ich mit dem Könige im Intereſſe unſerer Freundſchaft berathen.

Dabei blieb es während dieſer Geſpräche bis zu Bismarck's Abreiſe nach Putbus Anfang September. Kaum war er am 1. December nach Berlin zurückgekehrt, ſo meldete ſich bereits am 3. der franzöſiſche Botſchafter, um die Entſchließungen des Königs über Luxemburg und Belgien einzuholen. Bismarck erfuhr mit Überraſchung, daß alle ſeine frühern Erörterungen in den Wind geſprochen waren, daß Frankreich die Eröffnung der Unterhandlung mit Holland nach wie vor Preußen zuſchob, nach wie vor in der belgiſchen Frage von Preußen die Offenſiv-Allianz begehrte. Er verhehlte dem Botſchafter ſein Befremden nicht. Er ſei ſeit dem September von Berlin entfernt geweſen, wie hätte er die Stimmung des Königs über ſo große Fragen erkunden, wie einen günſtigen Entſchluß bewirken, wie die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen ſollen? Noch ſei der König ununterrichtet, ſchon aber ſei das feierlich angelobte Geheimniß gebrochen. Geſtern habe ihn der Kronprinz darauf angeredet; ich höre, habe er geſagt, von einer preußiſch-franzöſiſchen Allianz; gegen wen ſoll ſie gerichtet ſein? Iſt der Prinz, fragte Benedetti, der Allianz feindlich? Er fürchtet unter Anderem, erwiderte Bismarck, daß unſere Allianz der Regierung ſeiner Schwiegermutter mißfällig ſein würde. Bismarck beſorgte ſeinerſeits wiederholt franzöſiſche Indiscretionen in London, wie wir ſie im Auguſt 1866 kennen gelernt haben. Um ſo zurückhaltender war ſein Geſpräch. Benedetti drängte auf die Nothwendigkeit, einen Beſchluß zu faſſen. Bismarck ſagte, er werde das Mögliche thun, ihm bald eine Antwort zu verſchaffen.

Alſo nach drei Monaten, klagte Benedetti, ſei noch nichts in der Sache geſchehn. Er meinte, Bismarck habe ſeinen Sinn

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

geändert, denke hinzuhalten und schließlich abzubrechen. Da sei für Frankreich am Besten, eine nutzlose und damit gefährliche Unterhandlung auf der Stelle fallen zu lassen. Der Minister Moustier, seit langer Zeit kein Freund Bismarck's, war derselben Meinung. Napoleon aber, stets von dem Wunsche beseelt, irgend einen Territorialerwerb zu machen und damit durch Beruhigung der französischen Chauvinisten den Frieden zu sichern, befahl, einstweilen sich zu gedulden und Bismarck's weitere Eröffnungen abzuwarten[1]). Er blieb um so fester in diesem Entschlusse, als er für den schlimmen Fall den Entwurf zu einer Verdopplung des französischen Heeres hatte ausarbeiten lassen, dann aber, gleich nach der Veröffentlichung dieses Plans einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande losbrechen sah über diese unerträgliche Vermehrung der Militärlast, so daß er sich beeilte, den Entwurf wieder zurückzuziehn. Der Contrast zwischen dem chauvinistischen Geschrei und dem Zurückstoßen der Mittel zu seiner Wirksamkeit war so grell wie möglich.

Unterdessen ging in Norddeutschland die Errichtung der drei neuen Armeecorps aus den annectirten und eines vierten aus den verbündeten Staaten ihren raschen Gang, und Bismarck legte dem Könige die französischen Anträge vor. Es geschah, was er vorausgewußt hatte: für eine französische Allianz zeigte der König überhaupt keine Neigung, und insbesondere hielt er die Bewahrung Luxemburgs für seine, durch europäische Verträge ihm übertragene Pflicht. Zunächst wurde Moltke mit einem Gutachten über die militärische Bedeutung der Festung beauftragt, und wie man sich denken kann, mahnte der General zu ihrer Behauptung, eine Ansicht, der einige Wochen später ein Gutachten Roon's nicht widersprechen konnte. Bismarck erörterte dagegen, daß unter den heutigen Verhältnissen das enge Felsennest doch entschieden nicht mehr für uns die Wichtigkeit habe, wie vor hundert Jahren als östliche Deckung für das österreichische Belgien, und hob als den entscheidenden Punkt die Frage hervor, welcher Nachtheil für Preußen größer sei, die Räumung von Luxemburg oder der verfrühte Ausbruch des französischen Kriegs. Denn daß die Räumung ein Nachtheil sei, war auch seine Meinung; er hielt sie nur für das kleinere Übel im Vergleich zum sofortigen Krieg.

[1]) Rothan, Luxembourg, p. 94 ff.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

So verging der December, und sehr bald nach dem Beginn des Jahres 1867 war in Paris die abwartende Geduld zu Ende[1]). Der Staatsminister Rouher erklärte dem Grafen Goltz: in kurzer Frist steht uns die Eröffnung der Kammern bevor, ich habe dort die öffentliche Meinung über das Verhältniß zwischen unsern beiden Ländern zu beruhigen; die seit Monaten fortdauernden Gespräche müssen zum Schluß kommen; wir müssen erfahren, ob Preußen seine Besatzung in Luxemburg stehn lassen, ob Graf Bismarck seine durch hohe Weisheit eingegebene Politik aufgeben will. In gleicher Weise lautete Moustier's Auftrag vom 7. Januar an Benedetti. Wir wollen nicht drängen und nicht drohn, aber die herannahende Eröffnung der Kammern nöthigt uns eine bestimmte Erklärung zu fordern. Benedetti, obgleich nicht ohne Sorge über den Ausgang, beeilte sich den Befehl zu vollstrecken, und hatte am 10. Januar das entscheidende Gespräch mit Bismarck.

Benedetti begann mit der Luxemburger Frage. Würde der König sich nicht bestimmen lassen, aus eignem freiem Entschlusse bei der Veränderung der deutschen Verfassung seine Truppen aus Luxemburg abzurufen? Bismarck verneinte sehr bestimmt. Der König, sagte er, ist der Sclave seiner Pflicht, und er hält es für seine Pflicht, einen Platz zu bewahren, dessen Hut ihm von Europa aufgetragen worden ist. Er erinnerte jetzt den Botschafter an den ihm schon vor fünf Monaten gemachten Vorschlag, Frankreich möge in Luxemburg ein Votum der Bevölkerung veranlassen, aus dem der König ersehn könne, wie lebhaft der Abzug seiner Truppen dort gewünscht werde. Oder noch besser, fuhr er fort, laßt eine Gruppe von Notabeln oder die Handelskammer der Stadt außer dem Abzug der Truppen auch die Schleifung der Festung als ein Pfand des Friedens begehren. Benedetti wüthete im Herzen, daß Frankreich selbst die Vernichtung eines Werks seines großen Vauban betreiben sollte, verbiß aber seinen Zorn, und erkundigte sich über das Schicksal seiner zweiten Frage, des Schutz- und Trutzbündnisses. Aber er erlebte auch hier geringen Trost. Bismarck mußte ihm erklären, daß der König von einer Offensiv-Allianz nichts wissen wollte, die ihn zu bewaffneter Unterstützung der Einnahme Belgiens durch die Franzosen verpflichten würde. Im günstigsten,

[1]) Rothan p. 115 ff.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

heute aber keineswegs schon sichern Falle, sagte Bismarck, würde sich der König zu einer einfachen Defensiv-Allianz bestimmen lassen, welche dem Kaiser Napoleon Preußens wohlwollende Neutralität bei jedem Unternehmen verbürgte[1]). Es war überall derselbe Standpunkt: eine thätige Mitwirkung zu den französischen Plänen auf Luxemburg und Belgien ist für uns unmöglich, wir können aber auf dieser Seite Vieles geschehen lassen, wenn seinerseits Frankreich die nationale Neugestaltung Deutschlands in redlicher Freundschaft sich vollenden läßt.

Wäre der hier zur Sprache gebrachte Neutralitätsantrag bereits ein sicheres, vom Könige genehmigtes Angebot gewesen, so hätte er für Frankreich eine große Bedeutung gehabt, da er unter den damaligen Verhältnissen jede europäische Coalition gegen Frankreich unmöglich gemacht hätte. Wie er aber auftrat, ohne königliche Genehmigung, unter Unsicherheit der Energie, mit der Bismarck die Neutralität dem Könige empfehlen und sie bei einem französischen Angriff auf Belgien aufrecht halten würde — und dazu noch Preußens Weigerung, im Haag die Abtretung Luxemburgs vorzuschlagen, und endlich die Zumuthung an Frankreich, die Schleifung der Festung Luxemburg selbst zu veranlassen: da mußte in Paris die übelste Wirkung entstehen.

Napoleon war entrüstet. Er wünschte, Belgien ohne Kampf gegen eine Großmacht zu erwerben; das hätte ihm Preußens Offensivbund geleistet. Aber eine so unsichere Aussicht auf preußische Neutralität gab ihm keine Gewähr gegen Englands Widerstand. So brach er kurz ab. Ich will Luxemburg, erklärte er, nicht ohne die Festung; die Ablehnung der Offensiv-Allianz zeigt mir, daß Preußen überhaupt keinen Drang hat, mit mir in eine feste und wirksame Verbindung zu treten; ich aber bin nicht geneigt, mich mit einem Genossen einzulassen, der mir eine so unsichere Gesinnung entgegen bringt; möge also die große Bündnißfrage auf sich beruhn bleiben. Sie war in der That damit begraben.

Einige Wochen nachher ließ Moustier noch einmal in Berlin erklären, man sei stets zum Bündniß bereit. Es hatte den Werth einer Visitenkarte, die man bei einem Bekannten zu einer Zeit abgibt, wo er sicher nicht zu Hause ist.

[1]) Rothan, S. 124, aus der gleich nach dem Gespräch geschriebenen, zwanzig Seiten langen Depesche Benedetti's.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Napoleon's Stimmung hatte unter dem Eindruck der Berliner Nachrichten eine vollständige Wandlung erfahren. In diesem Moment entschied sich, wie wir später darlegen werden, ein gründlicher Umschlag seiner innern Politik, und zugleich ein fester Entschluß, trotz aller Hindernisse Frankreichs Streitkräfte so stark wie möglich zu vermehren. Denn ganz entschieden hielt er an dem Gedanken der Erwerbung Luxemburgs fest, die er ebenso wie seine Minister und der Graf Benedetti als die erste Station auf der Straße nach Brüssel betrachtete. Es wurde beschlossen, da Preußen im Haag nicht dafür wirken wollte, die Sache jetzt selbst in die Hand zu nehmen, und zwar gerade auf dem von Bismarck bezeichneten Wege, zunächst einer populären Agitation in Luxemburg, sodann einer geheimen Unterhandlung im Haag. Nach dem Contraste des letzten Gesprächs mit den im August von Bismarck zugelassenen Hoffnungen regte sich in Paris gegen den Minister, der freilich nie ein Versprechen gegeben, ein starkes Mißtrauen, jedoch blieb man auch jetzt bei dem Gedanken, wenn man lediglich dessen eigne Rathschläge ausführe, könne er doch unmöglich hindernd eingreifen; er werde eben geschehen lassen, und demnach auch ohne förmliche Allianz Preußens Neutralität in dieser Angelegenheit thatsächlich gesichert sein. Marquis Moustier sandte bereits einige Agenten nach Luxemburg, um dort Stimmung für den Anschluß an Frankreich zu machen.

So blieben die französischen Gefühle gegen Preußen gemischte und schwankende. Die Aussicht auf eine gemeinsame Lenkung Europas durch die große Allianz der beiden Mächte war verflogen, noch aber rechnete man auf eine, wenn nicht helfende, doch freundliche Stellung Preußens zu den französischen Annexionsplänen. Als man Anfang Februar die Materialien zu dem den Kammern vorzulegenden Gelbbuch zusammenstellte, nahm man darin auch den preußenfreundlichen Satz auf: die deutschen Südstaaten haben das unbedingte Recht, festzustellen, welche Beziehungen unter ihnen selbst, und welche zwischen ihnen und dem Nordbunde Statt finden sollen. Noch war hier also der Gedanke nicht aufgekommen, daß dieses unbedingte Recht durch die Bestimmungen des Prager Friedens eine enge Beschränkung erhalten hätte. Lange nicht so freundschaftlich klang dagegen ein Satz der französischen Thronrede bei der Eröffnung der Kammer am 14. Februar. Kaiser Napoleon hatte sich verletzt gefühlt, als König Wilhelm bei der Eröffnung des preußi-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

schen Landtags im vorigen Herbste bei der Besprechung des Nikolsburger Friedenswerkes die französische Vermittlung mit keiner Sylbe erwähnt hatte. Napoleon holte jetzt dieses Versäumniß am 14. Februar gründlich nach, indem er den französischen Volksvertretern zurief, Frankreichs Wort habe genügt, um den preußischen Heeren den Einzug in Wien zu verbieten und binnen wenigen Wochen dem gewaltigen Kriege einen allerseits befriedigenden Abschluß zu geben.

Um so weniger fand sich König Wilhelm am 24. veranlaßt, in seiner Thronrede eine vom Reichstag mit Ungeduld erwartete Verheißung deshalb zu streichen, weil sie die französischen Gefühle an empfindlicher Stelle aufregen konnte. Er erklärte dem Reichstage, so bald wie irgend möglich werde man zu Verträgen mit Süddeutschland auf Grund des Prager Friedens schreiten, welcher die Ordnung der nationalen Beziehungen zwischen Nord und Süd dem freien Übereinkommen beider Theile anheimstellte.

In Paris konnte man nichts dagegen einwenden, um so mehr aber schärfte sich in den Gemüthern Besorgniß und Widerwille gegen die begonnene Neugestaltung der deutschen Dinge. Es lag vor aller Welt Augen, daß das Wirken der beiden Parlamente von der großen und zur Zeit noch unsicheren Frage, der Stellung des neuen Deutschland zu dem französischen Reiche, beherrscht sein würde. Von ihrer Beantwortung hüben und drüben hing die Zukunft der beiden Nationen und der Friede der Welt ab.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

2. Capitel.

Die ersten Wochen des Reichstags.

Bei der feierlichen Eröffnung des Reichstags, Sonntag den 24. Februar 1867, erläuterte die von König Wilhelm verlesene Thronrede den Standpunkt der verbündeten Regierungen.

Die frühere Größe Deutschlands sei durch Uneinigkeit versunken. Die Sehnsucht nach den verlorenen Gütern habe nie aufgehört, unsere Zeit sei erfüllt von solchen Bestrebungen. Diese haben bisher die Zerrissenheit nur gesteigert, weil man sich durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen verwirren ließ. Es sei nothwendig, die Einigung an der Hand der Thatsachen zu suchen, und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern. So haben die Regierungen im Anschluß an gewohnte Verhältnisse sich über eine Anzahl bestimmter und begrenzter, aber praktisch bedeutsamer Einrichtungen verständigt, die im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit wie des zweifellosen Bedürfnisses liegen. Der Selbständigkeit der Einzelstaaten werden nur die Opfer zugemuthet, die unentbehrlich für den Schutz des Friedens, die Sicherheit des Bundesgebiets und die Entwicklung der Volkswohlfahrt sind.

Unsern Verbündeten sei für die Bereitwilligkeit zu solchen Opfern um so wärmer zu danken, je mehr bei den Verhandlungen die Schwere der Aufgabe hervorgetreten sei, eine volle Übereinstimmung so vieler Regierungen zu erzielen, die noch dazu die Meinungen ihrer Landtage zu beachten haben. Eine schwere Gefahr für das ganze Werk würde entstehn, wenn der Reichstag

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Änderungen vornähme, für welche das Einverständniß der Regierungen nicht zu gewinnen wäre.

Zum Schlusse dann der bereits angeführte Satz über das Verhältniß zu den süddeutschen Staaten.

Die Thronrede wurde von der Mehrheit des Hauses in kühler Stimmung aufgenommen. Der wesentliche Inhalt des Verfassungsentwurfs war bereits durch die Presse bekannt geworden und hatte Lob, Tadel und besonders durch sein Abweichen von allen gewohnten Verfassungsreformen zweifelnde Verwunderung erregt.

Nachdem in den nächsten Tagen die erforderliche Zahl von Wahlprüfungen Statt gefunden hatte, schritt man am 2. März zu der Constituirung des Hauses durch die Wahl der Präsidenten und Schriftführer. Sehr bestimmt zeichnete sich hiebei die allgemeine Signatur der Versammlung.

Keine Partei verfügte geschlossen über die Mehrheit des Hauses. Auch eine Verbindung mehrerer verwandter Gruppen erreichte oft nur mit wenigen Stimmen das Übergewicht über die Gegner. Dieses Mal hatten Nationalliberale, Altliberale und Fortschrittsmänner sich geeinigt, dem Andenken der Nationalversammlung von 1848 eine Huldigung darzubringen, indem sie den trefflichen Mann, der einst als deren Präsident die damals beschlossene Verfassung unterzeichnet hatte, auch hier wieder zum Vorsitz beriefen. Aber erst in einem zweiten Wahlgang siegte Simson mit 127 Stimmen (nur sieben über die absolute Mehrheit) gegen die 95 des conservativen Candidaten. Zum ersten Vicepräsidenten wurde der freiconservative Herzog von Ujest mit drei, zum zweiten der alte Führer des Nationalvereins Herr von Bennigsen mit zwei Stimmen über die absolute Majorität gewählt. Es war nach diesen Abstimmungen sofort zu erkennen, daß die große Mehrheit der Versammlung das Gelingen des Verfassungswerkes lebhaft wünschte, daß aber die Beschlüsse über die einzelnen Sätze der Regierungsvorlage einstweilen unberechenbar sein würden.

Am 4. März brachte Bismarck als Präsident der Bundescommissarien den Verfassungsentwurf amtlich beim Hause ein. Er erinnerte daran, daß der vorläufige Bundesvertrag vom 18. August 1866 nur auf ein Jahr abgeschlossen sei, daß mithin bis zu demselben Datum 1867, wenn nicht Alles in Auflösung zurückfallen sollte, die Verfassung von den Regierungen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

mit dem Reichstag vereinbart und von den Landtagen anerkannt sein müsse. Er bat also um möglichst rasche Arbeit. Sodann bemerkte er, im deutschen Charakter liege ein Zug, welcher der Vereinigung widerstrebe, ein gewisser Überschuß männlicher Selbstständigkeit, welcher in Deutschland die Einzelnen, Personen und Stämme, verführt, sich mehr auf die eigene Kraft, als auf die der Gesammtheit zu verlassen, ein Mangel jener Gefügigkeit der Einzelnen zu Gunsten des Gemeinwesens, durch welche die andern Nationen früher als wir zur Einheit gekommen sind. Die Regierungen, schloß er, haben Ihnen im jetzigen Falle ein gutes Beispiel gegeben: es war nicht Eine unter ihnen, die nicht erhebliche Bedenken und berechtigte Wünsche der Erreichung des Ziels geopfert hätte.

Er sollte bald erfahren, wie vielen Grund er zu diesen Mahnungen gehabt hatte.

Was die Raschheit der parlamentarischen Arbeit betraf, so entspann sich zunächst eine lange Verhandlung, ob nicht die provisorisch angenommene Geschäftsordnung vor jeder andern Thätigkeit im Einzelnen erwogen und endgültig festgestellt werden müsse, was mindestens mehrere Wochen gekostet hätte. Es war hauptsächlich Georg Vincke's Verdienst, daß diese Verschleppung abgelehnt, und die provisorische Geschäftsordnung kurzer Hand zur definitiven gemacht wurde. Dann aber erhob sich am 6. März neuer Streit über die Frage, ob der Verfassungsentwurf sofort im vollen Hause berathen, oder zunächst einem Ausschusse zu gründlicher Vorprüfung überwiesen werden solle. Es war die demokratische Partei, welche mit großem Eifer das letztere Verfahren begehrte. Niemals, rief Waldeck, habe man eine Verfassung in anderer Weise berathen, als durch eine Commission, immerhin möge man eine kurze allgemeine Berathung im ganzen Hause Statt finden lassen; dann aber werde die Verweisung des Entwurfs an eine Commission um so unvermeidlicher sein, als in aller Geschichte kaum ein so abnormes Erzeugniß wie diese Verfassung vorgekommen sei; sie bilde ein Mittelding zwischen Verfassung und Vertrag, zwischen Bundesacte und Bundesverfassung oder Bundesstaatsverfassung, und bedrohe durch verschiedene Artikel das errungene verfassungsmäßige Leben in Deutschland mit vollständiger Auflösung; hier also müsse in der allergründlichsten und genauesten Weise vorgegangen werden.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Er erhielt nur die kurze Antwort, daß gerade bei der Theilnahme aller Mitglieder die Prüfung umfassender und vielseitiger sein würde, als bei ihrer Vornahme durch einen Ausschuß, und sofort wurde nach dem Antrage des Präsidenten folgendes Verfahren beschlossen: zuerst eine allgemeine Besprechung des Entwurfs, dann eine Specialberathung der einzelnen Artikel, endlich die definitive Beschlußfassung, alles im gesammten Hause. Der Geschäftsordnung entsprechend konnte darauf die allgemeine Verhandlung am 9. März beginnen, zwei Wochen nach der Eröffnung der Versammlung.

Diese allgemeine Vorberathung füllte vier Sitzungen, bis zum 13. März. Sie erhielt ihr eigenthümliches Gepräge durch den Umstand, daß in ihr zwei Principienkämpfe neben einander hergingen und sich unaufhörlich kreuzten, da dieselben Parteien in dem einen der Regierungsvorlage widersprachen, in dem andern sie unterstützten oder noch überboten. Es handelte sich um die beiden Hauptfragen, um die Sicherung sowohl der Einheit als der Freiheit, oder genauer gesagt, um die Rechte der künftigen Bundesgewalt gegenüber den Einzelstaaten, und innerhalb dieser Bundesgewalt um die Rechte der Volksvertretung gegenüber den verbündeten Regierungen. Während über die letztere Frage Conservative, Liberale und Demokraten in festen Gruppen ihre Kräfte maaßen, schlossen sich bei der erstern die verschiedensten Elemente zusammen, auf der einen Seite gemäßigte und radicale Unitarier, auf der andern demokratische, feudale und klerikale Particularisten. Dazwischen wurden auf der preußischen Linken bittere Erinnerungen aus ihrem eben geschlossenen Verfassungsstreit wirksam, während katholische Redner ihrem Schmerze über die Abtrennung von Österreich Ausdruck gaben, und Polen und Dänen überhaupt mit einem deutschen Bundesstaat nichts zu schaffen haben wollten. Wenigstens einige Hauptvertreter der verschiedenen Richtungen wollen wir hier in ihren Erörterungen begleiten: es werden uns dann die Kräfte und Motive des Widerstandes, allmählich aber auch die Punkte anschaulich werden, an welchen die Ansammlung einer regierungsfreundlichen Majorität sich erreichbar zeigte.

Die Verhandlung eröffnete mit einer ausführlichen Rede der Abgeordnete Twesten, einer der Führer der preußischen Nationalliberalen, ein ebenso liebenswürdiger wie achtungswerther

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Mann, fest in seinen liberalen Grundsätzen, aber ohne doctrinäre Steifigkeit, stets bereit, auf die Forderungen der praktischen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, frei von persönlicher Verbitterung durch die früher durchlebten Kämpfe. Nicht ohne Sorge gestand er, an die Prüfung der Vorlage heran zu treten. Er befürchtete, daß unausbleibliche Reibungen zwischen der Bundesgewalt und der preußischen Regierung die Wirksamkeit der Verfassung, sowie daß Zerwürfnisse zwischen dem Reichstag und dem preußischen Landtag die Lebenskraft des parlamentarischen Systems lähmen könnten. Dennoch aber wolle er loyal auf den Entwurf eingehn: denn etwas müsse zu Stande kommen. Preußens ungeheuere Erfolge hätten dafür den Boden geschaffen, und der Entwurf scheine für Norddeutschland der augenblicklichen Lage zu entsprechen, sowie auch eine enge Vereinigung mit dem Süden zu ermöglichen, welcher sich einer strafferen Centralgewalt schwerlich unterwerfen würde. Nichts aber sei wichtiger als die baldige Vereinigung mit dem Süden, für unsere Kultur im Innern, für unsere Sicherheit nach Außen, da wir nur zu gut wissen, welche feindselige Nachbarn unser Aufstreben bedrohn.

Dann erkennt der Redner an, daß der Entwurf eine starke Bundesregierung liefere, wenn auch das Wort an keiner Stelle vorkomme. Dies führt ihn zu der Forderung, daß zwar die Centralgewalt Kraft und Freiheit der Bewegung haben müsse, um den Bund mit Entschiedenheit zu leiten, daß aber nichts in die Verfassung hineinkommen dürfe, was in der Zukunft der Entwicklung der Freiheit, d. h. der rationellen, einflußreichen Theilnahme des Volks an der Bestimmung seiner Geschicke, die Wege verlegen könnte. Hier möchte nun der Mangel jeder Verantwortlichkeit der Bundesregierung gegenüber dem Reichstag bedenklich erscheinen. Aber es sei eben unmöglich, im Bundesstaate eine parlamentarische Verantwortlichkeit der Minister herzustellen. Die preußische Regierung könne nicht zugleich dem Reichstag und dem Landtag verantwortlich sein; auch sei sie durch die Beschlüsse des Bundesraths sowohl gedeckt als gebunden. Um so mehr aber, fuhr der Redner mit gesteigerter Lebhaftigkeit fort, sei darauf zu bestehn, daß die Gesetzgebung über Heer- und Flottenangelegenheiten der Bundesgewalt und damit der Mitwirkung des Reichstags überwiesen, daß nach der alten Forderung ein Heeresorganisations-Gesetz dem Reichstag vorgelegt werde, und vor Allem, daß der Reichstag das volle

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Budgetrecht erhalte, mindestens das Recht, alle Ausgaben zu bewilligen, ohne daß das Militärbudget ein für alle Male festgestellt wäre. An dieser Stelle drängte, offenbar durch die Erinnerung an die preußische Conflictszeit aufgeregt, bei dem sonst so gemäßigten Manne das liberale Gefühl den nationalen Gedanken in den Hintergrund; in Verläugnung des ersten Wortes seiner Rede rief er: würde hier keine Änderung der Vorlage erreicht, so müßte ich die Ablehnung der ganzen Verfassung durch den preußischen Landtag wünschen, selbst auf die Gefahr hin, daß auch dieses Mal nichts zu Stande gebracht würde.

Indessen kam Twesten am Schlusse seines Vortrags noch einmal auf die europäische Lage und das sichtbare Übelwollen Frankreichs und damit auch zu einer ruhigeren Auffassung der Budgetfrage zurück. Ich könnte mir denken, sagte er, daß für die Dauer einer solchen Spannung es vielleicht rathsam wäre, zur Verhütung jeder Erschütterung unseres Heerwesens ein Pauschquantum für eine festbegrenzte Übergangszeit zu bewilligen, innerhalb dieser Periode also auf das volle Budgetrecht des Reichstags zu verzichten.

Wir werden sehn, daß dieses Wort später für den Abschluß der Verfassung entscheidend geworden ist.

Für den Augenblick aber warf sich ihm das berühmte Haupt der preußischen Fortschrittspartei mit zürnender Entschiedenheit entgegen.

Seit 1848 hatte Waldeck die höchste Verehrung aller preußischen Demokraten genossen, und sie durch fleckenlose Ehrenhaftigkeit des Charakters und unbedingte Festigkeit seiner politischen Überzeugung wohl verdient. Er war offener Bekenner der französischen Lehre von dem gleichen Rechte aller Menschen und folglich der souveränen Gewalt des Volkes; als preußischer Patriot war er bereit, den König zu ehren, nur daß dieser seinen Beruf allein in der Ausführung der Beschlüsse der von dem Volke gesandten Vertreter finde. In diesen Sätzen sah er das einzige Maaß für alles politische Thun, und so wurde die Unbeugsamkeit seiner Consequenz ihm freilich leichter, als andern Menschen, welche nicht bloß die Schablone der Theorie, sondern auch deren Anwendbarkeit auf die gegebenen Zustände, Interessen und Leidenschaften in's Auge fassen. Waldeck begann seine Rede mit dem Ausdruck der Empörung seines preußischen Herzens,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

daß nach der vorliegenden Verfassung im Bundesrath die Vertreter der 25 Millionen Preußen durch die Commissare der nur 5 Millionen Einwohner zählenden Kleinstaaten überstimmt werden könnten. Es war dieselbe Sorge, aus der einst Waldeck's politische Antipoden, die altpreußischen Feudalen, sich gegen die Erfurter Verfassung erhoben hatten, Preußen würde durch den Bund mit den Kleinstaaten nicht gestärkt sondern gelähmt werden. Waldeck's Mittel gegen eine solche Schädigung Preußens war sehr einfach: am Besten, rief er, wäre es gewesen, wenn Preußen diese Kleinstaaten sämmtlich annectirt hätte. Vor Allem aber grollte er dem jetzt vorgeschlagenen Bundesrathe, weil er nicht wie einst der Erfurter Fürstenrath auf die Theilnahme an der Gesetzgebung beschränkt sein, sondern gemeinsam mit dem Präsidium die Bundesregierung führen sollte. Daß gerade durch jene Bestimmung der Unionsverfassung der erste schwere Keil in den Zusammenhalt der Union getrieben worden, hatte wohl Bismarck beobachtet, und deshalb die Änderung beschlossen, Waldeck aber sah über diesen Zusammenhang hinweg und verurtheilte den neuen Bundesrath, weil dessen Antheil an der Regierung die Einsetzung eines dem Reichstag verantwortlichen Ministeriums und damit nach Waldeck's Auffassung die erste Grundbedingung der Freiheit unmöglich machte. Wieder war sein Antrag zur Abhülfe ganz einfach: der König von Preußen sei das Haupt der Centralgewalt mit verantwortlichen Ministern, der Reichstag aber habe nicht bloß über die Gesetzgebung, sondern auch jährlich über die Einnahmen und Ausgaben aller Dienstzweige zu entscheiden. Wenn seiner Prüfung, bemerkte er, der Etat für Heer und Marine entzogen bliebe, so hätten wir ein Zoll-, ein Post-, ein Telegraphen-Parlament, aber von einem wirklichen Parlament sei nicht zu reden. Nur durch die Erfüllung dieser Forderung, betheuerte er, können wir die Zustimmung des preußischen Landtags erhalten; er gibt sie nicht ohne die Bewilligung eines vollen Budgetrechts. Jahre lang hat er für dessen Erhaltung gestritten; nimmermehr wird er es hier zerstören lassen, auch auf die Gefahr hin, daß dieser dritte Versuch der deutschen Neugestaltung scheitere. Man fragt, sagte er, was dann zu geschehn habe? Auch hier ist die Antwort einfach: Sicherung der Wehrkraft durch Militärconventionen, Entwicklung des Wohlstandes durch Erhaltung des Zollvereins; mehr bedarf es nicht, wenn wir die constitutionelle Freiheit bewahren.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Auch über die Frage der künftigen Vereinigung mit Süddeutschland hatte Waldeck keinen andern Gedanken als dieselben Schlagworte der radicalen Theorie. Die süddeutschen Staaten sind constitutionell, sagte er, wir werden sie haben, wenn wir echte constitutionelle Freiheit schaffen, ein anderes Mittel, sie zu locken, gibt es nicht. Es war wieder die völlige Nichtachtung der Erfahrungen von 1849 und 1859, und die absolute Unkenntniß der süddeutschen Zustände im Jahre 1867. Er hatte keine Ahnung davon, wie sehr im Süden damals noch der particulare Sinn überwog, wie viel weniger dort die Mehrheit sich um die Gestaltung der norddeutschen Bundesgewalt, als um die eigne Unabhängigkeit von derselben kümmerte, wie also sein parlamentarischer Einheitsstaat dort nicht eine Lockung, sondern ein Gegenstand des Abscheus gewesen wäre. Daß der bayerische Ministerpräsident, Fürst Hohenlohe, ein durchaus gegen Preußen freundlich gesinnter Mann, gleich nach dem Bekanntwerden des norddeutschen Verfassungsentwurfs der bayerischen Kammer erklärt hatte, Bayerns Eintritt in einen solchen Bund sei unmöglich, weil damit die Selbständigkeit des Landes und der Krone zerstört würde, war eine für Waldeck nicht vorhandene Thatsache. Er hoffte vielmehr von der Verwirklichung seines Ideals noch viel größere Dinge. Eine völlig freisinnige Verfassung, sagte er, wird uns nicht bloß die Verbindung mit dem Süden bringen, die wir um so weniger entbehren können, als Preußen jetzt die Vormauer Deutschlands gegen Frankreich geworden ist: sie wird uns auch, wenn Österreich demnächst zerfällt, Böhmen und Mähren zuführen, die ja von Rechtswegen zu Deutschland gehören; man hört zwar oft von dem Hader zwischen Deutschen und Slaven in jenen Ländern reden, aber alle diese Schwierigkeiten würden sehr leicht sich lösen, wenn wir nur erst eine freie demokratische Verfassung für den deutschen Gesammtstaat hätten. Die Czechen also sollten einem deutschen Parlamente unterthänig zu Füßen fallen, die österreichische Regierung aber die deutsche Annexion von zwei ihrer Kronlande pflichtmäßig genehmigen, sobald nur Deutschland eine schöne demokratische Verfassung hätte. Und das Alles wurde mit der tiefsten Überzeugung als schlechthin selbstverständlich vorgetragen, als wenn unter vernünftigen Menschen von einer verschiedenen Meinung darüber gar nicht die Rede sein könnte.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Ein größerer Gegensatz ließ sich nicht denken, als zwischen diesem großpreußischen radicalen Idealisten und dem ihm auf der Rednerbühne folgenden nationalgesinnten liberalen Praktiker, Miquel. Der Contrast war um so schärfer, als der in seinen Gedankenbildern aufgehende Doctrinär ein Greis, der alle Wirklichkeiten erkennende und erwägende Politiker ein junger Mann war.

Waldeck's grundsätzliche Verwerfung des Entwurfs schob Miquel mit wenigen kurzen Sätzen auf die Seite. Ich werde, begann er, weniger vom preußischen Landtag und der preußischen Verfassung reden, als von Deutschland und dem deutschen Verfassungsentwurf. Die Vorlage, erklärte er sodann, entspricht den Thatsachen und den Bedürfnissen. Ihre Bundesgewalt erscheint an einigen Stellen stärker, an andern schwächer, als in den gewohnten Vorstellungen von einem Bundesstaat. Aber wir meinen, daß in der Praxis der Entwurf ausreichen wird.

Sofort ging er dann auf die Beziehungen zu Süddeutschland über. Die Mainlinie, war sein geflügeltes Wort, ist allerdings nichts, als eine Haltestelle, um Kohlen und Wasser einzunehmen, Athem zu schöpfen und nächstens weiter zu gehn. Zur Zeit aber machen wir hier eine Verfassung nur für Norddeutschland, wir müssen sie berechnen für das heutige Bedürfniß Norddeutschlands, und nicht für zukünftige, noch nicht übersehbare Combinationen. Locken, wie der Vorredner sich ausgesprochen hat, locken werden wir die Süddeutschen nicht dadurch, daß wir das eine oder das andere Freiheitsrecht in die Verfassung aufnehmen: nur ein machtvoller Staat, der nach Außen imponirt und nach allen Seiten hin Sicherheit gewährt, gleichsam eine Feste, die nicht bloß ihre Einwohner, sondern schon jetzt auch ihre Außenbürger schützt, nur eine solche starke Feste kann uns Süddeutschland gewinnen. Daß dies im Süden anerkannt, und also dort der Eintritt in unsern Bund gewünscht wird, haben wir ruhig zu erwarten, ohne unsererseits den Süden zu einem solchen Schritte zu drängen.

Dennoch aber tadelte Miquel den Verfassungsentwurf, daß er in seinem Schlußartikel nur von Verträgen spreche, welche nach Errichtung des Nordbundes von diesem mit den Südstaaten abzuschließen seien. Denn damit werde ja die internationale Sonderung beider Theile rechtlich anerkannte, während doch für das patriotische Gefühl jedes Deutschen ihre

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

künftige Vereinigung unausbleiblich sei. Die Verfassung müsse also unsere Bereitwilligkeit positiv aussprechen, dem Süden den Eintritt, sobald er ihn wünsche, weit zu eröffnen. Denn über die Schranken des Nikolsburger Friedens werde Deutschland seiner Zeit ebenso hinwegschreiten, wie einst Italien über den Vertrag von Villafranca zur Tagesordnung übergegangen sei. Keine fremde Macht könne eine wirthschaftlich bereits geeinigte Nation daran hindern, sich auch ein einheitliches Staatsgebäude zu gründen. Wir vertrauen, daß Kaiser Napoleon und die besonnene Partei in Frankreich stark genug sein werden, Leidenschaften zu überwinden, die zuletzt stets zum Verderben des französischen Volkes selbst ausgeschlagen sind. Müßte es aber dennoch sein, nun so hätten wir Wehr und Waffen, um unser Recht und unsern Willen zur Geltung zu bringen. Ein lebhafter Beifall antwortete dem Redner von allen Seiten des Hauses.

Er ging dann über zu der Besprechung der constitutionellen Streitfragen. Zunächst wies er die Geringschätzung zurück, mit der Waldeck von dem künftigen Reichstag geredet hatte, wenn derselbe nicht volles Budgetrecht auch für den Militäretat erhielte, und zählte die wichtigen Gebiete der nationalen Gesetzgebung auf, welche der Entwurf der Competenz des Reichstags eröffnete, Gebiete, die sich vielleicht durch inhaltreiche Zusätze noch erweitern ließen. Dann aber, zu den Regierungen gewandt mahnte er sie mit schwungvoller Wärme, den Reichstag und die Nation nicht durch Verstümmelung des Budgetrechts zu erbittern. Denn dann würden maaßlose und revolutionäre Forderungen auftreten, während ein in sein volles Recht eingesetzter Reichstag conservativ und stets bereit sein würde, für Deutschlands Sicherheit alle erforderlichen Mittel zu bewilligen. Hier also stimmte er ganz dem Begehren Twesten's und Waldeck's zu, immer aber blieb der Unterschied bedeutend. Denn er sprach Wünsche aus, machte ihre Erfüllung aber nicht zur Bedingung der Annahme der Verfassung.

Am Regierungstische hatte man geringes Vertrauen auf die Zuverlässigkeit seiner Verheißungen, sah aber die Hoffnung auf ungeänderte Annahme dieses Theils der Verfassung mehr und mehr verschwinden. Bismarck's Vertrauter, Wagener (Neustettin), machte geringen Eindruck mit der Erörterung, daß, wenn der Reichstag die jährliche Beschlußnahme über den Militäretat

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

empfange, dasſelbe Recht auch dem Bundesrathe nicht vorenthalten werden könne, und dadurch der Bund ſich in einen Vertrag mit jährlicher Kündigung verwandeln würde. Vergeblich forderte er die Linke auf, dem Beiſpiele der Rechten zu folgen, welche um der Einheit willen eine lange Reihe ihrer Lieblingswünſche zum Opfer zu bringen bereit ſei (ſehr richtig, rechts). Statt deſſen wurde von mehreren Seiten her mit großem Pathos der Satz verkündigt, jeder preußiſche Abgeordnete, welcher die preußiſche Verfaſſung beſchworen, breche ſeinen Eid, wenn er hier für eine Minderung der preußiſchen Verfaſſungsrechte ſtimme — als wenn dieſe Verfaſſung nicht ſelbſt einen Artikel über geſetzliche Änderungen hätte, ſo daß der Eid nur die Theilnahme an Änderungen in geſetzwidriger Weiſe verbietet. Sogar ein parlamentariſcher Veteran wie Bockum-Dolffs, früher der Führer einer in der Conflictszeit einflußreichen Partei, hatte ſich in jene wunderbare Schwurtheorie verbiſſen, und ein katholiſcher Caplan erklärte unter Mißbrauch eines Bibelworts: was hülfe es mir, wenn ich die ganze Welt gewänne, und Schaden nähme an meiner Verfaſſung?

In ganz anderer Weiſe verſtändig und wirkſam redete der jüngſte Virtuoſe in Deutſchlands parlamentariſchem Orcheſter, der von hier an zu einer großen Führerſtellung emporſteigende Eduard Lasker. Im Weſentlichen ſprach er nach Tweſten's Sinn, unter Anerkennung der allgemeinen Structur des Verfaſſungsentwurfs, jedoch mit der ſich Waldeck annähernden Bemerkung, daß zwar jetzt die Majorität der Kleinſtaaten im Bundesrathe unbedenklich ſei, bei dem Eintritt des Südens aber durch eine neue Einrichtung Preußens Übergewicht für alle Zukunft geſichert werden müßte. Tweſten's Forderung eines allſeitigen Budgetrechts des Parlaments verſtärkte er dann noch durch weitere Begehren ſonſtiger im Entwurfe nicht erwähnter parlamentariſcher Privilegien. Wie er zu Tweſten, ſtellte ſich darauf der Naſſauer Braun zu Miquel, indem er die Streitfragen über die Rechte des Reichstags zwar im liberalen Sinne erwähnte, zugleich aber die preußiſchen Particulariſten an ihre Pflicht, dem deutſchen Gemeinwohl Opfer zu bringen, erinnerte, das Hauptgewicht ſeiner Rede auf die nationale Seite legte, und das Verhältniß zu den Südſtaaten ganz in Miquel's Sinne mit vielfach verſtärktem Ausdruck erörterte. Es wäre, führte er aus, ein ſchwerer Irrthum, wenn wir jetzt ſchon bei dem Süden den Wunſch zum

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Eintritt voraussetzten; im Gegentheil, je eifriger wir ihm nachlaufen, desto sicherer wird er uns zu entwischen suchen. Wir müssen uns darauf beschränken, unsere Bereitwilligkeit auszusprechen, diese aber auf das Bestimmteste auch dem Auslande gegenüber behaupten. Ihm folgte der rheinpreußische Abgeordnete Groote, ein geistreicher Sonderling, welcher in langer, das Haus ermüdender Rede die völlige Unbrauchbarkeit und Verderblichkeit des Verfassungsentwurfs darzulegen suchte.

Hier endlich nahm, von allen Seiten des Hauses mit Spannung erwartet, Bismarck das Wort.

Er begann mit erneuerter Ausprägung des Standpunkts der verbündeten Regierungen. Nicht einem theoretischen Ideal habe man nachgestrebt, bei dem die deutsche Einheit auf ewig verbürgt und zugleich den Einzelstaaten unbedingte Freiheit gesichert sei. Dieser Quadratur des Kreises um einige Dezimalstellen näher zu kommen, überlasse man der Zukunft. Für die Gegenwart habe man, der Hindernisse gedenkend, an welchen Frankfurt und Erfurt gescheitert sind, diese Widerstandskräfte nicht wieder herauszufordern gestrebt, und also den Einzelstaaten nur das Minimum der Opfer auferlegt, ohne welches die Festigkeit und Sicherheit des Bundes unmöglich geblieben wäre. Man hat dagegen Einwendungen von zwei Seiten her erhoben, von der unitarischen und der particularistischen. Von jener ist die Forderung einer constitutionellen Monarchie mit verantwortlichen Ministern erschienen. Aber wie sollen 22 Regierungen ein solches Ministerium ernennen? Schließen Sie 21 derselben von jeder Theilnahme an der Executive aus, so sind sie mediatisirt, und noch haben die deutschen Fürsten keine Lust, ihre Stellung mit jener der englischen Pairs zu vertauschen. Unsere Macht, meinen Sie, sei groß genug, sie dazu zu zwingen. Aber die Grundlage unseres Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber; sie soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dies Vertrauen darf nicht erschüttert werden, so lange man uns die Verträge hält.

Mit noch größerer Energie wandte Bismarck sich dann gegen die Einwendungen von particularistischer Seite, insbesondere gegen die preußischen Abgeordneten, welche bei jeder — auch jeder gesetzmäßigen — Änderung des preußischen Verfassungsrechts die Ablehnung der hier mit den Vertretern von 30 Mil-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

lionen Deutscher vereinbarten Verfassung durch den preußischen Landtag in Aussicht stellten. Ganz dasselbe Recht wie der preußische hätte jeder der 21 Landtage, jeder der 21 Fürsten der kleinern Staaten. Was würden Sie sagen, wenn einer derselben hier erklärte, er werde sein Veto gegen die Bundesverfassung einlegen, wenn dieser oder jener Rechtssatz sich nicht darin vorfände? Glauben Sie wirklich, rief er, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahr die Völker vom Belt bis an die Meere Siciliens, vom Rhein bis an den Pruth zum Kampfe geführt hat, zu dem eisernen Würfelspiel, wo um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde, daß die Millionen deutscher Krieger, die gegen einander gekämpft und geblutet haben, daß die Tausende und aber Tausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit dem Beschlusse eines Landtags zu den Acten geschrieben werden können? Dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Zeit, sondern Sie machen sich eine vollständig unmögliche Situation.

Ich wende mich gerne, fuhr er fort, von diesen phantastischen Unmöglichkeiten in das reale Gebiet zurück zu einigen Einwendungen, die gegen den Inhalt der Verfassung gemacht worden sind. Hier gab er dann die für den günstigen Verlauf der Verhandlung wichtigen Erklärungen.

Zunächst die allgemeine, „daß wir das Werk der Verbesserung fähig halten, daß wir für keinen Vorschlag, der es mit der Erleichterung des Zustandekommens und der Verbesserung des Werkes ernstlich meint, unempfänglich sind".

Sodann die Zurückweisung des Verdachts, daß die Regierungen eine Zerstörung des constitutionellen Lebens, eine Zerreibung der Parlamente durch deren gegenseitige Bekämpfung im Sinne trügen. Was hätten wir denn davon? Ist denn auf die Dauer eine Regierung denkbar, die zu allen auswärtigen Schwierigkeiten sich systematisch auf ein wildes Reactionswesen einlassen und sich in stetem Hader mit der eignen Bevölkerung aufhalten möchte?

Und daran knüpfte er das für den Fortgang des Werkes entscheidende Wort: „Wir wollen den Grad der Freiheits-Entwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist. Es kann sich nur handeln um die Grenze: wie viel,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

was ist mit dieser Sicherheit auf die Dauer verträglich? was ist jetzt mit ihr verträglich? ist ein Übergangsstadium nöthig? Wie lange muß dies dauern?"

Damit war der Streit über die Principien des Budgetrechtes aufgegeben und in Erinnerung an Twesten's letzten Vorschlag in eine Verhandlung über ein Mehr oder Weniger verwandelt. Bismarck erklärte nicht wörtlich, daß die Regierungen Twesten's Vorschlag annähmen, wohl aber ließ er die Möglichkeit desselben zu, indem er die Gestaltung der Dinge im Falle der Annahme entwickelte. Allerdings warnte er mit großem Ernst, auf dem Gebiete des Heerwesens das Streben nach Erhöhung des parlamentarischen Einflusses nicht so hoch zu überspannen, daß endlich der ganze Bestand der Armee von wechselnden Majoritäten abhängig würde: niemals würden die Regierungen bei einer solchen Erschütterung des Fundaments der nationalen Sicherheit sich nachgiebig zeigen können. Um so entgegenkommender redete er über die sonstigen Ausstellungen, welche in den Verhandlungen an dem Entwurfe gemacht worden waren, erkannte bei mehreren die Richtigkeit an und verhieß für die übrigen wohlwollende Erwägung, entweder gleich hier bei der Verfassung oder bei der spätern Gesetzgebung. Zugleich betonte er, stets die Verhütung europäischer Schwierigkeiten im Auge, die Mahnung, sich nicht so viel mit dem künftigen Schicksal Süddeutschlands zu beschäftigen: Waldeck's Antrag enthalte das sicherste Mittel, die Südstaaten vom Eintritte zurückzuschrecken; die bevorstehenden Verhandlungen über den Zollverein würden die beste Vorbereitung für weitere Annäherung sein; die Hauptsache, das kräftige Zusammenwirken des Nordens und des Südens bei jeder auswärtigen Gefahr, sei schon jetzt vollkommen gesichert. Also, schloß er, kommen wir rasch zum Abschluß: setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können.

Mit diesen Darlegungen war eine vollständige, principielle Umgestaltung des Verfassungsentwurfs kräftig zurückgewiesen, auf dem Boden desselben eine Reihe der erhobenen Bedenken aus dem Wege geräumt, und für die Hauptschwierigkeit, das Armeebudget, der Weg zur Verständigung genau bezeichnet. Das Interesse der allgemeinen Debatte war damit im Grunde erschöpft, und so lebhaft und talentvoll die jetzt noch auftretenden Redner der Fortschrittspartei, Schulze-Delitzsch und Franz Duncker, für ihr System zu werben suchten, so waren sie doch nicht in

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der Lage, neue Gesichtspunkte aufzustellen oder die sich vollziehende Annäherung zwischen den Regierungen und der Majorität zu stören. Es gelang ihnen um so weniger, als die sächsischen Abgeordneten, die man Anfangs nach den Vorgängen von 1866 für widerwillige Particularisten gehalten hatte, sich in ihrer Stellung kaum von jener Miquel's unterschieden, zwar mehrfache Wünsche für die Verbesserung der Verfassung äußerten, in erster Linie aber für das Zustandekommen des Werks als eine unerläßliche Nothwendigkeit waren und kräftig eintraten. In schroffem Gegensatze zu ihnen machte sich auf andern Seiten ein particularistischer Zorn gegen den ganzen 1866 geschaffenen Zustand in heftigen Ergüssen Luft. Freiherr von Münchhausen aus Hannover begann zwar mit der Erklärung, loyal an der neuen Verfassung mitzuarbeiten, und schloß mit der Warnung, nicht durch Ablehnung derselben das vorhandene Übel ärger zu machen, ließ aber in der nähern Prüfung des Entwurfs keinen Stein desselben auf dem andern. Er fand darin den Mangel einer scharfen Begrenzung und Beschränkung der Befugnisse der Centralgewalt gegenüber den einzelnen Regierungen, ferner, in wunderbarem Widerspruch mit diesem Tadel, den Mangel an verantwortlichen Bundesorganen gegenüber dem Reichstag, endlich den Mangel eines Reichsgerichts zum Schutze der persönlichen Freiheit und der berechtigten Eigenthümlichkeiten der Einzelstaaten. Dies führte ihn dann zu einer Schilderung der Volksstimmung in Hannover und des dort eingehaltenen preußischen Verfahrens. Das Volk sei der Annexion von Anfang an gründlich abgeneigt gewesen, zunächst weil dort der Rechtssinn und damit die Anhänglichkeit an die angestammte Dynastie unerschütterlicher sei als anderwärts, und sodann, höchst charakteristisch für den kleinstaatlichen Patriotismus, weil eine Großmacht einen erheblichen Theil ihrer Kräfte zur Sicherung nach Außen verwenden müsse, deshalb nicht wie ein Kleinstaat alle Mittel ausschließlich zur Pflege der localen Interessen benutzen könne, und man ohne Zweifel also besser und behaglicher im Kleinstaat lebe. Und nun vollends, wenn wie hier die Großmacht ihr Heerwesen zu solcher Masse entwickelt, daß für das Volk ein unerträglicher Steuerdruck entsteht, und nach Außen eine solche Rüstung als eine stete Gefährdung des europäischen Friedens erscheinen muß. Weiter aber wurde der Despotismus des bisherigen preußischen Säbelregiments über Hannover dem Abscheu des Hauses Preis

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gegeben; wir wollen zur Ehre des edlen Freiherrn hoffen, daß er von der Existenz der großen welfischen Militärverschwörung nichts wußte, durch welche die Schärfung jenes Regiments hervorgerufen und gerechtfertigt wurde [1]).

Mit noch größerer Deutlichkeit zeichnete sich ein angesammelter, wahrhaft giftiger Ingrimm gegen Preußens mächtige Erfolge in der Rede des ultramontanen Herrn von Mallinckrodt. Justitia est regnorum fundamentum, rief er, aber an der Wiege dieses norddeutschen Bundes hat die Justitia nicht gestanden. Er entwickelte dann, wie Preußen die Sünde der rechtlosen Eroberung doppelt schwer gegen Schleswig-Holstein begangen, indem es sich dort als Befreier eingenistet und dann als Vergewaltiger geendigt habe, wie Preußen weder gegen Österreich noch gegen den Bundestag einen rechtlichen Grund zum Kriege gehabt, also nur aus Herrschsucht und Habgier den Bund gesprengt, Österreich hinausgestoßen, drei Fürstenhäuser verjagt, die Stadt Frankfurt confiscirt habe, wie es durch diese Annexionen einen wahren Bundesstaat unmöglich gemacht, und demnach jetzt in Wirklichkeit den Einheitsstaat, ein Großpreußen anstatt eines Kleindeutschland, vorbereite. Bismarck habe nach all diesen Thaten von einem sechshundertjährigen Elend der deutschen Nation gesprochen; mit bitterer Ironie bemerkte dazu der Redner, er könne nicht füglich annehmen, daß Bismarck den Beginn dieses Elends von der Bändigung der Raubritter durch Rudolf von Habsburg datire; er scheine mit gewissen Historikern (hier fiel ein Blick auf den im Hause anwesenden Verfasser dieses Buchs) anzunehmen, daß der ganze Verlauf unserer Kaisergeschichte eine Verkehrtheit gewesen, weil er nicht zur Centralisation geführt habe, während doch die Welt wisse, daß die Menge unserer Fürstenhöfe die Quelle eines reichen und fruchtbaren Geisteslebens in allen Theilen des Reichs geworden sei. Jedermann verstehe das Wort

[1]) Unmittelbar vor dem Schluß der Verhandlung legte noch ein anderer Hannoveraner, der Bürgermeister Grumbrecht von Stade, das Zeugniß ab, die Anschauungen des Herrn von Münchhausen lebten nur in einem Theile der höchsten und einem der niedrigsten Schicht der Bevölkerung, namentlich in den altwelfischen Bezirken Lüneburg, Kalenberg, Göttingen; der von Münchhausen gepriesene Rechtssinn sei durch die Verfassungsbrüche der beiden letzten Könige stark erschüttert, dadurch die Annexion vorbereitet und zuletzt durch die unverständige Politik der Regierung unvermeidlich geworden.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

deutsche Freiheit und ebenso die Worte preußische Disciplin und Uniform. Zwinge man den deutschen Westen und Süden in die Monotonie eines preußischen Einheitsstaats, so sei die Folge unausbleiblich: der Despotismus und dagegen die Revolution.

Es scheint einleuchtend, daß ein Staat, wo in einer durch allgemeines Stimmrecht gewählten Versammlung eine solche Rede gehalten werden kann, die Freiheit nicht erdrückt, und daß eine reiche innere Mannichfaltigkeit einem Gemeinwesen nicht fehlt, welches die rheinisch-westfälische Heimath des Redners neben Ostpreußen und Posen in sich schließt. Bismarck begnügte sich, auf Mallinckrodt's historische Andeutungen mit dem niederschmetternden Worte zu antworten: die sechshundert Jahre führen, genau genommen, über Rudolf von Habsburg hinaus in die Zeit der Anarchie, in der die Raubritter entstanden; wodurch aber entstand die Anarchie? durch den Sturz der Staufer, und wodurch der Sturz der Staufer? durch den Sieg der Welfen und der Ultramontanen.

Ganz wie Münchhausen redete dann auch ein hanseatischer Ministerresident außer Diensten, Schleiden, damals Abgeordneter eines Holsteiner Wahlbezirks, zu Gunsten kleinstaatlichen Behagens, wo man sich der ersten nationalen Pflicht, der Sicherung gegen Außen, unbefangen entzieht, um draußen niemand Anstoß zu geben. Wie Münchhausen eine Verminderung des Landheers begehrte, erhob sich Schleiden gegen die Gründung einer deutschen Flotte. Hätten wir, sagte er, eine starke Flotte gehabt, niemals hätte der Großhandel der Hansestädte eine solche Entfaltung gewinnen können. Ganz richtig: mit einer starken Flotte hätte Deutschland vielleicht auch Kriege zur See geführt, während deren durch Unterbrechung der stillen Neutralität der Hamburger Handel zeitweise gestört worden wäre. Auf diesem Standpunkte mußten allerdings die glorreichen Vorfahren der Hansa einiger Maaßen blödsinnig erscheinen, welche Mühe und Kosten auf die Gründung einer Flotte verwandten, mit der sie in mehr als einem Jahrhundert den ganzen europäischen Norden ihren Handelsinteressen dienstbar machten — bis dann ein deutscher Kaiser, Carl V., selbst dazu half, Deutschlands maritime Größe zu brechen.

Auf Schleswig-Holstein übergehend, verstieg sich Schleiden zu dem Satze, niemals habe eine Regierung von Gottes Gnaden

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſo viel dazu gethan, das monarchiſche Princip zu compromittiren, wie die preußiſche durch die Verdrängung Auguſtenburgs und die Annexion der Herzogthümer. Offenbar waren dieſem Diplomaten die Frankfurter und Londoner Verhandlungen von 1852 und das däniſche Thronfolgegeſetz von 1853 völlig unbekannt geblieben.

Indeſſen ſo heftig dieſe Stimmungen bei einzelnen Gruppen aufſchäumten, die Particulariſten vermochten ſo wenig wie die Demokraten den Gang der Dinge und das Streben der Mehrheit zu wenden. In einem warmen und klaren Vortrag ſprach Bennigſen es aus: durch die Verhandlung ſind die aus einander gehenden Anſichten ſich weſentlich näher gekommen: es iſt ein feſter Boden für die Verſtändigung gewonnen worden. Georg Vincke ging darauf noch einmal in einer von ſchneidendem Witze und patriotiſcher Gluth funkelnden Rede die Einwendungen der Gegner durch, und auf gewiſſe Äußerungen, daß die Annahme der Verfaſſung oder der Eintritt der Südſtaaten den Zorn des Auslandes erregen könnte, antwortete er mit wegwerfendem Eifer: in jedem franzöſiſchen oder engliſchen Parlament hätte ein ſolches Wort einen Sturm der Entrüſtung hervorgerufen; ſollte Deutſchland eine geringere Selbſtachtung beſitzen?

Mit dieſen kräftigen Sätzen hatte er der überwältigenden Mehrheit aus der Seele geſprochen. Es gab bei ihr, ſo wenig wie überhaupt beim deutſchen Volke, eine feindſelige Stimmung gegen irgend einen ihrer Nachbarn. Feſt aber ſtand der Entſchluß, keine fremde Einmiſchung in die deutſchen Angelegenheiten zuzulaſſen, und wenn man aus Rückſichten der innern Politik für den Augenblick auf die Erweiterung des Bundes zur vollſtändigen deutſchen Einheit noch verzichtete, ſo ſtimmte doch eine jubelnde Begeiſterung Miquel's Rede zu, daß die deutſche Einheit ſich vollenden müſſe, möchten die fremden Mächte darob Freude oder Zorn empfinden. Nur der leitende Miniſter, deſſen deutſcher Patriotismus keinem andern etwas nachgab, warnte dringend im Intereſſe des Friedens, keinen Schritt zu thun, der von anderer Seite als Verletzung der Verträge gerügt werden könnte.

Die Verſammlung ſollte ſofort inne werden, daß zu dieſer Aufforderung guter Grund vorlag. Am 13. März hatte ſie die erſte Leſung der Verfaſſung geſchloſſen; am 14. eröffnete in Paris der geſetzgebende Körper eine nicht minder erregte Verhandlung

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

über Frankreichs auswärtige Politik, insbesondere über seine Beziehungen zu Italien und Deutschland. Hier erschien gegen Preußens bisherige Erfolge ein tiefes Mißtrauen und bitterer Verdruß, vollends aber gegen eine weitere Entwicklung der deutschen Einheit erhob sich unverhüllt der kriegschnaubende Protest. Oft hat man sonst von der Entzündung schlimmer Kämpfe durch eine selbstsüchtige Cabinetspolitik gesprochen: hier drohte umgekehrt, wenn nicht den Cabinetten ein- und abzulenken gelang, die populäre Leidenschaft der beiden Nationen einen heftigen Zusammenstoß herbeizuführen.

Es war wieder, wie im Mai des vorigen Jahres, Thiers, welcher zu jenen übermüthigen Auslassungen die Losung gab, indem er eine Interpellation an die Regierung über deren weiteres Verhalten gegen Italien und Deutschland einbrachte, und dieselbe am 14. März in einer die ganze Sitzung ausfüllenden Rede begründete. Es war das Programm der alten französischen Überlieferung, daß Frankreich in sich geeinigt und dadurch stark, seine Nachbarn aber in ihrem Innern zerspalten und dadurch schwach sein müßten. In weitläufigen Erörterungen, die bis auf Franz I., Richelieu und Mazarin zurückgriffen, geißelte er das Verfahren der Regierung, welches diese echte Interessenpolitik zu Ehren eines phantastischen Nationalitätsprincips verlassen, die Einheit Italiens geschaffen, und damit die deutsche Einheit unter preußischer Herrschaft ermöglicht hätte. Man habe gemeint, im Trüben fischen zu können, und deshalb Preußen erlaubt, im Kriege gegen Österreich und dem deutschen Bunde um sich zu greifen, damit man selbst anderweitig um sich greifen könne. Das aber heiße, für ein schnödes Trinkgeld Frankreichs Lebensinteressen verrathen. Jetzt sei das Unheil geschehn, und sehr verkehrt würde es sein, etwa mit Waffengewalt die heute erreichte Größe Preußens wieder zertrümmern zu wollen. Denn damit würde man erst recht die Vollendung der deutschen Einheit beschleunigen, Süddeutschland in Preußens Arme und Preußen in Rußlands Bündniß treiben. Er bekämpfe also das neue Militärgesetz, welches die Armee verdoppeln und ganz Frankreich in eine große Caserne verwandeln wolle. Alles komme darauf an, weitere Fortschritte des preußischen wie des russischen Ehrgeizes zu verhindern, und dazu gebe es jetzt nur noch ein Mittel, eine große Allianz aller conservativen Mächte zu strenger Aufrechthaltung des heutigen Besitzstandes. Eine solche Allianz

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

werde ohne Krieg die großen Störenfriede im Zaume halten. Aber freilich sei dafür die erste Bedingung, daß Frankreich selbst seine auswärtige Politik in den Dienst der conservativen Idee stelle und jeden Gedanken an eigne Vergrößerung weit von sich hinweg weise. Dann werde es jene starke Allianz erlangen und, auf sie gestützt, jede weitere Ausdehnung Preußens in Deutschland und Rußlands im Orient verhindern können.

Trotz des Talents, womit die Rede entworfen war, machte sie auf die Mehrheit geringen Eindruck. Denn diese war ministeriell; es war ihr nicht unbekannt, daß die Regierung nach Annexionen strebte, und noch mehr, sie war damit nicht bloß einverstanden, sondern begehrte sie selbst. So verhielt sie sich kalt und ablehnend gegen Thiers' conservatives Programm, begreiflicher Weise ohne den eignen Gedanken offen zu verkünden. Einen Widerspruch gegen Thiers erhob nur einer seiner sonstigen Genossen in der Opposition, Emil Ollivier, ein höchst talentvoller Sohn des französischen Südens, ein Mann von leidenschaftlicher Erregbarkeit, ohne innern Halt, den wechselnden Eindrücken des Augenblicks zu widerstehn, damals von dem Ehrgeiz erfüllt, aus einer erfolglosen Opposition sich zum Besitze der Macht emporzuschwingen, deshalb in geheime Beziehung zum Kaiser getreten, den er zu einem Systeme constitutioneller Regierung zu bekehren hoffte. Gerade nach seinen demokratischen Gesinnungen fand er es unbegreiflich, wie Thiers seine Theorie vom europäischen Gleichgewicht als den Schutz für die Unabhängigkeit aller Staaten pries, und kraft desselben allen Völkern verbieten wollte, zu thun, was sie am Lebhaftesten wünschten. Dabei kannte er die Friedensliebe des Kaisers und warf sich also mit verdoppeltem Nachdruck dem Strome der deutschfeindlichen Majorität entgegen. Er erklärte die deutsche Einheit für das unzerstörbare Erzeugniß einer geschichtlichen, vollkommen berechtigten Entwicklung, die sich nicht eher beruhigen werde, als bis das Ziel erreicht und die Vereinigung aller deutschen Stämme vollzogen sei. Freilich seien Bismarck's Annexionen eine nicht zu entschuldigende Gewaltthat, aber auf völlig gesetzlicher Grundlage werde der norddeutsche Bund beruhn, auf freiem Vertrage der Fürsten und der Zustimmung einer Volksvertretung aus allgemeinem Stimmrecht. Die deutsche Einheitsbewegung zeige keine Spur einer feindseligen Richtung gegen Frankreich; dieses habe ihr gegenüber jetzt den bedeutungsschwersten Entschluß zu fassen: erkenne man

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sie rückhaltlos in vollem Umfange an, so sei der Friede auf lange hin gesichert; verbiete man ihre Vollendung, so gehe Frankreich einer unabsehbaren Kette furchtbarer Kämpfe entgegen.

Diese prophetischen Worte gingen spurlos an der Versammlung vorüber.

Es ist für uns ebenso unmöglich, erläuterte gleich nachher Graf Latour, Rußland in den Besitz Constantinopels, wie Preußen zur Herrschaft über Süddeutschland und vielleicht Deutschösterreich gelangen zu lassen: unsere eigne Sicherheit wäre durch das Eine wie durch das Andere auf das Höchste gefährdet. Der Staatsminister Rouher vertheidigte darauf nach Kräften gegen Thiers' Angriffe die bisherige Politik der Regierung. Allerdings räumte er ein, daß der Schlag von Sadowa für sie eine Quelle patriotischer Beklemmung gewesen, doch habe die Vermittlung, zu der sie sich rasch entschlossen, jeden wünschenswerthen Erfolg gehabt. Über die jetzigen Bestrebungen der Regierung hüllte er sich in vorsichtiges Schweigen: wenn aber Thiers, sagte er, besorgt sei, daß Preußen demnächst die Hand nach der Eroberung von Holland oder Süddeutschland ausstrecken werde, so wolle er hiemit erklären, daß Preußen in dieser Beziehung die bündigsten Zusicherungen gegeben habe; sollte es einmal davon abgehn, so würden Frankreich und England ihm energisch darthun, daß die Zeit thörichter Ehrsucht vorüber sei.

Mochte der französische Minister noch so scharf gegen Thiers auftreten, mochte er über französische Annexionspläne schweigend hinweggehn: was Preußen betraf, machte auch er kein Hehl aus dem patriotischen Kummer über dessen Heranwachsen und aus dem bestimmten Entschluß, die Verschmelzung von Nord- und Süddeutschland nicht zu gestatten. Von Ollivier's nationalen Sympathien war er so weit wie möglich entfernt.

Gegen diese erhob sich auch aus den Reihen der Opposition ein weiterer kräftiger Widerspruch.

Jules Favre stimmte in der Bekämpfung jeder kriegerischen Politik und folglich auch des neuen Militärgesetzes vollständig mit Thiers überein; wie dieser erklärte er Bismarck's Annexionen für eine ruchlose Gewaltthat und die Vollendung der deutschen Einheit für eine schwere Schädigung Frankreichs. Aber für die Abwendung dieser preußisch-deutschen Gefahr meinte er ein besseres Heilmittel als Thiers' große Allianz vorschlagen zu können.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Man hat uns gesagt, rief er, in Deutschland sei der Drang zur Einheit unaufhaltsam. Nun wohl, in diesem großen Lande gebe es ohne Zweifel einige Völkerschaften, welche Ähnlichkeiten unter einander haben. Aber ebenso groß, ebenso zahlreich seien die Verschiedenheiten, die sich unter einander abstoßen. Deutschland sei offenbar mehr für einen Staatenbund als für die Einheit geschaffen. Jener biete ihm immense Vortheile, deren erster und größter es sei, die Nachbarn nicht zu beunruhigen. (Wie erquicklich mußte den Herrn von Münchhausen und Schleiden diese Belobung ihrer Ansichten durch den französischen Redner sein.) Unter diesen Umständen müsse Frankreich es vermeiden, die deutschen Stämme mit seinen Waffen zu bedrohn und dadurch im ganzen deutschen Volke die nationale Leidenschaft zu entflammen. Um die deutsche, oder vielmehr die preußische Einheit aufzulösen, habe Frankreich nur ein Mittel, aber ein untrügliches, es heiße Beschützung der verjagten Fürsten, Herstellung der annectirten Staaten und Befreiung der unterdrückten Völker. Thiers hatte als Staatsmann gesprochen, hier redete der Demagog. Aber um damit Glauben zu finden, fuhr Favre fort und kam wieder zu Thiers zurück, sei es unerläßlich, daß Frankreich auf jede eigne Vergrößerung verzichte. (Bewegung in der Versammlung.) Keine Annexionen! wiederholte der Redner. Der Augenblick ist feierlich. Würdet Ihr eine Annexion annehmen? (Lärm.) Wenn Belgien besetzt, wenn Luxemburg annectirt werden könnte, würdet Ihr besetzen und annectiren wollen?

Die Versammlung antwortete durch eine unwillig tobende Mißbilligung. Zugleich aber ergriff aus ihrer Mitte Granier de Cassagnac das Wort, ein eifriger, nicht eben glänzend beleumdeter Bonapartist. Er begann in gemäßigtem Tone: ich meine, wir sollen rüsten, niemand bedrohn, abwarten. Niemand bedrohn, also auch niemand tadeln. Ich tadele Preußen nicht, denn ich will auch unsere Vorfahren nicht tadeln, welche unser Frankreich durch die Eroberung von Roussillon, Franche-Comté, Elsaß, Algerien geschaffen haben. Wie Ollivier denke ich, daß Preußens Werk sich weiter ausdehnen wird, und wie Thiers, daß dies für Frankreich gefährlich werden kann. Nun hat mein Patriotismus allerdings einige besondere Vorurtheile. Er glaubt an die natürlichen Grenzen; er glaubt, daß ein Berg oder ein Fluß größere Sicherheit gibt, als ein preußischer Grenzpfahl. Er glaubt ferner an das Recht der Intervention überall, wo

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ein französisches Interesse auf dem Spiele steht. Diese Vorurtheile, meine Herrn, erscheinen mir als nationale Rechte. (Lebhafter Beifall.) Es war die nackte Erklärung, Preußen möge die deutsche Einheit vollenden, wenn Frankreich die Rheinlande erhalte. Wenn nicht, nicht.

Die Verhandlung neigte sich zum Abschluß. Noch einmal kreuzten Thiers und Rouher in langen Erörterungen die Waffen. Neue Gesichtspunkte aber traten nicht hervor, und nach Rouher's Rede ging die Kammer mit 219 gegen 45 Stimmen zur einfachen Tagesordnung über.

So war ein positiver Beschluß nicht gefaßt worden. Dennoch aber konnte über das Ergebniß kein Zweifel bestehn.

Auch wenn man annahm, daß dem Staatsminister Rouher die Widerlegung der von Thiers und Favre gegen die bisherige Politik der Regierung gerichteten Angriffe glänzend gelungen wäre, immer mußten solche Vorwürfe für Napoleon einen brennenden Antrieb enthalten, den hier in Frage gestellten Ruhmesglanz Frankreichs durch greifbare Erfolge zu erhöhen. An Annexionsplänen gegen Belgien und Luxemburg zweifelte niemand mehr.

Gegen Preußen hatte sich auf allen Seiten das Gegentheil nachbarliches Wohlwollens gezeigt. Nicht einmal die ruhige Zulassung der bisherigen preußischen Erfolge war ohne Widerspruch geblieben; bis auf den einzigen Ollivier waren Minister und Volksvertreter einig in der Erklärung, in Deutschland nicht einen Schritt über den Nikolsburger Frieden hinaus ohne Compensation zu dulden. Die preußischen Großsprecher und die deutschen Einheitsschwärmer sollten es sich gesagt sein lassen.

Von einer solchen Wirkung war nun bei dem deutschen Reichstag nicht das Geringste zu spüren. Man fühlte sich bei dem Einheitsstreben zu sehr in gutem Rechte, um das französische Übelwollen dagegen eigentlich ernst zu nehmen, und meinte auch stark genug zu sein, wirkliche Feindseligkeit sofort niederzuschlagen. So dachte man viel mehr an die Regelung der innern Freiheitsfragen, als an die drohenden Mienen einer Nachbarmacht. Es war beinahe ein Zufall, daß am 18. März die Verhandlung des Reichstags eine Wendung nahm, welche die auswärtigen Beziehungen streifte.

Es handelte sich um Artikel 1 des Verfassungsentwurfs, welcher die Staaten aufzählte, die sich zu dem Norddeutschen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Bunde vereinigten. Dagegen erschien zunächst ein Protest der polnischen Abgeordneten aus der Provinz Posen, und ein anderer der dänischen aus Nord-Schleswig, die sich kraft ihrer Nationalität dagegen verwahrten, in einen deutschen Bund einzutreten. Nach einer langen, mehrmals sehr hitzig geführten Erörterung über beide Fragen erhob sich ein sächsischer Demokrat Namens Schraps, um zu rügen, daß in jenem Verzeichniß der Bundesstaaten ein echt deutsches Land, das Großherzogthum Luxemburg, fehle. Bei dem jetzigen System werde Deutschland immer kleiner; nachdem man Österreich abgetrennt, blieben die süddeutschen Staaten draußen, und jetzt werde auch im Nordwesten die Verbindung mit Luxemburg, und dadurch mit Niederland, zerrissen. Bismarck erwiderte, er freue sich des Anlasses, hier öffentlich den gehässigen und thörichten Gerüchten entgegen zu treten, daß Preußen Annexionsgelüste gegen Niederland im Sinne trage; bekanntlich habe Niederland längst gewünscht, wenigstens Limburg aus dem deutschen Bunde heraus zu ziehn; Preußen habe also nach dem Zerfall des alten Bundes keine Aufforderung zum Eintritt in den neuen an den König gelangen lassen; ebenso wenig sei von dort eine entsprechende Meldung gekommen. Preußen habe nichts begehrt, auf nichts verzichtet, sei aber so weit wie möglich von jedem Gedanken an Beeinträchtigung der Selbständigkeit Niederlands entfernt. Darauf ergriff Herr von Carlowitz das Wort, um wieder auf die Klage über Luxemburg zurückzukommen; freilich dürfe man den Großherzog nicht zum Bundesfürsten machen, da er zugleich König von Holland sei, und man die Schädlichkeit fremder Souveräne als Mitglieder im alten deutschen Bunde hinreichend kennen gelernt habe. Aber das Land gehöre zu Deutschland und sei jetzt bedroht, in die Hand eines auch für Deutschland sehr gefährlichen Nachbars zu fallen. Sodann fand der Redner, wenn er auch nicht auf den sofortigen Eintritt der Südstaaten dringen wollte, es doch sehr mißlich, daß dieselben nicht einmal wie im alten Bunde verpflichtet seien, keine Bündnisse gegen die Sicherheit Deutschlands zu schließen; wenn z. B. Würtemberg heute sich mit Frankreich verbündete, so wäre das zwar abscheulich, aber sein formelles Recht dazu unleugbar. Er hoffe also, daß der vielgewandte Graf Bismarck für diese Übelstände Abhülfe schaffen würde. Bismarck bemerkte darauf, daß Carlowitz ein besonderes Geschick habe, heikle Fragen zur Sprache zu bringen. Was Luxemburg betreffe, so gebe es kein

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Drittes, entweder müsse man den König-Großherzog in den Bund aufnehmen oder auf die Aufnahme des Landes verzichten. Wolle Carlowitz die Luxemburger Frage weiter behandeln, so werde er vielleicht Gelegenheit finden, eine europäische Frage zu schaffen. Über das Bündnißrecht der süddeutschen Staaten habe er, Bismarck, schon einmal Äußerungen gethan, welche Carlowitz nicht gehört oder nicht verstanden habe; so wolle er denn ausdrücklich wiederholen, daß ihr Zusammenstehn mit uns gegen jede auswärtige Gefahr seit den Friedensschlüssen vertragsmäßig gesichert sei.

Die Verhandlung hatte doch im Hause so großen Eindruck gemacht, daß Bismarck sich veranlaßt fand, die Trutz- und Schutzbündnisse mit Baden, Würtemberg und Bayern am folgenden Tage, dem 19. März, zu veröffentlichen. Er that dies um so unbedenklicher, als er selbst kurz vorher dem Grafen Benedetti Kenntniß von ihrem Inhalt gegeben, und zugleich erfahren hatte, daß derselbe schon längst der französischen Diplomatie kein Geheimniß geblieben war. Dennoch sollte, wie wir bald sehn werden, die Veröffentlichung für Napoleon äußerst unangenehme Folgen haben.

Der Reichstag begann an diesem Tage die Berathung über die Competenz der Bundesgesetzgebung. Der Entwurf bestimmte, daß die verfassungsmäßigen Bundesgesetze den Landesgesetzen vorgehn würden, daß die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse im Bundesrath und im Reichstag zu einem Bundesgesetz erforderlich und ausreichend sei, daß im ganzen Bundesgebiete ein gemeinsames Indigenat bestehn sollte, kraft dessen jeder Angehörige eines Bundesstaats in jedem andern als Inländer zu behandeln sei. Sodann zählte ein Artikel die Angelegenheiten auf, welche der Aufsicht und der Gesetzgebung des Bundes unterliegen würden: er beschränkte sie beinahe ganz auf die Gebiete des Handels und Verkehrs, so wie der materiellen Interessen überhaupt; der Bund sollte Zölle und indirecte Abgaben, folglich keine directen Steuern erheben.

Diese Abgrenzung erschien auf verschiedenen Seiten in verschiedener Richtung zu enge. Zuerst begehrte Schulze-Delitzsch die Bildung einer Commission mit dem Auftrage, die Grundrechte der Deutschen zu redigiren, und die katholische Gruppe schloß sich ihnen an mit der Forderung, die Freiheitsrechte der Religion und der Kirche ebenfalls durch die Bundesverfassung

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

festzustellen. Aber zu lebhaft erinnerte sich die Mehrheit des Zeitverlustes, welchen 1848 das Parlament durch die endlose Berathung der Grundrechte erlitten; man wollte nicht wieder an derselben Klippe scheitern, und wies, da fast in allen Staaten die Grundrechte bereits einen Theil der Landesverfassungen bildeten, beide Anträge mit großer Stimmenmehrheit ab. Kaum ein besseres Schicksal hatte ein vermittelnder Antrag der Nationalliberalen, durch ein künftiges Bundesgesetz möge ein Minimum der Grundrechte festgestellt werden, welches keine Regierung ihren Unterthanen vorenthalten dürfe. Von links her wurde bemerkt: und wenn es einmal einen servilen Reichstag gäbe, wie würde dieser kraft eines solchen Gesetzes das Minimum in ein Nichts auflösen. Auf der Rechten wollte man von Grundrechten überhaupt nichts wissen; vom Regierungstische kam ein kräftiger Widerspruch, und der Antrag fiel durch 130 gegen 128 Stimmen.

Besseres Glück hatten die Nationalliberalen mit einem Antrag, das Wort „indirecten" (Steuern) zu streichen, und damit der Bundesgewalt das Recht zur Erhebung directer Steuern offen zu halten. Trotz einer Verwahrung des hessischen Bundescommissars, welche pflichtmäßig aber nicht energisch der preußische Finanzminister unterstützte, wurde der Antrag mit 125 gegen 122 Stimmen angenommen.

Ebenso wichtig war ein weiterer Erfolg auf dem Gebiete der Rechtseinheit. Miquel und Gerber beantragten, das gesammte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren der Bundesgesetzgebung zu überweisen. Eine andere juristische Autorität, Herr von Wächter, sonst damit einverstanden, wollte das Strafrecht ausschließen; die nationalliberale Fraction beschloß nach langer Erwägung, Strafrecht und Proceß, von dem Civilrecht aber nur das Obligationenrecht in den Antrag aufzunehmen, und beauftragte Lasker mit der Vertretung dieses Standpunkts. Das Haus entschied darauf im Sinne der Fraction. Wie bekannt hat einige Jahre später Miquel's Ansicht es davon getragen, ob mit Recht, wird sich erst nach Vollendung und Einführung des neuen deutschen Civilgesetzbuchs entscheiden lassen.

Endlich wurde auf Twesten's Antrag den Gegenständen der Bundesgesetzgebung noch hinzugefügt das Heerwesen und die

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Kriegsmarine. Für jetzt sollten nach dem Entwurf die preußischen Militärgesetze im ganzen Bunde gelten, daraus folge aber von selbst, daß deren künftige Fortbildung Bundessache sein müsse. Um die Autorität des Bundesfeldherrn zu sichern, fügte Twesten, unter lebhaftem Widerspruch der Linken, die Clausel hinzu, daß keine Neuerung auf diesem Gebiete ohne dessen Zustimmung erfolgen dürfe. Bismarck erklärte den Antrag mit der Clausel für annehmbar, und das Haus beschloß die Genehmigung.

Die Versammlung trat darauf in die Berathung über den wichtigsten Theil ihrer Aufgabe ein, die rechtliche Stellung der Organe der Bundesgewalt, des Bundesraths, des Bundespräsidiums, des Reichstags. Wir haben uns schon früher die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs vergegenwärtigt: der Bundesrath als der eigentliche Träger der Souveränität in Gesetzgebung und Regierung; in demselben ist das Bundespräsidium ganz ausschließlich mit der Vertretung des Bundes nach Außen beauftragt, nur daß Verträge, deren Gegenstand unter die Bundesgesetzgebung fällt, der Genehmigung des Bundesraths bedürfen; das Präsidium ist sodann ausgestattet mit der obersten Leitung des Heer- und Flottenwesens, der Posten und Telegraphen, so jedoch, daß für jeden dieser Verwaltungszweige, so wie für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Justiz und Rechnungswesen der Bundesrath je einen Ausschuß bestellt und durch diesen auf die Verwaltung Einfluß übt, über dessen Ausdehnung weiter nichts gesagt ist. Das Präsidium ernennt einen Bundeskanzler, der im Bundesrath den Vorsitz führt, die Geschäfte leitet und die hienach zu erlassenden Verfügungen des Präsidiums gegenzeichnet, übrigens sich durch jedes Mitglied des Bundesraths vertreten lassen kann. Jedes Mitglied des Bundesraths kann im Reichstag erscheinen und jeder Zeit das Wort ergreifen (wie die Minister in den Landtagen). Das Präsidium beruft, vertagt und schließt den Reichstag; zur Auflösung bedarf es der Zustimmung des Bundesraths. Execution gegen eine bundeswidrig handelnde Regierung hat, wo Gefahr im Verzuge ist, das Präsidium, in allen andern Fällen der Bundesrath zu beschließen.

Man sieht deutlich, wie hier ganz planmäßig eine scharfe Abgrenzung der Befugnisse des Bundesraths und des Präsidiums vermieden ist. Ohne Frage hat das Präsidium auf allen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Gebieten eine überragende Stellung, aber auf jedem findet ſich in irgend welcher Weiſe auch der Bundesrath wirkſam. Gewiſſe Grundlagen ſind feſtgeſtellt, aber ein breiter Raum iſt für die freie Entwicklung der Zukunft gelaſſen.

Es ſcheint einleuchtend, daß in einem ſolchen Syſtem kein Raum für ein im juriſtiſchen Sinne verantwortliches Miniſterium war. Alle conſervativen Mitglieder des Hauſes waren damit von Herzen einverſtanden. Ebenſo beſtimmt aber erhob ſich dagegen die demokratiſche Linke. Wenn die dem Bundesrath hier gegebene Stellung, rief Schulze-Delitzſch, ein verantwortliches Miniſterium unmöglich macht, ſo folgt daraus nur, daß der Bundesrath jeder Theilnahme an der Executive entkleidet und ſtreng auf das Gebiet der Geſetzgebung beſchränkt werden muß. Ganz in dieſem Sinne ſtellte die Fraction den Antrag, die Ausſchüſſe des Bundesraths ganz zu ſtreichen, und dann zu erklären: Die Bundesgewalt ſteht der Krone Preußen zu, und ſie übt dieſelbe durch verantwortliche Miniſter. Mit düſterem Eifer prophezeite Waldeck, wenn dieſes Palladium aller politiſchen Freiheit in der Verfaſſung fehle, werde der neue Bund nichts als eine elende Fortſetzung des alten ſein, ohnmächtig nach Außen, reactionär im Innern. Die Welt weiß es, wie ſehr der Erfolg ſeine Sehergabe in jeder Hinſicht Lügen geſtraft hat.

Bei der Kleinheit der Fraction wäre die Sache ſchnell erledigt geweſen, wenn ſich nicht damals bei den Nationalliberalen ein bemerkenswerther Umſchwung vollzogen hätte. Anfangs hatte die Partei, wie uns Tweſten's Rede am 9. März gezeigt hat, die Miniſterverantwortlichkeit als unverträglich mit dem Bundesrathe anerkannt. Dann aber war ein neues Mitglied, der Obergerichtsrath Planck aus Hannover, eingetreten, einer der ſcharfſinnigſten Juriſten der Zeit, höchſt geachtet als politiſcher Charakter, dabei geiſtreich und anziehend im perſönlichen Verkehr, mithin einflußreich wo er erſchien. Er räumte nun ein, daß freilich in dem Wirkungskreiſe des Bundesraths verantwortliche Miniſter undenkbar ſeien, meinte aber, daß der Entwurf dem Bundespräſidium die wichtigſten Verwaltungszweige ſo gut wie ausſchließlich übertrage, und auf dieſen Gebieten alſo der Bundesrath der Anſtellung verantwortlicher Miniſter nicht im Wege ſtehe, hier vielmehr alle Gründe für dieſelbe, die Erhebung der Krone über die Angriffe der Parteien und der Schutz der Volksrechte gegen geſetzwidrige Willkür der Regie-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

rung, wieder in volle Kraft treten. Planck gewann die Zustimmung der Mehrheit der Fraction, und es wurde nun erwogen, daß der Bundeskanzler allein die Verantwortung für eine solche Masse verschiedenartiger Geschäfte unmöglich tragen könne; es seien also verantwortliche Commissare für die einzelnen dem Präsidium überwiesenen Verwaltungszweige zu bestellen. Da die Verantwortlichkeit eine streng juristische, eintretenden Falls gerichtlich geltend zu machende sein sollte, da es aber unmöglich schien, bei der knapp bemessenen Zeit des Reichstags sofort die zu verfolgenden Vergehn zu definiren und das dabei einzuhaltende Verfahren festzusetzen, so wurde der weitere Antrag beschlossen, in Nachahmung der preußischen Verfassung ein Bundesgesetz dieses Inhalts für die Zukunft zu verheißen.

Bennigsen und Lasker unternahmen es, diese Anträge in dem Hause vorzulegen und zu vertreten. Dreimal gaben sie den Anlaß zu einer Fluth von Reden und Gegenreden, aus deren Verlauf wir freilich, nach dem Raume dieses Buchs, nur wenige charakteristische Punkte hervorheben können. Gegen die Anträge wurden Bedenken verschiedener Art erhoben. Die Grundlage derselben, Planck's Unterscheidung der allein dem Präsidium zugetheilten Ressorts von jenen, wo der Bundesrath mitwirke, wurde, namentlich im Hinblick auf die Ausschüsse des letztern, als Täuschung bezeichnet; der Bundesrath, mit größeren oder geringern Rechten, finde sich eben überall[1]). Die juristische Verantwortlichkeit, bemerkte Gneist, setze ein ausgebildetes Verwaltungsrecht und gesetzliche Regeln über die Wirksamkeit der Minister voraus; davon aber sei natürlich bei einem erst zu gründenden Bunde noch keine Spur zu finden. Es wurde ferner auf die Vorgänge im preußischen Landtag hingewiesen, wo sich trotz dreimaliger Anstrengung die Aufgabe, das in Aussicht gestellte Gesetz zu liefern, unlösbar gezeigt habe; es würde dem Reichstag nicht besser ergehn[2]); es handle sich hier nicht so sehr um eine Rechts- als eine Machtfrage, über welche nicht gerichtlich, sondern innerhalb der großen politischen Körperschaften zu entscheiden sei[3]). Etwas ganz anderes sei die Forderung, daß bei jedem Regierungsacte klar sei, wem die Vertretung desselben

[1]) Vincke, gegen Lasker.
[2]) Sybel.
[3]) Braun (Wiesbaden).

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zuſtehe, wer alſo die moraliſche oder hiſtoriſche Verantwortlichkeit gegenüber dem Urtheil der öffentlichen Meinung trage, einem Urtheil, welches auf dieſem Gebiete wirkſamer ſei, als irgend ein Spruch auch des höchſten Gerichtshofs[1]).

Mit großem Nachdruck griff Bismarck mehrmals in die Verhandlung ein, um ſämmtliche Anträge entſchieden zurückzuweiſen. Eine Bundesregierung durch verantwortliche Miniſter ſtehe im Widerſpruch mit den Verträgen und ſei unmöglich ohne Wegweiſung des Bundesraths aus der Executive. Unmöglich ſei auch eine Regierung, in welcher der Miniſter des Auswärtigen dem Reichstage juriſtiſch verantwortlich ſei, der Handelsminiſter aber nicht. Die ihm zugedachten Collegen müſſe er ſich verbitten, da Preußens Stellung im Bundesrathe geſchwächt werde, wenn ſie ſtatt der einheitlichen eine collegiale Vertretung erhalte. Die ganze Frage ſei an dieſer Stelle eine müßige; zum Schutze der Volksrechte ſei anderwärts geſorgt, da ja die Miniſter der Einzelſtaaten ihren Landtagen auch für die ihren Bundescommiſſaren ertheilten Weiſungen verantwortlich blieben[2]).

Das endliche Ergebniß ſtellte ſich folgender Maaßen: Die Anträge der demokratiſchen Linken wurden mit ſtarker Mehrheit verworfen.

Zu dem Artikel: das Präſidium ernennt den Bundeskanzler — wurde Bennigſen's Zuſatz: ſo wie die Vorſtände der einzelnen Verwaltungszweige — mit einer geringen Mehrheit angenommen. Als dann aber der ganze Artikel mit dem Zuſatz zur Abſtimmung kam, hatten Bennigſen's conſervative Gegner noch einige Reſerven herangeholt, und der ganze Artikel wurde mit 127 gegen 126 Stimmen abgelehnt, der Bundeskanzler alſo aus der Verfaſſung hinausgeworfen.

Natürlich konnte es dabei nicht bleiben. In einem ſpätern Artikel wurde er durch einen Antrag des Grafen Bethuſy-Huc wieder in das Leben zurückgerufen; als darauf Bennigſen ſeinen

[1]) Weber (Stade). Sybel.

[2]) Miquel bezeichnete dieſe Theorie als eine Auflöſung des Bundes. In der Praxis iſt es indeſſen häufig vorgekommen, daß ein Landtag Anträge auf gewiſſe dem Bundescommiſſar zu ertheilende Weiſungen geſtellt hat, ohne daß der Bund ſich aufgelöſt hätte. Will man es verbieten, ſo muß man entweder den befehlenden Miniſter von jeder Verantwortung freiſtellen, oder ihn dem Reichstag verantwortlich machen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Zusatz auch hier einzuschalten wünschte, wurde er mit verstärkter Mehrheit, 140 gegen 124 Stimmen, abgewiesen.

Zu einem folgenden Artikel: Die Anordnungen des Präsidiums bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers — beantragte Bennigsen den Zusatz: welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt — und hatte die Genugthuung, daß eine ansehnliche Mehrheit ihn genehmigte.

Aber die Befriedigung dauerte nicht lange. Denn der, die Verantwortlichkeit als eine juristische charakterisirende, weitere Antrag auf Verheißung eines künftigen Gesetzes darüber wurde mit einer ebenso starken Mehrheit zurückgewiesen, und dadurch der Wille des Hauses ausgesprochen, daß es in der Bundesverfassung nur eine moralische Verantwortlichkeit des Ministers, nur eine Beurtheilung derselben durch die öffentliche Meinung und die Geschichte geben solle.

Am 28., 29. und 30. März behandelte darauf das Haus die Artikel über die künftige Stellung des Reichstags. Einige der üblichen parlamentarischen Privilegien, welche dem Entwurfe fehlten, wurden demselben ohne erheblichen Widerspruch hinzugefügt: die Freiheit wahrheitsgetreuer Berichte über die Reichstagsverhandlungen und das Recht des Reichstags, Bittschriften zu empfangen und der Regierung zu überweisen. Desto lebhafter aber entwickelte sich die Verhandlung über das allgemeine Wahlrecht und die Wählbarkeit der Staatsbeamten. Zu der Bestimmung allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts des Entwurfs begehrte Fries noch die geheime Abstimmung hinzu, weil bei unsern socialen Zuständen für die Mehrheit der Wähler nur das Geheimniß die Freiheit der Abstimmung sichere — worauf ihm bald nachher Windthorst die bündige Antwort gab, wenn unsere Zustände wirklich dieser Art seien, so folge daraus nicht die geheime Abstimmung, sondern die Verwerfung des allgemeinen Wahlrechts. Brünneck beantragte statt dessen das Haushalt-Wahlrecht (Bedingung des Wahlrechts ist Führung eines eignen Haushalts). Zachariä wollte neben dem Reichstag ein Oberhaus einrichten. Was das allgemeine gleiche Wahlrecht betraf, so zeigte sich die eigenthümliche Erscheinung, daß die Mehrzahl der Redner es für sehr bedenklich, ja gefährlich, in seinen Folgen unberechenbar erklärten; bei den posener Wahlen hatten sie die blinde Abhängigkeit der katholischen Proletarier von ihrem Klerus gesehn; seit Lassalle's Auftreten hatte sich die

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſocialiſtiſche Agitation gegen Capital und Eigenthum energiſch angemeldet: genug, es war ihnen durchaus keine Freude, die bittere Pille zu ſchlucken. Aber ſie ſchluckten. Bei vielen Conſervativen wirkte der feſt ausgeſprochene Wille Bismarck's neben dem Wunſche, möglichſt ſchnell zum Abſchluß der Verfaſſung zu gelangen, bei vielen Liberalen das Vorurtheil, man habe die politiſchen Rechte der Menſchen nicht nach deren Fähigkeit, Gemeinſinn und Leiſtung abzuſtufen, ſondern man ſei um ſo liberaler, je mehr man gleiches und volles Recht jedem Individuum zutheile. Um die ſtillen Zweifel zurückzuſchieben, waren gewiſſe Formeln beliebt: wir haben das allgemeine Stimmrecht einmal, es iſt eine gegebene Thatſache, ich discutire es nicht weiter[1]). Oder: das allgemeine Stimmrecht birgt große Gefahren, aber wir vertrauen auf die Weisheit und Tugend des deutſchen Volks[2]). Oder: das allgemeine Stimmrecht bedroht die Rechte des Mittelſtandes, aber es iſt eine Ehrenſache für dieſen, den Kampf auch in ungünſtiger Stellung aufzunehmen[3]). Oder: das allgemeine Stimmrecht mag ſonſt ſeine Bedenken haben, jetzt und hier aber dürfen wir es nicht verwerfen, weil es den Ruf an alle Claſſen und Stände enthält, ſich dem nationalen Bunde anzuſchließen und dem blöden Sonderthum zu entſagen[4]). In ſolcher Weiſe wurden die Beſorgniſſe beſchwichtigt, welche bei manchem Redner halb wider Willen doch zum Ausdruck kamen, die Unmöglichkeit einer rationellen Begründung, die Ausbeutung des Syſtems im napoleoniſchen Frankreich, die Vorgänge in Poſen und Hannover, die Maſſe der abhängigen und ungebildeten Exiſtenzen, welche der Beeinfluſſung und Beſtechung Thür und Thor eröffnen, da ſie ohne Beeinfluſſung rathlos daſtehen würden: das Alles wurde erwähnt, als Einleitung zu dem annehmenden Votum. Bismarck konnte ſich unter dieſen Umſtänden die Vertheidigung des Entwurfes leicht machen. Das preußiſche Dreiclaſſenſyſtem, dem ich den Vorzug vor dem gleichen Wahlrecht gegeben hatte, erklärte er für das unſinnigſte aller denkbaren Syſteme, weil es von zwei im Übrigen gleichgeſtellten Bürgern den Einen, der z. B. 100 Thlr. und 1 Groſchen Steuer zahlt,

[1]) Fries, Windthorſt.
[2]) Weber (Stade), Grumbrecht.
[3]) Meyer (Thorn).
[4]) Miquel.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

in die erste, den Andern, der 100 Thlr. weniger 1 Groschen zahlt, in die zweite Abtheilung der Wähler bringt: ein Argument, welches offenbar jede Bestimmung, die irgend eine Grenze festsetzt, als gleich absurd erweisen würde. Nicht zwingender war seine Polemik gegen die indirecten Wahlen, durch deren Abstufung recht leicht der Vertreter einer Minorität zum Siege gelangen könnte. Das ist an sich unbestreitbar, war aber schon damals in der Praxis durch die Bildung von Wahlcomités erledigt, welche nur Anhänger eines gewissen Candidaten auf die Liste der Wahlmänner bringen. Mit Brünneck's Antrag auf Haushalt-Wahlen fand sich Bismarck auf das Einfachste ab, indem er ihn nicht bloß todtschwieg, sondern positiv erklärte: wir haben genommen, was uns vorlag; ich kenne kein besseres Wahlgesetz; bisher ist diesem kein einziges entgegengestellt worden. Niemand erhob Einspruch, und so verschwand der Antrag Brünneck von der Bildfläche.

In der langen Reihe der Redner finde ich nur zwei, Herrn von Below und mich selbst, welche rückhaltlos mit eingehender Erörterung dem allgemeinen gleichen Stimmrecht als der Vorstufe der demokratischen Dictatur entgegentraten, und nur drei, den Frankfurter Domcapitular Thissen, Wagener (Neustettin) und Schulze-Delitzsch, die ihm mit warmer Begeisterung Lob und Preis darbrachten. Von Wagener ist es bekannt, daß er in jener Zeit sich in hohem Maaße socialistischen Anschauungen angenähert hatte. Schulze-Delitzsch dagegen hatte mit Lassalle die heftigsten litterarischen Kämpfe gehabt, wo er freilich in Gelehrsamkeit, dialektischer Schneidigkeit und Stilgewandtheit dem Gegner nicht gewachsen war, ihn aber an echter Freiheitsliebe und praktischer Fähigkeit weit überragte, wie er denn in seinem redlichen Enthusiasmus und seiner stets opferbereiten Thätigkeit auch außerhalb seiner Partei sich unbedingter Anerkennung erfreute. In dem allgemeinen Wahlrecht sah er eine ideale Errungenschaft der fortschreitenden Cultur, das Princip, in dem es wurzele, sei das der freien Arbeit; als dies in der Geschichte einmal durchgedrungen, komme man nothwendig auf die Bahn zum allgemeinen gleichen Wahlrecht. „Die vollständige, politische Gleichberechtigung, rief er, ist das einzig berechtigte und wirksame Gegengewicht gegen die socialistische Gleichmacherei in den äußern Lebenslooſen und Lebensstellungen, und dieses große Princip ist daher wohl das conservativste für den Staat und

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

für die Gesellschaft, was wir nur denken können." Der colossale Aufschwung, welchen seitdem die socialistische Forderung der Gleichmacherei in den äußern Lebensloosen gewonnen hat, enthält die genügende Antwort auf die Sätze des wohlmeinenden Mannes, welcher die künftige Wirkung seiner Rathschläge so wenig wie Waldeck vorauszusehn vermochte.

Außer dem allgemeinen Wahlrecht verfügte der Entwurf die Ausschließung der Beamten von der Wählbarkeit, fand jedoch dafür kaum einen Vertheidiger, wohl aber eine Wolke von Widersachern. Niemals sonst, glaube ich, sind die Bureaukraten so begeistert auch von liberalen Rednern gelobt und als der Stand gepriesen worden, der zahlreichere Vertreter der wissenschaftlichen Bildung als jeder andere in seinen Reihen zähle und folglich dem Parlamente unentbehrlich sei. Windthorst wollte im damaligen Reichstag nicht weniger als 190 Staatsbeamte gezählt haben, ein Umstand, der nicht bloß die Menge der Reden gegen den Antrag, sondern auch die Berechtigung des Widerspruchs sattsam erläuterte.

Das Ergebniß war, daß nach Ablehnung des Antrags Zachariä auf Einsetzung eines Oberhauses das allgemeine gleiche Wahlrecht, directe Wahl und geheime Abstimmung beschlossen wurde. Statt der Ausschließung der Beamten wurde ein Antrag des Grafen Henckel-Donnersmarck angenommen: Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag. In Betreff des Wahlrechts hatte also trotz aller Besorgnisse der Reichstag schließlich noch liberaler, oder besser noch demokratischer, als Bismarck sich verhalten.

Von geringerer Bedeutung war die sich hier unmittelbar anschließende Verhandlung über die Länge der Legislaturperiode des Reichstags. Der Entwurf schlug drei Jahre vor, dagegen verlangte, dieses Mal von der conservativen Seite, ein Antrag die sechsjährige, ein anderer mindestens die fünfjährige Dauer. Es waren wesentlich zwei Gründe, welche für die Anträge von Vincke, den Grafen Schwerin und Eulenburg, so wie dem Fürsten Solms angeführt wurden: die größere Selbständigkeit des Reichstags von den wechselnden Stimmungen der Wähler, und eine stetigere und sicherere Behandlung der Geschäfte; daneben wurde auch die Gefahr erwähnt, daß bei kürzern Perioden das Land gar nicht mehr zum Ausruhn von den Wahlagitationen komme,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und der politische Sinn bei der Bevölkerung sich endlich abstumpfe. Miquel und Waldeck wandten dagegen ein, daß die Anträge eine Stärkung der Executive bezweckten, welche bei dieser Verfassung unnöthig sei, Gneist und Lasker warnten, daß man zur Zeit nicht absehn könne, wie die nächsten Wahlen ausfallen würden; wie, wenn sie eine particularistische Mehrheit lieferten, und dann der Bundesrath seine Zustimmung zur Auflösung weigerte?

Die Anträge wurden mit 138 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Wie man weiß, hat die praktische Erfahrung der folgenden Zeit in dieser Frage die Wünsche der damaligen Minderheit zur Verwirklichung gebracht.

Am 30. März erledigte dann das Haus den Rest des Abschnitts vom Reichstag, wobei nur noch ein Artikel des Entwurfs den Anlaß zu einer weitschichtigen und lebhaften Verhandlung gab, nämlich der Satz: die Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehn. Von der einen Seite wurde offen erklärt, daß man den Artikel als ein sehr angemessenes Gegengewicht gegen die Gefahren des allgemeinen Stimmrechts betrachte; es wurde weiter bemerkt, daß auch die Geschworenen keine Diäten erhielten, daß überhaupt das System der Ehrenämter zur Geltung zu bringen sei. Die Gegner erklärten mit leidenschaftlichem Nachdruck, die Versagung der Tagegelder, würde den größten Theil unserer gebildeten Classen, Beamte Gelehrte, Ärzte, ausschließen und eine gehässige Aristokratie des Geldsacks erschaffen; wenn man für unbesoldete Ehrenämter schwärme, so möge man doch auch die Minister in diese treffliche Classe versetzen; man würde, wenn man nur reiche Leute in den Reichstag zulasse, die Erbitterung der Besitzlosen erst hervorrufen. Bismarck gab darauf die bestimmte Erklärung ab, daß die Regierungen unter keinen Umständen sich auf Tagegelder einlassen würden, und der sächsische Minister von Friesen bestätigte den Spruch. Aber die Stimmung des Hauses blieb hier wie bei der Wählbarkeit der Beamten ungeändert. Ein Antrag auf Einführung von Diäten wurde mit 136 gegen 130 Stimmen angenommen.

Der Aufbau der Bundesgewalten oder die Organisation der gesetzgebenden und regierenden Gewalt war damit vollendet. Ehe sich jetzt aber das Haus der Einrichtung der einzelnen Ver-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

waltungszweige zuwenden konnte, wurde seine Thätigkeit plötzlich und heftig auf dem Gebiet der auswärtigen Politik in Anspruch genommen. Bereits in den Debatten der letzten drei Tage war hier und da ein Wetterleuchten sichtbar geworden, welches die Nähe eines schweren Gewitters ankündigte. Es war die Luxemburger Frage, in deren Entwicklung der Reichstag jetzt einzugreifen berufen wurde. Wir haben uns also den bisherigen Verlauf im Zusammenhange zu vergegenwärtigen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

8. Capitel.

Luxemburg.

Wir haben gesehn, wie im Januar 1867 der französische Minister Moustier politische Agenten nach Luxemburg sandte, um bei der dortigen Bevölkerung die Einverleibung in das Nachbarreich zu empfehlen, und wenn möglich den Ausdruck eines darauf gerichteten Wunsches hervorzulocken. Ihre Berichte klangen günstig, und obgleich wenige Wochen früher der französische Geschäftsträger im Haag, Baudin, versichert hatte, das Volk im Großherzogthum begehre nichts als die Erhaltung seiner Unabhängigkeit[1]), fand sich Moustier doch bemüßigt, im Laufe des Februar einen Ministerialbeamten hinzuschicken, welcher die immer gesteigerte Agitation ganz unbefangen mit den Luxemburger Behörden besprach. Zugleich traf es sich, daß die holländische Regierung, stets besorgt gegen Preußens Eroberungssucht, in Paris sondirte, wie sich Frankreich in einem solchen schlimmen Falle verhalten würde. Moustier ließ darauf Ende Februar durch Baudin antworten, man thue einer so rasch verfahrenden Macht wie Preußen gegenüber sehr wohl, vorsichtig zu sein, immer aber würde Frankreich den Niederlanden seine lebhafte Theilnahme widmen. Unmittelbar nachher erhielt dann Baudin den Auftrag, den holländischen Minister van Zuylen über den Abschluß eines geheimen Bundesvertrags zu sondiren, dessen Verhandlung eine passende Einleitung zu der Anregung der Luxemburger Sache sein würde.

[1]) Minister Rouher im gesetzgebenden Körper, 15. Juli 1867.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Hier aber fand Baudin verwickelte Verhältnisse und mannichfaltige Schwierigkeiten[1]). Luxemburg war mit Holland nur durch Personalunion des Herrschers verbunden und hatte eine von Niederland unabhängige Verwaltung, unter dem Prinzen Heinrich, Bruder des Königs, als Statthalter, und dem Baron Tornaco als leitendem Minister. Dessen politische Weisheit bestand in der Ansicht, die übermächtigen Geschicke geduldig über sich ergehn zu lassen, aber sie nur nicht durch eignes Handeln zu beschleunigen, also überhaupt nichts zu thun, um auf keiner Seite Anstoß zu geben. Die holländischen Minister wären dies Luxemburg, das jetzt einen europäischen Hader hervorzurufen drohte, von Herzen gerne los geworden; als aber Baudin Napoleon's Wünsche hinsichtlich des kleinen Landes erwähnte, und zugleich erklärte, daß Preußen keine Schwierigkeit machen würde, rief Herr van Zuylen: ja, Ihr sagt das wohl, aber Ihr gebt uns keine Beweise dafür. Die Hauptsache aber war, daß weder der König noch sein Bruder Heinrich von der Abtretung etwas wissen, sondern dem Lande die bisherige Unabhängigkeit unter oranischer Herrschaft sichern wollten. Der König lud den Baron Tornaco nach dem Haag, um ihm mit großem Nachdruck die Weisung zu geben, daß durch den holländischen Gesandten in Paris, Baron Lightenfeld, dieser Entschluß Sr. Majestät dem französischen Minister mitzutheilen sei. Zugleich befahl Prinz Heinrich, den Königlichen Willen öffentlich und laut im Lande zu verkündigen, und damit die Gefühle der Unabhängigkeit und Nationalität zu befestigen.

Mit schwerem Herzen trat Lightenfeld in das ihm aufgetragene Gespräch mit dem französischen Minister ein. Dieser ließ ihm denn auch keinen Schatten eines Zweifels bestehn. Gewiß, sagte er, ist der Wunsch der Luxemburger auf Erhaltung des bisherigen Zustandes begreiflich; hätten sie aber zwischen der Vereinigung mit andern Ländern zu wählen, so würde die große Mehrheit sich zweifellos für Frankreich entscheiden. Darauf aber fuhr er fort, Napoleon wünsche lebhaft die Annexion, die nach den Ereignissen des vorigen Jahrs für ihn unerläßlich sei. Baudin solle also dem König zwei geheime, von einander un-

[1]) Über das Folgende vgl. neben Rothan das aus den holländischen und luxemburger Acten geschöpfte Buch Servais, la question du Gd. Duché de Luxembourg.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

trennbare Abmachungen vorschlagen, ein Defensivbündniß mit französischer Garantie gegen jedes preußische Ansinnen, und dafür die Abtretung von Luxemburg. Preußen würde sich die Abtretung, wenn sie als vollendete Thatsache vorläge, gefallen lassen, weil es dann in allen Ehren die Festung räumen könnte, was vorher nicht wohl thunlich wäre. Napoleon handle hier nicht aus Eroberungssucht: Preußens Vergrößerung und dessen jetzt willkürliche Besetzung der Festung zwängen ihn dazu. Strategisch könne er eine solche Festung ersten Ranges nahe an der französischen Grenze nicht in Preußens Hand lassen, das jetzt kein Recht mehr darauf habe. Politisch würde er, wenn er dies auf Kosten von Frankreichs Sicherheit verstatte, das Selbstgefühl (amour propre) seines Volks verletzen. Dieses Selbstgefühl, schon in hohem Grade verwundet, würde ihn zum Kriege zwingen, und wer dann auch siege, immer würde der König-Großherzog die Kosten zu zahlen haben.

Lichtenfeld setzte seinem Berichte hinzu: ich kann nur bestätigen, daß hier alle Welt einstimmig über die Nothwendigkeit des Krieges ist, wenn Preußen nicht seine Besatzung aus Luxemburg herauszieht.

Was den von Napoleon bestrittenen Rechtstitel Preußens zur Besetzung der Festung Luxemburg betrifft, so ist darüber Folgendes zu sagen.

Durch Vertrag vom 31. Mai 1815 zwischen den Niederlanden und den vier damals verbündeten Großmächten wurde die Stadt Luxemburg zur deutschen Bundesfestung erklärt; der König der Niederlande würde den Gouverneur und den Commandanten ernennen unter Bestätigung des Bundestags, und überhaupt unter den Bedingungen, die sich aus der künftigen Bundesverfassung ergeben würden. Dies wurde in die Wiener Congreßacte aufgenommen. In einem Protokoll vom 20. November 1815, welches neben Luxemburg auch Mainz und Landau zu Bundesfestungen erhob, versprachen Rußland, Österreich und England, für Preußen das Besatzungsrecht in Luxemburg gemeinsam mit dem König der Niederlande, und zugleich das Recht der Ernennung des Gouverneurs zu erwirken. Dies geschah dann durch einen Vertrag zwischen Preußen und Niederland vom 8. November 1816, nach welchem in der Bundesfestung Luxemburg Niederland ein Viertel der Besatzung, Preußen aber drei Viertel stellen und den Gouverneur und den Commandanten

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ernennen sollte. Die vier Mächte bestätigten dies durch Vertrag mit den Niederlanden vom 12. März 1817, und die deutsche Bundesversammlung durch Beschluß vom 5. October 1820.

Es leidet hienach keinen Zweifel, daß das preußische Besatzungsrecht sich auf die Stadt Luxemburg als Bundesfestung bezog, und Napoleon konnte mit Grund behaupten, daß es seit der Auflösung des deutschen Bundes hinfällig geworden war. Seit jenem Ereigniß gab es keine Bundesfestungen mehr, und der Landesherr hatte wieder volle Verfügung über Stadt und Festung zurückgewonnen.

Eben deshalb aber hätte einstweilen Preußen auf Napoleon's Begehren erwidern können, daß nicht Frankreich, sondern allein der König-Großherzog das Recht habe, den Abzug der preußischen Besatzung zu fordern; dies sei aber bisher nicht geschehn, und so befinde sich Preußen noch völlig rechtmäßig in dem Besitz der ihm durch die europäischen Verträge eingeräumten Stellung. Allerdings, wenn der König-Großherzog seine Souveränität über Luxemburg an Frankreich abtrat, so ging auch das Recht, der preußischen Besatzung zu kündigen, an dieses über.

Im Übrigen gab es noch eine weitere Instanz, wo die Frage im Nothfall anhängig gemacht werden konnte: die europäischen Großmächte, welche die Bundesfestung Luxemburg nebst dem preußischen Besatzungsrecht geschaffen und im Jahre 1839 die Verhältnisse zwischen Belgien und Luxemburg geregelt hatten. Hier wäre nun zu einem bindenden Beschlusse Einstimmigkeit erforderlich; indessen würde schwerlich eine einzelne Macht der vereinigten Autorität aller übrigen sich entgegensetzen, vielmehr sich in einem solchen Falle unbeschadet der eignen Ehre zur Nachgiebigkeit entschließen können.

Marquis Moustier erkundigte sich denn auch auf alle Fälle über die Ansicht der Großmächte hinsichtlich der Luxemburger Annexion. Der englische Botschafter verhielt sich gleichgültig, der russische ermunterte zum Vorgehn. Dagegen sandte aus Wien Baron Beust eine dringende Warnung. Ein Land, schrieb er, mit deutscher Bevölkerung, früher zum deutschen Bunde, jetzt noch zum deutschen Zollverein gehörig, die Festung in preußischem Besitz, dies für Frankreich zu fordern, heiße Bismarck das Mittel geben, alle nationalen Leidenschaften in ganz Deutschland zu entflammen. Er bot also dem französischen Hofe seine guten Dienste für Berlin an. Moustier, der gerade von Beust stärkere

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Hülfe gegen Berlin erwartet hatte, war höchlich enttäuscht und verdrießlich, beschwerte sich, daß Beust Luxemburg ein deutsches Land nenne, was Bismarck nie gethan habe, und lehnte Österreichs gute Dienste um so mehr ab, als eben jetzt ein erfreulicher Bericht Benedetti's über Bismarck's letzte Erklärungen einlief.

Benedetti meldete, Bismarck habe beklagt, daß sein Souverän über die Räumung der Festung nicht zum Entschlusse komme, während der Kronprinz jetzt günstiger gestimmt sei, da man zur Erhaltung des Friedens und zur Befestigung des Gewonnenen auf gutes Einvernehmen mit Frankreich bedacht sein müsse. Auch erkenne Bismarck an, daß Preußens Rechtstitel für eine Besatzung in Luxemburg zweifelhaft geworden sei. Wenn Holland selbst, sagte er, den Abzug derselben fordere, so würde sich Vieles erleichtern.

In einer weiteren Depesche berichtete Benedetti, er habe eine Niederschrift dieser Äußerungen dem preußischen Minister vorgelegt, und dieser die Richtigkeit anerkannt, mit der weiteren Bemerkung, der König habe gemeint, er, Bismarck, sei dabei etwas weit vorgegangen, habe aber keinen Widerruf gefordert. Benedetti habe darauf gefragt: darf ich dies dem Kaiser mittheilen? und Bismarck geantwortet: ich autorisire Sie dazu; der König ist in guter Stimmung; gestern noch sagte er zu mir: wenn Luxemburg an Frankreich abgetreten wird, so habe ich mir dem deutschen Volke gegenüber nichts vorzuwerfen; es kann sich dann nur an den König der Niederlande halten.

Hierauf erhielt Baudin aus Paris den Befehl, die officielle Unterhandlung mit dem König-Großherzog zu eröffnen. Der König empfing ihn am 18. März. Baudin legte die beiden geheimen Verträge vor, stellte für Luxemburg eine Geldentschädigung (etwa 4 bis 5 Millionen Franken) in Aussicht, und forderte, daß der König der französischen Regierung überlasse, mit Preußen zu verhandeln. Da aber trat die Wendung ein. Der König kam lebhaft auf die durch Lightenfeld gegebene Erklärung zurück, daß er dem Großherzogthum die bisherige Unabhängigkeit zu erhalten wünsche; in keinem Falle könne er eine Zusage geben, wenn nicht das Luxemburger Volk, die Großmächte, und vor Allen Preußen vorher eingewilligt hätten; also kein geheimer Vertrag, kein Versprechen, niemand eine Mittheilung zu machen;

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ich sage nicht Nein, schloß er, behalte mir aber die Freiheit meiner Entschließung vor, und will weiter erwägen.

Es war der Tag, an welchem in Paris Thiers seine letzte Rede hielt, in Berlin aber Carlowitz den Grafen Bismarck über die Politik der Südstaaten befragte, und dadurch am 19. die Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse mit ihnen veranlaßte.

Bismarck, sahn wir, that den Schritt zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Der König von Holland aber sah darin eine drohende Demonstration gegen Frankreich, und erklärte dem französischen Gesandten jetzt seine endgültige Entschließung, die Abtretung Luxemburgs erst nach ausdrücklicher Einwilligung Preußens und der übrigen Großmächte zu vollziehn.

Bereits am 19. März, nach Baudin's erstem Bericht, hatte Benedetti Weisung erhalten, Bismarck auf diesen Fall vorzubereiten, und zu ermitteln, ob Preußens Zustimmung nicht zu erlangen sei. Jetzt aber verhielt sich Bismarck kalt und gemessen. Wir lassen geschehn, sagte er. Aber gegenüber dem Könige, dem Reichstage und der öffentlichen Meinung kann ich niemand zu der Erklärung Vollmacht geben, daß die Abtretung Luxemburgs im Einverständniß mit Preußen erfolge. Bei einem weitern Gespräche nach Baudin's Bericht vom 22. blieb er unerschütterlich bei diesem Satze. In Ihrem Interesse, setzte er hinzu, bitte ich Sie, daß Frankreich den König der Niederlande von jeder Mittheilung an Preußen abhalte.

Aber die Warnung kam zu spät. Ehe eine solche Einwirkung auf den König geschehn konnte, hatte dieser den gefährlichen Schritt gethan. Am 26. März sandte er seinen Sohn, den Prinzen von Oranien, mit einem Briefe an Napoleon nach Paris: seine Intention sei, ihm Luxemburg zu überlassen, in der Erwägung, daß diese Maaßregel den europäischen Frieden befestigen würde; dazu sei aber Preußens Theilnahme erforderlich, und so müsse er darauf dringen, daß für den förmlichen Vertrag Napoleon Preußens Beitritt (adhésion) erlange. Zugleich aber berief er den preußischen Gesandten, Grafen Perponcher, theilte ihm Napoleon's Begehren und seine Antwort unter der Erklärung mit, daß er nichts ohne Vorwissen des preußischen Königs thun wolle, und ersuche ihn, dies Alles seinem Monarchen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zu melden. Perponcher, wie sich versteht, telegraphirte dies auf der Stelle nach Berlin.

Nach allen bisherigen Verhandlungen stand man hiemit dicht vor dem Ausbruch des Kriegs. Hundert Mal hatte Bismarck dem französischen Gesandten erklärt, Preußen könne der Abtretung Luxemburgs nimmermehr positiv zustimmen, die öffentliche Meinung Deutschlands erlaube das nicht. Und ebenso bestimmt hatte Marquis Moustier dem Baron Lightenfeld gesagt, wenn die Abtretung scheitere, und in Folge dessen die Preußen in Luxemburg blieben, so sei der Krieg unvermeidlich, die öffentliche Meinung Frankreichs zwinge dazu. Jetzt aber hatte, so schien es, der Schritt des holländischen Königs die Abtretung an jene unmögliche Bedingung geknüpft. In Holland hatte man sich nach den preußischen Siegen und Annexionen von 1866 in die ungeheuerlichsten Vorstellungen von Preußens Ehrsucht und Habgier eingelebt; man war erfüllt von der Sorge, zur nächsten Beute des gefräßigen Nachbars bestimmt zu sein, und wie immer verdunkelte auch hier die Furcht die Unbefangenheit des Urtheils. In der Angst vor dem Ausbruch eines furchtbaren Kriegs ergriff man gerade die Maaßregel, welche die Flamme entzünden mußte.

In Berlin war die Regierung fest in ihrer Haltung. Gleich am Abend des 27. März wiederholte Bismarck dem französischen Botschafter: der König von Preußen kann die Abtretung geschehn lassen, aber nicht zugeben, daß jemand behaupte, er habe ihr im Voraus zugestimmt. Den Grund hatte Benedetti vor Augen. Napoleon's Absichten auf Luxemburg waren längst kein Geheimniß mehr; die zornige Aufregung darüber wuchs in ganz Deutschland mit jedem Tage; es hätte Preußens Aussichten im Reichstage vernichtet, wenn man die französischen Pläne unterstützt hätte. Die deutsche wie die französische Presse hatte bereits den Kampf darüber mit gleicher Hitze aufgenommen; von allen Seiten her erscholl der Ruf, daß hier an feige Nachgiebigkeit nicht zu denken sei. Graf Goltz meldete aus Paris, mit athemlosem Eifer werde die Heeresrüstung betrieben, und der französische Generalconsul in Frankfurt, Rothan, lieferte drohende Schilderungen von der hastigen Bildung neuer Armeecorps in Preußen.

Trotzdem gab die preußische Regierung die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht auf. Auch der König, so un-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

erfreulich ihm die Räumung Luxemburgs war, hatte bei der Klarheit der Rechtslage seinen Entschluß in diesem Sinne festgestellt. Da man selbst weder für noch gegen die Abtretung Luxemburgs sich aussprechen wollte, so kam es darauf an, die Entscheidung an eine andere Instanz zu bringen, und so telegraphirte der König zurück nach Holland: ich kann keine Meinung aussprechen, bis ich die Signatärmächte von 1839 gehört habe.

Sodann aber bot sich noch ein anderer Weg, den König der Niederlande über Preußens friedliche Absichten auch ohne förmliche Zustimmung zu der Abtretung Luxemburgs zu ermuthigen. Am 12. October 1866 hatte die luxemburger Regierung, stets in derselben Angst vor Preußens Feindseligkeit, eine Mittheilung nach Berlin gerichtet, worin sie das preußische Besatzungsrecht durch die Auflösung des deutschen Bundes als erloschen bezeichnete, damit aber den Wunsch verband, mit Preußen eine völkerrechtliche Allianz unter Fortdauer der gemeinsamen Besatzung abzuschließen. Diese Eröffnung war bis dahin ohne Antwort geblieben: jetzt, am 27. März, telegraphirte Bismarck nach dem Haag die Ablehnung des Vorschlags.

Der luxemburger Geschichtsschreiber der Krisis, Servais, bemerkt, diese Ablehnung eines Vertrags, welcher der preußischen Besatzung einen neuen unangreifbaren Rechtstitel gegeben hätte, war ein zwingender Beweis für die Absicht Preußens, die Abtretung des Landes an Frankreich nicht zu hindern.

So war es in der That. Zugleich kam Bismarck auf den Gedanken, einen Versuch zur Beschwichtigung der immer stärkern Unruhe der Gemüther in Deutschland zu machen. Er lud den Führer der Nationalliberalen, Herrn von Bennigsen, zu sich ein, und verabredete mit ihm eine nächster Tage im Reichstage zu stellende Interpellation über Luxemburg, wobei dann Bennigsen den nationalen Widerspruch gegen die Abtretung betonen, Bismarck aber beruhigend antworten würde; eine weitere Verhandlung sollte nicht Statt finden[1]). Napoleon würde daraus die doppelte Belehrung schöpfen können, daß er Preußen nicht als Gegner zu betrachten habe, wohl aber bei bewaffnetem Vorgehn die gesammte deutsche Nation an Preußens Seite finden würde[2]).

[1]) Mittheilung Bennigsen's an den Verfasser.

[2]) Rothan, S. 466, druckt eine von ihm am 12. April nach Paris gesandte Depesche ab, worin er nach Berliner Mittheilungen die friedliche Tendenz der Interpellation nachdrücklich bestätigt.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Allein während die Depesche vom 27. im Haag ihren Eindruck nicht verfehlte, sollte die auf Sicherung des Friedens berechnete Interpellation die gerade entgegengesetzte Wirkung haben und die Spannung auf die höchste Spitze steigern.

Am 28. März empfing Napoleon aus der Hand des Prinzen von Oranien den Brief des Königs-Großherzogs. Er faßte ihn auf als das Zugeständniß der Abtretung. Er berief sofort Baudin telegraphisch nach Paris, gab ihm mündliche Weisungen nebst einem Briefe an den König-Großherzog, worin er die Annahme der Abtretung aussprach und die Verantwortlichkeit Preußen gegenüber vollständig auf sich nahm. Baudin eilte schleunig nach dem Haag zurück; der König-Großherzog erklärte sich einverstanden[1]); die Verträge wurden ausgefertigt, und Baudin meldete nach Paris, am 31. werde die Unterzeichnung Statt finden. Moustier telegraphirte dann an Benedetti: wir stehn am entscheidenden Augenblick; trefft in Berlin alle Vorkehrungen; der Kaiser betrachtet die Sache als erledigt und hält jedes Zurückweichen für unmöglich. Als man aber im Haag zur Unterzeichnung schreiten wollte, bemerkte der holländische Minister van Zuylen, daß dies nicht seine, sondern die Sache des luxemburger Ministers, Tornaco, sei. Man werde ihn sofort hieher berufen; der kurze Aufschub werde nichts verschlagen. Darauf sandte in der Nacht vom 31. März auf den ersten April Moustier eine neue Depesche an Benedetti: Tornaco ist in den Haag berufen zur Zeichnung der Abtretung; die Stimmung des

[1]) Rothan, der sonst Servais' Buch mehrmals citirt, geht unbegreiflicher Weise über die preußische Depesche vom 27. März hinweg, und erzählt dafür, der König-Großherzog sei durch die diplomatie occulte gewonnen worden, nachdem alle Anstrengung der officiellen Diplomatie vergeblich gewesen. Er deutet damit wohl auf Madame Musard, die Geliebte des Königs, welche angeblich durch französisches Gold bestochen worden sei. Ich kann dies weder bestätigen noch widerlegen, will aber bei diesem Anlaß bemerken, daß Rothan's an einer frühern Stelle geäußerte Behauptung, die Königin Sophie sei eine Hauptstütze der französischen Partei in der Luxemburger Sache gewesen, auf Irrthum beruht. Die Königin war eine intime Freundin Napoleon's und Gegnerin Preußens, lebte aber damals von dem Könige vernachlässigt und getrennt, von allem politischen Einfluß entfernt.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Königs ist vortrefflich; der Vertrag wird im Laufe des Tags abgeschlossen.

Napoleon's Wunsch schien erfüllt. Aber auch hier sollte das Wort gelten: zwischen dem Becher und der Lippe liegt ein Abgrund.

Benedetti begab sich am Vormittag des 1. April zu Bismarck und erklärte ihm, nachdem er ihm seine Glückwünsche zu dem heutigen Geburtstag dargebracht, er habe ihm eine wichtige Mittheilung zu machen[1]). Bismarck, welcher den Inhalt vermuthen konnte, unterbrach ihn auf der Stelle. Ich habe, sagte er, jetzt keine Zeit zu einer geschäftlichen Besprechung; ich bin im Begriffe, in den Reichstag zu gehn, um auf Bennigsen's Interpellation zu antworten, auf die Fragen: was ist der Regierung über die angebliche Abtretung Luxemburgs an Frankreich bekannt? und ist sie fest entschlossen, auf jede Gefahr dies deutsche Land bei Deutschland zu behalten? Wollen Sie mich begleiten, fuhr er fort, so können wir unterwegs weiter darüber reden. Im Gehn entwickelte er ihm dann, er denke zu antworten, der Regierung sei allerdings bekannt, daß solche Verhandlungen im Haag schwebten; nach einer Anfrage des Königs der Niederlande über Preußens Auffassung der Sache sei auf ein Benehmen mit den Großmächten und die Rücksicht auf die öffentliche Meinung verwiesen worden; die Regierung wisse nicht, ob ein Abschluß im Haag schon erfolgt sei, und könne deshalb im Augenblick auf die zweite Frage keine Antwort mit Ja oder Nein geben; sie glaube aber, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten beeinträchtigen werde; sie hoffe im Stande zu sein, solche Rechte im Wege friedlicher Verhandlungen zu schützen. Sie sehn, bemerkte er dann dem Grafen Benedetti, daß auf diese Art jeder Anlaß zum Bruche vermieden wird; Sie sehn aber auch, daß die Voraussetzung meiner ganzen Darlegung die Thatsache ist, daß ich von einem Abschluß des Vertrags nichts weiß. Und ebenso deutlich wird Ihnen sein, daß, wenn Sie mir jetzt eröffneten, der Vertrag sei geschlossen, und ich dies dem Reichstag mittheilen müßte, bei der hochgradigen

[1]) Ich folge hier der Darstellung des meist sehr gut unterrichteten Meding III, 206. Wo Rothan davon abweicht, stehn seine Angaben mit Bismarck's sonstiger, von ihm selbst bestätigter Haltung im Widerspruch.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Erregung der Verſammlung eine Exploſion von unberechenbarer Wirkung die nothwendige Folge ſein würde. Die Herrn waren darüber an der Thüre des Reichstags angekommen. Nun, fragte Bismarck, dieſe Folge und deren Verantwortung vor Augen haben Sie mir eine wichtige Depeſche zu übergeben? Benedetti war kein kriegsluſtiger Mann. Er ſann einen Augenblick nach; dann erklärte er: Nein — und empfahl ſich. Bismarck trat in den Reichstag ein.

Sofort erhob ſich Bennigſen zur Begründung ſeiner Interpellation. Mit wachſender Stärke trete die Behauptung auf, begann er, der Abtretungsvertrag ſei bereits abgeſchloſſen; ein Fürſt aus deutſchem Geſchlechte, aus welchem einſt ein Mitglied die deutſche Krone getragen, habe alſo ein von jeher deutſches Land, welches dem Reiche mehrere Kaiſer geliefert, über welches Holland niemals Herrſchaftsrechte beſeſſen, einer fremden Macht verkauft. Dazu könne der Reichstag nicht ſchweigen. Die Interpellation, erklärte er weiter, iſt abſichtlich gerade von uns Liberalen ausgegangen, die wir mit den Regierungen über einzelne noch ungelöste Verfaſſungsfragen im Streite ſtehn, weil wir das Bedürfniß fühlten, kund zu geben, daß es in Fällen ungerechter Gelüſte des Auslandes in dieſem Hauſe keine Parteien gibt, daß unſere Differenzen in den innern Fragen nicht den geringſten Einfluß auf unſere feſte Entſchloſſenheit gegenüber dem Auslande haben werden, wo es gilt, die kräftige Politik, welche die Regierung und der Miniſterpräſident bisher geführt haben, auf das Entſchiedenſte zu unterſtützen. Jeder dieſer Sätze wurde von ſteigendem Beifall des Hauſes begrüßt. Bennigſen fuhr fort: bei der jetzigen Auflöſung des Bundes iſt allerdings die Verſuchung für das Ausland groß, wie in alten Zeiten unſere Zerriſſenheit zum Abreißen deutſcher Landestheile zu benutzen: treten wir nicht dem erſten Verſuche dieſer Art mit Nachdruck entgegen, ſo wird unſere Neubildung uns nicht einen ſtarken Bundesſtaat liefern, ſondern uns nur zur Fortdauer der alten Schwäche und Spaltung führen. Wir müſſen unſer Vertrauen auf die Energie der preußiſchen Politik bewähren durch unſere Feſtigkeit, die allein uns den Frieden erhalten kann, die aber auch den Krieg nicht ſcheuen darf, wo es ſich um die Abwehr eines ungerechten Angriffs handelt. Ein ſtürmiſcher Ausbruch des Enthuſiasmus erſcholl hier von allen Seiten des Hauſes. Bennigſen warf darauf einen Blick auf die letzten Ver-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

handlungen der Pariser Volksvertretung, wo die Reste alter Parteien unter altgewordenen Führern die Leidenschaften in der Armee und im Volke aufzureizen suchten, vielleicht nicht bloß um Eroberungen für Frankreich zu machen, sondern auch um der jetzigen französischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Geben wir, rief er, rasch und sicher die richtige Antwort auf solche Tendenzen, und wir werden sie im Keime ersticken. Blieben wir hier aber unthätig und stumm, welch' ein untilgbarer Flecken auf Deutschlands Ehre, welch' ein Stempel undeutscher Schwäche auf unserer Politik, wenn in dem Augenblicke der Begründung unserer nationalen Einheit nicht das Äußerste aufgeboten würde, die Abreißung einer deutschen Provinz zu verhindern. Wir suchen den Krieg nicht. Bricht er aus, so wird Frankreich die Verantwortung treffen. Die beiden Nationen können in Frieden und Freundschaft neben einander leben, in gegenseitiger Achtung, in Förderung der gemeinsamen Interessen, in Förderung der Gesittung und Cultur in Europa. Aber wenn das Ausland uns stören will in unserem Verfassungswerke, so soll es auf eine geschlossene Nation stoßen, die keinen Zweifel darüber lassen wird, daß wie unter uns alle Parteien, so auch alle Theile des deutschen Volkes einig sind in dem Entschlusse, jede kräftige Politik der Regierungen gegen feindselige Versuche der Fremden auf jede Gefahr hin zu unterstützen. Ein nicht endenwollender begeisterter Jubel des ganzen Hauses begleitete diese Schlußworte des Redners.

An der Auffassung der Frage durch den Reichstag konnte kein Zweifel sein. In der Abtretung Luxemburgs an Frankreich sah er die blutige Verletzung eines nationalen deutschen Rechts und drängte die Regierungen, dagegen Verwahrung einzulegen und wenn nöthig mit den Waffen einzuschreiten.

Bismarck's Antwort begann mit der ruhigen Erklärung, das Haus werde es natürlich finden, wenn er in einer Frage von solcher Tragweite zur Zeit auf eine Darlegung des Sachverhältnisses, soweit es den verbündeten Regierungen bekannt geworden, sich beschränke. Zunächst entwickelte er dann die Ursachen, nach welchen man auf den Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund verzichtet habe, den bestimmten Wunsch des Luxemburger Volkes, in dem jetzigen Zustande voller Unabhängigkeit zu bleiben, die gleiche Stimmung seiner Regierung, welche das preußische Besatzungsrecht als erloschen betrachte,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

endlich die im alten deutschen Bunde erfahrenen Unannehmlichkeiten, die sich aus der Mitgliedschaft eines auswärtigen Souverains ergeben. Dazu komme die geographische Lage des Landes, welche bei der Behandlung der Frage einen höheren Grad von Vorsicht erforderlich mache. „Man erweist, sagte er, der preußischen Politik nur Gerechtigkeit, wenn an einer hervorragenden Stelle ausgesprochen worden ist, die preußische Politik suche die Empfindlichkeit der französischen Nation, natürlich so weit es mit der eignen Ehre verträglich ist, zu schonen. Die preußische Regierung fand und findet zu einer solchen Politik Anlaß in der gerechten Würdigung, welche die friedlichen und freundlichen Beziehungen zu einem mächtigen und ebenbürtigen[1]) Nachbarvolke auf die Entwicklung der deutschen Frage ausüben könnten." Aus dieser Rücksicht, erklärte er, sich einer bestimmten Beantwortung der zweiten Frage enthalten zu müssen. Was die erste betreffe, so habe die Regierung bis jetzt keinen Anlaß, anzunehmen, daß ein Vertrag über Luxemburg bereits abgeschlossen sei (große Bewegung im Hause), sie könnte freilich auch das Gegentheil nicht mit Bestimmtheit behaupten, auch nicht wissen, ob der Abschluß vielleicht nahe bevorstehe Die einzigen Thatsachen, welche die Regierung veranlaßt hätten, von der Frage amtlich Kenntniß zu nehmen, seien folgende. Der König der Niederlande habe den Grafen Perponcher befragt, wie Preußen es auffassen würde, wenn Seine Majestät sich der Souveränität über Luxemburg entäußerte. Graf Perponcher habe darauf die Anweisung erhalten, zu antworten, daß Preußen in diesem Augenblick sich zu einer solchen Äußerung nicht berufen fühlte und, wenn dazu genöthigt, jedenfalls sich vorher versichern würde, wie die Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839, wie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, die gerade jetzt in dieser hohen Versammlung ein angemessenes Organ besitze, aufgefaßt würde. (Bravo.) Sodann habe die niederländische Regierung uns ihre guten Dienste behufs unserer Verhandlungen mit Frankreich über Luxemburg angeboten. (Heiterkeit.) Wir haben darauf geantwortet, daß wir nicht in der Lage seien, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen (Bravo, sehr gut), weil solche Ver-

[1]) Bismarck sah in dem Worte einen verbindlichen Ausdruck, französische Schriftsteller aber beinahe eine Insulte.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

handlungen nicht schwebten. „Bei dieser Lage der Dinge, schloß Bismarck, werden Sie von mir nicht verlangen, daß ich, wie es einem Volksvertreter anstehn mag, bestimmte Entschlüsse der Regierung für diesen oder jenen Fall öffentlich ankündige. (Sehr richtig.) Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten beeinträchtigen wird; sie hoffen, solche Rechte auf dem Wege friedlicher Verhandlung schützen und wahren zu können; sie werden sich dieser Hoffnung um so sicherer hingeben dürfen, je mehr das eintrifft, was Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unsere Berathungen das unerschütterliche Vertrauen und den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit und unter seinen Regierungen bethätigen werden."

Der Reichstag nahm diese Erklärung mit lebhafter Zustimmung auf und ging nach einem kurzen Schlußwort des Präsidenten zur Tagesordnung über.

Auffallen könnte in Bismarck's Rede zunächst das Wort, daß keine Verhandlungen über Luxemburg zwischen Preußen und Frankreich schwebten, nach seinen monatelangen Besprechungen mit Benedetti, ja nach dem letzten Gespräche unmittelbar vor dem Beginne der Reichstagssitzung. Auch die französische Regierung gab vierzehn Tage später öffentlich dieselbe Erklärung trotz ebenso zahlreicher Unterredungen zwischen Marquis Moustier und Goltz. Und doch besteht Beides zu Recht, auf Grund der jedem Staatsmann und jedem Diplomaten geläufigen Unterscheidung zwischen einer Unterhandlung in amtlicher Form (Einreichung von Noten, Mittheilung von Depeschen u. s. w.) und der Vorbereitung einer solchen durch vertrauliche Sondirungen vermittelst privater Gespräche oder Correspondenzen zwischen den beiderseitigen Ministern und Gesandten. Wir werden später Anlaß haben, an einer wichtigen Stelle auf diese Unterscheidung zurückzukommen.

Im Übrigen war Bismarck's Wunsch, durch seine Erklärungen die aufgeregte öffentliche Meinung in Deutschland zu beschwichtigen, keineswegs erfüllt. Seine Hörer hielten sich an seine Schlußworte, daß jedes zweifellose Recht Deutschlands geschützt werden sollte, ohne zu beachten, daß die von ihm vorher angeführten Thatsachen den Beweis für die Nichtexistenz solcher Rechte in dieser Frage enthielten. Sie gingen, da Bismarck diesen Schluß nicht ausdrücklich zog, darüber hinweg; denn bei

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ihnen war, wie Bennigsen's Rede vom ersten bis zum letzten Worte darthat, die Zweifellosigkeit des deutschen Rechts die selbstverständliche Voraussetzung. Bei den stürmischen Ausbrächen, womit sie Bennigsen's Vortrag begleitet hatten, mochte Bismarck sich beglückwünschen, in dem ganzen Verlauf der Frage Napoleon gegenüber unerschütterlich bei dem Satze geblieben zu sein: zwar geschehn lassen, aber nicht zustimmen. Welch' ein Aufruhr gegen die preußische Regierung, und damit gegen das ganze Verfassungswerk wäre losgebrochen, wenn Preußen nach dem Wunsch des Königs-Großherzogs den Abtretungsvertrag genehmigt oder gar mitunterzeichnet hätte! Bismarck, der die patriotische Leidenschaft kaum so glühend erwartet hatte, beeilte sich, einige Rücksichtnahme darauf sowohl in Paris als im Haag zur Sprache zu bringen.

Allein er fand wenig Gehör. Beide Regierungen verkannten seine Absicht, allerdings in völlig entgegengesetzter Weise.

In Paris erschien spät Abends am 1. April Graf Goltz bei Moustier, erklärte, daß Bismarck jedes früher gesprochene Wort aufrecht erhalte, schilderte dann die leidenschaftliche Erregung des deutschen Volkes und gab deshalb anheim, die Zeichnung des Vertrags bis nach dem Schlusse der Session des Reichstags, etwa um vierzehn Tage, hinauszuschieben. Da aber brauste bei Moustier auch die französische Leidenschaft und zugleich ein tiefes Mißtrauen gegen Bismarck auf. Der König-Großherzog, rief er, hat durch seinen Sohn dem Kaiser sein königliches Wort gesandt; damit ist der Vertrag perfect auch ohne die diplomatischen Formalitäten; Luxemburg ist seitdem französischer Besitz, und schon morgen geht ein höherer Beamter dahin ab, um die Einrichtung unserer Behörden vorzubereiten. Graf Bismarck, setzte er hinzu, könnte sich nicht beschweren, wenn sein Antrag auf Aufschub bei uns den Verdacht erweckte, daß er uns in eine Lage ohne Ausweg zu verlocken sucht, um uns damit vor Europa zu prostituiren. Es war nicht möglich, grimmiger an das Schwert zu schlagen und den Handschuh auf das Kampffeld zu werfen.

Dagegen hatte im Haag schon das erste Telegramm über die Reichstagsdebatte den König in seine alte Stellung zurückgeworfen. Bismarck sagt, sein König werde sich in der Frage mit Rücksicht auf die Wünsche des Reichstags entscheiden, der Reichstag aber ist heftiger Gegner der Abtretung, die Folgerung

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ist klar: Preußen wird sich der Abtretung widersetzen. Am 2. April erschien eine preußische Depesche: der König sei völlig frei in seinen Entschließungen, jedoch bitte man, daß er einige Rücksicht auf die gereizte Stimmung in Deutschland nehmen möge. Damit war bei König Wilhelm der letzte Zweifel geschwunden. Meine Zusage an Napoleon, meinte er, hatte den Beitritt Preußens zur Bedingung; die Bedingung ist nicht erfüllt, folglich bin ich von meiner Zusage entbunden. Während Bismarck den Großmächten die Frage vorlegte, ob sie in den Verträgen von 1839 ein Hinderniß gegen die Abtretung Luxemburgs an Frankreich sähen, während darauf Lord Stanley sofort dem französischen Botschafter seine persönliche Ansicht dahin aussprach, daß die Abtretung in jeder Hinsicht rechtmäßig sei, erschien gleichzeitig die Erklärung des Königs-Großherzogs, daß wegen der Weigerung Preußens die Abtretung nicht Statt finden würde.

Auf diese Nachricht erreichte begreiflicher Weise in Paris die Erbitterung den höchsten Grad, und richtete ihre Spitze nicht gegen die Furchtsamkeit Hollands, sondern gegen die, wie man meinte, jetzt offenbar gewordene Arglist Preußens. Bismarck, rief Napoleon[1]), hat mich zu dupiren gestrebt, ein Kaiser der Franzosen darf sich nicht dupiren lassen. Die erste Regung war verdoppelte Eile der Rüstungen. Denn bisher war man immer noch weit von aller Kriegsbereitschaft entfernt, und stand doch dicht vor dem Ausbruch des Krieges, da man einstweilen noch fest an dem Satze hielt, die Abtretung sei durch den Brief des Königs-Großherzogs vom 26. März und Napoleon's Antwort darauf unwiderruflich geworden, und danach die Preußen aus Luxemburg hinauszuwerfen. Dazu kamen Tag für Tag weitere Berichte von dem Generalconsulate in Frankfurt, wie Alles in Deutschland zu einer übermächtigen Invasion nach Frankreich vorbereitet werde, wie so eben durch eine Militärconvention mit Darmstadt die ganze hessische Division dem preußischen Heere einverleibt, also auch an dieser Stelle die Mainlinie überschritten worden sei, wie die preußische Regierung in diesem Augenblick große Geldsummen zur Ergänzung ihres Kriegsmaterials flüssig mache, wie nach sicherer Kunde in Berlin die Militärpartei die Oberhand gewinne. Also Alarm auf allen Seiten; es schien unmöglich, ohne Entehrung Frankreichs den Frieden zu bewahren.

[1]) Bei einem Gespräche mit dem Verfasser.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Von den Angaben jener Berichte waren nun die beiden Thatsachen, die hessische Militärconvention und die Ausgabe einer preußischen Anleihe, richtig, waren aber in Wahrheit ohne alle kriegerische Bedeutung. Die Anleihe war, wie wir gesehn haben, von dem Landtag im Sommer 1866 zur Erneuerung des im österreichischen Kriege verbrauchten Materials bewilligt worden; die hessische Convention war eine nothwendige Folge des verzwickten Zustandes, in welchem die Hälfte des kleinen Staates zum norddeutschen Bund gehörte und die andere nicht, und dadurch jede Thätigkeit der Regierung im Militärwesen gestört und unterbunden war. Dagegen war im ganzen norddeutschen Bunde noch nicht von dem kleinsten Schritt zur Mobilmachung die Rede; kein Reservist war einberufen, kein Pferd angekauft, kein Festungswall armirt. Wer nun vollends von dem wachsenden Einfluß einer Berliner Militärpartei redete, kannte weder das preußische Officierscorps jener Zeit noch den alten König Wilhelm. In seiner strengen Pflichttreue handelte der Monarch stets nach genau erwogener Überzeugung, bildete sie sich aber nie, ohne das Urtheil des amtlichen Vertreters des betreffenden Ressorts zu hören. In seiner langen Regierung hat er außer seinen amtlichen Rathgebern nie einen Günstling oder Vertrauten gehabt, dem er einen Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten oder nur Äußerungen darüber verstattet hätte, und am Wenigsten hätte nach seinen Begriffen von militärischer Disciplin auch ein hoher Officier einen solchen Versuch sich erlauben dürfen. Er äußerte einmal, er habe zwei Freunde, von seinen Jugendjahren her, an denen er sehr gehangen, treffliche Männer, die niemals von ihm etwas verlangt hätten[1]). Damals nun, in der Krisis der Luxemburger Frage, waren fast alle seine Generäle, Moltke an ihrer Spitze, eifrig für die Behauptung des Besatzungsrechts, also für den Krieg. Während nur Roon und Steinmetz Bismarck's Friedensstimmung theilten, im Hinblick auf die gewaltige Verstärkung, welche dem deutschen Heere binnen drei Jahren durch die militärischen Organisationen des Nordbundes zuwachsen würden; meinten dagegen die Andern, bei dem jetzigen unfertigen Zustande der französischen Armee würden sie mit der Zündnadel in vierzehn Tagen die französischen Vorderlader auf Paris zurückwerfen, später aber nach Vollendung der französischen Rüstung

[1]) Schneider aus dem Leben Kaiser Wilhelm's I. 123.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und Bewaffnung würde der Kampf unendlich opfervoller sein. Aber keiner von ihnen, auch Moltke nicht, wagte bei dem Könige dieser Ansicht Ausdruck zu geben[1]). Als der Bibliothekar des Königs diesem einmal, am 20. April, erzählte, alle Welt in Berlin rede von dem bevorstehenden Kriege gegen Frankreich, sagte der König sehr ernst: „Ich habe das Wort Krieg noch gegen keinen Menschen ausgesprochen, und selbst meinen eignen Gedanken noch nicht vorgelegt. Bismarck und Roon haben bei allen Verhandlungen über die unangenehme Sache nicht einmal die Möglichkeit eines Kriegs gegen mich erwähnt; und ich habe Roon auch noch nicht gefragt, ob er mit der Herstellung der Fahrzeuge und Ergänzung der im letzten Feldzug verbrauchten Vorräthe fertig ist"[2]). Die preußische Regierung also war so weit wie möglich von kriegerischen Gelüsten entfernt. Die populäre Bewegung aber in Nord- und Süddeutschland schlug immer höhere Wellen, allerdings von verschiedenen Farben. Fort und fort erschienen begeisterte Beschlüsse von nationalgesinnten Volksversammlungen und Kammermajoritäten, daß zur Vertheidigung Luxemburgs alle deutschen Stämme sich unter Preußens Führung schaaren würden. Dagegen erklärten die preußenfeindlichen Parteien, in patriotischer Hoffnung auf preußische Niederlagen, nicht weniger geräuschvoll den Kampf gegen Frankreichs Übergriffe für Preußens heiligste deutsche Pflicht, wobei natürlich die Südstaaten den Bündnißfall bestreiten und neutral bleiben würden. Dieser doppelten Gährung gegenüber beschloß Bismarck, zunächst die erregten Gemüther sich etwas austoben zu lassen und keinesfalls vor dem Schlusse des Reichstags in irgend eine Verhandlung über Luxemburg einzutreten.

Indessen begann doch auch in Paris die ungeduldige Hitze der ersten Aufwallung allmählich nachzulassen. Je stärker man selbst die Empfindlichkeit des französischen Selbstgefühls betont hatte, desto weniger konnte es befremden, wenn auch Bismarck auf die öffentliche Meinung Deutschlands Gewicht legte. Vielleicht war der vorgeschlagene kurze Aufschub doch ehrlich gemeint, um Frankreich Zeit zu gewähren, Hollands Besorgniß wegen preußischer Feindseligkeit zu zerstreuen. Man beschloß also zunächst, sich durch keine Reizung oder Herausforderung fortreißen

[1]) Mittheilung des Feldmarschalls an den Verfasser.
[2]) Schneider l. c. S. 306.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zu lassen, und am 6. April ging ein Schreiben an Benedetti ab, sich bei Bismarck über den Sinn seiner Rede vom 1. zu erkundigen, deren freundliche Worte doch nicht wohl ohne alle praktische Bedeutung sein könnten. Will Preußen zur Befestigung des europäischen Friedens beitragen? Wir haben kein anderes Ziel im Auge, und denken nicht an eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands. Eine unbequeme Interpellation Jules Favre's wurde am 8. April auf den Wink der Regierung nach einer kurzen Erklärung Moustier's, obgleich Thiers diese als ungenügend bezeichnete, in die Bureaux verwiesen und dort begraben. Gleich darauf kam aus Wien, wo Moustier im ersten Eifer eine enge Allianz gegen Preußen mit der Aussicht auf die Erwerbung Schlesiens in Anregung gebracht hatte, die Antwort, daß Österreich eines dauernden Friedens bedürfe, also in ein Kriegsbündniß nicht einzutreten vermöge; zumal in der vorliegenden Sache könne der Souverän von zehn Millionen deutscher Unterthanen unmöglich die Waffen zur Unterstützung einer fremden Annexion deutschen Landes ergreifen[1]). Dies kühlte natürlich die Kampflust weiter ab, und vollends erstickt wurde sie durch das fernere Verhalten des Königs der Niederlande. Dieser, der sich zur Abtretung Luxemburgs nur widerwillig aus Furcht vor Frankreich herbeigelassen, hatte mit wahrer Herzensfreude das Ausbleiben der preußischen Zustimmung als Grund zum Abbruch ergriffen, und dachte nicht daran, den glücklich wiedergewonnenen Boden zu verlassen. Als jener französische Beamte, Herr von Boigne, in Luxemburg erschien, sich der dortigen Regierung als Bevollmächtigter des neuen Landesherrn vorstellte und die Form der künftigen französischen Verwaltung und den Austritt des Landes aus dem deutschen Zollverein ankündigte, da zuckte Baron Tornaco die Achseln, und der Statthalter, Prinz Heinrich, erließ gleich nachher Befehl, überall der französischen Erklärung der erfolgten Abtretung entgegen zu treten und die Autorität des Königs-Großherzogs aufrecht zu erhalten. Ein Freudenruf ging darauf durch die ganze Bevölkerung.

Man erkannte in Paris wohl, daß hier nicht durchzudringen war. Der Gedanke war angenehm gewesen, mit der Erwerbung Luxemburgs einen großen Schritt auf der Straße nach Brüssel vorwärts zu thun: noch einmal ließ man in Berlin durch

[1]) Beust, aus drei Vierteljahrhunderten II, 337.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Benedetti an die alten Bundesvorschläge erinnern, nach welchen Preußen den deutschen Süden erhalten, dafür aber Frankreich bei der Einverleibung Belgiens unterstützen würde[1]). Allein weniger als jemals war jetzt an die Annahme zu denken, und das Pariser Cabinet mußte einstweilen verzichten, wollte man nicht vor Europa, an welches man zu appelliren gedachte, die Rolle des rechtlosen Angreifers auf sich nehmen. Herr von Boigne wurde demnach aus Luxemburg abberufen. Um so entschiedener aber hielt man an dem Begehren fest, die preußische Besatzung aus der Festung Luxemburg zu entfernen, und da dies bei dem König-Großherzog nicht mehr zu erlangen war, sich an die höhere Instanz, die europäischen Großmächte, zu wenden. Am 15. April ging ein Circular nach Petersburg, Wien und London unter stolzer Betheuerung französischer Uneigennützigkeit mit der Frage ab, ob Preußen jetzt noch einen Rechtstitel zur Aufrechthaltung seiner Besatzung in Luxemburg habe. An der Entscheidung dieses Tribunals hatte Moustier keinen Zweifel: dann mochte Preußen sehen, wie es sich mit Europa auseinandersetzte.

Die großen Cabinette hatten nun sehr geringe Neigung, sich mit der dornigen Angelegenheit zu befassen. Der englische Premier, Lord Derby, hatte bereits auf Bismarck's entsprechende Anfrage am 5. April im Oberhause erklärt, die Regierung denke darauf eine Antwort nicht zu ertheilen. Ebenso lehnte jetzt auch Kaiser Alexander von Rußland jede Einmischung ab. Was Österreich betraf, so hatte sich damals zwischen ihm und den Höfen von Berlin und München eine Verhandlung besonderer Art entsponnen. Nach der Veröffentlichung der süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen hatte Beust eine Depesche nach München gerichtet, daß er nicht Protest erheben, aber erklären wolle, daß Österreich zu einem Proteste berechtigt sei, da jene Bündnisse thatsächlich die Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten in einem Grade beschränkten, welcher mit der Bestimmung des Prager Friedens unvereinbar sei. Darauf hatte der bayerische Gesandte in Wien Anfang April erläutert, Bayern könne bei den bloßen Allianzverträgen mit Preußen nicht lange stehn bleiben,

[1]) In die Zeit nach dem Scheitern der Luxemburger Unterhandlung setzt Bismarck in den berühmten Enthüllungen, Juli 1870, diese Mittheilung.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sondern wünsche, den Abschluß eines internationalen Staatenbundes mit Norddeutschland durch die süddeutschen Staaten herbeizuführen[1]), welcher Staatenbund dann dem Wiener Cabinet eine völkerrechtliche Allianz vorschlagen sollte. Beust erwiderte sehr kühl, ein solcher Allianzvorschlag sei für Österreich eine einfache Interessenfrage vom höchsten Range, wo weder Gefühle noch Erinnerungen, sondern nur Österreichs Sicherheit und etwaige Vortheile in Betracht kämen. Also für jede Verbindlichkeit vollste Gegenleistung, gegen jede feindliche Tendenz sehr solide Garantien, dergleichen aber könne ihm freilich nicht Bayern, sondern nur Preußen gewähren. Der Münchener Hof beeilte sich darauf, den Ministerialrath Grafen Tauffkirchen nach Berlin zu senden, um mit Bismarck die Frage einer österreichischen Allianz zu verhandeln. An demselben Tage, an welchem Tauffkirchen sich bei Bismarck meldete, dem 12. April, erschien auch der Vertreter Österreichs bei dem Minister, um ihm dessen gute Dienste in der Luxemburger Sache anzubieten und seine vorläufige Meinung über zwei Vorschläge einzuholen, welche das Wiener Cabinet den Mächten als Vermittlung zu unterbreiten gedenke: entweder bleibt Luxemburg unabhängig unter ewiger von Europa garantirter Neutralität, oder es fällt an Belgien, welches dafür Philippeville und Marienburg an Frankreich abtritt; in jedem der beiden Fälle räumt Preußen die Festung. Bismarck antwortete, daß er Österreichs gute Dienste dankbar annehme, und in dem zweiten Vorschlag eine sehr glückliche Auskunft finde, übrigens die eigne Entschließung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland sich noch vorbehalten müsse. Immer konnte dieser neue Schritt Österreichs als ein Zeichen freundlicher Gesinnung gedeutet werden, und Bismarck gab also ohne Zaudern dem Grafen Tauffkirchen Vollmacht, in Preußens und Bayerns Namen Herrn von Beust zur Sicherung des europäischen Friedens ein Vertheidigungsbündniß anzubieten, worin die deutschen Regierungen dem Donaureiche die Garantie seiner deutschen Besitzungen

[1]) Beust in seiner Depesche an den österreichischen Gesandten in München vom 5. April bezeichnet als Hohenlohe's Absicht, seine Combinationen mit dem Abschluß des Südbundes zu beginnen. Nach Hohenlohe's Erklärungen an die zweite Kammer in München vom 19. Januar und 8. October muß Beust den bayerischen Gesandten mißverstanden haben.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

auf immer, und ſeiner ungariſchen auf eine näher zu verabredende Zeit zuſagten.

Es war, was in früherer Zeit Öſterreich ſtets begehrt und zweimal erhalten, es war zugleich, was Bismarck ſchon auf dem Schlachtfelde bei Königgrätz dem König als erſtrebenswerth bezeichnet hatte. Aber Beuſt's Gedanken lagen jetzt in anderer Richtung. Es war deutlich, daß für Öſterreich die Annahme des eben gebotenen Allianzvertrags thatſächlich auch die Zuſtimmung zu der nähern Verbindung Süddeutſchlands mit dem Nordbunde in ſich ſchließen würde, ſei es nun nach der von Hohenlohe gewünſchten Form eines Staatenbundes, ſei es nach dem Drängen der Unitarier auf einfachen Eintritt des Südens in den Nordbund. Beuſt hätte in dem Einen wie dem Andern eine Schädigung des öſterreichiſchen Intereſſes geſehn. Er wünſchte die bleibende Vereinzelung der ſüddeutſchen Staaten, um allmählich einen jeden derſelben in den Kreis des öſterreichiſchen Einfluſſes zu ziehn, und dadurch zu verhindern, daß Preußen nicht bloß im Norden ſondern auch im Weſten das Donaureich umklammere. Als die beiden Geſandten ihm den Allianz-Antrag vorlegten, bemerkte er: „Ihr ſagt, das Bündniß würde den Frieden Europas ſichern. Angenommen, es wäre ſo, dann würde das jetzt gar nicht bedrohte Öſterreich den Haß Frankreichs auf ſich laden und dadurch von Preußen unbedingt abhängig werden. Aber wäre der Friede dann in der That ſo ſicher? Es wäre denkbar, daß gerade das Wort Coalition Frankreich zum Losbruch reizte. Es wäre kein erfreuliches Schickſal, wenn wir beſiegt würden. Aber wenn wir ſiegten, was gäbe uns Preußen dann? Können wir es darauf ankommen laſſen, daß uns Preußen dann ein Exemplar des Prager Friedensvertrags in die Hand drückte, mit ſchönem Dank für deſſen Vertheidigung?“ [1])

Werther und Taufkirchen bedauerten nach dieſer Rede, daß Beuſt die vorgeſchlagene Allianz ablehne. Beuſt fiel ein, er verwahre ſich beſtimmt dagegen, daß er dies geſagt habe, würdigte auch dann aber die angebotenen Garantien keiner weitern Erwähnung. Er war weit entfernt von dem Gedanken einer preußiſchen Allianz; im Gegentheil, ſo ſehr er zur Zeit den

[1]) Aus Beuſt's Depeſche an Graf Wimpfen in Berlin, 19. April.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Frieden nicht bloß für Österreich, sondern in ganz Europa zu erhalten wünschte, so hoffte er für die Zukunft Preußen zu isoliren, Rußlands Gunst durch ein Anerbieten zu gewinnen, die für dieses so lästigen Bedingungen des Pariser Friedens aus der Welt zu schaffen[1]), und zugleich nach einem französischen Schutzbündniß zu streben, zu welchem dann Napoleon vielleicht auch Italien herbeibringen könnte. In solchem Sinne erzählte er jetzt dem Herzog von Gramont, wie nachdrücklich er Taufkirchen's Mittheilungen abgewiesen habe[2]). „Es gibt Handlungen, habe er dem bayerischen Agenten gesagt, die man im Angesicht Europas sich nicht ohne Entehrung erlauben darf. Vor kaum zehn Monaten hat Napoleon Wien und die Unverletzlichkeit unseres Gebiets gerettet, und heute wagt man uns zu einem Bunde gegen Frankreich aufzufordern? Nie wird Kaiser Franz Joseph sich zu einer solchen Ungeheuerlichkeit herbeilassen; er wird nicht begreifen, wie man ihm eine Zumuthung dieser Art hat stellen können."

So tapfere Freundesworte blieben nicht ohne Einfluß auf Napoleon, der Tag für Tag zwischen Zorn und Resignation auf und nieder schwankte, nach dem Verzichte auf Landerwerb aber mit wachsender Ungeduld der Lösung der Krisis durch die Räumung der Festung entgegen sah. Am 15. April hatte er im Sinne des Friedens diesen Ausweg ergriffen; schon am 17. aber erklärte er, als ihm Österreichs Vermittlungsvorschläge amtlich vorgelegt wurden, ihm sei jede Lösung genehm, nach welcher Preußen die Festung räume; jedoch, setzte er hinzu, die Entscheidung muß rasch erfolgen, denn nicht lange mehr kann ich die Anwesenheit der Preußen in Luxemburg dulden. Die kriegerische Stimmung hatte wieder Oberwasser gewonnen. Nicht eben mit großen Hoffnungen, immer aber mit entschiedenem Wohlgefallen nahm er damals die Anträge zweier Agenten des Königs Georg von Hannover entgegen, die ihm ein Angriffsbündniß mit dem vertriebenen Monarchen gegen Preußen vor-

[1]) Er hatte bereits am 1. Januar 1867 eine Revision dieses Friedens bei Gortschakoff in Anregung gebracht, aber freilich kein Entgegenkommen gefunden, da er nur eine Revision durch einen neuen Vertrag der Großmächte vorgeschlagen, nicht aber die Unterstützung eines einseitigen Vorgehns Rußlands versprochen hatte.

[2]) Rothan 338.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zuschlagen hatten. Sie schilderten ihm die große Militärverschwörung, die ganz Hannover mit ihren Netzen überspannt und Soldaten und Bauern mit brennendem Eifer zum Aufstande erfüllt habe. König Georg habe sich mit den von Preußenhaß erfüllten Demokraten Süddeutschlands verbündet: wenn Napoleon Geld und Waffen zur Verfügung stelle, würden im Augenblick der Kriegserklärung 20000 hannoversche Soldaten nebst ihren Officieren nach Holland übertreten, König Georg selbst sich an ihre Spitze stellen, und als Vortrab der französischen Befreier in Deutschland einrücken. Napoleon's Vertrauen zu diesen Helfern, wie gesagt, war mäßig, immerhin aber waren es erfreuliche Möglichkeiten, die sich hier eröffneten. Als nun Bismarck, unaufhörlich von England gedrängt, am 18. April nach London antwortete, seinerseits wolle er den österreichischen Vorschlägen nicht widersprechen, noch aber sei die öffentliche Meinung in Deutschland nicht beruhigt genug, um ihm eine amtliche Entschließung bereits zu verstatten: da fand es Napoleon angemessen, die scharfe Seite hervorzukehren. Der Kriegsminister, Marschall Niel, rief alle beurlaubten Officiere und Unterofficiere zu ihren Truppentheilen zurück; einige Tage später fand in ganz Frankreich eine Musterung der Reservisten Statt, und eine officiöse Zeitung, der Constitutionel, brachte eine Erklärung, daß die politische Lage bedenklich geworden sei[1]).

Da weder König Wilhelm noch Bismarck vor einer Drohung zurückzuweichen pflegten, so war zum zweiten Male der Krieg in nahe Aussicht gestellt.

Es war Kaiser Alexander von Rußland, welcher jetzt entscheidend zu Gunsten des Friedens eingriff. Auf eine vertrauliche Erkundigung hatte er auch in Berlin günstige Antwort erhalten, und obwohl Anfangs ebenso wenig wie England zur Einmischung geneigt, erklärte er jetzt dem Londoner Hofe, das einzige Mittel, Europa vor einem gewaltigen Kriege zu bewahren, sei ein verbundenes Auftreten der Großmächte. Die neutralen Höfe seien einstimmig darüber, daß mit der Auflösung des deutschen Bundes Preußens Besatzungsrecht in Luxemburg weg-

[1]) Marschall Niel erklärte der Kammer am 16. Juli 1867, Frankreich habe am 1. April 385000, am 15. Mai aber 455000 Mann unter den Fahnen gehabt. Also eine Vermehrung von 70000 Mann, wenn die Zahlen richtig waren.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gefallen sei. Wenn die Mächte dies als Rechtsansicht Europas aussprächen, so müßte die öffentliche Meinung in Deutschland sich dabei beruhigen.

Hienach schlug Rußland eine Conferenz der Großmächte vor, die in London auf der Basis der von Europa zu garantirenden Neutralität Luxemburgs, wonach sich der Abzug der Preußen aus der Festung von selbst ergäbe, zusammentreten sollte. Es war der erste Schritt zum Ausgleich; jedoch war auf dem Wege dorthin noch manches Hinderniß zu überwinden.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

4. Capitel.

Abschluß der norddeutschen Bundesverfassung.

Unmittelbar nach der Beantwortung der Interpellation Bennigsen, am 1. April, trat der Reichstag in die Berathung der einzelnen Verwaltungszweige ein, deren Leitung oder Beaufsichtigung der Bundesgewalt anvertraut werden sollten.

Der erste dieser Abschnitte, Zoll- und Handelswesen, wurde rasch erledigt. Sein Hauptgedanke, Verschmelzung aller Bundesstaaten zu einem festen Zollverein, mit einziger Ausnahme der Hanseſtädte, deren Freihafen-Stellung unberührt bleiben würde, bis sie selbst die Aufhebung beantragten, war nicht bloß populär, sondern erschien selbstverständlich. Auch die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs über Zölle, indirecte Steuern, Competenz des Präsidiums und des Bundesraths auf diesem Gebiete machten keine Schwierigkeit.

Man gelangte sofort zu dem folgenden Abschnitt über das Eisenbahnwesen. Der Entwurf gab hier der Bundesgewalt das Recht, Eisenbahnen zu militärischen Zwecken selbst zu bauen und zu verwalten, überließ dies Recht im Übrigen den Regierungen der Einzelstaaten und behielt dem Bunde nur eine allgemeine Aufsicht, wie Einwirkung auf Gleichheit der Tarife u. s. w. vor. Es erschien eine Reihe von Verbesserungsanträgen, genauere Bestimmungen zur Verhütung administrativer Willkür, über welche ohne Mühe eine Verständigung mit dem Ministerialdirector Delbrück, der hier die Regierungen vertrat, erreicht wurde.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Einen Antrag auf Erweiterung der Bundescompetenz wies Delbrück als im Widerspruch mit dem Bundesvertrag der Regierungen stehend zurück.

Ebenso einmüthig fielen am 2. April die Beschlüsse über das Post- und Telegraphenwesen, welches der Entwurf für das ganze Bundesgebiet unter die Leitung des Präsidiums stellte. Ein Antrag auf gänzliche Aufhebung des Postzwangs und des Postmonopols wurde abgelehnt, alle Artikel des Entwurfes angenommen.

Auch bei dem folgenden Abschnitte über Marine und Consulate erhob sich kein bemerkenswerther Widerspruch. Es entspann sich eine lebhafte Verhandlung über die Nothwendigkeit einer mächtigen deutschen Flotte, welche der Chef des norddeutschen Lloyd, Meier aus Bremen, ebenso nachdrücklich behauptete, wie der Hamburger Chapeaurouge sie bestritt, worauf dann Schleiden eine lange Rede hielt, über die Minister von Roon nachher erklärte, er habe nicht entdecken können, ob der Redner für oder gegen eine Flotte sei. Für die Handelsschiffe sah der Entwurf die schwarz-weiß-rothe Flagge vor; das Haus beschloß, diese Bestimmung auch auf die Kriegsflotte auszudehnen. Franz Dunker widmete darauf dem romantischen Schwarz-roth-gold von 1848 einen wehmüthigen Nachruf, der jedoch ohne Erwiderung oder Folgen blieb. Der Satz des Entwurfs über den Etat der Marine wurde hier gestrichen, als zu dem Abschnitt über Bundesfinanzen gehörig.

So gelangte man am 3. April zu den wichtigen Titeln Kriegswesen und Finanzen, und hier trat an die Stelle der letzten Meeresstille ein von verschiedenen Seiten einherbrausender Sturm, welcher dicht vor dem Hafen das Verfassungsschiff dem Untergange nahe brachte. Die preußischen Liberalen lieferten hier ein großes Nachspiel zu ihrem Kampfe gegen die Heeresreform von 1862 bis 1866. Zum Verständniß des Folgenden wird es zweckmäßig sein, was darüber im zweiten Bande dieses Buches berichtet ist, in Erinnerung zu bringen und zu ergänzen.

Wie wir gesehn, bekämpfte damals die Opposition die neue Heerverfassung zuerst auf dem Felde des Budgets: als sie die Kosten desselben gestrichen hatte, erwartete sie anderweitige Vorschläge oder die Auflösung der neuen Bataillone. Statt dessen verwarf das Herrnhaus ihr ganzes Budget, und die Regierung führte in diesem Nothstande ein budgetloses,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

nach Ansicht der Opposition verfassungswidriges Regiment, bis 1866 die Regierung die Anerkennung ihrer Ausgaben durch den Landtag vermittelst der Annahme ihrer Indemnitätsbill erwirkte.

Zwei andere, während des Kampfes von der Opposition aufgestellte Behauptungen aber blieben 1866 unerledigt, wurden vielmehr von ihr durch neue Beschlüsse bekräftigt. Sie faßten sich in dem Satze zusammen, daß, auch abgesehn von den Kosten, die neue Heerverfassung in Widerspruch mit zwei rechtskräftigen Gesetzen stehe, also nicht durch einseitigen Willensact des Königs, sondern nur unter Zustimmung des Landtags hätte angeordnet werden können.

Schon im Jahre 1860 wurde bemerkt, daß das grundlegende Gesetz vom 3. September 1814 der Kriegsreserve der Linie nur zwei Jahrgänge der ausgedienten Mannschaft, die neue Heerverfassung aber deren 4 oder 5 zuweise, also gegen das Gesetz 2 oder 3 Jahrgänge der Landwehr zu Reservisten der Linie mache. Die Regierung erwiderte, daß die Reservisten erst bei einer Mobilmachung zur Fahne einberufen würden, daß aber auch für die Landwehr gerade nach dem Gesetze vom 3. September die Mobilmachung den Beginn des Kriegsstandes bedeute, in welchem die Regierung freie Verfügung über alle Mannschaftsclassen habe. Daß die Einwendungen der Opposition gegen diese Sätze unhaltbar waren, haben wir oben gesehen.

Bis zum Jahre 1863 hatte niemand einen Zweifel dagegen geäußert, daß, abgesehn von dem Geldpunkte, der König nach dem Gesetze von 1814 freie Hand habe, jeder Zeit die Stärke und die Formation des Heeres zu bestimmen und abzuändern. In jenem Jahre aber glaubte Rudolf Gneist die Entdeckung gemacht zu haben, Friedrich Wilhelm III. selbst habe durch eine in der Gesetzsammlung publicirte Cabinetsordre vom 22. December 1819 die Formation des Linienheeres nach Stärke, Zahl und Gruppirung seiner Truppenkörper gesetzlich festgelegt, so daß also zu ihrer Abänderung ein neues Gesetz, mithin jetzt die Zustimmung des Landtags erforderlich, und bis zu deren Erlangung die Heerverfassung von 1861 verfassungswidrig sei. Gneist fügte dieser Behauptung eine allgemeine Erörterung hinzu, in welcher er mit weitem politischem Blicke und glänzender Beredsamkeit darlegte, wie zu allen Zeiten die gesetzliche Feststellung der Heerverfassung ein Interesse ersten Ranges für Staat und Volk sei,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

um eine ſo wichtige Einrichtung ſowohl gegen miniſterielle als gegen parlamentariſche Willkür zu ſichern.

Gegen die Richtigkeit dieſer allgemeinen Ausführung (de lege ferenda) beſteht heute kein Widerſpruch mehr. Eine andere Frage iſt es, ob ſeine hiſtoriſche Behauptung (de lege lata) damals begründet war.

War die Ordre von 1819 im Sinne des Königs in der That ein Geſetz, alſo jetzt ihre Änderung der Zuſtimmung des Landtags bedürftig? oder war ſie nur eine jeder Zeit allein durch königliches Belieben zu ändernde Verordnung?

Ihre Veröffentlichung durch die Geſetzſammlung liefert keinen Beweis für das erſtere. Denn unter dem abſoluten Königthum nahm man es nicht ſo genau mit der Unterſcheidung von Geſetz und Verordnung. Damals ſind eine Menge Cabinetsordres in die Geſetzſammlung aufgenommen worden, denen heute kein Menſch den Charakter eines Geſetzes beilegen und für ihre Änderung einen Landtagsbeſchluß fordern würde: Ernennung einzelner Perſonen zu gewiſſen Ämtern, Regulirung des innern Dienſtes in einem Miniſterium, kleine Verwaltungsmaaßregeln, wie z. B. Beſtimmung des Paſſirgeldes bei einer gewiſſen Brücke u. ſ. w.

Wollte man nun auch einräumen, die Ordre von 1819 ſei deshalb als Geſetz zu betrachten, weil ſie einige Änderungen eines älteren Geſetzes, der Landwehrordnung von 1815, vorſchreibt, ſo käme man damit in der weſentlichen Frage, der Formation des Linienheeres und deren geſetzlicher Feſtlegung, nicht um einen Schritt weiter. Die Ordre gibt eben eine neue Formation der Landwehr, nicht aber eine ſolche der Linie. Die letztere war durch zwei Ordres aus dem Mai 1817 und dem September 1818 vollſtändig geregelt, beide Ordres aber nicht in die Geſetzſammlung aufgenommen worden — und wenn die Aufnahme den Geſetzcharakter zweifelhaft läßt, ſo iſt nichts ſicherer, als daß die Nichtaufnahme ihn ausſchließt. Der weſentliche Gedanke, welchen die Ordre von 1819 für die Landwehr durchführt, iſt der Satz, daß ihre Infanterie der acht Armeecorps in den Provinzen dieſelbe Zahl der Bataillone, Regimenter und Brigaden mit gleicher Kriegsſtärke haben ſoll, wie ſie die Linie das Jahr zuvor erhalten hat. Offenbar folgt daraus, auch wenn die Ordre als Geſetz zu betrachten wäre, nicht im Mindeſten der Schluß, mit der geſetzlichen Feſtſtellung der Landwehr-Regimenter

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sei auch die Formation der Linientruppen gesetzlich festgelegt. Höchstens ließe sich aus der geforderten Gleichheit beider folgern, es müßte auch künftig mindestens ebenso viele Linien- wie Landwehrbataillone geben, oder umgekehrt, es müßten bei einer Vermehrung der erstern auch die letztern entsprechend vermehrt werden. Nimmermehr aber läßt sich aus der Ordre von 1819 die Nothwendigkeit eines Gesetzes für jede neue Organisation oder jede Vermehrung der Linientruppen ableiten.

Sicher ist 1819 der König selbst nicht dieser Meinung gewesen. Dies steht fest durch die Thatsache, daß er gleich in den beiden folgenden Jahren mehrere Linienregimenter neugeschaffen oder umgestaltet, sowie, daß er der Garde-Landwehr in Abänderung der Ordre von 1819 eine neue Formation gegeben hat, Alles durch Ordres, welche nicht in der Gesetzsammlung publicirt sind, also nur den Charakter von königlichen Verordnungen haben. Friedrich Wilhelm III. ist weit von dem Gedanken entfernt gewesen, daß er seit dem 22. December 1819 nur auf dem Wege der Gesetzgebung an seiner Heerverfassung zu ändern befugt sei.

Jedoch hatte sich in den Jahren des Verfassungsstreits die Opposition zu fest in den einmal ergriffenen Stellungen eingelebt, als daß eine entgegengesetzte Auffassung hätte Boden gewinnen können. Allerdings war in der Beurtheilung dieser Fragen die Opposition nicht gleiches Sinnes. Die radicalen Demokraten blieben fest auf ihrer Behauptung, das Haus der Abgeordneten habe jährlich kraft seines Budgetrechts die Kosten und damit die Stärke der Armee festzustellen. Sie konnten also folgerichtig nicht wie Gneist und Genossen den Erlaß eines Gesetzes wünschen, welches für ihre Budgetabstriche ebenso wie für willkürliche Truppenvermehrung feste Grenzen setzte. Indessen so lange der Verfassungsstreit dauerte, hielten beide Gruppen in dem Widerstande gegen das Ministerium fest zusammen, und eigneten sich einstweilen eine jede die Forderung der andern an. Umgekehrt lehnte das Ministerium, wie die Budgettheorie der Opposition, so auch die Feststellung der Heeresstärke durch ein Gesetz ab, und trat hier für das unbeschränkte königliche Verordnungsrecht ein.

Mit dem Beginne des norddeutschen Bundes aber und der Vorlage des Verfassungsentwurfs änderte sich diese Lage auf das Gründlichste. Jetzt war es die preußische Regierung, welche

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zur Sicherſtellung des Bundesſtaats die geſetzliche Sanction der Heerverfaſſung von 1860 zuerſt bei den verbündeten Regierungen erwirkte und dann bei dem Reichstage in Antrag brachte. Gneiſt und ſeine Freunde ſahn alſo ihr Princip geſetzlicher Feſtſtellung der Heerverfaſſung durch die Regierungen anerkannt: jetzt hatten ſie zu prüfen, ob der Inhalt gerade des ihnen vorgelegten Geſetzes annehmbar erſcheine. Der Entwurf verfügte die Einheit des Bundesheeres, die Befugniſſe des Bundesfeldherrn, den Präſenzſtand, die Gliederung und Eintheilung der Contingente und die Organiſation der Landwehr; er erklärte die Gültigkeit der bisherigen preußiſchen Militärgeſetze und Reglements für ſämmtliche Bundesſtaaten; er ſprach ferner die allgemeine Dienſtpflicht ohne Stellvertretung aus, und zwar ſieben Jahre bei der Linie (davon, wie bei der Verhandlung hinzugeſetzt wurde, drei unter der Fahne, vier bei der Reſerve), fünf Jahre bei der Landwehr. Sodann ſetzte er für die nächſten zehn Jahre die Friedensſtärke des Heeres auf ein Procent der Bevölkerung feſt, und verordnete, daß für die Geſammtkoſten der Heeresverwaltung ein jährlicher Betrag von 225 Thalern für jeden Kopf der Friedensſtärke dem Bundesfeldherrn einzuzahlen, für die Koſten der Marine aber ein Etat mit dem Reichstage zu vereinbaren ſei. Sodann verfügte der Abſchnitt über die Finanzen, die ſonſtigen Ausgaben ſeien auf dem Wege der Bundesgeſetzgebung, und zwar das Ordinarium für drei Jahre feſtzuſtellen. Zu ihrer Beſtreitung würden die Einnahmen aus den Zöllen, den gemeinſamen Steuern, die Erträge der Poſten und der Telegraphen dienen. Wo ſie nicht hinreichen, ſchriebe der Bundesfeldherr Beiträge der Einzelſtaaten nach Maaßgabe ihrer Bevölkerung aus. Über die Verwendung der Einnahmen würde der Bundesfeldherr dem Bundesrathe und dem Reichstage Rechnung ablegen.

Gegen dies ganze Syſtem erhob ſich zunächſt Waldeck im Namen der Fortſchrittspartei, vor Allem zur Errettung des koſtbarſten aller Freiheitsrechte, des Budgetrechtes der Volksvertretung, welches allerdings durch die Vorlage für die Koſten des Heers beſeitigt, für die ſonſtigen Verwaltungszweige in enge Grenzen gebracht war. Ohne ſich auf eine nähere Erörterung einzulaſſen, rief er den Nationalliberalen zu, wer an dieſem Punkte nachgebe, habe den Ruhm der liberalen Geſinnung und damit die Achtung der Nation verwirkt. Dieſer Reichstag ſei gewählt, um eine Verfaſſung zu berathen; wie dürfe er ſich herausnehmen, ein

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Armeegesetz zu beschließen, was ihm hier zugemuthet werde? Und zwar ein Gesetz, welches alle die von der preußischen Volksvertretung fünf Jahre lang mannhaft vertheidigten Forderungen des Volkes, die zweijährige Reservezeit, die Belassung der Landwehr in ihrer historischen Stellung und die Erhaltung der großen Gesetze von 1814 und 1819 mit einem Streiche zerschlage, und über die Formation des Heeres die nackte Anerkennung der gesetzwidrigen Reorganisation enthalten solle. Das solle geschehn von einem Reichstag, dessen nichtpreußische Mitglieder gar keine Kenntniß von diesen ebenso verwickelten wie wichtigen Sachen hätten. Das Alles sei unerhört. Vollends aber der Antrag, die Stärke des Friedensheers für immer auf ein Procent der Bevölkerung und die Kosten auf 225 Thaler für jeden Kopf der Mannschaft zu fixiren, sei gleichbedeutend mit der Vernichtung des Budgetrechts [1]); hier dürfe auch (gegen die Nationalliberalen gewandt) von Compromissen und Vermittlungen keine Rede sein; unerschütterlich, wie das Volk es begehrt, müßte der Reichstag auf seinem Rechte bestehn, alljährlich die Präsenzstärke und die Kosten durch die Festsetzung des Etats zu bestimmen. Wir wollen, schloß er, ein Volksheer, nicht ein stehendes Soldatenheer.

Waldeck's Gesinnungsgenossen brachten in der folgenden, eine Woche lang sich fortsetzenden Verhandlung durchgängig nur nähere Ausführungen zu einzelnen von ihm angeführten Momenten. Waldeck hatte wiederholt erklärt, auch ohne die Bundesverfassung würde der Schutz gegen das Ausland durch preußische Militärconventionen mit den Kleinstaaten vervollständigt werden; die auswärtige Gefahr gebe also keinen Grund, eine volksfeindliche Verfassung anzunehmen. Erweiternd führte darauf Schulze aus, gerade im Gegentheil, wenn inmitten aller Gefahren ein Volk seine Freiheitsrechte hochhalte und schirme, werde es dadurch die Bewunderung der Welt erwerben und jedem feindlichen Nachbar

[1]) Im Verlauf der Debatte erläuterte Wiggers dies ziffermäßig dahin, daß nach Abzug der Ausgabe für Heer und Marine der Reichstag nur noch über eine Million Thlr. budgetmäßig zu verfügen haben werde, setzte freilich hinzu, daß vielleicht die Zölle künftig einige Überschüsse liefern möchten.

Das Budget des deutschen Reichs für 1892/93 stellt sich auf 1200 Mill. Mk., davon 4—500 für die Armee. Wäre der Entwurf von 1867 unverändert geblieben, so hätte der Reichstag immer noch über ein recht stattliches Budget von 7—800 Mill. Mk. zu beschließen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

unbeſieglich erſcheinen. Nochmals entwickelte Bockum-Dolffs ſeine Lehre, daß jeder preußiſche Abgeordnete eidbrüchig werde, wenn er im Reichstage einem Beſchluſſe zuſtimme, welcher in Preußen ein Recht des Abgeordnetenhauſes beſchränke. Franz Duncker erklärte, daß er heute wie früher den Krieg von 1866 für ein frevelhaftes Spiel der preußiſchen Regierung halte, und wenn jetzt die ehemaligen Genoſſen, die Nationalliberalen, unter heuchleriſchen Vorwänden die Sache des Volks und der Freiheit verriethen, ſo könne er das nicht hindern, wohl aber den ſchmählichen Abfall von den einſt heilig gehaltenen Grundſätzen öffentlich verkünden.

Der hitzige Angriff war, wenn nichts Schlimmeres, jedenfalls in hohem Maaße übertrieben. Denn die Nationalliberalen waren durchaus von dem Wunſche beſeelt, dem Reichstag ein ſtarkes Budgetrecht zu bewahren, und den Etat des Kriegsminiſters ebenſo wie den der übrigen Verwaltungszweige ihrer Prüfung zu unterwerfen. Ebenſo, aber nicht weiter. Niemals hatte bisher das preußiſche Abgeordnetenhaus die Befugniß begehrt, die durch Geſetz organiſirten Bezirksregierungen oder Landgerichte gelegentlich zur Hälfte durch Streichung der Geldmittel abzuſchaffen, während die Fortſchrittspartei jetzt die Stärke der Aushebung und damit den ganzen Heerbeſtand jährlich durch den Etat zu beſtimmen begehrte. Eine ſolche Unſicherheit des für die Exiſtenz des Staates wichtigſten Inſtituts verwarf die nationalliberale Partei entſchieden: ſie wollte, wie für Verwaltung, Gericht, Unterricht u. ſ. w., die weſentlichen Grundlagen auch für die Armee geſetzlich feſtſtellen und nur die jährlich wechſelnden Einzelheiten oder ganz neue Anforderungen von den Beſchlüſſen über den Etat abhängig machen. Hier ergab ſich nun die Frage, welche Stücke der Organiſation zu dem weſentlichen Beſtande, welche zu den wechſelnden Einzelheiten gehörten, welche alſo geſetzlich feſtzulegen, welche der Entſcheidung durch den jährlichen Etat zu überlaſſen wären, und wenn man dann zu den geſetzlichen Beſtimmungen ſchritt, in welcher Höhe dieſe bleibenden Laſten ohne Schädigung des nationalen Wohlſtandes bemeſſen werden dürften. In dieſen Beziehungen zeigte ſich nun innerhalb der Partei nicht gerade eine Spaltung, wohl aber eine verſchiedene Stimmungsfarbe, indem die Einen, Forckenbeck, Lasker, Miquel, etwas ſchärfer für die parlamentariſchen Rechte eintraten, die Andern, Bennigſen, Braun, Sybel, Vaerſt, den

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

größern Nachdruck auf eine Verständigung mit den Regierungen legten.

Unter diesen Umständen faßte innerhalb der Partei jene Andeutung Bismarck's (in der ersten allgemeinen Verhandlung) über die Möglichkeit einer Übergangszeit Wurzel und fand bald allgemeine Zustimmung. Auch Forckenbeck und seine Freunde erkannten die Unmöglichkeit, in diesem Augenblick, wo jeder Tag die französische Kriegserklärung bringen konnte, irgendwie den Bestand der vorhandenen Armee in das Ungewisse zu stellen, und damit die Nothwendigkeit, weitere Wünsche einer künftigen Entscheidung aufzubewahren. Wir wollen, sagte Lasker, die Vergangenheit friedlich abschließen, die Gegenwart reichlich ausstatten, die Zukunft nicht compromittiren. Daraus ergab sich die positive Anerkennung der Heeresformation von 1860 als feste Grundlage. Es ist unrichtig, erklärte Lasker, wenn Waldeck behauptet, daß dies außerhalb des von den Wählern uns gegebenen Mandates liege; ich bin von meinen Wählern darüber befragt worden und habe ihnen geantwortet, wenn ich von der Trefflichkeit der Heeresreform überzeugt würde, so würde ich sie anerkennen; nun, schloß er, ich bin überzeugt worden. Forckenbeck führte aus, daß es in der gegebenen Lage unmöglich sei, an dem bestehenden Heerwesen irgend wie zu rütteln; er erkenne also die Reorganisation unbedingt an. Aber die Friedenspräsenz von einem Procent der Bevölkerung und die jährliche Zahlung von 225 Thlr. auf den Kopf der Mannschaft auf immer zu bewilligen, das sei gleichbedeutend mit der Vernichtung des Budgetrechts, wie es der preußische Landtag besitze und wie es für den Reichstag zu bewahren sei. Hienach komme es auf die Bestimmung einer Übergangszeit an, und deren Länge ergebe sich aus folgenden Daten. Drei Jahre seien erforderlich, um in den neuen Provinzen und in den übrigen Bundesstaaten die preußische Heeresorganisation zu verwirklichen; dies dürfe auch nicht zum Gegenstand eines Wahlkampfes für den nächsten Reichstag gemacht werden; erst der darauf folgende zweite sei mit den definitiven Beschlüssen zu betrauen. Demnach beantragte Forckenbeck, die Forderung der Regierungen, ein Procent der Bevölkerung als Friedensstärke des Heeres und die 225 Thlr. für jeden Kopf der Mannschaft als festen jährlichen Kostenbetrag nicht für immer, sondern auf vier Jahre, also bis zum 31. December 1871, zu bewilligen. Von da ab sollten die beiden Sätze, nicht jähr-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

lich durch den Etat, sondern durch ein Bundesgesetz bestimmt werden. Man wende dagegen ein, bemerkte er, was denn werden solle, wenn ein solches Gesetz nicht zu Stande komme; dann würde ja ein Vacuum, und mit ihm die Möglichkeit eines neuen Verfassungsstreites eintreten. Forckenbeck lehnte diese Besorgniß ab. Gesetzlich stehe fest die allgemeine Dienstpflicht, die dreijährige Dienstzeit, die Zahl der Regimenter, die Kriegsstärke der Bataillone: es würde also die Verhandlung über den Etat sich nur innerhalb bestimmter Grenzen bewegen und nie zu einer gefährlichen Zerrüttung der Armee führen können. Auch die mildere Gruppe der Parteigenossen erhob gegen diese Ausführungen keinen principiellen Widerspruch, nur daß die Dauer der Übergangszeit Manchen etwas zu kurz bemessen erschien. Sonst hatten sie das Vertrauen, daß 1871 ebenso wie 1867 der Armee das überwiegende Wohlwollen der Nation und des Reichstags gesichert sein würde, und hofften andrerseits nach Bismarck's früheren Worten, auch bei den Regierungen Eingang für ihre Auffassung zu finden.

Diese Erwartung aber zeigte sich für's Erste trügerisch. Bismarck betheiligte sich an der Verhandlung mit keiner Sylbe, sondern begnügte sich, persönlich gegen ihn gerichtete Angriffe einiger Fortschrittsmänner oder grundlose Behauptungen dänischer Nordschleswiger scharf abzuweisen; in der Sache selbst überließ er die Vertretung des Entwurfs ganz und gar dem Kriegs- und dem Finanzminister, den anwesenden Generalen und den Rednern der conservativen Partei. Und hier fand Forckenbeck's Antrag kaum eine bessere Aufnahme, wenn auch eine größere Beachtung und gründlichere Kritik als die kurz abgefertigten Begehren der kleinen demokratischen Fraction.

Da auch die Forderung der zweijährigen Dienstzeit wieder wie 1861 vorgebracht worden war, erläuterte in klarer, knapper und um so eindringlicherer Weise General von Moltke nach den Erfahrungen des letzten Kriegs den mächtigen Nutzen des bestehenden Systems. „Wir haben, sagte er, 50000 Gefangene gemacht und kaum 3000 Vermißte, die nicht einmal Alle gefangen waren, eingebüßt. Woher kam dieser ungeheuere Unterschied? Ich kann ihn nur der längern Dauer unserer Dienstzeit zuschreiben. Die Österreicher waren ebenso tapfer wie unsere Soldaten. Aber bei schwierigen Verhältnissen, bei Dorf- oder Waldgefechten, lockerte sich die Ordnung; sie wurden schaarenweise

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gefangen. Unsere Leute hielten stets zusammen; das kann nicht einexercirt, das kann nur eingelebt werden.“ Er drang überhaupt auf Festigkeit in den Einrichtungen des Heerwesens; bei der zwölfjährigen Dienstzeit in Linie und Landwehr müsse jede Änderung in der Aushebung zwölf Jahre lang fortwirken; sie könne in einem Jahre tiefer europäischer Friedensruhe beschlossen werden, und ihre Folgen inmitten einer schweren Kriegsgefahr zu Tage treten. Ganz unmöglich sei es, sie von den jährlichen Etatsberathungen schwankender parlamentarischer Majoritäten abhängig zu machen; wolle man sie nicht nach dem Wunsche der Regierung zu einem Stück der Verfassung machen, so daß sie nur in den Formen der Verfassungsänderung herabgesetzt werden könnte, so beantrage er, daß sie fortbestehn solle bis zu ihrer Änderung durch ein Bundesgesetz.

Moltke's Waffenbrüder, die Generale Vogel von Falkenstein und Steinmetz, blieben auch bei diesem parlamentarischen Kampfe nicht unthätig. Sie verlangen von uns Siege, rief Falkenstein, so geben Sie uns auch die hinreichende Zahl tüchtiger Soldaten. Seine Rede sauste auf die Opposition hernieder, wie ein Hagel kräftiger Schwadronshiebe, so daß die Gegner selbst ihre Freude an dem alten und doch so frischen Helden hatten. Steinmetz meinte, ehe er die Rednerbühne bestieg, hier sei es ihm unheimlicher zu Muth als bei dem Kanonendonner von Nachod und Skalitz: um so grimmiger und bissiger aber sprach er, als er oben stand. Die Linke, brummte er, ist mißgünstig gegen die Armee; es sind dieselben Menschen, die 1866 in das Mauseloch krochen, als der König sich zu thun entschloß, was Preußens Ehre von ihm forderte. Andere Mitglieder wollten der Opposition vermittelnd einen Schritt entgegenthun, und auf eine begrenzte Übergangszeit sich einlassen, wenn sie nur länger wäre, als in Forckenbeck's Antrag, etwa sechs oder sieben Jahre. Vergeblich machte der Fürst zu Solms-Lich den weiter gehenden Vorschlag, als bleibendes Recht zu verfügen, daß die Friedensstärke des Heeres nach Ablauf von je sieben Jahren durch ein Bundesgesetz festgestellt werde. Aber er machte damit nicht den geringsten Eindruck im Hause: niemand ahnte, daß diesem Satze die Zukunft gehören würde. Die entscheidende Frage war überall, in wie weit man in militärischen Dingen den künftigen Volksvertretungen Vertrauen schenken könne; wer dies bejahte, stimmte für Forckenbeck, wem es zweifelhaft erschien, für Moltke. Ich

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

freue mich, ſagte der Kriegsminiſter von Roon damals einem nationalliberalen Abgeordneten, über ſo viele freundliche Worte von Ihrer Seite und bin dankbar dafür; aber ſie ſichern uns nicht für die Zukunft: wer ſteht uns dafür ein, daß Ihre Nachfolger im Parlament dieſelbe Geſinnung haben wie Sie, und — ſetzte er hinzu — daß unſre Nachfolger im Miniſterium ebenſo feſte Kniee haben werden wie wir. Als es endlich im Reichstag zur Abſtimmung kam, war das Ergebniß die Annahme des Forckenbeck'ſchen Antrags mit 137 gegen 127 Stimmen.

Der Streit ſetzte ſich in erweitertem Umfange fort, als es zur Behandlung der Geldfrage, der 225 Thlr. im Militärbudget, und dann überhaupt der Bundesfinanzen kam. Hier übernahm von Seiten der Oppoſition Miquel die Führung. Mit einleuchtender Bündigkeit legte er dar, wie vielfache Unklarheit in den Sätzen der Vorlage ſich zeige, wie unerläßlich vor Allem ein jährlicher Voranſchlag der ſämmtlichen Einnahmen und Ausgaben ſei, auf deſſen Grund dann das Etatsgeſetz für das kommende Jahr feſtgeſtellt werde. Denn da die Einzelſtaaten ein etwaiges Deficit des Bundes durch Matricularbeiträge zu decken hätten, werde ohne ein ſolches Verfahren für ſie Alle ihr Staatshaushalt einer völligen Unſicherheit Preis gegeben. Am Schluſſe des Jahrs müſſe dann eine Nachweiſung über alle Einnahmen und Ausgaben dem Reichstag nicht bloß zur Kenntniß, ſondern zur Prüfung und Entlaſtung vorgelegt werden. Weiter forderte er für die Bundesgewalt die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes, directe Steuern zu erheben, Anleihen zu contrahiren, Garantien zu ihren Laſten zu übernehmen. Dringend wiederholte er die früher ausgeſprochene Empfehlung, dem Reichstage nicht durch unbegründetes Mißtrauen das übliche Budgetrecht zu verkümmern, und dadurch bei ihm Mißtrauen und Erbitterung zu erwecken. In Bezug auf die feſte Summe für das Heeresbudget führte er aus, wie raſch trotzdem der parlamentariſche Einfluß auch auf dieſem Gebiete ſich geltend machen würde. Nur zu bald würden die 225 Thlr. nicht mehr genügen; dann würde der Reichstag bei der erſten Mehrforderung die Bedingung ſtellen, zunächſt zu prüfen, ob bei ſparſamerer Wirthſchaft der Betrag ſich nicht in dem bisherigen Budget unterbringen ließe, und damit auch dieſes in den Kreis ſeiner Erörterungen ziehen; ſo habe man es in Hannover und in Naſſau erlebt, dann aber auch erfahren, daß das erzwungene Recht mit

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

geringerer Nachgiebigkeit als ein freiwillig gegebenes ausgeübt worden. Auch hier also beharrte er auf Forckenbeck's Standpunkt, das feste Pauschquantum nur für die Übergangszeit bis Ende 1871 zu genehmigen.

Dagegen ergriff von der conservativen Seite Wagener das Wort. Es sei unerhört, für den wichtigsten Theil des Staatshaushalts ein Provisorium zu verfügen, ohne Angabe des Definitivums, zu dem es hinüber führen solle. Stets rede man von der Pflicht, dem Reichstag dasselbe Budgetrecht zu wahren, dessen sich der preußische Landtag erfreue. Man schließe dabei die Augen vor der Thatsache, daß man die Forderung weit über das preußische Maaß hinaus steigere. Denn in Preußen besitze der Landtag zwar das Recht der Bewilligung der Ausgaben, keineswegs aber jener der Einnahmen, da diese, einmal genehmigt, der Staatscasse unweigerlich weiter zufließen. Mit gutem Grunde erinnerte Wagener daran, von welcher Bedeutung dieser Unterschied für den Verlauf des preußischen Verfassungsstreits gewesen sei. Jetzt aber wolle man auch die Bundeseinnahmen von einer jährlichen Bewilligung des Reichstags abhängig machen: unmöglich könnten die verbündeten Regierungen darauf eingehn. Was insbesondere das Heerwesen betreffe, so käme man damit vollständig auf den englischen Fuß des Meuterei-Gesetzes, auf welchem die ganze Existenz des Heeres jährlich von der Gnade des Parlaments abhängig ist. Dieser Erörterung entsprach dann ein neuer Antrag Moltke's, um der Bundescasse wenigstens ihre Einnahmen für das Heerwesen zu sichern, es sollten bis zum Erlaß eines abändernden Bundesgesetzes die bestehenden Beiträge unverändert forterhoben werden.

Einen besonderen Standpunkt zwischen den Parteien ergriffen die frühern hannoverschen Minister Windthorst und Erxleben. Sie erklärten sich für den Antrag der Regierungen auf dreijährige Budgetperioden, im Übrigen aber für Miquel's Forderungen, nur daß für Heer und Marine die einmal bewilligten Summen nicht verweigert werden dürften. Dann aber wollten sie von der Form des Etatsgesetzes nichts wissen, von dessen Zustandekommen die bindende Kraft aller einzelnen Budgetbeschlüsse nach der preußischen Verfassung abhängt. Statt dessen sollte nach ihrer Meinung die Regel gelten, daß bei einem Streite über die Höhe eines Ansatzes die niedrigste Ziffer angenommen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sei, da ja über die Nothwendigkeit dieses Betrags Übereinstimmung beider Theile vorliege. Hier ist jedoch der Trugschluß offenbar. Wer für einen Zweck einen höhern Betrag für nothwendig hält, kann sehr wohl einen geringern als schädliche Vergeudung erachten und deshalb ablehnen. Eine Übereinstimmung beider Parteien ist dann nur scheinbar, aber nicht wirklich vorhanden.

An Versuchen, zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, fehlte es nicht. Der nationalliberale Bennigsen vereinigte sich mit dem altliberalen Vincke-Olbendorf zu dem Antrage, für die Zeit nach 1871 sei die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich bestehende Heeresorganisation der weitern Vereinbarung des Militärbudgets zu Grunde zu legen. Danach wäre der künftigen Einwirkung des Reichstags auf den Militäretat der Weg zur Specialkritik der einzelnen Posten eröffnet geblieben, nur hätte er die Friedenspräsenz und die Gesammtkosten nicht maaßlos bis zum Umsturz des ganzen bisherigen Systems herabsetzen dürfen. Principiell traten dann Georg Vincke und Gneist übereinstimmend der übermäßigen Ausdehnung des Budgetrechts entgegen. Vincke erklärte, die Bedeutung des Budgetrechts liege nicht in der beliebigen Bewilligung oder Streichung bestehender Einrichtungen, sondern in der Genehmigung neuer Einnahmen und Ausgaben; bei der vorliegenden Frage werde der Kriegsminister bald genug durch neue Forderungen dem Hause Gelegenheit geben, Einfluß auf den Haushalt der Armee zu üben. Die Richtigkeit dieser Auffassung wurde durch Miquel's Behauptung, daß sie eine absolutistische sei, nicht widerlegt, sondern durch seine Mittheilungen aus den frühern Erfahrungen in Nassau und Hannover lediglich bestätigt. In einer ebenso wuchtigen wie glänzenden Rede wies dann Gneist die steten Berufungen der Linken auf das angeblich unbeschränkte Budgetrecht des englischen Unterhauses zurück. Freilich sei es weder durch den König noch durch das Oberhaus beschränkt, um so mehr aber beschränkt durch Gesetze. Vier Fünftel der jährlichen Einnahmen und die Hälfte der Ausgaben seien durch gesetzliche Bestimmungen festgestellt und damit der Willkür des Unterhauses entzogen. Wenn jährlich über den Bestand der Armee abgestimmt werde, so gelte das in England selbst für eine reine Formalität, und was bei einem Söldnerheere etwa möglich werden könnte, wäre bei unserem Landwehrsystem un-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sinnig und verderblich. In jeder Beziehung sei es hier durch das Interesse des Staats und der Bevölkerung geboten, den Bestand des Heeres gesetzlich festzustellen und dadurch gegen die Schwankungen der parlamentarischen Parteien zu sichern: auch dann würde Raum genug zur Kritik einzelner Theile des Militäretats bleiben.

Aber so unläugbar dies Alles war, die herrschende Strömung ließ sich dadurch nicht ablenken. Vergebens wies der sächsische Minister von Friesen darauf hin, daß es sich um die Verfassung nicht eines Einheits-, sondern eines Bundesstaats handle. Hier kämen nicht alle Gebiete der Verwaltung, sondern nur einzelne zur Sprache, an denen nicht gerüttelt werden dürfe, wenn der Bund nicht seine Grundlagen verlieren solle. Als es zur Abstimmung kam, wurde zuerst Forckenbeck's und dann Miquel's Antrag unter Ablehnung sämmtlicher Amendements angenommen. Man hoffte bei der ungewohnten Stärke der Mehrheit, etwas über dreißig Stimmen, auf Nachgiebigkeit der Regierung. Gutes Muthes schritt man zu den letzten Titeln der Verfassung, bei denen allerdings noch wichtige Fragen ihrer Entscheidung warteten.

Ohne weitläufige Verhandlung wurde die Bestimmung des Entwurfs genehmigt, daß politische Verbrechen gegen den Bund ebenso bestraft werden sollten, als wären sie gegen den Einzelstaat, zu dem der Verbrecher gehörte, begangen worden. Als Spruchbehörde in erster und letzter Instanz wurde für Fälle des Hochverraths das Oberappellationsgericht in Lübeck bezeichnet.

Aber um so stärker rührten sich principielle Bedenken gegen den folgenden Artikel, nach welchem Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, so weit sie nicht rein privatrechtlicher Natur und deshalb von den competenten Gerichten zu entscheiden seien, auf Anrufen einer Partei durch den Bundesrath erledigt werden sollten. Verfassungsstreitigkeiten aber in solchen Bundesstaaten, deren Verfassung dafür keine Behörde zur Entscheidung bestimmt, hätte auf Anrufen einer Partei der Bundesrath gütlich auszugleichen, oder wenn das nicht gelinge, auf dem Wege der Bundesgesetzgebung zum Austrage zu bringen. Eine Phalanx berühmter Juristen, Wächter, Zachariä, Reichensperger, Schwarze, Windthorst, erklärten diese Bestimmungen für ungenügend, gefährlich, den heiligsten Rechtsbegriffen zuwider. Hier handle es sich um Urtheile in streitigen Rechtsfragen; das sei nicht Sache des Gesetzgebers, sondern des Richters; so wenig wie der Richter

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Gesetze machen dürfe, so wenig habe der Gesetzgeber Urtheile zu finden. Ein Bundesgericht also sei zur Entscheidung jener Streitigkeiten einzusetzen. Ein Bundesgericht, sagte Reichensperger, sei bereits 1815 von Wilhelm von Humboldt der Schlußstein jeder geordneten Verfassung genannt worden. So finde es sich als Bundesschiedsgericht in den Beschlüssen des alten Bundestags von 1834, so in der Verfassung der Paulskirche, so in der von Preußen vorgeschlagenen Unionsverfassung, so in dem österreichischen Vorschlag von 1863; alle deutschen Regierungen hätten also seine Nothwendigkeit anerkannt. Zachariä beantragte gleich sieben specielle Zuständigkeiten für das künftige Bundesgericht, darunter einen bisher noch nicht zur Sprache gekommenen Punkt, Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den Einzelstaaten; alles Übrige, die Einsetzung, Organisation und Verfahren des Gerichts, solle ein künftiges Bundesgesetz regeln. Mit diesem letzten Satze stimmten auch die übrigen Antragsteller überein, und begehrten für jetzt nur die Erklärung, es solle künftig ein Bundesgericht erschaffen und einstweilen das Lübecker Gericht mit jenen Functionen betraut werden. Diejenigen, bemerkte Windthorst, welche eine Verletzung der Souveränität in einer gerichtlichen Entscheidung über Verfassungsstreitigkeiten sehn wollen, gehn viel zu weit; es hat noch nie der Souveränität geschadet, wenn sie sich dem Rechte gebeugt hat.

In der Generaldiscussion antwortete auf dies Alles nur der preußische Commissar von Savigny. Er erklärte, der Bundesrath werde bei der ihm hier zugedachten Thätigkeit Alles thun, um in jedem Falle ein juristisch unanfechtbares Ereigniß herbeizuführen, nach Umständen also z. B. die Entscheidung einer Austrägelinstanz übertragen. Reichensperger's geschichtliche Darstellung erkannte er als ganz richtig an; nur sei sie durch die ebenfalls unbestreitbare Thatsache zu ergänzen, daß alle jene Entwürfe zu einem Bundesgericht fruchtlos geblieben seien; begreiflich genug, da nicht leicht ein Staat für alle politische Streitigkeiten seinen souveränen Willen ein für alle Male einem Richtercollegium unterzuordnen bereit sein würde. Das Haus drängte unaufhörlich zum Schluß: als dadurch Zachariä sich nicht abhalten ließ, in der Specialdiscussion seinen Antrag ausführlich zu begründen, erwiderte ihm Braun (Wiesbaden), es sei verkehrt, Streitfragen politischer Art nur vom juristischen Standpunkt ohne

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

politische Rücksicht beurtheilen zu wollen; unwillkürlich würden dabei die Juristen zu Politikern, und vor dieser Gefahr wünsche er den trefflichen Lübecker Gerichtshof zu bewahren. Übrigens scheine ihm bei Zachariä's Antrag des Pudels Kern in dem Artikel zu stecken, welcher dem Bundesgericht die Entscheidung über eine streitige Thronfolge überweise; er aber wolle nicht die Hand dazu bieten, daß dann ein Prätendent oder Depossedirter einen letzten Versuch auf diesem Wege mache. Das Haus stimmte zu, schloß die Debatte und nahm unter Verwerfung aller Anträge den Entwurf an.

Der hier sich anschließende letzte Titel der Verfassung bestimmte: Verfassungs-Änderungen erfolgen im Wege der Gesetzgebung, jedoch ist zu denselben im Bundesrathe eine Mehrheit von zwei Dritteln der vertretenen Stimmen erforderlich. Es wurde trotz der Wichtigkeit des Satzes an dieser Stelle im Reichstage kein Wort mehr darüber geredet, da er bei einer frühern Gelegenheit (Artikel 7 des Entwurfs) bereits beschlossen und zugleich, der Logik entsprechend, an den Schluß der Verfassung versetzt worden war. Es war bei den frühern Verhandlungen vornehmlich Miquel's Verdienst, auf die fundamentale Bedeutung einer solchen Vorschrift hingewiesen und, durch Lasker unterstützt, sie in den Text der Verfassung hinein gebracht zu haben. Als ihr Gegner war Zachariä erschienen, der in verschiedenen Anträgen jede Änderung der Verfassung, und insbesondere die Erweiterung der Bundesgesetzgebung über die im 4. Artikel gezogenen Schranken hinaus, von dem einstimmigen Beschlusse aller verbündeten Regierungen abhängig machen wollte. Alle seine Anträge wurden jedoch gegen wenige Stimmen verworfen, und bei weitern Verhandlungen über den Gegenstand zeigte es sich in unwidersprechlicher Weise[1]), daß an dem Regierungstische wie bei der großen Mehrheit der Abgeordneten kein Zweifel über den Sinn des Wortes „Verfassungs-Änderung" bestand, daß vielmehr auf beiden Seiten gerade die Befugniß zu künftiger Erweiterung der Bundes-Competenz gegenüber den Einzelstaaten als die wesentliche Hauptsache betrachtet wurde.

[1]) (Prosch, Abgeordneter von Schwerin) die Competenz des norddeutschen Bundes S. 48 ff. stellt die betreffenden Äußerungen von Bismarck, Savigny, Hofmann Seitens der Regierungen, so wie Miquel's, Lasker's u. s. w. zusammen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Wenn die Gegner einwandten, daß damit ja die Möglichkeit eröffnet würde, durch Zweidrittel-Mehrheit den Bund in einen Einheitsstaat umzugestalten und die Selbständigkeit der Einzelstaaten völlig zu vernichten, so wurde ihnen geantwortet, daß keine Verfassung etwas tauge, wenn man ihre Träger für unvernünftig und gewaltthätig halte, und weiter, daß man bei ihrer Forderung, neu hervortretende nationale Bedürfnisse nur bei einstimmigem Beschlusse aller Regierungen zu befriedigen, wieder auf dem Boden des alten Bundestags anlange, bei dessen unvermeidlicher Unfruchtbarkeit die letzte Rettung ebenso unvermeidlich die Revolution und der Bürgerkrieg gewesen.

Wie gesagt, dies Alles war früher vorgekommen; jetzt wurde die Verhandlung nicht erneuert.

Am 10. April war zum Schlusse ein transitorischer Zusatzartikel zu berathen: die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung durch besondere, dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt werden. Es war noch einmal eine Frage ersten Ranges, die hier zur Entscheidung gestellt wurde, die Frage, in welcher Weise durch die Verbindung von Nord und Süd das hohe Ziel der nationalen Sehnsucht, die deutsche Einheit, erreicht, das deutsche Reich erschaffen werden sollte. Noch einmal trat hier der Charakter der verschiedenen Parteien in helles Licht. Tags zuvor hatte Graf Solms-Laubach die Regierungen interpellirt, ob es nicht möglich sei, den unerträglichen Zuständen des nur zur Hälfte dem Bunde angehörigen Großherzogthums Hessen durch vollständige Aufnahme desselben in den Bund Abhülfe zu schaffen. Bismarck hatte darauf erklärt, daß er eingehend nur dann antworten könne, wenn die Frage amtlich von der Großherzoglichen Regierung gestellt würde; in diesem Falle würde er zunächst mit Österreich sich in ein, hoffentlich zum Ziele führendes Einverständniß setzen, zugleich aber auch in München Erkundigung einziehn, ob die bayerische Politik durch einen solchen Vorgang gefördert oder gekreuzt würde; für jetzt komme Alles auf die Wünsche der hessischen Regierung an. Es war deutlich, daß er solche Wünsche gerne unterstützen würde, zugleich aber zeigte die Rede sehr bestimmt, daß bei einer Erweiterung des Bundesgebiets noch andere Factoren außer dem Bundesrath und dem Reichstag zu berücksichtigen wären. Davon aber wollten keineswegs alle Parteien Notiz nehmen. Die

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

demokratische Linke beantragte: allen ehemaligen deutschen Bundesländern, so weit sie die Bedingungen dieser Verfassung zu erfüllen gewillt sind, steht der Eintritt in den Bund jeder Zeit frei; ein Bundesgesetz bestimmt dann die etwa nöthig werdenden Änderungen der Bundesverfassung. Noch schärfer trat dem Regierungsentwurf der Antrag einer kleinen Fraction, in der sich die Ultramontanen mit holstein'schen und hannover'schen Particularisten zusammen fanden, entgegen: der Eintritt in den Bund steht jedem süddeutschen Staate frei, der sich der Verfassung unterordnet; besonderer Verträge bedarf es nicht. Auf der anderen Seite begehrten Miquel und Lasker Namens der nationalliberalen Partei einen Zusatz zu dem Regierungsentwurf: der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums auf dem Wege der Bundesgesetzgebung — wobei die Meinung war, der Krone Preußen die Wahl des richtigen Zeitpunkts für den Vorschlag zu überlassen; wenn er aber gekommen sei, bei einem so erfreulichen Ereigniß die nöthig werdenden Verfassungsänderungen mit einfacher Mehrheit auch des Bundesraths zu beschließen. Denn es herrschte überall die Ansicht, daß bei dem Eintritt der Süddeutschen eine Verstärkung der preußischen Stimmen im Bundesrathe unumgänglich sein würde. Der Abgeordnete Bebel zog daraus sogar den Schluß, daß Bismarck den Eintritt der Süddeutschen gar nicht wolle, weil er größere Staaten wie Bayern und Würtemberg unmöglich mit solcher Allmacht würde beherrschen können, wie die norddeutschen Kleinstaaten, deren Fürsten nach dieser Verfassung nur noch Präfecten eines despotischen Militärstaates seien. Er bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß er nicht zu den Socialisten aus Lassalle's Schule, sondern zur radical-demokratischen Volkspartei gehöre. In einer meisterhaften Rede widerlegte ihn Miquel, Preußen habe die Kleinstaaten mit der höchsten, ja mit übertriebener Billigkeit behandelt; der Staat, der zuerst in Deutschland sich zur religiösen Toleranz bekannt, der die Befreiung der Bauern durchgeführt, die Städteordnung geschaffen, das Joch des ersten Napoleon gebrochen, der sei kein bloßer Militärstaat, sondern ein großer Träger der nationalen Cultur. In einer wunderbaren Gruppe, rief er, stehn unsere Gegner uns gegenüber: die Demokraten, die sich in bodenlosen Träumereien republikanischer Utopien ergehn, die Ultramontanen, deren Vaterland nirgend wo als in

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Rom iſt, die Vertreter der abgeſtorbenen Souveränität einzelner Fürſten, diejenigen, die nichts kennen als die kleinen Staaten, in denen ſie gelebt und geherrſcht haben, die noch nicht gelernt haben, an das große deutſche Vaterland zu denken. Hieran knüpfte er dann die Erörterung des eignen Antrags, die preußiſche Regierung, die allein den richtigen Zeitpunkt nach der europäiſchen Lage zu erkennen vermöge, nicht zu drängen, aber beſtimmter als es im Entwurf geſchehe, jedem Widerſacher unſerer nationalen Entwicklung zu erklären, daß es ſich hier um eine innere deutſche Angelegenheit handle, in welche einzureden keine fremde Macht das Recht beſäße. In gleichem Sinne ſprach Weber (Stade), der zugleich auf Luxemburg zurückgriff und deſſen untrennbare Zugehörigkeit zu Deutſchland mit lebhaftem Nachdruck behauptete, und ebenſo Lasker und Vincke, welche ſonſt in dieſem Reichstag nicht leicht ſich auf demſelben Wege zuſammen fanden. Vincke führte mit ätzender Schärfe den Particulariſten zu Gemüthe, daß ihr ſcheinbar ſo unitariſch gedachter Antrag nur die Folge haben könne, (ich darf, ſchaltete er ein, nach parlamentariſcher Ordnung nicht ſagen, aus der Abſicht entſprungen iſt), der nationalen Sache Verlegenheiten zu bereiten. Er legte dies ſo einleuchtend dar, daß der Antragſteller ſich beeilte, ſeinen Vorſchlag zu Gunſten des demokratiſchen zurückzuziehn. Bismarck nahm darauf das Wort zur Erklärung, daß die Tendenz des Antrags Miquel-Lasker den Wünſchen und Beſtrebungen der verbündeten Regierungen nicht widerſpreche, beſonders weil es dem Präſidium, oder was richtiger wäre, dem Bundesrath, die Initiative für die Aufnahme der Süddeutſchen in den Bund vorbehalte. Übrigens bleibe er auch hier auf dem Standpunkt, einer Verhandlung mit Öſterreich und den ſüddeutſchen Staaten nicht vorgreifen zu wollen.

Mit großer Majorität nahm darauf das Haus den Zuſatzantrag Miquel-Lasker an und ſchloß damit die zweite Leſung der Verfaſſung, über deren Ergebniß jetzt vor dem Eintritt des Hauſes in die dritte die verbündeten Regierungen Entſchluß zu faſſen hatten.

Über den Verlauf ihrer Berathungen ſind wir nicht näher unterrichtet. Das Ergebniß theilte Bismarck am 15. April dem Reichstag mit. Etwa vierzig Abänderungen des Entwurfs ſeien in der zweiten Leſung vom Hauſe beſchloſſen worden. In mehreren hätten die Regierungen entſchiedene Verbeſſerungen an-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

erkannt; bei andern sei ihnen die Zustimmung schwer geworden; sie würde jedoch nach dem bei ihnen herrschenden Geiste der Vermittlung dennoch erfolgen, wenn es gelänge, über zwei Punkte, in deren jetziger Fassung die Regierungen ein Hinderniß gegen das Zustandekommen der Vereinbarung erblickten, eine Verständigung zu erzielen, die Frage über die Bewilligung von Diäten, und die Sicherstellung der Heereseinrichtungen.

Damit war der Kreis, in dem sich die Verhandlungen des Hauses zu bewegen hätten, genau bezeichnet. Freilich war an sonstigen Amendements über allerlei Artikel nach deutscher Weise kein Mangel, so verschwindend klein auch die Möglichkeit war, jetzt noch gegen das Einverständniß der Regierungen und der Mehrheit aufzukommen. Das zeigte sich im ganzen Verlauf der Berathung. Alles Interesse sammelte sich auf die Abstimmung über die beiden noch streitigen Punkte; sonst wollte man weder von schönen Reden noch von gutgemeinten Änderungen etwas wissen. Wie im Sturme wurden die ersten 31 Artikel der Verfassung angenommen. Artikel 32 enthielt die früher beschlossene Bewilligung von Diäten an die Mitglieder des Reichstags. Hier entspann sich eine längere Debatte über einen Antrag der Conservativen, an die Stelle dieses Artikels die Worte zu setzen: die Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehn. Neue Beweisgründe für oder gegen kamen in den Reden nicht vor; die Parteien hatten ihre feste Stellung; nur die Nationalliberalen spalteten sich. Ich ‚bin, sagte Lasker, so entschieden für das allgemeine gleiche Wahlrecht, daß es mir unmöglich ist, für eine Beschränkung desselben bei der passiven Wählbarkeit zu stimmen. Dagegen erklärte Bennigsen: ich habe mich zu meinem großen Bedauern überzeugen müssen, daß die Regierungen fest entschlossen sind, bei diesem Punkte nicht nachzugeben; so will ich die Verantwortung nicht auf mich nehmen, wegen einer solchen Frage das Verfassungswerk zum Scheitern zu bringen. Die Mehrheit war eben so gestimmt. Mit 178 gegen 90 Stimmen wurde der Bezug von Besoldungen oder Entschädigungen den Mitgliedern des Reichstags als solchen untersagt.

Bismarck's Hoffnung, auf diesem Wege den besitzenden und steuerzahlenden Classen den gebührenden Einfluß im Reichstag trotz des allgemeinen Stimmrechts zu sichern, beruhte auf dem Gedanken, daß der wirkliche Bezug von Geldentschädigung fortan

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

für Abgeordnete eine im Gesetz verbotene Bestechung bilden würde, und den Verlust des Mandats, allerdings nicht durch Urtheil des bürgerlichen Gerichts, wohl aber durch Beschluß des Reichstags selbst nach sich ziehn müsse.

Wie man weiß, hat sich Bismarck in diesen Erwartungen getäuscht. Es hat nicht an Abgeordneten gefehlt, welche Entschädigungen bezogen haben, niemals aber hat der Reichstag seine Disciplinargewalt auf die Ahndung dieser Verletzung der Verfassung ausdehnen wollen.

Nachdem dann noch in Einem Zuge die Artikel 33 bis 59 angenommen worden, beschloß die Mehrheit auf Bennigsen's Antrag die Vertagung der Berathung über Armee und Finanzen auf den folgenden Tag. Es waren Verhandlungen über eine mögliche Vermittlung im Gange, welche noch nicht zum Abschlusse geführt hatten. Es handelte sich, nach den sonstigen Zugeständnissen der Regierungen, nur noch um die Frage über die Stärke der Friedenspräsenz von einem Procent der Bevölkerung und die Bewilligung von jährlich 225 Thlrn. für jeden Kopf der Mannschaft nach Ablauf der von Forckenbeck durchgesetzten Übergangszeit am 31. December 1871. Nach den Beschlüssen der zweiten Lesung sollte dann die Friedensstärke durch ein Bundesgesetz festgestellt werden, und die Frage entstand, was soll geschehen, wenn ein solches Gesetz nicht zu Stande kommt. Darauf antwortete die conservative Partei jetzt wie früher: die bisherige Friedensstärke soll fortdauern, bis ein Gesetz sie abändert; die liberale Seite aber begehrte: nach 1871 wird die Friedensstärke durch die Bewilligung ihrer Kosten im Etatsgesetz normirt, ganz wie es bisher nach preußischem Budgetrecht geschehn. Und wie, erklärten darauf die Gegner, wenn das Etatsgesetz nicht zu Stande kommt, erleben wir dann nicht im Reiche eine Wiederholung des preußischen Verfassungsstreits von 1862?

Es war, soweit wir sehn, das Verdienst Bennigsen's, daß hier ein Mittelweg gefunden wurde. Wir erinnern uns der Erörterung Wagener's, daß wenn die Liberalen sich auf das preußische Budgetrecht beriefen, in diesem zwar die Ausgaben, nicht aber die Einnahmen von der Bewilligung des Landtags abhängig waren, während dem Reichstag durch die letzten Beschlüsse beide Rechte gleichmäßig zugewiesen wurden. Bennigsen beschloß, auch in diesem der Regierung vortheilhaften Punkte das preußische Budgetrecht wenigstens für die Kosten der Armee

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

in die Bundesverfaſſung aufzunehmen. Sodann wiederholte er einen ſchon früher vergeblich geſtellten Antrag, nach 1871 ſollten die Ausgaben für das Heer nach deſſen geſetzlich beſtehender Organiſation bemeſſen, dann alſo nicht mehr willkürlich durch Abſtriche im Budget verringert werden. Es gelang ihm, ſowohl die Nationalliberalen wie die Freiconſervativen für dieſe Conceſſionen zu gewinnen, ſo daß er ſie am 16. April gemeinſchaftlich mit dem Herzog von Ujeſt als einen von 114 Mitgliedern unterſtützten Antrag in das Haus bringen konnte. Das Entſcheidende aber war, daß noch am Abend des 15. April auch die Regierungen zu dem Entſchluſſe kamen, zwar das Mögliche zu thun, um die oben erwähnten conſervativen Anträge durchzuſetzen, wenn ſich dies aber nicht erreichen ließe, ſich mit dem Antrage Ujeſt-Bennigſen zu begnügen. Es war dies auch kein Geheimniß mehr, als am 16. April die Verhandlung begann. Das Haus ließ, ſo zu ſagen, einige Reden ſich noch gefallen, aber weder Vincke's Energie, noch Lasker's Schärfe, noch Schulze's Pathos vermochten die allgemeine Unruhe und Ungeduld zu beherrſchen. Bismarck bat wiederholt in dringendem Tone um die Annahme der durch zwei Grafen Stolberg eingebrachten conſervativen Anträge, damit nicht im letzten Augenblick das Schickſal der ganzen Verfaſſung in Frage geſtellt würde. Als ihm aber Graf Bethuſy-Huc erklärte, er wünſche für Ujeſt zu ſtimmen, werde aber zu Stolberg übertreten, wenn Bismarck ausdrücklich ausſpreche, daß der Antrag Bennigſen-Ujeſt für die Regierungen unannehmbar ſei: da entgegnete Bismarck, dazu habe er keine Vollmacht; würde der Antrag Ujeſt angenommen, ſo würde der Bundesrath darüber die Entſcheidung der Souveräne einholen. Damit ſchwand der letzte Zweifel. Die Anträge Stolberg wurden abgelehnt, und darauf der Antrag Ujeſt-Bennigſen mit 202 gegen 80 Stimmen angenommen. In der Mehrheit befanden ſich außer den Antragſtellern drei Viertel der Conſervativen, darunter Prinz Friedrich Carl und Bismarck's Vertrauter Wagener (Neuſtettin), ſo wie Vincke mit den Altliberalen. Miniſter von Roon fehlte. Bismarck ſelbſt hielt auch hier an der einmal angenommenen Haltung feſt und befand ſich mit einem kleinen Häuflein conſervativer Genoſſen in der ſonſt durch Demokraten, Ultramontanen, Particulariſten, Polen und Dänen gebildeten Minderheit.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Die weitern Artikel gingen, hier und da von kurzen Bemerkungen begleitet, ohne Schwierigkeit durch, und Simson konnte die Vollendung des großen Werkes erklären.

Am 17. April verkündete darauf Bismarck die Annahme der Verfassung durch die norddeutschen Regierungen, und verlas eine Botschaft König Wilhelm's, welche den Reichstag zum feierlichen Schlusse seiner Sitzung in das königliche Schloß entbot.

Die Thronrede sprach die Anerkennung des patriotischen Sinnes aus, welcher die Arbeiten des Reichstags geleitet habe, so wie der allseitigen Opferwilligkeit, in welcher Regierungen und Volksvertretung das gemeinsame Ziel erreicht und auf festem Grunde ein die Zukunft sicherndes Verfassungswerk aufgerichtet haben.

„In diesem allseitigen Entgegenkommen," fuhr der König fort, „in der Ausgleichung und Überwindung der Gegensätze, ist zugleich die Bürgschaft für die weitere fruchtbringende Entwicklung des Bundes gewonnen, mit dessen Abschluß auch die Hoffnungen, welche uns mit unsern Brüdern in Süddeutschland gemeinsam sind, ihrer Erfüllung näher gerückt werden. Die Zeit ist herbei gekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist. Das nationale Selbstbewußtsein, welches im Reichstag zu erhebendem Ausdruck gelangt ist, hat in allen Gauen des deutschen Vaterlandes kräftigen Wiederhall gefunden. Nicht minder aber ist ganz Deutschland in seinen Regierungen und in seinem Volke darüber einig, daß die wieder gewonnene nationale Macht vor Allem ihre Bedeutung in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens zu bewähren hat."

Die königlichen Worte wurden weithin durch Deutschland und Europa vernommen. Sie sprachen mit unverkennbarem Nachdruck den Willen aus, mit Jedermann im Frieden zu leben, Deutschlands weitere Entwicklung sich ruhig vollziehn zu lassen, aber schlechterdings keinen Eingriff des Auslandes in unser nationales Leben zu gestatten.

Was die Bundesverfassung betrifft, so fand Bismarck's kräftiges Wort vom 10. März vollständige Erfüllung. Wie ausdrücklich auch der preußische und der Mecklenburger Landtag sich das Recht der Bestätigung oder der Verwerfung vorbehalten hatten: keiner der 22 Landtage wagte es, die Anerkennung zu versagen. Fortan gab es kraft des Inhalts dieser Verfassung

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und insbesondere kraft ihres Artikels 78 wieder eine gemeinsame Obrigkeit über alle Staaten des Bundes, mochte sie auch noch so bedeutende Stücke der politischen Befugnisse den Einzelstaaten für jetzt überlassen haben. Allerdings streiten noch heute die gelehrten Juristen, ob das Werk des 17. April 1867 ein Staat im prägnanten Sinne, oder ein Bundesstaat oder ein Staatenbund nach den von der Wissenschaft angeblich festgestellten Schulbegriffen ist, ob die angeblich untheilbare Souveränität in ihm dem Kaiser oder dem Bundesrath oder nach Vertragsrecht den verbündeten Fürsten angehört. Das politische Leben der Nation hat sich nicht viel darob gekümmert. Die Verfassung hat sich bald ein Menschenalter hindurch weit genug gezeigt, um sowohl eine fruchtbare Entwicklung der particularen Eigenthümlichkeiten als der constitutionellen Volksrechte zuzulassen. Weder ein preußischer noch ein monarchischer Eigenwille hat den einen oder den andern Eintrag gethan. Auf der andern Seite hat sich die Bundes-Centralgewalt, selbst nach ihrer starken Beschränkung durch die Verträge von 1871, in Bismarck's Händen stark genug bewiesen, die gesammte Nation zu einem deutschen Reiche fest zusammen zu fassen, und ihr eine gesicherte und ruhmreiche Stellung unter den Völkern der Erde zu verschaffen. Wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringen, ob sie uns stets vor schweren eignen Fehlern und vor feindlicher Übermacht bewahren wird. Aber wie dem auch sei, schon jetzt hat eine völlig ausreichende Erfahrung dargethan, daß die Arbeiter von 1867 ein Werk geschaffen haben, dessen weitere Entwicklung, nach König Wilhelm's Worten, wir mit Vertrauen der Zukunft überlassen können Stat mole sua.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

5. Capitel.

Verhältniß zum Auslande.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes war abgeschlossen, und die preußische Regierung hatte freiere Hand für die auswärtigen Beziehungen. Zwar hatte die bedenkliche Luxemburger Sache noch am letzten Tage des Reichstags die Gemüther wiederum erregt und Bismarck gezeigt, wie gefährlich für seine nationale Politik ein ungünstiger Ausgang werden konnte. So erwünscht ihm also der russische Vorschlag einer europäischen Conferenz auch kam, so erklärte er doch am 26. April dem englischen Botschafter, Lord Loftus, daß eine Conferenz ihm ganz genehm sei, daß er sich aber dem deutschen Nationalgefühl anbequemen müsse, und daß über dessen Entschließungen noch keine sichere Erfahrung vorliege. So sei es ihm zur Zeit unmöglich, eine bestimmte Basis für die Verhandlungen der Conferenz anzunehmen (Rußland hatte als solche, wie wir sahn, die Räumung der Festung und die Neutralisation des Landes unter europäischer Garantie vorgeschlagen), oder im Voraus sich zur Unterwerfung unter die Beschlüsse der Conferenz zu verpflichten. Immerhin sei es möglich, daß Preußen im Verlaufe der Conferenz den Großmächten oder der holländischen Regierung etwas einräume, was es vorher nicht versprechen und am Wenigsten einer drohenden französischen Forderung zugestehn könne. Auf der andern Seite erklärte Marquis Moustier dem Lord Cowley, Frankreich genehmige die Conferenz und die russische Basis, bemerkte aber dazu, wie er sagte privatim und vertraulich, Alles unter der Voraussetzung, daß die preußische Besatzung aus Luxemburg abziehe. Lord

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Stanley, der hierauf schon mehrmals in Berlin gedrungen hatte, war über Bismarck's Zurückhaltung sehr verdrießlich. Wozu eine Conferenz? rief er, ehe sich Preußen über die Festung ausgesprochen, ehe die beiden Parteien ihre Unterwerfung unter die Conferenzbeschlüsse zugesagt haben. Indessen ebneten sich die Wellen, als man in Berlin erfuhr, daß Frankreich mit der europäischen Garantie für Luxemburgs Neutralität einverstanden sei; dann, meinte Bismarck, könne Preußen die Räumung der Festung bewilligen. Nur möge England, schrieb er am 27. April nach London, die Berufung der Conferenz beeilen, damit nicht durch das Anwachsen der französischen Rüstungen Preußen zu entsprechender Gegenrüstung genöthigt werde. Die Wirkung dieser Worte erschien auf der Stelle in Paris, wo man doch mit schweren Sorgen in den Kampf eingetreten wäre. Der Moniteur rechtfertigte am 30. April die bisherigen militärischen Maaßregeln[1]), erklärte aber zugleich, die Kriegsgefahr sei vorüber.

Jetzt fügte sich denn auch Lord Stanley. Zwar er selbst wollte die ihm widerwärtige Conferenz nicht veranlassen, er forderte aber den König der Niederlande auf, die Einladung als Landesherr des streitigen Gebiets an die Mächte auf den 7. Mai zu versenden. In Luxemburg war auf diese Kunde die Aufregung groß. Alles war einstimmig in dem Wunsche, unabhängig zu bleiben, und zahlreiche Adressen brachten an den König die Bitte, in diesem Sinne auf der Conferenz zu wirken. Zugleich ging aber auch eine Deputation der Stadt Luxemburg nach London, um dort die Schmälerung ihres Nahrungsstandes durch den Abzug der schlimmen Preußen zu beklagen und eine Entschädigung dafür bei der Conferenz zu erflehn.

Sobald die Berufung der Conferenz feststand, meldeten sich eine Menge Bewerber, in diesen Rath der Großmächte aufgenommen zu werden: Dänemark, Portugal, Italien, Spanien, Belgien[2]). Ernstlich konnte dabei nur von Belgien, dem Nachbar-

[1]) Nach Rothan, Luxemburg S. 386 die Verdopplung der Truppenstärke im Lager von Chalons, die Bewaffnung der Festungen, Pferdekäufe in Ungarn, Italien, der Schweiz, Vereinigung eines „immensen" Artillerieparks in Metz, Sendung von Kanonenbooten nach Straßburg, Einziehung der Reserven von 1864 und 1865, Nichtentlassung der Mannschaften von 1860.

[2]) Rothan S. 368.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

lande, und dann von Italien nach deſſen politiſcher Bedeutung die Rede ſein. Weder Frankreich noch Preußen erhoben Widerſpruch, und die beiden Regierungen erhielten darauf die erſehnte Einladung[1]).

So ſchien Alles vereinbart und im Grunde die Conferenz nur berufen zu ſein, die Siegel der Geſandten auf die fertige Urkunde zu drücken. Da kam noch in den letzten Tagen eine unvermuthete Schwierigkeit von engliſcher Seite. Lord Stanley, ſahn wir, hatte von Anfang an den Wunſch gehabt, Preußen ohne Weiteres vor der franzöſiſchen Kriegsdrohung aus Luxemburg weichen zu ſehn, hatte dann unluſtig genug dem ruſſiſchen Antrag auf Berufung der Conferenz und deren Baſis im Allgemeinen zugeſtimmt, hatte aber nicht die geringſte Neigung, England mit der dort vorgeſchlagenen Garantie für Luxemburgs künftige Neutralität zu belaſten. So ſandte er am 3. Mai, um, wie er ſagte, die Arbeit der Conferenz abzukürzen, einen Vertragsentwurf an die Mächte, der allerdings das Verdienſt hatte, durch den erſten Artikel den Abzug der Preußen und die Schleifung der Feſtung zu beſtimmen, und durch einen folgenden dem Großherzog die Abtretung der Stadt an eine andere Macht zu verbieten und damit die franzöſiſche Annexion zu verhindern, ſonſt aber weder von der Neutralität des Landes noch von deren europäiſcher Garantie ein Wort ſagte. Bismarck antwortete umgehend, daß Neutralität und Garantie an die Spitze des Vertrags gehörten, als die unerläßliche Vorausſetzung, unter der Preußen die Räumung der Feſtung bewilligen könne; Rußland und Öſterreich ſeien damit einverſtanden, und er glaube, daß dieſelbe Forderung auch in Paris erhoben werden würde. In der That erklärte Mouſtier, wenn er nicht beſtimmten Widerſpruch gegen den Entwurf erheben wolle, ſo ſei er doch überzeugt, daß Preußen ſich dabei nicht beruhigen werde; denn ohne die Sicherung der Neutralität blieben immer noch Durchmärſche fremder Truppen möglich. Offenbar hatte Frankreich an der Garantirung der Neutralität daſſelbe Intereſſe wie Preußen. Lord Stanley trat gegenüber dieſem Zuſammenwirken der beiden Parteien verdrießlich einen Schritt zurück und legte am 6. Mai

[1]) Woher Rothan die Notiz hat, Bismarck hätte Italien lieber ausgeſchloſſen, weiß ich nicht. Auf die erſte Anfrage darüber hat der Miniſter umgehend zugeſtimmt.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

den Höfen telegraphisch einen neuen Entwurf vor, dessen erster Artikel die Fortdauer der oranischen Herrschaft in Luxemburg feststellte, während der zweite die ewige Neutralität des Landes aussprach, die europäische Garantie aber auf die Erklärung zusammengeschrumpft war, daß die Mächte den Grundsatz dieser Neutralität zu respectiren versprachen. Es war die Formel, welche einst bei der Neutralisation der jonischen Inseln den Beifall der Mächte gefunden hatte, und nach diesem Vorgang, wie Lord Stanley hoffte, auch für Luxemburg genügen würde. Aber diese angenehme Täuschung zerrann ihm gleich am folgenden Tage, wenige Stunden vor der Eröffnung der Conferenz.

Am Morgen des 7. Mai erhielt er ein Schreiben des preußischen Botschafters, Grafen Bernstorff, er sei zu der Erklärung angewiesen, daß die bloße Verheißung der Mächte, ihrerseits die Neutralität Luxemburgs zu respectiren, nicht ausreiche, um Preußen die Räumung des Platzes zu ermöglichen; er dürfe sich an den Verhandlungen der Conferenz nicht eher betheiligen, als bis der wichtigste Punkt der von allen andern Mächten angenommenen russischen Basis, der wirksame Schutz der Neutralität durch die europäische Garantie, auch von England anerkannt sei. Da war denn die Noth des Lord Stanley groß. Auf der einen Seite ein heftiger Sturm im Unterhause, wenn er Englands bewaffnetes Einschreiten gegen eine Verletzung der Luxemburger Neutralität zusage: denn in der That, nachdem Lord Palmerston England in so viele auswärtige Händel nicht immer mit glänzendem Erfolge verwickelt hatte, wollte dort kein Mensch von irgend einer Einmischung in fremde Streitigkeiten etwas wissen. Auf der andern Seite aber, wenn er das Versprechen weigerte, so war die Folge der Ausbruch eines großen europäischen Kriegs, schwere Schädigung der britischen Handelsinteressen und ein Schrei der Entrüstung im ganzen Welttheil, daß Englands Eigensinn all dieses Elend verursacht habe. Niemals, sagte Stanley nachher im Unterhause, habe er eine so peinliche Unterhandlung durchgemacht. In dieser schweren Stunde erschien ihm als rettender Engel der russische Botschafter, der uns aus der Londoner Conferenz von 1864 bekannte Baron Brunnow. Er brachte den vermittelnden Vorschlag, nicht jede einzelne Macht solle für sich die Garantie übernehmen, sondern eine gemeinsame oder collective Garantie möge festgesetzt werden. Hienach würde bei einem Streitfalle zunächst ein Gesammtbeschluß

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der Mächte zu erfolgen haben, ob eine Verletzung wirklich vorliege, und welche Maaßregeln dagegen zu ergreifen seien. Bei einem solchen Verfahren würde dann auch wohl das Unterhaus sich beruhigen. Dies leuchtete dem englischen Minister ein; er stellte wenigstens die Möglichkeit einer Verständigung auf diesem Wege in Aussicht. Bernstorff telegraphirte darauf nach Berlin; Bismarck gab zustimmende Draht-Antwort, und so konnte endlich das große Werk beginnen.

Nachdem Lord Stanley einmüthig zum Vorsitzenden der Conferenz ernannt, und die üblichen Förmlichkeiten erledigt worden waren, legte Stanley seinen letzten Vertragsentwurf zur Berathung vor. Sofort erklärte Graf Bernstorff, daß darin die europäische Garantie für die Neutralität Luxemburgs fehle, und alle übrigen Vertreter stimmten ihm zu, sie bilde einen wesentlichen Theil der allgemein angenommenen Basis der Conferenz. Stanley meinte darauf, Luxemburg stehe bereits seit dem Vertrage von 1839 unter einer europäischen Garantie. Allerdings, erwiderte ihm Bernstorff, ist der Besitz des Landes dem König-Großherzog durch Europa gewährleistet, keineswegs aber dessen Neutralität, was einen wesentlichen Unterschied zwischen dieser und der damals Belgien ertheilten Garantie ausmacht. Man beschloß dann die Berathung der einzelnen Artikel des Entwurfs. Bei Artikel 1, „der König-Großherzog erhält die Bande, welche Luxemburg an das Haus Oranien-Nassau knüpfen, die hohen Contrahenten nehmen Act von dieser Erklärung", meldeten zu allgemeiner Verwunderung die Bevollmächtigten Hollands und Luxemburgs an, daß sie darüber vor der Beschlußnahme erst nach Hause berichten müßten. Zu dem 2. Artikel, welcher die künftige Neutralität Luxemburgs festsetzte, beantragte dann Bernstorff den Zusatz: „dies Princip ist und bleibt unter den Schutz einer collectiven oder gemeinsamen Garantie der Unterzeichner dieses Vertrags gestellt". Alle andern Botschafter traten ihm bei. Stanley sagte, er zöge den ursprünglichen Text ohne den Zusatz vor, wolle aber darüber an das Cabinet berichten, und hoffe in der nächsten Sitzung dessen Entschließung mittheilen zu können. Bei den folgenden Artikeln, die Räumung und Schleifung der Festung Luxemburg betreffend, erklärte wieder der holländische Vertreter, Baron Bentinck, so wie der Luxemburger Baron Tornaco, ohne Instruction zu sein, was ihnen eine scharfe Mißbilligung von russischer und französischer Seite zuzog. Im

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

4. Artikel war der Termin für den Abzug der preußischen Besatzung offen gelassen, und Bernstorff versprach, darüber so schnell wie möglich die Ansicht seiner Regierung einzuholen.

In der zweiten Sitzung am 9. Mai brachte Lord Stanley die Zustimmung des englischen Cabinets zu Bernstorff's Antrag, und damit das entscheidende Wort für den Abschluß des ganzen Vertrags. Was noch weiter erörtert wurde, waren Einzelheiten ohne politische Bedeutung. Baron Brunnow, gut und milde wie 1864, betonte den Verlust, welchen die Luxemburger Bürger durch den Abzug der preußischen Besatzung erlitten; als dann aber Tornaco beantragte, die hohen Contrahenten, welche den Abzug im europäischen Interesse verfügten, möchten dafür der Stadt eine Entschädigung zahlen, wurde er einstimmig abgewiesen und erlitt gleich darauf dasselbe Schicksal, als er die Mächte mit ähnlicher Begründung anging, die schweren Kosten für die Schleifung der Festungswerke nicht dem armen Lande aufzubürden, sondern aus der eignen Tasche zu bezahlen. Später hat sich dann auch gezeigt, daß die Stadt zwar durch das Aufhören der Garnison einigen Schaden erlitten, dafür aber durch den Ankauf des Bodens, auf dem die niedergerissenen Werke gestanden, mehrere Millionen gewonnen hatte. Wichtiger war dagegen die Zustimmung der Conferenz zu einer Erklärung Tornaco's, daß die Neutralität des Landes dessen Freiheit zum Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen in keiner Weise beschränke. Luxemburg blieb also Mitglied des deutschen Zollvereins.

Eine dritte Sitzung am 10. Mai war ziemlich inhaltsleer, in der vierten am 11. aber kam man zum Abschluß, da Preußen sich mit einer Fassung des 4. Artikels einverstanden erklärte, daß der Abzug seiner Truppen aus Luxemburg gleich nach der Ratification des Vertrags beginnen, und die Fortschaffung der Geschütze und sonstigen Materials so rasch wie möglich vollendet werden sollte. Der Vertrag wurde dann paraphirt und zwei Tage später, jedoch mit Beibehaltung des Datums vom 11. Mai, unterzeichnet, und am 31. die Ratificationen ausgetauscht. Da unmittelbar nachher der Abmarsch der preußischen Truppen erfolgte, war die Krisis, welche mehrere Monate lang den Frieden Europas bedroht hatte, glücklich beseitigt.

Ein widerwärtiges Nachspiel ergab sich noch im englischen Parlament, als dort der Vertrag durch die Regierung vorgelegt

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

wurde. In ſeiner breiten und polternden Weiſe rügte im Unterhauſe der radicale Labouchere, daß die Regierung hier das große Princip der Nichteinmiſchung verlaſſen und ohne vorausgegangene Zuſtimmung des Parlaments eine Garantie auf ſich genommen hätte, welche England möglicher Weiſe wegen einer fremden Sache in einen koſtſpieligen Krieg verwicklen könnte. Je populärer eine ſolche Auffaſſung damals war, deſto mehr bemühte ſich Lord Stanley, die Bedeutung der „collectiven" Garantie als höchſt geringfügig darzuſtellen. Sie gebe England, war ſein Wort, gegen einen Verletzer der Neutralität ein formelles Recht zu kriegeriſchem Einſchreiten; von einer juriſtiſchen Verpflichtung dazu aber könne keine Rede ſein, höchſtens an eine moraliſche oder Ehrenpflicht könne man denken. Alſo nur eine „beſchränkte Haftbarkeit" habe England auf ſich genommen. Noch ärger verlief die Sophiſtik im Oberhauſe. Der Premierminiſter Lord Derby führte höchſt unbefangen aus, der Vertrag verpflichte die Unterzeichner zu einer gemeinſamen Garantie der Luxemburger Neutralität gegen jede Störung durch einen Dritten; wenn aber einer der Unterzeichner ſelbſt durch Verletzung Luxemburgs den Vertrag breche, ſo ſei nach allgemeiner Rechtsregel der Vertrag hinfällig, und die übrigen Contrahenten an denſelben nicht mehr gebunden. Es war vergebens, daß Lord Houghton und einige andere Lords der Oppoſition mit energiſchem Zorne auf die Unwürdigkeit dieſer Spiegelfechterei hinwieſen, aus der Entſtehungsgeſchichte des Vertrags, aus der ruſſiſchen Baſis, der Bismarck'ſchen Forderung, dem Antrag Bernſtorff die allgemein zugeſtandene Bedeutung der collectiven Garantie darlegten: wenn Lord Stanley dieſe mit dem jetzt ausgeſprochenen Hintergedanken angenommen hätte, ſo wäre der ganze Vertrag eine unerhörte Myſtification der preußiſchen Regierung geweſen. Gerade die Verhütung ſolcher Fälle, in welchen nach dieſer Mißdeutung der Vertrag leer und nichtig ſein ſollte, die Verletzung Luxemburgs durch einen der jetzigen Contrahenten, ſei nach aller Welt Überzeugung der eigentliche Zweck des Vertrags: wer denn ſonſt außer den Großmächten werde oder könne Luxemburg verletzen? etwa der Kaiſer von China oder der Sultan von Marokko? Es war aber Alles vergebens. Lord Derby beharrte auf ſeiner Erklärung, und einige miniſterielle Redner prieſen die bewundernswerthe Geſchicklichkeit, welche Lord Stanley bei dieſer Unterhandlung bewährt hätte.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Eine ſolche ſervile Beugung des Rechts unter eine populäre Strömung war nicht ſchön, that ſonſt aber keinen Schaden, da glücklicher Weiſe niemand mehr daran dachte, Luxemburgs Neutralität anzutaſten. Trauriger verlief ein anderes Ereigniß, welches mit der von der Conferenz behandelten Frage in engem Zuſammenhange ſtand. In Hannover war durch die Ausſicht auf einen preußiſch-franzöſiſchen Krieg die Aufregung der complottirenden Officiere groß geweſen. Sie erzählten den Soldaten und Bauern die glänzendſten Mährchen, wie gleich nach dem Ausbruch des Kriegs König Georg in Holland erſcheinen, alle Getreuen um ſich ſammeln, und dann, durch franzöſiſche Heerſchaaren unterſtützt, die Preußen aus dem Lande jagen und das Welfenreich in alter Herrlichkeit wiederherſtellen würde. Eine anſehnliche Zahl junger Burſche ließ ſich verlocken und wartete nun mit Ungeduld auf den Ruf des Königs, nach Holland überzutreten. In Hietzing hoffte man, wenn der Sturm erſt losginge, würde man auf 20000 Auswanderer rechnen, und ſomit dem Kaiſer ein ganz anſehnliches Hülfscorps zuführen können, für welches man einſtweilen rothe Uniformen und Chaſſepotgewehre in Beſtellung gab. Indeſſen wuchs in Hannover die Spannung; die Officiere meldeten, die Leute ſeien nicht lange mehr zurück zu halten, und auch das Geheimniß vor den preußiſchen Behörden auf die Dauer nicht zu bewahren. Einige Officiere kamen nach Paris, um ſich über den Stand der Sache zu erkundigen, und erhielten von dem politiſchen Agenten des Königs, Regierungsrath Meding, die Verſicherung, daß der Ausbruch des Kriegs ganz nahe ſei. Nach ihrer Rückkehr, Ende April, fragten ſie telegraphiſch an, ob die politiſche Situation noch dieſelbe ſei, und Meding war ſo ſchlecht unterrichtet oder ſo unachtſam, daß er bejahend antwortete, obgleich, wie wir ſahn, damals die Conferenz und der Friede ſchon ſo gut wie geſichert war. Darauf gaben in Hannover die Führer der Verſchwörung das Signal, und in den erſten Tagen des Mai traten ungefähr 700 waffenfähige Mannſchaften über die Grenze und ſammelten ſich in Arnheim als eine welfiſche Legion[1]). Acht Tage ſpäter war in London der europäiſche Friede geſchloſſen,

[1]) So erzählt den Verlauf Meding ſelbſt, Memoiren III, 190. Die Legion verſtärkte ſich nach einigen Wochen durch zahlreiche Flüchtlinge, als die preußiſche Polizei die Conſpiration entdeckt hatte.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und nun war in Hietzing der Schrecken groß, wie bei den beschränkten Geldmitteln des Königs die armen Menschen, die man so leichtfertig aus ihren heimischen Verhältnissen herausgerissen hatte, vor dem Hungertode zu bewahren seien. In Holland war, bei den kräftigen Protesten der preußischen Regierung, ihres Bleibens nicht lange; man führte sie zunächst in die Schweiz, und als auch hier der preußische Gesandte vorstellig wurde, im Januar 1868 nach Frankreich. Hier wurden sie als politische Flüchtlinge gastlich aufgenommen. Die Regierung internirte sie weit von den Grenzen hinweg, gestattete, daß sie in kleine Trupps nach althannoverschen Regimentern vertheilt und in verschiedene Ortschaften gewiesen wurden, wo sie unter ihren Officieren täglich, aber ohne Waffen exercirten; man sah durch die Finger, wenn bei dem Mangel wirklicher Disciplin und dem wachsenden Müßiggang der Leute häufige Unordnungen vorkamen. Es lag auf der Hand, daß die Sache kein anderes Ende haben konnte, als den Untergang der verführten Männer im tiefsten Elend: es dauerte aber noch geraume Zeit, bis König Georg sich von dem Bilde seiner welfischen Legion zu trennen vermochte.

Mit dem Vertrage vom 11. Mai war also die Gefahr eines großen Krieges abgewandt, und für den Augenblick der Friede in Europa gesichert. Nur im äußersten Südosten des Welttheils glomm seit einem Jahre ein kleines Feuerchen, unbedeutend an sich, aber nicht unbedenklich bei der Nähe größerer Brandstoffe. Die Christen der Insel Kreta hatten sich gegen die türkische Herrschaft empört, leisteten in ihren Bergen den Truppen der Pforte zähen Widerstand und wurden darin durch griechische Unterstützung, Waffensendungen und Freischaaren wirksam unterstützt, zu lebhaftem Verdrusse Österreichs und Englands, aber beschirmt durch die kräftige Sympathie der russischen Regierung. Preußen vermied einstweilen jede Äußerung: der Orient, sagte Bismarck, liegt uns so fern, die Berichte unseres Gesandten in Constantinopel lese ich gar nicht. Endlich Frankreichs Haltung in dieser Frage wurde hier wie überall durch den Widerwillen gegen Preußen bestimmt, leider aber wurden gerade dadurch in diesem Falle die Entschließungen unangenehm erschwert. Marquis Moustier, persönlich ein warmer Gönner der Pforte, und zugleich auf ein wirksames Bündniß mit Österreich gegen Preußen bedacht, wäre also sehr gerne den griechischen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und russischen Umtrieben entgegengetreten. Allein nicht weniger lebhaft war sein weiterer Wunsch, dem lästigen Preußen die russische Freundschaft und etwaige Bundeshülfe zu entziehn, und wenn irgend möglich die Sympathien des Petersburger Cabinets für Paris zu erobern. So machte er abwechselnd eine freundliche Verbeugung nach der einen und nach der andern Seite, wobei er es freilich nicht wohl vermeiden konnte, wenn er den Einen anlächelte, den Andern auf die Füße zu treten.

Erzielte auf diesem Gebiete also die französische Politik einstweilen keine Ergebnisse, so fraß sich um so heißer der Zorn und Groll über die in Luxemburg erlittene Niederlage in die Herzen ein. Marquis Moustier erklärte zwar der Volksvertretung mit prunkenden Worten, die Regierung habe, weit von jedem Eigennutz entfernt, zur Sicherung der französischen Grenze den Abzug der Preußen aus der Festung von Europa gefordert und durch einstimmigen Spruch der Mächte erlangt. Aber die Versammlung nahm diese Siegesbotschaft mit eisiger Kälte auf: alle Welt wußte, daß die Regierung die Annexion des Ländchens erstrebt hatte; das Streben wurde im Grunde von ganz Frankreich gebilligt, sein Mißlingen aber als eine Schmach für den französischen Namen und als Beweis für die Unfähigkeit der Regierung verurtheilt. Daß der Urheber des Unheils kein Anderer als Bismarck wäre, verstand sich bereits von selbst. Wer damals in Paris wahrheitgemäß erzählt hätte, daß Bismarck, um Preußens freundliche Gesinnung zu bethätigen und Frankreichs Aufregung über Sadowa zu beschwichtigen, ernstlich die Cession Luxemburgs zugelassen hätte, wäre verhöhnt und vielleicht mißhandelt worden. Obgleich Bismarck im August 1866 und im Winter auf 1867 mit Benedetti nie ein Versprechen ausgetauscht, immer aber sehr bestimmte Möglichkeiten besprochen hatte, gab es keinen französischen Diplomaten, der ihn nicht wegen seines Verfahrens in der Luxemburger Sache eines schnöden Wortbruchs beschuldigt hätte. Überhaupt fehlte ihnen für die Natur des gewaltigen Mannes, für die seltne Verbindung furchtlosen Voranschreitens mit kühler Berechnung und beherrschender Einsicht jedes Verständniß. Wo er ruhig erschien, dachten sie an verborgene Arglist, wo er kräftig hervortrat, an leidenschaftlichen Jähzorn. Daß er von den Gefühlen der deutschen Nation redete, die er schonen müßte, ebenso wie Napoleon die der französischen, machte vollends keinen Eindruck. Wir kennen eine

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

badiſche, heſſiſche, ſächſiſche Nation, hatte einſt Thiers geſagt, und wollen nicht dulden, daß ſie zu einer deutſchen unter Preußens Führung verbunden werden. Bismarck aber, davon war man überzeugt, wolle dieſe Einigung von Deutſchland, habe ſie von jeher für ſeinen Lebenszweck erklärt, und werde ſo bald wie möglich trotz des Widerſpruchs der Mächte die Ausführung beginnen. Da nun ſowohl Frankreich als Öſterreich zur Zeit mit einer Neugeſtaltung ihres Heerweſens beſchäftigt, alſo zu einem bewaffneten Einſchreiten nicht befähigt waren, ſo beſchloß man in Paris, einſtweilen den jetzigen Status quo ſich gefallen zu laſſen, unter dem Vorbehalt, jedes weitere Vordringen Preußens über die Mainlinie hinüber als Kriegsfall anzuſehn und danach, wenn möglich, zu verfahren. Was man vor wenigen Monaten den Kammern im Gelbbuche über die Rechte der Südſtaaten und den Inhalt des Prager Friedens erklärt hatte, war bei der jetzigen Stimmung vergeſſen. Die neue Lesart lautete dahin, Preußen habe ſich durch den Prager Frieden ſowohl dem Pariſer als dem Wiener Hofe verpflichtet, daß die Unabhängigkeit der ſüddeutſchen Staaten erhalten bleibe; die beiden Höfe ſeien alſo berechtigt, jede Änderung dieſes Verhältniſſes mit den Waffen in der Hand zu verhindern.

Da noch oft von dem Prager Frieden in dieſem Sinne die Rede ſein wird, erſcheint es zweckmäßig, den betreffenden vierten Artikel hier uns noch einmal zu vergegenwärtigen.

Nachdem darin Öſterreich die Auflöſung des bisherigen deutſchen Bundes anerkannt und einer Neugeſtaltung deſſelben ohne ſeine Betheiligung zugeſtimmt hat, heißt es weiter: ebenſo verſpricht Seine Majeſtät der Kaiſer von Öſterreich das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches Seine Majeſtät der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt ſich damit einverſtanden, daß die ſüdlich von dieſer Linie gelegenen deutſchen Staaten in einen Verein zuſammentreten, deſſen nationale Verbindung mit dem norddeutſchen Bunde der nähern Verſtändigung zwiſchen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale unabhängige Exiſtenz haben wird.

Zunächſt iſt es unwiderſprechlich, daß dieſe Beſtimmungen den ſüddeutſchen Staaten, die bei dem Vertrage nicht mitgewirkt hatten, ſchlechthin keine Verpflichtung auferlegen konnten. Auch die beiden Großmächte haben nach dem deutlichen Wortlaut des

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Artikels sich nicht zugesagt, die Gründung eines Südbundes zu veranlassen; sie haben nur die negative Pflicht übernommen, eine solche Gründung nicht zu hindern. Die Südstaaten behielten hierin völlige Freiheit. Wenn sie sich in der angegebenen Weise vereinten, so blieb es dem Gutdünken ihres Bundes überlassen, in irgend eine nationale Verbindung mit dem Nordbund zu treten, ohne dadurch die internationale Unabhängigkeit dem Auslande gegenüber einzubüßen. Wenn sie dagegen die Erschaffung eines Südbundes unterließen, so war der darauf bezügliche Satz des Prager Friedens überhaupt wie nicht mehr vorhanden, und es war rechtlich unmöglich, daraus für die einzelnen Südstaaten Rechte oder Pflichten abzuleiten, z. B. einem derselben oder allen den einfachen Eintritt in den Nordbund zu verbieten. Denn mit der Auflösung des alten deutschen Bundes hatte jeder von ihnen volle Souveränität und folglich auch freies Verfügungsrecht darüber gewonnen.

Aber Preußen: war es durch den Vertrag nicht verpflichtet, den Eintritt süddeutscher Staaten in den Nordbund abzulehnen? Hierüber gab es auch in Deutschland verschiedene Ansichten. Die badische Regierung zog den einfachen Schluß, da mit dem Wegfall des Südbundes die betreffende Clausel über denselben bedeutungslos werde, sei sie auch für Preußen nichtig, und dieses zu jedem Vertrage mit jedem süddeutschen Staate berechtigt. Daneben aber machte sich eine strengere Auffassung geltend. Der Prager Friede stellte ohne Zweifel die Verpflichtung Preußens fest, die Bildung eines Südbundes nicht zu hindern, und da hiegegen die Aufnahme eines Südstaats in den Nordbund das denkbar größte Hinderniß gewesen wäre, so müsse Preußen einen solchen Antrag ablehnen, so lange noch die Möglichkeit des Südbundes gegeben wäre. Diese aber verschwinde, sobald sämmtliche Südstaaten den Eintritt in den Nordbund begehrten, und damit wäre dann auch für Preußen jede Beschränkung durch den Prager Artikel weggefallen. In diesem Sinne erklärte die bayerische Regierung, eine gemeinsame Verhandlung der Südstaaten über Bundesbeziehungen mit dem Norden sei statthaft, die eines einzelnen süddeutschen Staates aber durch den Prager Frieden ausgeschlossen. Europa gegenüber war es nun von entscheidender Wichtigkeit, daß auch die preußische Regierung sich zu dieser strengeren Auffassung bekannte, einen einzelnen süddeutschen Staat nicht ohne Österreichs

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Zustimmung in den Nordbund aufnehmen wollte, bei einem gemeinsamen Vorgehn aller Süddeutschen aber niemand mehr das geringste Recht zu einem Proteste dagegen zuerkannte.

Ebenso wenig wie Österreich besaß Frankreich ein solches Recht. Allerdings hatte Napoleon als Friedensvermittler in dem Programm vom 14. Juli die von den kämpfenden Parteien nachher angenommene Clausel über den Südbund zuerst aufgestellt. Aber auch hier hieß es nicht: die Südstaaten sollen einen Bund bilden — sondern: ils seront libres u. s. w. Was aber vollends dem französischen Herrscher jedes Recht zur Einmischung entzog, war der Umstand, daß er, wie wir sahn, seine Vertreter in Nikolsburg angewiesen hatte, nicht weiter als Vermittler aufzutreten und die Verträge nicht mit den Übrigen zu unterzeichnen. Offenbar gab es, nachdem er sich an dem Abschluß der Verträge nicht betheiligt hatte, für ihn keinen Rechtstitel mehr, die Ausführung derselben zu überwachen oder als Anwalt der Vertragstreue gegen eine angebliche Verletzung aufzutreten [1]).

Endlich aber, selbst angenommen, es gelte, was der Artikel über den Südbund bestimmte, nach der Beseitigung des Bundes ebenso für die einzelnen Südstaaten, so bot auch dann, was von Preußen bisher geschehn, keinen Anlaß zu einer Beschwerde über Vertragsbruch. Der Südbund sollte berechtigt sein, sich mit dem Norden über eine nationale Verbindung zu verständigen: nun, man sollte denken, der erste und dringendste Schritt zu einer solchen Verbindung sei die Abrede einer gemeinsamen Vertheidigung gegen jede von Außen drohende Gefahr. Beust's Einrede, daß hiedurch die in Prag stipulirte Unabhängigkeit des Südens zu stark leide, ist um so unverständiger, als einerseits in der Sache jedes Kriegsbündniß ohne feste Einheit des Oberbefehls seinen Zweck verfehlt, und andrerseits der Friedensvertrag den Grad der erlaubten Abhängigkeit nicht einem Urtheil der Großmächte, sondern der freien Verständigung der beiden Bünde anheimstellt. In noch höherem Maaße gilt dasselbe von der Einladung, welche Preußen Ende Mai an die Südstaaten zu einer kräftigern Neugestaltung des Zollvereins erließ. Wer könnte bestreiten, daß bei der damaligen Lage die Reform des Zollvereins eins

[1]) Dies hat auch Rothan ausdrücklich anerkannt.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der elementaren Bedürfnisse jeder nationalen Verbindung auf deutschem Boden war?

Wir werden sehn, daß Bismarck's weiteres Verhalten in der deutschen Sache nach jeder Seite hin genau dem eben dargelegten Inhalt des Prager Friedens entsprach: keine Zulassung eines süddeutschen Staates in den norddeutschen Bund, so lange sie nicht sämmtlich die Aufnahme begehrten, keine nationale Verbindung mit den einzelnen Südstaaten, welche nicht auch dem Südbunde nach dem Prager Frieden erlaubt gewesen wäre, in jedem Falle aber absolute Zurückweisung jedes Versuchs eines Dritten, welcher den Prager Frieden nicht mitunterzeichnet hatte, in die Ausführung desselben einzugreifen.

Allerdings folgte damals die französische Regierung einer grundverschiedenen Auffassung. Als wenn in der Prager Urkunde kein Wort von einer nationalen Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland stände, hatte sie sich, den eignen Wünschen entsprechend, in die Vorstellung eingelebt, daß der Prager Friede kurzweg jeden Einfluß und jede Herrschaft Preußens im Süden des Mains verbiete. Graf Beust, den man doch für einen sachverständigen Mann halten mußte, that das Mögliche, die französischen Staatsmänner in diesem Irrthum zu bestärken. So erschienen dort die August-Bündnisse und die Einladung zum Zollverein als eben so viele Verletzungen des Prager Friedens, und da die deutsche Geographie den Parisern nicht besonders geläufig war, wußten sie nicht, daß Mainz ebenso wie Frankfurt nördlich vom Maine liegt, und sahn auch in der dortigen preußischen Besatzung eine arge Überschreitung der Mainlinie. Man muß Preußen lehren, hieß es, die Verträge zu achten.

Indessen schwamm Paris, während dieser Sorgen seiner Staatsmänner, in Glanz und Jubel vermöge des glorioſen Erfolges seiner industriellen Weltausstellung. Sie war in der That vortrefflich gelungen. Die Einrichtung war groß gedacht, zweckmäßig und geschmackvoll wie bei keiner frühern; die Fülle und Pracht der aus allen Ländern eingesandten Waaren erschien beispiellos. Producenten und Consumenten, Neugierige und Vergnügungslustige aller Nationen strömten in colossalen Massen herbei. Die gekrönten Häupter Europas hatten ihren Besuch zugesagt, und wenn der römische Papst ausblieb, so hatte dafür der türkische Sultan sein Erscheinen angemeldet. Genug, Paris fühlte sich noch einmal als Hauptstadt der Welt, an der Spitze der

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Civiliſation des Menſchengeſchlechts. Anfangs Juni traf Kaiſer Alexander von Rußland mit dem Vicekanzler Gortſchakoff ein; am 6. folgte ihm König Wilhelm, begleitet von Bismarck. Der Empfang war ebenſo prunkvoll wie herzlich. Napoleon verſtand es, wo ſein dynaſtiſcher Ehrgeiz ſich nicht verletzt fühlte, mit angeborener Freundlichkeit jedem Gaſte das Daſein angenehm zu machen, und die Liebenswürdigkeit der ſchönen und lebhaften Kaiſerin Eugenie war hinreißend. Feſte aller Art, Schmäuſe, Bälle, Jagden, Paraden, folgten ſich in ununterbrochener Reihe. Von Politik konnte nur vorübergehend die Rede ſein. König Wilhelm hatte eine würdige und zugleich höfliche Art, jedes politiſche Geſpräch abzulehnen; er begnügte ſich, ſeinen vollen Wunſch auf Erhaltung des Friedens zu betonen. Etwas weiter ließ ſich Bismarck bei dem Staatsminiſter Rouher heraus, erläuterte ſeinen guten Willen in der Luxemburger Sache und verſicherte, daß die deutſchen Südſtaaten bis jetzt durchaus keine Neigung zum Eintritt in den Nordbund zeigten, und er ebenſo wenig geſonnen ſei, ſie dazu anzutreiben. Marquis Mouſtier ſuchte mit ihm keine Unterhaltung; er hatte ihm eine ſcharfe Antwort aus der Zeit des Krimkriegs nicht vergeſſen, wo er ſelbſt Geſandter in Berlin, und Bismarck zufällig dort anweſend war: Mouſtier hatte die damals ſchwankende Politik Preußens gerügt und endlich geäußert: ihr werdet damit bei Jena anlangen. Bismarck entgegnete auf der Stelle: warum nicht bei Leipzig oder Waterloo? Mouſtier, ein leidenſchaftlich reizbarer Mann, vermied ihn ſeitdem. Um ſo eifriger ſuchte er den ruſſiſchen Miniſter auf und freute ſich an Gortſchakoff's lebhaftem Entgegenkommen. Dieſer pries die hohe Freiheitsliebe der Bulgaren, Serben, Griechen; Mouſtier entdeckte dahinter aber in Wahrheit den ruſſiſchen Wunſch, die bekannte Pontus-Clauſel des Pariſer Friedens zu zerreißen. Leider konnte er darauf nur ausweichend erwidern, daß Frankreich nicht der einzige Theilnehmer an dieſem Vertrage geweſen, für ſich allein nichts daran ändern könne. Das Geſpräch ging dann weiter über die deutſchen, ſo wie über die orientaliſchen Angelegenheiten. Über Deutſchland ſagte Mouſtier: wir beſtreiten Preußen nicht das Recht, ſich zu organiſiren und zu befeſtigen innerhalb der Grenzen, die wir in Nikolsburg zugelaſſen haben, jedenfalls aber können wir nicht gleichgültig bleiben bei Bismarck's Anſtrengungen, dieſe Grenzen zu überſchreiten. Ihr habt Unrecht, entgegnete Gortſchakoff,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Euch solche Dinge in den Kopf zu setzen; ich bürge Euch dafür, daß Bismarck entschlossen ist, dem Prager Frieden treu zu bleiben; seine Lage ist schwierig, er kann sich nicht öffentlich gegen die deutsche Einheit erklären, wünscht sie aber nicht, da sie ihm mehr Verlegenheit als Nutzen bringen würde; das Zollparlament ist ihm ein Mittel, die nationale Partei zu beschwichtigen, sonst hat es keine politische Bedeutung.

Was den Orient betraf, so erklärte Gortschakoff, daß Rußland an keine Vergrößerung, sondern nur an die traurige Lage der türkischen Christen denke; allerdings wünsche es, Kreta mit Griechenland zu vereinigen; dieses müsse dann aber die festesten Garantien für weitere Ruhe geben. Moustier ertheilte dem Allen seine Zustimmung und faßte diesen Inhalt des Gesprächs schriftlich in einem Pro memoria zusammen, als Denkmal des schönen Einverständnisses beider Regierungen.

Unglücklicher Weise hatten schon vor diesen Erörterungen draußen Ereignisse Statt gefunden, welche dem belobten Einverständniß den Boden vollständig entzogen. Am 4. Juni war Kaiser Alexander mehrmals von lauten Rufen: vive la Pologne! verfolgt worden, und am 6., als er zusammen mit Napoleon im Wagen von einer großen Truppenschau zurückfuhr, hatte ein Pole, Berozowski, auf ihn geschossen, aber zum Glücke verfehlt. Napoleon fand trotz des Schreckens ein geistreiches Wort: Sire, sagte er, jetzt sind wir Alliirte, wir haben zusammen im Feuer gestanden. Es machte aber auf den bedrohten Monarchen um so weniger Eindruck, als gleich nach der Verhaftung des Verbrechers mehr als vierzig Pariser Advocaten sich öffentlich zu seiner Vertheidigung bereit erklärten. Bald nachher verließ Alexander Paris in tiefer Verstimmung gegen Frankreich und in gesteigerter Hinwendung zu Preußen. Er gab von dieser auf der Rückreise sowohl dem Herzog von Nassau als der Königin von Würtemberg energischen Ausdruck. Der preußische Monarch schied am 14. Juni in ungetrübter Herzlichkeit von seinen kaiserlichen Wirthen, und sandte ihnen aus Berlin ein warmes Dankschreiben für die herrlichen ihm bereiteten Tage.

Allerdings konnte dadurch der tiefe Schatten, welchen der polnische Mordversuch auf den Glanz der Festwoche geworfen hatte, nicht aufgehellt werden, und leider stand nach kurzer Frist dem französischen Herrscher noch eine weitere, doppelt bittere Erfahrung bevor. Er erwartete jetzt den Besuch des Kaisers und

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der Kaiserin von Österreich: da kam die Nachricht, daß Franz Joseph's Bruder, Kaiser Max von Mexiko, durch seine republikanischen Gegner überwältigt, am 19. Juni in Queretaro nach kriegsgerichtlichem Spruche erschossen worden sei. Napoleon empfing die Kunde am 1. Juli, als er im Begriffe war, sich in die Ausstellung zur feierlichen Vertheilung der dort beschlossenen Preise zu begeben. Er war tief erschüttert von dem blutigen Ausgange des von ihm mit grenzenlosen Plänen begonnenen Unternehmens. Man konnte nicht eigentlich sagen, daß er dem unglücklichen Fürsten die im Vertrage von 1862 gegebenen Versprechungen gebrochen hätte: immer aber war er der Urheber des unseligen Abenteuers gewesen, und jedenfalls war jetzt der Besuch der österreichischen Majestäten, aus dem vielleicht ein über die Beziehungen Beider Deutschland entscheidender Bundesvertrag emporgewachsen wäre, in jedem Sinne unmöglich geworden. Rings um ihn her regte sich das Gefühl, daß sein Stern verblasse, sein Streben zu stetem Fehlschlag verurtheilt sei.

In Berlin hoffte man nach dem ungetrübten Verlauf der Pariser Zusammenkunft auf dauernde Beruhigung der französischen Gemüther und ein ungestörtes Nebeneinanderleben der beiden Nationen. Aber nur wenige Wochen vergingen, und nach der alten Gewohnheit rührte sich wieder der in Paris selbstverständlich erscheinende Drang, in fremde Angelegenheiten lehrend und meisternd einzugreifen. Es handelte sich wieder um einen Artikel des Prager Friedens, den fünften, den ebenso wie dessen Vorgänger Napoleon zuerst vorgeschlagen, das Recht aber, die Ausführung zu controliren, durch seine Nichttheilnahme an dem Vertragsschlusse natürlich eingebüßt hatte. Es war der Artikel, worin Österreich seine Anrechte an die Elbherzogthümer dem König von Preußen unter der Maßgabe überließ, „daß die Bevölkerungen der nördlichen Districte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen." Es liegt auf der Hand, daß diese Verheißung nicht ohne Weiteres ausgeführt werden konnte, da der Ausdruck „nördliche Districte von Schleswig" ein völlig unbestimmter war, und Niemand angeben konnte, wo der Norden aufhörte. In Kopenhagen meinte man, das solle eben durch die Volksabstimmung ermittelt werden: wo diese sich für Dänemark ausspreche, sei nördliches, also dänisches Land; entgegengesetzter Meinung aber

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

war man in Berlin, zuerst müsse die Grenze des Nordens zwischen den beiden Höfen festgestellt, und dann nördlich von dieser Grenze das Volk über seine Zukunft befragt werden. Diese Auffassung war 1864 auf der Londoner Conferenz von den neutralen Mächten vertreten worden, als England die Abtretung eines südlichen Theils von Schleswig an Deutschland vorgeschlagen, Preußen aber die Volksabstimmung in ganz Schleswig begehrt hatte. Die Mächte erklärten sich für den Grundsatz: zuerst die Feststellung der Grenze, dann in dem abzutretenden Theile die Abstimmung des Volks. Es war dies aber 1867 nicht die einzige Schwierigkeit. Denn bis hart an die jütische Grenze heran fand man unter den dänisch redenden Bauernschaften eine ganze Anzahl deutscher Städte, womit denn die Frage, ob die Abstimmung nach Zonen oder nach Gemeinden vorzunehmen sei, eine hervorragend praktische Bedeutung gewann. Jedenfalls war man in Berlin entschlossen, diese deutschen Orte nicht ohne feste Garantien für die Wahrung ihrer Nationalität der Willkür der dänischen Demokratie zu überlassen, wie man sie in der langen Leidenszeit von 1852 bis 1864 hatte erdulden müssen. Ein weiteres Begehren war dann die Übernahme eines verhältnißmäßigen Theils der schleswig-holsteinschen Staatsschuld, je nach der Größe der zu vereinbarenden Landabtretung.

Als Preußen am 8. Mai 1867 in Kopenhagen den Gegenstand zur Unterhandlung brachte, zeigte sich sehr bald, daß die Frage der Staatsschuld geringe Schwierigkeit machen würde, über die Garantien aber für die deutschen Gemeinden eine Übereinstimmung nicht zu erzielen war. Am 1. Juni ging die entschiedene Ablehnung der deutschen Forderung nach Berlin. Die gerechte Gesinnung des Königs, hieß es, die liberale Verfassung, die bestehenden Gesetze machten jede besondere Garantie überflüssig; um so mehr müsse man eine solche verweigern, als man damit einer auswärtigen Macht ein Recht der Aufsicht und der Einmischung in die innern Verhältnisse Dänemarks gewähren und damit die Unabhängigkeit des Staates auf das Ärgste gefährden würde. Bismarck erwiderte am 18. Juni, in der Zeit der alten absoluten Monarchie hätte man der Wirksamkeit einer solchen Erklärung vertrauen können; jetzt aber sei in Kopenhagen die Krone von einem demokratischen Reichsrath abhängig, und Deutschland habe erfahren, wie wenig dieser zu einer gerechten Behandlung der deutschen Einwohner geneigt sei. Man müsse also die Land-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

abtretung von der Ertheilung einer förmlichen Garantie abhängig machen.

Die däniſche Regierung ſchwieg darauf, klopfte aber in Paris um freundliche Unterſtützung an. Im Jahre 1864 hatte Napoleon, wir wiſſen aus welchen Gründen, Preußen zur Annexion der Herzogthümer ſelbſt eingeladen, und für ſein Verhalten eine allgemeine Mißbilligung in Frankreich gefunden. Jetzt war ſein Verhältniß zu Preußen gründlich geändert, die Stimmung aber der franzöſiſchen Politiker dieſelbe geblieben; er wünſchte alſo lebhaft, für Dänemark etwas zu thun, und Marquis Mouſtier, ſoeben erſt durch Preußens Vorgehn in der Zollvereinsſache gereizt, redete mit hohem Unwillen von den ſtets wachſenden Verletzungen des Prager Friedens. Bismarck, davon ſogleich unterrichtet und im Begriffe, für eine Weile in Varzin ländliche Erholung zu ſuchen, gab durch ein Rundſchreiben den preußiſchen Geſandtſchaften Weiſung, die Bewegungen der franzöſiſchen Diplomatie auf das Genaueſte zu überwachen. „Wir ſind, ſchrieb er, entſchiedene Gegner einer Kriegspolitik; wir ſehn keinen Vortheil, den wir jetzt daraus ziehn könnten. Aber nichts würde uns beſtimmen, die Größe des Vaterlandes niedrigen Beſorgniſſen und auswärtigen Erwägungen unterzuordnen. Die däniſchen Anſprüche werden uns billig finden, aber wir laſſen uns keine Einräumungen abtrotzen, ſo wenig wir auch zu extremen Entſchlüſſen geneigt ſind, vielmehr wünſchen, ſo weit es möglich, dem Cabinet der Tuilerien Befriedigung zu gewähren."

Er wollte nach wie vor den Frieden, war aber nach allen bisherigen Erfahrungen der Meinung, das beſte Mittel, ihn zu bewahren, ſei eine entſchiedene und furchtloſe Abweiſung jeder unberufenen Einmiſchung in die deutſchen Angelegenheiten.

Unterdeſſen war man auch in Petersburg gegen Frankreich mißtrauiſch geworden. Gortſchakoff klagte über den übertrieben glänzenden Empfang des Sultans in Paris; Mouſtier entgegnete, man habe demſelben ganz im ruſſiſchen Sinne innere Reformen zu Gunſten der Chriſten dringend empfohlen. Wir haben, ſetzte er hinzu, Euer Streben im Orient unterſtützt; wir dürfen von Euch gleichen Dienſt im Occident erwarten; wenn es dort eine kretiſche, ſo gibt es hier eine däniſche Frage; wenn Ihr in dieſer auf Bismarck einwirken wolltet, ſo würdet Ihr Euch um Frankreich und den Frieden Europas ſehr verdient machen. Gort-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

schakoff war bereit und schrieb einen Privatbrief an Bismarck, so freundschaftlich, so höflich und einschmeichelnd wie möglich, über das Thema, daß Napoleon den Frieden wolle, aber bei längerem Hinschleppen der dänischen Sache eine Überreizung der öffentlichen Meinung in Frankreich befürchte, die ihn in grausame Verlegenheit setzen könnte. Auch Kaiser Alexander habe keinen höhern Wunsch, als Erhaltung des Friedens, obgleich viele Leute glaubten, daß Rußland bei einem Kriege zwischen Preußen und Frankreich nicht verlieren, sondern nur gewinnen könne. Was sei zu thun? Er vermeide jedes Wort, was wie eine Einmischung aussehn könnte. Besser als alle Anderen wisse Bismarck die Lösung zu finden.

Moustier, dem Gortschakoff eine Abschrift des Briefes zusandte, war entzückt und schritt nach diesem russischen Vorspiel unter Napoleon's Beifall zum Werke. Soeben hatte der dänische Minister dem preußischen eine vertrauliche Besprechung in Berlin vorgeschlagen, und um dafür die Wege zu ebnen, schrieb Moustier am 25. Juli eine Depesche an seinen Geschäftsträger beim preußischen Hofe, Herrn Lefebvre de Behaine (Graf Benedetti war beurlaubt): er beklagte, daß die preußische Note vom 18. Juni so wenig entgegenkommend sei; wäre die Rückgabe Nordschleswigs eine That freier Hochherzigkeit, so hätte Preußen das Recht, beliebige Bedingungen zu stellen; aber Preußen erkennt ja an, daß seine Verpflichtung aus dem Prager Frieden stammt, in welchem der fünfte Artikel die Rückgabe ohne jeden Vorbehalt ausspricht. Preußen habe also kein Recht zu seinem Verlangen, auf dem abzutretenden Boden deutsche Gemeinden unter seinem Schutze einzurichten und dadurch Dänemarks Unabhängigkeit schwer zu beeinträchtigen. Graf Bismarck wisse, mit welchen versöhnlichen Gesinnungen wir uns stets erfüllt gezeigt haben; er könne also den Charakter unserer Bemerkungen nicht mißverstehn. Er werde sich der moralischen Verbindlichkeiten erinnern, die er mit uns eingegangen sei.

Im Besitze dieser Depesche suchte der Geschäftsträger in Abwesenheit Bismarck's den Unterstaatssecretär Herrn von Thile auf. Kaum aber hatte er die Absicht erklärt, einige Bemerkungen über die preußisch-dänische Frage vorzulegen, als ihn Thile unterbrach. Das ist äußerst ernst, rief er. Ich darf Sie nicht anhören, ehe ich die Befehle des Königs eingeholt habe. Am folgenden Tage war er bereit zu hören, beschränkte sich dann aber

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

auch ſtreng auf die Rolle eines aufmerkſamen Zuhörers. Lefebvre glaubte im Sinne ſeiner Anweiſungen zu handeln, wenn er ihn die Depeſche leſen ließe. Thile nahm Einſicht, machte ſich Notizen, ſprach aber über den Inhalt keine Meinung aus, erhob keine Einwendungen und ſtellte nur mit einigem Nachdruck die Thatſache feſt, daß der Prager Friede zwiſchen Preußen und Öſterreich geſchloſſen worden ſei.

Was dieſe geſchichtliche Bemerkung bedeute, ſollte Lefebvre ſehr bald erfahren. Der König und Bismarck waren ſogleich entſchloſſen, dieſem erſten Verſuche eines franzöſiſchen Einredens in deutſche Fragen mit ſolcher Energie entgegen zu treten, daß die Luſt dazu für immer in Paris verginge. Nach wenigen Tagen brachte die officiöſe Preſſe den Vorgang zur Kenntniß der deutſchen Nation. Frankreich habe eine Note über Schleswig eingereicht; es ſuche ſich in Dinge einzumiſchen, die ſeiner Beurtheilung nicht unterliegen; man werde ihm nicht geſtatten, einen Vertrag anzurufen, welchen es nicht unterzeichnet habe. Dieſe Polemik fand weit und breit in Deutſchland rauſchenden Widerhall; auf allen Seiten erſcholl der Ruf, kein Fremder ſolle ſich unterfangen, Deutſchland Vorſchriften über deutſche Angelegenheiten geben, Deutſchland über die Clauſeln deutſcher Verträge belehren zu wollen. Keinen andern Inhalt hatten die Eröffnungen, welche Thile dem franzöſiſchen Geſchäftsträger bei ihrem nächſten Geſpräche zu machen beauftragt war.

Mouſtier war von dem Allen überraſcht und befremdet im höchſten Maaße. Wie? Frankreich ſollte es verboten ſein, andern Mächten bei zweifelhaften Fragen guten Rath und ernſte Mahnung zu ertheilen? Wo war denn das Land, in deſſen Beziehungen und Beſtrebungen ſich Frankreich nicht eingemiſcht hätte, ſei es nach eigenem Intereſſe oder nach überlegener Einſicht? War Frankreichs Präponderanz nicht eine geſchichtliche, durch die Jahrhunderte bekräftigte Thatſache? Und jetzt wollte ihm das eben empor gekommene Preußen ſogar eine höfliche Meinungsäußerung verbieten? Unerträglich!

Mouſtier griff zunächſt eine diplomatiſche Formfrage auf. Alle Welt, ſchrieb er an Lefebvre, redet in Deutſchland von einer franzöſiſchen Note; wir haben aber gar keine Note nach Berlin geſchickt; fordert die preußiſche Regierung auf, dieſen Irrthum zu berichtigen. Es geſchah. Thile erwiderte: allerdings keine Note, jedoch eine Depeſche habt Ihr mir zur Lectüre über-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

reicht. Aber, rief Lefebvre, nur vertraulich, nur privatim, wie ich das ausdrücklich bemerkt habe. Ich erinnere mich, ſagte Thile, keines ſolchen Vorbehalts.

Der engliſche Botſchafter bemerkte dem franzöſiſchen Vertreter, daß auf die Form wenig ankomme. Bismarck zürne über die Thatſache der Einmiſchung, welche alle Gegner Preußens ermuthigt haben würde. Öſterreich und Rußland verhielten ſich ſchweigend. Warum hatte auch Napoleon in Nikolsburg jeden Rechtsanſpruch zur Einmiſchung ſelbſt weggeworfen? Jetzt konnte er ſie nur kraft ſeiner Waffenmacht geltend machen. Marſchall Niel aber war noch weit entfernt von der Vollendung ſeiner Heeresreform.

So beſchloß Mouſtier, um dem Lärm ein Ende zu machen, bittern Groll im Herzen, nachzugeben. Er verfaßte eine neue Depeſche: wir haben Preußen nicht zur Erklärung ſeiner Abſichten anhalten, wir haben nur unſere Gedanken zu ſeiner Kenntniß bringen wollen; wir bedauern lebhaft, daß Graf Bismarck die Natur unſerer Bemerkungen mißverſtanden hat. Er möge ſich überzeugen, daß wir unter keinen Umſtänden uns dem Vorwurf ausſetzen würden, die Empfindlichkeit einer benachbarten Macht zu verletzen.

Der franzöſiſche Geſchichtſchreiber, dem wir dieſe Einzelheiten entnehmen, beklagt an dieſer Stelle wieder die nervöſe und auffahrende Art, womit Bismarck eine ganz vertrauliche Mittheilung zu einem Ereigniß aufbauſche, großen Zeitungslärm veranlaſſe und damit den Frieden Europas gefährde. Es kommt ihm nicht in den Sinn, zu fragen, ob die Gefährdung des Friedens von dem Empfänger oder von dem Geber der vertraulichen Mittheilung ausgegangen. Es ſcheint, ſagt er, als wolle Bismarck für Deutſchland, als eine heilige Arche, eine Art von Monroe-Doctrin zur Geltung bringen. Die Richtigkeit dieſer Bemerkung wird ihm niemand beſtreiten.

Der Vorfall (oder wie man jetzt im höhern Zeitungsſtyl ſagt, der Zwiſchenfall) war geſchloſſen, die deutſch-däniſche Verhandlung in Stocken gerathen, Frankreich durch eine neue diplomatiſche Schlappe gereizt. Indeſſen lag bereits eine Gelegenheit vor, auf einer andern Seite Troſt und Stärkung zu ſchöpfen und vielleicht eine künftige Vergeltung für die erfahrene Unbill umſichtig vorzubereiten.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Napoleon hatte dem Schmerze über die Hinrichtung Maximilian's in einem warmen Schreiben an Franz Joseph Ausdruck gegeben. Beust erklärte darauf dem Fürsten Metternich, die Freundschaft zwischen beiden Höfen sei durch das tragische Ereigniß nicht erschüttert worden, immerhin aber sei es wünschenswerth, daß der erste Schritt in dem persönlichen Verkehr der Souveräne von französischer Seite geschehe. Dies führte die Kaiserin Eugenie auf einen feinen Vorschlag: unsere Freunde sind verhindert worden, uns zu besuchen, machen wir ihnen einen Condolenzbesuch. Die Staatsmänner waren mit dem Gedanken der hohen Frau einverstanden; die Botschaft ging nach Wien und wurde dort mit Freude aufgenommen; nur die Mutter Maximilian's, die Erzherzogin Sophie, lehnte ihre Theilnahme ab. Die Zusammenkunft wurde auf den 18. August in Salzburg verabredet.

Der Trauerbesuch nahm nun vom ersten Tage besondere Formen an. Napoleon und Eugenie reisten zwar dem Namen nach incognito, nahmen aber aller Orten die den Souveränen gebührenden Ehren gern entgegen. Sie wurden in Karlsruhe durch den Großherzog von Baden, in Ulm durch den König von Württemberg feierlich begrüßt, erfreuten sich hier und da der Rufe vive l'Empereur!, wodurch die schwäbischen Demokraten ihre antipreußische Vaterlandsliebe bekundeten, und wurden von Augsburg, wo Napoleon im St. Annen-Gymnasium Erinnerungen an die dort verlebte Schulzeit genoß, bis zur österreichischen Grenze durch König Ludwig von Bayern begleitet. Vollends in Salzburg war die Pracht des Empfangs gewaltig: französische Fahnen und Flaggen auf dem Bahnhof und in allen Straßen der Stadt, Musik und Ehrenwachen, Vorbereitung zu Festlichkeiten jeglicher Art. Dazu kam die Begleitung des österreichischen Monarchen durch dessen Reichskanzler, den Grafen Beust, und den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Andrassy, welchen sich etwas später noch der Finanzminister hinzugesellte. Die Condolenz hatte sich plötzlich in einen politischen Congreß verwandelt, dessen ernste Erwägungen fortdauernd mit dem Schmucke mannichfaltiger Genüsse umgeben wurden. Die Welt war erstaunt und gespannt. Es kam vor, daß Beust mit Napoleon Stunden lang unter vier Augen verhandelte: da flogen dann die Vermuthungen und bald die Versicherungen in alle Lande, daß hier

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die Urkunde eines festen Trutz- und Schutzbündnisses zwischen beiden Mächten ausgearbeitet wurde.

Indessen hier wie so oft eilten die Gerüchte den Wirklichkeiten weit voraus. Wohl wünschten die beiden Kaiser nahe Freundschaft und herzliches Einverständniß. Aber beide waren entfernt von dem Gedanken eines förmlichen Bundesvertrags. Denn Beide fanden sich zu der Zeit nicht in der Lage, einen großen Krieg zu führen, und Beide besorgten, wenn auch aus verschiedenen Gründen, daß ein solcher durch einen Bundesvertrag veranlaßt werden könnte. Napoleon fürchtete, daß ein Bündniß, wenn auch im tiefsten Geheimniß abgeschlossen, doch dem Grafen Bismarck nicht lange verborgen bleiben, und dieser kühne Staatsmann sich dann mit raschem Entschlusse auf die schlecht gerüsteten Gegner stürzen würde. Umgekehrt traute man in Österreich dem gereizten französischen Selbstgefühl nicht so viel Besonnenheit zu, um auf die Kunde von einer österreichischen Allianz den Angriff auf das verhaßte Preußen nur noch einen Tag hinauszuschieben. Also kein Bündniß, hoffentlich aber volles Einvernehmen. Als Grundlage desselben legte Beust eine Denkschrift vor, welche die verschiedenen Momente der deutschen und der orientalischen Frage in kurzen Sätzen vorführte. Sie begann mit dem stark betonten Schlagworte: Aufrechthaltung des Prager Friedens. Österreichs Einfluß in Deutschland wachse durch seine liberale Verfassung, und Frankreichs friedfertige Haltung werde die nationale Gährung beschwichtigen. So lasse sich ein moralischer Druck auf die Südstaaten ausüben, daß sie nicht aus dem Status quo heraustreten. Die Verbindung von Frankreich und Österreich wird sie zum Nachdenken bringen und sie die Nothwendigkeit einer unabhängigen und zurückhaltenden Stellung erkennen lassen. Auch für den Orient bezeichnete die Denkschrift die Erhaltung des Status quo als den leitenden Grundsatz. Man möge England in das Einvernehmen ziehn und Rußland über dessen Pläne für Kreta befragen. Zugleich deutete Beust die Möglichkeit an, daß Österreich in dem unruhigen Rumänien (wir kommen später darauf zurück) zu bewaffnetem Einschreiten genöthigt sein könnte. Hier aber bemerkte Eugenie: Herr von Beust ist zu lebhaft, und dieser ließ den Punkt fallen. Im Übrigen gab es keine abweichende Meinung; man sprach alle möglichen Fälle durch und fand die Gleichheit der Gesinnungen und der Interessen so vollständig, und damit die Dauer des

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Einvernehmens so gesichert, daß jede schriftliche Abfassung überflüssig erschien. Was man beiderseits wünschte, war im Orient und im Occident die Erhaltung des Status quo, dort die Abwehr der russischen Wühlerei gegen die Türkei, hier die Verhinderung des preußischen Strebens nach der Gründung eines deutschen Reichs.

So schieden am 23. August die kaiserlichen Gäste aus Salzburg, um gerades Weges in die Heimath zurückzukehren. Daß Napoleon bei dieser Gelegenheit dem preußischen Könige, der ihn kurz zuvor in Paris besucht hatte, nicht den Vorschlag einer Begegnung auf preußischem Boden, etwa in Coblenz, machte, mußte als entschiedene Unfreundlichkeit erscheinen, und gab den argwöhnischen Vermuthungen über Salzburg neue Nahrung. Sowohl in Wien als in Paris fand man sich veranlaßt, den bestimmt auftretenden Zeitungsnachrichten über ein gegen Preußen abgeschlossenes Bündniß, über die Stellung der Südstaaten unter Österreichs Leitung und Frankreichs Schutz u. s. w. durch ein amtliches Actenstück eine ebenso bestimmte Abläugnung entgegen zu setzen. Der Besuch der französischen Majestäten sei einzig und allein durch den Wunsch veranlaßt worden, der kaiserlichen Familie Österreichs ein inniges Zeugniß ihres Mitgefühls zu geben. Wohl hätten die beiden Monarchen bei dem mehrtägigen vertrauten Zusammensein ihre politischen Auffassungen ausgetauscht: aber, sagte das französische Rundschreiben, es ist nichts geschehn, was im Widerspruch mit den Grundsätzen unseres Circulars vom 16. September 1866 (der Anerkennung der großen Agglomerationen) und allen unsern spätern Erklärungen gestanden hätte. Beide Monarchen haben längst ihre friedliche Gesinnung bekundet. Auch in Salzburg haben sich ihre Unterhaltungen auf die gegenseitige Versicherung beschränkt, in dieser Gesinnung beharren zu wollen. Die erste amtliche Antwort auf die Salzburger Vorgänge kam deutscher Seits von dem trefflichen Großherzog von Baden, der am 5. September die Thronrede bei Eröffnung seines Landtags höchst unbefangen, als wenn die beiden Kaiser nie existirt hätten, mit der Erklärung begann: Die Friedensverträge des vorigen Jahres haben Preußen an die Spitze des norddeutschen Bundes gestellt, und den süddeutschen Staaten vorbehalten, eine nationale Einigung mit diesem Bunde einzugehn. Mein Entschluß steht fest, dieser nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben, und zwar werde ich und mit mir

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in dieſelbe unzertrennlich verbunden ſind.

Zugleich fand Bismarck es angemeſſen, die kaiſerlichen Friedensworte ohne irgend eine Kritik anzunehmen, ebenſo aber auch ſehr beſtimmte Conſequenzen daraus zu ziehn und damit den eignen Standpunkt in ſcharfer Beleuchtung den Gegnern vor das Auge zu rücken.

In einem Rundſchreiben vom 7. September erklärte er, daß die preußiſche Regierung den Inhalt jener Verſicherungen mit großer Genugthuung aufgenommen habe. Danach, fuhr er fort, ſind alſo die innern Angelegenheiten Deutſchlands nicht in der Weiſe, wie die erſten Nachrichten es vorausſetzen ließen, Gegenſtand der Beſprechungen in Salzburg geweſen. Es iſt dies um ſo erfreulicher, als die Aufnahme, die jene Nachrichten in ganz Deutſchland gefunden haben, von Neuem gezeigt hat, wie wenig das deutſche Nationalgefühl den Gedanken erträgt, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutſchen Nation unter die Vormundſchaft fremder Einmiſchung geſtellt oder nach andern Rückſichten geleitet zu ſehn, als nach den durch die nationalen Intereſſen Deutſchlands gebotenen.

Übrigens, bemerkte er, haben wir Alles vermieden, was die nationale Bewegung überſtürzen könnte, und haben nicht aufzuregen, ſondern zu beruhigen geſucht. . . . Die ſüddeutſchen Regierungen ſelbſt werden uns bezeugen, daß wir uns jedes Verſuches enthalten haben, einen moraliſchen Druck auf ihre Entſchließungen zu üben, und daß wir vielmehr auf die Handhabe, welche ſich uns zu dieſem Zwecke in der Lage des Zollvereins bieten konnte, durch den Vertrag vom 8. Juli d. J. rückhaltlos verzichtet haben. Wir werden dieſer Haltung auch ferner treu bleiben. Der norddeutſche Bund wird jedem Bedürfniſſe der ſüddeutſchen Regierungen nach Erweiterung und Befeſtigung der nationalen Beziehungen zwiſchen dem Süden und dem Norden Deutſchlands bereitwillig entgegen kommen, aber wir werden die Beſtimmung des Maaßes, welches die gegenſeitige Annäherung inne zu halten hat, jeder Zeit der freien Entſchließung unſerer ſüddeutſchen Verbündeten überlaſſen.

In den Auguſtbündniſſen, ſchloß die Depeſche, und in der Vervollſtändigung des Zollvereins erblicken wir eine rechtlich und thatſächlich geſicherte Grundlage für die ſelbſtändige Entwicklung der nationalen Intereſſen des deutſchen Volkes.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Hätte Bismarck die Salzburger Denkschrift Beust's gekannt, er hätte nicht zutreffender darauf entgegnen können. Hier erschien, wie in Erz gegraben, die echte Interpretation des Prager Friedens. Wir üben keinen moralischen Druck auf irgend einen Theil des deutschen Südens aus. Sobald aber nach eignem Entschlusse der Süden sich mit uns verbinden will, so werden wir jeden fremden Widerspruch mit deutscher Kraft niederschlagen, und das deutsche Reich wird auferstanden sein.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Zweiundzwanzigstes Buch.

Reform des Zollvereins.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

1. Capitel.

Die neuen Zollvereinsverträge.

Bismarck's wiederholte Erklärung, daß Preußen die weitere Entwicklung der deutschen Einheit ganz und gar dem freien Entschlusse der Südstaaten anheimstelle, und diese in keiner Hinsicht drängen, vielmehr jedem auswärtigen Druck auf ihren freien Willen mit aller Macht entgegentreten würde, regte bei den süddeutschen Königreichen sehr gemischte Gefühle an. Gewiß, sie wünschten durchaus nicht, gedrängt zu werden, im Gegentheil, sie meinten, noch recht lange die möglichst unbeschränkte Souveränität zu behaupten. Aber bei der Stärke des Einheitsstrebens, welches auch bei ihren Unterthanen zahlreiche und bedeutende Anhänger zählte, war es nicht angenehm, für die Verzögerung des nationalen Werkes so öffentlich und ausschließlich verantwortlich gemacht zu werden. Übrigens hatte in der That auch nach ihren Sonderinteressen die Sache zwei Seiten. Denn die particulare Unabhängigkeit, auf die man stolz war, bedeutete dem Ausland gegenüber auch völlige Vereinzelung und folglich bleibende Gefährdung. In dem bedeutendsten dieser Staaten, dem Königreich Bayern, wo die innere Selbständigkeit höher als irgendwo sonst geschätzt wurde, war eben deshalb auch die Sehnsucht nach fester Sicherung gegen Außen am Stärksten. Unablässig war hier die Regierung mit der deutschen Bundesfrage beschäftigt.

Wir müssen auf den Anfang des Jahres 1867 zurückgehn, um uns die verschiedenen Wendungen der süddeutschen Politik zu vergegenwärtigen.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

In Bayern war mit dem Jahreswechsel an von der Pfordten's Stelle als leitender Minister Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst getreten. Er galt als der beste Preußenfreund unter den bayerischen Reichsräthen und hatte dieser Haltung auch wohl in der damaligen Weltlage die Berufung in das Ministerium zu verdanken. Er war gründlich und systematisch im Erwägen, bedächtig und umsichtig im Handeln, erfüllt von humanem Wohlwollen und warmer Vaterlandsliebe, in jeder Stellung ein pflichttreuer und zuverlässiger Charakter. Aber die Aufgabe, die er übernahm, war eine äußerst schwierige. In der deutschen Sache entsprach die von Pfordten im September 1866 verkündete Formel: volle Unabhängigkeit Bayerns im Innern und völkerrechtliche Allianz mit Preußen zur Sicherung nach Außen, durchaus der Gesinnung des jungen, auf seine Kronrechte eifersüchtigen Königs, und ebenso den Wünschen der großen Mehrheit des bayerischen Volkes. Ja, die schon damals recht starke ultramontane Partei hätte trotz Königgrätz der preußischen auch jetzt noch eine österreichische Allianz vorgezogen. Wohl gab es eine national gesinnte Minderheit, aber selbst diese war nicht ohne Furcht, daß ein von Bismarck geleiteter Bund einer zu starken Centralisation verfallen und die bayerische Autonomie und Eigenthümlichkeit völlig vernichten könnte, und auch Hohenlohe war von dieser Besorgniß nicht frei. Aber nichts desto weniger erschien ihm Pfordten's Formel in jeder Beziehung zu eng; die bloß völkerrechtliche Allianz mit Preußen genügte ihm weder als Deckung Bayerns nach Außen, noch als Band zwischen allen deutschen Staaten. In der erstern Beziehung lud er gleich wenige Tage nach seiner Ernennung die drei andern Südstaaten zu einer Ministerconferenz nach Stuttgart ein, um Abreden zu gleichförmiger Reform ihres Heerwesens nach preußischem System zu nehmen und dadurch der Allianz wahre Lebenskraft zu geben Was er in Sachen der deutschen Verfassung durchzusetzen wünschte, war ein durch die süddeutschen Staaten mit dem Nordbund abzuschließender weiterer Staatenbund, organisirt nach dem Muster des alten deutschen Bundes, also unter Wahrung der vollen Souveränität der Bundesfürsten, immer aber mit einer stark erweiterten Competenz des alten Bundestags auf dem Gebiete der gemeinnützigen Einrichtungen.

Gleich in der ersten Kammersession, die er als Minister erlebte, gaben ihm verschiedene Anträge über die deutsche Frage

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Veranlaſſung, am 19. Januar 1867 ſein politiſches Syſtem nach jeder Richtung hin zu entwickeln. Er begann mit der Bemerkung, daß Preußen durch den Prager Frieden verhindert ſei, die Südſtaaten in den Nordbund aufzunehmen. Daran ſchloß er mit wuchtigem Nachdruck die Erklärung, er ſehe überdies in der Entwicklung des norddeutſchen Bundes eine ſolche Hinneigung zum Einheitsſtaate, daß die Würde der Krone und die Pflicht der Staatsregierung es verbiete, einen bedingungsloſen Eintritt in denſelben anzuſtreben. Die Entwicklung Deutſchlands auf dem Wege zur Einigung gehe eben langſam vorwärts. Andrerſeits ſei er feſt entſchloſſen, ſich jedem Schritte zu widerſetzen, der die Erreichung des Zieles verhindern könnte. Alſo werde Bayern keinen Südbund unter dem Protectorate einer nichtdeutſchen Macht abſchließen; ein ſolcher Bund ſei heute einfach eine Unmöglichkeit. Unthunlich ſei auch ein ſüddeutſcher Bund unter der Führung Öſterreichs, weil in dieſer Monarchie jetzt die nichtdeutſchen Elemente überwiegen. Unthunlich ſei überhaupt die Bildung eines ſüdweſtdeutſchen Bundesſtaats, weil unzweifelhaft die Übereinſtimmung der Regierungen und Bevölkerungen dafür nicht zu erreichen ſei, und weil ein ſolcher Bundesſtaat die Kluft zwiſchen dem Norden und dem Süden noch erweitern würde. Jedoch iſolirt könne Bayern, ein Staat zweiten Ranges, nicht ohne Allianz mit einer europäiſchen Großmacht beſtehn, und die Großmacht, an die es ſich im Fall eines Krieges anzuſchließen habe, ſei Preußen. Gegen beſtimmte Gewähr für die Souveränität des Königs bringe die Allianz es mit ſich, daß im Kriege die bayeriſchen Truppen unter preußiſchen Oberbefehl treten, und daß ſie ſchon im Frieden in einer Art und Weiſe organiſirt werden, die eine gemeinſchaftliche Kriegführung ermöglicht. Die Regierung beſtrebe ſich, für eine ſolche Organiſation auch die übrigen ſüddeutſchen Staaten zu gewinnen. Als den Abſchluß ihrer Aufgabe betrachte ſie aber die Anbahnung eines Verfaſſungsbündniſſes mit den übrigen Staaten Deutſchlands, ſobald und ſoweit dies unter Wahrung der bayeriſchen Souveränitätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes möglich ſei. Sie wiſſe, daß kein Bundesverhältniß dem nationalen Bedürfniß ohne Opfer der einzelnen Contrahenten entſprechen könne. Sie werde die entgegenſtehenden Hinderniſſe zu heben ſuchen und ſich bemühn, durch vertragsmäßige Vereinbarung einen Zuſammenſchluß Deutſchlands zu ermöglichen auf Grundlagen, die mit der

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Integrität des Staats und der Krone vereinbar seien. Bis zur Lösung dieser Aufgabe gelte es, für Bayern eine achtunggebietende Macht zu schaffen, nicht durch Organisation des Heeres allein, sondern auch durch Ausbau der innern Staatseinrichtungen auf freisinniger Grundlage, durch Hebung des Selbstbewußtseins und des Vertrauens in die eigne Existenz.

Die Ankündigung des zu erstrebenden Verfassungsbündnisses sämmtlicher deutscher Staaten, allerdings unter Opfern, aber mit voller Wahrung der bayerischen Kronrechte und Unabhängigkeit, hielt sich damals, im Januar, noch in unbestimmten Umrissen, begreiflich genug, da in diesem Zeitpunkt die norddeutsche Bundesverfassung noch nicht existirte, und die Schutz- und Trutzbündnisse noch nicht veröffentlicht waren. Fürst Chlodwig aber hatte durch seine negativen und positiven Sätze der Reihe nach die verschiedenen Fractionen der Kammer befriedigt: sie Alle zogen ihre Anträge und Gegenanträge zurück im Vertrauen auf die Erklärung des Ministeriums.

Am 3., 4. und 5. Februar fanden darauf in Stuttgart die von Hohenlohe vorgeschlagenen Conferenzen der vier süddeutschen Regierungen über eine gleichmäßige Gestaltung des Militärwesens Statt. Wie oft hatte in frühern Zeiten Preußen vergeblich solche Anträge zur Sprache gebracht! Jetzt verliefen die Berathungen rasch und glatt, und wenigstens über mehrere der entscheidenden Grundsätze scheint kaum eine Meinungsverschiedenheit bestanden zu haben. Im Anschlusse an das preußische Muster wurde also verabredet, daß in jedem der erschienenen Staaten die allgemeine Dienstpflicht einzuführen, die Kriegsstärke der Armee auf zwei oder mindestens $1^1/_2$ Procent der Bevölkerung, die Friedenspräsenz aber auf die Hälfte dieses Betrages zu erstrecken sei; die Dienstpflicht unter der Fahne betrage drei Jahre, nach deren Ablauf gehöre der Soldat eine ebenso lange Zeit zur Kriegsreserve und dann bis zum 32. Lebensjahr zu der Landwehr; die Kriegsstärke des Bataillons betrage 1000 Mann, die eines Armeecorps aber 30 bis 45000 Mann, wobei auf jedes Bataillon Fußvolk eine Schwadron Reiterei und drei Geschütze gerechnet würden. Wenn hienach die taktischen Einheiten gleichförmig festgestellt seien, bedürfe es keiner gemeinsamen Bestimmungen über die Exerciervorschriften. Die Waffen seien in möglichste Übereinstimmung zu bringen; da aber für das Infanterie-Gewehr fortdauernd Verbesserungen zur Sprache kämen,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sei es nicht zweckmäßig, hierüber schon jetzt bindende Bestimmungen zu treffen.

Fürst Hohenlohe mochte mit diesen Ergebnissen wohl zufrieden sein. Denn die allgemeinen Grundsätze näherten sich dem preußischen System, zugleich aber blieb eine Reihe wichtiger Momente dem particularen Gutfinden überlassen, so die Stärke der jährlichen Aushebung, die Zahl der Cadres, die Ausbildung und die Bewaffnung der Truppen. Alles kam jetzt darauf an, ob die allgemeinen Grundsätze die Billigung der bayerischen Kammern finden, und ob die vorbehaltenen Einzelheiten demnächst in Übereinstimmung mit Bayern auch von den drei andern Südstaaten geregelt werden würden. Wenn dies Alles gelang, so würde sich im Süden ganz von selbst eine leitende Stellung des stärksten Staates ergeben, mit Preußen aber wäre eine gemeinschaftliche Kriegführung ermöglicht, und doch der innere Bestand und die Eigenartigkeit der bayerischen Regimenter der preußischen Einwirkung entzogen. Ganz so gut sollte es nun der bayerischen Regierung doch nicht werden. Die nähere Verbindung mit den süddeutschen Nachbarn wich, kaum verabredet, auf allen Seiten aus den Fugen, und zwar nicht aus Mißtrauen gegen bayerische Herrschsucht, sondern weil man auf diesem Gebiete der bayerischen Anlehnung die preußische vorzog.

Gerade acht Tage nach den Stuttgarter Vereinbarungen meldete trotz derselben die badische Regierung an, daß sie das preußische Zündnadelgewehr für ihre Division angenommen, mithin auf eine besondere, mit Bayern gemeinsame Bewaffnung verzichtet habe. Der Beschluß führte ohne Aufenthalt weiter. Die Annahme des preußischen Gewehrs machte sofort die Einführung des preußischen Exercier-Reglements, und diese für die nächste Zeit die Erbittung preußischer Instructoren nöthig. Es war die offene Ankündigung, daß Baden ohne den Umweg über München in feste Waffengemeinschaft mit Preußen, für den Frieden wie für den Krieg, zu treten gedenke. Es konnte dies die bayerischen Staatsmänner nicht einmal Wunder nehmen. Denn in Baden fuhren Regierung und Volksvertretung einmüthig fort, bei jedem Anlaß sich zu der Überzeugung zu bekennen, daß es für Deutschland kein Heil gebe, als den einfachen Eintritt der Südstaaten in den Nordbund.

Am 7. April, nachdem die preußischen Schutz- und Trutzbündnisse veröffentlicht worden waren, folgte ein zweiter der

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Südstaaten dem badischen Beispiel, in noch weiterem Umfang, wenn auch mit sehr verschiedener Gesinnung. Wir erinnern uns der vielfachen Unbequemlichkeiten, welche für Hessen-Darmstadt der Umstand herbeiführte, daß seine nördlich vom Main gelegene Provinz Oberhessen zum Nordbunde gehörte, die beiden andern Provinzen aber, Starkenburg und Rheinhessen, außerhalb desselben geblieben waren. Auf dem Gebiete der innern Verwaltung ließ sich dies ertragen, aber völlig unmöglich war die Fortdauer des Zustandes wie für das Zollwesen, so auch für die militärischen Einrichtungen. Die Theilung der hessischen Division in eine bündische und eine außerbündische Brigade, wäre in Bezug auf die Aushebung der Mannschaften, das Avancement der Officiere, die Gestaltung des Budgets auf unlösliche Schwierigkeiten gestoßen, und so grimmig die Abneigung des Ministers von Dalwigk gegen Preußen auch war, es blieb kein anderer Ausweg übrig, als der Abschluß einer Militärconvention mit Preußen, durch welche die ganze hessische Division in das Bundesheer eintrat, in allen Stücken auf preußischen Fuß umgestaltet und für Krieg und Frieden einem preußischen Armeecorps zugetheilt wurde. Auf Grund dieses Vertrags zeichnete der Großherzog auch ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen, ganz wie die übrigen Südstaaten es im August 1866 gethan hatten. Als im Mai diese Documente ebenso wie die norddeutsche Bundesverfassung den hessischen Ständen zur Genehmigung vorgelegt wurden, erlebte Dalwigk den besondern Verdruß, daß in der zweiten Kammer nicht bloß diese Genehmigung mit überwältigender Mehrheit ertheilt, sondern noch dazu von den conservativen Abgeordneten Goldmann und Hallwachs ein Antrag auf vollständigen Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund gestellt wurde. Früher hatte, sahn wir, Bismarck auf eine entsprechende Anfrage im Reichstag erwidert, wenn die hessische Regierung einen solchen Antrag einbringe, werde er zunächst in Wien und in München sich erkundigen, wie man dort die Sache ansehe, und zweifle nicht, daß diese Höfe dem Begehren der hessischen Regierung nicht entgegen treten würden. Bei dem Erscheinen des Antrags Goldmann wandte sich darauf Dalwigk an den alten Freund und Genossen Beust und erhielt von diesem die erwünschte Auskunft, daß der Prager Friede den Eintritt eines Südstaats in den Nordbund verbiete. Dieses Rückhalts sicher, versagte der geistreiche Staatsmann es sich

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

nicht, den widerwärtigen Antrag mit spöttischer Ironie zu behandeln. Der Antrag, sagte er, sei ein Zeugniß der trefflichsten patriotischen Gesinnung, leider aber habe der Mangel staatsmännischer Einsicht die Urheber verhindert, die völlige Abwesenheit realer Gründe dafür wahrzunehmen. Einen Zerfall des Staats, wie sie ihn besorgten, würde Oberhessens besondere Lage und seine Unterwerfung unter die Bundesgesetze nicht herbeiführen; Rheinhessen habe ganz andere Einrichtungen als Starkenburg; zum Großherzogthum gehören und halten aber beide mit gleicher Festigkeit. Übrigens, wenn die Bundesgesetze gut wären, wer hindere uns, sie auch in den Südprovinzen einzuführen, oder, wären sie schlecht, Gott zu danken, daß wenigstens diese davon verschont blieben? Die Herrn glauben ferner durch den Eintritt des ganzen Staats in den Nordbund einen großen Schritt zur deutschen Einheit zu thun: auch damit reden sie als begeisterte Patrioten, aber auch damit verkennen sie gründlich die Lage. Gerade in seiner jetzigen Stellung, halb innerhalb, halb außerhalb des Bundes, sei Hessen am Besten befähigt, als Pionier für die deutsche Einheit zu wirken; sein Einfluß auf den Süden würde zerrinnen, wenn es einfach ein kleines Stück des norddeutschen Bundes würde. Jedoch, denke man darüber wie man wolle, schlechthin entscheidend gegen den Antrag sei die Thatsache, daß Bismarck im Reichstag das Einspruchsrecht Österreichs anerkannt[1]), sich aber über Österreichs Auffassung zur Sache gründlich getäuscht habe. Österreich würde dem Gesammteintritt Hessens keineswegs zustimmen, sondern darin eine formelle Verletzung des Prager Friedens sehen, und eine solche dem Grafen Bismarck zuzumuthen, sei, wie auf der Hand liege, für die hessische Regierung unmöglich.

Die Kammer aber war trotz alledem anderer Meinung. Unter Verwerfung eines Gegenantrags, die Regierung zu bitten, daß sie für den Abschluß eines Südbundes wirken möge, nahm sie den Antrag Goldmann ebenfalls mit großer Mehrheit an. Dalwigk hatte dann noch die Genugthuung, daß die erste Kammer, Standesherrn, Universität, Prälaten, zwar die drei Regierungsvorlagen nothgedrungen genehmigte, daß die Mitglieder aber, theils nach großdeutscher, theils nach klerikaler Gesinnung, wett-

[1]) Dies war übertrieben; Bismarck hatte nur gesagt, er würde es für zweckmäßig halten, sich mit Wien über die Auslegung des Prager Friedens zu verständigen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

eifernd Zorn und Schmerz über diese Documente ergossen und vollends den Antrag Goldmann mit allen gegen eine Stimme in hoher Entrüstung zurückstießen: Wie viel lieber, rief ein Fürst Ysenburg, stimmte ich für die Auflösung dieses Bundes als für den Eintritt in denselben. Niemals, seufzte der gelehrte Kanzler Birnbaum, war Deutschland so zerrissen wie jetzt. Ich kann, erklärte der Vertreter des streitbaren Bischofs Kettler von Mainz, über diese Bundesverfassung, welche dem Militarismus huldigt, die politische Freiheit vernichtet und Österreich aus Deutschland hinausstößt, nur das verwerfendste Urtheil aussprechen. Die zweite Kammer strich als Antwort auf diese Feindseligkeit den von Dalwigk bisher geleisteten jährlichen Geldbeitrag für eine Jesuiten-Niederlassung in Mainz. Die süddeutsche Militärgemeinschaft aber war für Darmstadt wie für Baden beseitigt.

Etwas Anderes hatte seit dem 7. April niemand von Darmstadt erwarten können. Überraschend aber war in dem dritten Südstaat, in Württemberg, eine militärische Maaßregel ganz ähnlicher Tendenz. Denn sonst waren gerade hier fast alle maaßgebenden Kreise, der Hof, das Ministerium, die Mehrheit der Kammern und draußen im Lande die sehr starke demokratische Partei einig in heftiger Abwendung von Preußen, und unter dem Officiercorps selbst gab es eine einflußreiche Gruppe, die im Einklang mit der Volkspartei und in schroffem Gegensatz zu den preußischen Grundsätzen die Württemberger Streitkräfte durch die Einführung des Schweizer Milizsystems auf eine gewaltige Kopfzahl mit kürzester Dienstzeit und geringen Kosten zu bringen trachtete. Ein Führer dieser Richtung, General von Hardegg, war durch populären Einfluß im Jahre 1866 Kriegsminister und dann der Feldherr der Württemberger in dem kurzen Kampfe gegen die preußische Mainarmee geworden. Wir haben gesehn, wie kläglich seine Leistungen bei Tauber-Bischofsheim und in den folgenden Tagen ausgefallen waren, was ihn jedoch so wenig wie den Herrn von Dalwigk hinderte, nach dem Frieden ruhig im Ministersessel sitzen zu bleiben. Allein während der Hof und die Kammern aus den preußischen Triumphen nur doppelten Haß gegen die Sieger zu folgern wußten, hielt es König Carl persönlich für seine Pflicht, unter den Ursachen des Unglücks auch die eignen Fehler aufzusuchen, diese kennen zu lernen und dann hoffentlich abzustellen. Er war weder ein hervorragender Geist noch ein überall selbständiger Charakter,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

aber erfüllt von redlichem Willen, eifrigem Fleiß und einer selbstlosen Aufrichtigkeit. Unter seinen Officieren war ihm der Verfasser einer Denkschrift über den Stand des militärischen Unterrichtswesens, die er als ganz vortrefflich anerkannt hatte, im Gedächtniß geblieben, ein junger Major im Generalstab, Albert von Suckow, ein Feuerkopf von unaufhaltsamer Logik, unerschrockener Thatkraft und rastlosem Thatendrang, ein Mann von allseitig durchdachten Grundsätzen, ein Idealist, der aus der Begeisterung für seine Ideale den felsenfesten Glauben an den Sieg der guten Sache zog und sich durch keine Feinde und keine Zweifel irre machen ließ[1]). Als er sich bei dem Könige aus dem Kriege zurück meldete, befahl ihm der Monarch: machen Sie mir einen Bericht über Ihre Erlebnisse im Feldzug. Suckow fragte: Befehlen Ew. Majestät, daß die Wahrheit darin steht? Der König sagte: ja, nur die Wahrheit und nur für meine Person. Nach vier Wochen reichte Suckow den Bericht ein, worin er schonungslos das Elend des dortigen Militärwesens so wie die Fehler der Hardeggschen Organisationen und Kriegführung aufdeckte, und so nach den Erfahrungen des Kriegsjahrs zu dem Schlusse kam, wie überhaupt Württemberg politisch nur existieren könne im engsten Verbande mit Preußen, und wie es speciell unmöglich sei, seinen Truppen Werth zu verleihen ohne den vollständigen Anschluß an die preußische Armee. Es seien also alle Einrichtungen der preußischen Armee entweder sogleich en bloc, oder doch nach festem Plane successiv einzuführen, ein preußischer General an die Spitze zu berufen, und die besten Officiere zur Erlernung des Dienstes nach Preußen zu commandiren, Alles zum Ziele des nationalen Bundes mit Preußen.

Der König las, rief zuweilen seinem Adjutanten Herrn von Spitzemberg zu, es sei doch stark, daß er sich solche Sachen von einem Unterthan sagen lassen solle, fügte aber jedes Mal gleich hinzu, er müsse eigentlich doch froh sein, jemand zu haben, der ihm die Wahrheit so furchtlos sage. Er sprach dies auch gegen Suckow selbst aus und verlieh ihm seinen Kronenorden. Dies ermuthigte Suckow, im November 1866 dem Könige eine neue Studie über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu überreichen und in dem Begleitschreiben zugleich die Ersetzung

[1]) Das Folgende nach Aufzeichnungen Suckow's.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Hardegg's durch den damals in Frankfurt[1]) befindlichen tüchtigen und conservativen Obersten von Wagner anheim zu geben. Als dann im December Hardegg einen Wehrentwurf auf Grundlage des Milizsystems ausarbeiten ließ (sechs Jahre Dienstzeit, in jedem Jahre zwei Monate Präsenz unter der Fahne), forderte der König wieder von Suckow ein Gutachten darüber; wie dies ausfiel, ist nicht nöthig zu sagen. Indessen auch Hardegg hatte einflußreiche Gönner, und die übrigen Minister fürchteten den Zorn der Kammermehrheit; der König schien bereits sich gefügt zu haben, als er sich im April 1867 plötzlich aufraffte, durch ein Immediatschreiben den Obersten von Wagner nach Stuttgart berief, ihn am 27. April zum Chef des Kriegsdepartements und zum Generalmajor ernannte, und ihm den ebenfalls beförderten Suckow zum Adjutanten und Chef des Generalstabs gab.

Damit hatten also die preußisch-deutschen Tendenzen im schwäbischen Kriegsministerium festen Fuß gefaßt. Ob dies aber zugleich eine Abwendung von der particularistischen Politik überhaupt bedeutete, mußte um so zweifelhafter erscheinen, als gleichzeitig auch ein Wechsel im Ministerium des Innern Statt fand, und an die Stelle des Herrn von Neurath, eines Parteigenossen von Hardegg, der Obertribunalrath Mittnacht trat, ein Staatsmann, der zwar kein Schwärmer für die Miliz, aber als entschiedener Großdeutscher mit ultramontanen Beziehungen durchaus kein Freund Preußens war. Er besaß, wie seine lange Ministerlaufbahn gezeigt hat, ein weit über das Mittelmaaß hervorragendes Talent, einen fest und stetig zur Herrschaft emporstrebenden Ehrgeiz, eine sichere Beobachtung der zur Zeit am Hofe oder im Lande vorwiegenden Strömung und ein seltnes Geschick, sich von ihr vorwärts tragen zu lassen, ohne dadurch die eigne Zukunft für den Fall eines Umschwungs zu compromittiren. Jetzt bei dem energischen persönlichen Eingreifen des Königs zu Wagner's Gunsten gab er wie die übrigen Minister diesem die Zusicherung, daß ihre gesammte Politik auf loyalen Anschluß an Preußen ausgehe, bemerkte aber zugleich, daß die Einführung des preußischen Militärsystems, z. B. der dreijährigen Friedenspräsenz, in Schwaben bei den Kammern unmöglich sei. Die Lage war also zur Zeit die

[1]) Bei der Bundes-Liquidationscommission.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

folgende. Dem König war der wesentliche Zweck die Erhaltung einer militärisch tüchtigen Armee; als unentbehrliches Mittel dazu ließ er sich auch eine sonst ihm nicht unbedenkliche Abhängigkeit von Preußen gefallen. Bei Wagner und Suckow fiel Mittel und Zweck zusammen: je vollständiger die Verbindung mit Preußen, desto besser für die Armee und das Land. Endlich Mittnacht und Varnbüler wünschten recht sehr eine brauchbare Armee, soweit das möglich wäre unter Erhaltung der innern Eintracht mit dem Volke und, darauf gestützt, der particularen Unabhängigkeit nach Außen, ähnlich wie es Hohenlohe in seiner Rede vom 19. Januar ausgeführt hatte. Wagner selbst verzichtete damals auf die dreijährige Präsenz und begnügte sich zu Suckow's großem Kummer mit der zweijährigen, allerdings mit einem stark vermehrten Mannschaftsstand. Auch ließ er sich durch Suckow bestimmen, ohne Zaudern das preußische Zündnadelgewehr einzuführen. Der König genehmigte den Antrag auf der Stelle; der preußische Kriegsminister lieferte umgehend die Gewehre und gab sogar für die Erlegung des Kaufpreises Credit bis zur Bewilligung des Geldes durch die Kammern Die Folge war wie in Baden die Annahme des preußischen Exercierreglements, zuerst für die Infanterie, bald auch für die Reiterei. Preußische Instructoren wagte bei der höfischen und populären Stimmung gegen die norddeutschen Brüder Wagner noch nicht kommen zu lassen; er begnügte sich einstweilen mit deren badischen Zöglingen.

So war trotz der Conferenzbeschlüsse vom 5. Februar Bayern in der Militärfrage völlig isolirt geblieben. Hohenlohe aber ließ sich dadurch nicht abschrecken, Anfangs Mai in Stuttgart, Carlsruhe und Darmstadt eine Vorlage über den von ihm geplanten weiteren Staatenbund zwischen Norddeutschland und den vier Südstaaten einzubringen.

Um die Bedeutung dieser Vorlage, welche in erster Linie das Zoll- und Handelswesen betraf, in volles Licht zu setzen, müssen wir vorher uns der Vergangenheit des Zollvereins erinnern.

Den politischen Werth des Zollvereins in dem ersten Menschenalter seines Bestehens hat man sehr oft erheblich überschätzt. Die Eröffnung eines großen innern Marktes hob rasch den Wohlstand aller betheiligten Territorien, wurde ohne Zweifel von der Mehrzahl der Kaufleute und Fabrikanten als

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

hocherfreulicher Fortschritt empfunden, und gewaltige Waarenmassen gingen unaufhörlich zwischen Norden und Süden hin und her. Der persönliche Verkehr aber zwischen den beiden Ländergruppen blieb auch nach der Entwicklung der Eisenbahnen gering, und namentlich in Bayern und Württemberg ließen die Einwohner sich zählen, welche durch eigne Anschauung sich Kenntniß von den Zuständen Norddeutschlands verschafft hatten. Der Zollverein war also weit entfernt davon, die politischen Gesinnungen in den einzelnen Staaten zu einem nationalen Gesammtgefühl zu verschmelzen; im Gegentheil, er verstärkte eher die particulare Widerhaarigkeit. Denn er war, wie es eben die Zeit mit sich brachte, aus demselben Holze wie der Bundestag geschnitten. Um sich nach Außen zu sichern, schufen die deutschen Staaten den Bundestag; um den innern Wohlstand zu heben, schlossen sie den Zollverein; hier und dort aber wahrten sie auf das Eifersüchtigste ihre souveräne Freiheit und Machtvollkommenheit. Man hatte den Zollverein gegründet, weil in Handelssachen ein wichtiger Bundesbeschluß vermöge der gesetzlichen Vorschrift der Einstimmigkeit niemals zu Stande kam: und siehe da, als der Zollverein gestiftet war, zeigte sich, daß die Staaten das liberum veto auch des Geringsten unter ihnen in den Verein mit hinüber genommen hatten. Damit war, wie im Bundestage, so auch im Verein, jede Änderung und Fortentwicklung verhindert. Deshalb schloß man den Verein, sicher nicht zum Vortheil der industriellen Interessen, stets nur auf zwölf Jahre; alle Verbesserungen kamen dann bei der Neugründung zur Sprache und erweckten, wie wir gesehn haben, jedes Mal eine heftige Krisis und langdauernde Zwietracht. Und zwar wurden die hier streitenden Interessen nicht von den durch ganz Deutschland verzweigten Parteien, sondern durch die Regierungen der einzelnen Staaten vertreten; der französische Handelsvertrag von 1862 führte zu einem Hader nicht nur zwischen Freihandel und Schutzzoll, sondern auch zu einem Kampfe zwischen Preußen und Sachsen auf der einen, und Bayern und Genossen auf der andern Seite. Man kam schließlich bei jeder solchen Krisis, meist den preußischen Forderungen entsprechend, zu einem Einverständniß, weil doch niemand die pecuniären Vortheile des Vereins einbüßen wollte. Aber Ärger, Widerwille und Argwohn blieben in den Gemüthern gegen Preußens Übergewicht zurück, namentlich bei den Süddeutschen,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

welche 1864 den preußiſchen Tarif ebenſo unbedingt hatten annehmen müſſen, wie zwei Jahre ſpäter die preußiſchen Friedensbedingungen.

Hohenlohe's Vorſchlag zu einem Staatenbunde that nun auf den erſten Anblick einen erheblichen Schritt in der Richtung auf das erſehnte Ziel der deutſchen Einheit. Der norddeutſche Bund, ebenſo wie die ſüddeutſchen Staaten, ſollten eine lange Reihe wichtiger Gegenſtände, außer dem Zoll- und Handelsweſen auch die indirecten Steuern zu Bundeszwecken, das Conſulatweſen, das Bankweſen, Münze, Maaß und Gewicht, der Geſetzgebung des neuen Staatenbundes, alſo Geſammtdeutſchlands, überweiſen. Zu dieſem Behufe würden dann Vertreter der ſüddeutſchen Regierungen zu dem norddeutſchen Bundesrathe hinzutreten, und die hiedurch erweiterte Behörde Geſetzentwürfe durch Mehrheitsbeſchlüſſe feſtſtellen, welche darauf durch parlamentariſche Zuſtimmung herrſchende Kraft gewinnen würden. Dies Alles hätte durchaus in der Linie des nationalen Fortſchrittes gelegen, hätte nicht ein kleiner Zuſatz dem Ganzen einen ſchreiend reactionären Charakter aufgeprägt. Über dieſe parlamentariſche Zuſtimmung ſollte nämlich nicht eine gemeinſame Volksvertretung, ſondern für jedes Geſetz im Nordbund der Reichstag, in jedem Südſtaat deſſen Kammern entſcheiden. Damit war denn das geliebte liberum veto in voller Blüthe wieder hergeſtellt. Und zwar ſollte es nicht bloß für das Zollweſen, ſondern für den ganzen Kreis der oben angeführten Verwaltungszweige gelten; es ſollte ein ablehnender Kammerbeſchluß eines einzelnen Staats nicht bloß für dieſen, ſondern für Geſammtdeutſchland das Geſetz beſeitigen. Jede Verbeſſerung auf dem Gebiete der materiellen Intereſſen wäre auch für den Nordbund von der Erlaubniß der Münchener Reichsräthe, der Württemberger Schutzzöllner, der Darmſtädter Standesherrn abhängig geworden. Der neue Staatenbund wäre nichts als ein Auszug aus dem alten Bundestag geweſen. Und es war der freundlichſt Geſinnte aller bayeriſchen Staatsmänner, der eine ſolche Vorlage einbrachte!

Allerdings ein langes Leben war ihr nicht beſtimmt. Varnbüler unterzeichnete ſie zwar ohne ſchweres Bedenken; er mochte meinen, daraus würde niemals etwas, er könne alſo ohne Gefahr dem Freunde den Gefallen thun. In Carlsruhe aber hob Freydorf unter andern Einwürfen ſofort den durchſchlagenden Punkt

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

hervor: nicht den einzelnen Kammern, sondern einem gemeinsamen Parlament müsse die entscheidende Beschlußfassung überwiesen werden[1]). Er theilte Bismarck den bayerischen Antrag mit und erhielt umgehend am 17. Mai die Antwort, die schlechthin verwerfend lautete[2]). Namentlich in den Zollangelegenheiten sei der einzig annehmbare Modus nicht die Abstimmung in acht süddeutschen Kammern, sondern die Bildung eines Zollparlaments; wenn Bayern dies nicht wolle, so sei die Fortsetzung des Zollvereins mit ihm unthunlich.

Auch auf diesem Gebiete brachte also die bayerische Regierung ein süddeutsches gemeinsames Handeln so wenig wie auf dem militärischen zu Stande.

Um so nachdrücklicher griff in diesem Augenblicke Bismarck ein. Im Nordbund war seit dem Abschluß des Reichstags Schritt auf Schritt zur wachsenden Consolidation geschehn. Ein Landtag nach dem andern genehmigte die Verfassung, nahm die Postverträge an, hatte keine Einwendung gegen eine Militärconvention mit Preußen. Bismarck, jetzt auch über Luxemburg beruhigt, dachte so wenig wie früher an schleunigen Eintritt der Südstaaten in den Bund, sondern beschränkte die nächste Aufgabe neben den Schutz- und Trutzbündnissen auf die Neugestaltung des Zollvereins. Zunächst sprach er auf Grund der Friedensverträge die Kündigung des Vereins auf den 31. December 1867 aus und lud am 28. Mai die süddeutschen Regierungen auf den 3. Juni zu Unterhandlungen über die neue Einrichtung des Vereines nach Berlin ein. Sofort sollte sich zeigen, auf welcher Seite die reale Macht der deutschen Lebensinteressen wirksam war.

Hohenlohe suchte vergeblich in einer Conferenz zu Nördlingen am 30. Mai den Stuttgarter Collegen auf den Wegen des bayerischen Staatenbundes festzuhalten. Varnbüler fand durch die Kündigung des Zollvereins die Lage gründlich verändert und eine Verständigung mit Preußen unerläßlich.

Allerdings stand nun der am 3. Juni vorgelegte preußische Entwurf im schroffsten Gegensatz zu Hohenlohe's soeben gescheitertem Vorschlag. Er begehrte die Ausmerzung des liberum veto aus der Gesetzgebung über Zoll- und Handelssachen und

[1]) Freydorf in der 2. badischen Kammer 14. October.
[2]) Poschinger, Bismarck als Volkswirth I.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

über die Beſteuerung von Zucker, Salz und Tabak. Die geſetzgebende Gewalt würde ausgeübt durch den erweiterten Bundesrath, in dem jede Regierung ſo viele Stimmen zu führen hätte, wie einſt im Plenum des alten Bundestags, ferner durch den norddeutſchen Reichstag, verſtärkt durch ſüddeutſche Abgeordnete, entſprechend den Regeln des im Nordbunde beſtehenden Wahlgeſetzes und im Beſitz aller parlamentariſchen Privilegien des Nordbundes. Für jeden Beſchluß ſei die übereinſtimmende Mehrheit der beiden Factoren erforderlich und ausreichend. Das Präſidium führe die Krone Preußen, mit der Befugniß, Handels- und Schifffahrtsverträge vorzubereiten, die Ausführung der Geſetze zu überwachen und die Änderung einer beſtehenden Einrichtung zu verhindern. Die ſonſtigen ſpeciellen Sätze des Entwurfs können hier um ſo mehr übergangen werden, als ſie großes Theils nur Wiederholung der alten Verträge waren.

Damit alſo war neben den Schutz- und Trutzverträgen eine weitere nationale Verbindung zwiſchen dem Norden und dem Süden, wie ſie der Prager Friede vorgeſehn hatte, beantragt. Der Zollverein, der eine Nothwendigkeit für beide Theile geworden war, galt jetzt, wenn er von dem alten Krebsſchaden des liberum veto gereinigt wurde, aller Welt für alle Zeiten geſichert. Einſichtige Particulariſten, welche mit Kummer die Unabweisbarkeit der neuen Wendung erkannten, waren andrerſeits erſtaunt, daß Bismarck dieſes unwiderſtehliche Mittel zur Erlangung weiterer Conceſſionen, z. B. auf dem militäriſchen Gebiete, ſchon jetzt aus der Hand gab: es war alſo wirklich ſein Ernſt, daß er auf den Eintritt der Südſtaaten in den norddeutſchen Bund in keiner Weiſe drängen und preſſen wollte. Die Verhandlung kam denn auch zu raſchem Abſchluß. Auf die angegebenen Bedingungen wurde ſchon am 4. Juni nicht bloß durch Baden, ſondern auch durch Württemberg und am 7. durch Heſſen ein Präliminarvertrag bindend unterzeichnet. Nur der bayeriſche Miniſter erklärte, da die Grundlagen der Berathung ſeiner Regierung bisher unbekannt geweſen, könne er den Entwurf des Vertrags nur als preußiſchen Vorſchlag betrachten und ſeiner Regierung alles Weitere vorbehalten. Indeſſen als er darauf nach München zurückkam, fand die Regierung ebenſo wie die Württemberger die Zurückweiſung unmöglich, beſchloß aber noch einen Verſuch auf Erwerbung etwas günſtigerer Bedingungen zu machen. Es wurde alſo Graf Taufſkirchen nach Berlin ge-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſchickt und fand den preußiſchen Miniſter äußerſt entgegenkommend: es wurde am 18. Juni verabredet, daß Bayern in dem erweiterten Bundesrathe nicht vier, ſondern ſechs Stimmen erhalten, daß bei Handelsverträgen mit Öſterreich und der Schweiz die angrenzenden Staaten an den Verhandlungen mit berathender Stimme Antheil nehmen, daß die Vertretung der Bevölkerung des Zollvereinsgebiets den Namen Zollparlament führen ſollte, wohl zu abſchreckender Erinnerung, daß ihm jede thatſächliche Erweiterung ſeiner Competenz über die Zoll- und Handelsſachen hinaus verboten ſei. Bismarck mochte zu dieſen kleinen Begehren die Achſeln zucken, blieb aber hier wie immer bei dem Grundſatze, wenn irgend möglich Bayern keine Bedingungen zu ſtellen, die ihm das Verhältniß zum Nordbunde zuwider machen könnten. Vielleicht hätte es nicht geſchadet, den ſüddeutſchen Landsleuten gelegentlich auch einmal die Mißlichkeit ihrer ſtolzen Vereinzelung zu Gemüthe zu führen. Denn einſtweilen machte dort im Lande Bismarck's freundliches Verfahren nicht ſo ſehr den Eindruck, daß man es mit einem patriotiſchen Genoſſen und ſtarken Beſchützer zu thun hätte, als daß dieſe Preußen die Überlegenheit des bajuvariſchen Kernvolks und die Berechtigung ſeines Sonderthums, wenn auch wider Willen, anerkennen müßten.

Indeſſen ging die Natur der Dinge ihren Gang. Am 26. Juni traten in Berlin die Vertreter aller Mitglieder des Nordbundes, ſämmtlicher Südſtaaten und des Großherzogthums Luxemburg zuſammen und unterzeichneten nach kurzer Verhandlung am 8. Juli den definitiven Zollvereinsvertrag auf Grund der vorläufigen Übereinkunft vom 4. Juni mit den vorher erwähnten bayeriſchen Zuſätzen. Die Dauer des Vertrags wurde zunächſt auf acht Jahre, vom 1. Januar 1868 bis zum 1. Januar 1876, feſtgeſetzt; von da ab ſollte ſie, wenn niemand kündigte, ſich auf zwölf weitere Jahre erſtrecken. Sobald wie möglich würde die Ratification erfolgen, welcher allerdings im Nordbund die Zuſtimmung des Reichstags, im Süden die der Kammern vorausgehn mußte.

Da man hier zwar manchen Widerſpruch vorausſah, aber an der endlichen Einigung nicht zweifelte, ſo ergab ſich ein ſehr erheblicher Fortſchritt in der nationalen Verbindung mit den Südſtaaten. Die Schutz- und Trutzbündniſſe waren bisher von keiner Seite angefochten, vielmehr hatte in Bayern der leitende Miniſter ſie in der Kammer als abſolut nothwendig empfohlen,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und in den drei andern Staaten waren die entsprechenden militärischen Einrichtungen wirksam begonnen. Vollends der Abschluß des Zollvereinsvertrags eröffnete für ein Gebiet von erheblicher Bedeutung die Aussicht auf ein gemeinsames Arbeiten aller deutschen Regierungen und Bevölkerungen, welches stärker als jedes andere Mittel die bisherigen Antipathien zwischen Süd und Nord auszulöschen geeignet schien. So war trotz aller Hindernisse eine tüchtige Strecke zum großen Ziel der deutschen Einheit zurückgelegt.

Unterdessen begann, eine so hoffnungsvolle Zukunft vor Augen, König Wilhelm die förmliche Gestaltung der Bundesregierung. Am 14. Juli wurde Graf Bismarck zum Kanzler des norddeutschen Bundes ernannt, am 12. August ein Bundeskanzleramt errichtet, für die dem Bundeskanzler obliegende Verwaltung und Beaufsichtigung der ihm durch die Verfassung zugewiesenen Gegenstände, und Rudolf Delbrück zum Präsidenten dieser Behörde bestellt. Am 15. August eröffnete der Bundesrath seine erste verfassungsmäßige Sitzung und empfing sofort von Bismarck mehrere wichtige Gesetzesvorlagen über Heimathrecht und Post- und Consulatswesen. Am folgenden Tage wurden seine Ausschüsse gebildet, und die allgemeinen Reichstagswahlen auf den 31. August anberaumt.

Mochte nun mehr als eine Partei bei der Behauptung bleiben, daß diese Verwaltung in sich unfertig und unvollkommen und für die Freiheit bedrohlich sei, bei dem Mangel juristisch verantwortlicher Minister und bei der Unklarheit des Verhältnisses zwischen dem Bundeskanzler und den Ministern der Einzelstaaten: eins ließ sich vom ersten Tage nicht läugnen, daß diese Maschine in sicherem und regelmäßigem Gange arbeitete und sehr rasch eine vielseitige und erfolgreiche Thätigkeit entwickelte.

Nur mit kurzen Worten müssen wir an dieser Stelle einige Regungen particularen Sinnes auf dem Boden des preußischen Staates selbst berühren, veranlaßt durch verschiedene Regierungsmaaßregeln in den annectirten Provinzen.

Wie früher berichtet, sollte in den neuen Provinzen die preußische Verfassung erst am 1. October 1867 zur Geltung kommen, und bis dahin die Regierung freie Hand zum Erlaß von Gesetzen haben, die sie zur Vorbereitung der vollständigen Verschmelzung des alten und neuen Staatsgebiets als zweckmäßig erachten würde. Die erste Maaßregel dieser Art, sahn wir, war

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die militärische Organisation, die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, die Bildung von drei Armeecorps. Dagegen erhob sich an keiner Stelle Beschwerde. Es folgten Verordnungen zur Anbahnung von Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, die in Hannover zuerst großes Mißbehagen hervorriefen, bald aber auch ihre Vortheile dem Volke anschaulich machten. Durchaus ungünstig aber wurde im Sommer 1867 die Thätigkeit des Justizministers Grafen zur Lippe aufgenommen. Zwar gegen die Einführung des preußischen Strafgesetzbuches ließ sich kein besonderer Tadel begründen; an sich ist gerade auf diesem Gebiet die Gleichmäßigkeit in allen Theilen des Staates eine Forderung der Gerechtigkeit, und das preußische Gesetz erschien auch inhaltlich den Sachverständigen vorzüglicher als z. B. das hannoversche. Ganz anders aber war die Stimmung, welche das gleichzeitige Erscheinen einer neuen Strafproceßordnung hervorrief. Es war nicht die bisher in Preußen geltende, die auch für die alten Provinzen fortdauern sollte, so daß hier also auf die Reichseinheit im ganzen Staate verzichtet wurde. Man will, sagten die annectirten Juristen, die mit ihrem bisherigen Strafprocesse ganz zufrieden gewesen, mit jenem Berliner Erzeugniß ein Experiment in corpore vili machen. Noch schärfer war die Kritik, als der Justizminister in Hessen und in Hannover eine lange Reihe specieller Änderungen in dem dort geltenden Civilproceßverfahren einführte, die von den Fachmännern und der Bevölkerung einstimmig als Verschlechterungen und Belästigungen empfunden wurden. Vollends als schwere Beleidigung wurde in jenen beiden Provinzen eine weitere Verordnung angesehn, durch welche für sämmtliche annectirte Lande ein gemeinsames Oberappellationsgericht in Berlin eingesetzt wurde. Denn seit mehreren Menschenaltern war man ebenso stolz in Hannover auf den unwidersprochenen Ruf des höchsten Gerichts in Celle, wie in Kurhessen auf die ebenso anerkannte Tüchtigkeit des höchsten Gerichts in Cassel: wozu diese vom Volke verehrten Tribunale erstes Ranges jetzt zu Appellhöfen zweiter Instanz erniedrigen? Und auch hier war nicht die Einheit des Staats der treibende Grund gewesen. Denn die Verordnung schuf neben dem fortbestehenden preußischen Obertribunal ein zweites höchstes Gericht, während die preußische Verfassung ausdrücklich vorschrieb, es solle für den ganzen Staat nur Ein höchstes Gericht bestehn.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Wenn nun schon diese Dinge vielfachen Verdruß im Lande verbreiteten, so erhob sich mit geringerem Rechte ein wahrer Sturm von Verwünschungen gegen die gleichzeitigen Maaßregeln der preußischen Finanzverwaltung. Es war nicht so sehr das am 1. Juli eintretende preußische System der directen und der Stempelsteuern, welches durch eine recht fühlbare Steigerung der Abgabenlast die Gemüther in so heftige Bewegung brachte. Denn man hatte dies von Anfang an erwartet, da unmöglich fünf verschiedene Steuersysteme in der Monarchie neben einander fortbestehn konnten; auch war es unläugbar, daß wenn der Staat jetzt mehr als früher forderte, er jetzt auch mehr als früher leistete, und daß sein System den Mehrbetrag der Steuer von den Wohlhabenden erhob und die Ärmeren erleichterte. Nach vielfachen Klagen im Einzelnen beruhigte sich also in dieser Beziehung die Stimmung binnen kurzer Zeit. Was aber den Kelch der Verstimmung zum Überlaufen brachte, war eine weitere königliche Verordnung vom 5. Juli, welche alle Activcapitalien der annectirten Staaten mit dem preußischen Staatsvermögen vereinigte und unter die Verwaltung der Generalstaatscasse in Berlin stellte. Dies betraf in Hannover den Domanial-Ablösungs- und Veräußerungsfonds, in Kurhessen den Staatsschatz und den Laudemialfonds (aufgesammelte Ablösungsgelder), in Schleswig-Holstein Überschüsse der Verwaltung aus den letzten Jahren, in Nassau Capitalbestände bei der Domänenverwaltung. Obgleich das Eigenthum an diesen Capitalien und die Verfügung darüber, ohne Beschränkung durch Rechte anderer Personen oder Corporationen, aller Orten der Staatsgewalt zugestanden hatte, und mithin durch die Annexion an den preußischen Staat übergegangen war, sah die öffentliche Meinung vor Allem in Kurhessen in der Verordnung vom 5. Juli einen Act der Gewalt und der Beraubung. Jene Capitalien waren rechtmäßiges Eigenthum Kurhessens und müssen dem rechtmäßigen Eigenthümer bleiben. Vor Allem erregte die Vereinigung des hessischen Staatsschatzes mit dem preußischen Staatsvermögen einen grimmigen Zorn. Denn jener Schatz enthielt die Millionen, welche einst der Landgraf für die zum amerikanischen Kriege verkauften Soldaten von England erhalten hatte, das Blutgeld, über dessen Besitz späterhin Kurfürst und Stände Jahrzehnte lang gestritten hatten, bis endlich durch einen Vertrag von 1831 die eine Hälfte der kurfürstlichen Familie als Hausschatz, der Besitz und die Verwaltung

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der andern der Staatsregierung unter ständischer Verwaltung als Staatsschatz übertragen wurde. Man behauptete jetzt in Kurhessen, durch jenen Vertrag habe der Staatsschatz den Charakter einer unantastbaren hessischen Landesstiftung erhalten, und so zweifelhaft dieser Rechtsanspruch erscheinen mußte, so begreiflich war nach der Entstehung des Schatzes die tiefe Erbitterung bei der ihm angedrohten Auflösung. Das preußische Ministerium mahnte dagegen die Zürnenden durch einen am 15. Juli veröffentlichten Erlaß, zu bedenken, welche Stellung die Regierung im Hinblick auf das Staatsganze in dieser Frage einzunehmen genöthigt sei. Den neuen Provinzen sei Schonung ihrer berechtigten Eigenthümlichkeiten zugesagt und werde sicherlich gewährt werden. Aber eine Grenze für die Fortdauer bestehender Besonderheiten ergebe sich durch das unerläßliche Erforderniß der Staatseinheit. Das kirchliche, das communale Leben, das Privatrecht, die Verwaltung in den Localinstanzen könne ihre Besonderheiten bewahren. Aber es gebe ein Gebiet, wo jede Besonderheit zu einer Bevorzugung oder Benachtheiligung gegenüber den übrigen Staatsangehörigen werde: das sei die Betheiligung an den Staatslasten und die Nutzung des Staatsvermögens; hier müsse Gemeinschaftlichkeit und Gleichheit durch alle Theile des Staatsgebiets walten. Deshalb also sei jetzt die gleiche Besteuerung für alle Provinzen der Monarchie eingeführt; deshalb sei beabsichtigt, die Staatsschuld der annectirten Provinzen mit der preußischen zu verschmelzen; und nach demselben Grundsatz sollten wie die Schulden so auch die Activcapitalien der neuen Landestheile mit dem übrigen preußischen Staatsvermögen unterschiedlos verschmolzen werden. Gegen alle Gerechtigkeit würde es verstoßen, wenn den neuen Provinzen der Mitgenuß an dem in Altpreußen aufgesammelten Staatsvermögen gewährt, und daneben ihnen allein die dortigen Capitalien als Sondervermögen überwiesen würden. Ganz nach denselben Grundsätzen regelte ein weiterer Erlaß auch die rechtliche Natur und die Verwaltung der Staatsdomänen und Forsten in den neuen Provinzen.

Juristische Einwendungen ließen sich gegen den Standpunkt dieser Erlasse nicht wohl entdecken, und die öffentliche Meinung in Altpreußen stimmte ihnen nachdrücklich zu. Der einzige hier hervortretende Unterschied betraf die Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Die extremen Parteien, Hochconservative und Demokraten, hier in seltener Übereinstimmung, erklärten, dieser an-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

maaßenden Nörgelei gegen alles Preußiſche müſſe man mit doppelter Strenge Reſpect einbläuen, während die Mittelparteien mahnten, durch verſöhnliches Entgegenkommen den nicht ganz unberechtigten Unwillen zu beſchwichtigen. Übrigens blieben auch in den annectirten Provinzen die Erlaſſe nicht ganz ohne Wirkung. In Hannover, Naſſau und vollends in Schleswig-Holſtein konnte man nicht verkennen, daß man ein recht ſchlechtes Geſchäft gemacht, wenn man die Activa, dann aber auch die Paſſiva aus der alten Zeit als Sonderbeſitz behalten hätte. Nur in Kurheſſen fand das umgekehrte Verhältniß Statt, freilich in kleinem Maaßſtabe, mit einer Differenz zu Gunſten der Activzinſen von rund 100000 Thaler. Übler war die Stadt Frankfurt daran, deren bisherige Steuern zum größten Theil als Communallaſten beſtehn blieben, wo dann die preußiſche Staatsſteuer in vollem Umfang neu hinzuwuchs, und endlich bei der Auseinanderſetzung der Schulden zwiſchen Commune und Staat der preußiſche Fiscus über drei Millionen bisheriger Staatslaſten, alſo von ihm zu übernehmender Schuld, der Commune zuſchob.

Indeſſen ſo wichtig die Geldfrage den neuen Provinzen erſchien und ſo verſchieden ſich hier und da das Gewinn- und Verluſtconto ſtellte, auf dem tiefſten Grunde lag bei Allen noch ein anderer Verdruß. Gleich nach der Annexion hatte die preußiſch oder national geſinnte Partei die Bitte an die Regierung gebracht, wo Änderungen an den beſtehenden Zuſtänden unvermeidlich würden, ſie nicht bloß durch die Berliner Geheimräthe feſtſetzen zu laſſen, ſondern dazu den Rath einheimiſcher, der Sitten und der Bedürfniſſe kundiger Vertrauensmänner vorher zu vernehmen. Dieſes Geſuch aber war bis dahin unerhört geblieben; beinahe ein Jahr war vergangen, und die Regierung hatte in dieſer Zeit die wichtigſten Umwälzungen ohne irgend eine Mitwirkung der davon betroffenen Bevölkerung verfügt. Erſt nachdem die harte Einziehung alles Staatsvermögens befohlen war, wurde endlich aus Hannover eine Gruppe Vertrauensmänner zur Beſprechung weiterer Reformen nach Berlin berufen; und nach dem bisherigen Verfahren fürchtete man auch von dieſen Berathungen nur immer ſchärferes Centraliſiren und Nivelliren, und dieſe Beſorgniß ſetzte ſich durch ſämmtliche annectirte Gebiete fort.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Jedoch es kam beſſer als ſie es gedacht. Der Miniſter des Innern Graf Eulenburg erfüllte, was der Erlaß vom 15. Juli in Ausſicht geſtellt hatte. In den kirchlichen und communalen Angelegenheiten, im Privatrecht und in der Localverwaltung durch die Landdroſteien und Ämter ſollten keine weſentlichen Neuerungen Statt finden; für die provinzialen Intereſſen ſollten als Vertreter der Bevölkerung Kreisſtände und ein Provinziallandtag eingerichtet werden. Nur als die Vertrauensmänner erklärten, zu gedeihlichem Wirken dieſer Selbſtverwaltung ſeien materielle Mittel, alſo ein angemeſſener Theil des Staatsvermögens, als Provinzialfonds unerläßlich, erwiderte Graf Eulenburg, da den altländiſchen Provinziallandtagen ſolche Geldmittel fehlten, ſei er zur Zeit nicht in der Lage, darüber eine beſtimmte Zuſicherung zu geben.

Indeſſen auch dieſem Wunſche ſtand bei einer höhern Inſtanz die Erfüllung bevor, und ſollte dann für ganz Preußen der Ausgangspunkt einer folgenreichen Entwicklung werden.

König Wilhelm weilte damals zum Gebrauche ſeiner gewohnten Brunnenkur in Ems, alſo im annectirten Lande. Er war eifrig bemüht, die neuen Verhältniſſe kennen zu lernen, und verſtand zu fragen. Dorthin kam der aus kurfürſtlicher Zeit beſtehende Ausſchuß des heſſiſchen Landtags, um ihm eine ausführliche Immediateingabe über das kurheſſiſche Staatsvermögen zu empfehlen und insbeſondere die dringende Bitte um Erhaltung des durch das Blut der Landeskinder erworbenen Staatsſchatzes vorzutragen. Das Herz des milden Monarchen wurde bewegt: er trat in eine eingehende Verhandlung mit den Herrn ein und beſchied ſie am 30. Juli, er habe die Maaßregel vom 5. ſiſtirt und eine neue Unterſuchung angeordnet, in welcher die Anſprüche des Landes volle Würdigung finden würden.

Wenige Tage nachher, am 4. Auguſt, kam Bismarck nach Ems und blieb dort unter täglichen Vorträgen bei dem Könige bis zum 9. Natürlich wurde dabei neben den norddeutſchen Bundesſachen auch die Einrichtung der neuen Provinzen beſprochen. Später hat Bismarck, wie wir ſehn werden, die Anſicht des Königs energiſch vertreten; jedesfalls hat er damals keine Umſtimmung desſelben bewirkt.

Denn als der König am 15. Auguſt die Rückreiſe nach Berlin antrat, machte er den Umweg über Frankfurt und erklärte hier der Deputation des Senates ebenſo unumwunden wie

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

vorher den Heſſen, es ſeien Irrthümer und Mißverſtändniſſe in Beziehung auf ihre Stadt vorgekommen, die er von Berlin aus zu beſeitigen hoffe. Dann am Abend in Caſſel, wurde er mit lebhaftem Jubel empfangen und wiederholte, was er ihnen in Ems geſagt, die gemachten Fehler könnten verbeſſert werden und ſollten deshalb auch Abhülfe finden; jedenfalls ſollte der heſſiſche Staatsſchatz nur für Bedürfniſſe des heſſiſchen Landes verwandt werden.

Dieſes perſönliche Eingreifen des Königs, die plötzliche Siſtirung eines von ihm genehmigten Miniſterial-Erlaſſes, der öffentlich über ſeine höchſten Berather verhängte Tadel machte im ganzen Lande einen um ſo tieferen Eindruck, je weniger es den gewohnten Vorſtellungen über conſtitutionelle Regierung entſprach. Der König ſagte gleich nach ſeiner Ankunft in Babelsberg: ich bin zurückgekommen, um wieder gut zu machen, was meine Herrn Miniſter verdorben haben. „Ich ſah," ſchrieb er im weitern Verlaufe der Angelegenheit, „daß jene Menge von Verordnungen im Juni die Stimmung in den neu erworbenen Landestheilen in hohem Grade verſchlimmerten. Als ich dies nach genauer Prüfung erkannt, und von den Mißgriffen der Behörden mich überzeugt hatte, war es meine Pflicht, Maaßregeln zu ergreifen, um dieſe Mißgriffe wieder gut zu machen. Noch iſt Preußen nicht daran gewöhnt, ſeinen König von den Maaßregeln ſeiner Regierung zu trennen. Daher muß der König zu Zeiten in die Breſche treten, wenn er Fehler in dem umgeſchaffenen Staatskörper ſieht."

Immerhin war damit die Sache noch nicht erledigt. Denn der in erſter Linie betroffene Finanzminiſter von der Heydt reichte ſogleich ſeine Entlaſſung ein, was dem Könige ebenſo unerwünſcht war wie die Mißſtimmung der Annectirten. Nähere Erörterungen zeigten dann, daß in der Sache eine Verſtändigung ſich erreichen ließ. Der heſſiſche Staatsſchatz war freilich weggegeben. Im Übrigen mochten die ſonſtigen Capitalien in der Hand der Centralregierung bleiben, und dieſe dann nach der Weiſung des Königs weiter erwägen, welche Geldmittel der Provinz Hannover, und weiterhin auch den andern für ihre Specialintereſſen zu überweiſen ſeien. Dem Streite über Frankfurt machte der König ein raſches Ende, indem er die Summe, welche der Stadt nach ſeiner Auffaſſung zu Unrecht entzogen war, ihr aus ſeiner Privatchatoulle erſtattete. So blieb von der Heydt Miniſter, und die Regierung

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

schritt auf dem mit den hannoverschen Vertrauensmännern begonnenen Wege weiter fort. Eine Versammlung kurhessischer, eine andere schleswig-holsteinscher Vertrauensmänner folgten rasch auf einander mit gleichen Berathungen und Ergebnissen wie die der Hannoveraner.

Das Auftreten des Königs in Ems und Cassel hatte in der That dort seinen Zweck auf der Stelle erreicht. Die schmerzliche Aufregung legte sich; ein allgemeines Ruhebedürfniß machte sich fühlbar. Die Reichstagswahlen vollzogen sich am 31. August unter mäßiger Theilnahme der Bevölkerung, und das Ergebniß war, gerade in den annectirten Provinzen, ein Wachsthum der regierungsfreundlichen Mehrheit.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

2. Capitel.

Ratification der Zollvereinsverträge.

Nachdem Bismarck durch das Rundschreiben vom 7. September 1867 den Charakter der deutschen Bundespolitik so energisch festgestellt hatte, beschränkte sich am 10. September die Thronrede König Wilhelm's bei Eröffnung des ersten ordentlichen Reichstags des norddeutschen Bundes auf die Darlegung der geschäftlichen Aufgaben, die Ankündigung mehrerer Gesetzentwürfe, so wie die Vorlage des Jahresbudgets, und schloß mit der Erklärung: es ist eine Arbeit des Friedens, zu der Sie berufen sind, und ich vertraue, daß unter Gottes Segen das Vaterland sich der Früchte Ihrer Arbeit in Frieden erfreuen wird.

Die sofort beginnenden Wahlprüfungen lieferten bis zum 17. September 191 genehmigte Mitglieder und damit die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es wurde gleich an diesem Tage zur Präsidenten-Wahl geschritten, und schon hier zeigte sich die relative Stärke der Hauptparteien. Der altliberale Simson erhielt unter Zusammenwirken aller Liberalen mit den Freiconservativen 132, der conservative Graf Eberhard Stolberg 53 Stimmen. Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten vereinigten sich Liberale und Conservative auf den freiconservativen Herzog von Ujest mit 158 gegen 27 Stimmen der Fortschrittspartei für Löwe (Calbe). Zweiter Vicepräsident wurde Bennigsen mit 99 liberalen gegen 44 conservative und 29 fortschrittliche Stimmen.

Die Fortschrittspartei hatte also bei den letzten Wahlen wenig gewonnen. Um so fester war ihr Entschluß, jedem Widersacher bei jeder Gelegenheit ihre radicale Kritik fühlbar zu machen.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Dem Hause lagen zwei Anträge auf Erlaß einer Adresse als Antwort auf die Thronrede vor, ein nationalliberaler von Miquel und Genossen, ein anderer des Grafen Stolberg im Namen der conservativen Partei, beide ziemlich gleiches Inhalts und eigentlich nur verschieden in der Ausdrucksweise. Es bezeichnete die vorherrschende Stimmung, auf dem Boden der einmal angenommenen Verfassung so einig und so rasch wie möglich vorzugehn, daß ohne große Mühe ein Ausschuß der Nationalliberalen, Conservativen und Freiconservativen aus den beiden Entwürfen einen dritten gemeinsamen herausarbeitete, der also, wenn die Regierung ihm nicht widersprach, einer großen Mehrheit sicher war.

Neben der Erklärung der Dankbarkeit für das bisher im nationalen Sinne Erreichte war darin der Hauptpunkt eine kräftige Zustimmung zu dem Rundschreiben vom 7. September; wir werden, hieß es, jedem Wunsche der Südstaaten zu nationaler Verbindung mit dem Norden freudig entgegenkommen; erst mit ihrem Eintritt in den norddeutschen Bund wird das große nationale Werk vollendet sein. Der Prager Friede, sagte am 24. September der Berichterstatter Planck, ist dagegen kein Hinderniß: er spricht Österreichs Zustimmung zu einer künftigen Neugestaltung Deutschlands (des ganzen, nicht bloß des nördlichen) aus; er gibt den Südstaaten die Freiheit, einen besondern Bund unter gewissen Modalitäten zu bilden; die Südstaaten sind aber nach der Auflösung des alten Bundes vollkommen unabhängig und souverän, und da sie alle von einem Südbund nichts wissen wollen, so ist der ganze diesen betreffende Satz der Friedensurkunde null und nichtig. Wir aber, fuhr Planck fort, haben die Pflicht, die Verbindung mit dem Süden zu betonen und unsere Übereinstimmung mit dem Rundschreiben vom 7. zu erklären. Im Süden ist die Stimmung getheilt; um so mehr müssen wir auf die kräftigen Schritte Badens antworten und unsere Gesinnungsgenossen in den andern Staaten ermuthigen.

Zuerst die Fortschrittspartei erhob sich zum Widerspruch. Allen süddeutschen Thatsachen in das Angesicht erklang wieder in mannichfachen Variationen die alte Melodie, daß nur durch Gewährung größerer Freiheitsrechte der Süden zu gewinnen sei. Begnügt Euch nicht mit leeren Worten, rief ein sächsischer Abgeordneter, proclamirt die Grundrechte von 1849, das wäre eine That. Vergebens hatte Hohenlohe unter dem Beifall der ganzen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

bayerischen Kammer vor der übermäßigen Centralisation des Nordbundes gewarnt; jetzt rief der Abgeordnete Günther: nur der constitutionelle Bundesstaat könnte im Süden Anklang finden, d. h. also ein verantwortliches Reichsministerium, und damit Verstärkung der Centralisation. Dann folgten Klagen, daß die Anrufung des Südens in der Adresse dem französischen Kaiser als eine Herausforderung erscheinen, neue Kriegssorgen, Störung des Verkehrs, Sinken des Credits veranlassen könnte. Nationales Selbstbewußtsein zeigte sich in diesen Worten, die nur den Pariser Gegnern den Muth zur Einmischung erfrischen konnten, ebenso wenig wie politische Voraussicht.

Darauf erneuerten die Polen ihre Verwahrung, daß sie nicht in einen deutschen Bund gehörten und gehören wollten. Nach ihnen klagte Bebel die Regierung an, daß sie Luxemburg nicht im deutschen Bunde festgehalten hätte. Bismarck erwiderte, jetzt unumwundener als am 1. April, daß sowohl Luxemburgs Bundespflicht als Preußens Besatzungsrecht mit der Sprengung des alten Bundes erloschen gewesen: wer von Ihnen, fragte er, hätte deshalb einen großen Krieg auf sich nehmen wollen? In anderer Weise lehnte er Hänel's Vorwurf über die Preisgebung Nordschleswigs an eine Abstimmung der überwiegend dänischen Bevölkerung ab. Dort wohnen, sagte er, Deutsche und Dänen gemischt durcheinander, das Nationalitätsprincip kann also an dieser Stelle keine Anwendung finden. Alles stände übrigens besser, fügte er hinzu, wenn die Haltung der Schleswiger weniger particularistisch gewesen, wenn sie nicht zu Gunsten dynastischer Interessen vergessen hätten, daß sie Deutsche sind.

Gegen die Adresse erhob Bismarck seinerseits keine Einwendung. Der Reichstag, sagte er, erklärt darin dem Süden, dem Auslande, den Bundesregierungen, auf welche Überzeugungen bei ihm gerechnet werden kann. Immer aber machte Bismarck den Vorbehalt: wir verstehn ihn dahin, daß er uns nicht zu schnellerem Betreiben des Eintritts auffordern will. In dieser Frage ist nichts zu übereilen. Wenn einmal die Zeiten sich erfüllen, wenn der ganze Süden mit dem ganzen Norden die Einheit will, dann wird auch kein deutscher Staatsmann stark genug sein, sie hindern zu **können**, und keiner muthig oder kleinmüthig genug, um sie hindern zu **wollen**.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wurde darauf die Adresse mit 157 gegen 58 Stimmen angenommen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

König Wilhelm war damals abwesend auf Burg Hohenzollern. Er empfing dort die Adresse aus Simson's Hand am 3. October. Mit Freuden, sagte er, nehme ich sie entgegen, denn sie liefert den Beweis, daß die Saat des vorigen Jahres glücklich aufgegangen ist; sie spricht Gesinnungen und Hoffnungen aus, welche die Meinigen sind, und die einst ihrer Erfüllung entgegen reifen können. Auch ihm also lag daran, vor aller Welt zu bekunden, daß er bei voller Achtung vor den Rechten der süddeutschen Souveräne von dem nationalen Gedanken erfüllt sei.

Zu besserer Übersicht der Thätigkeit des Reichstags wird es zweckmäßig sein, über seine Arbeiten nicht nach deren chronologischen Folge zu berichten, sondern sie nach ihrem Inhalt in drei Gruppen zusammen zu fassen, die Berathungen über die Finanzen, über die Gesetzesvorlagen und schließlich, mit dem Hinblick auf die süddeutschen Kammern, über die Zollvereinsverträge.

Zunächst trat der Reichstag in die Berathung des Finanzetats für 1868 ein. Im Allgemeinen herrschte die Ansicht, daß hier, wenige Monate nach der Gründung des Bundes, nur vorläufige Ansätze möglich, und folglich auch nur summarische Beurtheilung am Platze sei. Immerhin kam es an einzelnen Stellen zu lebhaften Erörterungen. Zum Etat des neugeschaffenen Bundeskanzler-Amtes erläuterte Delbrück, daß zu seinem Wirkungskreise demnächst Post und Telegraphie, ein Theil des Handels- und Gewerbewesens, die Thätigkeit der Consulate und die Aufsicht über die Verwaltung der Zölle und der indirecten Steuern gehören würde. Für dies Alles würde also der Bundeskanzler verantwortlich sein. Sofort aber erhoben sich Bedenken. Es sollten doch auch Bundessache das Kriegswesen, die Marine, die Auswärtigen Angelegenheiten sein. Wenn sie hier beim Bundeskanzler-Amte keine Erwähnung finden, sollen sie fortfahren, von den betreffenden preußischen Ministern unter deren Verantwortung verwaltet zu werden? sollen diese dann der Bundesgewalt oder nur im preußischen Staate verantwortlich sein? Das unerschöpfliche Thema der Ministerverantwortlichkeit ließen sich bei so schöner Gelegenheit die Redner der Fortschrittspartei natürlich nicht entgehn. Allerdings war es einleuchtend, daß eine feste Abgrenzung der Competenz für die preußischen und die Bundesbeamten auf die Dauer nicht zu entbehren war, aber nicht minder lag zu Tage, daß die Bundesbehörden noch im

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Beginn ihrer Entwicklung standen, und nichts richtiger war, als gemäß den Bedürfnissen der Praxis erst künftig ihre definitive Gestaltung festzustellen. Bismarck machte dem zwecklosen Streite durch die Erklärung ein Ende, daß er auch für Heer, Marine und Auswärtiges die Verantwortung für die Anordnungen des Präsidiums als Bundeskanzler übernehme, mithin, soweit auf diesem Gebiete preußische Minister beschäftigt blieben, als deren Vorgesetzter handeln werde.

Der Militär-Etat wurde bekanntlich nach der Verfassung einstweilen dem Hause nur zur Kenntnißnahme vorgelegt, von sachlicher Kritik konnte also keine Rede sein. Dennoch aber fand die Opposition einen Punkt heraus, um nach ihrer Auffassung des Budgetrechts eine Lanze dafür zu brechen. Wir erinnern uns jener Militärconventionen zwischen Preußen und den verbündeten Kleinstaaten; deren Contingente waren dadurch, von einigen Ehrenrechten abgesehn, unter preußische Verwaltung getreten; dafür hatte Preußen einen Nachlaß an den verfassungsmäßigen Kosten der Truppe (225 Thaler für den Kopf) bewilligt, der dann stufenweise geringer würde, so daß bis zum Jahre 1876 überall der volle Betrag erreicht wäre. Die Kleinstaaten hatten sämmtlich erklärt, ohne eine solche Erleichterung würde durch die plötzlich eintretende Last ihr ganzer Haushalt zerdrückt werden, und auch im Reichstag hatte gegen die Einrichtung kein Mensch etwas einzuwenden. Immerhin betrug für 1868 der Erlaß rund eine Million, so daß die Matricularbeiträge für das Bundesheer von 67 auf 66 Millionen heruntergingen, damit aber auch eine etwas ungleiche Belastung für die verschiedenen Staaten entstand. Deshalb bedurften dann nach der Verfassung jene Verträge, so weit sie sich auf die Geldfrage bezogen, der Zustimmung des Reichstags. Die Regierung hatte bei der Harmlosigkeit der Sache geglaubt, diese Zustimmung durch eine kurze Erwähnung der Verträge bei der betreffenden Position im Etat erwirken zu können, wurde aber von Lasker, Planck und Bennigsen belehrt, daß dazu die Vorlage der Verträge und ein förmlicher Antrag auf deren Genehmigung erforderlich sei, welche dann auch unbedenklich erfolgen würde. Es gab aber noch einen andern Standpunkt. Waldeck erklärte, daß er nimmermehr die Verträge genehmigen werde; denn, einmal anerkannt, verpflichteten sie bis 1876 den Reichstag, die danach festgesetzten Matricularbeiträge zu bewilligen. Nun, be-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

willigen wolle er allerdings diese Beiträge, Jahr für Jahr, aber in jedem Jahr nur nach freier Entschließung, nicht gebunden durch Vertragspflicht. Er beantragte also, die Erwähnung der Verträge im Etat zu streichen, damit das Budgetrecht des Hauses ungebunden und ungeschmälert bleibe. Dieses Wort rief bei den altpreußischen Nationalliberalen alle Erinnerungen an die Conflictszeit wach; die Partei spaltete sich, und Waldeck's Antrag wurde mit 113 gegen 110 Stimmen angenommen.

Es war freilich eine kurze Siegesfreude. Einige Wochen später erfolgte die amtliche Vorlage der Verträge an das Haus, und nach kurzer Verhandlung trotz Waldeck's erneuertem Einspruch die Genehmigung durch eine überwältigende Mehrheit.

Einen ähnlichen Verlauf hatte die Erörterung des Marine-Etats. Die Regierung dachte 1868 so mäßige Summen zu verbrauchen, daß die Vertreter der Hansestädte diese Bescheidenheit lebhaft beklagten. Zugleich aber legte sie einen Gründungsplan für die Kriegsflotte vor, nach welchem binnen zehn Jahren eine ganz stattliche Zahl von Schlachtschiffen, Korvetten und kleinern Fahrzeugen erbaut, und zugleich für die Küstenvertheidigung gesorgt werden sollte; zur Bestreitung der Kosten wurde die Bewilligung einer Anleihe von zehn Millionen Thalern vorgeschlagen. Die Mehrheit nahm den Entwurf beifällig auf, aber auch hier regte die Opposition schwere Zweifel an. Obgleich man wegen der Bedürfnisse der Kleinstaaten die Matricularbeiträge um eine Million hatte herabsetzen müssen, empfahl Herr von Kirchmann die im Marine-Etat für 1868 begehrten $3^1/_2$ Millionen nicht durch eine Anleihe, sondern durch Matricularbeiträge aufzubringen, da auf diese Art das Budgetrecht des Hauses besser gesichert würde. Waldeck stimmte ihm mit Nachdruck bei. Einst hatte im preußischen Abgeordnetenhause die Opposition einzelne Marine-Ausgaben verweigert, weil kein Gründungsplan für die Flotte vorlag, an dessen Ausführung sich die Regierung für mehrere Jahre gebunden, dessen Genehmigung aber auch das Haus zur entsprechenden Bewilligung der Kosten auf mehrere Jahre verpflichtet hätte. Heute lag der Gründungsplan vor, Waldeck aber kehrte jetzt den Spieß um: wir dürfen unser Budgetrecht nicht auf lange Jahre aus der Hand geben, also keine Anleihe für zehn Jahre, sondern nur die Kosten für 1868 bewilligen. Er wollte zudem das neugeborene Kind, den norddeutschen Bund, nicht gleich mit Schulden be-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

lasten, und fand überhaupt Deutschland zu schwach für die Schöpfung einer großen Schlachtflotte. Mit derselben heitern Unbefangenheit, mit der er im März die Mittel zur Annexion von Böhmen und Mähren verkündet hatte, lehrte er jetzt, die Vorbedingung zur Entwicklung einer deutschen Seemacht bestehe darin, daß man Dänemark und Holland, diese Ausläufer des deutschen geographischen Gebiets, die sehr gut zu Deutschland gehören könnten, nothwendig an sich ziehe.

Twesten erledigte das constitutionelle Bedenken durch einen von der Regierung sofort genehmigten Antrag, in jedem Jahre solle der aus der Anleihe zu verwendende Betrag durch den Etat festgesetzt werden. Darauf wurde die Anleihe mit großer Mehrheit genehmigt.

Zu den wichtigsten Einnahmequellen des Bundes gehörte das Salz und die Post. Beide waren neu zu reguliren.

In Preußen hatte früher das Salzmonopol bestanden, mit dem Verkaufspreis von $2^1/_4$ Thalern für den Centner. Hannover hatte eine Steuer von 2 Thalern auf den Centner. Eine Anzahl der kleinern Staaten erfreute sich des Monopols. So gab es trotz des Zollvereins auf norddeutschem Boden eine Menge Salzgrenzen zu schwerer Belästigung des Verkehrs und nicht geringen Kosten der Verwaltung. Deshalb hatte Preußen im Frühling allen Staaten des Zollvereins den Vorschlag gemacht, überall eine Salzsteuer von 2 Thalern als gemeinschaftliches Einkommen des Zollvereins zu verabreden, natürlich unter der Voraussetzung daß der Zollverein erhalten bleibe. Die Norddeutschen waren sogleich einverstanden gewesen, die Süddeutschen hatten sich eine Zeitlang gesträubt, weil sie mehr Salz verbrauchten als die Bevölkerung im Norden, also bei der Ertragsgemeinschaft einigen Schaden erlitten. Endlich aber legten sie sich zum Ziele, und der Vertrag wurde am 8. Mai geschlossen. Auch im Reichstage wurden seine Vortheile allgemein anerkannt, das Sinken des Salzpreises von $2^1/_4$ auf 2 Thaler, das Verschwinden der Salzgrenzen. Aber die Fortschrittspartei erklärte, eine jede Steuer auf ein so nothwendiges Lebensbedürfniß auch der ärmern Classe sei absolut verwerflich, und Herr von Hoverbeck stellte den Antrag, die Steuer von 2 Thalern solle wegfallen am 1. Januar 1877 (dem Termin, bis zu dem der neue Vertragsentwurf den Zollverein einstweilen erstreckte). Delbrück erwiderte, jeder Zusatz zu dem verabredeten Text vernichte den Vertrag

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

vom 8. Mai, die Südstaaten würden dann mit Freuden zurücktreten, im Norden aber Monopol und Salzgrenzen bleiben. Wie solle man andrerseits den Ausfall der Steuer, beinahe 8 Millionen, ersetzen? Waldeck that bei dieser Frage die charakteristische Äußerung: wenn Hoverbeck's Antrag verworfen wird, so stimmen wir gegen das ganze Gesetz; darin besteht der Unterschied zwischen uns und der andern Seite des Hauses, daß wenn wir ein gutes Gesetz nicht erlangen können, wir das schlechtere verwerfen, die Andern aber in diesem Falle dieses annehmen.

Das Unerreichbare begehren, das Erreichbare zurückweisen, jedes Compromiß verachten, das ist in der That die Politik des Radicalismus.

Indessen bekannte sich dazu nur eine kleine Gruppe im Reichstag. Hoverbeck's Antrag wurde mit 143 gegen 52 Stimmen abgelehnt, und darauf das unveränderte Gesetz auch von einem Theile der Opposition, also fast einstimmig, angenommen.

Was das Postwesen betraf, so hatte auch hierüber die preußische Regierung im Juli durch eine Conferenz mit den Südstaaten zu einigen gemeinsamen Einrichtungen zu kommen gesucht, die beiden Königreiche aber hatten sich dabei schlechthin ablehnend verhalten und die völlige Unabhängigkeit ihres Postregals als ein unveräußerliches Kronrecht betrachtet. Um so leichter kam im Reichstag die neue Organisation auf Grund der früher von Stephan verhandelten Verträge zu Stande. Die Commission des Hauses hatte den Gesetzentwurf so sachverständig behandelt, daß ihre sämmtlichen Änderungen sofort von den Bundescommissaren angenommen wurden. Nur ein von Becker-Dortmund (Fortschritt) veranlaßter Zusatz, das Briefgeheimniß und dessen gesetzliche Ausnahmen betreffend, wurde aus formalen Gründen heftig bestritten. Jedoch ließ sich der Bundesrath bei der zweiten Lesung den Satz des lieben Friedens wegen gefallen. Denn, sagte man, der Bundesrath will, wie das Haus, das Briefgeheimniß, und wie er, will auch das Haus die Ausnahmen. Was ferner seit Jahren vergeblicher Wunsch gewesen, das einstufige Briefporto, ein Groschen für den frankirten Brief bis zu einem Loth Gewicht, ohne Unterschied der im Bundesgebiet zu durchlaufenden Entfernung wurde damals erreicht, und damit eine weitere Erleichterung des Verkehrs von größter Tragweite geschaffen. Wie sehr die hier begründete Verwaltung, damals unter Philippsborn's, später unter Stephan's Leitung, in

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

stets wachsendem Maaße ihre Solidität und Leistungskraft während Friedens- und Kriegszeiten bekundet, welche mächtigen Verdienste sie weit über die Grenzen des Vaterlandes hinaus sich um die Entwicklung des gesammten Weltverkehrs erworben hat: das steht glänzend vor Aller Augen.

Nicht minder bedeutend war für die Festigkeit des Bundes der glückliche Abschluß eines vielumstrittenen, unzählige Male geforderten legislativen Actes, des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste. Auferbaut auf den in der Bundesverfassung festgestellten Grundlagen passirte es jetzt die Stadien der parlamentarischen Verhandlung fast ohne Widerspruch. Die Commission des Hauses hatte 22 Verbesserungsanträge eingebracht, der Regierungskommissar erklärte zum Beginn der ersten Lesung, daß der Bundesrath 19 davon als solche anerkenne und annehme. In der Generaldebatte entwickelte Waldeck noch einmal seine Begeisterung für die Landwehr als die echte Volkskraft im Gegensatz zur Linie, Liebknecht aber empfahl das Milizsystem der Schweiz, bei dem das Volk selbst seine Freiheit nach Innen und Außen schütze, während das preußische Linienheer 1806 von dem auswärtigen Feinde sich habe schlagen lassen, 1849 die Freiheit in Sachsen und Baden erdrückt habe. Im französischen Revolutionskrieg seien die deutschen Linientruppen an dem französischen Volksheer zerschellt; als Napoleon dieses allmählich zum Linienheere gemacht, sei er 1813 der preußischen Volkskraft erlegen. Es war nicht wohl möglich, den historischen Thatsachen stärker zu widersprechen, als es diesen beiden Rednern gelang [1]).

[1]) Es mag hier nur kurz daran erinnert werden, daß in Preußen die Linie ebenso wie die Landwehr zur Volkskraft, und die Landwehr ebenso wie die Linie zu einer geschulten und disciplinirten Armee gehört. Der Unterschied zwischen beiden besteht nur darin, daß die Soldaten der Linie unter, die der Landwehr über 27 Jahre alt sind, und jene ausschließlich von Berufsofficieren geführt werden.

Im Jahre 1813 waren Linie und Landwehr gleich oberflächlich ausgebildet, und bezahlten dies mit entsetzlichen Verlusten. Es wird nur zu häufig übersehn, daß Napoleon's große Armee 1812 zu Grunde gegangen war, und der größte Theil seiner Truppen 1813 ebenfalls aus oberflächlich ausgebildeten Recruten bestand, die höchst widerwillig zum Dienst gepreßt worden, und deshalb der todesmuthigen Begeisterung der Preußen nicht gewachsen waren.

Über das französische „Volksheer" von 1793 bitte ich den dritten Band meiner Geschichte der Revolutionszeit, so wie die trefflichen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

In der Specialdebatte wurde die von der Regierung vorgeschlagene Dienstfreiheit der Quäker und der Mennoniten gestrichen, eine von Hoverbeck bestrittene Vollmacht für die Regierung, bei erscheinendem Bedürfniß einzelne Kriegsreservisten auf kurze Zeit auch im Frieden einzuberufen, anerkannt, sonst das Gesetz nach den Commissionsbeschlüssen genehmigt, und damit die erste Quelle des großen Armeeconflicts auf langehin geschlossen.

Für den innern Ausbau des jungen Bundesstaates waren noch drei Gesetzentwürfe, über die Nationalität der Kauffahrtei-Schiffe, die Bundesconsulate und das Bundesschuldenwesen, bestimmt, von welchen die beiden letzten wesentlich nach dem Muster der entsprechenden preußischen Gesetze ausgearbeitet waren. Die beiden ersten fanden nach eingehender Prüfung die Zustimmung des Hauses. Bei dem letzten bewirkte der freiconservative Bethmann-Hollweg eine vom finanziellen Standpunkt aus nicht unbedenkliche Vorschrift, daß eine Zinsconvertirung nur unter Genehmigung des Reichstags erfolgen dürfte; ferner aber setzten Miquel und Genossen einen Zusatz durch, welcher die Beamten der Schuldenverwaltung civilrechtlich haftbar für jede Abweichung von den Vorschriften des Gesetzes erklärte und dem Reichstag zur gerichtlichen Verfolgung der Schuldigen Vollmacht gab. Delbrück äußerte auf der Stelle schwere Bedenken gegen den Beschluß. Es lag auf der Hand, daß die Verfolgung solcher Fehler eines Beamten gesetzlich die Pflicht seiner vorgesetzten Behörde, hier also in letzter Instanz des Bundeskanzlers, war; auf diesen also wäre nach Miquel's Antrag eine gerichtliche Verantwortung gelegt worden, welche bei der Berathung der Verfassung der Reichstag abgelehnt hatte. Der Bundesrath setzte in der That den Beschluß über das so umgestaltete Gesetz einstweilen aus, verfügte also in milder Form die Ablehnung, womit dann allerdings auch die Realisirung der eben für Marinezwecke beschlossenen Anleihe von 10 Millionen Thaler bis zur Verständigung über die durch Miquel angeregte constitutionelle Streitfrage hinausgeschoben wurde. So verdrießlich diese Folge des Zwiespalts für die Regierungen auch war, so fest blieben sie auch in der Behauptung des bestehenden Verfassungsrechtes, welches weder eine gerichtliche Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers, noch ein darauf ge-

Schriften von Camille Rousset über die Freiwilligen von 1792 und die levée en masse von 1793 zu vergleichen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

richtetes Klagerecht des Reichstags kannte. Um so gewisser aber dachten sie durch die That zu zeigen, daß auch eine Regierung ohne verantwortliche Minister ein warmes Herz für die Freiheitsrechte des Volkes haben konnte. Ein von dem Bundesrathe vorgelegter Gesetzentwurf hob mit einem Federstrich den Paßzwang auf, der mehrere Menschenalter hindurch alle Schichten der Bevölkerung beim Reisen behindert und am Schwersten auf der dienenden und arbeitenden Classe gelastet hatte, die bei der geringsten Ortsveränderung ihre Wanderbücher vorzulegen hatte. Dabei waren die Vorschriften in den einzelnen Staaten, ja sogar in einzelnen Städten desselben Staates äußerst verschieden. In Preußen war seit 1862 diese Verwaltung in mehrerer Beziehung milder geworden; nur in Berlin blieb durch eine gesetzlose Praxis der Polizei die Befugniß, jedes ihr bedenkliche Individuum, Ausländer oder Inländer, aus der Stadt zu weisen. Die Mittelstaaten hatten 1865 für die höhern Stände Erleichterung gewährt, die Pflicht der niedern aber ungeändert gelassen. Die glänzendsten Beispiele polizeilicher Allmacht wurden aus Mecklenburg berichtet, wo genau genommen kein Staatsbürger ohne ministerielle Genehmigung sich eine Reise in das deutsche Ausland verstatten durfte. Das neue Gesetz verwandelte für die gesammte Bevölkerung den Paßzwang in ein Paßrecht. Liebknecht, der in frühern Jahren mehrmals durch polizeiliche Ausweisung aus Berlin schwere Beschädigung erlitten hatte, beantragte, von Lasker unterstützt, Verbot jeder Ausweisung auch der Ausländer, fand aber bei der Mehrheit kein Gehör. Das Gesetz wurde unverändert angenommen.

In engem Zusammenhange hiemit stand eine weitere Regierungsvorlage, ein Gesetz über die Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet. Delbrück, der gleich im Beginn der Verhandlung die Zustimmung des Bundesraths zu allen Verbesserungsvorschlägen der Commission bis auf einen erklären konnte, bezeichnete die Aufgabe des Gesetzentwurfs als die erste Entwicklung des fruchtbaren Keims, der durch den Begriff des Bundesindigenats in der Verfassung niedergelegt sei. Mit Freuden hätte man die Entwicklung weiter geführt, es sei aber zur Zeit ohne eine vollständige Zerrüttung der äußerst verschiedenen Gemeindeordnungen in den Bundesstaaten unmöglich gewesen. Das Gesetz, wie es zur Beschlußnahme gelangte, gestattete jedem Bundesangehörigen Aufenthalt und Niederlassung an jedem Orte des Bundes, stellte

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

in dieser Beziehung alle Confessionen gleich (was bisher nicht überall geschehen war), verfügte die Fähigkeit zum Erwerb für Grundbesitz, ertheilte die Freiheit zum Betrieb eines Handwerks mit gleichem Recht wie den Einheimischen. Nicht berührt wurden durch das Gesetz die Rechtsordnungen über die Gemeindeangehörigkeit, das Ortsbürgerrecht, die Theilnahme an den Gemeinde-Nutzungen und an der Armenpflege. Die Ansiedlung wurde in jeder Hinsicht erleichtert, und die polizeiliche Befugniß zur Ausweisung auf einzelne bestimmte Fälle beschränkt. Noch einmal wiederholte Liebknecht hier seinen oben erwähnten Antrag, um so weniger mit Erfolg, als er ihn mit einer von giftigem Haß gegen Preußen, das Land der Sclaverei, erfüllten Rede motivirte.

Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Noch haben wir von zwei wichtigen aus der Initiative des Reichstags hervorgegangenen Gesetzentwürfen zu berichten.

Schon in dem preußischen Landtag dieses Jahres hatte Lasker einen Antrag auf Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen eingebracht, der von dem Abgeordnetenhause angenommen, in dem Herrenhause aber bis zum Schlusse der Session verschleppt worden war. Jetzt im Reichstage entwickelte Lasker auf's Neue die jetzt zum Gemeingut gewordenen Gründe, daß Geld wie alle andern Güter eine im Werthe schwankende Waare sei, daß der ohnmächtige Versuch, diesen Werth gesetzlich zu fixiren, gerade dem verständigen Wirthe die Anschaffung der ihm nöthigen Capitalien erschwere, den liederlichen Schuldenmacher aber vor der Aussaugung durch den Wucherer nicht zu schützen vermöge. Die Grundbesitzer der conservativen Partei sahn auf den Antrag mit mißtrauischen Blicken; sie fürchteten davon bei ihren Anleihn schwerere Zinsbelastung und beantragten Aussetzen des Beschlusses, bis für den Credit des Grundbesitzes durch eine verbesserte Hypothekenordnung und Einrichtung von Hypothekenbanken anderweitig gesorgt wäre. Die liberalen Parteien waren mit diesen Wünschen vollkommen einverstanden, wollten aber ihren Antrag deshalb nicht in eine unbestimmte Zukunft verschieben. Da erhob sich Bismarck mit der Erklärung, daß er Lasker's Antrag zustimmen würde, auch wenn es noch nicht gelänge, seine Verbindung mit einer Reform des Hypothekenwesens herbeizuführen. Wohl aber halte er diese für höchst wünschenswerth, und werde fortfahren in dem Bestreben, durch die Bundes-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gesetzgebung zu erreichen, was er seit fünf Jahren vergeblich auf dem Gebiete der Landesgesetzgebung erstrebe. Die Fesseln der Hypothekengesetze schädigten den Credit viel stärker als die Zinsbeschränkung; ihn durch Errichtung von Hypothekenbanken — allerdings ohne Zuschüsse des Staats — zu befreien, heiße eine Ungerechtigkeit wegschaffen, welche der Bund gewiß nicht so lange fortfristen würde, wie es die Landesgesetzgebung gethan hat. Mit lebhafter Freude begrüßte Lasker dies Versprechen des Kanzlers, das Hypothekenwesen „der todten Hand der preußischen Gesetzgebung" zu entziehn und in den Reichstag zu verlegen, und hier mit frischer Energie Übelstände fortzuräumen, die nur durch ihre Zähigkeit sich bisher behauptet hätten.

Noch in anderer Beziehung ist diese Verhandlung merkwürdig. Es ist die erste, in der ein deutsches Parlament das socialdemokratische Banner in offener Entfaltung sah. Die Zahl der anwesenden Socialisten war noch nicht groß, vier oder fünf, wenn ich nicht irre, und diese unter einander durch bittern Haß gespalten: die nationalgesinnten Lassalleaner Schweitzer und Försterling, die Kosmopoliten Bebel und Liebknecht, und dazu der christlich-sociale Geheimrath Wagener. Über Lasker's Antrag nahm Schweitzer das Wort. Er verkündete den socialistischen Grundsatz von der Todfeindschaft zwischen Capital und Arbeit, von der rechtlosen Ausbeutung der Arbeiter durch den Capitalisten, von dem innern Kriege unter den Capitalisten selbst im unbarmherzigen Wetteifer der Concurrenz. Jetzt wolle man, rief er, dem schmählichsten Wucher die gesetzliche Weihe geben und damit die Waffen des großen Capitalisten zur Vernichtung des kleinen vermehren. Er freue sich dieser Maaßregel, da sie den Prozeß der Selbstauflösung des ganzen Systems beschleunige; ich stimme, sagte er, für den Antrag aus Bosheit.

Lasker und Braun (Wiesbaden) legten mit scharfem Nachdruck die Grundlosigkeit der ganzen Erörterung dar. Braun stellte ihm das liberale Princip entgegen: es ist Thorheit, von einem Gegensatz zwischen Capital und Arbeit zu reden, Capital ist aufgespeicherte Arbeit, Arbeit ist flüssiges Capital. Wir werden sogleich noch Weiteres über das Thema vernehmen.

Das Haus nahm den Antrag Lasker mit kleinen Änderungen an, und auch der Bundesrath gab ihm nach kurzer Zeit seine Zustimmung.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Nach weitern 25 Jahren fand sich allerdings die Gesetzgebung veranlaßt, mit harten Strafvorschriften gegen den Wucher sich zu beschäftigen.

Nachdem der nationalliberale Führer für weitere Befreiung des Capitals gewirkt hatte, kam gleich nachher ein Antrag der Fortschrittspartei, Schulze-Delitzsch, Becker-Dortmund und Genossen, auf weitere Befreiung der Arbeit zur Erörterung.

Seit langer Zeit bestanden in Preußen und anderwärts Verbote von Verabredungen und Vereinigungen, sei es der Arbeitgeber oder der Arbeiter, behufs der Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen, namentlich mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter; weiterer strafrechtlicher Verfolgung unterlagen dabei vorkommende Contractbrüche, sowie gewaltsame Versuche, jemanden zur Theilnahme an einem Ausstande zu zwingen.

Der Antrag Schulze begehrte kurz und rund die Aufhebung aller dieser Bestimmungen, mit dem Zusatze, daß jeder Arbeitgeber jeden Arbeiter annehmen, jeder Arbeiter bei jedem Arbeitgeber eintreten könne, unter Wegfall aller hindernden Vorschriften der bestehenden Gewerbe-Ordnungen.

Im Allgemeinen begegnete der Antrag einer günstigen Stimmung im Hause, wenn es auch zweifelhaft erschien, ob er nicht in einzelnen Punkten zu weit ginge, und ob er unter den gegebenen Rechtsverhältnissen so kurzer Hand sich würde durchführen lassen, eine Frage, welche die Antragsteller nach radicaler Weise keiner Berücksichtigung werth erachteten. Es kam denn auch von den Freiconservativen ein Gegenantrag: den Bundeskanzler aufzufordern, auf Grundlage eines 1866 im preußischen Landtage eingebrachten, aber nicht zum Beschluß gediehenen Entwurfs (welcher die Coalitionsfreiheit ertheilte, aber ihren Mißbrauch mit Strafe bedrohte), eine näher erwogene Gesetzvorlage ausarbeiten zu lassen.

Die Nationalliberalen standen dem Antrag Schulze näher und begnügten sich mit zwei Verbesserungsvorschlägen, einem von Bähr und Genossen, nach welchem das Gesetz auf Seefahrer und auf Hausgesinde keine Anwendung finden solle, einem andern von Lasker und Genossen, daß jedem Theilnehmer an einer unter dies Gesetz fallenden Coalition jeder Zeit der Rücktritt von solchen Verabredungen freistehe, und aus letzteren weder Klage noch Einrede Statt finde.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Die Debatte richtete ihre Aufmerksamkeit, wie begreiflich, weniger auf die Arbeitgeber, als auf die Arbeiter. Hier erörterte sie nach allen Seiten deren Lage und Bedürfnisse, und vor Allem den Anspruch jedes Arbeiters auf gleiche persönliche Freiheitsrechte mit allen andern Classen der Bevölkerung. Die Frage, in welche Stellung der Staat gegenüber einer weitern Entwicklung der socialistischen Arbeitercoalitionen gegenüber einem fest geschlossenen Verbande von vielen tausend Clubs mit Millionen Mitgliedern gerathen könne, wurde nicht aufgeworfen, trotz der nahe liegenden Erinnerung an die Leistungen der französischen Jacobiner von 1792.

Im Namen der Antragsteller bezog sich Becker (Dortmund) in erster Linie auf das allgemeine gleiche Stimmrecht. Es sei unmöglich, einer großen Classe von Bürgern das Vereinsrecht zu verschränken, nachdem man ihnen die höchste Function, die Wahl der Gesetzgeber, eingeräumt habe. Bismarck schwieg zu dieser logisch sehr anfechtbaren Folgerung aus dem von ihm bevorzugten Wahlsystem. Wagener (Neustettin) erklärte sich gegen den Antrag, als völlig nutzlos für die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Ricardo und Lassalle, sagte er, haben das eherne Lohngesetz bewiesen, nach welchem die Concurrenz den Lohn des Arbeiters niemals über das Minimum der Kosten seiner Existenz emporsteigen lasse: daran könne so wenig, wie an irgend einem Naturgesetz, die Coalitionsfreiheit etwas ändern. Helfen könne den Arbeitern nur die Einrichtung von Productiv-Associationen, wobei eine Genossenschaft von Arbeitern selbst die Leitung und das Risico des Geschäfts übernähme, der Staat aber das erforderliche Gründungscapital dazu liefere.

Es ist verwunderlich, mit welcher Sicherheit damals das Evangelium vom ehernen Lohngesetz verkündet wurde, obgleich schon in jener Zeit einleuchtend sein mußte, daß die Concurrenz, die Voraussetzung des angeblichen Gesetzes, in jedem Augenblick durch Vereinigung der Concurrenten aufgehoben werden kann. Bekanntlich hat dann auch neuerlich die socialistische Partei das eherne Lohngesetz officiell zum alten Eisen geworfen, da ihre Arbeiter selbst dessen vernichtende Widerlegung lieferten, indem sie alljährlich Tausende und Hunderttausende für ihre Parteizwecke zu ersparen vermochten. Die Rentabilität der Productiv-Associationen in ihren verschiedenen Formen ist heute noch eine offene Frage: uns interessirt an dieser Stelle besonders die

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Erklärung, mit der Lasker die von Lassalle und Wagener geforderte Staatshülfe zu deren Errichtung ablehnte.

Nachdem er die Coalitionsfreiheit nach denselben Gesichtspunkten wie Becker (Dortmund) gefordert, wandte er sich gegen die angebliche Todfeindschaft zwischen Capital und Arbeit, welche mit wachsender Bildung und deshalb auch mit wachsender Freiheit der Arbeiter mehr und mehr verschwinden würde. Der Antrag wolle also den Arbeitern freieres Feld für ihre Thätigkeit und deren Früchte verschaffen. Aber, fuhr er fort, man solle nicht, wie Wagener, ihnen sagen, daß sie einen Anspruch auf Geschenke vom Staate hätten, ohne dafür das Entsprechende geleistet zu haben. Wenn ein Mensch in seiner Jugend nichts lerne, als Steine klopfen oder Lasten tragen, so sei er nicht berechtigt, vom Staate hohe Einkünfte zu begehren.

So einfach dies für viele seiner Zuhörer klingen mochte, so scharf bezeichnete es den vielleicht tiefsten Gegensatz zwischen der liberalen und der socialistischen Partei, die höhere Werthschätzung hier der geistigen, dort der Handarbeit.

Die Verhandlung wandte sich darauf zu der Prüfung, ob und wie dem möglichen Mißbrauch der Coalitionsfreiheit durch gesetzliche Vorschriften zu steuern sei. Vor Allem zwei Fragen kamen hier zur Sprache:

Die erste: soll in dem Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter der Contractbruch unter Strafe gestellt werden?

Die zweite: soll ein Specialgesetz die Arbeiter mit Strafe bedrohn, die bei einem Ausstande ihre fortarbeitenden Genossen thätlich mißhandeln oder in Verruf erklären?

Der freiconservative Abgeordnete Devens sprach kräftig dagegen. Die Urheber des Verrufs werde man nicht erkennen; Mißhandlungen würden schon nach dem allgemeinen Gesetz bestraft: wozu also ein Ausnahmegesetz, welches bei den Arbeitern als eine sie allein treffende Freiheitsbeschränkung die furchtbarste Erbitterung hervorrufen würde? In gleichem Sinne erklärte Schweitzer: die Ausstände, wenn auch Anfangs verlustreich für die Arbeiter, werden sich fort und fort als das einzige Mittel zur Regulirung der Löhne wiederholen; thun Sie also dazu, durch Fortschaffung aller Schranken Ordnung und Mäßigung zu bewahren.

Ganz anders lautete die Ausführung des Abgeordneten Stumm. Die Coalitionsfreiheit sei überhaupt nicht durchführbar

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

vor einer Revision der in den Bundesstaaten bestehenden Gewerbe-Ordnungen. Sodann mache sie auch eine Revision der Armen-Gesetze erforderlich. Wenigstens würde nach den preußischen die Gemeinde die durch selbstgewollten Ausstand hungernden Arbeiter ernähren müssen, was doch unmöglich die Absicht des Hauses sein könne. Unter allen Umständen müsse bei der Coalitionsfreiheit die Minorität gegen den Zwang der Majorität geschützt sein, sowohl durch den Antrag Lasker, daß aus Verabredungen dieser Art kein Klagerecht erwachse, sondern jedem Theilnehmer zu jeder Zeit der Rücktritt freistehe, als auch durch besonders scharfe Strafbestimmungen gegen Verruf und Mißhandlung der Minorität. Denn beides sei nicht Verletzung, sondern Erhaltung der persönlichen Freiheit.

Gegen die strafrechtliche Verfolgung des Contractbruchs bei einem Ausstande hatten Lasker und Andere die Gehässigkeit eines Ausnahmegesetzes betont, welches die Arbeiter vor das Strafgericht weise wegen einer Handlung, die sonst in aller Welt nur die civilrechtliche Klage auf Entschädigung zur Folge habe.

Stumm bemerkte dazu, ohne auf die juristische Erörterung einzugehn: die Aufhebung des Strafgesetzes gegen Contractbruch würde in erster Linie den Arbeitern schaden. Denn da die Civilklage auf Entschädigung fast immer unfruchtbar sein würde, so würden mit dem Wegfall der Strafdrohung die Arbeitgeber sich genöthigt sehn, bei ihren Contracten jede Kündigungsfrist auszuschließen, oder eine Cautionsleistung durch Lohnabzüge herbeizuführen.

Die Gegner rügten, daß Stumm das ganze Verhältniß durchaus einseitig vom Standpunkte des Arbeitgebers betrachte. Nun wohl, Stumm war ein Arbeitgeber, aber daß er zugleich ein nach allen Beziehungen einsichtiger Beobachter war, haben die nächsten Jahrzehnte nach seiner Rede in volles Licht gesetzt. Seit der Aufhebung der Strafe gegen Contractbruch hat sich, wie er es vorausgesagt, die Beseitigung jeder Kündigungsfrist für beide Parteien im Arbeitvertrag durch immer weitere Zweige unserer Industrie verbreitet. Daß seine Forderung des kräftigen Schutzes der Minorität bei Arbeiter-Coalitionen wohl begründet war, hat die Erfahrung in stets wachsendem Maaße gezeigt; man kann sagen, sie sei zum springenden Punkte in der socialistischen Bewegung geworden. Das Verfahren der im Ausstande befindlichen Schaar, die fortarbeitenden oder neu eintretenden

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Werkleute mit Waffengewalt zum Ausstande zu zwingen, wird aller Orten so weit wie möglich geübt und laut als unveräußerliches Freiheitsrecht verkündet. Dieses Freiheitsrecht zur Erdrückung der Freiheit ist logisch widersinnig, praktisch aber höchst begreiflich. Denn gelangt es zur Anerkennung, so sind die Arbeiter die Herrn der Industrie, und Herrschaft, nicht Freiheit ist das Ziel der Partei.

Entsprechend den ersten Worten Stumm's erhob sich jetzt Delbrück zu der Erklärung, daß ohne Zweifel die Zeit der Beschränkungen der Coalitionsfreiheit vorüber sei. Aber für die sofortige Erlassung eines Gesetzes sei die Lage der Dinge noch nicht reif; es sei unerläßlich, daß eine Revision der Gewerbe-Ordnungen ihr vorhergehe.

Auf die Entschließungen der Mehrheit hatte diese Erklärung, daß für jetzt aus der Sache nichts werden würde, wenn überhaupt einen Einfluß, dann nur den, daß man bei der Abstimmung im Einzelnen nicht mehr an das Erreichbare, sondern nur an das Wünschenswerthe dachte. Die beiden nationalliberalen Amendements wurden angenommen, sodann die Strafdrohungen gegen Contractbruch und Mißhandlung der Minorität beseitigt, der aufschiebende Antrag der Freiconservativen und ein Antrag auf Einrichtung von Schiedsgerichten abgelehnt, und schließlich der ganze Gesetzentwurf mit 129 gegen 71 Stimmen angenommen.

Der Bundesrath versagte ihm dann die Bestätigung.

Wir wenden uns jetzt zu der Hauptaufgabe der ganzen Session, der Verhandlung über die Zollvereinsverträge vom 8. Juli, in welche der Reichstag am 8. October eintrat.

Die Lage der Dinge im Süden war damals die folgende.

Bereits ist oben erwähnt worden, mit welcher Entschlossenheit noch vor Bismarck's Rundschreiben der Großherzog von Baden am 5. September in seiner Thronrede zur Eröffnung des Landtags seinen Willen ausgesprochen hatte, der nationalen Einigung mit dem norddeutschen Bunde nachzustreben. Ganz in diesem Sinne empfahl der patriotische Fürst seinen Ständen die Annahme der preußischen Schutz- und Trutzbündnisse, die vollständige Durchführung der norddeutschen Kriegsverfassung bei dem badischen Contingent, die Zustimmung zu der neuen Form des

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Zollvereins. Er ſtellte im Innern eine Reihe liberaler Geſetzentwürfe über Miniſterverantwortlichkeit, über den Schutz der parlamentariſchen Redefreiheit, über die Preſſe, das Vereinsweſen, den Volksunterricht, ſowie eine fortſchreitende Erweiterung des Eiſenbahnen- und Landſtraßen-Netzes in Ausſicht, und erſuchte um die Bewilligung der zu dieſen Zwecken erforderlichen Steuererhöhung. Zum Schluſſe deutete er die Hoffnung an, daß eine gemeinſame deutſche Ordnung des Poſt- und Telegraphen-, des Münz-, Maaß- und Gewichtsweſens bald zu erreichen ſein werde.

Am 10. September ſprach die mit allen gegen eine Stimme angenommene Adreſſe der erſten, am 16. die mit allen gegen fünf Stimmen beſchloſſene Adreſſe der zweiten Kammer die vollſtändige Übereinſtimmung der Volksvertretung mit dem Inhalt der Thronrede aus. Vierzehn Tage ſpäter genehmigte die zweite Kammer, wieder mit allen gegen eine Stimme, die geſetzliche Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, und am 5. October trat die erſte Kammer einſtimmig dieſem Beſchluſſe bei. Schon damals war alſo irgend ein Zweifel an der Annahme der Verträge durch Baden unmöglich.

In ſcharfem Gegenſatze zu dieſer Geſinnung wurden die Verträge in Württemberg mit einem Chorus wilder Verwünſchungen begrüßt. Die Volkspartei und die Schutzzöllner wetteiferten, in den gräßlichſten Farben das Verderben Württembergs zu ſchildern, wenn es dem Landesverräther, der politiſchen Windfahne, dem Urheber dieſer Schandverträge, dem Miniſter Varnbüler, gelänge, die Kammern zur Genehmigung ſeines Werkes zu zwingen, und damit den edlen ſchwäbiſchen Stamm zum Vaſallen und Sclaven des preußiſchen zu machen. Allen voran erhob ſich der Abgeordnete Moriz Mohl zu einem „Mahnruf vor den äußerſten Gefahren“, einem Buche von mehr als 400 Seiten, das in zehn Tagen zwei ſtarke Auflagen erlebte. Wir geben eine Auswahl der bezeichnendſten Stellen, da wir alle in den ſüddeutſchen Kammern damals erhobenen Angriffe gegen die Verbindung mit Preußen hier geſammelt finden. Wie verblendet, rief Mohl, muß ein Süddeutſcher ſein, wie arm an Herz für ſein biederes Volk, für ſein ſchönes Vaterland, um es hingeben zu wollen an die Oberherrſchaft des preußiſchen, unſerem Volke im innerſten Herzen antipathiſchen Volksſtammes. Die Herrſchaft Preußens über Deutſchland, hieß es an einer andern Stelle,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

würde ein nach seinem Ursprung und dessen gesellschaftlichen Folgen halbslavisches Wesen zur Geltung bringen und dem auf ganz anderen gesellschaftlichen Grundlagen beruhenden freiheitlicheren Wesen der rein-deutschen Stämme Süddeutschlands nicht entsprechen. Dies wird nun nach allen Seiten weiter ausgeführt. In Schwaben ist Alles edel und schön, eine herrliche Natur, ein fruchtbarer Boden, ein freies Volk, ein fester Rechtsstaat, eine glorreiche Bildung bis hinauf zu den Geistesheroen, dem Wieland, dem Schiller, dem Uhland, dem Auerbach, und allen Andern. Dagegen in der norddeutschen Tiefebene zeigt sich ein armer, sandiger Boden, das dürre Land vertheilt unter hochmüthige Junker mit Schaaren von dürftigen Tagelöhnern, der Staat ein Erzeugniß von rastloser Eroberung, von Blut und Eisen, das Volk gequält durch eine erdrückende Militär- und Steuerlast, im Heere geplagt durch adlige Officiere, und in der Verwaltung durch adlige Landräthe; die Regierung allmächtig gegenüber der Volksvertretung, despotisch gegen ihre Bundesgenossen, beunruhigend für alle Nachbarn. Sie allein hat die Schuld an der Zersprengung des deutschen Bundes, unter welchem Deutschland fünfzig Jahre lang glückseligen Frieden genossen, an dem blutigen Bürgerkrieg, der Deutschland in drei Fetzen zerrissen, an dem Niedergang des deutschen Gewerbfleißes durch ihre die fremde Concurrenz herbeirufenden Handelsverträge. Mit einem solchen Staate sollten wir uns verbünden? Nimmermehr. Schützen kann er uns ja doch nicht; nur für seine Zwecke würde er das Blut unserer Söhne verbrauchen. Das Höchste, was wir ihm zusichern dürfen, wenn er mit Frankreich in Krieg geräth, ist unsere Neutralität. Überhaupt aber wollen wir so wenig wie möglich mit ihm zu schaffen haben, und fordern demnach unsere Kammern auf, auch den neuen Zollverein abzulehnen, bei dem nur Vortheil für Preußen und Schaden für uns die Folge sein würde (was dann insbesondere an der vorgeschlagenen neuen Salzsteuer nachgewiesen wurde). In dem Zollparlament würden unsere Abgeordneten einer colossalen preußischen Majorität gegenüber sitzen: auch hier, wie bei dem Militärwesen, würden wir nicht vollkommene Gleichberechtigung, die Bedingung jeder gesunden Bundesverfassung, erlangen, sondern von einer schrankenlosen Übermacht geknechtet werden.

So oft damals im Süden von preußischem Hochmuth geredet wurde, möchte es doch schwer sein, eine preußische Schrift

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

jener Zeit nachzuweiſen, die ein Beiſpiel größerer Selbſtüberhebung und Verblendung lieferte, als es hier Mohl gegeben hat. Ich möchte nicht den Ausdruck Arroganz aus Ignoranz gebrauchen, denn ein Ignorant war Moriz Mohl wahrhaftig nicht; aber der fanatiſche Abſcheu gegen Alles, was preußiſch hieß, war bei ihm ſo heftig, daß bei jeder Erwähnung Preußens ihm alle Gedanken durch einander kollerten, alle Logik zuſammenbrach, und die entgegengeſetzten Schmähungen nach allen Richtungen durch einander hagelten. Die Preußen ſind ſo ſtark, daß ſie ganz Europa beunruhigen, aber ſie ſind ſo ſchwach, daß ſie den Oberrhein nicht vertheidigen können. Sie ſind arme Hungerleider unter dem Joche ihres Adels, aber ihre Induſtrie iſt ſo entwickelt, daß ſie viel mehr in den Süden ausführen als der Süden nach Preußen, und folglich auf die Dauer unſere Production zu Grunde richten. Deshalb könne Preußen den Zollverein auch viel weniger entbehren als der Süden; wenn Württemberg die Verträge energiſch zurückſtoße, werde Preußen demüthig günſtigere anbieten und allen Staaten das liberum veto wieder zubilligen. Die Schilderung des deſpotiſchen Druckes, der auf Preußen laſte, übernimmt er aus den Zeitungen und Kammerreden der preußiſchen Fortſchrittspartei; daß aber eine ſolche, und neben ihr zahlreiche Schutzzöllner, auch im Zollparlament exiſtiren werden, hat er völlig vergeſſen. Er ſelbſt hat in dem geſegneten Württemberg ſein Lebenlang gegen die Regierung und die halb feudale, meiſt ſervile, immer aber ohnmächtige Kammermehrheit geeifert; er erkennt an, daß manche Mitglieder der jetzigen Preußenfreunde ihm in dieſen innern Händeln tapfer beigeſtanden haben; in der jetzigen Kriſis aber iſt das Alles ausgelöſcht; mit bitterem Hohne ruft er ihnen zu: wenn Euch die Brandenburger Sandbüchſe ſo wohlgefällt, ſo wandert doch aus dahin und laßt uns in unſerem Elend allein.

Zur Zeit war in Württemberg der Landtag nicht verſammelt, die amtliche Vorlage der Verträge erfolgte alſo am 16. September an den zwiſchen den Seſſionen beſtehenden ſtändiſchen Ausſchuß. Dieſer beſchloß einſtimmig, daß für die Annahme der Verträge die bei Verfaſſungsänderungen nöthige Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ſei, über die Frage aber, ob die Annahme den Ständen zu empfehlen ſei, ſpaltete ſich der Ausſchuß mit vier gegen vier Stimmen. Auf der einen Seite entwickelte Mohl die Gewißheit, daß nach der vorgeſchlagenen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Verfassung des neuen Zollvereins die süddeutschen Regierungen im Bundesrath und die süddeutschen Abgeordneten im Zollparlament nur eine verschwindende Minderheit bilden und nicht im Stande sein würden, die Interessen ihrer Länder gegen die erdrückende preußische Übermacht zu schützen, und daß schon jetzt die vorgeschlagenen Salz- und Tabaksteuern für Württemberg eine jährliche Schädigung von mehr als zwei Millionen Gulden herbeiführen müßten. Andrerseits erinnerte der Abgeordnete Zeller, bei jedem Vereine würden sich für jeden Genossen einzelne Vortheile und einzelne Nachtheile ergeben; es komme darauf an, diese gegen einander und gegen den Gesammtnutzen der Vereinigung abzuwägen; eine solche Rechnung ergebe auch für Württemberg ein mächtiges Übergewicht des Gewinns; man möge bedenken, daß die Verwerfung der Verträge den Ausschluß Württembergs aus dem Zollverein bedeute. Diese Erörterungen wiederholten sich dann in den Beschlüssen einer Landesversammlung der nationalen Partei am 27. September, die sich dabei einstweilen nur als einen nicht eben starken Theil der gebildeten Classe herausstellte, und einer Landesversammlung der demokratischen Volkspartei am 29. September, wo unter großem Zulauf die Ablehnung der Verträge und jeder neuen Steuer, die Absetzung Varnbüler's, die Einführung des Milizsystems und eine Revision der Verfassung gefordert wurde.

Noch war nicht abzusehn, wie die schließliche Entscheidung ausfallen würde.

Was endlich Bayern betraf, so trat dort der Landtag am 30. September wieder zusammen und erhielt sogleich die Erklärung der Regierung, daß die neuen Verhältnisse eine Steuererhöhung von fünfzig Procent nöthig machten: was allerdings nicht dazu beitrug, die neuen Verhältnisse dem Volke angenehm erscheinen zu lassen. Immerhin empfahl am 4. Oktober eine gut besuchte Landesversammlung der nationalen Partei nicht bloß die Annahme der Verträge, sondern forderte offen den Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund. Im Übrigen aber war damals das Land erfüllt mit dem Geräusche einer doppelten ultramontanen Agitation gegen die liberalen Tendenzen der Regierung, wie sie Fürst Hohenlohe im Januar zur innern Stärkung Bayerns und fester Begründung seiner Unabhängigkeit unter dem Beifall der Kammer angekündigt hatte. Der eine Ansturm, von Regensburg ausgehend, richtete sich speciell

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gegen ein von der Regierung entworfenes Schulgesetz mit den bekannten Reden, daß die Leitung des Unterrichts nach Gottes Ordnung ein unveräußerliches Recht der Kirche sei. Der andere suchte von Passau aus eine Adresse an den König in allen Gemeinden des Landes zu verbreiten, daß man in der Mehrheit der zweiten Kammer nicht mehr die Vertreter des bayerischen Volkes erkenne und deshalb die sofortige Auflösung derselben begehre.

Dem Ministerium Hohenlohe standen also schwere Tage bevor, und jedermann wußte, daß seine klerikalen Widersacher auch aufrichtige Feinde des norddeutschen Bundes waren.

Diese Unsicherheit der süddeutschen Verhältnisse übte begreiflicher Weise einen starken Einfluß auf die Verhandlungen des norddeutschen Reichstags über den Zollverein aus, ja bildete im Grunde beinahe den einzigen Gegenstand derselben. Denn von einem sachlichen Widerspruch gegen den Zollverein und dessen neue Gestaltung war hier keine Rede; der Berichterstatter Michaelis, wohl der durchgebildetste Nationalökonom des Hauses, legte unter allgemeiner Zustimmung die Vortheile der vorgeschlagenen Einrichtungen dar, wandte sich dann aber zu einer Erwägung der Folgen, welche die Annahme der Verträge durch die Südstaaten herbeiführen könnte, und dieses Mal klangen seine Schlüsse nichts weniger als einladend und drängend zu sofortiger Vereinigung. Im Gegentheil, mit höflichen aber deutlichen Wendungen betonte er, daß widerwillige Genossen mehr Schaden als Nutzen bringen würden; der Eintritt einer Schaar von süddeutschen Abgeordneten könnte leicht sehr bedenkliche Verschiebungen in den Parteiverhältnissen des Reichstags herbeiführen; solche Besorgnisse könnten nur in dem Maaße schwinden, in welchem Nord und Süd immer vollständiger zur Einheit verschmölzen; er stelle also anheim, die Aufnahme in den Zollverein nur den Staaten zu bewilligen, welche sich zu fester Aufrechthaltung auch der Schutz- und Trutzbündnisse verständen. Dies ging unmittelbar an die Adresse der Württemberger Kammern, da nach der bayerischen Verfassung die Bündnisse einer ständischen Genehmigung nicht bedurften. Überhaupt aber enthielt es eine bestimmte Erklärung gegen die von Mohl geäußerte Meinung, Preußen werde nach Ablehnung des Vertrags vom 8. Juli den Zollverein mit dem liberum veto noch weiter fortsetzen. Carlowitz schärfte den hier angeschlagenen Ton,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

indem er die im Juni der bayerischen Regierung gemachten Zugeständnisse bedauerte; im Gegentheil, er hätte es lieber gesehn, wenn Preußen den provisorischen Zustand, den Zollverein auf halbjährige Kündigung, noch hätte fortdauern lassen. Braun (Wiesbaden) gab den süddeutschen Kammern zu bedenken, daß der heutige Beschluß des Reichstags nur ein vorläufiger sei und erst in der zweiten Lesung ein endgültiger werde; der Ausgang würde dann von ihrem Verhalten abhängen, da Norddeutschland den Zollverein entbehren könne, der Süden aber nicht in dieser günstigen Lage sei. Übrigens hoffe er das Beste, denn die Zahl der Gleichgesinnten im Süden sei größer, als der Lärm der feindlichen Parteien vermuthen lasse.

Der Vertrag vom 8. Juli wurde darauf mit allen gegen eine Stimme genehmigt.

Es zeigte sich sehr bald, daß Braun's und Michaelis' Bemerkungen nicht gegenstandlos gewesen waren. Zwar empfahl an demselben Tage, dem 8. October, Fürst Hohenlohe der zweiten Kammer die Annahme der Verträge, und wiederholte dazu die frühere Erklärung, daß er auf einen Staatenbund des ganzen Südens mit dem Norden, unter voller Wahrung der bayerischen Unabhängigkeit, und dann auf eine Allianz dieses Staatenbundes mit Österreich sinne. Auch der Ausschuß, an welchen die Kammer die Vorlagen verwies — den Zollvertrag, den Salzvertrag, das Wahlgesetz für die Abgeordneten zum Zollparlament — kam zu dem Beschlusse, die Annahme des Ganzen der Kammer nachdrücklich zu empfehlen. Aber nachdem der Berichterstatter Feustel am 21. October dies beredt und eindringlich ausgeführt hatte, erhob sich doch ein Redekampf von seltner Leidenschaft und Erbitterung. Dies ist die dritte Sclavenkette, rief der ultramontane Ruland, die um Bayerns Hals gelegt wird nach dem französischen Handelsvertrag und den Friedensschlüssen des vorigen Jahrs: glücklich preise ich den verstorbenen Herrn von Lerchenfeld, daß er die Schande seines Vaterlandes nicht mehr erlebt hat. Nach ihm verhöhnte sein Parteigenosse Jörg den Minister, daß er verheißen habe, über die Linien seines Programms nicht hinausgehn zu wollen. Die Consequenz der Thatsachen werde ihn unwiderstehlich weiter drängen, bis die Unterwerfung Bayerns vollständig sei. Unerträglich werde die Stellung der bayerischen Abgeordneten im Zollparlamente sein: sie werden naturgemäß aus dieser Lage herausdrängen, und das können sie nur, indem

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sie den Eintritt Bayerns in den Nordbund anstreben. Ich prophezeie Ihnen, sagte er, so viel Zolldeputirte Sie nach Berlin schicken, so viel Missionäre für den Gesammteintritt Bayerns in den Nordbund werden zu Ihnen zurückkehren. Es schien ihm also Berlin doch kein so abschreckender Ort zu sein, wie seinem schwäbischen Mitkämpfer Mohl. Indessen beeilte er sich, das unvorsichtige Wort wieder zurückzuziehn. Von Preußen, fügte er hinzu, erwarte ich jede Art von Centralismus, Säbelherrschaft, Cäsarismus; wir müssen auch den Zollverein an die Rettung der Freiheit wagen. Wenn dies hohe Haus Nein zu diesen Verträgen sagt, so wird das ein Schlag sein, der durch ganz Europa nachzittern wird. An Selbstgefühl, sehn wir, fehlte es Jörg so wenig wie Herrn Moriz Mohl.

Jedoch, weder die Kammer noch das Land wollte, um Europa zittern zu machen, die Früchte des Zollvereins wegwerfen. Nach zweitägiger Debatte genehmigte die Kammer am 22. October den Zollvereinsvertrag mit 117 gegen 17 Stimmen, und am 23. die beiden andern Vorlagen mit einer noch stärkern Majorität. Man hielt damit die Sache für erledigt. Allein gleich am folgenden Tage zeigte sich, daß die erste Kammer, die hohen Herrn Reichsräthe, von denselben politischen Anschauungen wie die Darmstädter Standesherrn erfüllt waren. Ihr Ausschuß stellte mit allen gegen eine Stimme den Antrag auf Verwerfung der Verträge.

Da ging denn nun freilich kein Zittern durch Europa, wohl aber eine mächtige Unruhe durch das bayerische Land. Die handel- und gewerbtreibende, die gesammte städtische Bevölkerung gerieth in fieberhafte Aufregung. Unaufhörlich liefen Telegramme und Adressen gegen die Zerreißung des Zollvereins bei den hohen Herrn ein. Einigen Eindruck brachten sie immerhin hervor. Der Berichterstatter des Ausschusses, Freiherr von Thüngen, beantragte am 26. die Verwerfung, darauf aber brachte Fürst Löwenstein einen Vermittlungsvorschlag ein: die Verträge unter der Bedingung anzunehmen, daß dem Staate Bayern das bisher gewährte Recht der Zustimmung oder Ablehnung auch in den neuen Verträgen erhalten bleibe. Durch eine gewisse Partei, bemerkte der Fürst, und selbst durch preußische Agenten sind im Lande große Besorgnisse verbreitet worden, so daß ein panischer Schrecken herrscht. Zuerst der Ausschuß, und dann das hohe Haus nahm den Antrag beinahe einstimmig an.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Noch am Abend reisten Hohenlohe und Thüngen nach Berlin, um bei Bismarck für die Errettung des liberum veto thätig zu sein. Bereits aber hatte dort ihr Beschluß eine ihren Wünschen gerade entgegengesetzte Wirkung herbeigeführt.

In denselben Stunden, in welchen Löwenstein redete, am 28. October, begann der norddeutsche Reichstag seine Schlußberathung der Verträge. Man kannte Thüngen's Antrag auf deren Verwerfung; die Folge war, daß man den Preis steigerte, für dessen Bezahlung Bayern ihre Vortheile erlangen könnte. Braun (Wiesbaden) stellte den Antrag, die Genehmigung der Verträge zu ertheilen, und zwar für jeden der süddeutschen Staaten nur unter der Bedingung, daß die rechtliche Verbindlichkeit des von ihm mit Preußen geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses nicht in Frage gestellt werde, und ferner das Bundespräsidium zu ermächtigen, falls der Vertrag nicht mit allen Staaten zur Ausführung komme, dann im Texte die daraus sich ergebenden Änderungen herzustellen.

Also gewiß keine Änderung des Vertrags im particularen Sinne. Im Gegentheil, wer das Zollbündniß wünschte, mußte das Waffenbündniß hinzunehmen.

Wie in Süddeutschland legten auch hier Demokraten und Ultramontane dagegen Verwahrung ein.

Herr von Mallinckrodt, in dessen Innern hinter einer streng festgehaltener Ruhe ein leidenschaftlicher Grimm gegen die Ergebnisse von 1866 kochten, führte aus, daß Braun's Zusätze, da sie ohne Vorwissen der süddeutschen Regierungen erschienen, dem Vertrage vom 8. Juli die bindende Kraft nähmen; es sei übrigens gegen alle Logik, zwei so himmelweit auseinander liegende Dinge wie Zollverein und Waffenbund in einem Vertrag zusammenkoppeln zu wollen, und endlich, wie könne ein verständiger Politiker solchen Schutz- und Trutzbündnissen, die nicht auf einen speciellen Anlaß und Zweck geschlossen worden, irgend eine Bedeutung beilegen.

Löwe (Calbe) und Waldeck schätzten die Bündnisse. Aber weshalb die Regierung in Sachen des Zollvereins daran binden? Dieses Mal sind wir es, welche der Regierung freiere Bewegung lassen wollen.

Miquel antwortete zunächst durch eine Unterscheidung zwischen den Gegnern. Löwe und seine Freunde wollen wie wir den

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Nationalstaat und wünschen nur andere Mittel als wir. Mallinckrodt und Genossen aber wollen diesen Nationalstaat nicht und bezeugen uns durch ihren Widerspruch die Wirksamkeit unserer Vorschläge. Die Erörterungen der ultramontanen Partei können wir also weder im Norden noch im Süden acceptiren. Ihr Münchener Hauptorgan, der Volksbote, strebt offen zu einer Annäherung an Frankreich hin. Die bayerischen Reichsräthe fordern laut die Verwerfung der Verträge. Wie Mallinckrodt diesen unsern Gegnern, wollen wir unsern Freunden im Süden zu Hülfe kommen.

Wenn Mohl geklagt hatte, daß durch die neue Salzsteuer der Süden benachtheiligt werde, so erhielt er hier die Antwort. In den Zollsachen, sagte Miquel, hat der Norden dem Süden stets das höchste Entgegenkommen gezeigt: durch die Vertheilung der Erträge nach der Kopfzahl der Einwohner hat der Süden ein thatsächliches Präcipuum von drei Millionen jährlich, das er mit dem Austritt aus dem Zollverein einbüßte.

Mallinckrodt rügt, es bestehe keine rechtliche Verbindung zwischen Zollverein und Kriegsbündniß. Ganz recht, eben deshalb soll unser Antrag sie schaffen. Wir wollen keine Gemeinschaft, wo der Genosse uns erklärte, er wolle ihre Vortheile genießen, aber ihre Gefahren nicht mittragen.

Der letzte Theil unseres Antrags soll vor Allem Baden die ausdrückliche Sicherheit geben, daß, wenn die beiden Königreiche die nationale Fahne verließen, dies kein Grund wäre, Baden zurückzuweisen.

Jetzt erklärte auch Bismarck die Stellung der verbündeten Regierungen. Leider sei nach den Telegrammen von heute früh die Verwerfung der Verträge durch die bayerischen Reichsräthe höchst wahrscheinlich: für diesen Fall stehe er nicht an zu erklären, daß der Antrag Braun die Anschauungen des Bundesraths vollständig ausdrücke. Es liege hierin keine Drohung gegen die Süddeutschen; es sei nur die Wahrung der Freiheit der Entschließungen, die man den süddeutschen Brüdern nie verkümmert habe.

Daraus, fuhr er fort, habe ich nie ein Hehl gemacht, daß die wirthschaftliche Gemeinschaft mit der Wehrgemeinschaft Hand in Hand geht. Wir hätten die Zollverträge nicht abgeschlossen, wenn wir den leisesten Zweifel an der Sicherheit der Bundesverträge gehabt hätten, und auch heute noch habe ich kein Miß-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

trauen gegen die Bundestreue der süddeutschen Souveräne; sie, die Schwächern, sind es ja gewesen, die uns den Antrag auf die Bündnisse entgegen gebracht haben. Würden diese in Frage gestellt, so würden wir den Zollverein sofort kündigen.

Der Ausgang der Verhandlung stand fest seit ihrem ersten Worte. Die Verträge wurden genehmigt, und der Antrag Braun mit 177 gegen 26 Stimmen angenommen. Am Nachmittag fand der Schluß der Reichstagssession statt, wobei auch die Thronrede hervorhob, daß die unentbehrlichen Reformen in der Verfassung des Zollvereins vorübergehenden Schwierigkeiten nicht geopfert werden dürfen, und daß die Gemeinschaft der wirthschaftlichen Interessen die nationale Verpflichtung des gemeinsamen Schutzes derselben zur vertragsmäßigen Voraussetzung hat.

Mit gutem Grunde pries die Thronrede die bedeutenden Erfolge der Session, welche in wenigen Wochen durch das patriotische Zusammenwirken des Reichstags und des Bundesraths gewonnen worden waren.

Diese Lage der Dinge also fanden die beiden bayerischen Commissare vor, als sie im Laufe des 27. Octobers in Berlin anlangten. Alle, aber auch alle Instanzen waren einig in der Ablehnung ihres Antrags und für die Kündigung des Zollvereins, wenn Bayern darauf beharren sollte. Während sie nun am 27. und 28. hoffnungslose Gespräche darüber führten, tobte in ihrer Heimath der populäre Ansturm auf den hohen Reichsrath fort; alle Welt war sicher, daß die Commissare mit leeren Händen zurückkommen würden; die Energie der Bewegung für den Zollverein wuchs stündlich, und gleich nach der Rückkehr der Commissare beschloß die zweite Kammer mit allen gegen zwölf Stimmen die Ablehnung des Zusatzes Löwenstein. Was wollten die hohen Herrn beginnen? Die Unterwerfung war unvermeidlich: zuerst ihr Ausschuß mit 8 Stimmen gegen eine, dann am 31. October die Kammer selbst mit 35 gegen 13 Stimmen vollzog die unbedingte Genehmigung der Verträge.

Endlich in Württemberg, wo der Landtag erst am 18. October zusammengetreten war, hatten die Dinge einen ähnlichen Verlauf. Trotz alles Zeitungslärms erhob sich, je näher die praktische Entscheidung über den Zollverein rückte, die öffentliche Meinung, wenn auch nicht so einmüthig wie in Bayern, jedoch völlig überwiegend für den Zollverein. Größere und kleinere

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Volksversammlungen, theils für, theils gegen, folgten sich in allen Theilen des Landes; sämmtliche Handelskammern und die städtischen Behörden der Residenz forderten die Genehmigung der Verträge, und, was bei der Abhängigkeit zahlreicher Volksvertreter von der Regierung sehr wichtig war, König Karl sprach sich bei mehreren Anlässen öffentlich mit großem Nachdruck für die Annahme des Schutz- und Trutzbündnisses und des Zollvereins aus. Zuerst stand das Bündniß am 29. October auf der Tagesordnung der zweiten Kammer. Es hatte unverkennbar zahlreichere Gegner als der Zollverein, die auch trotz des Berliner Beschlusses vom 26. fest auf ihrem Sinne blieben. Varnbüler, der als Urheber des Bündnisses, wie wir sahn, auf das Wüthendste angegriffen wurde, nahm zu seiner Vertheidigung das Wort mit einer glänzenden, für die Person und die Sache gleich charakteristischen Rede. Mit stolzer Haltung trat er in den Streit ein. Man werfe ihm Unbeständigkeit seiner Politik vor. Wie es auch früher gewesen, im Jahre 1866 habe die Geschichte gesprochen und die deutsche Frage gelöst; die Anerkennung dieser Thatsache sei uns in dem Frieden dictirt; wenn er fortan nicht von dieser Grundlage aus handle, müsse er sich einen Träumer nennen. So der Beginn, und nicht anders am Schlusse: ich stehe nicht vor der Kammer, um sie um Verzeihung zu bitten; ich habe die Überzeugung, einen guten Vertrag geschlossen zu haben; ich spreche hier zugleich im Namen meiner Collegen; das Haus mag entscheiden, ich erwarte festen Muths den Richterspruch der Geschichte Württembergs.

In der That war die Darlegung der sachlichen Gründe für den Abschluß ebenso packend wie überzeugend; die Unmöglichkeit eines Anschlusses an Österreich, die Unmöglichkeit eines Südbundes, die Unmöglichkeit dauernder Isolirung, das Alles wurde unwiderleglich in's Licht gestellt. Man begehre für uns eine permanente Neutralität. Belgien und Luxemburg zeigen, was eine solche werth ist. Wer wird sie respectiren? Oder lebt bei uns die Kraft der Entsagung und Opferwilligkeit, um sie bis auf den letzten Blutstropfen zu vertheidigen? „Diese Kraft, es thut mir Leid, es zu sagen, findet man bei uns nicht."

So weit war dem geistvollen Manne Alles trefflich gelungen. Dann aber gelangte er zu zwei Einwürfen, womit die Gegner die Verfassungswidrigkeit des Vertrags nachzuweisen meinten, und demnach eine (nicht vorhandene) Zweidrittelmehrheit

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

für die Annahme forderten. Der Minister, auf die Rettung der Verträge bedacht, war hier wie immer nach seinem starken Selbstbewußtsein bereit, für den augenblicklichen Erfolg auch die für die Zukunft bedenklichsten Mittel einzusetzen. Man hatte ihm vorgehalten, die unbedingte Zusage voller Bundeshülfe bei jedem preußischen Kriege verletzte das Kronrecht des eignen Königs: er erwiderte, der Vertrag lasse der Regierung das Recht, bei jeder vorkommenden Verwicklung erst zu prüfen, ob der casus foederis vorliege; er könne das beweisen, denn bei dem Luxemburger Streit habe Bismarck selbst ihn gefragt, ob Württemberg hier den Bündnißfall anerkenne. Er ließ dabei die Thatsache unberührt, daß das Bündniß dem Genossen die Integrität seines Gebiets gewährleiste, und in diesem Falle also allerdings die Frage entstehen konnte, ob ein Garnisonsrecht im Auslande unter den Schutz des Bundes falle, daß daraus aber eine allgemeine Folgerung durchaus nicht zu ziehn war. Als auf Varnbüler's Beispiel hin der französische Gesandte in München den Fürsten Hohenlohe befragte, auch er erkenne doch seiner Regierung das Recht der Prüfung des Bündnißfalles zu, entgegnete Hohenlohe, das sei eine werthlose Doctorfrage; bei irgend einer Verwicklung zwischen Preußen und Frankreich würde das bayerische Volk dem Könige gar keine Wahl lassen. Ohne Zweifel, es war der solidere und vorausschauende Staatsmann, der so redete.

Die schwäbischen Demokraten hatten ferner sich beschwert, daß das preußische Bündniß das Land mit einer schädlichen Militärlast bedrohe. Varnbüler erläuterte: nach Bismarck's Erklärungen stelle Preußen uns die Regelung unseres Militärwesens völlig anheim. Es sei offenbar die Pflicht der Regierung und der Kammer, aus eignem Antrieb dafür zu sorgen, daß Württemberg eine gute Armee erhalte, aber der Allianzvertrag an und für sich nöthige sie nicht dazu.

Es war nach dem Wortlaute des Vertrages völlig wahr, aber ein Hohn gegen den Zweck desselben.

Sehr schön, sagten darauf die Demokraten, wenn wir also nur drei Soldaten halten, diese aber sämmtlich Preußen zu Hülfe schicken, so haben wir unsere Bundespflicht vollständig erfüllt. Eine solche Gesinnung bedrohte die auch von Varnbüler gewünschte Armeereform mit schweren Gefahren, für den Augenblick half sie dem Minister zu vollständigem Sieg. Nach seinen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Erläuterungen erklärte die Kammer, daß das Schutz- und Trutzbündniß keine Verfassungsänderung in sich schließe, zur Annahme also die einfache Mehrheit ausreiche, und vollzog dann die Genehmigung mit 58 gegen 32 Stimmen. Am 31. October folgte die Annahme der Zollvereinsverträge mit 73 gegen 16 Stimmen. Die erste Kammer bestätigte am 1. November die Zollvereinsverträge einstimmig, das Bündniß mit 23 gegen 6 Stimmen. So waren alle Hindernisse überwunden, der Wehrverein bekräftigt, der Zollverein hergestellt und von dem Boden des alten Staatenbundes hinweg zu der gemeinsamen Angelegenheit eines jungen Bundesstaats erhoben. Als in Berlin am 6. November die Ratificationen ausgetauscht wurden, erklärte Preußen, daß die des Nordbundes nur unter der Voraussetzung erfolge, daß die Schutz- und Trutzbündnisse nicht in Frage gestellt würden. Bayern legte gegen diesen Vorbehalt Protest ein, konnte aber damit die Thatsache nicht aus der Welt schaffen. Einige Wochen später erklärte Varnbüler in der Kammer, es sei entschiedene Ansicht der Regierung, daß, nachdem sie durch den Abschluß der beiden Verträge mit Preußen ihre nationale Pflicht erfüllt habe, kein Grund vorliege, über diese Grenzlinie hinauszugehn.

Bismarck war zur Zeit derselben Meinung. Es wurde wohl gesagt, man könne den bayerischen Reichsräthen nur dankbar sein, daß durch ihren Widerspruch gegen den Zollverein jener Sturm im Lande hervorgerufen worden, bei dem die Stärke des nationalen Gedankens auch im Süden sich bekundet hatte. Immer aber war daneben auch eine Energie des particularen Hasses an das Tageslicht getreten, von der bis dahin in Norddeutschland nur wenige Menschen eine Ahnung gehabt hatten. Wenn Bismarck's Gedanke richtig war, nur solche Genossen in den Bund aufzunehmen, die mit voller Freude einträten, so stand die Vereinigung mit Bayern und Württemberg noch in weiter Ferne. Für jetzt konnte höchstens die Erfüllung des badischen Wunsches auf Theilnahme am Nordbunde zur Sprache kommen. Hier aber hing die Antwort nicht allein von den innern Verhältnissen Deutschlands ab.

Ehe wir jedoch hierauf eintreten, vergegenwärtigen wir uns die politischen Strömungen in Preußen selbst, welche im Übergange von 1867 auf 1868 die Politik der Regierung bedingten.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

3. Capitel.

Preußiſche innere Politik. Anfang 1868.

Nach der allſeitigen Ratification des neugeſtalteten Zollvereins Anfang November 1867 eröffnete ſich für den Grafen Bismarck die Ausſicht auf eine lange, nur durch geringe Pauſen unterbrochene Reihe parlamentariſcher Arbeiten das kommende Jahr hindurch, im preußiſchen Landtag, im norddeutſchen Reichstag, im Zollparlament, dann wieder im Reichstag und nochmals im Landtag. Noch ſchienen bei den allgemeinen Landtagswahlen am 7. November der Regierung günſtige Sterne zu leuchten. Von ihren beiden Stützen behauptete die conſervative Partei die bisherige Stärke, die nationalliberale aber verdreifachte die ihrige, weſentlich durch die Wahlen der annectirten Lande, während die radicale Oppoſition beinahe vierzig ihrer bisherigen Sitze einbüßte. Der nationale Schwung der Gemüther, wie ihn die Triumphe von 1866 erweckt hatten, ſchien alſo noch fortzudauern, und für die weitere Entwicklung in dem fernern Zuſammenwirken in und mit den beiden großen Fractionen der Regierung eine zuverläſſige Mehrheit geſichert zu ſein.

Aber nur zu bald ſollte Bismarck erfahren, daß die Zeit des nationalen Enthuſiasmus im Schwinden begriffen war, daß nur ſeine letzten Wellen noch einige Einwirkung auf die Landtagswahlen geübt hatten. War doch ſchon mehr als ein Jahr ſeit den herrlichen Jubeltagen verfloſſen, die Aufregung begann ſich zu legen, die alten Lebensgewohnheiten, die Parteiſtimmungen und Particularintereſſen kamen wieder zum Vorſchein. Überhaupt war es in Deutſchland mit zuverläſſigen Mehrheiten und

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

vollends mit ministeriellen Parteien schwach bestellt. Hier fehlte der Grund der straffen Parteidisciplin, der in England den Ministern den Gehorsam der Majorität sichert, die Ernennung der Minister durch die Majorität, die mit einer Niederlage des Ministeriums das Ende der eignen Herrschaft erlebt. So fand im deutschen Parlament der deutsche Individualismus fröhliche Entfaltung. Der Ehrgeiz des deutschen Abgeordneten ging sehr selten dahin, ein Stück der Regierung zu werden, sondern er strebte als unabhängiger Charakter die Regierung zu beaufsichtigen, jede ihrer Vorlagen zu kritisiren und zu amendiren, sie zu billigen, so weit sie mit den eignen Ansichten und Interessen übereinstimmten, und sie sonst zu verwerfen, mochte die Ablehnung noch so sehr die in sich zusammenhängende Politik eines übrigens hochgeschätzten Ministers stören. Der Drang gewissenhafter Gründlichkeit, der jeden etwas erheblichen Gesetzentwurf mit einer Masse einander kreuzender Amendements bedeckte, führte ohne Frage in vielen Fällen wichtige Verbesserungen herbei, auf der andern Seite zerriß er aber auch recht häufig die innere Einheit größerer Gesetze und hinterließ damit den kommenden Geschlechtern schwere Aufgaben der juristischen Auslegung.

Dieselbe Gewissenhaftigkeit bethätigte sich auch in der Bildung oder Zersetzung der Parteien. Nur sehr selten kam es vor, daß eine Partei ihren Mitgliedern ihre Abstimmung vorschrieb, weil ein solcher Beschluß gelegentlich den Austritt der Dissidenten zur Folge gehabt hatte, um so häufiger erlebte man, daß ein Neugewählter sich mit keiner der vorhandenen Parteien nach jeder Beziehung im Einverständniß befand und dann mit einigen Gleichgesinnten eine neue selbständige Gruppe bildete. Ende 1867 war die Zahl der Fractionen auf acht gewachsen, ein Zustand, der sehr geeignet war, die Bildung einer geschlossenen und zuverlässigen Mehrheit zu erschweren.

Wie im Innern der Parteien, hatte das Wort Disciplin auch bei der Gesammtheit der Volksvertretung einen wenig erfreulichen Klang. Aus jeder Steigerung der parlamentarischen Disciplinargewalt nach englischem Muster sah man die Gefahr einer wachsenden Unterdrückung der Minorität hervorgehn. Auch meinte man, daß im Kreise der Erwählten der Nation bei einer etwaigen Ungebühr die öffentliche Beschämung durch den Ordnungsruf des Präsidenten — und man besaß ja damals im Landtag wie im Reichstag an Forckenbeck und Simson ebenso

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

kluge wie energische Präsidenten — zur Sicherung von Recht und Anstand ausreichen würde. Für die Zukunft baute man auf die Sitte und den idealen Zug im Charakter des deutschen Volkes.

Dies war damals sehr begreiflich, immerhin aber etwas unvorsichtig gegenüber den Möglichkeiten einer weniger idealen Zukunft, wie sie seitdem zu Wirklichkeiten geworden sind, der Häufigkeit der Ehrenkränkung abwesender Privatpersonen, sowie der Verdächtigung des sittlichen Charakters der politischen Gegner im Hause selbst, ferner der unbefangenen, öffentlichen Nichtbeachtung wichtiger Vorschriften der Verfassung durch Wähler und Gewählte. In der Zeit, mit der wir uns beschäftigen, dachte man an dergleichen Ungebühr nicht; die vorher erwähnten Schwächen der damaligen Volksvertretung entsprangen theils aus dem deutschen Nationalcharakter, theils aus der allgemeinen Lage der Dinge; was aber das Personal unserer Parlamente in dieser Epoche betrifft, so ergibt um so bestimmter die historische Betrachtung, daß die nächsten Jahre vor und nach dem französischen Krieg die classische Höhe des parlamentarischen Wirkens in Deutschland bezeichnen, wie sie weder früher noch später erreicht worden ist. Jener ideale Zug hatte durch die lange fruchtlose Erstrebung der deutschen Einheit, dann durch den heftigen Kampf um Freiheit und Macht in der Conflictszeit, und endlich durch die Begeisterung über die begonnene Verwirklichung des nationalen Gedankens seine volle Entfaltung gefunden. Wie immer, dauerte die heiße Begeisterung nicht gar lange, aber sie hatte ihre bleibende Frucht in vollem Maaße getragen. In dem politisch thätigen Theile unserer Nation hatte sie eine Fülle der geistigen Kräfte geweckt und trotz alles Individualismus ihnen die Richtung auf patriotischen Gemeinsinn gegeben. Die unter solchen Eindrücken gewählten Versammlungen enthielten eine solche Menge hochgebildeter, scharfsinniger und beredter Männer, daß man beinahe zweifeln könnte, ob das Orchester nicht zu viele Solisten in sich schließe, hätten sie nicht ohne persönlichen Eigennutz und hitziges Sonderinteresse ihr ganzes Dasein dem Gesammtwohl des Staates und der Nation gewidmet. Ihre Beredsamkeit hielt eine glückliche Mitte zwischen der vor hundert Jahren in England angestrebten rednerischen Pracht eines Burke und Sheridan und der trocknen Dürre der rein geschäftlichen Erörterung in der spätern Zeit. Fast immer hatte der Hörer den Eindruck, sich in

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

einer geistreichen, von idealem Streben getragenen Gesellschaft zu befinden. Die weiterhin im Culturkampfe aufgewucherte Neigung zur persönlichen Invective erschien nach dem Schlusse der Conflictszeit nur in seltenen Fällen und fand geringen Beifall.

Diese Vorzüge zeigten sich bei allen Parteien. Nur wenige der talentvollen Führer sind jetzt, am Ausgange des Jahrhunderts, noch unter den Lebenden, aber unvergessen, wenn nicht sämmtlich im ganzen Volke, so doch sicher in den Kreisen ihrer Gesinnungsgenossen, sind die Namen der Conservativen Moltke, Blankenburg, Wagener, der Freiconservativen Bethusy-Huc und Friedenthal, der Nationalliberalen Twesten, Lasker, Schwerin-Putzar, der katholischen Gruppe Mallinckrodt, Windthorst, Peter Reichensperger, der Fortschrittsmänner Waldeck, Schulze-Delitzsch, Löwe-Calbe. Bei Weitem nicht Alle haben gleichwerthigen Ersatz erhalten.

Übrigens ist nicht zu übersehn, wie die Geisteskraft des Lenkers der preußisch-deutschen Politik dazu beitrug, die Verhandlungen der Abgeordneten auf der erlangten Höhe zu erhalten. Er stärkte ihr Vermögen durch die fort und fort sich folgenden großen Aufgaben, die er ihnen stellte, und wer mit ihm streiten wollte, wußte, daß er die eignen Mittel auf das Höchste anzuspannen hatte, um ihm einen Erfolg abzuringen. Sie machten ihm bei hundert Anlässen das Leben sauer; aber sie bewunderten ihn und wünschten die Fortdauer seiner Macht; der Neid der strebenden Mittelmäßigkeit gegen die schöpferische Größe war der Mehrzahl dieser Generation fremd. Und doch zeigte sich gerade in den beiden großen Parteien ein abwechselndes Schwanken zwischen der Unterstützung und der Bekämpfung der Regierung, und auch der Grund davon ist leicht zu erkennen. Das rasche und folgenreiche Ergreifen des nationalen Gedankens hatte die Richtung und die Bedürfnisse der preußischen Politik vollständig verwandelt, und nicht überall war man sich dieser entscheidenden Thatsache bewußt geworden. Zur Durchführung seines Werkes konnte Bismarck weder konservativer noch liberaler Gesetze und Maaßregeln entbehren; er mußte also gute Freundschaft mit beiden Parteien suchen und eine Verständigung mit und zwischen ihnen auf dem Boden der großen nationalen Aufgabe erstreben. Manches Mal gelang es; aber nur zu häufig geschah, daß sein liberales Thun die Conservativen mit tiefem Mißtrauen erfüllte, ob ihr alter Führer in revolutionäres Treiben

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

hinabgleite, und kräftiger Widerstand geboten sei, während umgekehrt die Nationalliberalen bald hier bald dort bei ihm einen Rückfall in reaktionäre oder absolutistische Gelüste wahrzunehmen glaubten und zu deren Eindämmung die Machtbefugnisse des Parlaments auf allen Seiten zu festigen oder zu erhöhen strebten.

Gleich im Anfang der Landtagssession kam es nach solchen Stimmungen zuerst zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Regierung und den liberalen Fractionen, der sich durch mehrere Monate hindurchzog, und sodann folgte gleich nach dessen Erledigung ein nicht minder lebhafter Ausbruch angesammelter Verstimmung der Conservativen gegen Bismarck. In beiden Fällen war es eine Folge der Ereignisse von 1866, die zu diesen Spaltungen den Anlaß gab, und die wir also etwas näher zu betrachten haben.

Schon im November 1866 hatte der englische Gesandte Lord Augustus Loftus in Berlin den dringenden Wunsch seiner Regierung angemeldet, Preußen möge mit König Georg V. ein Abkommen über das in Hannover mit Beschlag belegte welfische Hausvermögen treffen, dessen Nutznießer der König war, an dessen Eigenthum aber alle Agnaten des Hauses Theil hatten. Der Kaiser von Rußland, der, wie wir sahn, den Sturz der drei deutschen Fürstenhäuser mit peinlichen Gefühlen erlebt hatte, gab dem Antrag seinen lebhaften Beifall. Bismarck war ganz einverstanden, da er sich von der Maaßregel eine günstige Wirkung auf die Gefühle des hannoverschen Volkes versprach und bei der damals sehr bedenklichen Lage seiner französischen Unterhandlung allen Grund hatte, sich das Wohlwollen der befreundeten Höfe zu sichern. Er ließ also an den König Georg den Vorschlag gelangen, ihm gegen Verzicht auf die hannoversche Krone und Rücklieferung von 23 Millionen Thalern nach England geflüchteter Staatsgelder anstatt der früher aus den hannoverschen Domänen bezogenen Civilliste von jährlich 400000 Thalern eine jährliche Rente von 700000 Thalern zu überweisen und diese durch ein, zunächst gerichtlich zu deponirendes, Capital von 16 Millionen Thalern sicher zu stellen [1]). Der König, der ein

[1]) Es war das letzte Ergebniß langwieriger Verhandlungen über verwickelte Rechtsfragen, auf die ich hier nicht näher eingehe. Man kann sie in den Landtagsreden Miquel's, Lasker's, Twesten's und Waldeck's vom 1. Februar, sowie in Meding's Memoiren III, 1 entwickelt finden.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

in England angelegtes Privatvermögen von 10 bis 12 Millionen Thalern besaß, also auch ohne den Vertrag sich in einer sehr reichen Vermögenslage befand, hatte Anfangs geringe Neigung, mit dem bitter gehaßten Feinde zu verhandeln, und lehnte vor Allem den begehrten Verzicht auf die Krone höchst entschieden ab. Bismarck ließ sich dies nicht besonders anfechten. Bei dem Spiel um eine Krone pflegt nach alter Erfahrung der nach legitimistischen Begriffen unerlaubte und deshalb nichtige Verzicht genau so lange in Kraft zu bleiben, als der Prätendent keine Mittel hat, den Thron zurück zu gewinnen. Sobald sich eine günstige Aussicht zeigt, fliegt der Verzicht in alle Winde. Weshalb also sollte Preußen auf eine so leere Formalität Gewicht legen? Bismarck ließ demnach den Artikel fallen, und im Mai 1869 kam die Unterhandlung über das Hausvermögen unter stetem Beirath des englischen Gesandten in Fluß.

Bismarck hatte die Abfindungssumme so äußerst freigebig beinahe auf das Doppelte der frühern Einkünfte des Königs aus gutem Grunde bemessen. Er hatte bei der Verhandlung mit England die Königin Victoria über die Höhe der Abfindung zu Rathe gezogen, und sie hatte geantwortet, der König würde, um in England als Royal duke zu leben, ein jährliches Einkommen von 100000 Pfund Sterl. bedürfen, worauf dann Bismarck die Summe auf 700000 Thaler abrundete. Als dann Bismarck die Weigerung des Königs erwähnte, auf die Krone zu verzichten, erklärte die Königin, das sei ganz gleichgültig. Wenn Georg das Geld nehme, sei er durch Ehrenpflicht gebunden (bound in honour), fortan keine Störungen des seit 1866 bestehenden Zustandes zu unternehmen.

Aber völlig davon verschieden war die Denkweise des Königs Georg. Für ihn war es nicht bloß die strengste Ehrenpflicht, sondern auch das höchste Moralgesetz in aller Welt, daß dem Welfenhause die von Gott geordnete Herrschaft über Hannover bis an das Ende der Dinge erhalten bliebe. So stand er auf dem Buchstaben seines Vertrags, aus dem er jeden Verzicht getilgt hatte; das Geld, das man ihm anbot, war ihm widerrechtlich geraubt; warum sollte er es nicht für die Herstellung seiner Krone verwenden? Und eben jetzt fand er sich trotz seines Reichthums in schwere Geldnoth verwickelt. Wir erinnern uns der heimlichen Werbungen für seine Welfenlegion, deren Mannschaften durch das Ungeschick seiner Agenten gerade in dem Augen-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

blick aus Hannover nach Holland übertraten, wo in London die Conferenz den Frieden sicherte. Da war der Schrecken an seinem Hofe zu Hietzing groß; jetzt mußte er seine Soldaten ernähren und sah damit sein Vermögen schwer belastet. So trat er in den Vertrag ein, genau zu dem Zwecke, den Bismarck für undenkbar gehalten hatte, um gerade mit dem von Preußen gespendeten Gelde die Waffenrüstung gegen Preußen aufrecht zu halten. Seine Anhänger lobten Gott, weil er Preußen so verblendet habe, daß es selbst dem Könige die Mittel zum Kampfe liefere. Es wurde dann nach vielfachem Hin- und Her-Feilschen der Vertrag am 29. September gezeichnet, gleich nachher ratificirt, und alle seine Bestimmungen ausgeführt. Die 23 Millionen Staatsgelder kamen nach Hannover zurück, die 16 Millionen für den König wurden einstweilen gerichtlich hinterlegt, bis über ihre Verwaltung ein Abkommen mit den Agnaten getroffen wäre.

Zugleich erhielt auch der vertriebene Herzog Adolf von Nassau mit entsprechender Freigebigkeit eine Abfindungssumme von neun Millionen Thalern, die er, verschieden von König Georg, als wirkliche Abfindung betrachtete und danach handelte.

Beide Verträge waren noch in dem Jahre der königlichen Dictatur über Hannover abgeschlossen worden und bedurften deshalb nach Ansicht der Regierung trotz ihrer verspäteten Ratification keiner Genehmigung durch den Landtag. Jedoch hatte der Finanzminister die zu ihrer Vollziehung nöthigen Gelder aus der zu Kriegs- und Marinezwecken bestimmten Anleihe von 1866 entnommen, bemerkte dies im Etat und bat in einer erläuternden Denkschrift um die nachträgliche Zustimmung des Abgeordnetenhauses.

Allein noch einmal mußte Bismarck erleben, wie empfindlich die altpreußischen Liberalen in der Erinnerung an den großen Verfassungsstreit bei jeder Budgetfrage fortdauernd waren. Also wieder, hieß es, ohne vorheriges Einverständniß mit der Volksvertretung die alte ministerielle Willkür. Ein Bruch des Vertrauens ist es, rief der sonst gemäßigte Twesten, und nicht bloß die Fortschrittspartei, sondern auch die große Mehrheit der Nationalliberalen stimmten ihm eifrig bei. Zunächst wurde die Vorlage der Verträge, und über die darin verschenkten Millionen neben der Erwähnung im Etat ein besonderes Finanzgesetz gefordert. Die Regierung erfüllte dies Begehren sogleich im

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

December, im Januar 1868 berieth darüber eine Commission, welche nach gründlicher Prüfung die Annahme des Gesetzes beantragte. Hierauf fand am 1. Februar die entscheidende Verhandlung im Plenum mit einem großen Aufwande von Beredsamkeit und Leidenschaft Statt. Die Linke wies Verträge und Finanzgesetz zurück, als eine gewissenlose Verschwendung, die bei dem Mangel des Verzichts durch Georg V. völlig erfolglos bleiben würde. Der Zorn war auf das Höchste gestiegen, als im Laufe des Januar die welfische Legion in schönster militärischer Ordnung unter Officieren und Unterofficieren nach Frankreich übertrat, von französischen Officieren inspicirt und von französischen Behörden einquartirt wurde. Bismarck, Zweck und Ziel seines Verfahrens fest im Auge, auch über die welfischen Umtriebe noch nicht vollständig unterrichtet, erklärte, daß für die persönliche Theilnahme des blinden Königs daran die Beweise fehlten, setzte die Vortheile der Verträge in den annectirten Provinzen und bei den europäischen Höfen in helles Licht und stellte endlich die Cabinetsfrage. Die Rechte, Conservative und Freiconservative, waren nach ihrer royalistischen Gesinnung von Anfang an auf seiner Seite gewesen und hatten großen Anstoß an dem Mangel von Treue und Ehrfurcht genommen, womit die hannoverschen Abgeordneten von ihrem vertriebenen König redeten. Indessen bei der Abstimmung schlossen auch diese, so wie die Nassauer, Kurhessen und ein Theil der Schleswig-Holsteiner sich an, und so wurde mit 254 gegen 113 Stimmen das Finanzgesetz unverändert angenommen, und damit auch die Verträge anerkannt.

Trotz dieses Siegs blieb für den Minister die sehr unangenehme Thatsache bestehn, daß von den beiden Hauptstützen seiner jetzigen Politik die eine, der er vor Kurzem in wichtigen Fragen eine offene Annäherung an ihre Wünsche in der innern Politik bekundet hatte, jetzt bei einem Streite von europäischem Belang sich wegen bedeutungsloser Budget-Formalitäten gespalten, und ihm theils die begehrte Indemnität, theils die Zustimmung in der Sache selbst verweigert hatte. Das gab unerfreuliche Aussichten für die Zukunft. Aber schon nach drei Tagen war ihm auf der entgegengesetzten Seite des Hauses eine noch schwerer wiegende Erfahrung gleicher Art zu machen bestimmt, wieder bei einer aus der Annexion Hannovers entsprungenen Frage. Wir haben oben gesehn, wie trotz der abweichenden Ansicht des Finanzministers König Wilhelm persönlich den Kurhessen ihren Staatsschatz

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gelassen, wie damit ein entsprechendes Begehren der Hannoveraner unabweislich geworden, wie zugleich aus jeder der annectirten Provinzen die Vertrauensmänner die Herstellung von Provinzial- und Kreisständen zu freier Selbstverwaltung ihrer localen Angelegenheiten beantragt hatten. Die Regierung war darauf ohne Schwierigkeit eingegangen, allerdings der König und Bismarck mit lebhafterem Eifer, als der zunächst betheiligte Minister des Innern, Graf Friedrich Eulenburg. Es erschien denn ein Gesetzentwurf zunächst für die Provinz Hannover, worin ihr aus Domanial-Einkünften ein Capital überwiesen wurde, welches der einzuführenden localen Selbstverwaltung ein jährliches Einkommen von 550000 Thalern liefern sollte. Aber sofort erhob sich zu Bismarck's peinlicher Überraschung gegen diese, durch die persönliche Einwirkung Sr. Majestät veranlaßte, Vorlage der heftigste Widerspruch der großen conservativen Partei, dieses Mal in seltenem Bunde unterstützt durch Georg von Vincke's rücksichtslose, mit Witz und Spott gesättigte Polemik und durch Waldeck's dröhnendes Begehren, mittelst Zerreißung des unnatürlich zusammengeflickten Königreichs das hochmüthige Selbstgefühl der Hannoveraner mit der Wurzel auszurotten. Das nächste Thema der Gegner war der Satz, daß die reiche Ausstattung Hannovers eine schmähliche Verletzung der alten Provinzen sei. Wir haben, hieß es, seit 1823 eine auf engen Kreis bemessene provinziale Selbstverwaltung, deren Kosten aber haben wir stets aus der eignen Tasche bezahlen müssen; hier gibt man doppelt weitere Rechte und dazu eine verschwenderische Dotation: wir, die alten Getreuen, sind plötzlich zu Stiefkindern Preußens geworden. Man würde den conservativen Herrn Unrecht thun, wenn man für ihren Verdruß allein die Geldfrage als Quelle bezeichnete. Der letzte Grund der Mißstimmung war der oben erwähnte Argwohn, daß Bismarck sich seit 1866 verwandelt habe und seinen Übertritt aus dem conservativen in das liberale Lager vorbereite. Schon daran nahmen sie Anstoß, daß der überlastete Minister den alten Kameraden stets nur kurz seinen Willen zur Nachachtung bekannt machte, während er die neuen Freunde, die liberalen Führer, und besonders jene der annectirten Lande, stets mit ausgesuchter Liebenswürdigkeit behandelte. Daran schlossen sich die sachlichen Bedenken: die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, die Ernennung des liberalen Delbrück zum Präsidenten des Reichskanzleramts, die in der

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Bundesgesetzgebung herrschenden Tendenzen. Es fehlte nicht an heimlichen Hetzern — der frühere, längst mit Bismarck verfeindete Finanzminister von Bodelschwingh wird besonders genannt —, welche der Partei den Abfall Bismarck's, seine unerträgliche Herrschsucht, seinen Zorn bei jedem Widerspruch in grellen Farben anschaulich zu machen verstanden. Die Hauptsache aber war, daß ihre Mehrzahl, ganz wie ihre liberalen Gegner, die Erinnerung an die große Conflictszeit nicht los zu werden vermochte. Damals waren sie das Werkzeug gewesen, womit das Vorwärtsdrängen der liberalen Parteien vereitelt worden war; da hatte ihre gesammte Politik sich in dem einen Worte zusammengefaßt; kein parlamentarisches, sondern ein königliches Regiment. Zu diesem Parteiruf hatte dann auch seit 1848 die Verwerfung der nationalen Idee gehört: das fest unmauerte Preußen solle nicht in dem demokratischen Urbrei der sogenannten deutschen Einheit versinken. Jetzt aber meinten sie, Bismarck, der täglich den Schöpfern des Nationalvereins die Hand drückte, auf geradem Wege zu dem revolutionären deutschen Kaiserthum zu sehn, welches einst Friedrich Wilhelm IV. mit Verachtung zurückgewiesen hatte.

Der Kriegsminister von Roon, damals wegen Krankheit im Süden abwesend, war ein Altconservativer wie Einer, ein strammer Preuße und ein ebenso strammer Officier, aber durch lange Regierungsthätigkeit in warmer Freundschaft mit Bismarck über die Mehrzahl seiner Partei zu weiterem Blicke emporgewachsen. Auf die Kunde von dem ausgebrochenen Hader schrieb er einem Freunde[1]): die Partei muß endlich begreifen, daß ihre heutigen Auffassungen und Aufgaben wesentlich andere sind, als zur Zeit des Conflicts; sie muß eine Partei des conservativen Fortschritts werden und die Rolle des Hemmschuhs aufgeben, so nothwendig eine solche zur Zeit der Übermacht des demokratischen Fortschritts auch sein mochte.

Allein für solche Gedanken war bei der einmal aufgeflammten Erbitterung kein Raum. Vergebens erinnerte Bismarck daran, wie er fort und fort seine wesentliche Stütze in der conservativen Partei gesucht, wie er es nach so langen Jahren ihres Zusammenwirkens als selbstverständlich betrachtet habe, daß sie ein für alle

[1]) Denkwürdigkeiten aus Roon's Leben II, 377 ff.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Male auf seiner Seite stehn würde, so lange er nicht ein großes conservatives Princip verletze. Davon aber könne doch bei dieser Vorlage, welche aus dem Willen des Monarchen selbst entsprungen sei, entfernt nicht die Rede sein. Wie sollte denn eine constitutionelle Regierung ohne eine feste Majorität möglich bleiben, eine Majorität, die, wo es sich nicht um principielle Gegensätze handle, auch einmal einer Vorlage, die sie für eine Thorheit halte, zustimme, in Anbetracht, daß dieses Ministerium auch viele gute Maaßregeln geliefert hätte, vielleicht in größerer Zahl als künftig ein anderes thun würde? Fehlte der Regierung eine solche Majorität, so müßte sie sich eine andere zu bilden suchen; dann entständen Coalitionsministerien mit all ihren Schwächen; die Regierung müßte verschiedenen Richtungen Rechnung tragen und käme nicht von der Stelle; die Verwaltungsmaximen würden in stete Schwankungen gerathen, die für das ganze Staatswesen und am Meisten für die conservative Partei die nachtheiligsten Wirkungen haben könnten. Wenn Sie uns die Majorität versagen, schloß er, so werden Sie nicht erwarten, daß wir fortfahren, alle Unannehmlichkeiten der Stellung zu ertragen, ohne Abhülfe zu suchen; Sie werden uns nicht zumuthen, daß wir uns zum Organe Ihrer vereinzelten Partei machen, und es darauf ankommen lassen, ob die ganze für das Land bedrohliche Situation des Conflicts sich erneuert. Ich fürchte den Conflict nicht, das habe ich gezeigt. Aber ihn zur permanenten nationalen Institution zu machen, das ist nicht mein Wille.

So eindringlich diese Mahnung war, so völlig verfehlte sie ihren Zweck. Der germanische Eigenwille blühte in voller Pracht. Wir sind, erklärte Herr von Brauchitsch, nicht auf den Namen des Ministers gewählt, daß wir in blinder Dienstwilligkeit ihm auf Schritt und Tritt folgen sollen. Verzichten wir auf die Freiheit, zu widerstehn, so fehlt uns auch die Kraft, zu stützen. Unsere Wähler haben volles Vertrauen zu Bismarck's auswärtiger Thätigkeit, aber schwere Bedenken bei seiner innern zum Liberalismus neigenden Politik. Wir haben als unabhängige Männer zu wirken, als Männer von Charakter und Gewissen. Nicht bloß, wo es sich um die Verletzung der politischen Grundsätze, sondern auch, wo es sich wie im vorliegenden Falle um ein Rechenexempel handelt, müssen wir ein Jeder nach der eignen Überzeugung das Facit ziehn und danach stimmen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Hier ist keine Rede, bekräftigte Vincke, von einer politischen Frage, sondern von einer Rechtsfrage, einer Frage um Mein und Dein, um die Verkürzung der andern Provinzen zu Gunsten Hannovers: da dürfen wir nicht aus politischen Rücksichten das Recht beugen lassen, da hat ein Jeder als gewissenhafter Richter sein Urtheil auszusprechen, wie es Artikel 83 der beschworenen Verfassung vorschreibt: jeder Abgeordnete soll nach seiner freien Überzeugung stimmen.

In Wahrheit schreibt der Artikel 83 vor, daß jeder Abgeordnete ohne Rücksicht auf Aufträge und Instructionen seiner Wähler nach eigner freier Überzeugung stimmen soll. Ob er seine Überzeugung nur nach der Beschaffenheit des einzelnen Falls oder nach Erwägung des Zusammenhangs der ganzen politischen Lage zu bilden hat, darüber redet der Artikel gar nicht.

Ungleich einsichtiger als die Conservativen verhielten sich dieses Mal die Nationalliberalen. Bei ihnen war, hauptsächlich in Folge von Gneist's Schriften über die englische Verfassung, die Ansicht verbreitet, daß in England das Gedeihn des parlamentarischen Wesens auf der von ministerieller Willkür unabhängigen Localverwaltung der Kreise und Bezirke beruhe, und schon deshalb brachten sie dem Gesetze, welches zunächst in Hannover eine solche freie Selbstverwaltung einführen sollte, ihre warme Sympathie entgegen. Sie freuten sich, als auch Bismarck das Gesetz empfahl, nicht bloß, weil es dem Volke in Hannover erwünscht wäre, sondern auch, weil es eine erste Bresche in die ihm verhaßte bureaukratische Centralisation der ganzen preußischen Staatsverwaltung lege, bei der im fernsten Winkel des Landes kein Zaun aufgerichtet, keine Brückenbohle gelegt werden dürfe, ohne in fünf Instanzen, vom Ortsgendarmen bis zum vortragenden Ministerialrath, gebilligt zu sein. Solche Stimmungen gegen die Bureaukratie waren sonst auch den Conservativen nicht fremd, aber sie stießen als preußische Particularisten das Gesetz zurück, weil es der Selbstverwaltung Hannovers größere Geschenke machte, als sie für ihre Provinzen seit 1823 empfangen hatten. Die Nationalliberalen aber griffen mit beiden Händen zu, nach der richtigen Meinung, daß das System, einmal in einer großen Provinz begonnen, sich unaufhaltsam auch für alle andern durchsetzen würde. Sie hatten bereits im Budget einzelne Posten in diesem Sinne behandelt und stellten jetzt

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

neben das Gesetz eine Resolution, in welcher das Haus die Regierung aufforderte, gleich in der nächsten Session die für diese allgemeine Reform erforderlichen Vorlagen einzubringen.

Indessen als es am 6. Februar zur Abstimmung über ein von der Regierung angenommenes Amendement des Herrn von Kardorff kam, welches der Provinz Hannover für die Zwecke ihrer Selbstverwaltung zwar kein Capital, wohl aber eine jährliche Rente von 500 000 Thalern zuwies, siegte die Regierung über die verbündeten Conservativen und Radicalen mit einer Mehrheit nur von fünf Stimmen. Bismarck war entrüstet, nahm unbestimmten Stadturlaub und erschien nicht wieder im Landtag. Am Abend war ein großes Hoffest, und der König nahm die Gelegenheit wahr, den Conservativen, wie sie ihm gerade in den Wurf kamen, den deutlichsten Ausdruck seines Allerhöchsten Unwillens zu geben. Dies blieb bei den alten Royalisten nicht ohne Wirkung, und auch Bismarck gegenüber begannen die Herrn zu überlegen, daß es schwerlich im Interesse ihrer Partei liegen könne, durch eine förmliche Absage den mächtigen Mann in die Stellung eines liberalen Parteihaupts selbst hinein zu drängen. So wurden am 7. Februar das Gesetz und die Resolution mit verstärkter Mehrheit angenommen, und auch das Herrnhaus fand es zweckmäßig, diesem Beispiel trotz alles Widerwillens in der Sache am 18. Februar zu folgen. So hatte denn Bismarck auch in dieser Sache schließlich die Genehmigung des Landtags errungen. Aber der Riß zwischen ihm und der conservativen Partei war innerlich nicht geschlossen, sondern nur oberflächlich zugedeckt, und sollte ihm noch lange Jahre hindurch schwere Stunden bereiten.

Übrigens beeilte er sich, jetzt auch über das Verhältniß zu König Georg einen unzweideutigen Abschluß zu veranlassen. Es war ihm gelungen, urkundliche Beweise für die, von niemand und wohl auch von ihm nicht bezweifelte, Thatsache zu gewinnen, daß die Wühlereien in Hannover und die Aufstellung der Welfenlegion unter der persönlichen Leitung und Bezahlung des Königs vor sich gingen. Er legte jetzt den befreundeten Höfen die beiden Verträge als Ausdruck des guten Willens Preußens vor, ersuchte sie aber zugleich, dem Könige ernstlich zu erklären, daß die Einstellung aller Feindseligkeiten gegen Preußen die unerläßliche Voraussetzung der bedungenen Geldzahlungen sei. Die Mächte verhießen, das Mögliche in diesem Sinne zu thun.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

König Georg aber beeilte ſich, dem preußiſchen Wunſche die öffentliche Abfertigung zu geben. Am 18. Februar begrüßte er eine zur Feier ſeiner ſilbernen Hochzeit gekommene hannoverſche Deputation mit einem feurigen Trinkſpruch, auf die Wiederherſtellung des Welfenreichs und des Welfenthrons, auf baldiges Wiederſehn in Hannover. An demſelben Tage genehmigte in Berlin das Herrnhaus die Verträge, nachdem der Finanzminiſter den Entſchluß der Regierung ausgeſprochen hatte, bei weitern feindlichen Umtrieben des Königs die Beſchlagnahme ſeines Vermögens zu erneuern. Als darauf die Rathſchläge der Höfe unwirkſam geblieben waren, vielmehr die Werbungen für die Legion fortdauerten, veröffentlichte bald nach dem Schluſſe des Landtags der Staatsanzeiger neben einander die beiden Verträge, zugleich aber auch eine königliche Verordnung, welche das welfiſche Hausvermögen, unter Vorbehalt einer nachträglichen Zuſtimmung des Landtags, ſo wie aller Rechte des Geſammthauſes Braunſchweig, von Neuem mit Beſchlag belegte.

Um nicht wieder auf die leidige Sache zurückkommen zu müſſen, ſchalten wir hier ihren weitern Verlauf bis zu ihrem Ausgang ein. Als die Legion in kleinen Abtheilungen von der deutſchen Grenze entfernt jenſeit der Loire untergebracht war, ließ König Georg in Hannover die heimliche Werbung zu ihrer Verſtärkung für einen Kriegsfall fortſetzen, bezahlte dafür anſehnliche Summen, verwandte auf den Unterhalt der Legionäre jährlich 350000 Thaler und beſtritt mit Beihülfe einer mühſam aufgebrachten Anleihe von einer halben Million die Anſchaffung von Uniformen und Waffen für 10000 Mann, auf deren Zuſammenkunft nach einer franzöſiſchen Kriegserklärung der König mit Sicherheit rechnete, und welche dann als Vortrab der ſiegenden Franzoſen in Deutſchland einbrechen und den Welfenthron wieder aufrichten ſollten. Nun werden wir ſehn, wie im Sommer 1868 badiſche und rumäniſche Vorgänge in Wien und in Paris eine lebhafte Aufregung hervorriefen, und die Luft ſich überall mit Kriegsgerüchten erfüllte. Am Hofe zu Hietzing ſtiegen die Hoffnungen hoch, und zugleich meldete ſich als deutſcher Bundesgenoſſe auch der Kurfürſt von Heſſen bei ihm an. Wie oben erwähnt, hatte dieſer Herr 1866 mit Preußen einen Vertrag abgeſchloſſen, worin er gegen Entbindung ſeiner bisherigen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Unterthanen von ihrem Treu-Eide die freie Verfügung über sein hessisches Privatvermögen zurückerhielt und dann auf seinen böhmischen Besitzungen Wohnung nahm. Jetzt aber, im September 1868, trat er mit einer Denkschrift hervor, worin er seine rechtswidrige Beraubung durch Preußen in drohender Sprache darlegte, vor Gott und Menschen Protest dagegen erhob und darauf aufmerksam machte, daß er in seinem nach dem Vertrage erlassenen Manifest seine Unterthanen nur in soweit von dem Eide entbunden habe, als er nicht in der Lage sei, die Regierung zu übernehmen. Ganz wie König Georg verkündete er, daß er niemals auf seinen Thron verzichten werde, und seine Hoffnung auf Gottes Gerechtigkeit, auf die unerschütterliche Liebe und Treue seiner Unterthanen und den Beistand aller edeldenkenden Mächte setze. Exemplare dieser Denkschrift sandte er an alle Souveräne und vornehmlich an den Kaiser Napoleon.

Die Folge war, daß die preußische Regierung jetzt auch auf sein Vermögen Beschlag legte und bei der Wiedereröffnung des Landtags beide Verordnungen bei dem Hause der Abgeordneten zur Genehmigung einbrachte. Bismarck erläuterte den Thatbestand, die förmliche Kriegserklärung beider Fürsten gegen Preußen, die militärischen Rüstungen, die diplomatischen Allianzversuche, die revolutionären Umtriebe in zwei preußischen Provinzen unter Anknüpfung mit den süddeutschen Republikanern. Zur Zeit sei das Alles verächtlich, bei dem Ausbruch aber eines großen Krieges, dem man erst vor Kurzem nahe gestanden, könne es sehr gefährlich werden. Es sei die Pflicht der Regierung, solchen Bestrebungen die Geldmittel so weit wie möglich zu entziehn, und diese zur Entdeckung und Abwehr der feindlichen Machinationen, mithin als geheime Fonds, zu verwenden; etwaige Überschüsse könnten den Interessen und Bedürfnissen der beiden Provinzen zu Gute kommen.

Die vorberathende Commission empfahl die Annahme der Gesetze, mit dem Zusatze, daß die Aufhebung wieder nur auf dem Wege der Gesetzgebung, also unter Zustimmung des Landtags, erfolgen solle. Indessen fehlte es nicht an Widerspruch. Windthorst, der als Bevollmächtigter König Georg's den hannoverschen Vertrag unterhandelt hatte, erklärte mit vollem Brustton juristischer Überzeugung, daß der König nicht einen Buch-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

staben des Vertrags verletzt habe, einen Verzicht auf die Krone habe der König stets verweigert, sichere Beweise für seine angebliche Feindseligkeit seien nicht vorhanden, auf Zeitungsartikel und Berichte bezahlter Spione sei nichts zu geben, die Verordnung enthalte also eine willkürliche und verfassungswidrige Confiscation. Die radicale Partei war getheilt in ihren Ansichten. Waldeck beklagte, daß man es bei einem Sequester bewenden ließ und das Vermögen der beiden Fürsten nicht einfach für preußisches Staatsgut erklärte. Dagegen schloß sich Virchow den juristischen Erörterungen Windthorst's an, forderte Achtung vor dem Privateigenthum auch eines Feindes, verwarf die Verwendung so großer Summen durch die preußische Regierung ohne parlamentarische Aufsicht und weissagte als Folge der Maaßregel ein scheußliches Anwachsen von Spionage und Angeberei.

Allein er brachte damit keinen Eindruck hervor. Zu offenkundig lagen die Thatsachen vor den Augen der Welt; zu naiv war die Zumuthung an die Regierung, einem erklärten Feinde die Gelder selbst zu zahlen, womit er gegen sie Truppen rüsten und Meuterei anstiften wollte. Der Landtag genehmigte den Commissionsantrag mit großer Mehrheit.

König Georg unterhielt dann auf Kosten seines Privatvermögens noch bis zum Frühling 1870 die Mannschaften der welfischen Legion in ihren französischen Quartieren, getragen durch die stets sich erneuernde Hoffnung auf eine Kriegserklärung Napoleon's gegen Preußen. Als diese aber auch im Jahre 1869 ausblieb, sah er allmählich nicht bloß seine Renten, sondern demnächst auch seine Capitalien durch die Kosten seiner Rüstungen und Agitationen gefährdet. Durch gewissenlose Speculanten ließ er sich dann zu einem letzten Versuche, zur Gründung einer großen Bank, als Quelle neuer Reichthümer verleiten. Als jedoch das Unternehmen nach kurzem Bestande in einem unsaubern Krach zusammenstürzte, gab er die Hoffnung auf und verfügte die Auflösung der Legion, indem er jedem Soldaten zum Abschied 400 Franken auszahlen ließ, um sich damit vielleicht in Amerika eine neue Existenz zu gründen.

Wenige Wochen später erfolgte der so lange von ihm ersehnte französische Angriff auf Deutschland. So hatte die preußische Beschlagnahme seines Vermögens der welfischen Legion wenigstens

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die Schande erspart, in einem heillosen Kampfe gegen ihr Vaterland zu Grunde zu gehn.[1])

Wir wenden uns wieder zum Februar 1868 zurück.

Wie heftig und bitter auch in den beiden hannover'schen Fragen die wechselnden Angriffe der Parteien auf die Regierung gewesen, so wenig war von systematischer Opposition irgend einer Mehrheit die Rede. Es ist nicht unsere Aufgabe, näher in die preußische Specialgeschichte einzugehn; es mag kurz bemerkt werden, daß das Haus allen finanziellen Wünschen der Regierung mit voller Freigebigkeit entgegen kam. Nur eine große politische Action, welche leider eine lange und trübe Vorgeschichte hatte und sich auch jetzt durch den ganzen Verlauf der Session hindurchzog, muß hier erwähnt werden, weil sie sich bald nachher auch im Reichstag fortsetzte.

Eine im Hause am 20. Mai 1865, also in dem glühendsten Höhenpunkte der Conflictszeit, gehaltene Rede des Abgeordneten Twesten, die mit schonungsloser Schärfe das Verhalten der preußischen Justizbehörden und Gerichte angriff, und bald nachher eine Rede des Abgeordneten Frentzel, welche schwere Anklagen gegen den Königsberger Polizeipräsidenten erhob, veranlaßte den damaligen Justizminister Grafen zur Lippe, die Staatsanwaltschaft zu gerichtlicher Verfolgung der beiden Herren anzuweisen. Allein bei beiden erfolgte Freisprechung sowohl in der ersten als in der zweiten Instanz, weil der Artikel 84 der preußischen Verfassung erkläre, daß die Mitglieder der beiden Häuser wegen ihrer Abstimmungen im Hause niemals, wegen ihrer darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb des Hauses auf Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Auf die von dem Staatsanwalt eingelegte Berufung kam die Sache an die höchste Instanz, das Berliner Obertribunal, welches durch Urtheil vom 29. Januar 1866 die Meinungsfreiheit

[1]) Über das Verhalten des Königs Georg lassen die in Meding's Memoiren Band III veröffentlichten Documente, Briefe und Berichte keinen Zweifel mehr bestehn. Auch General Dammers, der in seinen Lebenserinnerungen im Übrigen auf Meding sehr schlecht zu sprechen ist, hat den Inhalt jener Actenstücke nicht zu widerlegen versucht.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der Abgeordneten anerkannte, dann aber weiter erläuterte, unter dem Worte Meinung sei das Ergebniß eines Denkprocesses zu verstehn, keineswegs aber die Behauptung von Thatsachen, die, wenn sie zum Zweck der Verläumdung oder der Erregung von Haß und Verachtung geschehn sei, unter das Strafgesetz und die strafrechtliche Verfolgung fiele. Das Urtheil zweiter Instanz wurde hienach aufgehoben, und die Sache zu erneuerter Verhandlung an die erste Instanz zurückgewiesen.

Sofort stellte Hoverbeck am 6. Februar im Hause der Abgeordneten den Antrag, das Haus wolle das Verfahren der Staatsanwaltschaft und des Obertribunals für eine Verletzung der Verfassung und für einen unbefugten Eingriff in eins der wichtigsten Rechte der Volksvertretung erklären und Protest erheben gegen die Rechtsgiltigkeit dieses Verfahrens und aller sich daraus ergebenden Folgen. Das Haus nahm den Antrag nach dreitägiger höchst erregter Debatte mit 263 gegen 35 Stimmen an, nachdem Graf Lippe seinerseits Verwahrung dagegen als gegen einen rechtlosen Eingriff in die verfassungsmäßige Unabhängigkeit der Gerichte erhoben, und Bismarck ihn durch eine schneidige Kritik eines Privilegs unterstützt hatte, welches Verläumdung und Ehrenkränkung Dritter unbestrafbar machen sollte. Da Twesten sich mit gewohnter Kraft an der Debatte betheiligt hatte, wurde auch diese Rede unter Anklage gestellt, dem Präsidenten des Hauses aber der amtlich der Regierung übersandte Beschluß desselben als verfassungswidrig zurückgeschickt. Es war das letzte parlamentarische Gefecht der Conflictszeit.

Bald nachher trat mit den großen Ereignissen des Sommers der gewaltige Umschwung der preußischen Politik ein, der innere Hader wurde geschlossen, bei der Berathung des Reichswahlgesetzes im Abgeordnetenhause ein Satz zur Sicherung der unbedingten Redefreiheit eingefügt. Unter diesen Umständen wiederholten die Gerichte erster und zweiter Instanz trotz des Urtheils des Obertribunals die Freisprechung Twesten's und Frentzel's auf Grund des Artikels 84. Alle Welt hielt es jetzt für zweifellos, daß hiemit die Sache zu Ende, und die spitzfindige Auslegung des Obertribunals zu den Todten gelegt sei. Aber über die Zähigkeit des Grafen Lippe sollte man noch besondere Erfahrungen machen: gegen die Freisprechung sowohl Twesten's als Frentzel's legte die Staatsanwaltschaft Ende Februar 1867 die Nichtigkeitsbeschwerde beim Obertribunal ein. Wieder hoben

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sich dann die Hoffnungen der Liberalen, als Bismarck am 4. März dem Reichstag den Entwurf der Bundesverfassung vorlegte, worin kurz und rund den Mitgliedern des Reichstags für jede in ihrem Beruf gethane Äußerung die Unverfolgbarkeit zugesichert wurde. Es war deutlich, daß die Wege der das Jahr zuvor so enge verbundenen Minister auseinander zu gehn begannen: wie wäre es denkbar, daß die Regierung, was sie für den Reichstag anerkannt, dem in gleichartiger Thätigkeit wirkenden Landtag bestreiten sollte? Jedoch dem Obertribunal erschien dies ganz natürlich: am 26. Juni hob es die freisprechenden Urtheile der zweiten Instanz nochmals auf und wies die Processe zu erneuerter Behandlung nach Maaßgabe des von ihm bekräftigten Rechtsgrundsatzes in die erste Instanz zurück. Daneben war noch ein Disciplinarverfahren gegen Twesten und Lasker (beide waren richterliche Beamte) beim Berliner Kammergericht anhängig, theils wegen der Parlamentsreden vom 10. Februar 1866, theils wegen späterer Wahlreden. Der Hof verurtheilte darauf am 3. Juli die beiden Abgeordneten wegen der Wahlreden zu einer Geldbuße und einem Verweis, erklärte aber auf's Neue, daß die Parlamentsreden nach Artikel 84 der Verfassung unverfolgbar seien. Der Zorn darüber war groß im Justizministerium, und die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, weil das Gericht nicht, wie es sich gebührt hätte, auf Amtsentsetzung erkannt habe.

In der ersten Instanz, für Twesten dem Berliner Stadtgericht, nahm man sich Zeit zu der neuen Beschlußfassung über Twesten's Rede von 1865. Hier erwog man, daß nach der Entscheidung des Obertribunals über den Artikel 84 dem Gerichte nur noch die Bestimmung des Strafmaaßes überlassen, und dann nach dem Inhalt der Rede auf die höchste zulässige Strafe, zwei Jahre Gefängniß, zu erkennen sei. So wurde am 11. November geurtheilt. Graf Lippe verfügte darauf sofort die Suspension Twesten's von seinem Amte.

Die Erbitterung über diese Vorgänge war grimmig bei allen Liberalen im Landtag und im Lande. Kaum hatte der neue Landtag am 20. November sich constituirt, als Lasker den Antrag auf eine gesetzliche Declaration des Artikels 84, im Sinne unbedingter Redefreiheit, einbrachte. Außer der conservativen Partei waren alle andern, Freiconservative und Altliberale, Nationalliberale und Fortschrittspartei, einverstanden in der

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Sache. Der Abgeordnete redet nicht aus persönlicher Willkür, sondern zur Erfüllung seiner Berufspflicht, wozu es gehört, daß er die ihm bekannt gewordenen Übelstände im Staatswesen zur Sprache bringt; es kann also niemals bei ihm eine beleidigende Absicht (animus iniuriandi) angenommen werden. Darüber, und über die tiefe Schädigung des gesammten parlamentarischen Wesens durch eine Beeinträchtigung dieser Freiheit, darüber, wie gesagt, waren Alle einig. Aber nach deutscher Weise durfte es an Amendements nicht fehlen. Die Fortschrittspartei beantragte, daß der Artikel 84 völlig klar und ausreichend sei, das Haus also sein Recht durch das Verlangen einer Declaration selbst in Zweifel stelle, daß man also über Lasker's Antrag zur Tagesordnung überzugehn, und die Initiative der Staatsregierung zu überlassen habe.

Umgekehrt fanden die Freiconservativen die Auslegung des Artikels 84 durch das Obertribunal nicht so zweifellos verwerflich, begehrten also nicht eine Declaration, sondern eine Änderung des Artikels im Sinne des Artikels 30 der Reichsverfassung.

Indessen, als es nach zweitägiger Verhandlung in der Vorberathung zur Abstimmung kam, fanden beide Amendements nur eine sehr geringe Stimmenzahl, und Lasker's Antrag wurde mit 180 gegen 161 Stimmen angenommen. Fast genau dasselbe Ergebniß lieferte am 2. December die Schlußberathung.

Bismarck hatte bei der ersten Debatte noch einmal seinen Collegen, wenn auch mit geringer Energie, in Schutz genommen; trotzdem war dem Grafen Lippe die Regierung überhaupt zu liberal geworden; er fand es angenehmer, mit der äußersten Rechten als mit dem Ministerium zusammen zu gehn: am 5. December erbat und erhielt er seine Entlassung und trat der ehemalige, hannoversche Minister Leonhardt an seine Stelle.

Da Lasker's Antrag einen Artikel der Verfassung betraf, mußte nach drei Wochen eine zweite Lesung Statt finden. Sie erfolgte am 8. Januar 1868. Noch einmal stellte die Fortschrittspartei den Gegenantrag auf motivirte Tagesordnung als die einzig richtige Maaßregel, und als sie damit nicht durchdrang, stimmte sie, charakteristisch für ihre Eigenart, mit den Conservativen gegen Lasker. Indessen die Mehrheit blieb fest, und mit 174 gegen 144 Stimmen wurde der Antrag angenommen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Leonhardt begnügte sich dabei mit der Erklärung, daß das Staatsministerium einen Beschluß in dieser Frage noch nicht gefaßt habe, sie aber später wohl in Überlegung nehmen werde. Wenn damit die gesetzliche Lösung einer ungewissen Zukunft überlassen blieb, so zeigte wenigstens die Praxis, wie sehr in den Regierungskreisen der Wind umgesetzt hatte. Zunächst zog Leonhardt die vom Staatsanwalt erhobene Berufung gegen das Urtheil des Disciplinarhofs zurück. Als dann das Kammergericht als zweite Instanz in dem Processe wegen Twesten's Rede von 1865 das harte Urtheil des Stadtgerichts vom 11. November vernichtete, an die Stelle der Gefängnißstrafe eine Geldbuße setzte und zugleich erklärte, daß es nur durch die Entscheidung des Obertribunals zu einem solchen Urtheil gezwungen sei, selbst aber kraft des Artikels 84 bei der Ansicht von der Unverfolgbarkeit einer Parlamentsrede beharre, da legte auch hier der Staatsanwalt keine Berufung ein. Vielmehr wurde jetzt die in Folge des Urtheils der ersten Instanz über Twesten verhängte Amtssuspension wieder aufgehoben, und weiterhin auch die erkannten beiden Geldstrafen als unter die Amnestie von 1866 fallend erlassen.

Lasker's Declarationsantrag war unterdessen dem Herrnhause übermittelt worden. Er kam dort zur entscheidenden Berathung fast gleichzeitig mit dem Entschlusse des Hauses, nach dem harten Kampfe mit Bismarck über den hannoverschen Provinzialfonds sich dem Willen der Regierung hierin zu fügen. Um so eifriger aber war dann das Haus bereit, der jetzt ebenfalls von der Regierung offenbar begünstigten Tendenz des Antrags Lasker mit allem Nachdruck entgegen zu treten und für die im andern Hause von der conservativen Partei erlittene Niederlage gründliche Vergeltung zu üben. Am 15. Februar verwarf es den Antrag mit allen gegen 14 Stimmen. Damit wurde die Unsicherheit des Rechtszustandes erhalten, und Lasker beschloß, in dem nahe bevorstehenden Reichstag die Erlangung eines Heilmittels zu versuchen. Immer gab es in der Frage bei Bismarck's und Leonhardt's Haltung keinen feindlichen Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung mehr, sondern nur noch einen Unterschied des Zeitmaaßes in dem Vorwärtsschreiten zu demselben Ziel.

Als am 29. Februar König Wilhelm den Landtag schloß, konnte er seine Freude über die erlangten Ergebnisse in gnädigen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Worten aussprechen und der Hoffnung auf baldige Weiterentwicklung Ausdruck geben. Indessen zeigten sich anderwärts bedenkliche Symptome für die nächste Zukunft. In ganz Europa lastete die Sorge vor einer schweren Friedensstörung — wir werden bald näher davon reden — auf dem Betriebe der Industrie und des Handels, und die Staatscasse empfand die Rückwirkung in ihren Einnahmen. In Preußen kamen dazu die durch die schlechten Erndten veranlaßte Steigerung der Verpflegungskosten in der Armee und ein starkes Sinken der Posterträge durch die vorigjährige Herabsetzung der Porti. Es bestand kein Zweifel, daß Beides nur ein vorübergehender Schade war, aber man verbarg sich nicht für das nächste Jahr das Herannahn eines erheblichen Deficit. Die einzige Hülfe dagegen lag in der Hand des in vier Wochen bevorstehenden Reichstags und des bald nachher eintretenden Zollparlaments. Während des ganzen Winters war der norddeutsche Bundesrath mit den dafür bestimmten Vorlagen beschäftigt, und am 2. März trat auch der Zollbundesrath zu gleichem Zweck zusammen. Da eine große Anzahl der Staaten sich in ähnlicher Finanzlage wie Preußen befand, war man sehr bereit, auf Vermehrung der Einnahmen durch Finanzzölle und Verbrauchssteuern einzugehn. Leider aber waren schon vor dem Beginn dieser Berathungen die Hoffnungen auf ein Gelingen des Werkes durch den Verlauf der Parlamentswahlen in Süddeutschland stark gesunken, und sanken immer tiefer bei dem weitern Fortgang der Bewegung. Zwar in Hessen-Darmstadt hatte die nationale Partei mit überwältigender Mehrheit alle sechs Mandate, und in Baden acht Sitze gegen sechs Gegner erobert. In Bayern aber, wo vor wenigen Monaten ein kräftiger Aufschwung des Bürgerthums gegen den Sondergeist der Reichsräthe das Verbleiben in dem reformirten Zollverein erzwungen hatte, führte dicht vor den Wahlen ein lang vorbereitetes Eingreifen der gesammten katholischen Priesterschaft einen plötzlichen Umschlag herbei. Hier erlebte man, welche Macht das allgemeine gleiche Stimmrecht innerhalb einer katholischen Bevölkerung dem Klerus in die Hand gab. Während seine Partei in der zweiten Kammer nur über ein Zehntel der Sitze verfügte, erlangte sie für das Zollparlament von den 48 bayerischen Wahlbezirken in 26 den Sieg, wozu dann noch ein demokratischer Particularist hinzutrat. Die nationale, oder wie sie hier hieß, die Fortschrittspartei, sandte

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

12 Mitglieder in das Zollparlament, also ein Viertel des bayerischen Contingents, während sie in der zweiten Kammer beinahe ein Drittel bildete. Den Rest von 9 Parlamentswahlbezirken behauptete eine etwas farblose Mittelpartei, die in der Kammer bisher die Mehrheit besaß. Charakteristisch für den Hergang war ferner, daß die Candidaten des Klerus überwiegend vornehme Edelleute und höhere Beamte waren, obgleich die Partei damals in scharfer Opposition gegen das Ministerium Hohenlohe stand, andererseits aber die gewählten Industriellen sämmtlich der nationalen Partei angehörten, und die protestantische Bevölkerung durchgängig national gewählt hatte.[1])

In dem Wahlkampfe wurde, wie sich versteht, ein Weniges auch von Zöllen und Steuern gesprochen, aber der Brennpunkt der Verhandlungen war und blieb aller Orten die Frage der nationalen Einheit, bei der damaligen Lage also die Erweiterung des Zollparlaments zum Vollparlament oder der Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund, der von der Fortschrittspartei lebhaft begehrt, von der klerikalen heftig zurückgestoßen wurde. Bei den Volksmassen hatte die letztere ganz entschieden die Oberhand. Wir sind, hieß es, viel echtere Deutsche als die Preußen; deshalb wollen wir freie Bayern bleiben.

Noch entschiedener war endlich in Württemberg die Niederlage der nationalen oder, wie sie dort kurzweg genannt wurde, der preußischen Partei, der schwäbischen Preußen, die noch schlimmer seien als die preußischen. Auch dort traten vom ersten Tage des Streits die wirthschaftlichen Fragen vor der politischen in den Hintergrund. Wir sahn, wie gleich nach der Ratification des Zollvereins das Ministerium erklärte: Württemberg hält den Wehrbund und den Zollbund, damit ist es aber auch genug. Dagegen erhob sich auf der Stelle die nationale Partei: der Zollverein sei gut und schön, aber sein höchster Werth bestehe darin, daß sein Parlament die Brücke zu der vollen Einheit Deutschlands, zu dem Eintritt Württembergs in den Nordbund bilden könne und bilden müsse. Um die Nothwendigkeit dieses Schrittes darzulegen, ergingen ihre Organe sich in bitterer Kritik der vorhandenen Zustände in Württemberg, wo das Schreiberregiment allmächtig, die Verwaltung corrumpirt, das Volk durch leere Freiheitsphrasen mit einem thörichten Dünkel erfüllt sei.

[1]) Schultheß, Geschichtskalender 1868, S. 141.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Auf der andern Seite tobten die republikanisch gesinnten Demokraten, daß die Regierung durch ihre Verträge die Unabhängigkeit des edlen Schwabenvolkes an die halbslavischen Preußen verrathen habe; von dem Zollparlament wollten sie so wenig wissen, daß sie durch Parteibeschluß zuerst völlige Wahlenthaltung verkündeten, um dann in der Kammer die Regierung wegen ihres Treibens zu strenger Rechenschaft zu ziehn. Der Regierung waren diese Aussichten auf jeder Seite äußerst widerwärtig, und als sich in der letzten Stunde die Volkspartei doch eines Bessern besann, beschloß die Regierung bei der geringen Zahl ihrer unbedingten Anhänger die Freundschaft der Volkspartei gegen das Wachsthum des preußischen Einflusses aufzubieten. Die ministerielle Partei setzte sich darauf mit den Demokraten und Klerikalen in enge Verbindung zum gemeinsamen Widerstande gegen die Verpreußung des in seinem Freiheitsglanze strahlenden Württemberg. Auf allen Seiten entbrannte der Wahlkampf mit der höchsten Leidenschaft, ganz in dem vor einigen Monaten von Moritz Mohl angeschlagenen Tone. Das Ergebniß war, daß die deutsche Partei in allen 17 Wahlbezirken unterlag, obgleich ihre Candidaten von der Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen etwas mehr als ein Viertel, rund 46 000 von 175 000 erlangt hatten. Von den Gewählten vertraten sechs, nämlich die Minister Varnbüler und Mittnacht nebst vier Anhängern, die Regierungspolitik, die andern eilf gehörten der großdeutschen oder demokratischen Partei an. Durch deren Reihen ging der Ruf: Keine neuen Steuern, keine Finanzzölle, keine erweiterten Befugnisse des Zollparlaments!

So entsandte der Süden nach Berlin neben 35 Nationalgesinnten 50 stramme Particularisten, erfüllt von dem Entschlusse, stets zu verneinen. Das gab schwache Hoffnung für den gewünschten Bruderbund zwischen Nord und Süd, während draußen am europäischen Horizont der Himmel sich fortdauernd mit düstern, einander jagenden Wolken bedeckte.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

4. Capitel.

Italieniſche und ſpaniſche Wirren.

Trotz des Glanzes der Pariſer Weltausſtellung und der Erneuerung des deutſchen Zollvereins lag über Mitteleuropa ein allgemeines Gefühl der Unſicherheit, unter welchem zunächſt der materielle Wohlſtand aller Länder ſchweren Schaden litt. Niemand traute dem Frieden; die Geſchäfte ſtockten, die Induſtrie lag danieder, der Börſenverkehr notirte tiefe Unluſt. Es war kein Wunder. In Deutſchland und in Italien drängte die Unfertigkeit der neuen Zuſtände zur Vollendung der nationalen Einheit: beiden aber ſtellte ſich die Eiferſucht des franzöſiſchen Volkes hemmend und drohend in den Weg, und ſo wenig Bismarck der treibenden Ungeduld der nationalen Wünſche genug that, ſo ſehr Napoleon die Erhaltung des Friedens wünſchte: unberechenbar blieben auf beiden Seiten die Zuckungen der populären Leidenſchaften, und mit tiefem Mißtrauen beobachtete jede Partei alle Schritte der andern.

Daß Napoleon den Frieden wünſchte, daran kann kein Zweifel beſtehn. Die beiden mächtigen Völker dicht vor dem großen Ziele auf die Dauer feſtzuhalten, hielt er für unmöglich; in Lavalette's Rundſchreiben hatte er ſelbſt die Berechtigung ihres Strebens ausdrücklich anerkannt. Aber er ſah auch, wie einſam er mit dieſer Anſchauung im eignen Lande ſtand. Ohne Zweifel war durch das Emporkommen der beiden neuen Reiche an ſeiner Oſtgrenze Frankreichs Machtſtellung relativ geſunken; unter den großen Kataſtrophen waren die Andern gewachſen, Frankreich hatte nicht eine Scholle Landes davongetragen. Der

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

politiſch active Theil des franzöſiſchen Volks verzieh es dem Kaiſer nicht, daß er es dahin hatte kommen laſſen; ein bitterer Haß gegen Preußen und Italien erfüllte die Armee und den Klerus, die Volksvertreter und die Zeitungspreſſe. Auch die liberale Oppoſition, deren Grundſätze ſonſt das freie Selbſtbeſtimmungsrecht aller Völker gefordert hatten, ließ ſich jetzt keinen Anlaß entgehn, die heilloſe Schwäche der Regierung und die Entwürdigung Frankreichs allem Volk zu verkünden. Napoleon ſah ſich gezwungen, mit dieſen Stimmungen zu rechnen. Nicht nach eigner Neigung, ſondern durch ſein Volk gedrängt, faßte er ſeine Stellung dahin: wir nehmen den vorhandenen Zuſtand an, dürfen aber keinen weitern Fortſchritt der Andern dulden, bis wir ſelbſt eine entſprechende Stärkung gewonnen haben.

Wir haben geſehn, wie er ſich in dieſem Sinne mit Öſterreich verſtändigt hatte: die Trennung Süddeutſchlands vom Nordbund muß kraft des Prager Friedens erhalten bleiben. Es war ein Begehren im Widerſpruch gegen die Natur der Dinge, und zugleich haltlos in ſeiner rechtlichen Begründung, da man bekanntlich in Deutſchland die Worte des Prager Vertrags ganz anders als in Paris und Wien auslegte. Von Herſtellung des Vertrauens und Sicherung des Friedens blieb man bei dieſer Haltung gleich weit entfernt. Indeſſen wurde einſtweilen der Bruch vermieden, da Bismarck ſich zwar alle Wege offen hielt, aber die Dinge kommen ließ und ſeinerſeits nicht drängte.

Schlimmer geſtalteten ſich aus gleicher Urſache die Verhältniſſe in Italien. Hier hatte Napoleon ſelbſt den nationalen Einheitsgedanken entfeſſelt und dann ihm freie Bahn gelaſſen bis hart an das letzte Ziel: hier aber trat er ihm mit herriſchem Verbot entgegen, Rom ſollte nicht die Hauptſtadt Italiens werden, ſondern als ein Fideicommiß der katholiſchen Chriſtenheit dem Papſte bleiben. Wieder war es nicht ein Entſchluß der eignen Überzeugung, ſondern die Furcht vor dem Zorn der franzöſiſchen Klerikalen, und wieder war es eine Forderung gegen die Natur der Dinge, deren Vertreter hier nicht in ruhiger Überlegung der Zukunft vertrauen wollten, ſondern mit ſüdlicher Leidenſchaft den entſcheidenden Kampf zu beginnen trachteten. König Victor Emanuel hatte in jungen Jahren die furchtbaren Niederlagen ſeines Landes erlebt und ſeitdem ſein ganzes Daſein der Auf-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

richtung und Vereinigung Italiens gewidmet. Er hatte den eiſenfeſten Glauben an das gute Recht und die heilige Pflicht ſeines Strebens, er begriff, daß in dieſer Sache die unbegrenzte Offenheit auch die beſte Staatsklugheit ſei, und ſo hat er ſtets das Ziel ſeiner Bemühungen mit rückhaltloſer Energie der Welt verkündet und niemals einen Menſchen in Zweifel gelaſſen, um welchen Preis ſeine Freundſchaft zu haben und zu behaupten ſei. Um ſo mehr war er darauf bedacht, ſeine unaufhörlich wechſelnden Mittel in möglichſt tiefes Geheimniß zu hüllen; neben ſeiner amtlichen Diplomatie hatte er auf allen Punkten ſeine perſönlichen Agenten und Correſpondenten; er gebrauchte Regierungsmittel, parlamentariſche Einflüſſe und revolutionäre Beziehungen, wie die Lage des Augenblicks es zu fordern ſchien. Nach der alten Tradition des Hauſes Savoyen ſuchte er ſtets auf der Seite des Siegers zu ſtehn, ſo lange dieſer bereit wäre, ihm den gebührenden Antheil an der Beute zu überlaſſen. So unterhielt er einen laufenden Briefwechſel mit Napoleon, bei dem er ein unerſchütterliches Vertrauen auf Italiens Dankbarkeit für 1859 zu befeſtigen wußte; zugleich aber correſpondirte er auch mit den Todfeinden des Kaiſers, den Häuptern der republikaniſchen Actionspartei, Mazzini und Garibaldi, deren Agenten ſtets geheimen Zugang zu dem königlichen Cabinette fanden; dann wieder hatte er perſönliche Beziehungen mit dem Todfeinde ſeines eignen Werkes, dem Papſte Pius, der bei allen Gegenſätzen auch ein italieniſches Herz hatte, ebenſo wie der König ein katholiſches. Boshafte Kleriker meinten, der König habe vor Gott keine Furcht, aber er ſcheue vor der Frage, ob es nicht doch einen Teufel gebe. Jedenfalls erſchien in dieſem Fürſten eine merkwürdige Verbindung von einer beinahe fanatiſchen Begeiſterung und von gründlich geriebener Schlauheit, ſtets war er bereit, ein tollkühnes Spiel zu wagen oder nach den Umſtänden mit wechſelnden Intriguen vorſichtig zu ſondiren, immer aber in unbedingter Hingebung Alles an Alles, an die Löſung der hohen Aufgabe zu ſetzen. Er war eben durch und durch Soldat, als König, als Diplomat, als Staatsmann: wer ſich ihm auf dem Zuge nach Rom in den Weg ſtellte, mit dem fand er ſich im Kriegsſtand, und im Kriege ſind alle Mittel geboten, Schwertſchlag und Hinterliſt, ritterliches Fechten und nächtlicher Überfall, vor allen Dingen aber unbeugſamer Muth und immer wieder Muth. In der Auffaſſung des Septembervertrags hatte

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

er ſich vom erſten Tage zu einer von der franzöſiſchen völlig abweichenden Anſicht bekannt. Napoleon zog ſeine Truppen aus Rom zurück, in dem Vorbehalt, wieder einzugreifen, ſobald Italien an der Lage des Papſtes rüttelte. Der König hatte verſprochen, keine Gewalt gegen den Papſt zuzulaſſen, übrigens aber erklärt, alle Rechte Italiens auf Rom aufrecht zu halten; dagegen aber hätte Frankreich den Grundſatz der Nichtintervention anerkannt und ſeine Truppen auf Nimmerwiederkehr aus Rom abziehn laſſen.

So traute ihm Napoleon nach der Ausführung des Vertrags nicht über den Weg. Schon im December 1866 ließ er ihm ankündigen, es handle ſich zwiſchen den Mächten um eine Garantie des päpſtlichen Patrimoniums; er forderte ihn auf, einer ſolchen Abrede beizutreten. Der König ſagte, er werde das Patrimonium nicht antaſten, aber niemals einem Antrag zuſtimmen, deſſen Inhalt ein Hinderniß gegen die Verwirklichung des nationalen Rechtes bilden würde; durch den Patriotismus Italiens und die Weisheit des Papſtes werde ſich ein Ausgleich der verſchiedenen Anſprüche finden, die ſich in dem Worte Rom zuſammenfaſſen.

Im Januar 1867 ſandte ihm darauf Napoleon einen ſeiner vertrauteſten Officiere, den General Fleury, einen rauhen und kriegsluſtigen Herrn, um mit verſtärktem Nachdruck den unzweideutigen Verzicht auf Rom, und zwar ausdrücklich nach Frankreichs Aufforderung, zu begehren. Der König wiederholte ſeine Erklärung, und das Geſpräch ſteigerte ſich zu ſolcher Hitze, daß Fleury mit barſcher Drohung von den hunderttauſend Bajonetten zu reden begann, welche die katholiſchen Mächte für den Papſt bereit hielten. Ich werde, erwiderte der König, mit der doppelten Zahl Italiens Recht beſchützen. Napoleon rief darauf den General zurück.

Um ſo kecker wurde dann von der entgegengeſetzten Seite her die Frage in Angriff genommen. Kaum hatten die Franzoſen den Kirchenſtaat verlaſſen, ſo erhob die Revolutionspartei ihr Haupt. Schon vorher hatte ein römiſches Nationalcomité den General Garibaldi dazu aufgefordert, und dieſer ging gleich Anfang 1867 eifrig an das Werk. Der Papſt hatte ungefähr 11000 Mann fremder Soldtruppen angeworben; während der September-Vertrag die Befreiung des italieniſchen Bodens von

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

fremden Streitkräften verheißen habe, rief Garibaldi, dauere hier eine fremde Kriegsmacht in der ſchmutzigſten Geſtalt, eines zuſammengelaufenen Geſindels aus aller Herrn Ländern, fort; Italien ſei an den hiemit gebrochenen Vertrag nicht mehr gebunden Garibaldi dachte demnach in Genua eine Expedition, wie einſt gegen Sicilien, ſo jetzt gegen die römiſche Küſte zu rüſten, während andere Schaaren ſich in den Abruzzen ſammeln und dann von Süden her in den Kirchenſtaat einbrechen würden. Der König, hievon unterrichtet[1]), ging nun auch ſeinerſeits an die Entfaltung der „moraliſchen" Mittel, die ihm Rom als Hauptſtadt verſchaffen ſollten. Am 17. Januar 1867 legte das Miniſterium Ricaſoli der zweiten Kammer einen Geſetzentwurf vor, welcher den Verzicht des Staates auf alle Aufſichtsrechte über die Kirche, auf das Ernennungsrecht der Biſchöfe u. ſ. w. ausſprach, die volle Freiheit der Kirche in ihren Angelegenheiten decretirte und ihr, nach Abzug von 600 Millionen, ihr ganzes coloſſales Vermögen, unter der einzigen Bedingung des Verkaufs ihrer Landgüter, zu freier Verwaltung zurückgab. Die Meinung war weiter, wenn der Papſt den Italienern Rom überlaſſe, ihm volle Exterritorialität, alſo ſouveräne Unabhängigkeit zu garantiren und ihm eine ſtattliche Dotation und eigne Poſt und Telegraphie zu ſicherem Verkehr mit der Außenwelt zu gewähren. Der König meinte, unter ſolchen Bedingungen in Italien unter einem ihn anbetenden Volke zu weilen, müſſe dem Papſte eine Freude ſein.

Allein es ſollte dem Könige erſpart bleiben, dieſen ſchönen Plan vom Papſte verächtlich zurückgeſtoßen zu ſehn. Kaum war er in der Kammer vorgelegt, ſo erhob ſich dort lebhafter Widerſpruch von verſchiedenen Seiten. Man zürnte, daß durch das Geſetz der Pfarrklerus der Herrſchaft der Biſchöfe ſchutzlos Preis gegeben, daß den Biſchöfen erlaubt ſei, den Erlös ihrer Güter auch im Auslande zu gefährlichen Reactionszwecken anzulegen. Die Regierung beſaß keine feſte Mehrheit in der Kammer; ſie lebte von der Spaltung der Oppoſition in mehrere Gruppen: hier aber wurde das Geſetz von dem vereinten Unwillen aller Unabhängigen getroffen; es kam zu einem Mißtrauensvotum und darauf am 12. Februar 1867 zur Auflöſung der Kammer.

[1]) Daran iſt kein Zweifel möglich.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Als aber im März die Neuwahlen die bisherige Versammlung beinahe ungeändert in den Palast des Parlaments zurückführten, war das Schicksal des Gesetzes und damit auch das des Ministeriums Ricasoli entschieden. Es kam dazu eine Einwirkung der auswärtigen Politik, nämlich die mit Anfang April bedenkliche Entwicklung der Luxemburger Frage und somit die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges. Sofort flammte bei Victor Emanuel der Gedanke auf, damit wäre ja Frankreichs Macht vollständig anderwärts beschäftigt; man brauche nur Garibaldi ungestört seinen Romzug beginnen zu lassen, um dann als Retter und Ordner einzuschreiten, und Italien würde seine Hauptstadt besitzen. Für ein solches Unternehmen war freilich der stolze, feste, von conservativen Grundsätzen geleitete Ricasoli nicht gemacht; am 4. April erhielt er seine Entlassung, und am 11. wurde sein alter Nebenbuhler Ratazzi mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Ein größerer Gegensatz zwischen zwei Naturen war nicht denkbar, als hier zwischen dem abgehenden und dem neu eintretenden Minister. Ricasoli ein vornehmer Baron, ein stolzer, beinahe starrer Charakter, ein ernst und tief religiöser Mann von durchgearbeiteter und deshalb selbständiger Überzeugung, über den man in Rom zweifelhaft war, ob man ihn für einen Calvinisten oder einen Jansenisten halten sollte, in der innern Politik von unerschütterlichen conservativen Grundsätzen, dabei entflammt von dem Gedanken der italienischen Einheit und deshalb bestrebt, die französische Vormundschaft abzuschütteln, indem er während des Kriegs fest zu Preußen hielt und nach demselben auf eigne Hand Versöhnung mit dem Papste suchte. Ratazzi war als piemontesischer Beamter emporgekommen, überall geschickt und befähigt, ohne jeden Grundsatz, als den einen, den eignen Vortheil zu wahren, ein Mann, von dem man sagte, er schwimme lieber in trübem Wasser als in klarem, nach innerer Neigung demokratischen Tendenzen zugewandt, bei dem Könige aber, dem Ricasoli's Eigenwille oft lästig war, als stets gefälliger und auskunftsreicher Wohlredner in großer Gunst, dabei bisher als eifriger Anhänger Napoleon's bekannt, dessen Vertrauen er durch dieselben Künste wie jenes Victor Emanuel's gewonnen hatte[1]). Die Nachricht von seiner Ernennung rief dann auch in ganz Europa höchst bestimmte Gerüchte von einer

[1]) Vgl. Reuchlin, Italien, Band IV. S. 348 ff. und sonst.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

bevorſtehenden franzöſiſch-italieniſchen Allianz hervor, die auch in Berlin nicht ohne eine gewiſſe Unruhe vernommen wurden[1]).

Aber nicht zu dieſem Zwecke war Ratazzi ernannt worden. Wohl mochte der König hoffen, daß der alte Günſtling Napoleon's leichter als ein anderer Menſch den Kaiſer von der Nothwendigkeit überzeugen würde, kraft des eignen Princips, kraft der Souveränität des nationalen Willens auch der italieniſchen Nation ihren freien Willen zu laſſen. Aber er meinte nicht, dieſe Freiheit erſt durch einen Krieg um Luxemburg zu erkaufen. Der franzöſiſche Geſandte Malaret meldete am 21. April: die Italiener loben unſere Mäßigung, tadeln den preußiſchen Ehrgeiz, nehmen aber kein Intereſſe an Luxemburg; ſie werden uns nur mit guten Wünſchen unterſtützen. Zwei Tage ſpäter berichtete er ausführlich über den Kern der italieniſchen Politik, über die wachſende Agitation für einen Freiſchaarenzug gegen Rom.

Zwar machte die Londoner Conferenz im Mai der europäiſchen Kriegsgefahr und den daran geknüpften Hoffnungen ein Ende, und Ratazzi hielt um ſo mehr inne, als die italieniſche Bevölkerung bisher nur ſchwaches Intereſſe für das große Unternehmen gezeigt hatte. Um ſo ſtärker aber fand ſich das Nationalgefühl beleidigt, als im Juli der franzöſiſche General Dumont, auf Befehl des Kriegsminiſters Niel, in Rom erſchien, um in einer päpſtlichen, aus Franzoſen beſtehenden Soldtruppe, der ſogenannten Legion von Antibes, die völlig zerrüttete Disciplin wieder herzuſtellen. Der Ruf erſcholl ſogleich durch ganz Italien, trotz des September-Vertrags verfüge alſo Frankreich nach wie vor über die im Kirchenſtaat befindlichen, ſcheinbar auf den Namen des Papſtes geworbenen Truppen: damit ſei der Vertrag zerriſſen und Italien der Weg zu ſeiner Hauptſtadt eröffnet. Jetzt kam Zug und Leben in die Bewegung; Garibaldi eröffnete in allen Städten ſeine Werbebureaux: binnen ſechs Wochen hatte er einige Tauſend Rothhemden zuſammen und vertheilte ſie an den Grenzen des päpſtlichen Gebiets. Ratazzi ſchrieb dem Gönner

[1]) Vgl. Boullier, Mazzini et Victor Emanuel, und Bismarck's Depeſche an Uſedom bei Schultheß 1867, S. 155 ff. Ob die letztere in dieſer Form jemals abgeſandt worden, laſſe ich bei Bismarck's Stimmung über Uſedom dahingeſtellt; wahrſcheinlicher iſt mir, daß ein eifriger Reporter in dieſem Rahmen den Niederſchlag der damaligen Berliner officiöſen Preſſe angeſammelt hat.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

an der Seine, der Strom sei unaufhaltsam, irgend etwas müsse geschehn, sonst sei ein furchtbarer Ausbruch gewiß. Napoleon erklärte sich darauf bereit zu einem Vermittlungsversuch; vor allen Dingen aber müsse Ratazzi dem wüsten Unfug der Freischaaren Einhalt thun und das römische Gebiet vor ihrem Angriff decken. Ratazzi sandte demnach einige Regimenter zur Sicherung der Grenze hinaus und verfügte sogar, als Garibaldi zwischen deren Posten hindurch seine Banden in dem Patrimonium Petri streifen ließ, die Verhaftung des Generals und bald nachher dessen Internirung auf Caprera, wo er dann von italienischen Kriegsschiffen bewacht wurde. Darauf that Napoleon den verheißenen Schritt und schlug dem Papste vor, er möge, um Rom zu retten, auf die Landschaften des Patrimoniums verzichten[1]). Er hätte die Antwort voraus wissen können: dem Papste lag nach dem Beispiel seiner Vorgänger das Krönchen seines Kleinstaats ebenso sehr am Herzen wie das Triregnum seiner geistlichen Weltherrschaft; er erwiderte den Antrag mit kategorischer Abweisung. Die Folge war, daß Ratazzi den jetzt von Garibaldi's Sohn Menotti geführten Freischaaren kein Hinderniß mehr in den Weg legte, und Menotti mit 8000 Mann am 29. September die Feindseligkeiten gegen die päpstlichen Truppen, 11000 Mann unter General Kanzler, begann. Der Erfolg war freilich nicht glänzend, da die Päpstlichen an Zahl, Disciplin und Schulung den Rothhemden überlegen waren, jedoch konnte Menotti, durch die Gesinnung der Einwohner und fortdauernden Nachschub gestärkt, den kleinen Krieg fortspinnen, bis im October sein Vater, von Caprera glücklich entwischt, wieder den Oberbefehl übernahm und mit verdoppelter Energie seine Schaaren zu dem entscheidenden Marsche auf Rom vereinigte. Auch Kanzler verfuhr in gleichem Sinne, räumte das Land ohne weitere Kämpfe und versammelte seine Truppen in und bei Rom zur Sicherung der Curie. Der Gedanke liegt nahe, daß seine Regierung ihn von seiner Übermacht keinen Gebrauch machen ließ, weil sie lieber durch französische Hülfe als von den eignen Streitkräften gerettet sein wollte, um dann auf's Neue wieder eine bleibende französische Besatzung für Rom, wie vor dem Septembervertrag, zu erhalten.

[1]) Rothan, l'Allemagne et l'Italie II, 28. Rothan benutzt Malaret's Correspondenz.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Aussicht dazu war vorhanden. Denn seit dem Einbruch der Garibaldiner hatte sich in Deutschland, Spanien und Frankreich eine gewaltige klerikale Agitation erhoben; zu colossalen Sturmpetitionen für den heiligen Stuhl wurden die Volksmassen herangetrieben, und Napoleon wußte, wie gefährlich ihm bei den künftigen Wahlen die Feindschaft der Geistlichen werden konnte. Er schwankte zwischen dieser Sorge und der alten Liebe zu Italien in grausamer Unentschlossenheit. Auch seine Rathgeber waren gespalten, aber gerade die beiden Männer, auf die es in dieser Sache zunächst ankam, Moustier und Niel, forderten mit voller Kraft sofortiges Einschreiten zur Aufrechterhaltung des September-Vertrags als einer französischen Ehrensache. Vergebens schlug der italienische Gesandte Nigra vor, die Entscheidung der Sache einem europäischen Congreß zu übertragen; Napoleon lehnte es nicht ab, aber die vorläufige Forderung stand fest, daß kein italienischer Soldat auf päpstlichem Gebiete bleiben dürfe. Am 17. October setzte Moustier eine Note nach Florenz durch, so schneidend, daß Ratazzi seine Entlassung nahm. Mehrere Tage lang gingen darauf die Schwankungen der Ministerkrisis auf und nieder. Dem entsprachen die wechselnden Entschlüsse Napoleon's: fünf Mal erhielten die in Toulon zusammengezogenen Regimenter Befehl zur Einschiffung und Gegenbefehl zur Wiederausschiffung; endlich kam der letzte Gegenbefehl zu spät an, als die Flotte bereits in See gestochen war. Am 28. October rückten ihre ersten Bataillone unter dumpfem Schweigen der Bevölkerung in Rom ein. Garibaldi erklärte darauf seinen Truppen, gegen die Franzosen werde er nicht fechten, und trat den Rückmarsch in die Heimath an. Am 3. November aber stieß er bei Mentana, ganz nahe bei Rom, auf einen päpstlichen Posten von 3000 Mann; es entspann sich ein Gefecht, bei dem die Papalinen mit zäher Ausdauer Stand hielten, bis am Nachmittag die französische Brigade Polhès herankam und durch ihr mörderisches Schnellfeuer nach kurzem Kampfe die Garibaldiner vollständig auseinander sprengte. Die Chassepots, berichtete General Failly nach Paris, haben Wunder gethan. In Florenz hatte der König bereits den klerikalen General Menabrea zum leitenden Minister gemacht, welcher Garibaldi's Agitation sofort unterdrückte, ihn selbst auf's Neue einsperren ließ, übrigens aber alle Rechte Italiens auf Rom vorbehielt.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

So war die üble Sache beendigt, Victor Emanuel tief gedemüthigt, im italieniſchen Volke Zorn und Haß gegen Frankreich entzündet. Der Papſt war vergnügt, aber nicht eben dankbar; er ſagte ſehr trocken, Napoleon habe ſeine Pflicht erfüllt. Um ſo eifriger trug in allen katholiſchen Landen die klerikale Partei dem Kaiſer jubelnde Anerkennung ſeiner Energie gegen die Verwüſter der heiligen Kirche entgegen, und in Berlin ſchloß ſich die Kreuzzeitung ſalbungsvoll jenen Stimmen an. Inmitten dieſer Beräucherung befand ſich Napoleon in der verdrießlichſten Stimmung. Er kannte die Herzensneigung, welche Victor Emanuel mit ihm verband; er wußte, daß Italien für ihn ſtets ein bereitwilliger Bundesgenoſſe ſein würde: und nun hatte dieſe nichtswürdige römiſche Frage, der er ſeit zwei Jahren entronnen zu ſein gehofft, ihn wieder in ihre Schlingen verwickelt und die Maſſen des italieniſchen Volks gegen Frankreich erbittert. Um jeden Preis mußte er dieſe Laſt von ſeinen Schultern abwerfen. Wenn die Ultramontanen erklärten, Rom gehöre nicht Italien, ſondern als Sitz des Papſtes der Welt an, nun wohl, ſo möge die Welt die Löſung der Aufgabe in die Hand nehmen. Nigra habe ganz Recht gehabt: Frankreich müſſe einen europäiſchen Congreß zur Entſcheidung berufen.

Am 10. November erließ Marquis Mouſtier ein Rundſchreiben an die franzöſiſchen Geſandten an allen europäiſchen Höfen außer Griechenland und der Türkei, worin er die Vorgänge erzählte und die Regierungen aufforderte, zu einer Conferenz zuſammen zu treten und gemeinſam die römiſche Frage, dieſen Quell ſteter Beunruhigung für ganz Europa, endgültig zu regeln. Acht Tage ſpäter eröffnete Napoleon die Sitzung der Kammern mit einer Thronrede, worin er die zum Schaden von Induſtrie und Verkehr überall herrſchenden Beſorgniſſe beklagte: trotz Frankreichs friedlicher Haltung habe man den Glauben verbreitet, daß jede Umänderung der innern Einrichtungen Deutſchlands eine Urſache des Conflicts ſein müſſe. Mit größtem Nachdruck erklärte er: dieſer Zuſtand der Ungewißheit darf nicht länger dauern; man muß die jenſeits des Rheins eingetretenen Änderungen offen annehmen, und gegen den Willen der Bevölkerungen ſich nicht einmiſchen. Dies hätte nun freilich beruhigend gewirkt, wäre nicht ſofort der Zuſatz gefolgt, der Alles wieder ungewiß machte: „ſo lange unſere Intereſſen und unſere Würde dadurch nicht bedroht ſind“. Nach einem

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Blicke rückwärts auf die Weltausstellung und vorwärts auf das eingebrachte neue Armeegesetz wandte sich der Kaiser zu den römischen Wirren, wo Frankreich ohne Gefährdung der italienischen Einheit und Unabhängigkeit kraft des Septembervertrags die revolutionären Umtriebe niedergeworfen habe. Jetzt sei die Ordnung hergestellt, und man könne den nahen Zeitpunkt der Heimkehr der Truppen berechnen. Da die Beziehungen Italiens zum heiligen Stuhle ganz Europa interessiren, habe man den Mächten den Vorschlag einer Conferenz zur Regelung der Frage gemacht.

Diese Einladung nöthigte dann auch Norddeutschland, in der Angelegenheit bestimmte Stellung zu nehmen.

Es war nicht das erste Mal, daß eine ähnliche Aufforderung aus Paris nach Berlin gelangte. Gleich im December 1866, nach Bismarck's Rückkehr aus Putbus, war ihm die Frage vorgelegt worden, ob Preußen sich an einem Vertrage betheiligen wollte, wodurch dem Papste der Rest des Kirchenstaats gewährleistet würde. Bismarck beschränkte sich auf die Zusage, bei beiden Parteien auf einen friedlichen modus vivendi zu wirken[1]). Dann erweckte, wie erwähnt, Ratazzi's Ernennung die Sorge vor einem französisch-italienischen Kriegsbündniß. Als bald darauf das gerade Gegentheil hievon eintrat, und durch das römische Unternehmen die Gefahr eines Krieges zwischen Frankreich und Italien emporstieg, wurde Bismarck durch Agenten sowohl Ratazzi's als Garibaldi's sondirt, in wie weit Italien auf Preußens Beistand hoffen dürfe[2]). Er erwiderte Beiden, ihr Angriff auf Rom werde von Napoleon ganz sicher nicht geduldet; Frankreich habe ein vertragsmäßiges Recht zur Einmischung, und Preußen könne deshalb einer befreundeten Nation nicht feindlich entgegen treten. Er war also weit entfernt davon, Italien zu seiner Romfahrt anzufeuern; im Gegentheil, er wünschte dringend, daß Italien es nicht zum Äußersten, zum offenen Bruch mit Frankreich, treibe. Denn es liegt auf der Hand, bemerkte er, daß für Frankreich, wenn es wirklich, woran ich bisher zweifle, kriegerische Tendenzen gegen Deutschland hätte, der Vorwand zu einem Kriege ein viel günstigerer sein würde, wenn Deutschland genöthigt werden könnte, gegen das den Papst

[1]) Rothan Luxembourg.

[2]) Bismarck an Usedom l. c. Benedetti, mission p. 246.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

schützende Frankreich mit einem Angriffskrieg zu Gunsten der Unabhängigkeit Italiens zu interveniren; die französische Kriegspartei würde dadurch der Unannehmlichkeit überhoben, einzugestehn daß es die nationalen Bestrebungen Deutschlands sind, welchen man den Krieg erklärt.

Die Lage erschien eben ungewiß auf allen Seiten. Man konnte nicht wünschen, daß Italien in volle Abhängigkeit von Frankreich geriethe, man war aber auch bei Victor Emanuel's bekannter Liebe zu Napoleon keineswegs sicher, ob er nicht plötzlich mitten im Kampfe von dem preußischen Freunde hinweg zu dem französischen Gegner überträte, und endlich, man fühlte sich verpflichtet, den religiösen Gefühlen der deutschen Katholiken in Bezug auf eine würdige Stellung des Papstes Rücksicht zu schenken. So war man zufrieden, als Italien den Schlag von Mentana hinnahm, ohne seinerseits zum Schwerte zu greifen, und König Wilhelm verhieß am 15. November dem preußischen Landtage in seiner Thronrede, die Regierung werde bemüht sein, einerseits den katholischen Wünschen für die Unabhängigkeit des Papstthums gerecht zu werden und andrerseits den Pflichten zu genügen, welche für Preußen aus den politischen Interessen und internationalen Beziehungen Deutschlands erwachsen.

Die Frage war jetzt, ob die große europäische Conferenz das richtige Mittel zur Lösung des Problems sein würde.

Bismarck war nicht der Meinung. Zunächst kam die Einladung nicht von den streitenden Parteien; es wurde bald bekannt, daß Italien nur aus Furcht vor Frankreich zustimmte, aber im Stillen bei den andern Höfen gegen den Congreß arbeitete, und ebenso erfuhr man, daß der Papst dem Congresse jede Befugniß zu einer Entscheidung absprach und die Beschickung desselben nur zu dem Zwecke verhieß, gegen die kleinste Schmälerung des alten Kirchenstaats kräftige Verwahrung einzulegen. Und wie stand es bei den Höfen der Großmächte? Österreich war des Wunsches voll, dem Papste das Concordat von 1855 zu kündigen, war also wenig geneigt, dessen Stellung durch eine europäische Garantie zu stützen. Das schismatische Rußland, mit der Curie in stetem Hader über die katholische Kirche in Polen, hatte dieselbe Gesinnung in noch höherem Maaß. England wollte mit dem Congresse nichts zu schaffen haben, denn die Nation hatte lebhafte Sympathien mit Italien, und die Regierung strebte mit dem Papste auf gutem Fuß zu bleiben, weil sie sich

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

in Irland gegen die Fenier auf den katholiſchen Klerus ſtützte. Ganz ähnlich aber ſtand es in Preußen. Die Mehrheit des Volkes nahm Partei für Italien, eine ſtarke Minderheit für den Papſt. In der innern Politik ſprach Manches zu Gunſten der katholiſchen Begehren, in der auswärtigen war ein gutes Einvernehmen mit Italien ein Intereſſe erſten Ranges. Alſo wünſchte man, ſich mit der dornigen Frage überhaupt nicht zu befaſſen, keine Meinung auszuſprechen, keinen Congreß zu beſchicken; denn dort würde es unvermeidlich ſein, eine der ſtreitenden Parteien oder vielleicht beide zu verletzen.

Bismarck fragte den Grafen Benedetti, auf welches Programm die franzöſiſche Regierung die Conferenz berufen, und welche Anträge ſie in derſelben ſtellen wollte. Der Botſchafter mußte erwidern, daß ſeine Regierung eine ſolche Abſicht überhaupt nicht habe, ſondern von der Weisheit der Conferenz Vorſchläge und Entſcheidung erwarte. Dies war nun vollends nicht ermuthigend zu dem Entſchluſſe, ſich ſelbſt in die Lage zu verſetzen, aus welcher Napoleon ſich ſo eifrig herauszuwickeln ſuchte. Alle Bemühungen Benedetti's, den Kanzler von der Heilſamkeit und Nothwendigkeit des Congreſſes zu überzeugen, blieben erfolglos. In ſeinem Eifer erhitzte er ſich täglich mehr; er ſprach die Überzeugung aus, daß Bismarck gegen den Congreß arbeite, weil er wünſche, einen anſehnlichen Theil der franzöſiſchen Streitkräfte gegen Italien feſtgelegt und demnach unverwendbar am Rheine zu ſehn; daraus ergebe ſich dann unwiderſprechlich die weitere Folgerung, daß er wahrſcheinlich in kurzer Friſt die Ausführung ſeiner herrſchſüchtigen Pläne, die Einverleibung Süddeutſchlands trotz des Prager Friedens, beabſichtige. Denn welcher andere Grund hätte ſonſt ihn abhalten können, durch aufrichtige Unterſtützung des Congreßgedankens ſich Napoleon's Dankbarkeit und Frankreichs Wohlwollen zu ſichern?

Dieſe Hirngeſpinnſte des überſcharfſinnigen Mannes, der vor den handgreiflich zu Tage liegenden Motiven Bismarck's eigenſinnig die Augen ſchloß, würden keine Erwähnung verdienen, wenn ſie nicht dazu beigetragen hätten, in Paris das durch die Zollvereinsverträge angeregte Mißtrauen gegen Preußen weſentlich zu verſchärfen.

Während dieſer Verhandlungen empfing Bismarck von dem Grafen Uſedom eine Note Mazzini's vom 17. November, worin dieſer die Verſicherung wiederholte, daß zwiſchen Napoleon und

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Victor Emanuel ein Kriegsbündniß gegen Preußen bestehe, daß er aber die Mittel habe, wenn Preußen ihm eine Million Franken und 2000 Hinterlader schicke, ein solches Bündniß durch einen Angriff auf die französischen Truppen in Rom unmöglich zu machen. Bismarck, obwohl mit den französischen Neigungen Victor Emanuel's bekannt, fand dennoch bei Napoleon's persönlicher Kriegsscheu die Meldung kaum glaublich, und antwortete dem Grafen Usedom, man könne mit dem Schreiber der Note erst dann verhandeln, wenn er die Beweise seiner Behauptung vorlege. Mazzini hielt darauf jeden seiner Sätze aufrecht, erklärte seine Agenten für absolut zuverlässig, wollte sie aber nicht nennen. Damit war die Sache erledigt. Mazzini's Meldung war im Einzelnen nicht genau, daß sie aber keineswegs aus der Luft gegriffen war, sollte sich sehr bald zeigen[1]). Immer konnte Bismarck's Abneigung, sich in die italienischen Wirren einzulassen, dadurch nur gesteigert werden.

Die Verhandlungen über die große Conferenz gingen unterdessen zwischen den einzelnen Höfen hin und her, stockten aber überall an der auch von Bismarck aufgeworfenen Frage über die französischen Absichten. Nach allen bisherigen Weigerungen erhielt sie plötzlich eine sehr bestimmte Antwort in den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers zu Paris. Als am 2. December Jules Favre die Regierung wegen ihrer römischen Expedition heftig tadelte, erwiderte Moustier mit einer unumwundenen Anklage gegen Ratazzi, daß er vom ersten Tage an Frankreich betrogen und den Zug Garibaldi's selbst veranlaßt habe, in der Hoffnung, dann als scheinbarer Beschützer Rom sich anzueignen; einer solchen Betrügerei habe Frankreich nicht unthätig zusehn können, sondern seinen Vertrag mit seiner Fahne decken müssen. Die Verhandlung setzte sich am 4. und 5. fort, bis sich der Staatsminister Rouher erhob und nach längerer Erörterung, im Auftrage, wie er ausdrücklich bemerkte, der Regierung, die Erklärung abgab: der Papst und Italien müssen lernen, neben einander in Frieden zu existiren. Sollte Italien noch einmal den September-Vertrag zu verletzen suchen, so würde es Frankreich an dessen Stelle finden; niemals wird sich Italien

[1]) Vgl. Diamilla-Müller, politica segreta italiana p. 337. Der Verfasser war einer der intimsten Vertrauensmänner Mazzini's und stand zugleich bei der italienischen Regierung in großem Ansehn.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Roms bemächtigen, nein, niemals, ist das klar? Weder Roms, setzte er hinzu, noch des Patrimoniums in seinem jetzigen Umfange. Die Kammer lohnte ihm durch unendlichen Beifall und sprach mit 237 gegen 17 Stimmen der Regierung ihr Einverständniß aus.

Wieder einmal mochte Napoleon sich eines Wortes erinnern, welches ihm ein alter Staatsmann gleich nach seiner ersten römischen Expedition im Jahre 1849 ausgesprochen: ich habe gesehn, wie Sie nach Rom hineingekommen sind; ich begreife aber nicht, auf welchem Wege Sie wieder herauskommen werden.

Bei dieser Stellung Frankreichs war von der Conferenz keine Rede mehr. Keine der übrigen Großmächte war geneigt, mit ihm die neu übernommene Verantwortung zu theilen, keine aber auch, ihm feindlich dabei in den Weg zu treten. Zwischen ihm und Italien schien das Band vollständig zerschnitten.

Aber Napoleon III. und Victor Emanuel waren andere Naturen als die Mehrzahl der Menschen. Napoleon vermochte über keine einmal gefaßte Stimmung hinweg zu kommen, und trotz aller Nachgiebigkeit gegen den Klerus liebte er Italien. Der König aber that trotz jedes widersprechenden Gefühls, was seinem großen Lebenszwecke dienlich sein konnte, und trotz des Jammers über die Opfer von Mentana, trotz des Zornes über Rouher's Niemals! beschloß er doch, mit dem Starken Freund zu bleiben.

Wenige Tage nach seiner tapfern Rede sandte Rouher einen vertraulichen Brief an den König: es sei nicht so schlimm gemeint; er habe sich durch den Schwung der eignen Rede und gedrängt durch die Leidenschaft der Versammlung zu dem scharfen Worte fortreißen lassen; Italien könne stets auf die günstige Gesinnung des Kaisers rechnen. In Florenz aber gab es einflußreiche Männer, die sich die echten Schüler Cavour's nannten, weil sie das französische Bündniß, mit dem jener 1859 sein Werk begonnen, auch für das einzige Heilmittel in den Nöthen von 1867 hielten: die La Marmora, Menabrea, Cialdini. Sie drängten den König, unbeirrt an der Verbindung mit Frankreich festzuhalten. Man habe, sagten sie, das Unheil selbst verschuldet, indem man das im März angebotene Bündniß mit Frankreich nicht ergriffen, sich nicht durch Unterstützung Frankreichs gegen Preußen Napoleon's Hülfe gegen Rom erkauft habe;

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

es sei die höchste Zeit, auf die richtige Bahn zurückzulenken[1]). La Marmora ging selbst nach Paris, und zu Anfang 1868 begann eine Verhandlung über den Abschluß eines Defensivbundes zwischen den beiden Staaten[2]), welche dann durch den Hinzutritt Österreichs zu einer ganz Europa beherrschenden Triple-Allianz heranwachsen sollte.

Die italienischen Vorschläge enthielten mehr als einen für Napoleon bedenklichen Punkt, immer fiel der Antrag schwer genug in das Gewicht, um den Kaiser zu vorläufigem Eintritt in die Verhandlung zu bestimmen. Die Bekräftigung der süddeutschen Wehrbündnisse mit Preußen, die Erneuerung des Zollvereins durch die süddeutschen Staaten, der offen verkündete Wunsch Badens auf Zutritt zum norddeutschen Bunde, das Alles bildete, nach der mit Wien verabredeten Auffassung, eine grobe Verletzung des Prager Friedens, es konnte mithin ein Kriegsfall werden, wenn Paris darob ergrimmen sollte. Das Gelingen einer starken Allianz erschien mithin um so erfreulicher, als im Laufe des Winters die Kammerverhandlung über die beabsichtigte Heeresreform einen für die Regierung sehr unerwünschten Verlauf gehabt hatte. Nach dem Plane des Kriegsministers, Marschalls Niel, sollte die jährliche Recrutirung so weit vermehrt werden, um die Kriegsstärke der Feldarmee, Linie und Kriegsreservisten, binnen acht Jahren auf 800 000 Mann zu erhöhn. Die Dienstzeit war auf neun Jahre normirt, jedoch mit Fortdauer der Stellvertretung. Als weitere Reserve, der preußischen Landwehr entsprechend, sollte eine mobile Nationalgarde von ungefähr 400 000 Mann dienen, die allerdings zum größten Theile aus Mannschaften bestehn würde, die nicht gedient hatten, sondern nur in periodischen kurzen Übungen eine oberflächliche Ausbildung erhalten sollten. Zugleich war Niel unablässig bemüht, die erforderliche Vermehrung des Materials an Waffen, Kleidern, Nahrungsmitteln u. s. w. zu erreichen. Aber unüberwindliche Schwierigkeiten stellten sich ihm in den Weg. Es waren dazu mehrere neue Gesetze und starke Geldbewilligungen durch die Kammern nöthig. Dieselbe Opposition aber, welche unaufhörlich die Regierung wegen ihrer Schwäche gegen die

[1]) Rothan, l. c. II, 36.
[2]) Massari, Vittorio Emm. II, 351 ff.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

italienische und die deutsche Einheitsbewegung angriff, welche in allen Tönen die Vergeltung für Sadowa forderte und Frankreichs Ehre und Größe durch die Schuld der Regierung für verletzt erklärte, eben diese Opposition tobte mit verdoppeltem Eifer gegen alle Forderungen des Kriegsministers. Denn als durch diese die Möglichkeit eines Bruches mit Preußen sich in dichter Nähe zu erheben schien, dachten sie dann auch an glänzende Siege auf deutschem Boden, welche dem Kaiser erneute Glorie und Stärke zuführen und ihm die Mittel zur Vernichtung aller innern Gegner geben würden. In dieser Sorge warfen sie die Revanche für Sadowa über Bord, stimmten Friedensgesänge an und bekämpften mit allen Kräften Niel's Heeresreform.

Eine solche Erhöhung des Friedensstandes in der Armee, riefen sie, sei vernichtend für alle productive Arbeit im Lande; der nationale Wohlstand werde zu Grunde gehn bei der begehrten Vermehrung der Steuerlast; die vorgelegten Ziffern über die Streitkräfte der Gegner seien grundlose Phantasiegebilde; das Volk verwerfe eine Steigerung des Militarismus, sollte es einmal zum Kriege kommen, so werde das Volk selbst sich in seiner Riesenkraft erheben und den frechen Feind zermalmen. Für den deutschen Leser ist es nicht nöthig, die Auszüge aus diesen Debatten zu vermehren: er braucht sich nur an die Reden Eugen Richter's, Dr. Lieber's und Bebel's im deutschen Reichstag von 1893 zu erinnern, so weiß er fast wörtlich genau, was 25 Jahre früher in Paris Thiers, Jules Favre, Picard und Genossen geleistet haben; er weiß freilich auch, daß diesen nach kurzer Frist in dem Worte Sedan die zerschmetternde Antwort zu Theil geworden ist. Die Kammer, sonst damals noch der Regierung äußerst gefügig, hatte in diesem Falle vor Augen, wie unbeliebt bei ihren Wählern jede Steigerung der Militärlast war. Die Bauern, dem Kaiser zwar vollkommen ergeben, scheuten vor der verstärkten Recrutirung, von der sie wußten, daß der größte Theil auf ihre Schultern fallen würde. Die städtische Bevölkerung wollte von keiner Maaßregel wissen, welche als Vorbote einer kriegerischen Politik gedeutet werden konnte und dann sofort empfindliche Störungen in Handel und Gewerbe hervorrufen mußte. Im höchsten Grade unpopulär war die Einrichtung der Mobilgarde, die man als einen ersten Schritt zur allgemeinen Dienstpflicht betrachtete: wie, riefen die jungen Herrn der höhern Classen, nächstens will man uns als gemeine Sol-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

daten in die Casernen einsperren? nein, eine solche Gemeinheit wollen wir den Preußen überlassen[1]). Dabei war mit Ausnahme des Kaisers und weniger Generale alle Welt von der Unbesiegbarkeit der französischen Armee auch in ihrem bisherigen Bestande überzeugt. In vier Welttheilen hatte sie überall siegreich gefochten, Araber und Chinesen, Spanier und Mexikaner, Russen und Österreicher waren vor ihren Bajonetten geflohn. Und diese Armee sollte den widerwärtigen Preußen nicht gewachsen sein? Oder diese Preußen sollten ihr gegenüber die Kühnheit haben, von einem Angriff auf Frankreich zu träumen? Niemand wollte das glauben, nichts erschien überflüssiger, als eine so drückende Verstärkung der Armee zur Sicherung Frankreichs. Hinter diesen Anträgen lauerten, wie man meinte, offenbar ganz andere Pläne der kaiserlichen Herrschsucht, die von der Opposition ganz zutreffend signalisirt würden. Es kam dazu, daß Niel's Bestrebungen selbst in den höchsten Regierungskreisen Widerstand fanden. Der bisher allmächtige Staatsminister Rouher war ein Mann des Friedens, unbesorgt über eine preußische Offensive, um so mehr aber von Eifersucht gegen den Marschall Niel erfüllt, dessen Einfluß bei einem großen Kriege den seinigen überflügeln würde, und dem er zutraute, daß er deshalb so eifrig rüste, um dann den Kaiser zum Angriff auf Deutschland zu bestimmen. Das wurde unmöglich, wenn die Kammer dem Marschall die erforderlichen Geldmittel für die Reform des Heeres versagte, und Rouher's Vertrauensmänner, die in diesem Sinne die Abgeordneten bearbeiteten, fanden freudiges Gehör. So wurden Niel's Anträge auf allen Seiten beschnitten, die Geldforderungen verkürzt, die Bestimmungen über die Mobilgarde bis zur Unbrauchbarkeit verstümmelt. Niel, in halber Verzweiflung, mußte sich fügen. Er richtete ein, was mit den gegebenen Mitteln möglich war, und erklärte im Herbste 1868, damit das Ausland es erfahre, die Armee sei schlagfertig[2]). Er selbst wußte, daß in erster Linie die active Feldarmee nach Abzug der im Innern und in Algerien nöthigen Garnisonen zur Zeit nur eine Stärke von kaum 300000 Mann, das norddeutsche Heer allein also eine gewaltige Überzahl haben würde; er sagte dem Kaiser Napoleon: ich würde mich eher in vier Stücke

[1]) Prosper Mérimée, lettres à une Inconnue.
[2]) Jarras, souvenirs p. 8. Thiers, dépositions I, p. 11.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zerreissen lassen, ehe ich zustimmte, daß Frankreich ohne zuverlässige Bündnisse einen Krieg gegen Deutschland begänne.

Unter diesen Umständen ging also Napoleon mit bestem Willen auf die nähere Berathung des italienischen Vorschlags eines Dreibundes, Frankreich-Italien-Österreich, ein, trotz alles Verdrusses, den ihm Italien in der römischen Frage bereitet hatte.

Aber auch jetzt rückte die Verhandlung nicht vom Fleck, stets wieder festgebannt durch dieselbe unlösliche römische Frage. Denn die Italiener forderten als conditio sine qua non aller sonstiger Anerbietungen die vollständige Rückkehr zum Septembervertrag, und zwar in dem von Italien stets behaupteten Sinne: Italien erneuert die Zusage, dem Papste weder Gewalt anzuthun noch anthun zu lassen; Frankreich aber zieht seine Truppen aus dem Kirchenstaat zurück und spricht die unverbrüchliche Anerkennung des Grundsatzes der Nichtintervention aus. Auf dieser Grundlage würde nach italienischem Antrag ein Vertheidigungsbund zu Dreien geschlossen, mit der Verheißung gemeinsamer Verhandlung bei jeder politischen Frage, sowie im Kriegsfalle der Garantie für den Besitzstand der drei Mächte; bei einem glücklichen Ausgang des Krieges würde Italien Welschtyrol und eine Flottenstation in Tunis erhalten. Bei einer Papstwahl würden die drei Mächte für die Erhebung eines ihnen erwünschten Candidaten zusammen wirken. Damit der Vertrag geheim bliebe, sollte er zunächst durch eigenhändige Briefe der drei Monarchen bekräftigt werden [1]).

Auffallen könnte in einem Vertragsentwurf, bei dem auch Österreich als Theilnehmer gedacht war, die italienische Forderung von Welschtyrol. An der vollständigen Einigung der italischen Nation fehlte eben Welschtyrol ganz so wie Rom, und die italienische Forderung konnte dahin verstanden werden, daß Italien als Preis für sein Bündniß sich einstweilen mit Welschtyrol begnügen würde, vorausgesetzt, daß Napoleon seine Truppen aus Rom sofort und zwar auf Nimmerwiederkehr abrufe. Nun aber mußte es äußerst fraglich erscheinen, ob Österreich auch bei reicher anderweitiger Entschädigung Welschtyrol abtreten würde, und dann blieb wieder Italiens Drang nach Rom ohne Ablenkung noch Aufschub in Kraft. Demnach lehnte Napoleon

[1]) Massari l. c. II, 354.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die Rückberufung seiner Truppen aus Rom entschieden ab, so lange nicht bestimmtere und für den Papst annehmbare Garantien für dessen Sicherheit und Unabhängigkeit festgestellt seien. Da es aber auf der Welt kein Angebot gab, welches für Italien möglich gewesen und zugleich dem Papste annehmbar erschienen wäre, so blieb nach unendlichem Briefwechsel zwischen Victor Emanuel und Napoleon die italienische Unterhandlung über den Dreibund ohne Entscheidung zu großer Verstimmung Italiens liegen.

Um so mehr aber stieg Napoleon's Wunsch, sich auf andere Weise von der Fessel der römischen Frage zu befreien, die in ihrer jetzigen Lage bei einem europäischen Brande Italien ebenso leicht zum Verbündeten Preußens wie Frankreichs machen konnte. Nun hatte, bereits Ende October 1867, die eifrig katholische Königin Isabella von Spanien ihm ihre Mitwirkung zum Schutze des heiligen Vaters angeboten, der Kaiser damals aber das Erbieten abgelehnt, weil die Sache nur zwischen Frankreich und Italien anhängig sei[1]). Jetzt aber, immer mehr über eine deutsche Kriegsgefahr beunruhigt, griff er auf Isabella's Bereitwilligkeit zurück, und machte ihr geradezu den Vorschlag, die französische Besatzung des Kirchenstaats nach Einverständniß mit dem Papste durch eine spanische abzulösen[2]). Isabella, die nicht wie Napoleon mit getheiltem Herzen bei der Sache war, ging mit Feuereifer auf den Gedanken ein; ihre Truppen, wie es hieß, 40000 Mann, würden nach Rom mit der Weisung kommen, bei der geringsten Feindseligkeit gegen den Papst den Kampf nicht bloß gegen die Garibaldiner, sondern auch gegen die königlichen Regimenter Italiens aufzunehmen, so daß Napoleon jeder Sorge auf dieser Seite überhoben gewesen wäre. Im September 1868 kam Isabella nach San Sebastian, Napoleon nach Biarritz, und auf einer persönlichen Zusammenkunft der beiden Souveräne

[1]) Massari l. c. II, 336.

[2]) Ich kann darüber keine amtlichen Quellen anführen; jedoch redeten damals die Pariser Zeitungen von einem solchen Plane, ohne Widerspruch zu erfahren, und ausführliche Mittheilungen darüber macht Meding, Memoiren III, 360 ff., der als Bevollmächtigter des Königs Georg von Hannover in Paris sowohl mit dem französischen Ministerium als später mit der Königin Isabella in vertrautem Verkehre stand.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſollte der Plan im Einzelnen feſtgeſtellt werden. Aber Napoleon's Glückstage waren vorüber; auch dieſem ſchönen Entwurfe war im Augenblicke der Vollendung ein plötzliches Scheitern beſtimmt. Seit Jahren hatte das dictatoriſche Regiment des Miniſterpräſidenten Generals Narvaez, eines klugen, muthigen und herriſchen Mannes, in weiten Kreiſen Spaniens Unzufriedenheit und Gährung verbreitet. Nach ſeinem plötzlichen Tode im April 1868 erklärte ſein Nachfolger Gonzalez Bravo die Abſicht, die Politik Narvaez's fortzuſetzen; es zeigte ſich bald, daß er ebenſo weit an Geſchick hinter ihm zurückſtand, wie er ihn an Brutalität übertraf. Als er im Juli bedenkliche Stimmungen in der Armee wahrzunehmen glaubte, ließ er an einem Tage acht der hervorragendſten Generale ohne irgend ein Proceßverfahren verhaften oder verbannen, und zugleich den Schwager der Königin, den Herzog von Montpenſier, aus dem Lande weiſen. Dadurch ſtieg der allgemeine Unwille auf den höchſten Grad. Die verſchiedenen Parteien der Oppoſition, die gemäßigt liberale Union, die radicalen Progreſſiſten und die republikaniſchen Demokraten vereinigten ſich zur Abſchüttlung des Jochs. Die verbannten Generale beeilten ihre Rückkehr, und am 17. September erhob in Cadix Admiral Topete, Führer der dort ſtationirenden Flotte, das Banner der Empörung. In den nächſten Tagen ſammelten ſich daſelbſt die Generale, an ihrer Spitze Serrano und Juan Prim; bis zum 20. war ganz Andaluſien mit allen Garniſonen in ihrer Hand. Raſch nach einander folgten ſich die revolutionären Erhebungen in allen Provinzen; am 28. September beſiegte Serrano eine königliche Truppenabtheilung bei Alcolea an der Brücke über den Guadalquivir; darauf verkündeten Madrid, Barcelona und Saragoſſa ihren Beitritt zur Revolution ohne irgend welchen Widerſtand zu erfahren, und am 30. entfloh die Königin aus San Sebaſtian über die franzöſiſche Grenze. Der gegen Italien gerichtete Plan war damit in die Luft geſprengt.

Wie üblich, verkündeten die Pariſer Zeitungen, der allgegenwärtige Unheilſtifter Bismarck habe auch hier die Hand im Spiele gehabt und die rebelliſchen Generale für ihr Verbrechen bezahlt. Von dem Schatten eines Beweiſes war keine Rede, und die amtliche Widerlegung folgte in Berlin auf der Stelle[1]).

[1]) Rothan, im damaligen Frankreich einer der unterrichtetſten und vergleichsweiſe unbefangenſten Beurtheiler deutſcher Dinge, iſt doch auch

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Dennoch blieb in Frankreich, wie wir sehn werden, der Argwohn in den Gemüthern haften.

Dazu kam, daß sich im fernen Osten neue Gefahren für die Ruhe Europas entwickelt hatten, die zum Theile demselben großen Unruhstifter von aller Welt zur Last geschrieben wurden. So erhitzte sich die Stimmung gegen Preußen in Paris mehr und mehr; niemand wagte vorauszusagen, ob das Jahr 1868 in gedeihlichem Frieden oder mit einem gewaltigen Kriegsbrande abschließen würde.

nicht frei von dieser Liebhaberei, überall den Schatten des gefürchteten Ministers zu sehn. Dessen Mitschuld an der spanischen Revolution dünkt ihm erwiesen durch die Anekdote, daß eine befreundete Dame die Gräfin Bismarck besucht, und während ihrer Anwesenheit der Kanzler, ein Zeitungsblatt in der Hand, eintritt und den Damen freudig erzählt: endlich ist diese Isabella gestürzt. Er hat sich über ihren Sturz gefreut, folglich hat er ihn bewirkt. Der Schluß wäre jedenfalls gewagt: leider ist aber die ganze Anekdote ohne thatsächlichen Grund, sondern aus freier Phantasie erfunden.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

5. Capitel.

Deutsche und orientalische Frage.

An einer frühern Stelle unserer Erzählung[1]) haben wir die rumänische Revolution vom Februar 1866 und deren nächste Einwirkung auf die europäische Politik erwähnt. Wir müssen hier etwas näher auf den Verlauf dieser Dinge eingehn, da sie auch für spätere große Katastrophen höchst folgenreich geworden sind.

Gleich nach der Verjagung des bisherigen Hospodars Cusa und der Wahl des Grafen von Flandern zu seinem Nachfolger erhob die Pforte dagegen Protest, zog Truppen in Bulgarien zusammen und beantragte auf Grund des Pariser Friedens von 1856, der ihr ein einseitiges bewaffnetes Vorgehn verbot, eine Conferenz der Großmächte, die sich dann auch im März zu Paris constituirte.

Was die Großmächte betraf, so gingen die Meinungen auseinander. Frankreich beharrte auf seinem schon früher vertretenen Standpunkte, nur durch Erhebung eines fremden Fürsten mit erblicher Thronfolge lasse sich in dem von Parteihader zerrissenen Rumänien eine bleibende Ordnung erzielen. Alle übrigen Regierungen aber unterstützten den Anspruch der Pforte, daß nur ein Inländer die Würde des Hospodars erhalten dürfe, am Schärfsten Rußland, welches bei der Wahl eines Fremden das Land militärisch zu besetzen drohte, England und Österreich nach ihrer Gunst für die türkische Integrität, endlich auch Preußen,

[1]) Buch 15, Capitel 3.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

damals hart an der Schwelle des Kriegs mit Öſterreich, ohne großes Intereſſe am Orient, um ſo mehr alſo auf gutes Einvernehmen mit Rußland bedacht.

Kaiſer Napoleon aber ließ ſich durch dies Alles nicht beirren[1]). Zwar nach Brüſſel ſandte er einen ſo deutlichen Wink, daß König Leopold die Wahl des Grafen von Flandern auf der Stelle ablehnte. Sofort ließ Napoleon an die rumäniſche Regierung unter der Hand eine Mittheilung gelangen, ſie möge dem Volke zur Fürſtenwahl den Prinzen Karl, zweiten Sohn des Fürſten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, vorſchlagen. Mit dem letztern ſtand der Kaiſer ſeit langer Zeit in vertrauter Freundſchaft; auch hatte der Fürſt nahe verwandtſchaftliche Beziehungen mit dem Hauſe Bonaparte, da ſeine Mutter eine Prinzeſſin Murat, und ſeine Schwiegermutter eine Adoptivtochter Napoleon's I., alſo, wenn nicht dem Blute, ſo doch dem Geſetze nach eine Couſine des dritten Napoleon war. Der Kaiſer mochte alſo hoffen, durch die Erhebung des Prinzen Karl würde der franzöſiſche Einfluß, der ſchon unter dem Fürſten Cuſa dort geherrſcht hatte, erneuert, und durch die Stärkung der rumäniſchen Einheit dem Vordrängen Rußlands ein feſter Damm entgegengeſetzt werden. Auch würde ſchwerlich die preußiſche Regierung die Wahl eines Hohenzollern ernſtlich bekämpfen, ja vielleicht einen Liebesdienſt darin erblicken und zum Danke den eben angemeldeten franzöſiſchen Wünſchen auf Landgewinn im Falle preußiſcher Siege gefälliger werden. Wie dem nun auch ſei, als umgehend aus Bukareſt die Antwort kam, die Regierung werde mit Freuden den Prinzen Karl zur Wahl vorſchlagen, ließ Napoleon erkennen, er werde einen Prinzen dieſes Hauſes jedem andern deutſchen Fürſten vorziehn. Übrigens blieb er in dem ganzen Verlaufe der Sache bei dem Grundſatze, nur im Stillen zu wirken, ohne ſeine Miniſter von ſeinen wirklichen Abſichten irgendwie in Kenntniß zu ſetzen.

Am 31. März 1866 erſchien einer der einflußreichſten rumäniſchen Staatsmänner, Joan Bratianu, am Hofe Karl Anton's,

[1]) Über das Folgende vgl. die Aufzeichnungen „eines Augenzeugen aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien" in der deutſchen Revue Jahrgang 17, Band 1 ff., ſowie das engliſche Blaubuch über die Pariſer Conferenz. Einzelne Details erfuhr ich ſchon 1867 bei meiner Anweſenheit im Norddeutſchen Reichstag und gleich nachher bei meinen Archivſtudien in Paris aus zuverläſſiger Quelle.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

um ihm die Abſicht ſeiner Regierung anzukündigen. Der Vater und der Sohn verhielten ſich äußerſt zurückhaltend und erklärten, ohne Berathung mit König Wilhelm keine Antwort geben zu können. Jedoch war Karl Anton von Anfang an dem Unternehmen nicht abgeneigt, und auch die Perſönlichkeit des Abgeſandten hatte einen guten Eindruck gemacht. Bratianu war ein ſtattlicher Mann von gewinnender Haltung und zweifelloſer Begabung.

Ehe wir in der Erzählung weiter fortſchreiten, müſſen wir, um das Verhalten König Wilhelm's in der ſo unvermuthet an ihn perſönlich herantretenden Frage verſtändlich zu machen, auf die Stellung des fürſtlichen Hauſes zur Krone Preußen einen Blick werfen. Die gemeinſchaftliche Abſtammung beider Linien war zwar von König Friedrich Wilhelm IV. amtlich anerkannt worden, nachdem Graf Stillfried und Archivar Märker einen gemeinſamen Stammvater nachgewieſen hatten; dieſer Urahn aber hatte den Vorzug oder den Fehler, daß er bereits um das Jahr 1200 gelebt hatte, worauf dann die beiden Linien in völliger Trennung auseinander gegangen waren, thatſächlich alſo nur noch von einer Namenverwandtſchaft die Rede ſein konnte. Rechtlich war nach der Vereinigung des kleinen Landes mit der preußiſchen Monarchie das Verhältniß durch König Friedrich Wilhelm IV. auf Grund des von ihm ſanctionirten Sigmaringer Hausgeſetzes von 1821 feſtgeſtellt worden. Nach dieſem hatte der regierende Fürſt die väterliche Gewalt über ſämmtliche Mitglieder des fürſtlichen Hauſes, mit allen Rechten des Familienhauptes, welche, hieß es weiter, ſich vornehmlich äußerten in Bezug 1) auf den Eintritt der Prinzen in auswärtigen Civil- oder Militärdienſt, 2) auf den Aufenthalt unvermählter Prinzeſſinnen außer Landes, 3) auf abzuſchließende Heirathen und 4) auf Anordnung von Vormundſchaften. In Folge der Abtretung des Landes an die Krone Preußen übertrug Fürſt Karl Anton durch Urkunde vom 26. März 1851 dieſe Rechte dem preußiſchen Könige als nunmehrigem Oberhaupte des Geſammthauſes Hohenzollern, königlicher und fürſtlicher Linie. Hienach regelte König Friedrich Wilhelm am 19. Juli 1851 die Stellung der Hohenzollern'ſchen Herrn in Preußen. Er verſagte ihnen den Titel Königliche Hoheit und, was vor Allem charakteriſtiſch und auch für die große Politik bedeutſam war, jeden Anſpruch auf ein preußiſches Thronfolgerecht. Im Übrigen räumte er

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ihnen alle äußern Ehrenrechte preußischer Prinzen ein, genehmigte die Hohenzollern'sche Hausverfassung, acceptirte die auf Grund derselben ihm als Familienhaupt zustehenden Rechte und erklärte, daß den Mitgliedern der fürstlichen Linie die Pflichten der Treue, des Gehorsams und des Respects gegen das höchste Oberhaupt obliegen würden.

Es waren also Rechte doppelter, in der Urkunde genau unterschiedener Art, welche der König als Familienhaupt über die Mitglieder des fürstlichen Hauses erworben hatte. Zunächst der Anspruch auf Ehrfurcht, Treue und Gehorsam, den jeder preußische Unterthan, insbesondere jeder Staatsbeamte und Abgeordnete, seinem königlichen Souverän gelobt. Sodann auf Grund des Hausstatuts das Recht und die Pflicht der unbedingten Entscheidung in den oben angeführten vier Fällen. In deren Reihe findet sich nun, wie der Augenschein lehrt, die Frage der Annahme einer angebotenen fremden Krone mit Nichten. Nach dem formellen Rechte konnte hier der Berufene nach eignem freiem Willen Entschluß fassen. Der König mochte nach der Ehrfurcht und Treue des Prinzen erwarten, daß er ihm Kenntniß gebe und seinen Rath erbitte. Gerade bei einer Frage dieser Art konnte er voraussetzen, daß sein Rath mit entscheidender Kraft in's Gewicht fallen werde. Aber ein formelles Recht, zu befehlen oder zu verbieten, hatte er in diesem Falle nicht.

In der rumänischen Sache hatte König Wilhelm keinen Augenblick einen Zweifel. Er war durchaus gegen die Annahme einer etwaigen Wahl durch den Prinzen Karl, nach persönlicher Stimmung und politischen Gründen, über die er sich mit dem Grafen Bismarck in vollkommenem Einverständniß befand. Er beschloß also, dem Fürsten Karl Anton, gegen den und dessen Familie er ein warmes Wohlwollen im Herzen trug, persönlich zu schreiben, abzurathen und zu warnen. Weiter aber zu gehn und amtlich mit einer Königlichen Willenserklärung einzuschreiten, daran hinderte ihn das unerschütterliche Rechts- und Pflichtgefühl, welches jeden Schritt auf seiner ruhmreichen Laufbahn bestimmt hat. Er hatte keinen gesetzlichen Titel zu einem Verbot oder zu einer dem Verbote gleich wirkenden Maaßregel: damit war sein Verfahren entschieden. Aber ebenso beharrte er bei Abrathen und Warnen, auch als Napoleon sein Wort wiederholte, er habe stets für einen fremden Erbfürsten gestimmt, und vollends die Wahl eines Prinzen aus dem Hause Hohenzollern, für welches

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

er die freundschaftlichsten Gefühle hege, werde er zwar nicht selbst vorschlagen, wohl aber, wenn sie erfolge, freudig unterstützen.

So hatte die Entwicklung ihren Verlauf. Fürst Karl Anton blieb trotz der Bedenken des Königs der Candidatur seines Sohnes geneigt. Am 11. und 14. April erschienen in Bukarest zwei Proclamationen der provisorischen Regierung, die den Stempel ihres französischen Ursprungs unverkennbar an der Stirne trugen. In der einen wurde das rumänische Volk aufgefordert, kraft seines souveränen Nationalwillens den erblichen Thron dem Prinzen Karl von Hohenzollern durch ein Plebiscit zu übertragen, bekanntlich eine Erfindung des napoleonischen Staatsrechts, die bisher bei den Völkern des Orients nicht in Übung gewesen; die Abstimmung sollte in den Tagen vom 14. bis zum 20. April erfolgen. In der zweiten Urkunde wurde der Prinz, sein Vater und sein Haus den Rumänen durch Aufzählung aller denkbaren Tugenden und Verdienste empfohlen. Unter Anderm wurde seine Verwandtschaft mit den beiden großen Herrscherhäusern, dem preußischen und dem französischen, betont. Von dem preußischen wurde erwähnt, daß es der Welt Friedrich den Großen gegeben; von dem Hause Bonaparte hieß es, daß es die beiden Napoleone hervorgebracht, die, von der Welt wie Halbgötter verehrt, die Völker zur Demokratie und zur Achtung der Nationalitäten geleitet hätten. Bei dem rumänischen Volke war die Wirkung vollständig: schon am 15. April kam ein Telegramm Bratianu's an den Fürsten Karl Anton, daß ganz Rumänien mit Begeisterung sich zur Wahl dränge.

Der Fürst gab dies weiter an den König. Dieser aber schrieb dem Prinzen, der damals als Dragoner-Officier in Berlin war: Du hast Dich ganz passiv zu verhalten, da große Bedenken obwalten; Rußland und die Pforte sind gegen die Wahl eines Fremden. Der Prinz antwortete in vorsichtigem Ausdruck, des Königs Vorschriften würden stets sein Anhalt sein. Dem Vater aber theilte er brieflich seinen festen Entschluß mit, die Krone anzunehmen und gegen den Willen der Conferenz nach Bukarest zu reisen. Mit jugendlichem Muthe war er bereit, den Sprung in das Dunkle zu wagen; in rühmlichem Ehrgeiz trat er trotz aller Gefahren an die Aufgabe heran, auf dem Boden eines halbcivilisirten Landes zum Segen eines hochbegabten Volks eine feste Staatsordnung aufzurichten. Noch aber mahnte auch

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſein Vater ſich zu gedulden, bis die Bedenken des Königs und der Miniſter gehoben ſeien.

In dieſen Tagen trat nun auf dem Congreß eine Wendung ein, welche für die Wünſche Hohenzollerns äußerſt günſtig wirkte. Da bisher ein Einverſtändniß der Mächte ſich unerreichbar gezeigt hatte, brachten Öſterreich und England am 14. April den Antrag ein, die definitive Entſcheidung zu vertagen und einſtweilen die Verwaltung Rumäniens einem inländiſchen Hoſpodar auf vier Jahre zu überweiſen. Damit wäre über die Fürſtenthümer eine langjährige Unſicherheit aller Verhältniſſe verhängt worden. Bei den weiteren Verhandlungen räumte Napoleon ein, die Wahl eines fremden Fürſten ſei allerdings, wie Öſterreich behauptete, den europäiſchen Verträgen von 1856 und 1858 zuwider, dennoch aber ſei und bleibe ſie in der Sache das einzig Verſtändige und Richtige. In Berlin aber hielt man es für ſehr wahrſcheinlich, daß bei Annahme des Antrags der dann einzuſetzende Hoſpodar ein ausgeſprochener Parteigänger der Antragſteller ſein würde, und dieſer Möglichkeit gegenüber erſchien die ſonſt bedenkliche Wahl des Prinzen Karl doch als die beſſere Auskunft. So beſchloß Bismarck, zwar amtlich in der Conferenz weder zu fördern noch zu hindern, im Stillen aber dem Prinzen den Muth zu ſtärken und die Wege zu ebnen.

Am 19. April lud er den jungen Herrn zu ſich ein und ſagte ihm, nicht als Staatsmann, wie er bemerkte, ſondern als Rathgeber und Freund: er rathe ihm, den kühnen Entſchluß zu faſſen und direct nach Bukareſt abzureiſen; vom Könige möge er nicht ausdrücklich die Zuſtimmung dazu, ſondern nur Urlaub in das Ausland erbitten, was der König verſtehn werde. Er ſolle dann im tiefſten Incognito nach Paris reiſen, da er ohne Napoleon nichts erreichen könne; denn Rußland und die Pforte würden gegen ſeine Wahl proteſtiren und Preußen ihn dagegen nicht unterſtützen. Sind Sie einmal erſt in Rumänien, fuhr er fort, ſo iſt die Frage viel leichter zu löſen: die Conferenz ſteht dann vor einer vollendeten Thatſache, und die proteſtirenden Mächte werden ſchließlich eine Thatſache, die nicht rückgängig zu machen iſt, anerkennen müſſen. Übrigens, ſchloß er, ſollte die Sache dennoch mißlingen, ſo würden Sie für Ihr ganzes Leben die angenehme Erinnerung an ein pikantes Abenteuer haben. Eine Auffaſſung, bemerkte der oben citirte „Augenzeuge“, welche der Prinz doch nicht zu theilen vermochte.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Der Prinz begab ſich darauf zum Könige und theilte ihm Bismarck's Anſicht mit. Der König aber wollte nichts davon wiſſen, ſondern blieb bei ſeiner Abmahnung, worauf der Prinz ſeinen Entſchluß in begeiſterter Rede vertheidigte. Das Ende war eine Erklärung des Königs, er müſſe auf ſeinem Standpunkt beharren; wenn den Prinzen jedoch ein innerer Drang unaufhaltſam vorwärts treibe, könne er ihn nicht hindern. Der König gewährte ihm Urlaub nach Düſſeldorf; er umarmte beim Abſchied den jungen Helden; ſein letztes Wort war: Gott behüte Dich!

Eine Reiſe nach Paris, wie ſie Bismarck empfohlen hatte, erſchien doch bedenklich. Statt deſſen beſchloß man Erkundigungen durch geheime Canäle, wobei man über die Pariſer Politik beſondere Erfahrungen machte. Eine vornehme, mit dem Miniſter Drouyn de Lhuys befreundete Dame wurde veranlaßt, dieſen zu ſondiren: der Miniſter antwortete, Napoleon werde nie eine vollendete Thatſache anerkennen. Darauf ſchrieb der Prinz an eine Dame in Paris, Frau Cornu, auf die Napoleon perſönlich ein großes Vertrauen ſetzte; die umgehende Antwort mahnte dringend zur Schaffung der vollendeten Thatſache. Am 1. Mai erſchien Bratianu als Führer einer rumäniſchen Deputation, welche das Schlußergebniß des Plebiſcits überbrachte; der Prinz ſprach ihr ſeine Zuſtimmung aus; da aber der König noch einmal wegen des Widerſpruchs der Mächte abgerathen hatte, reiste der Fürſt Karl Anton nach Berlin, um einen günſtigern Beſcheid zu erwirken. Am 5. kam er zurück. Der König weigerte nach wie vor die Ertheilung einer Erlaubniß; er wolle ihm aber Urlaub geben, unter der Bedingung, daß er bei der Überſchreitung der Grenze ſeinen Abſchied einreiche; ein preußiſcher Officier könne im Augenblick der Mobilmachung nicht außer Landes gehn. Am 11. Mai verſchwand darauf der Prinz plötzlich aus Düſſeldorf und erſchien, auf der Reiſe durch das ihm feindſelige Öſterreich, halb verkleidet und von Niemand bemerkt, am 20. plötzlich in Rumänien, wurde von unermeßlichem Jubel empfangen und nahm ohne Weiteres in Bukareſt von der Regierung Beſitz. Es zeigte ſich bald, daß Bismarck und Fürſt Karl Anton richtig gerechnet hatten. Wohl erklärte die Conferenz in Paris einſtimmig die Vertragswidrigkeit und folglich die Ungeſetzlichkeit der Wahl, aber als darauf die hohe Pforte die Vollmacht zu Zwangsmaaßregeln forderte, erfuhr ſie Zurückweiſung auf allen Seiten. Die Türkei wünſchte keine ruſſiſchen, Rußland keine

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

türkiſchen Truppen in Rumänien zu erblicken, Öſterreich aber, welches ſoeben in den Kampf gegen Preußen hineinſchritt, hatte keine Sehnſucht, in ſeinem Rücken irgend ein Kriegsfeuer auflodern zu ſehn. So konnte Fürſt Karl ungeſtört ſein Miniſterium bilden, Truppen an den türkiſchen Grenzen aufſtellen, die Verwaltung des Landes in vorläufige Ordnung bringen. Daheim aber erklärte Preußen allen Mächten, daß der Prinz vollkommen ſelbſtändig verfahren ſei und für ſeinen Schritt die Erlaubniß des Königs weder nachgeſucht noch erhalten habe. Es entſprach vollkommen den Thatſachen; aber kein Menſch wollte es glauben. Eine ſolche Behauptung, daß unter einem ſo willensſtarken König wie Wilhelm I., unter einem ſo energiſchen Miniſter wie Graf Bismarck ein preußiſcher Prinz einen ſolchen Schritt ohne königliche Zuſtimmung gewagt hätte, erſchien aller Welt als eine Fabel. Niemand dachte an das Sigmaringer Hausgeſetz und den ſtrengen Rechtsſinn des Königs.

Indeſſen fuhr das Glück fort, dem Muthigen hold zu ſein. Der Ruhmestag von Königgrätz, wo einer ſeiner Brüder den Heldentod fand, ſicherte den Fürſten vor jeder Bedrohung durch Öſterreichs Abneigung, und der plötzlich ausbrechende Aufſtand der Inſel Kreta lenkte die Sorgen und die Kräfte der Pforte auf das Gründlichſte von dem Eindringling auf dem rumäniſchen Throne ab. Fürſt Karl beeilte ſich, das Ereigniß benutzend, dem Sultan die Unterwerfung unter deſſen lehnsherrliche Rechte entgegen zu tragen; ſo erlangte er im October die feierliche Inveſtitur als erblicher Beherrſcher Rumäniens unter türkiſcher Oberhoheit. Damit war denn auch für die Großmächte jeder Rechtsgrund gegen ſeine Erhebung beſeitigt, und eine nach der andern vollzog die diplomatiſche Anerkennung des jungen Herrſchers.

Es iſt nicht unſeres Ortes, die innere Entwicklung Rumäniens darzuſtellen; die Welt weiß, mit welchem Erfolge die politiſche Begabung Karl's I. ſeine ſchwierige Aufgabe gelöst hat. Wir haben nur auf einzelne Momente hinzuweiſen, die für die allgemeine Politik Europas und insbeſondere für die Stellung Preußens in Betracht kamen.

Fürſt Karl hatte in ſeiner preußiſchen Stellung gelernt, daß die erſte Grundlage eines ſicher geordneten Staats ein tüchtig ausgebildetes und diſciplinirtes Heer iſt. Was er aber von dergleichen in der neuen Umgebung vorfand, war troſtlos:

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

kräftige und muthige Jünglinge in Fülle, im Übrigen jedoch Mangel und Entblößung, Unbildung und Zuchtloſigkeit. Was eine franzöſiſche Militärcommiſſion, die auf den Wunſch der frühern Regierung geſandt war, ſeit 1864 zu Stande gebracht hatte, war während der letzten Unruhn weggeſchwemmt worden. In dieſer Noth richtete der Fürſt ſeinen Blick auf die alte Heimath und bat den König um einige preußiſche Officiere als Lehrmeiſter und um die Geſtattung eines Ankaufs von 20000 Hinterladern in den königlichen Waffenfabriken. Der König fand dieſe Wünſche verſtändig und angemeſſen, allein der Kriegsminiſter von Roon erklärte ſehr beſtimmt, zuerſt müſſe die preußiſche Armee alle in ihrem Waffenmaterial während des Krieges erlittenen Schäden wieder ergänzt haben, ehe ſie zu ſo großen Verkäufen ſchreiten könne. Es vergingen darüber fünf Vierteljahre, und als endlich im Frühling 1868 der erſte Waffentranſport abgeſandt werden ſollte, waren in dem Zuſtande Rumäniens erhebliche Änderungen eingetreten. Fürſt Karl hatte, auf dringendes Anrathen Preußens, in ſeiner auswärtigen Politik ſich mehr und mehr dem ruſſiſchen Hofe anzunähern und ohne formelle Verpflichtungen die Gunſt des Zaren mit Erfolg zu gewinnen geſucht. Im Innern behauptete ſich an der Herrſchaft ſeit März 1867, auf eine ſtarke Mehrheit der Volksvertretung geſtützt, die radicale Partei, unter dem leitenden Einfluſſe Joan Bratianu's, eines von der Natur mit blendenden Vorzügen, Erfindungskraft, Beredſamkeit, demagogiſchem Talente ausgeſtatteten Mannes, dem ſeine durch heiße Ehrſucht aufgeſtachelte Fantaſie maaßloſe Ziele emportrieb, der aber nicht die Fähigkeit zu gründlicher Arbeit und zu klarer Berechnung der für die wilden Entwürfe erforderlichen Mittel beſaß. Ihm ſtand das Bild eines großen dako-rumäniſchen Reichs vor der Seele, wozu Bulgarien auf der einen, Beſſarabien, Siebenbürgen, Bukowina und Banat auf der andern Seite gehören ſollten. Schon als er Anfang Mai 1866 die rumäniſche Deputation nach Düſſeldorf führte, um dem Prinzen Karl ſeine Wahl anzukündigen, hatte er ihm, um den Reiz des Angebots zu erhöhn, eine Karte von Großrumänien vorgelegt, auf der alle jene Landſchaften als Eigenthum der rumäniſchen Krone eingezeichnet waren. Der Prinz aber hatte von ſo ausſchweifenden Plänen nichts wiſſen wollen. Jetzt aber lenkte Bratianu als Miniſter des Innern die Verwaltung des Landes, und ohne den Fürſten, der ihm volles Vertrauen ſchenkte, viel zu fragen,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

schritt er zu einer weiten revolutionären Agitation. Im Juni 1867 kam es in mehreren bulgarischen Orten zu Aufständen, die jedoch von dem türkischen Pascha auf der Stelle blutig unterdrückt wurden. Türkischer Seits wurden Anregung und Unterstützung der Tumulte der rumänischen Regierung zur Last gelegt, von dieser, wie sich versteht, die Anklage bestritten, von der übrigen Welt aber um so mehr geglaubt, als einige Wochen später in Bukarest ein großer Congreß von Vertretern der dako-rumänischen Nation aus allen oben genannten österreichischen Provinzen mit großem Pomp zusammentrat, allerdings nach seinem Programme lediglich mit der harmlosen Absicht, eine dako-rumänische Akademie zu begründen. Damals war es, daß in Salzburg Graf Beust von der Möglichkeit einer Besetzung Rumäniens durch Österreich redete, und Kaiserin Eugenie, zur Zeit dem Fürsten Karl günstig, dem Minister zurief: „Sie sind zu lebhaft, Herr von Beust.“ Allein Bratianu arbeitete weiter, in seinen Hoffnungen gesteigert durch den ernsten und unermüdlichen Eifer, womit Fürst Karl der Neubildung und Entwicklung des rumänischen Heerwesens oblag, während der Minister durch seine patriotischen Fantasien die Kammer für die Bewilligung eines reichen Militärbudgets begeisterte. Bald war denn auch in ganz Europa der Argwohn verbreitet, dort in Rumänien werde eine Mine geladen, deren Ausbruch den Brand der ganzen orientalischen Frage entzünden könne. Der Aufstand in Kreta dauerte fort, von der griechischen Regierung durch Waffensendung und Freischaaren offen unterstützt, von Rußlands Diplomatie nicht weniger offen begünstigt. Da Rußland mit Österreich im Orient ebenso wie mit der Türkei auf gespanntem Fuße stand, so erkennt man den weiten Zusammenhang, in dem sich ein Angriff Rumäniens auf Bulgarien oder Siebenbürgen fühlbar machen mußte. Da flogen im Frühling 1868 die Gerüchte durch Europa, rumänische Banden seien in Bulgarien eingebrochen: es war dieses Mal nicht wahr, aber es reichte hin, um Österreich und die Türkei zu entschiedenen Vorkehrungen gegen die aus Bukarest drohende Feindseligkeit zu veranlassen. Frankreich war Anfangs in der kretischen Sache Hand in Hand mit Rußland, Preußen und Italien gegangen, um die Lage der christlichen Bevölkerung in Kreta zu verbessern, begann jetzt aber aus dieser Verbindung sich heraus zu ziehn, um gemeinsam mit Österreich und England die Integrität der Türkei zu schirmen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Damit ſank auch Fürſt Karl wegen ſeiner Annäherung an Rußland in der Gunſt ſeines urſprünglichen Beſchützers.

Nun geſchah im Juli, daß in der That bewaffnete Schaaren aus Rumänien einen Angriff auf Bulgarien verſuchten, dort aber ſchon nach wenigen Tagen beſiegt, zerſtreut und größten Theils niedergemacht wurden. Das Aufſehen, welches der Vorgang überall erregte, wurde nach wenigen Wochen gewaltig geſteigert, als die Welt erfuhr, daß ein großer preußiſcher Waffentranſport auf weitem Umwege durch Rußland unter der Aufſchrift „Eiſenbahn-Materialien" im Auguſt nach Rumänien gelangt ſei. Jetzt ſchien kein Zweifel mehr möglich, daß Bratianu's Treiben durch die beiden Großmächte gefördert, wenn nicht veranlaßt, daß der europäiſche Friede ernſtlich bedroht ſei.

Ganz ſo ſchlimm ſtand es nun in Wahrheit nicht. Jener Tranſport enthielt einen Theil der vor mehr als einem Jahr von Rumänien in Berlin gekauften Hinterlader, bei deren Beſtellung Fürſt Karl ſo wenig wie die preußiſche Regierung an kriegeriſche Unternehmungen gedacht hatte. Zur Zeit wußte man, daß weder Öſterreich noch die Türkei eine Waffenſendung nach Bukareſt gelangen laſſen würden, und ſo wählte Herr von Roon den Tranſport über Rußland und, um jeden Lärmen zu vermeiden, die falſche Declaration, deren Bekanntwerden dann freilich die Aufregung verdoppelte. Bratianu's Verfahren blieb ganz geeignet, den Argwohn immer mehr zu ſteigern. Die bewaffneten Einfälle in Bulgarien wiederholten ſich, eine türkiſche Beſchwerde wurde unter Abläugnung jeder Theilnahme an den Angriffen in grobem Tone beantwortet, mit haſtigem Eifer auch bei den Regierungstruppen weiter gerüſtet, die Recrutirung verſtärkt, eine große Volksbewaffnung eingeleitet, und zugleich bei den Siebenbürger Rumänen ganz offen eine lebhafte nationale Wühlerei entfaltet. Kurz, der Schein war vollſtändig, daß der preußiſche Waffentranſport das Mittel und zugleich das Signal zu einer allgemeinen Erhebung der dako-rumäniſchen Nation unter preußiſch-ruſſiſchem Schutz zur Befreiung und Vereinigung der bisher von Türken und Öſterreichern abgetrennten Stammesbrüder ſein ſollte.

Während auf ſolche Art durch die Rumänen Öſterreich in ſeinem Beſitzſtand bedroht und die franzöſiſche Beſchützung der Türkei mißachtet wurde, fand ſich außerdem Napoleon durch ſtete Fortſchritte Preußens auf dem Wege zur deutſchen Einheit an einer beſonders empfindlichen Stelle beunruhigt.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Wir haben gesehn, wie bereits im Herbste 1867 die Erneuerung des Zollvereins zwischen Nord- und Süddeutschland ihn unangenehm berührt hatte. Indessen war dabei in Bayern und Württemberg eine so starke Abneigung gegen die preußische Vormacht sichtbar geworden, daß hier an den Eintritt in den Nordbund nicht zu denken war. Ganz anders aber stand es bekanntlich in Baden, wo Fürst und Volk fortdauernd den Eintritt erstrebten und vorbereiteten. Freilich war es der schwächste der drei Staaten, dessen volle Angliederung Preußens Macht wenig verstärken würde. Hier aber galt, was einst Maria Theresia von Piemont gesagt hatte: dessen König wäre schon ein braver Mann, wenn nur die verwünschte Geographie nicht wäre. Dieses lange schmale Baden erstreckte sich dicht an der französischen Rheingrenze von Weißenburg bis Basel, und seine Höhen schauten aus nächster Nähe auf die Wälle von Straßburg herab. Hier nun aller Orten norddeutsche Truppen und preußische Fahnen einziehn zu sehn, würde bei dem französischen Volke die höchste Erbitterung erzeugen. Kein französischer Herrscher, sagte Napoleon, würde dem Sturme des nationalen Zornes widerstehn können, wenn die preußische Regierung Baden in den norddeutschen Bund aufnähme — und nach dem in Frankreich üblichen Brauche waren die Zeitungen überzeugt, daß alle preußenfreundlichen Regungen in Baden von dem Urheber alles Übels, von Bismarck, bezahlt oder doch angestiftet wären.

Dies war nun genau so wahr, wie die ebenfalls in Paris verbreitete Meinung, daß Bismarck's Agenten den Romzug Garibaldi's veranlaßt und unterstützt hätten. Im Gegentheil, nach den in Bayern und Württemberg soeben gemachten Erfahrungen schwärmte Bismarck weniger als jemals für eine übereilte Heranziehung der Südstaaten in den Nordbund, so daß ihm für den Augenblick Badens patriotischer Eifer im Interesse des innern Gedeihns und des europäischen Friedens weniger erfreulich als unbequem war. Am 17. November 1867 hatte ihm Mazzini jene Warnung vor einem französisch-italienischen Bündniß zugesandt; am 18. wandte sich an ihn ein alter Freund und Exilgenosse Mazzini's, der damalige badische Ministerpräsident Mathy, ein Mann, der sich seit 1848 von Mazzini's doctrinärer Schwärmerei abgewandt hatte und mit festen Schritten auf den Bahnen preußisch-deutscher Realpolitik zu seiner jetzigen Stellung emporgestiegen war. Er schickte dem

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Kanzler eine ausführliche Denkschrift, worin er den Eintritt Badens in den Nordbund beantragte, und bat, wenn die europäischen Verhältnisse dies noch nicht thunlich erscheinen ließen, um Vollmacht zu einer Erklärung an die Kammern, daß der Eintritt, eventuell auch ohne Bayern und Württemberg, gesichert, und nur der Zeitpunkt dem Ermessen der Regierungen vorbehalten sei. Bismarck selbst schrieb ihm keine Antwort; der preußische Gesandte in Karlsruhe theilte Mathy mit, daß der Kanzler die gewünschte Erklärung nicht geben könne [1]).

Indessen entwickelte sich die Lage weiter. Mathy starb bald nachher, und sein Nachfolger Jolly erklärte den Kammern, er könne über sein Programm sich kurz fassen: es sei genau das seines Vorgängers. Zugleich bewilligte der Landtag ein um zwei Millionen Gulden erhöhtes Militärbudget, um die preußischen Einrichtungen in dem Heere vollständig durchzuführen. Wenige Tage später nahm der preußische Militärbevollmächtigte General von Beyer seine Entlassung und trat als Kriegsminister in den badischen Staatsdienst über; Chef des Generalstabs wurde der bisher preußische Oberst von Lescinsky. Im März 1868 verstattete Preußen, daß fünfzig badische Officier-Aspiranten im preußischen Cadettencorps ihre militärische Ausbildung erhalten sollten. Im April wurden preußische Officiere nach Baden berufen, um die Landwehr durchaus nach den Vorschriften des norddeutschen Bundes zu organisiren. Genug, es fehlte nur noch die amtliche Erklärung, um das badische Contingent ganz einfach als Heertheil des norddeutschen Bundes erscheinen zu lassen.

Trotz alledem fand sich Bismarck nicht berufen, seinerseits in der deutschen Sache den wohlerwogenen Standpunkt aufzugeben, auf welchem keinem Einzelstaate, sondern nur der süddeutschen Gesammtheit der Eintritt in den Nordbund zu gestatten wäre. In Bayern aber und Württemberg dauerten die antinationalen Bestrebungen mit wachsendem Erfolge fort; gewannen doch in Württemberg damals die Anhänger des Reichsgedankens nicht einen einzigen Sitz im Zollparlament — was natürlich in Berlin die Sehnsucht nach baldigem Erscheinen der Schwaben auch in dem Reichstag erheblich abkühlte. Und dennoch wirkte in Württemberg wie überall das thatsächliche Schwergewicht der

[1]) Freytag, Karl Mathy, S. 415.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Verhältniſſe ſo zwingend, daß gerade von dort aus ein kräftiger Anſtoß zur weitern Conſolidirung der deutſchen Geſammtheit erfolgte. In Stuttgart hielten der Kriegsminiſter Wagner und der Chef des Generalſtabs Suckow unerſchütterlich trotz aller Schwierigkeiten an der Durchführung des preußiſchen Wehrſyſtems feſt und wurden hierin, wie wir ſahn, von dem ſonſt nicht preußenfreundlichen Könige, der aber ſeine Truppe nicht durch die Verehrer einer Volksmiliz zerrütten laſſen wollte, kräftig unterſtützt. Anfang Mai 1868 genehmigte der König eine Reiſe Suckow's nach Berlin zur Informirung in Sachen „Mobilmachung und Verwandtes“ [1]). Nach den erwähnten Verhältniſſen fand Suckow Anfangs eine ſehr zurückhaltende Aufnahme. Am 6. Mai ſprach er Moltke: er ſei gekommen, um zu fragen, was Württemberg bei einem plötzlichen Einbruch der Franzoſen in Süddeutſchland zu thun habe. Moltke antwortete mit der Gegenfrage, was Württemberg leiſten könne, und wie ſchnell; aufrichtig ſagte er, daß er die dortige Leiſtung nicht bloß als eine ſchwache, ſondern auch als eine unzuverläſſige anſehn müſſe; am Beſten ſei es, ihnen zu ſagen: ſieh zu, wie Du Dir ſelbſt hilfſt; die Dinge werden um ſo ſchneller gehn, je ungeſtörter Varnbüler ſein Treiben fortſetzt. Für Preußen ſei der Thüringer Wald eine viel beſſere Flanke als der Oberrhein. Es war keine Freude für Suckow, auf ſolche Art Süddeutſchland als auswärtigen Kriegsſchauplatz betrachtet zu ſehn; er erwiderte, es könne Preußen doch nicht gleichgültig ſein, wenn Süddeutſchland dem Demagogenthum verfiele und in franzöſiſche Vaſallenſchaft geriethe. Moltke erkannte das an und trat in eine nähere Beſprechung der ſtrategiſchen Verhältniſſe und der daraus folgenden militäriſchen Bedürfniſſe ein. Als Suckow darauf ſeine Auffaſſung entwickelte, klärte ſich Moltke's Angeſicht auf: ich ſehe ſchon, ſagte er, daß wir zwei Generalſtabsofficiere uns leicht verſtehn werden bei den richtigen Anſchauungen, die Sie haben.

Am 11. Mai hatte Suckow eine Beſprechung mit Bismarck im Parke des Kanzler-Palais, wobei Bismarck ſich in folgender Weiſe äußerte: „Die Wahlen zum Zollparlament haben gezeigt, daß der Süden vorerſt keine weitere Verbindung mit dem Norden haben will als Zollverein und Allianzvertrag. Der Norden hat keinen Grund, mehr zu verlangen; denn ſtrategiſch genommen

[1]) Aus ungedruckten Memoiren.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

iſt die Verbindung mit dem Süden keine Verſtärkung für uns, und politiſch haben wir kein Bedürfniß, uns mit den heterogenen Elementen im Süden zu verſchmelzen, wo man nicht weiß, ob die Particulariſten oder die Demokraten die ärgeren Feinde Preußens ſind. Wir tragen alle die nationale Einigung im Herzen, aber für den rechnenden Politiker kommt zuerſt das Nothwendige und dann das Wünſchenswerthe, alſo zuerſt der Ausbau des Hauſes und dann deſſen Erweiterung. Erreicht Deutſchland ſein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, ſo erſcheint mir das als etwas Großes, und geſchähe es in 10 oder gar 5 Jahren, ſo wäre das etwas Außerordentliches, ein unerhofftes Gnadengeſchenk von Gott. Zuerſt ſollen alſo einmal die Vertreter im Zollparlament ein Paar Jahre bei einander geſeſſen ſein; dann wird Verſöhnlichkeit eintreten, und werden die Süddeutſchen ſehn, daß es ſich nicht um Vergewaltigung handeln kann. Unſere ganze Sympathie gehört dem ſüddeutſchen Bruder, dem wir jeder Zeit die Hand reichen wollen, aber zwingen wollen und dürfen wir ihn nicht, dieſelbe zu ergreifen. Die Möglichkeit eines Krieges anlangend, ſo iſt der norddeutſche Bund eine Macht, welche jeder andern gewachſen iſt. Für Süddeutſchland liegt die Sache einfach ſo, welchen Alliirten es ſich wählen will; Öſterreich kann es nicht ſein; wir hätten nichts dagegen, aber Öſterreich will entſchieden nicht, und Frankreich wird dem deutſchen Süden weniger Schutz gewähren als der norddeutſche Bund."

Übrigens erwähnte Bismarck noch, man habe bayeriſcher Seits Beſorgniſſe wegen Suckow's Entſendung nach Berlin geäußert; er habe geantwortet, einem Jeden geſchehe daſſelbe wie jenem: Auskunftsertheilung, wenn eine ſolche gewünſcht wird.

Suckow trat dann noch zweimal mit Moltke zuſammen; das Ergebniß war ein unbedingtes gegenſeitiges Vertrauen zwiſchen den beiden Männern, eben was Suckow zu erreichen als eigentlichen Zweck ſeiner Reiſe ſich vorgeſetzt hatte. Am 14. Mai erwogen ſie die Möglichkeit eines plötzlichen Einbruchs der Franzoſen nach Süddeutſchland; es wurde verabredet, daß in dieſem Fall die Württemberger Truppen ſich bei Heilbronn und nöthigen Falls bei Würzburg concentriren ſollten, um dadurch der Vereinigung mit der heraneilenden Hülfe des Nordens näher zu ſein. Ein Protokoll oder ſonſt eine ſchriftliche Aufzeichnung wurde über dieſe Abſprachen in Berlin nicht gemacht.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Als Wagner dem König Carl darüber Vortrag hielt, schien dieser geringes Interesse an der Sache zu nehmen, erhob aber keinen Widerspruch.

Im Juni erbat sich darauf in der That ein bayerischer Unterhändler bei Bismarck die verheißene Auskunft. Die Verhandlung führte hier zu demselben Beschlusse, wie die Württemberger, und da das Einverständniß des Großherzogs von Baden von Anfang an sicher war, so konnte Moltke schreiben[1]):

„Man hatte sich überzeugt, daß bei directer Vertheidigung des obern Rheins und des Schwarzwaldes Norddeutschland eine wirksame unmittelbare Hülfe im ersten Augenblicke schon der Entfernung nach zu leisten nicht in der Lage sei, daß eine weit größere Sicherung des deutschen Südens aus der Vereinigung aller deutschen Streitkräfte am mittleren Rhein erwachse, welche von dort, sei es auf dem rechten oder dem linken Ufer offensiv in die Flanke der feindlichen Invasion vorgingen, und diese nothwendig sehr bald zum Stehn oder zur Umkehr zwingen müßten."

Moltke hob dabei hervor, daß die süddeutschen Fürsten, diesen Ansichten beipflichtend, in Hingebung an die gemeinsame Sache und im Vertrauen auf die obere Heeresleitung bereit gewesen, das eigene Landesgebiet von ihrer activen Militärmacht zu entblößen, um sie dem norddeutschen Heere unmittelbar anzureihn. Um so schwerer wiege dabei die Verpflichtung, welche der Norden übernahm.

Es bedarf keiner Ausführung, wie wichtig die so gewonnenen Absprachen waren, zumal es nicht Preußen, sondern der eigne Entschluß der süddeutschen Fürsten gewesen, der sie veranlaßt hatte. Die bittern Erfahrungen, welche im Kriege von 1866 die Zersplitterung der Streitkräfte zum Schutze jedes kleinen Vaterlandes zur Folge gehabt, waren unvergessen geblieben.

Alle diese Vorgänge blieben natürlich im Auslande nicht unbemerkt und bewirkten, wenn man auch die Ergebnisse der Berliner Conferenzen nicht zu erkunden vermochte, eine wachsende Aufregung vor Allem in Paris und Wien. Wie sehr auch Napoleon durch quälende Krankheit und durch Unzulänglichkeit seines Heerwesens von jeder Kriegslust ferne gehalten wurde,

[1]) Generalstabs-Werk über den Krieg von 1870/71 I, 74.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

wie war auf die Dauer ein Ausbruch zu verhüten, wenn Bismarck, was man damals in Paris für zweifellos hielt, durch Unterſtützung Bratianu's dem ruſſiſchen Ehrgeiz die Bahn nach Conſtantinopel frei machte und dann, ſeinerſeits wieder im Rücken durch Rußland gedeckt, Baden und damit ganz Süddeutſchland in den preußiſchen Militärverband hineinzog? War es gegenüber einer ſolchen Gefahr nicht eine dringende Pflicht für Frankreichs Sicherheit, die von Italien angeregten, bisher verſchleppten Bundespläne ſo raſch wie möglich zu verwirklichen? Dieſen Gedanken kam nach gleichen Erwägungen das Wiener Cabinet wenigſtens halbes Weges entgegen. Bratianu's Umtriebe bedrohten ganz offen Öſterreichs Territorialbeſitz, und auch in Wien und dem bisher preußenfreundlichen Ungarn meinte man darin Bismarck's Hand zu erblicken. Man hatte alſo Grund genug, zur Deckung gegen eine ſolche Feindſeligkeit eine feſte Verbindung mit Frankreich willkommen zu heißen. Aber ſo entſchieden wie möglich war Graf Beuſt der Meinung, gerade in dieſem Verhältniß alle Mittel aufzubieten, um den Frieden zu erhalten. Ihm verbot nicht bloß die Finanznoth, die Unfertigkeit der Armee, die Unſicherheit der innern Zuſtände jede Kriegspolitik. Für die Stellung Öſterreichs in Europa ſchien es ihm durchaus wünſchenswerth, daß Frankreich und Preußen ſich fortdauernd im Gleichgewicht hielten, und dadurch Öſterreich die Möglichkeit bewahrte, die ſüddeutſchen Staaten immer ſicherer ſeinem Einfluß zu unterwerfen. Denn käme es zwiſchen Beiden zum Kriege, und führte dieſer zu einer gründlichen Niederlage Preußens, ſo war Süddeutſchland, der Rhein und Belgien die ſichere Beute des Siegers, dem gegenüber ſich dann Öſterreich in vollſtändiger Abhängigkeit befinden würde. Leiſtete aber Preußen einen unerwartet zähen Widerſtand, ſo träte die Gefahr ein, daß ſich Napoleon mit ihm verſtändigte auf Überlaſſung Süddeutſchlands an Preußen, des Rheins und Belgiens an Frankreich. Einen dritten Fall hielt Beuſt für ſchlechthin unwahrſcheinlich. So erſchien als das einzig richtige Ziel für Öſterreichs Politik ein Defenſivbündniß mit Napoleon, alſo vertrauliche Freundſchaft als Rückhalt für jede eigne Gefahr, Zügelung des Vordringens preußiſches Ehrgeizes, ſo weit wie möglich aber auch beſtimmender Einfluß in Paris für die Aufrechthaltung des europäiſchen Friedens.

Äußerlich war das Verhältniß der beiden Höfe ſeit lange ein vortreffliches. Der Beſuch des Kaiſers Franz Joſeph im

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

October 1867 hatte in Paris den allergünstigsten Eindruck hinterlassen; der französische Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, wurde wegen seines Preußenhasses in Wien höher geschätzt, als in den Tuilerien wegen seiner Fähigkeiten; vollends der österreichische Botschafter in Paris, Fürst Metternich, wurde dort fast mehr wie ein Hausfreund der kaiserlichen Familie als wie der Vertreter einer auswärtigen Macht behandelt. Eben dies aber verminderte in Wien das Gewicht seiner stets rosig gefärbten Berichte; man entschloß sich, bei dem Mißtrauen, welches sowohl den Kaiser als den Grafen Beust gegen Napoleon erfüllte, einen zweiten unbefangenen Beobachter hinzusenden, um den dortigen Boden nach allen Richtungen zu sondiren. Es wurde dazu ein alter Vertrauter Beust's aus dessen sächsischer Zeit ausersehn, Graf Vitzthum, den er vor Kurzem in den österreichischen Dienst sich nachgezogen und für den Gesandtschaftsposten in Brüssel bestimmt hatte, ein vielerfahrener, reichbegabter und auch bei Napoleon wohlgelittener Diplomat, der jetzt bei diesem durch einen Privatbrief des Kaisers Franz beglaubigt wurde. Er fand den Imperator, der so eben einen Anfall seiner Krankheit überstanden hatte, beunruhigt durch den Gang der deutschen Dinge. Wie steht Ihr zu Preußen? fragte er den Grafen. Wie immer, antwortete dieser; wir stehn auf dem Prager Frieden und verwahren uns gegen weitere Fortschritte Preußens in Süddeutschland. Auf eine Frage Napoleon's, wie man in Deutschland über einen französisch-preußischen Krieg denke, erwiderte er, man halte ihn dort für kaum vermeidlich; er bitte jedoch, ihn nicht als ein leichtes Werk anzusehn; es würde ein furchtbarer Nationalkampf, und die Südstaaten in denselben fortgerissen werden, ein Kampf, bei dem für Frankreich der Besitz von Elsaß-Lothringen auf dem Spiele stehn würde[1]).

Welchen Eindruck diese Worte auf Napoleon gemacht haben, muß dahin gestellt bleiben: jedenfalls fand er gegenüber den deutschen und rumänischen Vorgängen ein völliges Schweigen nicht mehr rathsam, und im Juli ließ er durch Metternich dem österreichischen Cabinet den Vorschlag übermitteln: Österreich und Frankreich sollten gemeinsam eine Interpellation an Preußen richten wegen des neuerlich stärker hervortretenden Strebens,

[1]) Aus ungedruckten Memoiren.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die Mainlinie zu überſchreiten. Das konnte als ein Verſuch zur Aufklärung im Intereſſe des Friedens gedacht ſein; ſehr möglich aber war auch dann eine ſo ſcharfe Abweiſung der Frage durch Bismarck, daß dadurch der offene Bruch ſofort herbeigeführt würde. Beuſt entſchied ſich alſo zur Ablehnung des Antrags; er legte dar, eine ſolche franzöſiſche Einmiſchung würde das beſte Mittel ſein, der Überſchreitung der Mainlinie in Deutſchland neue Anhänger in Maſſe zu gewinnen[1]). Die Interpellation unterblieb hienach, und Napoleon wandte ſich bald nachher ſeiner ſpaniſchen Unterhandlung über die Beſetzung Roms zu.

Indeſſen wünſchte Beuſt dringend, mit den Tuilerien in freundlicher Fühlung zu bleiben, und erwog im Auguſt mit Vitzthum, der ſeither ſein Amt in Brüſſel angetreten hatte, einen nach Paris zu ſendenden Gegenvorſchlag, mit deſſen weſentlichem Inhalt Vitzthum ſchon ſeit Jahren ſich beſchäftigte, und der den großen Zweck, Dämpfung des angeblichen preußiſchen Vordringens, mit friedlichen Mitteln erreichen ſollte. Es handelte ſich dabei um eine Aufforderung zu allgemeiner Abrüſtung, die von Napoleon ausgehn und in einem offenen Briefe zunächſt an den preußiſchen König gerichtet werden ſollte[2]). Napoleon würde darin erklären, daß er den Prager Frieden trotz mehrerer Bedenken aufrichtig angenommen habe; er ſei jetzt im Begriffe, ſeiner Armee eine ſtärkere Organiſation zu geben: nun aber wünſchten alle Völker dringend eine Verminderung der jährlich anſchwellenden Militärlaſt; er ſei dazu bereit, wenn Preußen ihm durch eine befriedigende Zuſage über die Beachtung des Prager Friedens die Möglichkeit dazu geben würde. Eine ausführliche Denkſchrift begründete den Vorſchlag zunächſt durch den Hinweis auf die außerordentliche Popularität, welche ein ſolcher Schritt des Kaiſers ihm in Frankreich bei den nächſten Wahlen verſchaffen würde; was Preußen betreffe, ſo werde es entweder dem franzöſiſchen Antrag Genüge leiſten, womit der jetzige Beſitzſtand und folglich der Friede Europas geſichert ſei, oder Bismarck würde Schwierigkeiten machen, dadurch aber das Mißtrauen ſämmtlicher Mächte auf ſich ziehn, und vor Allem bei der durch Napoleon bekundeten Friedensliebe von keinem

[1]) Beuſt aus drei Vierteljahrhunderten II, S. 340.
[2]) Beuſt a. a. O. Dazu ungedruckte Memoiren.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

deutſchen Reichstage weitere Geldmittel zu militäriſchen Rüſtungen erhalten. Übrigens knüpfte die Denkſchrift an den alten Lieblingsgedanken Napoleon's an, die Berufung eines großen europäiſchen Congreſſes, der nach Schlichtung aller ſchwebenden Streitfragen den Kaiſer zum Erlaſſe der obigen Aufforderung einladen würde. Beuſt war mit Allem einverſtanden und beauftragte Vitzthum, im September nach Paris zurückzugehn und dort den Inhalt der Denkſchrift zur Annahme zu empfehlen.

Damals befand ſich Napoleon in Biarritz, und da Beuſt ein unliebſames Aufſehn befürchtete, wenn Vitzthum ſich dort eine Audienz erwirkte, ſo mußte der Graf in Paris mit dem Staatsminiſter Rouher in Verhandlung treten. Zunächſt ſuchte er ſich über Frankreichs früher ſo unſichere Haltung in den orientaliſchen Händeln zu vergewiſſern, da ohne eine Übereinſtimmung auf dieſem Gebiete ein Zuſammengehn der beiden Mächte überhaupt undenkbar war. Ich kann Euch, ſagte Rouher, hierüber volle Beruhigung geben; wir ſtehn feſt, wie Ihr, auf dem Boden der vertragsmäßigen Beſitz- und Rechtsverhältniſſe; der junge Fürſt Karl, der mit Bratianu für Rußland arbeitet und eine Schildwache Preußens iſt, muß aus Rumänien wieder entfernt werden. Hierauf ſah ſich Vitzthum in der Lage, den Inhalt der großen Denkſchrift in etwas dringenderer Form vorzulegen. Rouher prüfte ſie, ſchenkte, ſo weit wir ſehn, dem ſo oft mißlungenen Congreßplane keine Beachtung mehr, ſprach mit dem Grundgedanken des Ganzen, der Aufforderung zur Abrüſtung, ſein Einverſtändniß aus und war bereit, dem Kaiſer die Ausführung zu empfehlen. Aber nach einiger Zeit kam ein trocken ablehnender Beſcheid Napoleon's zurück, nach der praktiſchen, ſchlagend richtigen Bemerkung: bei der preußiſchen Landwehr-Verfaſſung wäre eine beiderſeitige, gleichmäßige Verminderung der Feldarmee ein Selbſtbetrug (marché de dupe). Rouher machte darauf den Verſuch, dieſem Einwande entſprechend, den öſterreichiſchen Vorſchlag näher auszuarbeiten. Nach dieſem neuen Entwurfe ſollte in Berlin beantragt werden: für die nächſten zehn Jahre wird die Friedensſtärke der beiden Armeen auf je 250000 Mann feſtgeſetzt, die Kriegsreſerven ihrer Pflicht entbunden, die preußiſche Landwehr und die franzöſiſche [einſtweilen auf dem Papier ſtehende] Mobilgarde aufgelöst. Napoleon mochte nach ſeiner Kenntniß der preußiſchen Zuſtände der

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

umgehenden Ablehnung eines solchen Vorschlags sicher sein; er hielt ihn aber auch nach seiner eignen Stellung für unthunlich. Er wies Rouher's Arbeit beinahe unwillig zurück. Ein Napoleon, sagte er, kann nicht entwaffnen, geschweige das Signal zu einer allgemeinen Abrüstung geben; er würde damit seine Krone auf das Spiel setzen[1]).

So kam er Mitte October aus Biarritz nach Paris zurück, gebeugt durch das spanische Mißgeschick, beunruhigt durch die wachsenden Verwicklungen im Orient, vor Allem gereizt durch die Möglichkeit, daß ein weiteres Vorgehn Bismarck's in Deutschland alle kriegerischen Leidenschaften des französischen Volks entfesseln möchte. Er fand in Paris den ihm seit lange befreundeten Lord Clarendon vor, der soeben in Berlin zur Eintracht mit Österreich gemahnt hatte und jetzt mit dem Grafen Vitzthum in gleichem Sinne redete. Kein besseres Ereigniß, sagte er, könne Europa erleben, als eine Aussöhnung zwischen Österreich und Preußen. Auf das Bestimmteste wies er den Argwohn zurück, daß Bismarck den spanischen Aufstand bezahlt habe. Ihm schüttete jetzt Napoleon sein Herz aus. Ich kann, erklärte er, für den Frieden nur so lange einstehn, als Bismarck den jetzigen Zustand respectirt; wenn er den deutschen Süden in den Nordbund hinein zieht, werden unsere Kanonen von selbst losgehn[2]).

Indessen hatte unmittelbar vorher eine mehrmonatliche Conferenz der drei Südstaaten über gemeinsame militärische Einrichtungen in München Statt gefunden, die zwar ebenso unfruchtbar geblieben, wie alle bisherigen Entwürfe über den Südbund, jedenfalls aber kein Symptom einer Annäherung an den Nordbund war. Preußen hatte unbeweglich zugesehn. Und jetzt trat ein völlig überraschender Umschwung in den orientalischen Wirren ein. Der angebliche Agitator Rumäniens, der immer schlimme und unberechenbare Bismarck, fegte plötzlich mit zwei starken Strichen den im Norden und im Süden der Türkei glimmenden Kriegsfunken von dem Boden hinweg und sicherte damit auf dieser Seite den europäischen Frieden.

Bismarck hatte dem rumänischen Treiben bis dahin sehr gelassen zugesehn. Bei dem gegenseitigen zwischen ihm und Beust vorhandenen Mißtrauen hatte er wenig einzuwenden, wenn

[1]) Aus ungedruckten Memoiren.
[2]) Nach ungedruckten Memoiren.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

durch Bratianu's Wühlerei Beust's Aufmerksamkeit für eine Weile vom Prager Frieden und Süddeutschland abgelenkt wurde. Er wollte keinen Einfluß Österreichs in Rumänien aufkommen lassen und mahnte den Fürsten stets zu vertrautem Anschluß an Rußland. Die revolutionäre Unruhe Bratianu's mißfiel ihm gründlich, er dachte jedoch, die sichere und besonnene Art des Fürsten würde den Unfug in Schranken halten. Aber war es nun, daß der Einfluß des phantastischen und begabten Menschen den Fürsten bis zu einem gewissen Grade mit sich fortriß, oder daß der Fürst von dem Treiben seiner Minister in dem für ihn noch fremden Lande keine ausreichende Kenntniß erhielt, das Übel nahm in jedem Monat größern Umfang an. Die Pforte hatte längst eine förmliche Untersuchung des Verhaltens der rumänischen Regierung durch großmächtliche Commissare beantragt, und, was dem Grafen Bismarck viel wichtiger war, auch der Nationalstolz der Magyaren, die bisher so gute Freunde der deutschen Sache gewesen, fing Feuer, als die Rumänen die Hand nach Provinzen der Stephanskrone, und zwar, wie man jetzt auch in Ungarn annahm, unter preußisch-russischem Schutze, auszustrecken wagten. Die magyarische Presse schlug einen gewaltig hohen Ton an. Wir haben, hieß es, volle Sympathie mit der deutschen Entwicklung; wir wollen weder den Wiedereintritt Österreichs in den deutschen Bund, noch einen Widerspruch gegen die Überschreitung der Mainlinie durch Preußen, und wir wissen, daß auch Beust denselben Willen hat; denn er will nur, was er kann, und er kann nur, was Ungarn will: sollte aber durch preußische Intriguen die Unversehrtheit des Donaureiches bedroht werden, so würde dies Alles in sein Gegentheil umschlagen, dann würde die Freundschaft mit Preußen in Rauch aufgehn und Ungarn mit Österreich vereint alle Mittel zur Niederwerfung des Friedensstörers aufbieten.

Bismarck war nach wie vor der Ansicht, nicht als Störer, sondern als Erhalter des Friedens zu wirken. Noch immer hielt er es für gewiß, daß Napoleon keinen Angriffskrieg gegen Preußen suche, und daß er, auch wenn das französische Volk ihn zu einem solchen dränge, ohne eine große Allianz doch schwerlich losschlagen würde. Da Rußland damals fest zu Preußen hielt, kam mithin Alles auf Österreich, und hier wieder Alles auf Ungarn an. So lange dieses deutschfreundlich blieb, gab es für Napoleon keine Allianz; sobald es sich gegen Preußen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

wandte, war für Frankreich die Möglichkeit der Allianz und damit des Kriegs gegeben. In diesem Zusammenhang war Bismarck's Entschluß sehr bald gefaßt. Die officiösen Berliner Zeitungen erklärten den Rumänen ein über das andere Mal, es sei Wahnsinn zu meinen, daß Preußen ihren Träumereien zu Liebe seine guten Beziehungen zu Ungarn stören lassen würde, und am 22. November 1868 wies Bismarck den preußischen Generalconsul in Bukarest, Grafen Keiserling, an, von dem Fürsten die sofortige Entlassung seines Ministeriums zu fordern, und im Weigerungsfall seine Pässe zu begehren. Der Fürst, obwohl bereits durch Keiserling mehrmals gewarnt, war schwer betroffen. Seit Bratianu's erstem Besuche in Düsseldorf hatte er Wohlgefallen an ihm gefunden und dann seine feste Leitung der Kammern bewundert. Die Trennung war ihm schmerzlich, aber er fügte sich dem Unvermeidlichen. Das dako-rumänische Reich war vor seiner Geburt gestorben.

Im Süden war es der Pforte noch nicht gelungen, die Empörung auf Kreta zu überwältigen. Zwar lag die Kraft der aufständischen Bevölkerung in den letzten Zügen, aber die fortdauernde Unterstützung aus Griechenland durch Nahrungsmittel, Waffen und Freischaaren, noch im December 1868 über 900 Mann, hielt die Bewegung immer lebendig. Die Pforte aber fand sich unaufhörlich durch die diplomatischen Rathschläge der großen Mächte bald nach der einen, bald nach der andern Seite gezogen, immer aber in ihren militärischen Operationen aufgehalten und behindert. Endlich entschloß sie sich, gegenüber dem Zwiespalt unter den Mächten, Preußen und Rußland auf der einen, England und Österreich, Frankreich und Italien auf der andern Seite, ganz nach dem rumänischen Muster von 1866 eine vollendete Thatsache zu schaffen. Am 1. December sandte die Regierung nach Athen ein Ultimatum mit der Forderung, jede bewaffnete Unterstützung des Aufstandes einzustellen und zu verhindern, sowie künftig die Verträge und das Völkerrecht zu achten; die nächste Folge der Ablehnung würde die Abberufung des türkischen, die Ausweisung des griechischen Gesandten, die Schließung aller türkischen Häfen gegen den griechischen Handel und die Verbannung aller in der Türkei angesiedelten Hellenen sein. Am 11. December wurde dies Ultimatum der griechischen Regierung überreicht, und nach Ablehnung desselben am 15 die angedrohten Zwangsmaaßregeln in Kraft gesetzt. Zugleich ging

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der Engländer Hobart Pascha mit einem stattlichen Geschwader in die griechischen Gewässer ab, und in Thessalien zog Omer Pascha ein starkes Armeecorps zum eventuellen Vormarsch auf Athen zusammen. Die Versuchung für die Pforte war groß; denn die innern Zustände in Griechenland waren trostlos: ein absoluter Mangel in den Finanzen, eine vollständige Unordnung in der Verwaltung, ein wüthender Parteienhaß in der Bevölkerung. Indessen die Pforte erwog, daß ein erster Kriegsfunke einen Brand von unabsehbarem Umfang entzünden könnte, und ließ es für's Erste bei jenen friedlichen, für Griechenland höchst empfindlichen Maaßregeln bewenden.

Da griff denn derselbe Friedensstifter wie vier Wochen früher in Rumänien ein. Für Preußen lagen die Dinge ähnlich wie 1859 bei dem italienischen Krieg. Wenn die orientalischen Kämpfe die Großmächte in ihre Strudel hineinrissen, so bedeutete Preußens Theilnahme daran das Abziehn der französischen Kriegsmacht aus dem Orient an den Rhein, für eine Streitigkeit, deren Gegenstand für Preußen damals ein viel geringeres Interesse hatte als ein Menschenalter später. Blieb aber bei einem solchen Kriege Preußen neutral, so fand sich Rußland einer gefährlichern Coalition gegenüber als beim Krimkrieg, und würde dem preußischen Freunde für das Ausbleiben der Hülfe schlechten Dank wissen. Für Bismarck ergab sich aus alledem das kräftigste Bestreben für die Erhaltung des Friedens, also bei Rußland die Aufforderung, der gegnerischen Gruppe die erforderlichen Zugeständnisse zu machen. Das Nähere darüber ist nicht bekannt; jedenfalls fand Bismarck bei dem Zaren die entsprechende Gesinnung, die Abneigung gegen die Entzündung eines Weltkriegs.

Am 21. December schlug im Einverständniß mit dem russischen Cabinet Bismarck der französischen Regierung die Behandlung des türkisch-griechischen Streits durch eine Conferenz der Großmächte in Paris oder London vor. Frankreich ging sofort darauf ein und übernahm es, als auch die übrigen Mächte zugestimmt hatten, ein Einvernehmen über das der Unterhandlung zu Grunde zu legende Programm herbei zu führen.

Der weitere Verlauf und das schließliche Ergebniß der Conferenz hat für unsere Erzählung kein Interesse. Das Wesentliche ist, daß eine Verständigung erreicht wurde, in der Haupt-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſache unter Anerkennung der allerdings unzweifelhaften Rechte der Pforte.

Zum zweiten Male hatte Bismarck den europäiſchen Friedensſtand vor einer Störung durch die orientaliſche Frage bewahrt. Kaiſer Napoleon aber ſah mit Selbſtgefühl, daß die von ihm beſchützte Partei ſchließlich den Platz behauptet hatte.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Anhang.

Neue Mittheilungen und Erläuterungen

zu

Band VI und VII.

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

1. Die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers.

(Vgl. 6, 66.)

Aus der Reichstagsverhandlung hatte sich schließlich das Ergebniß herausgestellt, daß der Bundeskanzler durch die Gegenzeichnung einer Präsidialverordnung nicht eine gerichtlich verfolgbare, sondern nur eine moralische oder historische Verantwortlichkeit übernahm. Aber diese nur moralische Verantwortlichkeit hatte sofort sehr praktische Folgen. Der Verfassungsentwurf hatte sich den Bundeskanzler gedacht als preußischen Präsidialgesandten zum Bundesrath, der vom preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten seine Instructionen zu erhalten hatte, wie vormals der österreichische Präsidialgesandte zum Bundestage von dem Staatskanzler in Wien. Seine Gegenzeichnung war gedacht als Beglaubigung der formellen Verfassungsmäßigkeit der Anordnungen des Präsidiums. Mit der auch nur moralischen Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers war diese Auffassung unvereinbar, denn ein nach Instructionen handelnder Beamter konnte für den Inhalt dieser Instructionen nicht verantwortlich gemacht werden. So war denn das preussische Staatsministerium einstimmig der Ansicht, daß nach dem Beschluß des Reichstags nur der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Bundeskanzler sein könne. Eine weitere Folge war die Gestaltung der dem Bundespräsidium überwiesenen Verwaltungszweige: Posten, Telegraphen, Consulatswesen, Etats-, Karten- und Rechnungswesen, Controlle der Zollverwaltung. Es hatte vorgeschwebt, daß die Ausschüsse des Bundesraths diese Verwaltungen leiten würden, aber die Ausschüsse waren

Digitized by Google
Original from PRINCETON UNIVERSITY

Collegien, und eine collegialiſche Behandlung der Geſchäfte war mit der Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers wiederum nicht vereinbar. Es blieb nichts übrig: die Leitung mußte dem Bundeskanzler zuſtehen.

---

2. Europäiſche Anerkennung der Bundesflagge.

(Vgl. 6, 167.)

Am 12. Auguſt 1867 wurde das Bundeskanzleramt errichtet, für die dem Bundeskanzler obliegende Verwaltung und Beaufſichtigung der ihm durch die Verfaſſung zugewieſenen Gegenſtände, und Rudolf Delbrück zum Präſidenten dieſer Behörde beſtellt. Eine der erſten Äußerungen ihrer Thätigkeit beſtand in der Einführung des Bundes in den internationalen Verkehr. Wenige Wochen nach Verkündung der Verfaſſung wurde den auswärtigen Regierungen das Symbol des Bundes im Völkerverkehr, die Bundesflagge, zur Kenntniß gebracht und zugleich die Erwartung ausgeſprochen, daß den unter dieſer Flagge fahrenden Kauffahrteiſchiffen diejenigen Rechte gewährt werden würden, die den Kauffahrteiſchiffen der einzelnen Bundesſtaaten bisher eingeräumt waren oder von denſelben auf Grund der beſtehenden Handels- und Schifffahrtsverträge beanſprucht werden konnten. Noch vor dem Schluß des Jahres hatten ſämmtliche Seeſtaaten Europas, ſowie Braſilien und die Vereinigten Staaten von Amerika die Anerkennung der Bundesflagge mit der vom Bundespräſidium erwarteten Wirkung erklärt.

---

3. Der Württembergiſche Kriegsminiſter General v. Hardegg.

Es geht mir folgende Zuſchrift zu:

Nach dem Feldzuge 1866 reichte der damalige Major im Generalſtabe v. Suckow Sr. Majeſtät dem König Karl einen Bericht ein. Als der Kriegsminiſter Generallieutenant v. Hardegg hievon Kenntniß erhielt, ſtellte er Suckow zur Rede, wie er es wagen könne, ohne ſein Vorwiſſen eine derartige Eingabe dem König direct vorzulegen, und fragte ihn, wer ihn hiezu

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

veranlaßt habe. Suckow antwortete ausweichend und nannte erst, als ihm der Kriegsminister mit der Einleitung eines kriegsrechtlichen Verfahrens drohte, die Person des Königs.

General v. Hardegg begab sich sofort zum König, wurde hierüber vorstellig und bat Se. Majestät, wenn er, wie es den Anschein habe, nicht mehr das Allerhöchste Vertrauen besitze, um seine Enthebung vom Ministerposten. Der König versicherte Hardegg, daß dies in keiner Weise zutreffe, und bewog ihn, in seiner Stellung zu verbleiben.

Als später Hardegg dem König das von ihm bearbeitete neue Wehrgesetz vorlegte, ließ letzterer hinter dem Rücken des Ministers diesen Entwurf durch Suckow begutachten.

Dies veranlaßte Hardegg, nunmehr seine schon einmal gestellte Bitte um Entlassung beim König zu wiederholen, und wurde ihm dieselbe auch gewährt. Die Ordre hatte etwa folgenden Wortlaut:

„Se. Majestät der König haben vermöge Allerhöchster Entschließung vom . . . April 1867 den Kriegsminister und Generallieutenant v. Hardegg seiner Bitte gemäß von der Verwaltung des Kriegsministeriums gnädigst zu entheben geruht und in den Ruhestand versetzt."

Ich bemerke hiebei, daß an v. Hardegg, während er Minister war, von dem damaligen Generaladjutanten Frhrn. v. Spitzemberg das Ansinnen gestellt wurde, er möchte doch letzterem von den dem König zu unterbreitenden Vorschlägen vorher Kenntniß geben, damit er Majestät darüber informiren könne. Hardegg wies diese Zumuthung auf das Entschiedenste schroff zurück, da er als Minister nur direct mit Sr. Majestät zu verkehren gesonnen sei.

Schließlich möchte ich noch anfügen, daß, wenn Suckow in seinen Memoiren — die ich übrigens nicht kenne — den General v. Hardegg für die militärischen Mißerfolge der Württemberger im Feldzug 1866 verantwortlich machen will, dies zum Mindesten sehr ungerechtfertigt erscheinen dürfte.

Die württembergische Division operirte nicht selbständig, sondern stand unter dem Befehl des Prinzen Alexander. Daß die Ausbildung der württembergischen Truppen, deren Bewaffnung, sowie die Schulung ihrer Unterführer der damaligen preußischen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Mainarmee in keiner Weise ebenbürtig war, ist ja eine bekannte Thatsache; die Schuld hieran aber einem Manne zur Last legen zu wollen, der erst wenige Monate vor Ausbruch des Krieges zum Kriegsminister ernannt wurde, ist wohl kaum angängig.

Diese Notizen stützen sich auf mündliche Mittheilungen meines im Jahre 1877 verstorbenen Vaters.

Oberstlieutenant Hardegg.[1])

---

4. Friedenspolitik des Grafen Beust.

Herr Konstantin Rößler[2]), der meine Ansicht über Napoleon's Widerstreben gegen alle kriegerischen Tendenzen theilt, also auch nicht an seine große Kriegsverschwörung mit Österreich und Italien gegen Preußen im Jahre 1869 glaubt, bleibt doch bei der Auffassung der Wiener Politik, daß Graf Beust recht eigentlich zur Rache für 1866 an die Spitze des auswärtigen Amtes berufen worden sei und das französische Aufbrausen 1870 nur deshalb, ganz ähnlich wie Thiers, getadelt habe, weil nach dem Verzichte Hohenzollerns der Kriegsvorwand höchst ungeschickt gewählt und der Losbruch bei Österreichs militärischer Unfertigkeit in thörichtem Eifer übereilt worden sei Bei klügerem Verfahren Frankreichs wäre Beust schon mitgegangen.

Gegen meine, hievon gründlich abweichende, jedoch überall urkundlich erhärtete Darstellung, daß Beust zur Erhaltung der Selbständigkeit Österreichs die Fortdauer des Gleichgewichts

[1]) Ich bemerke hiezu, daß in Suckow's Lebenserinnerungen zwar eine Zeile mit einem ungünstigen Urtheil über die Führung der württembergischen Division bei Tauber-Bischofsheim vorkommt, an keiner Stelle aber die Schuld der mangelhaften Organisation des dortigen Heerwesens dem Minister v. Hardegg, sondern stets dem Elend der alten Bundeskriegsverfassung zur Last gelegt wird.

Was in der vom Könige befohlenen Geschichte des unglücklichen Feldzugs Suckow über die einzelnen Betheiligten gesagt hat, ist mir ebenso unbekannt, wie dem Herrn Oberstlieutenant.

Daß Herr Minister v. Hardegg zweimal, rasch nacheinander, von dem Könige seine Entlassung erbeten hat, ist Herrn v. Suckow und ebenso mir unbekannt geblieben. H. v. Sybel.

[2]) Preußische Jahrbücher 79, 114 ff.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zwischen Preußen und Frankreich gewünscht und deshalb stets auf Bewahrung des Friedens gearbeitet habe — hiegegen wendet Herr Rößler zunächst ein, daß ich die entsprechenden Äußerungen des Grafen Vitzthum von Eckstädt, eines vertrauten Agenten Beust's, für die zuverlässigste Quelle gehalten habe. Man braucht nicht zu bezweifeln, sagt er, daß Beust solche Äußerungen selbst gegen vertraute Agenten gelegentlich hat fallen lassen So etwas spricht man wohl, fährt er fort, um sich die möglichen Folgen einer Action allseitig klar zu machen, oder man will auch Täuschungen in die Welt setzen, indem man die eignen Vertrauten täuscht. Nun wohl, ich bin kein so sachverständiger Fachmann in diplomatischen Kunstgriffen, wie Herr Rößler: aber indem ich ihm hienach die Möglichkeit solcher Dinge nicht bestreite, scheint es mir doch, daß für ihre Wirklichkeit im einzelnen Fall der Behauptende Beweise beizubringen verpflichtet ist. Darin aber, fürchte ich, ist es bei Herrn Rößler schwach bestellt. Ich besorge, er hat keinen andern Beweis für Vitzthum's Täuschung, als die eigene schon vorhandene, ebenfalls beweislose Meinung von Beust's Kriegslust. Ich will dies in Kürze darlegen.

Zunächst bemerke ich, daß in meiner Darstellung nicht auf Vitzthum's Redensarten, sondern auf die ihm von Beust aufgetragenen amtlichen Handlungen oder Instructionen Bezug genommen wird. Als Napoleon 1869 mit dem Plane der offensiven Tripleallianz gegen Preußen hervortritt, verwandelt Vitzthum denselben, seiner Sache gewiß, ohne erst bei Beust anzufragen, in den Vorschlag eines Vertheidigungsbundes, unter Vorbehalt von Österreichs Neutralität im Falle eines französisch-preußischen Kriegs. Der Botschafter Fürst Metternich bestätigt dies, Beust und Kaiser Franz Joseph genehmigen es, und schließlich lehnt eben deshalb Napoleon die Unterzeichnung des Kriegsbundes ab. Sieht das aus wie ein kleines Lügenspiel, um Beust's Kriegslust unter Friedensphrasen zu verstecken?

Aber noch mehr. Wenn zwischen der Stimmung und Haltung der beiden Männer, Beust's und Vitzthum's, damals eine Verschiedenheit bestand, so lag sie nicht darin, daß Beust nach Kampf trachtete, Vitzthum aber Friedensgesinnung zu heucheln hatte. Im Gegentheil! Bei Vitzthum, soeben erst durch Beust in den österreichischen Dienst nachgezogen und in der Regel nur in speciellen diplomatischen Fragen beschäftigt, lebte noch recht energisch die

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gegen Preußen erbitterte Erinnerung an Sachſens Schickſale von 1866, während Beuſt in ſeiner hohen Wiener Stellung die Verantwortung für die Zukunft der öſterreichiſchen Geſammtmonarchie auf den Schultern trug und neben den hierauf gerichteten Gedanken keinen andern Raum gab. Und wie ſollte er bei Öſterreichs damaligen Zuſtänden etwas Anderes als Frieden wünſchen? Nirgend waren bereits die Wunden des letzten Krieges geheilt oder ſeine Verluſte wieder erſetzt. Der Ausgleich mit Ungarn war gelungen, aber wie man auf dieſem Grunde würde leben und beſtehn können, war eine Frage der Zukunft; ſicher war, daß die Ungarn von einer Herſtellung der Präſidialmacht Öſterreichs in Deutſchland ſchlechterdings nichts wiſſen wollten. Sonſt regte ſich aller Orten noch Zwietracht zwiſchen den verſchiedenen Stämmen; ein großer kirchenpolitiſcher Streit erhitzte die Gemüther; die Finanzen lagen im Deficit, und das Heer machte langſam den Übergang zu einer neuen Organiſation durch. Und in ſolcher Lage hätte ein nicht blödſinniger Staatsmann etwas Anderes wünſchen oder betreiben ſollen als Frieden, dauernden Frieden nicht bloß für Öſterreich, ſondern für Europa? Rußland hat, um ſich nach dem Krimkriege zu „ſammeln“, ein halbes Menſchenalter gebraucht: ich weiß mir keine unwahrſcheinlichere Behauptung zu denken, als daß Öſterreich zwei Jahre nach Sadowa bereits Sehnſucht nach neuen Kriegshändeln gehabt hätte. Gewiß iſt, daß Beuſt ſich nicht in dieſer Stimmung befand.

Als Vitzthum im Jahre 1868 einen von ihm angeregten und von Beuſt genehmigten Vorſchlag auf allgemeine Abrüſtung in Paris mit dem Miniſter Rouher verhandelte und anheimgab, daß Kaiſer Napoleon den Antrag in einem offenen Briefe dem König Wilhelm vorlegen möchte, erklärte Rouher ſich einverſtanden, hielt aber Napoleon's Zuſtimmung für ungewiß; und wenn der Kaiſer, fragte darauf Rouher, den Brief ſchriebe, der König aber den Vorſchlag ablehnte, und wenn dann der Kaiſer dies übel nähme, und daraus ein Bruch entſtände, würde in dieſem Falle Öſterreich uns mit den Waffen unterſtützen? Vitzthum, darauf nicht gefaßt, antwortete: Wir befinden uns mitten in der Umgeſtaltung unſerer Armee; ehe ſie fertig iſt, kann ich auf Ihre Frage nichts Beſtimmtes erwidern; hoffentlich werden wir aber im December das Ziel erreichen. Als er dies Geſpräch dem Kanzler berichtete, erhielt er umgehend folgende Zeilen:

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

„Verehrter Freund. Sie sagten, Sie möchten so gern mir meine Arbeit erleichtern. Dessen bin ich gewiß und werde gern und oft davon Gebrauch machen. Aber jetzt bedenken Sie wohl, daß Ein unüberlegtes Wort mir die mühsame Arbeit von zwei Jahren umwerfen kann. Der Gedanke von dem Eintritt in die Action ist jetzt absolut falsch."

Als dann im Herbst 1869 der lange verhandelte Dreibund von Napoleon nicht vollzogen, sondern auf unbestimmte Zeit zu den Acten geschrieben worden war, hatte Vitzthum mit den französischen Ministern noch einige nachträgliche Gespräche über einzelne Änderungen des Textes bei etwaiger Wiederaufnahme der Verhandlungen. Die Franzosen regten an, ob nicht der Pariser Vertrag vom 15. April 1856 zu erneuern, und ob nicht eine Bezugnahme auf den Prager Frieden von 1866 in dem Allianzvertrag angezeigt sein sollte. Letzteres hätte, wie auf der Hand liegt, dem projectirten Dreibund die schärfste Spitze gegen Preußen gegeben.

Beust entschied auf der Stelle: „Wir wünschen keine Modificationen an dem ursprünglichen Texte. Was die Assimilation des abzuschließenden Vertrages mit dem von 1856 betrifft, und die Idee, ihn in unmittelbare Beziehung mit dem Prager Frieden zu setzen, so kann ich diesem Vorschlag meine Zustimmung nicht geben. Es wäre schwierig, eine bündige Analogie zwischen diesen beiden Übereinkommen zu finden, und in politischer Hinsicht wäre es ein ungeheuerer Fehler. Ich habe heute keine Zeit, dies weiter zu entwickeln. Ein anderes Mal komme ich auf dieses Kapitel zurück, für dessen Behandlung es keine Eile hat, da wir im Allgemeinen aus dem jetzigen status quo nicht herauszutreten und eine schließliche Lösung nicht zu überstürzen wünschen. In Summa also ist zur Zeit nichts zu thun, als die Dinge auf dem Punkte zu lassen, wohin sie gelangt sind."

Wie man sieht, will Beust im October 1869 von einer offensiven Rachepolitik gegen Preußen so wenig wie im September 1868 etwas wissen. Aber wie verträgt sich hiermit, fragt Herr Rößler, die Thatsache, daß Erzherzog Albrecht im Frühling 1870 (es ist wohl nur ein Druckfehler, wenn Herr Rößler dafür 1867 schreibt) dem Kaiser Napoleon einen gemeinsamen Feldzugsplan gegen Preußen vorschlägt? Wenn dies möglich war, so scheine es doch einleuchtend, daß auch die Wiener Politik nicht frei von

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Kriegsgedanken sein konnte. Von entgegengesetzter Seite werde ich hier durch einen andern diplomatischen Fachmann, Herrn Geffcken (siehe unten), kritisirt. Es sei ein entschiedener Irrthum, wenn ich 7, 147. 148 von einem Feldzugsplan des Erzherzogs rede, ein solcher habe nie existirt. Offenbar können die Behauptungen der beiden geehrten Recensenten nicht neben einander bestehn; wenn der Eine Recht hat, muß der Andere Unrecht haben. Ich bin nun der bescheidenen Meinung, daß beide Herren meine Erzählung mißverstanden und beide in der Sache ziemlich zu gleichen Theilen Recht und Unrecht haben. Ich kann Herrn Geffcken nicht einräumen, daß trotz der bestimmten Aussagen der beiden Generale Lebrun und Jarras der Erzherzog dem Kaiser den Feldzugsplan gar nicht erwähnt habe: denn nirgendwo liegt sonst ein Grund vor, die beiden Officiere für Erfinder und Aufschneider nach Gramont's Muster zu halten. Dagegen irrt sich Herr Rößler in seiner Ansicht über den Zweck und die Bedeutung des Plans, wie ihn der Erzherzog angegeben hat. Der Erzherzog, welcher die innere Lage Österreichs ebenso gut kannte und in demselben Lichte sah, wie Graf Beust, wünschte gerade zur Verhütung einer kriegerischen Explosion den Kaiser Napoleon auf die Unzulänglichkeit der französischen Streitkräfte zu einem Kampfe mit der deutschen Übermacht aufmerksam zu machen. Es war dies nicht eben eine leichte Aufgabe für einen Ausländer, einen großen Souverän auf die schweren Mängel seines Heerwesens anzusprechen: für die Wirkung hing zunächst Alles von der Einführung des Themas ab. Albrecht nahm dann von der vorübergehenden Unruhe, welche Lasker's thörichter Antrag über Badens Aufnahme in den Nordbund in Paris hervorrief, Veranlassung, den Kaiser Napoleon auf die wachsende Spannung und die Möglichkeit eines Kriegs für beide Staaten hinzuweisen. Napoleon, ohne auf politische Erwägungen einzugehen, fragte zurück: wenn es zum Kriege käme, wie hätten wir nach Ihrer Meinung zu operiren? worauf dann der Erzherzog den bekannten Plan skizzirte, vor Allem mit vereinter Offensive Süddeutschland zu überwältigen. Über den weiteren Verlauf des Gesprächs berichtet mein Gewährsmann:

„Nach einem kleinen Diner auf der österreichischen Botschaft zu Ehren des Erzherzogs geruhte Se. Kaiserl. Hoheit mir anzuvertrauen, er habe dem Kaiser nicht verschwiegen, daß

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die französische Armee numerisch viel zu schwach sei, um einen Krieg mit Deutschland aufzunehmen, selbst wenn man Algerien ganz von Truppen entblöße. Österreich anlangend, so habe er Napoleon gesagt, daß auf die Mitwirkung der k. k. Armee bei Beginn eines Kriegs nicht zu rechnen sei, da man mindestens sechs Wochen bedürfen werde, um die Mobilmachung zu vollenden. Napoleon habe ihm darauf geantwortet, er werde einen General nach Wien schicken, mit allen Etats, die hoffentlich dem österreichischen Generalstab eine bessere Meinung von den französischen Streitkräften geben würden."

Indessen hatte der Erzherzog dem Kaiser noch mehr gesagt. Eine frühere Mittheilung Rothan's, Albrecht habe am Schlusse des Besuchs dem Kaiser wiederholt: „Also, Sire, vergessen Sie nicht, das österreichische Heer wird seine neue Organisation erst im nächsten Jahre zum Abschluß bringen" — wird mir durch einen anderen Gewährsmann von völliger Zuverlässigkeit bestätigt. Er sei, hat er mir erzählt, im März 1870 auf der Straße in Paris zwei französischen, ihm befreundeten Officieren begegnet, die ihn angeredet und ihm gesagt hätten, sie kämen soeben von einem Gespräche mit Erzherzog Albrecht, der unter anderem ihnen erwähnt habe, daß die österreichische Armee noch ein bis zwei Jahre gebrauche, um mit ihrer neuen Organisation fertig zu werden.

Jedenfalls ist es klar, daß der Erzherzog nicht daran gedacht hat, dem Kaiser einen Antrag auf Verabredung des Operationsplans für einen bevorstehenden Offensivkrieg gegen Preußen vorzulegen. Auf eine Frage des Kaisers hat er eine sehr allgemein gehaltene Antwort gegeben und ist unmittelbar darauf zu seinem eigentlichen Thema übergegangen, einer nachdrücklichen Warnung gegen einen Krieg Frankreichs wider Deutschlands Übermacht. Die französische Armee sei nicht zahlreich genug, um ein mindestens sechs Wochen[1]) dauerndes Alleinstehn in einem solchen Kampfe zu ertragen. Die ganze Unterhaltung war kein Kriegsrath der Vertreter eng befreundeter Reiche; sie war nichts als eine Erwägung des Verhaltens bei einem in

[1]) Diese Angabe ist durch das spätere Schicksal prophetisch geworden. Die französische Kriegserklärung erfolgte am 19. Juli, genau nach dem Ablauf von sechs Wochen begannen die für Napoleon's Verhängniß entscheidenden Kämpfe vor Sedan.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

der Zukunft vielleicht einmal möglichen Krieg, ohne die Spur einer eignen offensiven Absicht, ein Gespräch also, wie dergleichen in den Generalstäben aller Staaten zu allen Zeiten vorkommt, wie z. B. in Berlin 1868 zwischen Moltke und Suckow.

Zwei Monate lang erwähnte Napoleon, durch innere Sorgen völlig in Anspruch genommen, das Gespräch mit dem Erzherzog gegen niemand. Als er dann im Mai sich der Verheißung erinnerte, dem Erzherzog einen Officier mit allen Etats seiner Armee zu schicken, berief er zur Instruction dieses Officiers eine Conferenz, bestehend aus dem Kriegsminister Leboeuf, dem abzusendenden General Lebrun und zwei andern Generalen. Hier kam dann auch der sogenannte Feldzugsplan des Erzherzogs zur Sprache, welchen die vier Generale eben aus dem vom Erzherzog betonten Grunde der relativen Schwäche des französischen Heeres für unausführbar erklärten.

Lebrun kam im Juni nach Paris zurück mit einer persönlichen Erklärung des Kaisers Franz Joseph, daß Napoleon im Kriegsfalle auf eine bewaffnete Theilnahme Österreichs nicht rechnen dürfe.

Mit voller Wahrheit konnte später Leboeuf der parlamentarischen Untersuchungs-Commission erklären, daß der Erzherzog keine Propositionen gemacht; ich habe mit ihm, sagte er, nur Beziehungen der Höflichkeit gehabt, und glaube nicht, daß während seines Aufenthaltes in Paris Unterhandlungen Statt gefunden haben.

Noch muß ich aus dem weitern Verlaufe der österreichischen Politik jener Zeit einen in der neuen Auflage verbesserten Irrthum meiner Darstellung erwähnen. Gleich nachdem am 15. Juli in Paris der Beschluß zum preußischen Kriege gefaßt worden, hatte am 18. die österreichische Regierung ihr Verbleiben in der Neutralität den Mächten angezeigt. Dem Grafen Beust erschien diese Eile sehr bedenklich; er besorgte deshalb eine bittere Entrüstung Napoleon's. Er schickte also am 20. Juli einen vertraulichen Brief an den Fürsten Metternich, mit Anweisung, wie er den kaiserlichen Unwillen bestens beschwichtigen sollte. Am Schlusse des Schreibens kam er auf Italien und bemerkte, die Italiener würden nur dann mit Herz und Seele für die Sache Frankreichs gewonnen werden, wenn man ihnen den römischen Dorn herauszöge, also ihren Truppen, sobald die französische Besatzung den Kirchenstaat räume, den sofortigen Einmarsch

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gestatte. Nun war es seit 1861 weltbekannt, worin „der römische Dorn" bestand, nämlich in dem französischen Verbot der Roma capitale, in dem Verbote, Rom zur Hauptstadt des Königreichs Italien zu machen. Ich verstand also Beust's Meinung dahin, nach dem Abzug der französischen Brigade den Italienern die Besitznahme der Hauptstadt zu erlauben.

Aber von der berufensten Seite bin ich jetzt belehrt worden, daß dies ein Irrthum war — den übrigens alle französischen Staatsmänner nach der Lectüre des Briefes vom 20. Juli getheilt haben —, daß Beust den Italienern zwar die Besetzung des Patrimoniums Petri gestattet, die Stadt Rom aber der Herrschaft des Papstes vorbehalten zu sehn wünschte. Der einfache Grund für diesen beschränkten Antrag bestand darin, daß die italienischen Agenten in Wien gebeten hatten, ihrem Könige bei Napoleon die Erlaubniß zur Besetzung einiger strategischer Punkte im Kirchenstaat zu erwirken, ein Gesuch aber um die Annexion der Hauptstadt Rom zu stellen, damals nicht gewagt hatten. Beust gab nach Paris weiter, was jene angeregt hatten; der Erfolg war begreiflich, aber für ihn nicht angenehm. Die Kaiserin und Gramont zürnten, daß er den Papst berauben wollte, in Florenz war die öffentliche Meinung entrüstet, daß ihr nicht der Besitz von Rom geboten wurde.

---

5. Napoleon und Eugenie.

Meine Darlegung, daß Napoleon III. bis zum letzten Augenblick entschiedener Gegner der Kriegspolitik gewesen ist und nur durch seine Minister sich Schritt auf Schritt, willenlos in seinem schweren Krankheitsstande, zum Bruche mit Preußen hat drängen lassen, hat bis jetzt keine Anfechtung, geschweige denn Widerlegung erfahren. Vielmehr hat Herr Rößler sie als richtig anerkannt, und Herr Delbrück (Pr. Jahrb. Februar 1895) hat sich mit der Bemerkung begnügt, daß ihm meine Auffassung doch noch nicht völlig erwiesen erscheine. Darauf läßt sich natürlich nichts erwidern.

Herr Rößler sagt mit vollem Recht, der wirkliche Grund, welcher den Krieg unvermeidlich machte, sei der Nationalcharakter des französischen Volks gewesen. Seit Jahrhunderten hatte Frankreich in langen Zeiträumen die Leitung Europas besessen;

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

es hielt die Zersplitterung und Schwäche Deutschlands für sein eignes wohlerworbenes Recht, und die vollständige Erwerbung des linken Rheinufers für einen in der Natur der Dinge begründeten Anspruch. Napoleon aber, der sich durch zwei siegreiche Kriege die politische Leitung Europas errungen, zugleich aber auch auf den italienischen Schlachtfeldern mit tiefem Abscheu gegen die Gräuel des Kriegs erfüllt hatte, verwarf in dem berühmten Rundschreiben vom 16. September 1866 auf das Nachdrücklichste jene populäre Forderung, daß Frankreich die eigne Macht durch innere Zerrüttung der Nachbarn zu erhöhn habe. Allein die öffentliche Meinung seines Landes bäumte sich leidenschaftlich gegen diese Selbstbeschränkung auf, so daß er zur Sicherung seines Throns und seiner Dynastie es für nöthig hielt, nach Kompensationen zu streben, sich wenn möglich mit dem gewaltig herangewachsenen Preußen darüber zu verständigen, und bis dies gelungen, gegen die Vollendung der deutschen Einheit, auf Grund einer falschen Auslegung des Prager Friedens, sein Veto einzulegen. Da jedoch keine Compensation erlangt wurde, blieb das Verhältniß der beiden Regierungen ein gespanntes, und bei dem französischen Volke, dessen große Mehrheit sonst bei fortschreitendem Gedeihn der materiellen Interessen eifrig die Fortdauer des Friedens wünschte, setzte sich eine tiefe Mißstimmung, um nicht zu sagen, ein offener Haß gegen das „herrschsüchtige" Preußen und das „undankbare" Italien fest. In einem Augenblicke besonderer Aufregung über belgische und badische Vorgänge schlug dann Napoleon im Frühling 1869 den Höfen von Wien und Florenz einen offensiven Dreibund gegen Preußen vor.

Indessen wollten die beiden Freunde nur von einem Vertheidigungsbunde unter starken Vorbehalten wissen. Auch zeigte sich, daß Bismarck sich durchaus nicht eilig um die Annexion der deutschen Südstaaten bemühte, und so schob Napoleon die Ratification des Dreibundes auf unbestimmte Zeit zurück und sagte: wenn Bismarck nichts überstürzt und die Zeit für seine Pläne wirken läßt, so wird sich allmählich auch das französische Volk an die deutsche Einheit wie an ein Naturereigniß gewöhnen.

Er war damals soeben von einem lebensgefährlichen Anfall seines chronischen Nieren- und Blasenleidens erstanden und fühlte seine Kraft gebrochen und die Hoffnung auf ein höheres Alter verschwunden. Unter diesen Umständen kam er zu dem Entschlusse, die Festigkeit seines Throns durch populäre Mittel zu stärken,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

durch Erweiterung der Rechte der Volksvertretung und durch Übertragung der Regierungsgewalt an ein verantwortliches Ministerium. Zum Leiter desselben erwählte er den Abgeordneten Emil Ollivier, der allein seit 1866 unaufhörlich zum Frieden und zur Anerkennung Deutschlands gemahnt hatte. So wollte Cäsar zum constitutionellen Monarchen werden, um zu erlangen, was er als sein tiefstes Bedürfniß mit Schmerzen ersehnte, persönliche Ruhe nach Innen und Außen.

Unglücklicherweise war Ollivier zwar ein glänzender Redner und ein fester Doctrinär, aber in der praktischen Politik unerfahren und ungeschickt und dabei höchst reizbar und jedem Eindruck widerstandslos hingegeben. Nach dem Abgange des Grafen Daru verwaltete er eine Zeitlang als Stellvertreter das auswärtige Ministerium; hier las er die Acten über die Compensationen und die Versuche der Einmischung in deutsche Angelegenheiten, wobei die früheren Minister stets vor Bismarck's deutlicher Abweisung zurückgewichen waren. Er war entrüstet; bei aller Friedensliebe und Freundschaft für Deutschland sollte fortan bei ähnlichen Vorkommnissen Bismarck ein muthigeres und stolzeres Vorgehn Frankreichs erleben. In dieser Stimmung nahm er den Herzog von Gramont in das Cabinet als Minister des Auswärtigen auf, einen Mann, den Napoleon für einen eitlen Schwätzer und für ebenso unfähig wie unzuverlässig hielt, der aber als Todfeind Bismarck's für Ollivier die Sicherheit bot, mit größter Energie gegen Preußen eintretenden Falls Frankreichs Entschließungen durchzuführen und die Ehre der Nation zu decken.

Als die spanische Candidatur Hohenzollern öffentlich bekannt wurde, erklärte sie Gramont nach völlig grundloser Erfindung für eine seit Jahren vorbereitete, heimlich betriebene Intrigue der preußischen Regierung, deren Gelingen Frankreich schlechterdings nicht gestatten werde. So gab er am 6. Juli Namens der Regierung im gesetzgebenden Körper eine Erklärung ab, welche offene Beleidigungen Preußens enthielt, mit einer unverhüllten Kriegsdrohung schloß und eine ungeheuere Aufregung in der Presse und bei der Bevölkerung hervorrief.

Gerade in diesen Tagen litt Napoleon wieder an einem heftigen Anfall seiner Blasenkrankheit. Eine Berathung von fünf der berühmtesten Ärzte hatte bei ihm Blutarmuth, Hämorrhoiden, gichtische Schmerzen in den Schenkeln und Füßen und

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

das gefährliche Anwachsen eines großen Blasensteins festgestellt. Der Kaiser verpflichtete die Ärzte zu ihrem berufsmäßigen Schweigen, nahm das Protocoll der Consultation an sich und machte begreiflicherweise gegen niemand eine Mittheilung über den Inhalt. Die Ärzte hatten gewisse Operationen beantragt, Napoleon jedoch war der Überzeugung, die Operation könnte gelingen, er aber würde sie nicht aushalten, was 1873 sein Tod auch bestätigt hat. Nun stelle man sich seine Lage vor. Elende Schmerzen bei jedem Schritte des Reitpferdes und bei jedem Rütteln des Wagens, und dazu auch beim Gehen schmerzhafte Unbehülflichkeit. Ein Augenzeuge, der seinen kurzen Spaziergang auf der Terrasse des Tuileriengartens zwischen zwei Sitzungen beobachten konnte, hat mir das Bild geschildert, wie der Kaiser, mit dem einen Arm gestützt auf den ihm vertrauten General Béville, mit dem andern auf den eines jungen Adjutanten, langsam mit schleifendem Schritte sich fortbewegte. Bei einer ähnlichen Promenade besuchte ihn seine Cousine, die Prinzeß Mathilde; als sie ihn in der Nähe sah, rief sie aus: Um Gott, auf diesen Füßen wollen Sie in den Krieg marschiren? Gewiß, er wollte es nicht, aber die Krankheit selbst nahm seinem Geiste die zum Widerstand erforderlichen Kräfte. Dazu hatte er seit dem 2. Januar sich zum constitutionellen Monarchen gemacht und fühlte sich nicht mehr in der Lage, mit durchgreifendem Ernste dem sich ihm aufdringenden Kriegslärmen Ruhe zu gebieten. Und welch ein Dasein stand ihm dann bevor! Wenn glänzende Siege seine Dynastie befestigen sollten, so mußte er, der durch und durch kranke, keinen Augenblick schmerzensfreie Mann, den Oberbefehl über die Armee führen. Denn ein triumphirender Bazaine, warum sollte er mit den Bonaparte's anders verfahren, als einst der erste Bonaparte mit der damaligen Regierung, dem Directorium, verfahren war?

Immer that Napoleon, was er vermochte, den Krieg zu vermeiden. Am Vormittag des 6. Juli trat der Kronrath zur Prüfung des Gramont'schen Entwurfes der der Kammer zu gebenden Erklärung über die Candidatur Hohenzollern zusammen. Ich habe den Verlauf nach den Aussagen des damals Ollivier nahe stehenden Thiers und des Kriegsministers Leboeuf vor der parlamentarischen Untersuchungscommission Bd. 7. 202/3 berichtet. Wie erquicklich wäre es Ende 1871 für den unglücklichen Leboeuf und seine Hörer gewesen, wenn der General die Schuld an diesem ersten Kriegssignal von seinen Schultern auf

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die des gestürzten Kaisers hätte wälzen können? Aber als rechtschaffener Mann that er dies nicht. Gegen die Richtigkeit des Gramont'schen Entwurfs, sagt er, wurde keine Einwendung erhoben, um so entschiedener aber tadelten der Kaiser und die Mehrheit der Minister die vielfach schroffe und gefährliche Form und bewirkten Milderung an verschiedenen Stellen. Aber als wir in die Kammer eintraten, fährt er fort, fanden wir dort eine so aufgeregte Stimmung, daß ihr die gemilderte Form nicht zu entsprechen schien, und so las Gramont den ursprünglichen kriegerischen Text vor. Als diese Aussage Leboeuf's, ohne Nennung seines Namens, Herrn v. Gramont bald nachher vorgelegt wurde, gerieth dieser in große Verwirrung, behauptete, die kriegerischen Sätze, die er vorgetragen, seien erst in der Sitzung beschlossen worden, wagte aber doch nicht, den Kaiser als deren Urheber zu bezeichnen. Ebenso begnügte er sich 1872 in seinem Buche France et Prusse, die Gründe für eine scharfe Fassung zu entwickeln; hienach habe der Ministerrath den Text festgestellt und er ihn in der Kammer abgelesen. Außerdem erklärte er Leboeuf's Aussage, wieder ohne Nennung des Urhebers, für eine unwahre Anekdote.

Trotzdem setzten sich in Frankreich die Klagen über Gramont's Leichtsinn, mit dem er durch die Rede vom 6. Juli das Land in einen unheilvollen Krieg gestürzt, in stets neuen Wiederholungen fort. Da erschien am 6. März 1874 in der Indépendance Belge ein langer Artikel, der zunächst berichtete, daß bereits zwei Kronräthe am 5. Juli 1870 stattgefunden hätten zur Berathung der am 6. der Kammer zu gebenden Erklärung. Der Kaiser hätte sich durchaus friedfertig ausgesprochen, indes sei man zu keinem Entschlusse gekommen, so daß am 6. Juli Vormittags eine dritte Sitzung stattgefunden. Hier hätten Ollivier und Gramont einen gemeinsam redigirten Entwurf vorgelegt, ganz im Sinne des Friedens, den der Artikel wörtlich mittheilt. Dann aber hätten die Minister mit Erstaunen bemerkt, daß die Stimmung des Kaisers sich seit gestern völlig verwandelt hätte und entschieden kriegslustig geworden sei. Der Artikel berichtet dann die Specialdebatte über die einzelnen Sätze des Entwurfs und druckt die kriegerischen Amendements des Kaisers wörtlich ab. Trotz des Widerspruchs mehrerer Minister habe der Kaiser sie energisch durchgesetzt, insbesondere den drohenden Schlußsatz, der die Thüre zu einer friedlichen Lösung verschloß, sagt der Artikel.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Diese Mittheilung, wenige Monate nach dem Tode des Kaisers veröffentlicht, machte großes Aufsehen und rief heftige Widersprüche und Erkundigungen über ihren Verfasser hervor. Ein ehemaliger Abgeordneter, Darimon[1]), fragte einen früheren Beamten des auswärtigen Amtes, den Baron S. A. (ich zweifle nicht St. André), der in nahen Beziehungen zu Gramont stand. Er sagte, der Artikel sei unter der Inspiration Gramont's redigirt worden, der ermüdet und belästigt dadurch gewesen, daß man fortfahre, ihm die Verantwortung für den Krieg zuzuschieben. Darimon bemerkt noch, der Umstand, daß Gramont den Artikel nie dementirt hat, wie das freilich schwierig gewesen, könne schon für ein Geständniß gelten, und so erscheine der Artikel als ein geschichtliches Document ersten Ranges. Offenbar hat Darimon die früheren Aussagen Thiers' und Leboeuf's nicht gekannt oder wieder vergessen, sonst würde auch ihm Gramont's verläumderische Erfindung im Gegensatze zu Leboeuf's ehrenhafter Offenheit sofort im richtigen Lichte erschienen sein. Wie vieler solcher Erdichtungen sich Gramont schuldig gemacht, darüber verweise ich auf die Abhandlung am Schlusse meines siebenten Bandes.

Übrigens hat Gramont bei den heftigen Angriffen, die der Artikel erfuhr, doch einige Scham empfunden, allerdings nicht den Inhalt dementirt, aber doch, um keinen Verdacht über seine Autorschaft aufkommen zu lassen, Herrn Ollivier und einem anderen Herrn, von dem Darimon den Vorgang erfahren hat, eine neue Erfindung mitgetheilt, ein untreuer Secretär habe ihm seine Aufzeichnungen über den Kronrath des 6. Juli gestohlen und sie dann in Brüssel veröffentlicht. Die Gehässigkeit seines Verfahrens wird dadurch freilich nicht abgeschwächt. Nach mehrfachen anderen Proben halte ich es übrigens für ganz möglich, daß er binnen vierzehn Tagen von der genauen historischen Richtigkeit seines Erzeugnisses selbst überzeugt gewesen ist.

Wie Gramont bei dem Beginne der Bewegung ihr durch seine Rede am 6. Juli die kriegerische Wendung gegeben und dann nach dem Tode Napoleon's sich dessen friedliebende Haltung durch eine kecke Lüge anzueignen versucht hat, ganz so ist er auch in Bezug auf den Höhenpunkt und die Entscheidung der Krisis

---

[1]) Vgl. dessen Notes p. s. à l'histoire de la guerre de 1870. Paris 1888. S. 52 ff.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

verfahren. Nachdem am 13. Juli 1870 König Wilhelm in Ems die neuen französischen Forderungen abgelehnt und den Botschafter Benedetti nicht weiter zu empfangen erklärt hatte, fanden in Paris lange Berathungen Statt, in deren Verlauf am 14. Nachmittags Napoleon den Ministerrath zu dem Entschluß bestimmte, für jetzt sich mit der vom Könige ausgesprochenen Billigung des Rücktrittes des Prinzen Leopold zu begnügen, zur Sicherung der Zukunft aber die Frage einem Congreß der Großmächte vorzulegen und bis dahin von allen kriegerischen Maßregeln abzusehn. Dann aber veranlaßten Gramont und Leboeuf eine weitere Sitzung Nachts in St. Cloud, wo sie mit stürmischem Drängen die Zurücknahme des Congreßplans, die Mobilmachung der Armee und den Entschluß zum Kriege herbeiführten.

Dieser Hergang steht fest durch das Zeugniß des Grafen Vitzthum, dem bei einem kurzen Gespräch am 15. Abends Gramont seine Abweisung des Congreßvorschlags selbst erzählt, des italienischen Gesandten Nigra, der im Laufe desselben Tages mit Gramont darüber gesprochen hat, und eines dritten Zeugen, den wir sogleich kennen lernen werden.

Nach dem schlimmen Ausgang des Kriegs lag Gramont ein Doppeltes am Herzen, die Verantwortung sowohl für die Verwerfung des Congreßplans, als für den Mangel an festen Allianzen los zu werden. Zu dem bereits Bd. 7, 302 und ff. Erzählten kann ich jetzt noch Folgendes hinzufügen: Nachdem er am 8. Januar 1873 in einem offenen Briefe dem Grafen Beust vorgehalten hatte, daß dessen Bevollmächtigte, Graf Vitzthum und Fürst Metternich, am 24. Juli 1870 ihm einen Kriegsbund mit Frankreich vorgeschlagen hätten — eine vom ersten bis zum letzten Wort erfundene Geschichte —, schrieb er am 21. April 1873 einem ungenannten Freunde[1]), daß er mit Vitzthum und Metternich nebst den Italienern Nigra und Vimercati am 15. Juli den Entwurf eines in Wien und in Florenz bereits gebilligten Vertrags zwischen Österreich und Italien in drei Artikeln besprochen hätte, worin die beiden Mächte sich zur Kriegserklärung gegen Preußen in bestimmter Frist verpflichteten. Hier ist die Phantasie des Herzogs noch unglücklicher als im

[1]) Der Brief ist von diesem soeben im Figaro, 17. avril 1895 veröffentlicht worden.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

vorigen Fall gewesen. Denn der Plan eines Sonderbunds der beiden Mächte ist zwar von Österreich den Italienern vorgeschlagen worden, aber nicht am 15., sondern erst am 25. Juli, nachdem beide Mächte seit mehreren Tagen ihre Neutralität erklärt, und Beust den französischen Antrag auf Kriegshülfe kategorisch abgelehnt hatte. Der Entwurf für den Sonderbund (in acht, nicht in drei Artikeln) wurde erst im August der französischen Regierung, und nur deshalb vorgelegt, weil sein siebenter Artikel eine Clausel über die römische Frage enthielt.

Gramont ließ sich dies Alles nicht anfechten, sondern suchte seine Dichtung von einem völlig verabredeten und nur noch nicht mit der letzten Bestätigung versehenen Kriegsbunde bei der nächsten Gelegenheit durch neue Variationen in der Datirung und einzelnen Umständen zu erretten. In einer Streitschrift gegen den Prinzen Napoleon wiederholte er 1878 die Mär von seiner Unterhandlung mit den obengenannten vier Herrn, dieses Mal auf Abschluß der großen Tripleallianz gegen Preußen, über welche man am 18. Juli 1870 (also nicht am 24., nicht am 15., wie früher behauptet) zum Einverständniß gekommen sei. Alles war ebenso grundlos wie die früheren Fabeln. Als die scharfsinnige Abhandlung veröffentlicht war, erinnerte Graf Vitzthum den Herzog brieflich an die Thatsache, daß er am 15. Juli mit ihm nur ein kurzes Gespräch von zehn Minuten in Gegenwart Metternich's gehabt, wo Gramont sich mit wahrer Wuth gegen den Congreßplan des Kaisers geäußert; gleich nachher sei er (Vitzthum) nach Wien abgereist, jene Konferenz am 18. habe also nicht in der angegebenen Weise Statt finden können. Ich setze gleich hinzu, daß auch Nigra sich in gleichem Sinne ausgesprochen, und Vimercati wie Vitzthum Paris am 15. verlassen hat.

Auf Vitzthum's Brief antwortete Gramont zunächst mit der unbefangensten Rückkehr vom 18. auf den 15. Juli, dann aber mit der Behauptung, am 15. seien die beiden Österreicher nicht 10, sondern 40 Minuten bei ihm gewesen, und da sei die Tripleallianz (also, scheint es, ohne italienische Mitwirkung) verabredet worden. Schon das ist unmöglich, da weder Vitzthum noch Metternich Vollmacht zu solchen Verhandlungen hatten.

Dann aber fährt Gramont in seinem Briefe fort: Sie scheinen nicht zu wissen, daß der Congreßgedanke aus meiner

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Initiative entsprungen war, daß er mir angehörte, daß ich ihn am 14. im Ministerrath vorgeschlagen, entwickelt und seine Annahme bewirkt hatte, unter bemerkenswerthen Umständen, die schon von gleichzeitigen Schriftstellern erwähnt worden sind.

Hiezu macht er die Note: vgl. die Broschüre des Herrn v. Parieu, 1873, Betrachtungen über die Geschichte des zweiten Kaiserreichs, S. 20.

Als ich hierauf das in mehrfacher Beziehung lesenswerthe kleine Buch des Herrn v. Parieu nachschlug, fand ich zu meiner Überraschung, daß ich nach alledem Herrn v. Gramont's dichterische Kühnheit doch noch nicht vollständig erkannt hatte. Ich las in der zweiten Auflage 1871 S. 22:

„Man versichert, daß Herr Ollivier noch am 14. Juli schwankte, und daß an diesem Tage um 6 Uhr Abends (also am Schlusse der Sitzung) der Kaiser noch nichts Anderes als die Berufung eines Congresses zur Regelung der Schwierigkeit zwischen Frankreich und Preußen begehrte. Die Herren Louvet und Segris hatten mehrfach friedliche Tendenz gezeigt, die Herren Plichon und de Parieu widerstanden kräftig dem Gedanken, daß aus der durch den Rücktritt des Prinzen Hohenzollern gelösten Frage ein Krieg entstehn könne." Er führt dann näher aus, wie erst in der um 10 Uhr beginnenden Nachtsitzung in St. Cloud Ollivier und Gramont beinahe alle Minister zum Beschlusse des Krieges fortrissen, indem sie die Versendung von Bismarck's Zeitungstelegramm für eine Beschimpfung Frankreichs erklärten.[1])

Hier haben wir den ganzen Gramont. Er blies die Kriegstrompete, so lange die Kriegserklärung in Frankreich populär war. Als sich dieses Blatt wandte, eignete er sich hinterher

---

[1]) Diese Angaben bestätigen in allen Punkten meine Darstellung der Sitzungen am 14. Juli 7, 245 ff. Übrigens bemerke ich, daß Herr v. Lano eine Erzählung des Ministers Louvet anführt, nach der am Nachmittag des 14. Gramont die erste Erwähnung von einem Kongresse gemacht hätte. Lano ist, wie wir weiter sehen werden, ein sehr unzuverlässiger Gewährsmann; wenn überhaupt etwas an der Notiz ist, so hat Gramont vielleicht auf das Drängen des Kaisers nach einem friedlichen Ausweg auf einen Kongreß hingewiesen, was dann der Kaiser lebhaft aufgriff und zähe festhielt. Gramont's eigne Darstellung (France et Prusse p. 212) läßt deutlich seinen Widerwillen gegen den Gedanken erkennen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Napoleon's Friedensvorschläge an und citirte zum Beweise dafür eine Schrift, in der das Gegentheil seiner Angaben steht. Ob er sie selbst nicht gelesen, oder ob er geglaubt, Vitzthum würde eine alte Broschüre nicht nachschlagen, lasse ich dahingestellt.

Auch diese Betrachtungen zeigen uns also, wie in den verhängnißvollen Tagen vom 5. bis zum 15. Juli Napoleon fort und fort zu einer Politik des Friedens gedrängt hat. Am 5. und 6. fordert er eine milde Erklärung an die Kammer, am 10. schreibt er geheim an den Prinzen Leopold, sein Rücktritt sei das einzige Mittel, den Frieden zu erhalten; am 12. beruft er den italienischen Gesandten Nigra zu einer besondern Audienz, um ihn mit einer telegraphischen Botschaft an Victor Emanuel zu beauftragen, durch den Rücktritt des Prinzen sei jeder Grund zum Kriege beseitigt; endlich am 14. klammert er sich im letzten Momente an seinen alten Lieblingsgedanken, einen europäischen Congreß, um den Bruch zu verhüten. Als trotzdem der Krieg entschieden war, sendet er am 15. durch Vitzthum die Bitte an Franz Joseph, Österreich möge den Congreß veranlassen; zwei englischen Besuchern sagt er damals, die Macht sei ihm aus den Händen geglitten, und schreibt an die Königin von Holland, nicht er habe diesen Krieg veranlaßt, sondern die aufgeregte öffentliche Meinung. Alle seine Wünsche gingen auf Frieden. Aber der Ansturm auf Krieg kam zu heftig und zu vielseitig für seine kranke Willenskraft, von den die Lage beherrschenden Ministern, Gramont, Leboeuf, Ollivier, von der äußersten Rechten der Kammer, den reaktionären Bonapartisten, von der großentheils gleichgesinnten Hofgesellschaft, von gewissen militärischen Kreisen, von der Hetzerei einer fanatischen Fraction des Clerus, endlich von der durch Gramont aufgerufenen Pariser Presse. Der constitutionelle Cäsar wich dem Sturme der populären Leidenschaft.

In der Reihe dieser kriegslustigen Treiber und Dränger fehlt hier ein Name, der in hundert Büchern mit der schlimmsten Verantwortlichkeit belastet wird, der Name der Kaiserin Eugenie. Ich bin wohl darauf angesprochen worden, ich hätte sie in meinem Buche milde behandelt: dafür wüßte ich keinen Grund anzugeben, da ich nie die Ehre persönlicher Beziehung zu der hohen Dame gehabt und sie nur ein einziges Mal flüchtig gesehn habe. Ich habe lediglich die Pflicht des Historikers im Sinne, kein verdammendes Urtheil über eine Handlung oder einen Menschen zu fällen, bis die ihn belastende Anklage durch

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zwingende Beweiſe beſtätigt iſt. Jede Verurtheilung nur nach ſchwankenden Verdachtsgründen oder plauſibeln Vermuthungen iſt pflichtwidrig, ſie iſt es nicht weniger, wenn ſie auf Grund eines einzelnen Umſtandes, ohne Berückſichtigung des Geſammtcharakters und der Geſammtlage des Angeklagten erfolgt. Und wenn dieſe Regel unverbrüchlich iſt, auch wo man die Handlungen längſt Verſtorbener beſpricht, um wie viel gehäſſiger wird ihre Verletzung gegenüber einer Lebenden, einer längſt wehrloſen Frau, die auf blendender Höhe ein ſtets gütiges Herz gezeigt und dann durch furchtbare Schickſalsſchläge niedergeworfen worden iſt. Wenn irgendwo, gilt hier das Gebot, nicht aus einem einzigen Worte haſtige Folgerungen zu ziehn, ſondern nicht ohne Einblick in ihr geſammtes Wirken und Leiden zu einem Urtheil über die einzelne Handlung zu gelangen.

Die franzöſiſche Literatur und die Ausſagen der Zeitgenoſſen bieten Material genug, die Entwicklung des Weſens der Kaiſerin kennen zu lernen. In den erſten Jahren ihrer damals zärtlichen Ehe ſchwamm ſie in Glück und Lebensluſt. Sehr ſchnell hatte ſie mit weiblichem Takte ſich in die würdige Repräſentation ihrer hohen Stellung gefunden; von geiſtigen oder politiſchen Dingen war damals bei ihr keine Rede; als der Kaiſer bei ſeinem Aufbruch zum italieniſchen Kriege ſie zur Regentin während ſeiner Abweſenheit ernannte, hatte ſie kein anderes Gefühl als Schmerz über die Trennung und Sorge über die Gefahren des Kriegs. Oft mußte ſie auf den Balkon hinaustreten, um ausmarſchirende Regimenter unter Jubelrufen vorüber defiliren zu ſehn: dann grüßte und winkte ſie freundlich, aber unter Thränen und Schluchzen; unſere arme Kaiſerin, ſchrieb ihr alter Freund Mérimée, hat verweinte Augen, dick wie Eier. Die Kürze der Trennung erſparte ihr die Regierungsſorgen; der einzige Wunſch, den ſie als Regentin geäußert hat, war der möglichſt raſche Friedensſchluß. Er wurde ihr erfüllt, ſchon damals nahm der Zorn der revolutionären Parteien ſie zur Zielſcheibe; ſie ſei es geweſen, welche ihren Gemahl zum vorzeitigen Abbruch eines großen Befreiungskriegs beſtimmt hätte. Es war aus der Luft gegriffen und die wahren Urſachen des Friedens von Villafranca lagen offen vor aller Welt Augen. Eugenie konnte ſich wieder ihrer bisherigen Hauptarbeit widmen, der Herrſchaft über die jährlichen Schöpfungen der Pariſer und damit der europäiſchen Moden. Dieſe Sorge für die äußere

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Erſcheinung war hier begreiflich; es verlohnte ſich bei ihr, ſich zu ſchmücken. Denn ſie war von hinreißender Schönheit und zugleich von ſeltner natürlicher Anmuth. Als Bismarck von einem Beſuche in Paris 1857 zurückkam, erklärte er, vielerlei Schönes habe er dort geſehn, von Allem das Schönſte aber ſei Eugenie. Bei ihren Zuſammenkünften mit der Königin Victoria gewann ſie deren Herz, wie die Anerkennung der älteſten Tochter, ſpäter unſerer Kaiſerin Friedrich. Auch unſer Kronprinz hatte bei einem Beſuche in Paris ſeine Freude an ihr. Zwar fand er ſie nach ihrer klöſterlichen Erziehung kenntnißarm und ſchwach gebildet. Sie fragte ihn einmal, ob er etwas von der weißen Dame wiſſe, die im Berliner Schloſſe umgehe. Er antwortete ſcherzend: Natürlich, das iſt ja eine meiner Tanten. Wie erſchreckt ſah ſie ihn darauf aus großen Augen an und bezeigte ihm ſeitdem eine Art von eigenthümlichem Reſpect. Daneben aber bemerkte er bei ihr einen hellen Verſtand, ein raſches, meiſt zutreffendes Urtheil über Menſchen und Dinge und einen unbeugſamen Willen. Die Lebhaftigkeit dieſes weiblichen Willens verurſachte zuweilen kurze Stürme am ehelichen Himmel, beſonders wenn es ſich um Meinungsverſchiedenheiten über kirchliche Fragen handelte. Im Übrigen hatte ſie damals kaum ein anderes Streben, als ſelbſt fröhlich zu ſein, andere Menſchen zu erfreuen und frohe Geſichter um ſich zu ſehn. Sie war wohlthätig bis zur Verſchwendung, beſuchte mit unbefangenem Muth die Hoſpitäler der Cholerakranken, vermied bis zur Ängſtlichkeit jede Kränkung eines mit ihr verkehrenden Menſchen. In ihrem engern Kreiſe war ſie raſtlos in der Sorge für heitern Zeitvertreib, lebende Bilder, kleine Bühnenſpiele, coſtümirte Tänze, Charaden, Proverben und ähnliche Erfindungen, die ihr Vertrauter, der geiſtreiche und frivole Mérimée, nicht ſelten bis an die Grenze der Leichtfertigkeit führte, welche Grenze nie überſchritten werden durfte. Denn obgleich ihr Hof, und an deſſen Spitze ihr Gemahl, keineswegs aus Heiligen beſtand, hielt ſie ſtreng auf die Reinheit ihres Rufes und die Feſtigkeit ihrer ehelichen Treue. Niemals hat, ſo weit ich ſehe, jemand einen Cavalier zu nennen gewußt, dem ſie übermäßige Gunſt geſchenkt hätte.

Und dennoch kam von dieſer Seite die tragiſche Wendung in ihrem Lebensgang. Napoleon war von jeher an niedrige Liederlichkeit gewöhnt, kurze Verliebtheit in gemeine Schönheiten,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

denen er, nachdem er sie genossen, unter mäßiger Bezahlung sogleich wieder den Rücken kehrte. Eugenie, gegen die sein Benehmen sich niemals änderte, erfuhr davon nicht viel oder hielt die Angaben für übertrieben. Aber im Jahre 1864 fiel Napoleon in die Netze einer berufenen Pariser Courtisane, die ihn längere Zeit zu fesseln wußte, ihm große Geldsummen abschwindelte und das unsaubere Verhältniß in großem Prunke öffentlich vor sich her trug. In Eugeniens kräftiger Natur empörte sich der volle castilianische Stolz gegen diese Beschimpfung: sie verfiel einem schweren Nervenleiden, drängte aus Paris hinweg und erlangte die ärztliche Anordnung einer längern Kur in Schwalbach. Man ermißt leicht, welches Aufsehen dieser Streit verursachte und wie viele Vermittler aller Art sich um die Heilung des Bruchs bemühten. Es gelang denn auch, Eugenie, deren Mutterherz sie zu dem hoffnungsvollen Sohne zog, zur Rückkehr zu bestimmen. Ach, sagte sie damals zu Mérimée, wie bin ich unglücklich; es gibt keine Eugenie mehr; es gibt nur noch eine Kaiserin. Es bezeichnete Stimmung, daß eine schon früher angeregte Sympathie für eine unglückliche Vorgängerin auf dem glänzenden französischen Throne, die Königin Marie Antoinette, damals zu voller Entwicklung gelangte; unermüdlich studirte sie deren Geschichte, sammelte ihre Bilder und Handschriften, erneuerte Trianon, deren Lieblingssitz, und richtete dort ein Museum für die Reliquien derselben ein. Indessen begann doch ein leidliches Verhältniß zu dem Gemahl sich wieder herzustellen, vollends als 1865 die Nemesis über den Sünder hereinbrach, der erste stärkere Anfall der quälenden Krankheit, die seitdem den Rest seines Lebens vergiftete. Aus Mitleid und Dankbarkeit erwuchs, soviel man weiß, zwischen ihnen eine von der Erinnerung an bessere Tage durchwärmte, zwar nicht mehr zärtliche aber herzliche Freundschaft. Um ihn in seinen Regierungssorgen bei seiner geschwächten Kraft zu unterstützen, begann sie sich für Politik zu interessiren, setzte sich mit den Ministern in Verbindung und gewann mit ihrem klaren Verstande bei ihnen wie bei dem Gemahl einen gewissen, in spätern Darstellungen sehr übertriebenen Einfluß. Ihr leitender Rathgeber war Rouher, damals ohne Zweifel der begabteste unter den französischen Staatsmännern, im Innern ein Gegner der liberalen Tendenzen Ollivier's und der konstitutionellen Neigungen Napoleon's, in der auswärtigen Politik aber ein Mann des

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Friedens und folglich entschiedener Widersacher der Arkadier (vgl. 7, 58. 59), die nur in kriegerischen Triumphen die Rettung der Dynastie und der Thronfolge des kaiserlichen Prinzen erblickten. Nachdem ihn die liberale Strömung aus dem Ministerium verdrängt hatte, schlug er dem Kaiserpaare vor, die Stärke der Krone und die Sicherung der Thronfolge auf friedlichem Wege durch ein großes Plebiszit zu erreichen. Der Kaiser hatte anfangs Bedenken, die Kaiserin aber stimmte freudig zu, und die Volksabstimmung hatte ein glänzendes Ergebniß. Die Arkadier aber gaben ihre Partie deshalb noch nicht verloren. In der Armee hatte es 32000 verneinende Stimmen, darunter eine ganze Brigade der Pariser Garnison, gegeben. Die Arkadier fanden, daß die Armee unzuverlässig werde, wenn man sie nicht baldigst zu Krieg und Sieg hinausführe, die durch Ollivier's Liberalismus ermuthigten Republikaner würden sonst die Monarchie und die Thronfolge stürzen. Ihre Männer bildeten von jeher einen großen Theil der Hofgesellschaft. Jeden Tag vernahm von ihnen die Kaiserin die Schilderung dieser inneren Gefahren und draußen des preußischen Übermuths, der fort und fort durch stets feindseliges Verfahren Frankreichs Interessen schädige und Frankreichs Ehre verletze. Zugleich verbreitete die Partei durch ihre Presse, daß die Kaiserin diese Auffassungen theile; sie selbst nannten sich zur Stärkung des eignen Ansehens die Partei der Kaiserin.

So lagen für sie die Dinge, als am 3. Juli die Kandidatur Hohenzollern bekannt und gleich am 6. durch Gramont's kriegsschnaubende Rede, nach dessen eigenem Ausdruck, die Thüre zur Friedenspolitik geschlossen wurde. Die „Partei der Kaiserin" erzählte sofort, daß die Kaiserin den Gemahl zur Kriegserklärung dränge.

Ist dies Drängen wahrscheinlich? Man kann sich denken, daß die fortgesetzten Erörterungen, wie Napoleon's Ansehen beim Volke durch die unwürdige Schwäche gegen Preußen gesunken, die Herrschaft eines Bonaparte ohne Lorberen in Frankreich unmöglich, ohne Bändigung Preußens die Thronfolge ihres Sohns verloren sei, daß dies Alles in ihrem Mutterherzen und ihrem Ehrgefühle Widerhall fand. Auf der andern Seite aber wußte sie, daß im Kriegsfall Napoleon den Oberbefehl über die Armee übernehmen mußte und daß er den Sohn mit sich nehmen würde, um, wie er sagte, das erste Studium im

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Berufe des Souveräns zu machen. Sie hatte täglich seine grausame Krankheit, sein Leiden und seine Unbehülflichkeit vor Augen, so sehr er auch die Ursache des Elends verheimlichte und den letzten Rest seiner Kräfte aufbot, um seine Schmerzen hinter gezwungenem Lächeln zu verstecken. Sie wußte ferner, daß er seit Jahren die Erhaltung des Friedens anstrebte und 1867 nur zur Vertheidigung Niel's Heeresreform veranlaßt hatte. Als Niel dann 1868 dem Auslande erklärte, daß die Armee schlagfertig sei, hatte sie durch Rouher erfahren, daß die Abstriche der Kammer die Armee schwer reducirt hätten und ohne Bündnisse ein Krieg nicht zu wagen sei, und auf ihre Frage hatte Niel selbst geantwortet: die Armee ist fertig, aber Ihre Allianzen sind es noch nicht. Die Allianzen waren auch 1870 noch nicht fertig.

So wurde sie unaufhörlich durch zwei gleich starke, aber einander entgegengesetzte Besorgnisse aufgeregt, um den Sohn und um den Gemahl, um die möglichen Vortheile und die sichern Gefahren des Kriegs. Oft ist seitdem gesagt worden, ihr kirchlicher Eifer habe sie endlich unter clericalem Einfluß für den Krieg entschieden. Solche Einflüsse hatten am Hofe zahlreiche Vertreter; eine Zeitlang erfreute sich ein Abbé Bauer von jüdischer Herkunft, der nach Convertitenweise zuerst mit asketischen, düstern Mienen einhertrat, großer Gunst vieler vornehmer Damen; eben diese Beziehungen aber wurden für ihn selbst mißlich und entzogen ihm die Gnade der Kaiserin vollständig. Gewiß, die Kaiserin hatte eine glühende Verehrung für das Oberhaupt ihrer Kirche und wünschte dringend, die rebellischen Italiener von Rom fern zu halten. Dieselbe Absicht beseelte auch den Herzog von Gramont, der sonst persönlich bei der Kaiserin schlechterdings keinen Einfluß besaß; sie theilte damals und später das wegwerfende Urtheil ihres Gemahls über den eitlen Hohlkopf, und während dieser in blindem Dünkel die französische Armee für sich allein jedem Gegner überlegen erachtete, klang ihr stets Niel's Wort in das Ohr: meine Armee ist fertig, aber Ihre Allianzen sind es noch nicht. Sie wünschte also dringend einen Ausgleich mit Italien, der im Kriegsfall der französischen Armee mehr als 100000 Mann Verstärkung geliefert hätte. Aber seit 1861 hatte Italien dafür stets die Überlassung Roms, die ihr unmöglich schien, zur Bedingung gemacht. Also wie sich entscheiden? Der nach seiner Stellung als Präsident des Staats-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

raths durchaus zur Erkenntniß befähigte Parieu, selbst ein überzeugter Katholik, erklärt es völlig bestimmt für eine Fabel, daß die Kaiserin aus katholischem Eifer zum Kriege getrieben habe.

Überblickt man alle diese Daten und erinnert sich dann der ursprünglichen Natur und des ganzen Lebensganges der Kaiserin, der fröhlichen Gutherzigkeit, des geringen Interesses an den öffentlichen Angelegenheiten, des Abscheus vor den Sorgen und Leiden des Kriegs 1859: wie sollte binnen wenigen Jahren aus dieser Frau eine leidenschaftliche und herzlose politische Intrigantin geworden sein, die aus selbstsüchtiger Herrschbegier und blindem Preußenhaß den widerstrebenden kranken Kaiser in den schweren deutschen Krieg gejagt hätte? Wohl mag sie in ihrer von Rechts und von Links gepreßten Lage nach den wechselnden Eindrücken in einem Augenblick eine Ehrenpflicht zum Kriege, in einem andern die Nothwendigkeit des Friedens anerkannt haben, aber durchaus wahrscheinlich bleibt mir das Urtheil eines mit ihr befreundeten österreichischen Staatsmanns, dahin gehend, ganz tadelfrei könne er sie nicht erachten: sie habe sicher nicht zum Kriege gehetzt, aber freilich auch ihren Einfluß nicht zur Abwendung desselben thätig gebraucht. Ein anderer deutscher Beobachter, der Jahre lang mit ihr in nahem Verkehr gestanden hat, erklärte mir vor kurzer Zeit seine Überzeugung, daß die Kaiserin, eingeschüchtert durch die Unheilspropheten Gramont und Genossen, lediglich der Sorge um die Zukunft ihres Sohnes nachgegeben hätte, wenn sie ihre Einwilligung zum Kriege ausgesprochen, den sie in ihrer Weiblichkeit, ebenso wie aus andern Gründen ihr Gemahl, fürchtete und verabscheute.

Und nun vollends ihre tausend Mal berufenen geflügelten Worte: C'est ma guerre, ma petite guerre, la guerre à moi! Freunde und Feinde streiten über ihre Politik und ihren Ehrgeiz, aber Alle sind einstimmig darüber, daß sie zu allen Zeiten Verstand, Takt und Urtheil besessen hat, und dennoch nimmt man kurzweg an, daß sie sich beim Ausbruch eines furchtbaren Nationalkriegs mit der Albernheit einer solchen geschmacklosen Renommage der Mit- und Nachwelt vorgestellt hätte. Sie selbst hat stets dagegen protestirt; ihre Palastdame Carette hat es ebenso wie der treffliche Forscher Giraudeau als eine nichtswürdige Erfindung bezeichnet, und auch Herrn v. Parieu werden wir diesen Zeugen hinzufügen können. Andrerseits fragt man vergebens nach einem Gewährsmann, der jene Worte aus dem

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Munde der Kaiserin vernommen, oder nach einem Zeugen, dem jener sie berichtet hätte. Mag nun vor dem Kriege die „Partei der Kaiserin" sie zu ihrem Ruhme erfunden, mögen nach Sedan die Republikaner sie als grimmigste Schmähung verbreitet haben: die Worte sind in alle Bücher und alle Zeitungen übergegangen, Einer hat sie dem Andern nachgesagt, und jetzt heißt es: sie sind weltbekannt und damit gewiß und wahrhaftig bewiesen.

Weiterhin erfuhr diese Legende über den Ursprung des Kriegs speciellere Ausbildung in Bezug auf die entscheidenden Momente in der Vorbereitung des Kriegsbeschlusses, den 6., den 12., den 14. Juli, für die Forschung erwünscht, da hier die Mittel zur Prüfung vorliegen.

Wir sahen, wie Gramont, kurze Zeit nach Napoleon's Tod, in der Indépendance Belge die Entstehung seiner kriegerischen Parlamentsrede vom 6. Juli geschildert hat: der Kaiser habe sich bei den ersten Berathungen am Abend des 5. höchst friedfertig geäußert, dann aber in der Schlußsitzung am Morgen des 6. mit völlig veränderter Haltung mehrere unverhüllte Kriegsdrohungen in den milden Entwurf des Ministers hineingebracht.

Darimon[1]), der Gramont's Autorschaft entdeckt und demnach die Erzählung für authentische Wahrheit gehalten hat, fragt sich darauf, wie sei ein solcher Sinneswechsel des Kaisers während einer kurzen Nacht möglich gewesen? Er antwortet: man hat dies dem Einfluß der Kaiserin zugeschrieben, die seit dem 3. höchst aufgeregt gewesen; man behauptet, nach den Sitzungen am 5. habe sie mit dem Kaiser ein Gespräch gehabt, das sich bis 1 Uhr Morgens fortgesetzt hätte, und dessen Folge sei die Umstimmung des Kaisers gewesen.

Wir wissen nun aus Thiers' und Leboeuf's Aussagen, daß diese anonyme Behauptung falsch in ihrer Grundlage ist. Der Kaiser hat keine Umstimmung erfahren; er hat am 6. wie am 5. keine kriegerische, sondern friedfertige Änderungen in Gramont's Entwurf durchgesetzt.

Im Figaro (24. und 31. janvier 1894) hat Graf Keratry, der 1870 als eifriger Chauvinist für den Krieg gearbeitet hat, eine gewissenhafte Untersuchung über die Frage angestellt, auf wessen Schultern die Verantwortung für alles Unheil des Krieges ruht. Daß die Kandidatur Hohenzollern eine preußische Intrigue

[1]) Notes p. 72.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und eine durch Bismarck der französischen Kampflust gestellte Falle gewesen, versteht sich ihm ohne eine Silbe zum Beweise von selbst; ihn interessirt nur die Frage: welche Franzosen haben die verbrecherische Thorheit begangen, sich und ihr Land in jene Falle zu stürzen? Er beantwortet sie in der Hauptsache richtig: nicht Napoleon war es, sondern Leboeuf und Gramont nebst den mit ihnen verbündeten Arkadiern, die auch im kaiserlichen Palast einen starken Einfluß ausübten. Wer dort diesen Einfluß stützte, berichtet er in der Erzählung der Ereignisse vom 12. Juli, nach der Meldung des Rücktritts des Prinzen Leopold durch den spanischen Gesandten, der sie zuerst Herrn Ollivier, dann am Abend dem Kaiser nach St. Cloud überbracht hätte. „Der Kaiser", fährt er fort, „sprach in Gegenwart Gramont's seine Freude über das Ereigniß aus und forderte den Minister auf, sogleich nach Paris zu eilen und mit Ollivier die Erklärung zu verabreden, mit der morgen die gute Nachricht der Kammer mitzutheilen wäre. Es war 9 Uhr: um Mitternacht aber hatte Gramont die Empfangssäle der Kaiserin noch nicht verlassen, dort fand ihn der Kaiser und sprach ihm seinen Tadel über die Nachlässigkeit in der Vollziehung eines so wichtigen Befehls aus. Leider fand sich Gramont weder befriedigt noch geschlagen. Statt die befohlene Abrede mit Ollivier zu treffen, sandte er an Benedetti die Weisung, von König Wilhelm die Garantie für alle Zukunft zu fordern."

Wie man sieht, behandelt Keratry die Kaiserin insoweit schonend, als er nur durch den Zusammenhang der Dinge die Umstimmung Napoleon's durch die Gemahlin erkennbar macht und, diskreter als Darimon, nicht ausdrücklich die nach Mitternacht erfolgte Gardinenpredigt erwähnt.

Indessen, discret oder indiscret, seine ganze Erzählung steht mit den Thatsachen und Urkunden in unheilbarem Widerspruch. Von Abends 9 bis 12 Uhr verständigen sich nach Keratry Gramont und Eugenie über ein dem kaiserlichen Befehl entgegengesetztes Verfahren, und nach Mitternacht erobert Eugenie die kaiserliche Zustimmung zu Gramont's eigenmächtiger Depesche. In der Wirklichkeit kam Gramont um 4 Uhr Nachmittags zum Kaiser nach St. Cloud und hatte mit ihm eine mehrstündige Verhandlung, bei welcher von einer Theilnahme der Kaiserin nichts gesagt wird und welche trotz des anfänglichen Widerstrebens des Kaisers damit endigte, daß dieser dem Minister

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die Erhebung der neuen Forderung an König Wilhelm gestattete. Damit kehrte Gramont nach Paris zurück und sandte das betreffende Telegramm um 7 Uhr Abends an Benedetti. Um 10 Uhr erhielt er aus St. Cloud einen Brief des Kaisers, worin derselbe einen Theil des Inhalts ihres Gesprächs wiederholte. Um 11 Uhr 45 schickte der Minister ein zweites Telegramm mit dem entsprechenden Befehl an Benedetti. Schon die Daten dieser Pariser Telegramme, die von Benedetti richtig empfangen und später gedruckt worden sind, reichen aus, die ganze nächtliche Scene in St. Cloud als ein Hirngespinnst darzuthun.

Indessen noch abenteuerlicher und gehässiger als diese Erfindung ist eine Schöpfung der Phantasie des Herrn v. Lano, von der ich hier kaum Notiz nehmen würde, wenn nicht Herr Geffcken (in den Münchener Neuesten Nachrichten, 10., 12., 13. April 1895) sie nach Deutschland verpflanzt, und sie zugleich in seiner bekannten magistralen Sicherheit mit einer langen Reihe ungenauer und irriger Angaben verziert hätte. Da wird z. B. der belgische Eisenbahnstreit von 1869 ganz unbefangen unter den Fehlschlägen des Ministeriums Ollivier von 1870 aufgezählt; da wird berichtet, daß der spanische Antrag der Candidatur Hohenzollern Ende März in Berlin gescheitert sei, während der König die Ablehnung erst am 24. April und dann am 5. Mai nach Madrid telegraphirte. Es ist nicht weniger falsch, wenn von dem spanischen Botschafter Olozaga behauptet wird, er habe alle Fäden in der Hand gehabt; in Wahrheit erfuhr er die Candidatur Hohenzollern wie die gewöhnlichen Menschen erst am 3. Juli; nicht er hat den rumänischen Agenten Stratt nach Sigmaringen geschickt, sondern dieser ist aus eignem Entschlusse abgereist. Weiter: aus der Correspondenz Bismarck's mit dem Gesandten Kanitz in Madrid werden zwei Sätze scheinbar wörtlich, aber in falscher Fassung citirt; es ist, wie gesagt, unrichtig, daß Gramont die Garantieforderung ohne Vorwissen des Kaisers an Benedetti abgesandt hätte; ja, wenn Geffcken aus Lano, unter ausdrücklicher Anführung desselben, eine Missethat der Kaiserin berichtet, ist er nicht im Stande, die Erzählung seines Originals ohne grobe Irrthümer wiederzugeben. Wir werden sie sogleich kennen lernen.

Herr v. Lano, ein sehr geschäftiger Publicist, hat in einer großen Zahl von Pamphleten die Sünden des zweiten Kaiserreichs besprochen, nach üblicher Weise die Kaiserin mit der Partei,

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

die sich mit deren Namen schmückte, identificirt und im Jahre 1893 die furchtbare Entdeckung öffentlich in einem Buche la cour de Berlin verkündet, daß die Kaiserin durch zwei verbrecherische Thaten den Krieg unvermeidlich gemacht und damit das Blut von Hunderttausenden auf ihre Seele genommen habe. Dieses Buch ist mir nicht bekannt geworden, indessen hat er in einer späteren Schrift: Après l'Empire, Paris 1894, seine Behauptung gegen polemische Angriffe vertheidigt, so daß man wohl annehmen darf, hier alle Argumente, über die er gebietet, versammelt zu finden. Herr v. Lano erklärt darin, bei Gelegenheit des von Bismarck „gefälschten" Emser Telegrammes, welches den Krieg zum Ausbruch gebracht haben soll, er habe von Ollivier selbst vernommen, daß Benedetti dem Herzog von Gramont über Bismarck's Fälschung Nachricht gegeben und ihm eine genaue Abschrift des echten, von Bismarck gefälschten Berichts des Prinzen Radziwill geschickt hätte. Gramont aber war, fährt er fort, ein Getreuer der Kaiserin Eugenie. Anstatt den Bericht, der Bismarck's Betrügerei bewiesen hätte, den Ministern vorzulegen und ihn sofort dem Bismarck'schen Telegramme entgegenzusetzen, ließ er sich durch die Partei verleiten, ihn zur Kaiserin zu bringen, welche ihm dann zornig befahl, den Bericht geheim zu halten. Er folgte dem Befehl. Der Bericht hätte alle Welt überzeugt, daß König Wilhelm in keiner Weise den französischen Botschafter insultirt hätte; der Kriegsfall, den Bismarck's Fälschung geschaffen, wäre damit beseitigt und die Erhaltung des Friedens gesichert worden. Aber die Kaiserin wollte den Krieg.

Darauf antwortete ein wohl unterrichteter Gegner im Figaro, 11. November, Radziwill's Bericht hätte am 13. Juli noch gar nicht existirt, also hätte Benedetti eine Abschrift nicht einsenden, und die Kaiserin und Gramont eine solche nicht verbergen können. Auch stehe es jetzt fest, daß Bismarck die Fälschung nicht an Radziwill's Bericht, sondern an einer am 13. Abends erhaltenen Depesche Abeken's begangen habe.

Durch so unbedeutende Thatsachen ließ sich Herr v. Lano nicht erschüttern. Er antwortete: Radziwill oder Abeken, gleichviel. Dann hat Benedetti eine Abschrift der Depesche Abeken eingesandt, und diese ist auf Befehl der Kaiserin secretirt worden. Diese meine Darstellung hat mir der Ministerpräsident Ollivier geliefert.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Es ist nun aus Benedetti's Buch gewiß, daß dieser keine Ahnung von der Existenz der Depesche Abeken gehabt hat. Also heißt es hier wie oben: er konnte keine Abschrift derselben einsenden, Gramont konnte diese Abschrift nicht der Kaiserin vorlegen, die Kaiserin konnte deren Secretirung nicht befehlen. Herr v. Lano aber bleibt dabei, so sei es geschehn, so habe es ihm Ollivier versichert. Nur so weit hat er einen Eindruck erfahren, daß er in der weitern Erörterung nicht mehr ausdrücklich von einem preußischen Aktenstück, sondern nur unbestimmt von einer Mittheilung Benedetti's redet, deren Unterschlagung das Streben der Kriegspartei zum Siege geführt habe.

Was Ollivier betrifft, so hat dieser sich auch gegen andere Personen beschwert, daß Gramont die am 12. und 13. Juli mit Benedetti geführte Unterhandlung nur mit Vorwissen des Kaisers, ohne Mitwirkung des Ministeriums, also sehr verfassungswidrig geführt habe.[1]) Auch Benedetti hat sich später beklagt, daß das Ministerium nicht auf Grund seiner Berichte der Legende von seiner Beschimpfung durch den König entgegengetreten sei. Als hienach aber Lano 1893 die beiden Herrn aufforderte, seine Erzählung öffentlich zu bestätigen, haben beide wohlweislich geschwiegen. Denn Ollivier wußte zu gut, daß in den entscheidenden Sitzungen des 14. Juli die Minister aus Bismarck's Zeitungstelegramm keine Insultirung Benedetti's durch den König herausgelesen, daß Gramont dem Kronrath die Benedetti'sche Korrespondenz am 14. vorgelegt, und daß man dann die Sitzung mit einem Beschluß auf Erhaltung des Friedens geschlossen hatte. Von einer Einwirkung der Kaiserin zeigt sich bis dahin keine Spur.

Aber triumphirend bringt uns Herr v. Lano jetzt eine Aussage des Ministers Louvet. Als Napoleon nach dem Schlusse der Sitzung am Abend aus den Tuilerien nach Saint Cloud zurückkam, habe dort die Kaiserin ihm zornige Vorwürfe gemacht, daß der Krieg noch nicht erklärt sei, und die ganze Gesellschaft habe tobend und lärmend ihn mit gleichem Andrängen umringt. Er habe sich passiv und schweigend verhalten und sich ungeänderten Sinnes in sein Cabinet zurückgezogen, wo dann bald eine Nacht-

[1]) Darimon, Notes p. 79 ff. Dieselbe Beschwerde hat der Minister Mège geführt. Ebenda p. 123 ff.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſitzung begann, in der trotz Napoleon's Widerſtreben Gramont, Leboeuf und Ollivier den Kriegsbeſchluß errangen.

Louvet war in Saint Cloud nicht anweſend, alſo auch nicht Zeuge des Parteilärms und der Reden der Kaiſerin. Von der Secretirung eines Benedetti'ſchen Berichts ſagt auch er nicht eine Silbe.

Aber gerade hier, aus der Zwiſchenzeit zwiſchen der friedfertigen Abendſitzung und der kriegeriſchen Nachtſitzung, weiß Lano eine neue Miſſethat der Kaiſerin zu berichten. Der Vorgang an ſich iſt äußerſt einfach. Gegen 6 Uhr waren die Miniſter auseinander gegangen, nicht anders wiſſend, als daß die glühende Frage entſchieden und der Friede geſichert ſei. Aber gegen 9 Uhr erſchien Leboeuf in Saint Cloud und erlangte vom Kaiſer die Berufung der Miniſter zu einer nochmaligen Berathung auf 10 Uhr in Saint Cloud. Die Einladungen gingen telegraphiſch an alle Miniſter ab, jedoch waren in Paris die Herren Louvet und Segris nicht zu Hauſe und auch ſonſt nicht aufzufinden, ſo daß ſie die Einladung nicht rechtzeitig erhielten. Man ſollte denken, daß nichts begreiflicher und natürlicher wäre als dieſer Hergang. Aber Herr v. Lano blickt tiefer. Louvet und Segris waren Männer des Friedens, die Kaiſerin aber wollte den Krieg; folglich befahl ſie, daß die beiden Herrn von der Sitzung ferne gehalten würden, und veranlaßte die Unterſchlagung der beiden Telegramme. So unterlag, verſichert Herr v. Lano, die Friedenspartei, ihrer Führer beraubt, in der Nachtſitzung einem neuen Verbrechen der Kaiſerin.

Von einem Beweiſe iſt auch hier keine Rede. Louvet's vorher mitgetheilte Ausſage enthält nicht die leiſeſte Andeutung darüber, ſo wenig wie über die angebliche Secretirung eines Benedetti'ſchen Berichts.

Übrigens bin ich in der Lage, der von dem abweſenden Louvet gegebenen Schilderung der Vorgänge in Saint Cloud zwiſchen den beiden Sitzungen den Bericht eines Anweſenden, eines höhern franzöſiſchen Offiziers, entgegenzuſtellen, der mir von einem vertrauten Freunde desſelben mitgetheilt worden iſt.[1])

„An jenem Tage, dem 14. Juli, war eine Anzahl vom Kaiſer geſchätzter Offiziere zum Diner nach Saint Cloud befohlen.

---

[1]) Leider darf ich die beiden Namen nicht nennen, um ſo beſtimmter aber ihre abſolute Zuverläſſigkeit verſichern.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Als der Kaiser gleich nach 6 Uhr aus der Sitzung zurückkehrte, trat er freudestrahlend in den Saal ein, ging auf die Offiziere zu und fragte: nun, meine Herren, sind Ihre Effecten für den Feldzug bereit? Ein brausendes Ja war die Antwort. Wohl, sagte der Kaiser mit fröhlichem Ausdrucke, dann packen Sie wieder aus; denn, Gott sei Dank, der Friede ist gesichert. Bei den Officieren fand diese Nachricht nicht gerade einstimmigen Beifall, natürlich aber konnte kein Widerspruch laut werden. Während der ganzen Dauer der Tafel blieb der Kaiser in heiterster Stimmung, scherzte, erzählte kleine Geschichten, plauderte mit den Damen. Bald nach Tisch zog er sich in sein Cabinet zurück. Nach einer Weile hieß es, der Herzog von Gramont und Baron Jerome David seien angekommen und sogleich zum Kaiser geführt worden. Später ließ der Kaiser seine Gemahlin bitten, heraufzukommen. Als darauf nach dem Schluß der Berathung der Kaiser wieder im Saale erschien, war sein Aussehn in erschreckender Weise verwandelt, das Gesicht bleich wie der Tod, die Züge schlaff, die Augen halb geschlossen. Er ließ sich in einen Sitz nieder und blieb stumm. Der Krieg war entschieden."

Der Erzähler meldet nur, was er selbst gesehn oder gehört hat; nur um so zuverlässiger erscheinen dadurch seine Angaben. Von der Ankunft der übrigen Minister und dem sonstigen Verlauf der Nachtsitzung hat er nichts vernommen. Interessant ist die Angabe, daß Gramont sich zur Verstärkung den Führer der parlamentarischen Kriegspartei, Jerome David, mitgebracht hat. Vollends aber erregt unser Interesse die Berufung der Kaiserin zur Theilnahme an der Berathung. Wer die Einladung veranlaßt, und wie die Kaiserin sich geäußert hat, ist nicht bekannt geworden. Wenn sie, getäuscht durch Gramont's unwahre Berichte und Leboeuf's militärische Sorgen, endlich mit schwerem Herzen erklärt hat, daß Frankreichs Ehre und Sicherheit die Mobilmachung und damit den Krieg fordere, so hat sie nichts Anderes gethan, als die sämmtlichen anwesenden Minister, auch mit einer einzigen Ausnahme die bisherigen Vertheidiger des Friedens.

Jede der anwesenden Personen trägt hier ihren Theil der Verantwortung. Auf wessen Haupt aber die erdrückende Schuld lastet, ob auf den Urhebern oder den Opfern der Täuschung, bedarf wohl keiner weitern Erörterung mehr.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Daß die Kaiſerin nicht wie Ollivier le coeur léger für den Krieg geſtimmt hat — wenn es überhaupt geſchehn —, erfahren wir ſogleich. Nach dem Schluß der Berathung fragte ſie ängſtlich den Staatsrathspräſidenten Herrn v. Parieu, was er von dem Beſchluſſe denke. Er ſagte: wenn England eine Formel fände, die uns vor dem Kriege bewahrte, ſo würde es ſich ein großes Verdienſt um Frankreich erwerben. Das iſt ganz meine Meinung, rief die Kaiſerin.[1]) Als am Abend des 15. Juli der Krieg in der Kammer angekündigt war und in Paris mit wildem Jubel aufgenommen wurde, ging die Kaiſerin mit dem Präfecten des Palaſtes lange Zeit in dem dunkeln Park von St. Cloud auf und nieder; zu ihren Füßen lag die zum Theil feſtlich beleuchtete Rieſenſtadt und ließ den Kriegslärm wie ein dumpfes Brauſen herauf ſchallen. Die Kaiſerin war im Contraſte zu dieſem Bilde ſo ſchweigſam und tieftraurig, daß endlich der Begleiter nach der Urſache fragte. Da brach ſie aus: Wie ſollte ich nicht erſchüttert ſein? ein Land wie unſer Frankreich, in vollem Frieden gedeihend, wird in einen Kampf verwickelt, bei dem im beſten Falle ſo viel Zerſtörung, ſo viel Jammer ſicher iſt. Wohl handelt es ſich um die Ehre Frankreichs; aber welches Unheil, wenn das Glück uns zuwider wäre? Wir haben Alles auf Eine Karte geſetzt; wenn wir nicht ſiegen, ſo ſtürzen wir in den Abgrund der entſetzlichſten Revolution, die man je geſehn hat.[2])

Der Gebrauch endlich, den Herr Geffcken von Lano's Enthüllungen über den 14. Juli macht, iſt ſo unglaublich, daß jede Urſache außer einer abſoluten Gedankenloſigkeit unfindbar bleibt. Ganz gelaſſen erzählt er, Gramont, der am Morgen des 14. Benedetti's Bericht erhalten, ſei damit, nach einer kurzen Begegnung mit Lord Lyons, in die Tuilerien gegangen, aber nicht ſeiner Pflicht gemäß zum Kaiſer, ſondern zur Kaiſerin; er zeigte ihr den Bericht, der jede Inſultirung Benedetti's ausſchloß, und empfing von ihr die dringende Bitte, das Actenſtück geheim

[1]) Mittheilung der gerade damals dienſtthuenden Palaſtdame Carette, Souvenirs 2, 100. Ebenſo Giraudeau (damals Abtheilungsdirektor im Auswärtigen Amt), Napoléon III intime p. 404. Der Verfaſſer hat Einſicht in die Correſpondenz Napoleon's mit Eugenie nehmen dürfen.

[2]) Carette 2, 101.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zu halten. Gramont that es, ging in die Kammern, acceptirte dort die Mär von der Beleidigung Benedetti's, die er noch Morgens Lyons gegenüber in Abrede gestellt hatte (die Kammersitzung und das Gespräch mit Lyons haben für Geffcken am selben Tage, dem 14. Juli, Statt gefunden) und forderte die Mittel für den Krieg. Vergeblich erhoben Thiers und Gambetta Widerspruch; sie wurden niedergeschrien. Geffcken fügt noch hinzu, Sybel erwähne eine weitere Fälschung, deren sich Gramont in dieser Sitzung schuldig gemacht u. s. w.

Ich verbitte mir, meine Angaben in die Reihe dieser Thorheiten verflochten zu sehn; die berühmte Sitzung, die der Welt den Krieg verkündete, fand nicht, wie hier erzählt wird, am 14., sondern am 15. Juli statt. Der 14. war völlig ausgefüllt durch die drei Kronräthe, deren zweiter den Frieden, der dritte den Krieg beschloß: Geffcken hat keine Ahnung davon, daß diese Berathungen existirt haben, obgleich sie in hundert Büchern zu finden sind. Damit entgeht ihm auch die Möglichkeit, in seiner Darstellung die gemeine Erdichtung Lano's anzubringen, daß die Kaiserin eine Unterschlagung der Einladungen für Louvet und Segris zur dritten Sitzung am 14. veranlaßt habe. Aber er läßt deshalb einen so schönen Fund nicht fallen, nein, er ändert nur das von Lano gegebene Datum und läßt jene Einladungen am 12. auf eine Sitzung am 13. Juli ausgestellt sein.

Das Alles nennt er zum Schluß eine actenmäßige Darstellung, nach welcher es unzweifelhaft bleibe, daß nicht Napoleon, sondern die Kaiserin und Gramont die wahren Schuldigen am Kriege von 1870 seien.

Wohin man auf dem Gebiete der hier besprochenen Literatur greifen mag, überall faßt die Hand entweder leere Luft oder widerlichen Schmutz.

---

6. Bismarck's Politik.

Wie bei Napoleon und dem Grafen Beust, finden meine geehrten Kritiker auch hier, daß ich Bismarck's Friedensliebe übertreibe. Herr Rößler ist der Ansicht, Bismarck sei bei dem Luxemburger Handel allerdings bereit gewesen, Napoleon's Wünsche auf eine „Compensation" zu befördern. Dann aber sei ein Umschlag in Bismarck's Meinung erfolgt, der ihn bewogen hätte, dem Kriege nicht bloß in's Auge zu sehn, sondern auf

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ihn hinzuarbeiten. Der einzige Grund, den Herr Rößler dafür anführt, ist die Thatsache, daß Bismarck nichts gethan habe, dem Kaiser die Entschädigung zu ermöglichen, ohne welche die Dauer des napoleonischen Regiments unmöglich und folglich der Krieg unvermeidlich gewesen. Leider vergißt Herr Rößler zu sagen, welches Land Bismarck dem Kaiser zur Erhaltung des Friedens hätte anbieten sollen, etwa die Rheinpfalz unter glühendem Zorne der ganzen deutschen Nation? oder Belgien oder die französische Schweiz unter unabsehbaren europäischen Verwicklungen? Nicht besser steht es um die Bemerkung Herrn Delbrück's (Pr. Jahrb. Februar 1895): wenn mein Beweis für die Friedensliebe Napoleon's und Beust's unwiderleglich wäre, so würde Bismarck in viel höherem Maaße als bisher für den Vater des Kriegs zu halten sein. Offenbar wäre dieser Schluß nur dann bündig, wenn kein Anderer als diese Drei den Krieg hätten veranlassen können; er fällt aber ohne Weiteres zusammen durch die Thatsache, daß in Paris Gramont und Leboeuf, sowie die Arcadier und die Clericalen gegen Napoleon's Willen bei dem activen Theil der Bevölkerung den Kampfzorn entflammt und damit den Bruch unvermeidlich gemacht haben.

Gewichtiger als diese Dinge sind die Ausführungen der Herrn Delbrück und Brandenburg (M. Allg. Ztg., Beilage 11. u. 12. Febr. 1895) über Bismarck's Thätigkeit bei den Verhandlungen über die Candidatur Hohenzollern, weil sie sich auf die neuen Mittheilungen in den „Aufzeichnungen aus dem Leben des (jetzigen Königs, damaligen Fürsten) Karl von Rumänien" stützen, welche, von dem Bruder des Candidaten herrührend, eine Quelle ersten Ranges darstellen. „Da durch diese", sagt Delbrück, „die Hauptthatsachen heraus sind, kann über Bismarck's Verhalten kein Zweifel mehr sein."

Den Werth der Quelle stelle ich nicht in Abrede. Aber ich constatire, daß die Folgerungen der beiden Herrn nicht aus dem richtig erkannten Inhalt, sondern aus gänzlichem Mißverständniß derselben gezogen sind.

Ich erläutere dies durch einige Bemerkungen über die Beschaffenheit der Aufzeichnungen.

Auf den ersten Blick ist es deutlich, daß der hohe Verfasser nicht an eine vollständige, zusammenhängende Geschichte der spanischen Candidatur seines Bruders gedacht, sondern einfach aufgezeichnet hat, was ihm von seinem Verwandten oder sonst

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

gemeldet wurde. Kein Schluß wäre verkehrter, als daß ein anderweitig bezeugtes Ereigniß deshalb als nicht geschehen zu betrachten wäre, weil es in den Aufzeichnungen nicht erwähnt wird. Diesen Fehler macht Herr Brandenburg mehrfach, indem er aus diesem Grunde die völlig sichere Thatsache des ersten spanischen Anklopfens bei den Hohenzollern im April 1869 und den nicht weniger beglaubigten Bescheid des Fürsten Anton an den spanischen Agenten im September 1869 aus der Geschichte streichen will.

Die Aufzeichnungen erscheinen nun in der Form eines Tagebuchs, welches bei seiner Entstehung ganz sicher nicht für den Druck zum Besten künftiger Historiker, sondern lediglich zur Fixirung der Erinnerungen des Schreibenden selbst bestimmt war. Unter einem gewissen Datum wird ein Vorfall eingetragen, das Datum aber wird nicht nach fester Regel gewählt; in manchen Fällen ist es das Datum des Ereignisses selbst, in anderen der Tag, an dem der Fürst Kenntniß erhalten hat. (Bei Briefen aus Deutschland nach Rumänien beträgt die Differenz zuweilen drei, meist vier Tage.) Aber noch mehr. In manchen Fällen kommt es vor, daß der Fürst ein Ereigniß unter einem bestimmten Datum bucht und dann die daraus sich entwickelnden Vorgänge zu der ersten Notiz nachträgt, und zwar immer ohne eine chronologische Bemerkung. Für ihn selbst, der den Zusammenhang kannte, bedurfte es nichts Weiteres; es leuchtet aber ein, wie ein späterer, sonst unkundiger Leser dadurch zu Irrthümern verleitet werden kann. Ich will nur zwei Beispiele anführen. Unter dem 2. Juni berichtet das Tagebuch zuerst von rumänischen Dingen, rückt dann einen Brief des Fürsten Karl Anton vom 26. und einen des preußischen Kronprinzen vom 28. Mai ein und erzählt darauf von einer Correspondenz zwischen dem Erbprinzen in Schloß Benrath bei Düsseldorf, dem Fürsten Anton in Nauheim bei Gießen, dem Kronprinzen in Potsdam, dem Grafen Bismarck in Berlin. Nach den räumlichen Entfernungen zwischen den Correspondenten und den vorliegenden Daten ist diese Correspondenz zwischen dem 23. und dem 29. Mai verlaufen; ihrer Erwähnung fügt Fürst Karl mit dem einfachen Worte „Übrigens" den Bericht über mehrere Ereignisse hinzu, die sich am 24. April, am 3. und 5. Mai zugetragen haben. Jeder nicht anderweitig Unterrichtete wird unbedenklich auch diese Ereignisse hienach in die Woche vom 23. bis 29. Mai

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

verſetzen und damit das wirkliche Bild der Vorgänge in ſehr ſtarker Weiſe verſchieben.

Unter dem 4. Juni heißt es weiter in dem Tagebuch, der Erbprinz habe ſich entſchloſſen, die ſpaniſche Krone anzunehmen; dann folgt in demſelben Satze, nur durch ein Semikolon von dem Vorausgehenden getrennt, die Notiz, der Erbprinz habe in dieſem Sinne an König Wilhelm geſchrieben, und dieſer ihm ſogleich geantwortet, daß er mit dem Vorhaben einverſtanden ſei. In Wahrheit hatte der Erbprinz den ſehr verſtändigen Vorſatz, dem Könige ſeinen Entſchluß erſt dann mitzutheilen, wenn trotz der bisherigen Ablehnungen ein neues ſpaniſches Angebot an ihn gelangte. So liegt hier im Tagebuche wieder ein nachträglich gemachter Zuſatz über das allerdings längſt bekannte Ereigniß des 21. Juni vor; Herr Brandenburg aber hat ſich durch die Faſſung des Satzes verleiten laſſen, den ganzen Inhalt desſelben zum Datum des 4. zu rechnen, und ſo zu der allerdings ganz neuen Entdeckung zu gelangen, daß der König ſchon am 4. oder 5. Juni Kenntniß von der Sinnesänderung des Erbprinzen erhalten habe, worauf der Kritiker dann ſofort weitere politiſche Schlüſſe aufbaut, die natürlich jedes Grundes entbehren.

Welche Abweichungen von meiner Darſtellung der Geſinnung Bismarck's folgern nun meine Gegner aus den Angaben des Tagebuchs?

Unter dem 6. Juli berichtet Fürſt Karl von einem Briefe des Königs Wilhelm an den Fürſten Anton, offenbar von demſelben Datum, worin u. A. der König bedauere, daß man der früher geäußerten Meinung des Fürſten von Hohenzollern, man müſſe ſich der Zuſtimmung Frankreichs verſichern, keine Folge gegeben habe, weil General Prim die Geheimhaltung gewünſcht, und Graf Bismarck geltend gemacht habe, daß jede Nation ſich ihren König wählen dürfe, ohne andere zu befragen. Den Wortlaut des Briefs rückt Fürſt Karl nicht ein.

Aus dieſer Notiz zieht nun Herr Brandenburg wieder weittragende Schlüſſe. Der Antrag des Fürſten Anton hätte den Frieden geſichert; der Umſtand, daß Bismarck ihn bekämpft und die Verwerfung entſcheidet, beweiſt, daß der Kanzler nicht ſo unerhebliche Vortheile aus der Thronbeſteigung Leopold's zu ziehen gehofft, wie meine Darſtellung es im Gegenſatze zu den

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Angaben des Tagebuchs schildert[1]); er habe ein preußisch-spanisches Bündniß gegen Frankreich gewünscht, da die von ihm erstrebte Vollendung der deutschen Einheit Frankreich zum Krieg veranlassen könne. Nur unter dieser Voraussetzung lasse sich Bismarck's Benehmen verstehen; bei solchen Absichten mußte allerdings das Geheimniß gegen Napoleon streng gewahrt bleiben.

Ich bedaure: dies Verständniß von Bismarck's Politik ist nichts als ein Mißverständniß, oder genauer gesagt, eine ganze Reihe von Mißverständnissen.

Ein Mißverständniß liegt in der Annahme, daß es Bismarck gewesen, der im Laufe dieser Verhandlung die Verwerfung der vom Fürsten Anton vorgeschlagenen Mittheilung an Napoleon entschieden habe. Es steht jetzt fest, sagt auch Delbrück, freilich ohne alle Conclusionen Brandenburg's mitzumachen, daß Bismarck eine vorgängige Aussprache mit Napoleon verhindert hat.

Nun, ich sollte denken, daß über die Entstehung und Bewahrung des Geheimnisses sowohl nach meiner frühern Ausführung (7, 184), als auch nach mehrfachen Angaben des Tagebuchs jeder Zweifel ausgeschlossen wäre.

Am 20. März schrieb Fürst Anton, Prim habe Leopold die Krone angeboten unter dem Siegel eines europäischen Staatsgeheimnisses. Ebenso schrieb Prim in seinen Privatbriefen an den König und an Bismarck, worin er die Candidatur zur Sprache brachte, er bitte um strenges Geheimniß, da der Bruch desselben feindliche Parteien in den Stand setzen würde, den Plan unmöglich zu machen. Hienach gab es für die Berliner Berather des Plans nur Eine Wahl. Entweder man wies jeden Eintritt in die Berathung auf der Stelle zurück — und nach dem obigen Brief vom 6. Juli scheint im ersten Augenblick der König diese Stimmung gehabt zu haben. Oder man trat in die Berathung ein, dann war man, wenn man keinen Vertrauensbruch begehen wollte, zu strenger Erhaltung des Geheimnisses verpflichtet, und dies wurde denn auch von allen Betheiligten anerkannt und befolgt. Stand damit die Unmöglichkeit einer

[1]) Ich habe allerdings die Vortheile, die Bismarck von der Thronbesteigung Leopold's erwartete, als unerheblich bezeichnet. Aber ich habe damit nicht Bismarck's Ansicht wiedergeben wollen; es ist lediglich mein eignes, auf des Königs Auffassung gestütztes Urtheil.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Mittheilung an Napoleon fest, so war Bismarck's Wort, daß jedes Volk zu seiner Königswahl keiner Erlaubniß eines andern bedürfe, ebenso harmlos wie richtig. Auch Fürst Anton war nach Prim's Erklärung von der Unverbrüchlichkeit des Geheimnisses überzeugt. Er schrieb am 20. März, das Geheimniß müsse wenigstens vorläufig gewahrt werden. Ebenso lehnte er am 16. April einen Vorschlag seines Sohnes Karl ab, weil durch dessen Ausführung das bisher musterhaft gewahrte Geheimniß verletzt und der Plan im Keime erstickt werden würde. Desgleichen am 22. April: das Geheimniß von Spanien ist wunderbar gewahrt worden, und es ist von höchster Wichtigkeit, daß es auch ferner, wenigstens von unserer Seite, gewahrt werde. Er freut sich, daß sogar Olozaga nichts davon erfahren hat.

Und derselbe Fürst, der während der ganzen Dauer dieser Berathung das Geheimniß streng zu bewahren einschärft, soll in einem Moment derselben den Vorschlag einer Mittheilung darüber an Napoleon gemacht haben?

Ich kann nicht helfen, es ist das wieder nichts als ein Mißverstehn des königlichen Briefs vom 6. Juli durch die Herrn Recensenten.

Der König erwähnt in jenem Briefe nicht einen im März oder April gemachten, von Bismarck abgewiesenen Vorschlag des Fürsten, sondern eine früher geäußerte Meinung desselben, der Folge zu geben nach der Ausbedingung strengen Geheimnisses durch Prim unmöglich geworden sei. Die Frage drängt sich auf: wann ist diese frühere Äußerung geschehn?

Die Antwort liegt allerdings sehr nahe.

Im März 1870, wo der Fürst Anton bei der inneren Beruhigung Spaniens die Annahme der Candidatur lebhaft wünschte, hat er auf strenges Geheimniß der Verhandlung gedrungen. Dagegen im September 1869, wo die revolutionären Wogen in Spanien noch hoch gingen, wollte er so wenig wie sein Sohn von der Candidatur etwas wissen. Indessen kleideten beide, Vater und Sohn, die Ablehnung höflicher Weise in bedingte Form ein, und zwar entließ Fürst Anton Herrn Salazar mit dem Bescheide, ehe er die Frage näher erwägen könne, müsse Spanien ihm erst die Zustimmung Napoleon's verbürgen, während der Erbprinz dem Agenten sonstige schwere Bedingungen stellte, Einstimmigkeit der Wahl, Fehlen eines Gegenkandidaten, keine Feindseligkeiten gegen Portugal. Der Fürst hat jenen Vorgang

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

und seinen Bescheid erst Ende Februar 1870 nach Berlin gemeldet, und daran hat sich der König beim Aufbrausen des Pariser Kriegslärms erinnert, mit Bedauern, daß es nicht dabei geblieben, aber auch mit Anerkennung des Grundes für die Beobachtung des Geheimnisses.

Herr Brandenburg ist von der Erkenntniß dieses Zusammenhangs abgehalten worden immer wieder nach demselben Grunde. nach einer falschen Auffassung der rumänischen Aufzeichnungen, Den Bescheid des Fürsten Anton hatte ich nach einer Mittheilung (wie ich jetzt sagen darf) des damaligen preußischen Gesandten in München, Herrn v. Werthern, erzählt, welcher den spanischen, ihm aus seiner früheren Madrider Gesandtschaft wohlbekannten Staatsrath in Weinburg vorgestellt hatte.[1]) Die Antwort des Erbprinzen erscheint jetzt im Tagebuch des Fürsten Karl, und Herr Brandenburg ist sofort mit dem Schlusse fertig: da sie einen ganz andern Inhalt hat als Werthern's Mittheilung, so ist es klar, daß diese grundlos und nur aus Gedächtnißschwäche Werthern's hervorgegangen ist. Nein, geehrter Herr, Werthern's Aussage ist so gut beglaubigt wie möglich, und zudem liegt es auf der Hand, daß sie der Angabe des Tagebuchs nicht widerspricht, sondern sie ergänzt. Beide Herrschaften waren einig in der Ablehnung des Antrags: warum sollte nicht Jeder seine besondern Beweggründe anführen?

Allerdings ist der Wandel unverkennbar, der sich bei Karl Anton zwischen 1869 und1870 nicht bloß in der Schätzung des spanischen Thrones, sondern auch in der Ansicht über Napoleon's etwaiges Verhalten zugetragen hat. Nach einer Notiz des Tagebuchs hat der Fürst vor dem Weinburger Vorgang sehr bestimmt erklärt, bei aller persönlichen Freundschaft würde Napoleon niemals einen Hohenzollern zur Herrschaft in Spanien zulassen; er betrachtet dann im September die für die Annahme der Candi-

[1]) Herr Valbert (Revue d. d. mondes, 1 avril 1895) erklärt es für unmöglich, daß ein preußischer Gesandter diese Einführung ohne Befehl oder Erlaubniß Bismarck's gewagt hätte. Diese an sich plausibele Vermuthung hat nur den einen Fehler, daß sie falsch ist. Die Acten, aus denen ich wenigstens dies negative Ergebniß mittheilen darf, ergeben, daß Bismarck überhaupt von den Weinburger Vorgängen erst Ende Februar, und von Werthern's Beihülfe erst Ende Juli 1870 das erste Wort erfahren hat.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

datur gestellte Bedingung als eine unmöglich zu erfüllende Forderung, mithin als eine deutliche Form der Ablehnung. Aber im März 1870 hat sich dies Alles bei ihm in das Gegentheil umgesetzt. Das Tagebuch zeigt es, daß er vom ersten Augenblick für die Größe und den Werth der Candidatur begeistert ist, daß er unaufhörlich sich bemüht, durch die Bewahrung des Geheimnisses das Gelingen trotz des spanischen Parteihaders zu sichern und nach der Ablehnung durch den König die Sache auf's Neue in Gang zu setzen. Wird nun irgend ein Mensch ein solches Auftreten des Fürsten für möglich halten bei Fortdauer jener frühern Überzeugung von Napoleon's feindseligem Verbote der Candidatur? Sein späteres Verhalten gibt darauf die bündigste Antwort. Als im Juli der Kriegslärm der Pariser beginnt, ist er sofort entschlossen, daß wegen seiner dynastischen Interessen der Friede Deutschlands und Europas nicht gestört werden dürfe; er vollzieht den Verzicht seines Sohnes, sobald er weiß, daß König Wilhelm nichts dagegen einwendet. Hätte er im März noch wie im September ein Veto Napoleon's vorausgesehn, ganz sicher würde er daraufhin die Annahme der Candidatur nicht in das Werk gesetzt haben. Dazu kommt auch das bestimmte Zeugniß Bismarck's[1]), daß damals sowohl er selbst als auch Fürst Anton nicht den geringsten Zweifel gehabt hätten, der befreundete und nahe verwandte Hohenzoller würde dem Kaiser ein erwünschterer Beherrscher Spaniens sein als der feindliche Orleanist Montpensier oder gar ein republicanischer Präsident.

Also Anton's Umstimmung ist evident. Aber auch die Ursache derselben ist uns bezeugt. Der als höchst zuverlässig bekannte Times-Correspondent William Russel erzählt (my diary of the last war p. 97): „Ich ritt dann mit dem Prinzen Leopold. Er sprach von der Stellung, in die er hinsichtlich des Kriegs gekommen war, mit einem Tone des Kummers, und was den Kaiser anging, mit Entrüstung. Es war, sagte er, dem Kaiser vollkommen wohlbekannt, daß man mir im Herbste 1869 den spanischen Thron angeboten und daß ich gebeten hatte, zur Annahme nicht aufgefordert zu werden, und keine Opposition war dann von Frankreich erhoben worden. Es erschien keine Andeutung irgend einer Art, obgleich der Kaiser von dem

[1]) Mittheilung an Lord Loftus.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Anerbieten völlig unterrichtet war, daß dasselbe ein casus belli sein könnte."

Also Fürst Anton hatte dem Kaiser, seinem vertrauten langjährigen Freunde, Nachricht von dem Weinburger Vorgange zugesandt, und der Kaiser hatte in keiner Weise ein Zeichen des Widerwillens oder gar einer Drohung gegeben.[1]) Da war denn freilich die auch von Prim genährte Hoffnung begreiflich, Napoleon werde schließlich die Candidatur, wenn nicht fördern, so doch geschehn lassen.

Wie gesagt, theilte auch Bismarck diese Ansicht.[2]) Keine Meldung liegt uns vor, daß bei den Verhandlungen im März und April die Frage, ob Frankreich sich widersetzen würde, und was in einem solchen Falle zu thun sei, jemals zur Erwägung gekommen wäre. Und ganz dasselbe gilt von Brandenburg's Erfindung, daß Bismarck von der Erhebung Leopold's ein spanisch-preußisches Bündniß zur Durchführung der deutschen Einheit erhofft habe. Nicht mit einer Silbe ist derartiges erwähnt worden. Bismarck wußte zu gut, daß in einem solchen Vertrage Preußen lediglich der belastete Theil sein würde, wenn überhaupt die spanischen Machthaber das Heraustreten aus der Neutralität und die Unterzeichnung einer Allianz dem jungen, machtlosen Könige gestatteten.

Überhaupt steht die Ansicht, daß Bismarck mit kriegerischer Unternehmungslust in die Angelegenheit der Candidatur Hohenzollern eingetreten sei, mit allen, auch den bekanntesten, Thatsachen im Widerspruch. Er hat sie nachdrücklich unterstützt, weil er sie vortheilhaft für Preußen erachtete und Napoleon eher für einen Freund als für einen Gegner derselben hielt und jedenfalls auf dessen oft bewährte Kriegsscheu rechnete. Im

---

[1]) Brandenburg hebt hervor, Leopold habe nicht ausdrücklich gesagt, daß Napoleon die Kunde vom Fürsten erhalten; irgend ein Gerücht könne sie ihm zugetragen haben. Ich glaube nicht, daß dem Texte des Originals gegenüber diese beweislose Vermuthung Bestand haben kann. Woher hätte Leopold Kenntniß von solchen zu Napoleon gedrungenen Gerüchten haben sollen? Und wie wäre seine Entrüstung über Napoleon's Schweigen zu erklären, als unter der Voraussetzung, daß Napoleon durch den Fürsten selbst unterrichtet worden?

[2]) Bekanntlich hatte Benedetti im Mai 1869 das Gegentheil bestimmt erklären sollen, hatte dies aber unterlassen.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Übrigen waren gerade damals, im Mai und Juni 1870, alle Gedanken Bismarck's auf eine längere Friedenspolitik gerichtet. Wohl sah er, wie immer seit 1865, in der Vollendung der deutschen Einheit, in der Wiederaufrichtung des deutschen Reichs, das Schlußwort seiner Aufgabe. Aber ebenso hatte er stets erklärt, die gedeihliche Lösung dieser Aufgabe setze das Verschwinden der alten, im Süden noch fortbestehenden Rasse-Antipathien und partikularen Eigenwilligkeit voraus, und dafür sei das einzige Mittel eine langjährige gemeinsame Friedensarbeit im Zollverein, die zu gründlicher gegenseitiger Bekanntschaft und dadurch zum Aufgeben des gegenseitigen Argwohns und Mißtrauens führe. Es sei etwas Großes, hatte er zu Suckow gesagt, wenn dies bis zum Ende des Jahrhunderts, es sei ein Wunder Gottes, wenn es früher gelinge. Durch einen französischen Krieg konnte der äußere Anschluß des Südens beschleunigt, die innere Klärung und Vertiefung aber des Einheitsgedankens nur gestört werden. Schon nach dieser Auffassung war Bismarck 1870 von jedem kriegerischen Wunsche entfernt. Man mag es loben oder tadeln, aber so war es.

Es enthielt dann auch die Thronrede zum Schluß des Reichstags am 26. Mai 1870 nicht die leiseste Hindeutung auf eine baldige Weiterführung des deutschen Einheitswerks. Im Gegentheil, sie sprach die volle Zufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, dem innern Ausbau des Nordbundes, der Entwicklung des Zollvereins und der vertragsmäßigen Verbindung mit Süddeutschland aus; demnach werde auch das Ausland anerkennen, daß der Nordbund die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zur Stütze des allgemeinen Friedens ausbilde.

Dem entsprechend eilte nach dem Schluß der Session in Deutschland Alles zum Genusse der Ferien, der König, die Bundesräthe, die maßgebenden Minister, zu Badekuren, Landleben, weiteren Reisen. Da hinein fiel dann am 6. Juli, wie ein Donnerschlag bei heiterem Himmel, Gramont's von grundlosen Schmähungen und Drohungen strotzende Rede und der dadurch entzündete Pariser Kriegslärm.

Hat nun Bismarck hierauf besondere Kampflust an den Tag gelegt?

Sein erster Schritt war, daß er dem Bundesrath wahrheitgemäß erklärte, die Unterhandlung, in deren Folge der Erb-

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

prinz die Annahme der Krone verſprochen, habe unmittelbar zwiſchen Madrid und Sigmaringen ſtattgefunden, ohne irgend eine Betheiligung des Königs oder der preußiſchen Regierung. Ebenſo wurden zugleich die Geſandten zu der Erklärung angewieſen, daß die Sache der preußiſchen Regierung völlig fremd ſei, daß Gramont's Auftreten aber ihr jede freundliche Verhandlung zunächſt unmöglich mache; wenn man uns angreife, würden wir uns wehren.

Eben hieher gehört auch ſeine weitere Erklärung, daß er über die Annahme der Krone durch den Erbprinzen nicht von dem Könige, ſondern von einem Begleiter des ſpaniſchen Agenten die erſte Nachricht erhalten habe. Auch dies iſt vollkommen richtig, wenngleich Delbrück daran aus dem geiſtreichen Grunde mäkelt, daß bisher viele Leute die Erklärung ganz anders ausgelegt hätten.

Sofort nach dem erſten Auflodern des Pariſer Tobens hielt Bismarck den Verzicht des Erbprinzen auf die ſpaniſche Krone für gewiß und erhob auch keine Einwendung dagegen, da die von ihm geſchätzten Vortheile der Erhebung Leopold's ihm doch geringer erſchienen als die Nachtheile eines Bruchs mit Frankreich. Aber ebenſo feſt ſtand bei ihm das Andere: der durch Gramont von Preußen geforderte Rücktritt des Prinzen dürfte erſt erfolgen, nachdem Gramont die Preußen zugefügte Ehrenkränkung wieder ausgelöſcht hätte. Als ihm in dieſer Beziehung die Nachrichten aus Ems über des Königs Verhandlung mit Benedetti Zweifel erweckten, fragte er an, ob der König dort ſeine Anweſenheit wünſche, und reiſte auf die bejahende Antwort am 12. Juli aus Varzin dorthin ab. Allein als er am Abend in Berlin ankam, fand er hier bereits die publicirte Depeſche über den Rücktritt des Prinzen vor. Wie alle Welt ſagte er ſich, damit ſei der Handel beendet, und zwar ohne Genugthuung für Preußens Ehre, auf die man nach Erledigung der Hauptſache nicht wohl mehr zurückkommen könne. Er beſchloß, nicht weiter nach Ems, ſondern morgen zurück nach Varzin zu reiſen, jedoch nicht mehr als Miniſter.

Aber es ſollte anders kommen. Am Morgen des 13. Juli empfing er die erſte Nachricht, daß Gramont, mit dem Rücktritt des Prinzen nicht zufrieden, weitere Forderungen erhebe, daß der preußiſche Botſchafter, Baron Werther, ſich von ihm die Beſtellung eines ungebührlichen Auftrags an den König hätte

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

aufbringen laſſen. Da wurde Bismarck das Herz wieder leicht. Jetzt war die Bahn auf's Neue eröffnet zu der Tilgung der von Gramont bisher gewagten Ehrverletzungen Preußens, ſei es durch Verhandlung, ſei es durch Blut. Indeſſen auch in dieſem Augenblicke höchſter Spannung verließ ihn ſeine ſtolze und ſichere Beſonnenheit nicht. Er befahl dem Baron Werther, den er nach jenem Ungeſchick nicht einen Tag länger in Paris laſſen wollte, er ſolle dem franzöſiſchen Miniſter anzeigen, daß er zu einer Badekur Urlaub genommen habe und ſein erſter Secretär die Geſchäfte einſtweilen führen werde. Bismarck wollte noch den Schein eines diplomatiſchen Bruchs vermeiden, welcher den Weg zu weitern Verhandlungen vielleicht verſperrt hätte. Bald nachher empfing er den Beſuch des engliſchen Botſchafters, Lord Auguſtus Loftus. Durch dieſen wünſchte er, das engliſche Cabinet zu empfehlender Anmeldung und kräftiger Unterſtützung der preußiſchen Forderungen in Paris zu beſtimmen, wozu es bei der abſoluten Friedensliebe der engliſchen Miniſter kein wirkſameres Mittel geben konnte, als bei der Entrüſtung der deutſchen Nation über Frankreichs Inſolenz die Erklärung der Sicherheit des Kriegs, wenn Preußens Forderungen nicht erfüllt würden. In dieſem Sinne redete er mit Lord Auguſtus, gleichſam jeden Satz mit Säbelklirren begleitend. Der Lord ſtimmte Allem zu und berichtete desgleichen an ſeinen Miniſter, nur zweifelnd an einer friedlichen Entſchließung der franzöſiſchen Regierung. Freilich hätte er das Geſpräch nicht brieflich, ſondern telegraphiſch nach London, und ebenſo dort ſein Miniſter den Inhalt wieder telegraphiſch nach Paris berichten müſſen. Jedenfalls war dieſer Inhalt in Paris unbekannt, als dort die Entſcheidung für den Krieg fiel.

Mir iſt die herrſchende Auffaſſung des Loftus'ſchen Berichts ſtets als ein Muſterbeiſpiel der Leichtigkeit erſchienen, mit der oft auch ſonſt gebildete Leſer dem erſten Eindruck eines wichtigen Actenſtücks unterworfen bleiben. Weil Bismarck zwar nicht offen mit Krieg droht, wohl aber für den ungünſtigen Fall verſchiedene Maaßregeln von zweifellos kriegeriſcher Bedeutung in Ausſicht ſtellt, hat man ſeine Rede bereits als eine kaum verdeckte Kriegserklärung charakteriſirt. Ja, nach Gramont's dreiſter Erfindung, daß bereits am 14. Juli auf unrechtmäßigem Wege eine Abſchrift des Berichtes Loftus' in ſeine Hand gelangt ſei, iſt man ſogar zu der Vermuthung fortgeſchritten, dieſe Abſchrift

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

sei es gewesen, mit der die Kriegspartei das Sträuben Napoleon's und der Minister überwältigt habe.

Bei dieser ganzen Erörterung ist ein sehr einfacher, aber ganz entscheidender Punkt übersehn worden. Alle jene den Krieg bedeutenden Sätze Bismarck's hatten durchaus hypothetischen Charakter: dies und jenes wird geschehn, wenn Frankreich unsere Forderungen abweist. Die Bedeutung der ganzen Auslassung, ob zum Frieden oder zum Kriege strebend, hängt also ganz und gar von dem Inhalt dieser Forderungen ab.

Lord Augustus theilt sie in seiner Depesche zweimal mit.

Zunächst fällt dabei auf, daß, während Gramont den König von Preußen aufgefordert hatte, seinen Widerruf der dem Prinzen Leopold ertheilten Erlaubniß direkt an die französische Regierung zu leisten, Bismarck sich mit einer freiwilligen Erklärung Frankreichs an die europäischen Mächte oder in sonst einer amtlichen Form begnügt, ein wahrlich nicht unerheblicher Unterschied. In dieser Erklärung sei Gramont's drohende Sprache zurückzuziehn oder genügend zu erläutern, es sei weiter zu sagen, daß die spanische Schwierigkeit befriedigend erledigt sei, daß man dem gemäßigten und entgegenkommenden Verhalten des Königs Wilhelm und seiner Regierung alle Gerechtigkeit zolle und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder zu voller Sicherheit hergestellt ansehe.

Nun erinnere man sich, daß in der Nachmittagssitzung des 14. Juli die Majorität des französischen Kronraths auf Betreiben des Kaisers zu dem Beschlusse kam, die Mobilmachung zu verschieben und dafür am folgenden Tage an die Kammer eine Botschaft zu senden, des Inhalts, daß 1. durch die rückhaltslose Zustimmung des Königs zum Verzicht des Prinzen die Frage in befriedigender Weise für die Gegenwart gelöst sei, 2. daß für die Sicherung der Zukunft die Regierung beschlossen habe, sich an einen Congreß der Großmächte zu wenden und dort die Feststellung eines allgemeinen völkerrechtlichen Princips zu beantragen.

Vergleicht man diese Sätze mit Bismarck's Forderungen, so ist es unleugbar, daß sie, wie mit einander verabredet, zusammenpassen. Denn der erste Satz enthält die Zurücknahme der neuen nach Leopold's Rücktritt erhobenen Forderungen und das positive Eingeständniß der befriedigenden Lösung der Frage durch das Verfahren des Königs. Es bedurfte keiner inhaltlichen

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Erweiterung, ſondern nur einer ausführlicheren Faſſung dieſes Satzes und dazu etwa eine Wiederholung der bereits von Benedetti am 9. Juli dem Könige vorgetragenen Motivirung der Gramont'ſchen Rede vom 6. Juli, ſo waren Bismarck's Forderungen erfüllt, und damit der Friede zwiſchen den beiden großen Nationen geſichert. Dieſe Gewißheit aber würde, wenn Loftus' Depeſche in der That und nicht bloß nach Gramont's Phantaſie dem Kronrath vorgelegen hätte, dem Kaiſer und ſeinen Miniſtern, davon bin ich überzeugt, die Kraft zu ſiegreichem Widerſtande gegen das Kriegsgepolter Leboeuf's und ſeiner Genoſſen gegeben haben. Die in der Depeſche hervortretende Entſchloſſenheit und Mäßigung des deutſchen Staatsmannes hätte die nothwendige Ehrenerklärung ohne Blutvergießen erlangt.

Auch hier kann ich nur wiederholen: mag man darüber ſtreiten, ob dies ein Glück oder ein Unglück für Deutſchland geweſen wäre, genug, es war ſo.

Aber es ſcheint, daß unſere modernen Germanen ganz ſo wie ihre Vorfahren vor einem Jahrtauſend doch unter allen Ruhmestiteln für den höchſten den kriegeriſchen Siegeslorbeer halten. Sie wollen es nicht hören, daß der nationale Held, der Wiedererrichter des Reichs, nicht bei jeder Gelegenheit ſo ſchnell wie möglich zur Sturmfahne gegriffen habe. Wenn nichts Anderes zum Beweiſe dieſer ihrer ganz franzöſiſch gedachten Auffaſſung übrig bleibt, ſo greifen ſie zu dem längſt widerlegten Argument, Bismarck habe ſeinen unaufhaltſamen Drang zum Kriege 1870 doch ſicher durch die geſchickte Umarbeitung der Emſer Depeſche dargethan, womit er die Lunte in zwei Pulverfäſſer zu ſchleudern, die patriotiſche Entrüſtung der Deutſchen zu glühender Lohe zu entflammen, den Hochmuth der Franzoſen bis auf den Tod zu beleidigen und ſo zu einer wahnſinnigen Kriegserklärung zu zwingen gedachte.

Die deutſchen Kritiker, die ſich in ſolchen Vorſtellungen ergehn, wiederholen damit wörtlich die Behauptungen des Herzogs von Gramont.

Sicher hat Bismarck aus der Emſer Depeſche die Ablehnung des franzöſiſchen Begehrens, die Zurückweiſung Benedetti's, den Befehl zur Veröffentlichung dieſer Dinge mit innerer Befriedigung entnommen. Wochenlang hatten die Franzoſen uns verhöhnt, mochten ſie jetzt die bittere Pille hinunterwürgen, und ſollten

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſie die Thorheit begehn, deshalb loszuſchlagen, nun, ſo würde ja Moltke das Weitere beſorgen. So war die Stimmung: das bedeutet den Entſchluß, nicht eine Silbe aus Scheu vor franzöſiſchem Zorne abzuſchwächen, nicht aber die Abſicht, die Worte zur Herbeiführung einer Exploſion zu wählen. Und vor Allem, für ſeine Redaction des Telegramms hatte Bismarck keine Wahl. Eigne Zuſätze zu erfinden war ausgeſchloſſen durch ſeine völlige Unkenntniß der frühern Vorgänge in Ems ſeit dem 12. Juli und des weitern Verlaufs ſeit dem Abgang der Depeſche. Mehrere Stücke der Depeſche aber waren völlig ungeeignet zur Veröffentlichung, gerade wenn man nicht auf eine Erhitzung der ſchon hoch erregten öffentlichen Meinung ſann. Es ging überhaupt nicht an, von einem eigenhändigen Schreiben des Königs zu reden. Eine Erwähnung, daß die Scene früh Morgens öffentlich während der Trinkkur auf der Brunnenpromenade vorgegangen, hätte die Empörung des deutſchen Gefühls verdoppelt. Die Angabe, daß der König ſich erſt nach längerer Erwägung mit ſeinen Räthen zu der Zurückweiſung Benedetti's entſchloſſen, hätte eine Steigerung des franzöſiſchen Hochmuths bewirken können. Ganz richtig hat alſo Felix Dahn in ſeiner ſonſt nicht von Irrthümern freien Feſtſchrift zum 1. April bemerkt, Bismarck's Streichungen hätten nur Milderungen des Textes bewirkt. Der übrig gebliebene Reſt der Emſer Depeſche iſt der wörtlich genaue Inhalt des Telegramms.

Was nun die Wirkung desſelben betrifft, ſo war ſie bekanntlich bei dem deutſchen Volke gewaltig. König Wilhelm aber ſah in ihm nur die Befolgung ſeines Befehls, durchaus keine Gefährdung des Friedens, ſondern ſagte beim Abſchied zu Benedetti: jetzt werden die Miniſterien die Verhandlung fortſetzen. In der That fand auch auf der franzöſiſchen Seite Benedetti in dem Telegramme nichts als die unbedenkliche, vom König veranlaßte, Bekanntmachung einer richtigen Thatſache. Ebenſo erklärte in Paris der Miniſterrath am 14. Juli Morgens die Verſagung weiterer Audienzen an Benedetti für die ſelbſtverſtändliche Folge der Ablehnung ſeines Antrags; es führte das am Nachmittag zu dem vorher analyſirten Friedensbeſchluß. Dann erſt erfand Gramont, der ebenfalls vorher an dem Telegramm keinen Anſtoß genommen, die Wendung, daß die Mittheilung des Inhalts durch eine officielle Depeſche an die Höfe eine von Bismarck prämeditirte, ſchwere und nur durch Blut

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

zu ſühnende Beleidigung der franzöſiſchen Ehre geweſen ſei. Es iſt ſtets dasſelbe Ergebniß.

Bismarck war kein durch ſtachelnde Kampfbegier in das Schlachtgetümmel gedrängter Eroberer. Er war kühn und unerſchrocken im Streite, wie irgend ein Menſch, aber im Siege beſonnen und ſtets der Grenzen des Erreichbaren eingedenk, wie wenige Menſchen aller Zeiten. Der Drang ſeines Herzens ging nicht auf Beherrſchung einer unter ſeine Füße geworfenen Welt, ſondern auf das wachſende Gedeihn ſeines Vaterlandes und ſeines Volks. Deshalb hat er zur Deckung der Ehre oder der Lebensintereſſen ſeines Staats auch einen gefährlichen Krieg nie geſcheut. Und deshalb hat er auch einen ſiegreichen Krieg unter allen Umſtänden für ein ſo lange wie möglich zu verhütendes Übel erklärt.

Als er am 24. Juli 1866 den Wunſch ſeines Königs bekämpfte, eine Landabtretung von Öſterreich auch auf die Gefahr längern Kriegs zu fordern, erklärte er u. a.: jeder Monarch ſollte, wenn irgend möglich, den Grundſatz befolgen, niemand zu ſeinem Miniſter des Auswärtigen zu ernennen, der nicht ſelbſt auf einem Schlachtfelde geweſen und mit eignen Augen die Maſſe der Greuel geſehn hätte, die in dem Worte Krieg beſchloſſen ſind.[1])

Daß dies keine flüchtige Stimmung oder gar nur ein rhetoriſches Streitmittel geweſen, zeigt ein Geſpräch, das er 1868 mit dem bayeriſchen Diplomaten Frhrn. v. Völderndorff hatte[2]) (die Zeit war unruhig und gefahrdrohend im Orient und Occident). Bismarck äußerte: „Vielleicht würde ich mir weniger Mühe geben, den Krieg mit Frankreich zu vermeiden, wenn ich nicht die böhmiſchen Schlachtfelder in der Erinnerung trüge und die Lazarethe und Spitäler beſucht hätte. Allein die Leiden und das Elend, das ich dort geſehn, kann ich nicht vergeſſen. Es iſt möglich, ja ſogar wahrſcheinlich, daß ſchließlich der Krieg uns doch aufgezwungen wird, und ich zweifle keinen Augenblick, daß wir ihn ſiegreich beendigen werden. Aber andrerſeits bleibt es doch auch möglich, jedenfalls bei den Zuſtänden in Frankreich nicht völlig unmöglich, daß wir um den Krieg herumkommen. Und der müßte ein ſchlechter Chriſt und ein gewiſſenloſer Menſch

[1]) Erzählung des Kronprinzen.
[2]) Erzählung Völderndorff's, Münch. Allg. Ztg. 1895 Beil. Nr. 62.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

ſein, der nicht ſchon um dieſer Möglichkeit willen Alles aufbieten würde, ſeinen Mitbürgern einen, wenn auch ſiegreichen, Krieg zu erſparen, ſo lange es ohne Schaden für den Staat und ohne der nationalen Ehre zu nahe zu treten geſchehen kann."

So hat Bismarck geredet, und ſo hat er gehandelt. In ſeiner langen miniſteriellen Wirkſamkeit hat er dreimal während ſechs Monaten in kriegeriſcher Thätigkeit geſtanden, auch jedes Mal vorher lange bemüht, einen friedlichen Ausweg aus den wachſenden Verwicklungen zu finden. Als dann das erſtrebte nationale Ziel in ruhmreichſter Weiſe erreicht und die Wiederaufrichtung des deutſchen Reichs vollendet war, hat er fortan zwanzig Jahre lang alle ſeine Kraft der Aufgabe gewidmet, dem deutſchen Namen die Achtung Europas, und damit dem deutſchen Volke die Segnungen eines dauernden Friedens zu ſichern.

Das iſt der Staatsmann, dem man nach unverſtandenen Notizen kriegeriſche Gelüſte und heimliche Intriguen zur Entzündung gewaltiger Kämpfe nachſagen möchte.

Vor wenigen Wochen haben ihm auf einem aus dem Herzen des Volkes emporgewachſenen Nationalfeſte Millionen Stimmen den Dank des Vaterlandes entgegengebracht, ſie Alle vereint in dem Wunſche, daß Gott ihn noch lange erhalte und ihn eine Wendung der Zeiten erleben laſſe, in der er, befreit von den jetzigen Sorgen, wieder mit vollem Vertrauen auf die Zukunft ſeiner Schöpfung blicken könne.

Berlin, im Mai 1895.

Digitized by Google Original from PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Princeton University Library
32101 073841056

Digitized by Google
Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google

Original from
PRINCETON UNIVERSITY

Digitized by Google
Original from
PRINCETON UNIVERSITY